

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1987/2

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Leiter des Instituts: Akademie-Mitglied

H. Antkowiak (USA), J. Bauer (Frankreich), E. Hofmann (Österreich), J. J. Kuczynski (USA), W. Kuhn (VR Polen), G. Kuhn (DDR), E. Niehoff (DDR), A. P. P. (DDR), J. P. (DDR), J. P. (DDR), J. A. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionsrat

Herausgeber: Akademie-Mitglied, Institut für Wirtschaftsgeschichte
Redaktionsrat: Akademie-Mitglied, Institut für Wirtschaftsgeschichte

Verlag: Akademie-Verlag

Druck: Akademie-Verlag, Berlin

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Helga Schultz, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Hagen Fischer, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky

Dieser Titel wurde von Manuskripten reproduziert.

ISBN 3-05-000290-5

ISSN 0075-2800

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1987

Lizenznummer: 202 . 100/41/87

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 15. 9. 1986

LSV 0305

Bestellnummer: 754 7134 (2103/87/2)

01800

Dieter Baudis	Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Volksmassen in Berlin 1917/18	BD 268:21 202 212	9
K. F. Šacillo	Der Einfluß des Militarismus auf die Volkswirtschaft des zaristischen Rußlands (1898 bis 1913)	CC 118 201 085	29
Sándor Gyimesi	Frühkapitalistische Entwicklung und Spätféudalismus im 16. - 17. Jh. in Ungarn	(D) 114	51
Siegfried Epperlein	Zur Verdrängung von Bauern östlich und westlich der Elbe im 12. und 13. Jh.	BA 055 392	65
Lieselott Enders	Siedlung und Herrschaft in Grenzgebieten der Mark und Pommerns seit der zweiten Hälfte des 12. bis zum Beginn des 14. Jh. am Beispiel der Uckermark	BD 466	73
LITERATURKRITIK			
Achim Toepel	Über den Gebrauchswert bei Karl Marx (Gérard Roland, La valeur d'usage chez Karl Marx)		131
Jörg Roesler	Eine unentbehrliche Informationsquelle zum Weltbild der jüngsten Vergangenheit (Haack Atlas zur Zeitgeschichte)		135
Wolfgang Mühlfriedel	Zur Geschichte des Automobils, seiner Fertigung und seiner Stellung in der Gesellschaft (Peter Kirchberg, Autos aus Zwickau)		139
Waldtraut Schmidt	Abhängigkeit und Entwicklung? (Peripherer Kapitalismus)		143
Gerda Weinberger	Apartheid und wissenschaftlich-technische Revolution (Jurij Sergeevič Skubko, Novye javlenija v ékonomike JuAR)		153
Dietmar Stübler	Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt. Zwischenbilanz einer Diskussion zur Geschichte Italiens im 19. und 20. Jh. (L'industrializzazione in Italia)		159
František Dudek	Eine Analyse des Verlaufs der Weltwirtschaftskrise in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit (Vlastislav Lacina, Velká hospodářská krize v Československu 1929 - 1934)		169

Reinhold Zilch	Details aus dem Leben eines Bankiers (John Douglas Forbes, J. P. Morgan, Jr. 1867 - 1943)	173
Rudolf Berthold	Ein nützliches Nachschlagewerk zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Handbuch der europäischen Wirt- schafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5)	177
Jürgen Kuczynski	Wolfgang Herzberg, So war es	181
Hans-Heinrich Müller	Klaus Herrmann, Ackergiganten	183
Heiko Fauck	Količestvennyye metody v istoričeskich issledovanijach	184
Klaus Leciejewski	Geschichte und Ökonomie	187
Klaus Leciejewski	Sozialismus und Industrialisierung	188
Klaus Leciejewski	Immanuel Wallerstein, Der histori- sche Kapitalismus	190
Waldtraut Schmidt	Jahrbuch Dritte Welt 1985	191
Karl Lärmer	Handbuch der europäischen Ge- schichte, Bd. 5	193
Hans-Heinrich Müller	Jutta Prieur, Schnörkel, Schlote, Preismedaillen	194
Wolfgang Kagel	Heinrich Maulhardt, Die wirtschaft- lichen Grundlagen der Grafschaft Katzenelnbogen im 14. und 15. Jahr- hundert	195
Siegfried Epperlein	Weitere hagiographische Texte und amtliches Schriftgut	197

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

IX. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker (25. bis 29. August 1986 in Bern)		199
Walter Becker/ Michael Laschke/ Peter Meyer/ Gerd Neumann	Zur historisch-theoretischen Analyse der Bedingungen und Formen des ökonomischen Reproduktionspro- zesses im Wechsel der Gesellschafts- formationen. Internationale Konferenz zum 75. Geburtstag von Akademie- mitglied Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Mottek (24. bis 25. September 1985 in Berlin)	217

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
30. Lieferung (Detlef Gritzke) 241
- Autorenverzeichnis 259
- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 261

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Volksmassen
in Berlin 1917/18

von Dieter Baudis

Das Jahr 1917 war das Jahr der endgültigen Wende im ersten Weltkrieg. Für die militärische und politische Führung des Deutschen Reiches war es ein Jahr der Hoffnungen, scheinbar großer Erfolge, aber auch der Enttäuschungen, der Krisen und Niederlagen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, in der Zuversicht begonnen, Großbritannien binnen eines halben Jahres in die Knie zu zwingen, führte nicht zu den erwünschten Resultaten, sondern durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika zu einer enormen Verstärkung des Potentials der Gegner des deutschen Imperialismus. Die "letzte Karte"¹ stach also nicht. Nach der Februarrevolution in Rußland nahm die Erwartung zu, den Krieg im Osten durch einen Diktatfrieden beenden zu können und die materielle Grundlage der deutschen Kriegswirtschaft mit Hilfe von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten aus den reichen Ressourcen des riesigen russischen Reiches zu sichern. Aber die russischen Bourgeois und ihr kleinbürgerlicher und reformistischer Anhang setzten den Krieg fort. Ebensovienig war es nach der Besetzung Rumäniens im Herbst 1916 gelungen, die Treibstoffversorgung entscheidend zu verbessern. Die Erfahrungen des Winters 1916/17 hatten schließlich gezeigt, daß die deutsche Wirtschaft den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen war. Die mit dem Hindenburgprogramm zur Forcierung der Rüstungsproduktion gesteckten Ziele konnten nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Volksmassen verschlechterte sich rapide, und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln stand am Rande des Zusammenbruchs. Die Widersprüche innerhalb der einflußreichsten Schichten der herrschenden Klasse spitzten sich zu und führten zu Verschiebungen in der Machtstruktur. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg und der Leiter des Kriegsamtes General Groener wurden von ihren Schlüsselpositionen entfernt; das Kräfteverhältnis verschob sich in Richtung einer verschärften Militärdiktatur unter Hindenburg und Ludendorff. Nicht zuletzt waren die großen Massenstreikaktionen der deutschen Arbeiterklasse im April 1917 unüberhörbare Alarm-signale, die die prekäre Lage des deutschen Imperialismus vor aller Welt offenbarten.

Die allgemeine Verschlechterung der Situation war bereits im Jahre 1916 deutlich erkennbar geworden. Sie hatte zu Reaktionen wie der Bildung des Kriegs-ernährungsamtes, dem Wechsel in der Obersten Heeresleitung, dem Erlaß des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst und der Einrichtung des Kriegsamtes als rüstungswirtschaftlicher Kommandozentrale geführt. Auch der wachsende Widerstand gegen die Weiterführung des Krieges war keineswegs un-bermerkt geblieben. So stellte Bethmann Hollweg, der gleichzeitig preußischer Ministerpräsident war, auf einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums

¹ Nach einer Äußerung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg im Gespräch mit Hindenburg und Ludendorff am 9. 1. 1917 (vgl. Der erste Weltkrieg. Dokumente, ausgewählt u. eingeleitet v. Helmut Otto u. Karl Schmiedel, Berlin 1977, S. 223).

am 19. August 1916 fest, die "Stimmung im Volke" sei "in letzter Zeit merklich zurückgegangen ... Die Masse frage, wozu der Krieg noch weiter geführt werde und behaupte vielfach, dies geschehe nur im Interesse der Kapitalisten."² Dagegen glaubte Bethmann Hollweg zu diesem Zeitpunkt noch, daß die "größte wirtschaftliche Not jetzt wohl überstanden" und eine "gute Ernte gemacht" worden sei.³ Doch keine zwei Monate später erklärte der preußische Minister des Innern Friedrich Wilhelm von Loebell auf der Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1916, die wirtschaftliche Lage sei "ernst", die Kartoffelernte "sehr schlecht", es handele sich um eine "Mißernte" und man habe "schwere Sorgen in der Volksernährung".⁴ Es war ein bemerkenswertes, die Anwesenden sicherlich schockierendes Eingeständnis, wenn er schlußfolgerte: "Binnen Jahr und Tag würden uns diese Verhältnisse zwingen den Frieden herbeizuführen."⁵

Das Winterhalbjahr 1916/17 - als "Kohlrübenwinter" in die Geschichte eingegangen - deckte die ganze Schärfe des objektiven Widerspruchs zwischen den vorhandenen Kräften und den gesteckten Zielen auf.⁶ Die allgemeinen Versorgungsmängel waren am spürbarsten bei den Waren des täglichen Bedarfs, die es in Deutschland vor dem Kriege im Überfluß gegeben hatte, bei Kohlen, Kartoffeln und Zucker. Der überaus strenge Winter war dafür keineswegs eine Ursache, sondern lediglich ein verschärfendes Moment. Die Auswirkungen trafen in erster Linie die großen und größten Städte und hier insbesondere die Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Obwohl die Bedeutung der Metropole des Deutschen Reiches durchaus nicht unterschätzt wurde und die herrschende Klasse sich hier am allerwenigsten Mißstimmung und Unruhe leisten konnte, erwies sich eine einigermaßen geregelte Versorgung der Stadt selbst auf einem minimalen Niveau bis in den Sommer des Jahres 1917 hinein als unmöglich. Im April erreichte die angestaute Erregung unter den Volksmassen mit der Herabsetzung der Brotration als auslösendem Moment den Siedepunkt. Der Oberbürgermeister der Stadt, Adolf Wermuth, berichtet in seinen Memoiren über eine Versammlung mit Vertretern der Arbeiter im Berliner Rathaus, in der sich "die furchtbare Spannung" entladen habe.⁷ Ein Ausbruch des Massenstreiks, an dem etwa 300 000 Arbeiter und Arbeiterinnen insbesondere der Rüstungsindustrie gegen den erklärten Willen der rechtssozialdemokratischen Führer teilnahmen, konnte durch keinerlei Winkelzüge mehr verhindert werden. Es war ein Ergebnis dieser später im Volksmund als "Brotstreik" bezeichneten Massenaktion und auch eines der Mittel, um sie zu beenden, daß eine ständige Kommission aus Vertretern der Arbeiterschaft gebildet wurde, die das Recht hatte, gemeinsam mit Vertretern des Magistrats über die Fragen der Lebensmittelversorgung der Stadt zu beraten. An eine Verbesserung der Lage mit Hilfe der Kommission war freilich nicht zu denken. aber von der Illusion eines der Arbeiterschaft ansonsten hartnäckig verweigerten Mitspracherechts sollte eine beruhigende Wirkung ausgehen.

Auf den ebenso extrem kalten wie langandauernden Winter folgte in den nördlichen und mittleren Teilen Deutschlands ein heißer und trockener Sommer mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Kartoffel- und Gemüseversorgung. Daß Berlin in dieser Zeit "alle Entbehrungen ruhig ertrug", wird in einer Publikation des Magistrats vor allem auf die Existenz der Arbeiterkommission

2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, I. HA, Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 295.

3 Ebenda, Bl. 291.

4 Ebenda, Bl. 327.

5 Ebenda.

6 Vgl. Baudis, Dieter, Vom "Schweinemord" zum "Kohlrübenwinter". Streiflichter zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in Berlin im ersten Weltkrieg (August 1914 bis Frühjahr 1917), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1986, S. 129 - 157.

7 Wermuth, Adolf, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 378.

zurückgeführt, die zu einem gegenseitigen "Vertrauensverhältnis" beigetragen habe.⁸ Wie der Stadtverordnete Emil Eichhorn, der spätere Polizeipräsident in den Tagen der Novemberrevolution, feststellte, handelte es sich bei den Mitgliedern der Kommission um "sorgfältig ausgewählte" Leute, "von denen man wußte, daß sie unter allen Umständen für das Durchhalten sein würden."⁹ Beruhigend sollte auch eine im Mai 1917 für Groß-Berlin gebildete Staatliche Verteilungsstelle wirken, in deren Beirat neben Vertretern der Stadt Berlin und der benachbarten Städte und Kreise Vertreter der Rüstungsindustrie und der Arbeiterschaft tätig waren, die von Georg Michaelis, dem preußischen Staatskommissar für Volksernährung und späteren Reichskanzler, berufen wurden.¹⁰

Eine Verbesserung der Versorgungslage konnte durch weitere Kommissionen und Verteilungsstellen nicht erreicht werden. Nachdem im späten Frühjahr die Kartoffelanfuhr zunächst wieder in Gang gekommen war, mußten die Rationen am 18. Juni auf 2 und am 2. Juli sogar auf 1 Pfd. in der Woche herabgesetzt werden. Berücksichtigt man die, z. T. jahreszeitlich bedingte, schlechte Qualität der Kartoffeln, kann von ihrem völligen Ausfall gesprochen werden. Erst Mitte August war es möglich, wieder eine normale Ration von 7 Pfd. auszugeben. Ebenso hörte die Zufuhr von Gemüse und Obst zeitweilig fast ganz auf. Soweit bei dem ohnehin geringen Angebot noch nach Berlin geliefert wurde, kauften Spekulanten, sog. Nepper, die Wagen unterwegs zu höheren Preisen auf. Ein Stadtverordneter bezeichnete im Herbst die Belieferung mit Gemüse und Obst als das "traurigste Kapitel" der Lebensmittelversorgung.¹¹ In einer Eingabe des Magistrats an die Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 11. Juli 1917 heißt es, der Markt sei von Gemüse "nahezu entblößt".¹² Außerdem wird auf das Versagen der Höchstpreisregelungen aufmerksam gemacht, da die geringen Mengen von Waren dahin gingen, "wo es am ehesten gewagt wird, die Höchstpreise zu überschreiten."¹³ Das Gemüse würde "unkontrollierbar an dem Erzeugerort ... zu hohen Preisen aufgekauft", wobei sogar selbst die Aufkäufer der Reichsstelle höhere als die Erzeugerpreise anböten.¹⁴ Die Lieferung von Milch ging in einem Maße zurück, daß ihre Menge im Herbst 1917 nicht einmal mehr für die notdürftige Versorgung von Kindern und Kranken ausreichte.¹⁵ Sogar Kaffee-Ersatz, der aus einer Mischung von Gerste, Zichorien und Rüben bestand, konnte 1917 nur für fünf Monate, je 1/2 Pfd. pro Person, ausgegeben werden, da die Gerste als Streckungsmittel für Brot verwendet werden mußte.¹⁶

Die Folgen dieser Verhältnisse waren nicht mehr zu übersehen. Ein Arzt notierte am 5. Juli 1917 in seinem Tagebuch: "Jetzt beginnt so allmählich das eigentliche Hungern. Heute besuchte mich ein früherer Patient, der 66 Pfund verloren hat. Im Amt machen wir jetzt Versuche mit Kohlrübenbrot."¹⁷ Im Sommer 1917 schnellte die Sterblichkeit, die sich bis dahin aller Not zum Trotz noch in Grenzen gehalten hatte, schlagartig in die Höhe. Wer von schlechter Konsti-

- 8 Berlin im Weltkrieg. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit, hg. v. Ernst Kaerber, Berlin 1921, S. 99.
- 9 Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin, 1917, Berlin 1918, S. 380.
- 10 Berlin im Weltkrieg, S. 93.
- 11 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 378.
- 12 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 318, Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung, 1917, S. 420.
- 13 Ebenda.
- 14 Ebenda, S. 421.
- 15 Berlin im Weltkrieg, S. 228.
- 16 Ebenda, S. 289 f.
- 17 Zit. nach: Glatzer, Dieter u. Ruth, Berliner Leben 1914 - 1918, Berlin 1983, S. 336.

tution und zudem allein auf die staatlich zugewiesenen Lebensmittelmengen angewiesen war, hatte keine große Chance zu überleben: "Der Tod hielt Ernte in den städtischen Krankenhäusern, ließ nicht ab, ehe alles Brüchige dahingesunken war; in den Irrenanstalten sank die Belegschaft bis auf die Hälfte."¹⁸ Nach Auffassung von Wermuth hatte es "niemals früher oder später ... um die Ernährung so schlimm ausgesehen."¹⁹ Als direkte Folge der großen Not nahm der Schleichhandel eine neue Dimension an. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Emanuel Wurm erklärte vor dem Stadtparlament, das sei schon kein Schleichhandel mehr, sondern "ganz öffentlich der Haupthandel."²⁰ Während eine Minderheit die Situation im eigenen Interesse nutzte, um sich maßlos zu bereichern, geriet die große Masse der Bevölkerung, wollte sie überleben, zunehmend in eine direkte Abhängigkeit von Schiebern und Spekulanten. Die Brotration war gesenkt worden, aber Brotkarten konnten gekauft werden, "soviel einer haben will."²¹ 1 Pfd. Butter kostete im Schwarzhandel 14 bis 15 M., der offizielle, amtlich festgelegte Höchstpreis betrug im August/September 1917 3 M.²² Nichtrationierte Lebensmittel, für die ein Höchstpreis vorgegeben war - und es gab kaum noch solche, für die kein Höchstpreis existierte -, waren zu diesen amtlichen Preisen so gut wie nicht mehr zu haben. Die ständige Erhöhung der Höchstpreise vermochte an dieser Wirklichkeit nichts zu ändern. Je höher aber die Preise, sowohl die offiziellen wie die Schwarzmarktpreise, desto weniger war ein wachsender Teil der ärmsten Schichten der Bevölkerung in der Lage, sich die Mittel zur Aufrechterhaltung des Existenzminimums zu beschaffen.

Diese Aussicht schwand um so mehr, als auch auf vielen anderen Gebieten die Preise erhöht wurden, so z. B. im Oktober 1917 die der Massenspeisung um 25 %. Es gab verschiedene Arten von Massenspeisungsanstalten, von denen die Volksküche am verbreitetsten war. Häufig untergebracht in den vom früheren Warenangebot entblößten Berliner Markthallen, wurde sie vor allem von den ärmeren Schichten der arbeitenden Bevölkerung, von Familien der Soldaten und von alleinstehenden Frauen und ledigen Arbeitern genutzt. In der Regel war der Hauptbestandteil des Essens viermal in der Woche Gemüse und je einmal Fisch, Nahrungsmittel und Kartoffeln.²³ Die Tatsache, daß dafür ein nicht unerheblicher Teil der Lebensmittelmarken abgegeben werden mußte, hielt viele davon fern, so daß selbst in den Zeiten der größten Not jeweils nur ein relativ geringer Teil der Berliner Bevölkerung diese Küche in Anspruch nahm. Waren es im Februar 1917 täglich 152 000, so sank diese Zahl im April auf 117 000, um im Frühsommer wieder auf 171 000 zu steigen.²⁴ Ab August war die Zahl dann wieder rückläufig. Neben den Volksküchen gab es u. a. die sog. Mittelstandsküchen, die im Herbst 1917 täglich ca. 30 000 Portionen ausgaben. Hier war das Essen teurer, doch wurde mehr Aufwand betrieben, indem die Teilnehmer z. B. an weißgedeckten Tischen sitzen konnten.

Erhöht wurden auch die Eisenbahntarife und die Gaspreise. Die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs - für Eil- und Schnellzüge um etwa 100 % - sollte den Reiseverkehr, der sich infolge der zunehmenden Zahl der sog. Hamsterfahrten auf das Land um 40 % erhöht hatte, wieder reduzieren. Zu diesem Zweck sollten ferner der Sonntagsverkehr, die Beförderung von Gepäck und die Beheizung der Züge eingeschränkt werden, Fahrpreisermäßigungen entfallen und nicht mehr Fahrkarten verkauft werden, als Plätze vorhanden waren. Soweit die Maßnahmen verwirklicht wurden, trafen sie objektiv die minderbemittelten

18 Wermuth, S. 377.

19 Ebenda.

20 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 245.

21 Ebenda, S. 297.

22 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 34. Jg., enthaltend die Statistik der Jahre 1915 bis 1919 sowie Teile von 1920, Berlin 1920, S. 437.

23 Berlin im Weltkriege, S. 149.

24 Ebenda, S. 150.

Sichten am härtesten, ohne indessen das angestrebte Ziel erreichen zu können. Einen ähnlichen Effekt hatte die Erhöhung der Tarife für Stadtgas im Herbst 1917.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den einzelnen Klassen und Schichten kam es zu Auseinandersetzungen um die Frage, welche gesellschaftliche Gruppe am schwersten unter den Lasten des Krieges zu leiden hatte. So behauptete der Stadtverordnete Hahn, die Arbeiter befänden sich im Verhältnis zu den freiberuflich Tätigen in einer wesentlich besseren Lage als vor dem Kriege, was statistisch nachgewiesen werden könne.²⁵ Und einer der Führer der bürgerlichen Rechten im Stadtparlament, der Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank Karl Mommsen, erklärte in der Sitzung der Stadtverordneten vom 27. September 1917: "Nicht die Arbeiter leiden unter der Preissteigerung, vielmehr die Beamten, die Angestellten bis in die hohen Gehaltsklassen hinein, dann vor allen Dingen der Mittelstand und ... die Hausbesitzer".²⁶ In der gleichen Sitzung wandte sich der Stadtverordnete Eichhorn energisch gegen "das Märchen ..., daß die Arbeiter jetzt im Gelde schwimmen und nicht wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen."²⁷

Diese Auffassungen beruhten auf der Tatsache, daß die Löhne als Folge des Arbeitskräftemangels bei gleichzeitiger Hochkonjunktur der Rüstungsindustrie in bestimmten Branchen stiegen und insbesondere die kapitalkräftigen Großbetriebe um die immer knapper werdenden hochqualifizierten Arbeitskräfte verstärkt konkurrierten. Auf der anderen Seite war das Lebensniveau der Angestellten und Beamten, der freiberuflich Tätigen und der kleinbürgerlichen Schichten in Handel und Gewerbe nicht nur absolut, sondern auch relativ zweifellos beträchtlich gesunken. Es ist keineswegs abwegig, von einer relativen Annäherung der Lebenslage der Mittelschichten an die der Arbeiterklasse zu sprechen - oder auch von einer Tendenz zur Proletarisierung dieser Schichten. Schwer mußte z. B. das Handwerk um seine Existenz kämpfen. Hatte etwa die Berliner Tischlerinnungskasse am 1. August 1914 noch 2 640 versicherungspflichtige Betriebe, so war diese Zahl am 22. Oktober 1917 auf 980 geschrumpft.²⁸ Waren es zu Beginn des Krieges die Einberufungen zum Kriegsdienst, die zur Stilllegung der Handwerksbetriebe geführt hatten, so 1917 die Verpflichtungen zum vaterländischen Hilfsdienst, welche die Lage dieser sozialen Schicht zusätzlich belasteten. Von den negativen Folgen des Zwangsarbeitsgesetzes waren selbstverständlich große Massen von Arbeitern geringer Qualifikation betroffen, die von den Unternehmern zu niedrigen Löhnen in die Pflicht genommen werden konnten. Ein Druck auf die Löhne, der ihre Steigerung in Grenzen hielt, wurde schließlich durch den wachsenden Anteil von weiblichen Arbeitskräften an der Gesamtzahl der Beschäftigten ausgeübt, der nach den Angaben der Groß-Berliner Krankenkassen von Dezember 1914 bis Dezember 1917 in der Industrie der Steine und Erden von 13 auf 35 %, in der chemischen Industrie von 19 auf 51 % und in den Verkehrsbetrieben und bei der Post von 18 auf 70 % gestiegen war.²⁹

Die absurde These, die selbst in neueren Veröffentlichungen noch verbreitet wird, wonach die Arbeiterschaft im Gegensatz zum Mittelstand "ihr Auskommen" gehabt habe, kann auf keinerlei Tatsachen gestützt werden. Richtig ist, daß neben der großen Masse der Arbeiterklasse ebenso weite Teile der kleinbürgerlichen Mittelschichten von der allgemeinen Verelendung betroffen waren. Lediglich bestimmte Kategorien von hochqualifizierten Facharbeitern konnten ihre

25 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 224.

26 Ebenda, S. 304.

27 Ebenda, S. 297.

28 Handwerks-Zeitung, 11. 1. 1918, zit. nach: Glatzer, S. 276.

29 Berlin im Weltkriege, S. 209.

Situation durch hohe Spitzenverdienste nicht etwa verbessern, vermochten aber das Tempo der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Verhältnis zu anderen Gruppen und Schichten zu drosseln. Das ist die objektive Seite der Angelegenheit; subjektiv wurde der soziale Abstieg von den Angehörigen des Mittelstandes selbstverständlich viel stärker empfunden und führte daher bei manchen Betroffenen zur Fehleinschätzung der realen Verhältnisse. Die Wirklichkeit wurde durch einen damals kursierenden Spruch treffend charakterisiert: "Die Armen liefern die Leichen, der Mittelstand muß weichen, den Krieg gewinnen die Reichen."³⁰ Die Bourgeoisie war sehr wohl fähig, sich mit allem Notwendigen zu versorgen, denn für Geld - man mußte es nur haben - war nach wie vor alles zu beschaffen. Außerdem waren die Angehörigen der wohlhabenden Schichten in der Lage, sich auf das Land zurückzuziehen: "Wer Geld hatte, entfloh in Gegenden, wo die Kartoffeln nicht ängstlich zugezählt wurden und wo noch Milch und Honig floß. Noch nie war die Reiselust im Bürgertum so heftig, noch nie waren die Hotels der Ferienorte so überfüllt wie in den Kriegssommern 1916 und 1917."³¹

Bereits im August 1917 gab es neue Signale, daß sich die viel beschworene Geduld der Werktätigen mehr und mehr erschöpfte und die unerträglich werdende Not die Menschen zum Widerstand drängte. Auf den Berliner Wochenmärkten warfen Frauen bei sog. Lebensmittelkrawallen die Stände um und griffen Händler, Wucherer und Spekulanten an. Auch tätliche Auseinandersetzungen mit der Polizei gab es.³² Die Spannung stieg, und ein Stadtverordneter warnte am 1. November 1917 vor neuen Bewegungen unter den Arbeitern mit den Worten, die "zuständigen Stellen" sollten "nicht annehmen", daß deren Geduld "nun bis in die Unendlichkeit reicht. Es ist sehr wohl möglich, daß der Bogen dabei überspannt werden kann, und an die Folgen möchte ich nicht denken, ich will sie auch nicht ausmalen."³³

Wenige Tage später kam es in Petrograd zum Sturm der russischen Arbeiter und Soldaten auf das Winterpalais, zur Absetzung der bürgerlichen provisorischen Regierung und zur Übernahme der Macht durch die Sowjets der Arbeiter, Bauern- und Soldatendeputierten. Mit diesem welthistorischen Ereignis wurde das Tor zu einer neuen Epoche der Geschichte der Menschheit aufgestoßen. Die fortschrittlichen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung gingen in dieser Situation daran, den Massen das Wesen, den sozialen Inhalt, den Charakter der Vorgänge in Rußland bewußt zu machen und den Weg zu zeigen, der beschritten werden mußte, um sowohl den Krieg zu beenden als auch die Klassenherrschaft der Junker und Kapitalisten zu brechen. Es war ein großer Erfolg der linken Kräfte, daß es ihnen in Berlin bereits im November und Dezember 1917 gelang, Versammlungen und Demonstrationen durchzuführen, in denen die revolutionäre Entwicklung in Rußland begrüßt und der Aufruf des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets zur Aufnahme von Friedensverhandlungen mit dem Ziel, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen abzuschließen, unterstützt wurde. Am 18. und 25. November kam es zu Demonstrationen für den Frieden, an denen jeweils mehrere tausend Menschen teilnahmen.³⁴ Die Polizei ging mit Waffengewalt gegen die Kundgebungsteilnehmer vor.³⁵ Die deutsche Regierung sah sich am 29. November gezwungen, auf das Angebot der Sowjetregierung einzugehen und ihre Bereitschaft zu erklären, in Friedens-

30 Zit. nach: Glatzer, S. 277.

31 Lange, Annemarie, Das Wilhelminische Berlin, Berlin 1976, S. 669.

32 Ebenda, S. 750.

33 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 379.

34 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 24.

35 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 23 f., 28 ff.

Verhandlungen einzutreten. Sie betrachtete die - langerhoffte - Beendigung des Krieges im Osten als eine Überlebensfrage und strebte nach einem Diktatfrieden, um den Krieg im Westen mit verstärkten Kräften fortsetzen zu können. Damit war der Versuch verbunden, die Massen mit Beteuerungen über ihre angeblich vorhandene Friedensbereitschaft zu täuschen und eine Ausbreitung der Friedensdemonstrationen zu verhindern. Darauf wies die Spartakusgruppe in ihrem Flugblatt "Die Stunde der Entscheidung" vom Dezember 1917 hin, in dem sie hervorhob, die Regierung beabsichtige, "dem Volke Sand in die Augen zu streuen, das Elend und den Jammer des Völkermordens noch zu verlängern und zu verschärfen."³⁶ Nicht ein Separatfrieden, sondern ein allgemeiner Friede sei das Ziel; ein Ziel, das nur durch die Revolution erreicht werden könne. Gleichzeitig wurde auf die kausale Beziehung zwischen der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage einerseits und Revolution und Frieden andererseits hingewiesen: "Der Hunger und das gegenwärtige Massenelend werden nicht aufhören, solange diejenigen, die ein Interesse am Kriege haben, das heißt die Regierung und die bürgerlichen Klassen, am Ruder sind. Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen."³⁷

Die Lebensmittelnot hielt im Winter 1917/18 unvermindert an. Einzig und allein die Kartoffelversorgung konnte relativ stabil gehalten werden, so daß eine ähnliche Katastrophe wie im Jahr zuvor nicht eintrat. Das lag jedoch nicht daran, daß eine "glänzende" Kartoffelernte eingebracht worden wäre.³⁸ Ganz im Gegenteil zählte sie zu den drei schlechtesten der letzten zehn Jahre. Sie war nur um 0,5 Mill. t höher als die sehr schlechte Ernte von 1911, lag aber doch um fast 10 Mill. t über der Mißernte von 1916.³⁹ Der gegenüber dem Vorjahr milde Winter und eine verstärkte Vorsorge trugen zu einer vergleichsweise regelmäßigen Belieferung bei. Ansonsten wurde die Lage dadurch charakterisiert, daß - so wie die Männer k. v., g. v. usw. - die Frauen in Berlin nach dem Volksmund d. u., d. h. dauernd unterwegs waren, um Nahrungsmittel, Kohlen und andere lebensnotwendige Waren zu beschaffen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde von den Kindern der Armen berichtet, die in die Backstuben gingen und das sog. Fußmehl, d. h. den Kehrriech, Mehreste, die auf den Boden gefallen waren, aufkauften. Im November konnte man seit Monaten wieder pro Kopf ein Ei zum Preise von 48 Pfg. kaufen.⁴⁰ Der Käse war aus dem öffentlichen Handel verschwunden, und es gab so gut wie kein Gemüse. Der Verbrauch an Butter sank auf den achten Teil des Vorkriegsverbrauchs; ihre Qualität war so schlecht, daß man sie "häufig nur mit Unbehagen verzehren" konnte.⁴¹ Schmalz war zur Delikatesse geworden. Die Milchzufuhr ging drastisch zurück; sie war von etwa 1 Mill. l täglich auf etwa 260 000 l gesunken. Die Zahl der früher in den Berliner Abmelkwirtschaften vorhandenen Kühe verringerte sich von 20 000 auf 7 000, und der Milchertrag pro Kuh sank auf weniger als die Hälfte.⁴² Marmelade und Fisch gab es nicht.⁴³ Die Bevölkerung hungerte - und schickte dennoch ihren Angehörigen Brot an die Front, wo es ebenfalls an Brot mangelte.⁴⁴

36 Ebenda, S. 49.

37 Ebenda, S. 51.

38 Vgl. Stenographische Berichte ..., 1917, S. 459.

39 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Statistischen Reichsamt, 40. Jg. 1919, S. 67.

40 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 385 f. - 1913 lag der Preis zwischen 5 und 12 Pfg. (Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 437 f.).

41 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 487.

42 Ebenda, S. 488.

43 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 354.

44 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 396.

Es kam zu einem großen Skandal, als der Magistrat von Neukölln - zu dieser Zeit, obwohl de facto längst völlig mit der Stadt Berlin verwachsen, de jure noch eine selbständige städtische Einheit und mit 230 000 Einwohnern im Dezember 1917 an 19. Stelle unter den deutschen Großstädten plazierte - am 3. Dezember dem Kriegsernährungsamt eine Denkschrift über die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zustellte, die 14 Tage später vom sozialdemokratischen Parteiorgan "Vorwärts" veröffentlicht wurde.⁴⁵ Die Denkschrift war eine Reaktion auf ein Verfahren, das wegen Übertretung kriegswirtschaftlicher Verordnungen gegen den Magistrat eingeleitet worden war. Dieser setzte sich zur Wehr, indem er seine eigenen illegalen "Geschäfte" mit denen anderer zu entschuldigen suchte. Der Zusammenbruch des Systems der Kriegsernährungswirtschaft oder sein Nichtfunktionieren habe dem Magistrat keine andere Wahl gelassen. Die Städte stünden in Konkurrenz zu den Großbetrieben, die in großem Maßstab im Schleichhandel einkauften, um ihre Belegschaften arbeitsfähig zu erhalten. Höchstpreise seien sinnlos geworden. Die Denkschrift verwies ferner auf den zunehmenden Naturalhandel, z. B. den Austausch von Lebensmitteln gegen Kohle. Die Stadt Neukölln, die beispielsweise von Spekulanten, d. h. unter Umgehung der staatlichen Verteilungsorgane, 425 Waggons mit Gemüse bezogen hatte, erklärte ihre Absicht, diese Praxis fortzusetzen, wenn keine Änderung der Situation eintrete.

Bestimmte Kreise versuchten die entstandene Situation auszunutzen, um die staatliche Regulierung der Lebensmittelversorgung, die offensichtlich gescheitert war, als ein Versagen angeblich sozialistischer Vorstellungen zu denunzieren. Sie konnten sich auf die ideologische Verbrämung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die von rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern bei ihrer ersten Einführung zu Beginn des Krieges als "Kriegssozialismus" begeistert begrüßt worden waren, stützen. In Wirklichkeit handelte es sich dabei, wie Lenin feststellte, um staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus⁴⁶. Der Stadtverordnete Wurm (USPD), der spätere Staatssekretär des Reichsernährungsamtes (November 1918 bis Februar 1919) und - lt. Wermuth - aussichtsreichste Kandidat für den Posten des Berliner Oberbürgermeisters nach dem Kriege, unterzog dieses System von "Staats- oder Kriegssozialismus" vor den Stadtverordneten am 20. Dezember 1917 einer scharfen Kritik, indem er es als "eine Pfuscherei von Bürokratismus und Profitmacherei mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung" bezeichnete, mit dem "gemietete Arbeiterfeinde ... vor dem Sozialismus graulich machen wollen."⁴⁷

Der Jahreszeit gemäß war das zweite große Problem das einer ausreichenden Versorgung mit Kohle. Die Lage verschlechterte sich auf diesem Gebiet weiter, insbesondere nachdem es nicht gelungen war, in den Sommermonaten genügend Vorräte anzulegen. Viele Schulen und die städtischen Badeanstalten waren bereits im Winter 1916/17 geschlossen worden. Einige Badeanstalten sollten im Laufe des Sommers wieder in Betrieb genommen werden - mit kalten Duschen. Vor dem Stadtparlament erklärte der Stadtschulrat Reimann sarkastisch: "Das Publikum wird sich daran gewöhnen müssen, kalte Duschen über sich ergehen zu

45 Vgl. Umbreit, Paul, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse = Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Deutsche Serie, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928, S. 104; Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin (West)/Bonn 1985, S. 357; Skalweit, August, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft = Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Deutsche Serie, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 221 ff.

46 Lenin, W. I., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 25, S. 368.

47 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 485.

lassen." 48 Im November 1917 war keine einzige der Badeanstalten in Betrieb. Ebenso konnten die teilweise in Schulen vorhandenen Brauseanlagen nicht genutzt werden. Dagegen wurden die Lichtspieltheater mit Kohlen beliefert, um das Volk von seinen Alltagsorgen abzulenken und dem Aufkommen "dummer Gedanken" vorzubeugen. Im Oktober und November durften zentralbeheizte Wohnungen in der Zeit von 9 bis 21 Uhr auf nur 17 Grad erwärmt werden. 49 Die Kohlenhandlungen hatten wegen fehlender Ware oft tagelang geschlossen, und der Zufall entschied, ob jemand Kohle erhielt oder nicht. Selbst die Gaswerke verfügten nicht über einen Kohlenvorrat. Eingetroffene Kohle, meist von schlechter Qualität, mußte sofort vergast werden. Der Heizwert des Gases war gering. Eine Folge dieser Situation war die erhebliche Einschränkung der Straßenbeleuchtung. Ende 1917 waren von 44 000 vorhandenen Gasflammen (Laternen) nur noch 9 000 in Betrieb. 50 Die für die Kohleverteiler zuständige Reichsbehörde hatte der Stadt 70 % ihres früheren Quantums zugesagt; die tatsächlichen Lieferungen lagen noch weit darunter, und die Kohlennot verschärfte sich weiter.

Ständig verschlechterte sich ebenso die Lage auf dem Wohnungsmarkt. 1917 kam der Neubau von Wohnungen fast völlig zum Erliegen. Zwar gab es eine nicht geringe Zahl leerstehender Kleinwohnungen, die jedoch keine Mieter fanden, weil sie größtenteils ohne Gas oder mit anderen schwerwiegenden Mängeln behaftet waren. Nach Angaben des Mediziners, Stadtverordneten und Fraktionsführers der USPD Dr. Hermann Weyl wohnten in Groß-Berlin 600 000 Menschen unter unglaublichen Verhältnissen; mehr als vier Personen hausten in einem einzigen beheizbaren Zimmer. 51 Entsprechend hoch war die Sterblichkeit an der "Wohnungskrankheit", der Tuberkulose. Insbesondere die Lungenschwindsucht als Hauptform der Tuberkulose war die damals verbreitetste Form der Todesursachen. 1917 stieg diese Zahl sprunghaft auf 5 037 an, nachdem sie sich in den Jahren 1914 bis 1916 zwischen 3 360 und 3 484 bewegt hatte. 52

Die Verkehrsverhältnisse verschlechterten sich in einer Weise, daß selbst einer der führenden bürgerlichen Köpfe des Stadtparlaments, der Rechtsanwalt Oskar Cassel, nicht umhin konnte, sie als "unerträglich" zu bezeichnen. 53 Die Zahl der von der Straßenbahn gefahrenen Kilometer sank ständig, dagegen stieg die der beförderten Personen schnell an. Als im November 1917 weitere Einschränkungen angekündigt wurden - so forderte der Reichskohlenkommissar zwecks Einsparung von Energie zusätzliche Verkürzungen der Strecken und größere Abstände zwischen den Haltestellen -, kam es in der Stadtverordnetenversammlung nach einer Debatte zum einstimmigen Beschluß, derartige Maßnahmen abzulehnen. 54

Das Jahr 1917 hatte gezeigt, daß die Arbeiterklasse wieder in Bewegung geraten und nicht länger gewillt war, die zu ihren Lasten betriebene annexionsistische Kriegspolitik der herrschenden Klasse widerstandslos hinzunehmen. Noch nie hatten seit Beginn des Jahrhunderts, nicht einmal in den Jahren der größten Streikaktivität 1905 und 1912, Streiks von einer derartigen Flächenausdehnung und massenhaften Beteiligung wie 1917 stattgefunden. Die amtliche Statistik meldete als "Höchstzahl der während der Dauer der Streiks gleichzeitig Streikenden" 650 658, davon allein in der Stadt Berlin 217 870. 55 Dieser

48 Ebenda, S. 191.

49 Berlin im Weltkriege, S. 320.

50 Ebenda, S. 410.

51 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 427.

52 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 120, 136.

53 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 412.

54 Ebenda.

55 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, S. 100. - Für 1916 lauten die betreffenden Zahlenangaben 124 188 bzw. 37 912. Für 1915 wurden für Berlin 1 842 und 1914 6 626 gleichzeitig Streikende als Höchstzahl genannt. (Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 368.)

Aufschwung setzte sich bereits zu Beginn des Jahres 1918 in einem gewaltigen Massenstreik fort, der die Fundamente der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft erschütterte. Es war "dieselbe dumpfe Unzufriedenheit der Volksmassen" wie in Rußland, die "unvermeidlich in eine Volksbewegung münden" mußte.⁵⁶

Von der Spartakusgruppe und Vertretern des linken Flügels der USPD, insbesondere der in den Betrieben der Rüstungsindustrie tätigen Organisation der revolutionären Obleute dazu aufgerufen, traten am 28. Januar mehr als 400 000 Berliner Arbeiter in den Streik. Sie wählten ihre Vertrauensleute, die sich in einer Versammlung als Groß-Berliner Arbeiterrat konstituierten und einen Aktionsausschuß zur Leitung des Streiks bildeten. Politische Forderungen standen im Mittelpunkt des Streiks, an der Spitze die Forderung nach Beendigung des Krieges auf der Grundlage von Vorschlägen, die die sowjetischen Vertreter bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gemacht hatten. Arbeitervertreter aller Länder sollten, so die streikenden Arbeiter, an den Friedensverhandlungen beteiligt werden. Insgesamt bewies die Zielstellung des Streiks, der sich in den folgenden Tagen auf große Teile des Deutschen Reiches ausbreitete, die gewachsene Reife der Arbeiterklasse ebenso wie den zunehmenden Einfluß der Spartakusgruppe und anderer Vertreter der deutschen Linken.⁵⁷ Die Berliner Arbeiter orientierten sich am Beispiel ihrer russischen Kampfgenossen und antworteten mit ihrem Massenstreik auf den Aufruf Lenins und der Sowjetregierung, umgehend in Friedensverhandlungen einzutreten und dem blutigen Völkermorden ein Ende zu machen.

Das autoritäre Regime ging mit drakonischen Maßnahmen gegen die Streikenden vor. Die größten und bedeutendsten Rüstungsbetriebe der Stadt, wie die Berliner Maschinenfabrik AG, vormals L. Schwartzkopff, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Borsig, AEG, Daimler u. a., wurden unter militärische Leitung gestellt und die Arbeiter unter Androhung von Strafen und Einberufung zum Kriegsdienst aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.⁵⁸ Tatsächlich wurde eine große Anzahl von streikenden Arbeitern, etwa 50 000, darunter viele Mitglieder des Arbeiterrates und des Aktionsausschusses, durch das Oberkommando in den Marken eingezogen.⁵⁹ Tausende wurden verhaftet und mehr als 200 zu Zuchthausstrafen verurteilt.⁶⁰

Es waren vor allem die rechten sozialdemokratischen Führer, die, wie Friedrich Ebert, mit "der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten" waren, den Streik "zum schnellsten Abschluß zu bringen und eine Schädigung des Landes zu verhüten"⁶¹ und die kraft ihres Einflusses neben der staatlichen Repression einen entscheidenden Anteil an der Abwürgung der Bewegung hatten. So endete der Streik zwar mit einer Niederlage, aber zeigte gleichzeitig das Anwachsen des Einflusses der revolutionären Linken auf die werktätigen Massen und deren zunehmende Politisierung. Lenin betrachtete den Streik als eine

56 Lenin, W. I., Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 4. (17.) November 1917, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 26, S. 287.

57 Vgl. Bartel, Walter, Der Januarstreik 1918 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 143 ff.

58 Dokumente und Materialien ..., S. 93.

59 Stern, Leo, Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1958, S. 162.

60 Materna, Ingo, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1917 - 1919, Berlin 1978, S. 26.

61 Zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1917 - 1919, hg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 34.

"Tatsache von erstrangiger Wichtigkeit und ... einen Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats."⁶² Berlin erwies sich nicht nur als das Zentrum des deutschen Imperialismus und Militarismus, denn von "keiner anderen deutschen Stadt ... gingen so nachhaltige Impulse für den entschlossenen Kampf gegen imperialistischen Krieg und dessen aktive Unterstützung durch die rechten sozialdemokratischen Führer aus."⁶³

In der Stadtverordnetenversammlung kam es am 31. Januar 1918 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktion des Hauses. Anlaß war das Verbot einer kommunalen Wählerversammlung durch das Oberkommando in den Marken. Die USPD-Fraktion forderte, sowohl dieses Verbot als auch die allgemeine Aufhebung der Vereins- und Versammlungsrechte der streikenden Arbeiterschaft rückgängig zu machen. Sehr deutlich zeigte sich in der Debatte die schwankende, inkonsequente Haltung der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie. Scharfe Angriffe gegen die Herrschenden und Aufrufe zur Milderung der Gegensätze wechselten einander ab. Der Führer der USPD-Fraktion, Dr. Weyl, betrachtete die Frage von Krieg und Frieden als das "Problem des Tages" und verwies auf die in der Bevölkerung verbreiteten Auffassung, daß "bei den doppelzüngigen und hinterhältigen Ausführungen der maßgebendsten Persönlichkeiten ein ehrlicher und demokratischer Friede gar nicht gewünscht wird."⁶⁴ Andererseits hatte er nichts dagegen einzuwenden, wenn die streikenden österreichischen Arbeiter "beruhigt" wurden⁶⁵ und forderte die Versammlung auf, zu einem "Ausgleich der vorhandenen Spannung" beizutragen⁶⁶. Als Adolph Hoffmann die Forderungen der Streikenden nach Frieden, Freiheit und Brot unterstützte, war ihm dagegen der Beifall der Tribüne sicher.⁶⁷ Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen und der Saal von den Zuschauern geräumt. Zwei Wochen später stand erneut die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes zur Diskussion. Der Oberbürgermeister informierte darüber, daß das Oberkommando unter Einhaltung bestimmter Auflagen bereit sei, Versammlungen zur Vorbereitung kommunaler Wahlen zu genehmigen, wenn z. B. die Rede und die Diskussion "den Burgfrieden nicht gefährden und den Geist entschlossenen Durchhaltens im deutschen Volke nicht irgendwie beeinträchtigen" würden.⁶⁸

Dieser Geist nun allerdings existierte seit längerer Zeit nur noch in der Phantasie der Machthaber. Die alle Vorstellungen übertreffenden Schrecken des Krieges hatten die verbreiteten Illusionen, das Wunschenken der Anfangsphase längst gründlich zerschlagen. Die geforderte Fähigkeit zum Widerstand, zum Widerstand gegen den "äußeren Feind" gegen den Hunger, gegen die Kälte, gegen den Tod schlug um. Sie verwandelte sich in den Widerstand gegen die Verantwortlichen für das Massensterben, in den Widerstand gegen das herrschende imperialistische System. Immer mehr Menschen erkannten, was Karl Liebknecht und die Gruppe Internationale bereits im Mai 1915 festgestellt hatten: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Mit der Erschöpfung der Vorräte verschärften sich die Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Frühjahr und Sommer des Jahres 1918 erneut. Die Menge und die Qualität der an die Stadt gelieferten Le-

62 Lenin, W. I., Referat auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Betriebskomitees, 23. Juli 1918. Zeitungsbericht, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 27, S. 549.

63 750 Jahre Berlin. Thesen, in: Neues Deutschland, 14./15. 12. 1985, S. 10.

64 Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, 1918, Berlin 1919, S. 40.

65 Ebenda.

66 Ebenda, S. 41.

67 Ebenda, S. 50.

68 Ebenda, S. 64.

bensmittel ging ständig zurück; die Rationen mußten infolgedessen wieder gekürzt werden. Als erstes wurde die Fleischration herabgesetzt. Zwar wurde die wöchentliche Gesamtmenge von 250 g pro Kopf beibehalten, doch mußte ein Fünftel davon als Knochen und ein weiteres Fünftel in Form von Wurst bezogen werden. Das Durchschnittsgewicht des gelieferten Viehs hatte sich z. T. auf weniger als die Hälfte verringert, und der Knochenanteil war daher von 20 bis 25 % auf 35 bis 40 % gestiegen.⁶⁹ Der Fettanteil war gering und die Qualität insgesamt so schlecht, daß die Ware "kaum noch den Namen Fleisch" verdiente.⁷⁰ Von der Wurst wurde gesagt, sie sei eine Götterspeise, da nur die Götter wüßten, was sie enthalte.⁷¹ Am 8. Mai 1918 stimmte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig einem Antrag der USPD-Fraktion zu, beim Kriegsernährungsamt darauf hinzuwirken, die Brotration nicht herabzusetzen. Dennoch erfolgte ab 16. Juni die Herabsetzung der Ration von 200 g auf 160 g Mehl täglich. Eine Erhöhung der Fleischration als Ausgleich wie im Frühjahr 1917 erwies sich als nicht realisierbar. Da konnte auch die erneute Kartoffelnot im Sommer beim Übergang zur neuen Ernte nicht mehr verwundern. Im Juli wurden die wöchentlichen Rationen pro Kopf zunächst von 7 auf 3 Pfd., schließlich sogar auf 1 Pfd. herabgesetzt. Waren in Berlin vor dem Krieg etwa 200 Eier jährlich pro Kopf verzehrt worden, so konnten 1918 während eines halben Jahres nur 2 Eier verteilt werden.⁷² Die Verteilung von Fetten war auf eine Menge von 70 g pro Kopf und Woche gesunken.⁷³ Ausdruck der überaus prekären Lage war ein Antrag der SPD-Fraktion des Stadtparlaments vom 8. Juli 1918, der Magistrat solle darauf hinwirken, daß "durch die fortgesetzten Einschränkungen der Brot-, Kartoffel- und Fleischrationen die genügende Ernährung der Berliner Bevölkerung nicht vollkommen in Frage gestellt und mindestens ein vollwertiger Ersatz in anderen Lebensmitteln uneingeschränkt gewährleistet wird."⁷⁴

Das erwies sich freilich als unmöglich. Nachdem Gemüse und Obst im Frühjahr zunächst völlig vom Markt verschwunden waren, wurde vorgeschlagen, Mehl und Brot durch diese Nahrungsmittel zu ersetzen. Das hätte, wäre es praktikabel gewesen, den Verzehr gewaltiger Mengen bedeutet, die erstens nicht vorhanden und zweitens von der Masse der Verbraucher auch nicht bezahlbar waren. Ein anderer Vorschlag forderte die Abschachtung der Rinder, um "dem Verschwinden der Kartoffeln ein Ende zu setzen."⁷⁵ Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln hatte einen Tiefstand ohnegleichen erreicht. Der Kalorienwert der rationierten Lebensmittel von etwa 1 000 lag erheblich unter dem Wert von 1 568 Kalorien, den ein Patient in einem Krankenhaus vor dem Kriege erhielt, und betrug damit nur etwa ein Drittel dessen, was ein voll arbeitsfähiger Erwachsener benötigte.⁷⁶ Wenn daher schon im Juni 1918 im Stadtparlament davon die Rede war, es müsse "ein Ende mit diesem fluchwürdigen Verhetzen der Völker gegeneinander" sein, in Wien und Budapest hätten die Arbeiter bereits gezeigt, daß "ihre Geduld zu Ende ist",⁷⁷ und wenn ein sozialdemokratischer Stadtverordneter warnte, daß "die Sache ungeheuer ernst" werden würde, gelänge es nicht, Ersatz für die gekürzten Lebensmittel heranzuschaffen,⁷⁸ so zeigen diese Äußerungen mehr als deutlich den allmählichen Übergang

69 Vgl. Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin, 1924, S. 26.

70 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 183.

71 Ebenda, S. 181.

72 Berlin im Weltkriege, S. 274.

73 Ende 1917 (Materna, S. 36), im Dezember 1918 (vgl. Skalweit, S. 250) unverändert.

74 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 310, Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin, 1918, S. 318.

75 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 248.

76 Ebenda, S. 249.

77 Ebenda, S. 250.

78 Ebenda.

von der wirtschaftlichen und sozialen Krise zur Herausbildung einer revolutionären Situation.

Nach der neuen Ernte gelang es nur noch, eine partielle und temporäre Verbesserung der Situation zu erreichen. Es konnten wieder wöchentlich 7 Pfd. Kartoffeln pro Kopf verteilt werden, und es gab, allerdings zu sehr hohen Preisen, mehr Gemüse. Die Brottration wurde etwas erhöht, ohne jedoch den Stand des Vorjahres zu erreichen. Andererseits gab es wochenlang kein Fleisch zu kaufen, und Hülsenfrüchte wie Bohnen, Erbsen und Linsen waren ebenso wie Obst auf dem Markt nicht zu erhalten. In der Stadtverordnetenversammlung war davon die Rede, die Not sei "auf einem Höhepunkt angelangt . . . , der kaum noch überboten werden" könne,⁷⁹ die Bevölkerung siehe "an Unterernährung langsam dahin", nur dann und wann unterbrochen, aber nicht etwa durch eine zeitweise bessere Versorgung, sondern "durch das größere Fehlen von Nahrungsmitteln", wodurch "dieser Prozeß . . . beschleunigt" werde.⁸⁰ Ein USPD-Stadtverordneter schloß unter Bravorufen seine Rede mit den Worten: "Wenn die Sache nicht zu ändern geht, dann heißt es eben, dem Krieg ein Ende zu machen; denn nur auf diese Weise kann für das Volk eine Besserung herbeigeführt werden."⁸¹ Ein Sozialdemokrat betonte, die Bevölkerung habe "zu den Versprechungen, zu den Vertröstungen, zu dem ganzen Hinhalten nicht das geringste Vertrauen mehr."⁸² Man könne schon nicht mehr von Unterernährung sprechen, sondern von einer "chronischen Hungersnot". Dagegen erhob sich selbst von bürgerlicher Seite kein Widerspruch, obwohl gerade erst vom Oberbürgermeister in einem Telegramm an die Reichsleitung von einem "freudigen und mutigen Vertrauen der Reichshauptstadt" die Rede gewesen war.⁸³ Auch dieser Stadtverordnete schlußfolgerte, daß die Ernährungssituation während des Krieges kaum verbessert werden könne und es daher "nur eins" gäbe: "dafür Sorge" zu tragen, "daß diesem elenden, scheußlichen Kriege ein Ende gemacht wird."⁸⁴ Diese völlig ungewohnten Äußerungen zeigen in ihrer frappierenden Offenheit deutlich den ganzen Ernst der Lage; es ging um die nackte Existenz, um Sein oder Nichtsein, aber nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das herrschende System.

Das Problem, die Bevölkerung mit einem Minimum an Lebensmitteln zu versorgen, um überhaupt ein Überleben zu ermöglichen, war zweifellos das schwerwiegendste. An zweiter Stelle rangierte die Versorgung mit Brennstoffen, vor allem mit Hausbrand, aber auch mit Beleuchtung. Hatte der Reichskohlenkommissar der Stadt eine monatliche Belieferung mit 200 000 t Briketts für die Haushalte zugesagt, so lag die tatsächliche erheblich darunter. Geliefert wurden von Oktober 1917 bis Mai 1918 lediglich 78,25 % der bewilligten, bereits weit unter dem Bedarf liegenden Menge.⁸⁵

Am 1. Juni verfiel die Kohlenkarte, nachdem noch im Mai lt. Presseberichten Frauen die ganze Nacht nach Kohlen angestanden hatten, ohne auch nur einen halben Zentner zu erhalten. Vor den Gasanstalten standen täglich Hunderte von Menschen nach Koks an. Wochenlang wurde den Kohlenhändlern keine Kohle geliefert, und alle Bemühungen, die ausstehenden Mengen für die Bevölkerung im Sommer nachzuliefern, blieben erfolglos.

Die wahrhaft verzweifelte Situation auf diesem Gebiet wird noch dadurch unterstrichen, daß der Magistrat große Anstrengungen zur Errichtung einer Brenntorfgewinnungsanlage unternahm. Zehn Jahre lang sollten auf den Fund-

79 Ebenda, S. 277.

80 Ebenda.

81 Ebenda, S. 281.

82 Ebenda, S. 286.

83 Ebenda.

84 Ebenda, S. 287.

85 Berechnet nach: Stenographische Berichte . . ., 1918, S. 198, 236.

stätten, den Riesefeldern nördlich von Berlin, pro Jahr an 100 Arbeitstagen 6 000 t Torf gewonnen werden. Ein Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung votierte mehrheitlich gegen diesen Plan. Geringes Ergebnis und hohe Kosten waren die Hauptgründe für den Widerstand gegen die Vorlage des Magistrats. Es konnte kaum damit gerechnet werden, die Anlage noch 1918 in Betrieb zu nehmen. Die Produktion hätte den Bedarf der Stadt an Hausbrand lediglich für einen einzigen Tag decken können. Der Torf war insbesondere für die ärmere Bevölkerung gedacht, die nicht wußte, "wo sie die ihr laut Kohlenkarte zustehenden Kohlen bekommen soll."⁸⁶ Da keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurde von diesen Ärmsten der Armen erwartet, sich den Torf mit Hilfe von Hand- und Kinderwagen aus Blankenfelde selbst zu holen. Es geschah dem berühmten Griff nach dem Strohalm, wenn die Vorlage des Magistrats gegen die Ablehnung des Ausschusses dennoch von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit, darunter auch den Stimmen der SPD- und der USPD-Fraktion, angenommen wurde. Im Herbst 1918 konnte die Produktion aufgenommen - bereits im Juli 1919 mußte sie wieder eingestellt werden.⁸⁷

Der Mangel an Brennstoffen und Energie führte zur weiteren Einschränkung des innerstädtischen Verkehrs und der Straßenbeleuchtung. Ein bedeutender Teil der Stadt lag im Dunkeln.⁸⁸ Der Verbrauch von Gas, Strom und Petroleum war rationiert, ebenso von Brennspritus, der das Petroleum schließlich ersetzte und von vielen Berliner Haushalten für die Beleuchtung verwendet wurde. Ab August 1918 war es auch damit zu Ende: Der Ersatz wurde wiederum durch Ersatz, durch Kerzen und Karbid, ersetzt. Besonders betroffen waren davon die etwa 50 000 Heimarbeiterinnen, die "einen so jammervollen Lohn" erhielten, "daß sie nur bei sehr ausgedehnter Arbeitszeit genug verdienen konnten, also auf Arbeit bei künstlicher Beleuchtung angewiesen waren."⁸⁹

Die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und Schuhen war im Sommer 1918 faktisch ganz und gar zusammengebrochen. Nachdem bereits am 1. August 1916 für Bekleidung und ab 23. Dezember 1916 für Schuhe der Verkauf von der Vorlage eines Bezugsscheines abhängig gemacht worden war, auf den der Bürger nicht etwa einen Anspruch hatte, sondern der einen besonderen Antrag erforderte, konnte kaum noch etwas verteilt werden. Die Zahlen belegen das eindeutig. In der Zeit der Bewirtschaftung kamen pro Kopf zur Verteilung⁹⁰:

- 1,03 m Stoff für Oberbekleidung,
- 0,86 m Wäsche- und Futterstoff,
- 1,08 Stck. fertige Oberbekleidung für Männer und Knaben,
- 0,77 Stck. fertige Oberbekleidung für Frauen und Mädchen,
- 1,67 Stck. fertiges Unterzeug,
- 1,82 Stck. Strümpfe bzw. Socken.

Besonders problematisch wurde die Versorgung mit Schuhwerk. Mitte des Jahres 1918 konnten Tausende von ausgestellten Bezugsscheinen schon nicht mehr eingelöst werden, und nur, wer "über die nötigen Beziehungen verfügte oder tage- und nächtelang vor den Geschäften ausharrte, konnte hoffen, in den Besitz von Schuhen zu gelangen."⁹¹

Als ein weiteres drückendes Problem erwies sich im Verlauf des Krieges die Wohnungsfrage. Das Wohnungsamt der Stadt, kaum gebildet, war zu Beginn des Krieges wieder geschlossen worden. Es schien zunächst ein Überfluß an Wohnungen zu herrschen. Viele Frauen, deren Männer an der Front waren, hatten

86 Ebenda, S. 22.

87 Berlin im Weltkriege, S. 328.

88 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 341.

89 Berlin im Weltkriege, S. 330.

90 Ebenda, S. 304.

91 Ebenda, S. 308.

ihre Wohnungen aufgeben müssen. Das hatte zur Folge, daß einerseits insbesondere Kleinwohnungen in nicht geringer Zahl leer standen, andererseits sehr viele Kleinwohnungen überbelegt waren.⁹² Von den bei der Reichswohnungszählung am 31. Mai ermittelten insgesamt 585 034 Wohnungen bestanden 10 266 nur aus einer Küche, weitere 198 135 Wohnungen aus einem einzigen Wohnraum - als solche zählten Zimmer, Wohnkammern und Alkoven -, und weitere 37 427 Ein-Raum-Wohnungen hatten nicht einmal eine Küche.⁹³ Der Wohnungsbau war zum Erliegen gekommen. Bereits 1916 und 1917 waren keine Bauscheine für Wohnhäuser mehr ausgegeben worden, und ab Juni 1917 waren nur noch kriegswichtige Bauten erlaubt.

Zwar war die Bevölkerungszahl ständig zurückgegangen, aber mit der Expansion der Rüstungsindustrie strömten in zunehmendem Maße Arbeitskräfte in die Stadt. Gab es bereits 1917 einen Zuzugsüberschuß von 18 000 Menschen, so betrug dieser 1918 schon 232 000.⁹⁴ Die Nachfrage stieg und ließ die Verantwortlichen für die Zeit nach dem Kriege aus gutem Grunde mit einer großen Wohnungsnot rechnen. Noch standen 14 000 Wohnungen leer, von denen jedoch nur ein Bruchteil noch "wohnreif" gemacht werden konnte.⁹⁵ Die heimkehrenden Soldaten, die während des Krieges geheiratet oder die Eheschließung bis zur Wiederherstellung des Friedens verschoben hatten, wie auch solche, deren Frauen die eigene Wohnung während des Krieges aufgeben mußten, wurden als in erster Linie Wohnungssuchende betrachtet, außerdem vor allem Personen, die nach Berlin kamen, um Beschäftigung zu suchen. Robert Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg, schätzte den Bedarf an Wohnungen für Groß-Berlin für die ersten Jahre nach dem Kriege auf 60 000 und rechnete mit einem jährlichen Ansteigen um weitere 20 000.⁹⁶ Am 1. April 1918 mußte unter dem Druck der sich rasch zuspitzenden Verhältnisse das Wohnungsamt wieder eröffnet werden. Am 13. August folgte eine Polizeianordnung über die Errichtung von Notwohnungen in Dach- und Kellergeschossen. Notwohnungen wurden selbst in Lager- und Fabrikräumen, in Läden und Stallgebäuden eingerichtet.⁹⁷ Laut Vorlage des Magistrats Nr. 333 vom 22. Juni 1918 sollten auch öffentliche Gebäude, insbesondere Schulen, die mit Brausebädern und Schulküchen eingerichtet waren, für die Bereitstellung von Notwohnungen genutzt werden.⁹⁸ Damit im Zusammenhang standen "Maßnahmen zur Linderung der Möbelnot", die schon am 28. Februar in der Stadtverordnetenversammlung beraten wurden. Es war die Rede von einem "großen Notstand".⁹⁹ Fast täglich gingen dem Magistrat zahlreiche Gesuche um Bereitstellung von Möbeln zu. Um diesen Notstand zu lindern, wollte der Magistrat alte, in seinem Besitz befindliche Einzelmöbel aufarbeiten lassen und an minderbemittelte Bürger und heimkehrende Soldaten verkaufen. Darüber hinaus war vorgesehen, 500 Einrichtungen - "einfache Entwürfe" in zwei Mustern - zu beschaffen.¹⁰⁰ Das alles war selbstverständlich noch weniger als wenig, bedenkt man, daß bis zu diesem Zeitpunkt allein in Berlin 27 000 Kriegstrauungen, d. h. Eheschließungen von Frontsoldaten, stattgefunden hatten.¹⁰¹ Sofern man in den Geschäften noch Möbel kaufen konnte, dann nur zu Preisen, die nur wenige zu zahlen imstande waren.

92 Vgl. Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin, 1924, S. 11.

93 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 296 f.

94 Berlin im Weltkriege, S. 458.

95 Stadtarchiv Berlin, Vorlagen ..., 1918, S. 306.

96 Ebenda.

97 Berlin im Weltkriege, S. 469 f.

98 Stadtarchiv Berlin, Vorlagen ..., 1918, S. 307.

99 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 77.

100 Stadtarchiv Berlin, Vorlagen ..., 1918, S. 100.

101 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 77.

Überhaupt war es nicht allein der Mangel an allem Lebensnotwendigen, sondern, selbstverständlich im engen Zusammenhang damit, die Entwicklung der Preise, welche die Existenz der breiten Massen immer stärker bedrohte. Die Preise für Lebensmittel waren besonders in den ersten beiden Jahren des Krieges stark gestiegen. Die allmähliche Einführung von Höchstpreisen, die schließlich für nahezu alle Waren von Bedeutung zur Norm wurde, verlangsamte diesen Prozeß zwar pro forma, verdeckte aber gleichzeitig durch die Außerkraftsetzung des preisbestimmenden Mechanismus von Angebot und Nachfrage auf dem Markt die Realitäten. Die vorhandenen Preisstatistiken, die sich in erster Linie auf die staatlich festgelegten Höchstpreise stützen, vermögen daher lediglich Tendenzen erkennbar zu machen, da es natürlich nicht möglich ist, auf der Grundlage verschiedener Preisebenen, der Höchstpreise, der "freien" Marktpreise und der Schwarzmarktpreise, wobei die letzte Ebene statistisch nicht erfaßbar ist, einen Durchschnittspreis zu errechnen. Gerade die auf dem schwarzen Markt zu immer höheren Preisen gehandelten Lebensmittel gewannen aber in der zweiten Hälfte des Krieges zunehmend an Gewicht, da diese außerhalb der Legalität stehende zusätzliche Versorgung für das Überleben von größter Bedeutung war. Hinsichtlich Berlins liegt eine Berechnung von Peter Quante vor, wonach sich die Kosten für Lebensmittel bis zum Oktober 1918 auf 277 (Juli 1914 = 100) erhöhten.¹⁰²

Gegenüber anderen, von Richard Calwer und Adolf Günther für das Deutsche Reich sowie von Peter Quante für die Rheinprovinz berechneten Indizes zeigen die Ziffern für Berlin höhere Werte an.¹⁰³ An Beispielen von Grundnahrungsmitteln lassen sich in Berlin Preisbewegungen nach oben feststellen, die sich zwischen 50 % (bei Weizenmehl) und 500 % (bei Eiern) bewegten.¹⁰⁴

Erheblich höher noch lagen die Steigerungsraten bei Textilien und Schuhen.¹⁰⁵ In der Stadtverordnetenversammlung wurden Preissteigerungen für Lederstiefel von 12 bis 15 M auf 60 bis 70 M, für einen blauen Arbeitsanzug von 5 bis 6 M auf ebenfalls 60 bis 70 M und für ein Paar Strümpfe von 0,80 auf 8 M genannt.¹⁰⁶

Mit dieser Entwicklung vermochten die Lohnsteigerungen in keiner Weise Schritt zu halten. Obwohl sie bei den Spitzenverdiensten in der Rüstungsindustrie durchaus nicht unerheblich waren, blieben sie im ganzen selbst in diesen Zweigen hinter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten beträchtlich zurück. Ein solcher Zweig war z. B. die Metallindustrie in Groß-Berlin, für die vom Verband der Berliner Metallindustriellen eine Lohnstatistik geführt wurde.¹⁰⁷

Gegenüber 1914 stieg hier der Durchschnittsverdienst bis September 1918 bei den gelernten Arbeitern um 209,2 %, bei den Angelernten um 180,4 % und bei den Ungelernten um 133,3 %. Für die weiblichen Arbeitskräfte ergaben sich andere Werte.

102 Quante, Peter, Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege, in: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, 59. Jg. 1919, Berlin 1920, S. 372.

103 Vgl. Kuczynski, S. 349.

104 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, S. 185 f.

105 Vgl. Günther, Adolf, Kriegslöhne und -preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten = Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 66, 1919, S. 62. - Z. T. neu berechnet.

106 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 287.

107 Zimmermann, Waldemar, Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland = Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Deutsche Serie, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932, S. 373.

Während die Steigerung in Prozenten ausgedrückt, bei den angelernten Frauen (132 %) gegenüber den Männern zurückbleibt, bei den Ungelernten dagegen höher liegt (168,75 %), zeigen die absoluten Zahlen ein geradezu trostloses Bild der Lohnverhältnisse. Das war nicht nur eine Frage der fehlenden Qualifikation, sondern vor allem des Mangels an Gleichberechtigung und als dessen Folge eine Frage verschärfter Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Nur vereinzelt kam es in der Berliner Rüstungsindustrie vor, daß Frauen bei gleicher Leistung im Akkord auch gleichen Lohn erhielten; in der Regel lagen diese Sätze um 25 bis 35 % unter denen ihrer männlichen Kollegen.¹⁰⁸ Der normale Stundenverdienst betrug im Herbst 1918 in den Berliner Rüstungsbetrieben bei ungelerten Arbeiterinnen 0,90 M, bei angelernten Arbeitern 1,94 M und bei Facharbeitern 2,37 M.¹⁰⁹ In einem Berliner Großbetrieb der mechanischen Industrie, der 1914 12 000 Arbeitskräfte (davon 3 000 Frauen), 1917 aber 17 000, darunter fast ebenso viele Frauen (11 000) wie 1914 insgesamt, beschäftigte, erhöhten sich die Durchschnittsstundenlöhne von 1914 bis 1918 bei Arbeitern von 66,7 auf 157,0 Pfg., bei Arbeiterinnen von 33,7 auf 76,0 Pfg.¹¹⁰ Auch in diesem einzelnen Betrieb blieben die Steigerungssätze bei den Frauen (125,5 %) hinter denen der Männer (135,4 %) zurück. Jedoch ist stets zu berücksichtigen, daß es sich bei den angeführten Beispielen um Fälle handelt, in denen Spitzenverdienste gezahlt wurden. Weniger oder kaum kriegswichtige Industrien blieben ganz erheblich dahinter zurück; ausgehend von einem von vornherein niedrigeren Lohnniveau hielten sich die Lohnerhöhungen hier in einem sehr bescheidenen Rahmen. Zusätzlich fällt besonders ins Gewicht, daß 1918 im Landespolizeibezirk Berlin die Zahl der Arbeiterinnen mit 201 379 die der Arbeiter (176 841) übertraf.¹¹¹

Die Diskrepanz zwischen der Erhöhung der Löhne und den bei weitem stärker gestiegenen Lebenshaltungskosten - von 130 (1913) auf 407 (1918), 1900 = 100 gesetzt¹¹² - fand ihren Ausdruck in sinkenden Reallöhnen als einem gewichtigen Bestandteil der Summe von Faktoren, die den Lebensstandard bestimmen. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß gegenüber der Vorkriegszeit, in der die Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit vorherrschte und in der Regel zwischen 9 und 10 Stunden gearbeitet wurde, jetzt in den Berliner Groß- und Mittelbetrieben der Rüstungsindustrie werktags zwischen 10 und 12 Stunden und selbst am Sonntag 5 bis 12 Stunden gearbeitet werden mußte.¹¹³ Eine Herabsetzung der Arbeitszeit war unter den gegebenen Umständen für die Arbeiter von lebenswichtiger Bedeutung. Immer lauter erhoben die Arbeiter die Forderung nach dem achtstündigen Arbeitstag, die seit der Einführung der Maifeier stets eine wichtige Rolle gespielt hatte und selbst in der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1918 mehrfach vorgetragen wurde.¹¹⁴

Lange Arbeitszeit und unzureichende Ernährung waren nur die wichtigsten unter vielen Faktoren, die zu einer rapiden Verschlechterung der Volksgesundheit führten. Wenn in den Wartezimmern der Ärzte auf Plakaten zu lesen war: "Unsere Ernährung ist in auskömmlicher Weise sichergestellt; es ist zu erwarten, daß die Verhältnisse in nächster Zeit besser werden", oder die Behauptung verbreitet wurde, der Gesundheitszustand sei "im allgemeinen zufriedenstellend",¹¹⁵ so wußten die Betroffenen am besten, wie wenig diese Darstellung der

108 Lorenz, Charlotte, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, S. 342.

109 Ebenda, S. 344.

110 Kuczynski, S. 369 f.

111 Lorenz, S. 349.

112 Kuczynski, S. 350.

113 Berlin. 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild, v. einem Autorenkoll. unter Ltg. v. Roland Bauer u. Erik Hühns, Berlin 1980, S. 209.

114 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 289, 358.

115 Ebenda, S. 211.

Wirklichkeit entsprach. Krank werden und krank sein bedeutete für die Masse der abhängig Beschäftigten, mit den niedrigen Sätzen des Krankengeldes leben zu müssen, was gleichbedeutend war mit einem noch tieferen Absinken unter das Existenzminimum. Krank werden war also nicht allein wegen der Krankheit lebensgefährlich. Der Gang zum Arzt wurde daher bis zum letzten hinausgeschoben, nicht etwa aus "treuer Pflichterfüllung" heraus, sondern in der Auffassung, die Chance zum Überleben damit noch mehr zu verringern. Die Statistik der Sterbefälle, die 1913 ihren niedrigsten Vorkriegsstand erreicht hatte, zeigt gerade für die letzten beiden Jahre des Krieges ein erhebliches Ansteigen der Todesfälle, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die mittlere Bevölkerung der Stadt bis zum Jahre 1917 von 2,08 Mill. im Jahre 1913 auf 1,75 Mill. zurückgegangen war.¹¹⁶

Im Herbst des Jahres 1918 zeigten, laut Eingabe des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter, die Erkrankungsziiffern der städtischen Betriebskrankenkasse "mit erschreckender Deutlichkeit, daß eine das gewöhnliche Maß weit übersteigende Entkräftung der Arbeiter und Angestellten sich immer mehr bemerkbar macht."¹¹⁷ Gerade noch war es gelungen, einen Choleraherd im Keim zu ersticken, als sich die Grippe (Influenza), wellenartig bereits in der ersten Juli-hälfte und in der zweiten Septemberhälfte aufgetreten, Mitte Oktober zur Epidemie entwickelte. In Deutschland gab es Städte, in denen mehr als die Hälfte der Einwohner erkrankt war. Infolge der geringen Widerstandsfähigkeit hielt der Tod reichlich Ernte: Die Zahl der Opfer im gesamten Reichsgebiet wird auf 150 000 geschätzt.¹¹⁸ Eigentümlich war, daß vor allem junge, kräftige Menschen der Seuche erlagen. Von den 349 Schulen der Stadt mußten im Oktober und November 1918 301 geschlossen werden.¹¹⁹ Dr. Weyl berichtete am 24. Oktober 1918, im Krankenhaus am Friedrichshain seien bis vor wenigen Tagen 58 Pflegepersonen, darunter 32 Schwestern, an der Influenza erkrankt. 4 Schwestern waren bereits gestorben und weitere rangen mit dem Tode.¹²⁰ Für die hohe Zahl der Todesfälle machte er die Kriegsverhältnisse und die "Ausplünderung und Aushungerung des Volkes durch die agrarischen und die sonstigen Lebensmittelwucherer" verantwortlich.¹²¹

Mit dem Scheitern der letzten militärischen Offensiven an der Westfront, dem Übergang der alliierten Streitkräfte zur Gegenoffensive, der verstärkten und objektiv unaufhaltsamen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Volksmassen geriet das Regime von der chronischen in eine akute Krise. Hinsichtlich des Monats August 1918 stellte das für Berlin zuständige Oberkommando in den Marken fest: "Die Stimmung der Bevölkerung hat im Berichtsmonat einen Tiefstand erreicht, wie er im Verlaufe des Krieges noch nicht dagewesen ist."¹²² Als Ludendorff Mitte Oktober dem neuernannten sozialdemokratischen Staatssekretär Philipp Scheidemann die Frage stellte, ob es ihm nicht gelingen könnte, die Stimmung der Massen zu heben, antwortete dieser, die Not sei so groß, daß man "vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dieses Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern ..."¹²³

Bekanntlich kam es tatsächlich zu der von Walther Rathenau geforderten "levée en masse", zur "einmütigen Erhebung des Volkes", aber in ganz anderer Weise, als von bestimmten Kreisen der herrschenden Klasse erwartet. Der Punkt war

116 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 103.

117 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 288 f.

118 Glatzer, S. 387.

119 Berlin im Weltkriege, S. 519.

120 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 360.

121 Ebenda, S. 361.

122 Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr. 12 479, Bl.45, zit. in: Der erste Weltkrieg, S. 320 ff.

123 Zit. nach: Glatzer, S. 399.

erreicht, wo "der Krieg mit seinen Schrecken proletarischen Aufstand erzeugt".¹²⁴ Die Revolution im November 1918 machte dem Krieg endgültig ein Ende, fegte das monarchische System hinweg, brachte den werktätigen Massen mit einem Schläge neue, erweiterte demokratische Rechte und Freiheiten und soziale Errungenschaften. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Berlin ernannte aus den Reihen der Stadtverordneten vier Volksbeauftragte: Hugo Heimann und Bernhard Bruns von der SPD und Dr. Hermann Weyl und Dr. Kurt Rosenfeld von der USPD. Diese teilten dem Oberbürgermeister mit, daß sie die Verwaltung der Stadt übernommen hätten.¹²⁵ Doch blieb es bei einer Absichtserklärung. Als sie am 11. November anfragten, ob Oberbürgermeister und Magistrat weiter arbeiten wollten, erklärten sich die Vertreter des alten Regimes einmütig dazu bereit. Am 18. November gab Heimann im Namen aller Volksbeauftragten eine Erklärung ab, in der der Wunsch geäußert wurde, mit den Stadtverordneten, dem Magistrat und anderen Kräften gemeinsam "die Geschäfte Berlins" zu führen. "Auf dieser Grundlage wird ... ein Ausgleich ... möglich sein", hieß es weiter.¹²⁶ Ein von allen vier Fraktionen eingebrachter Antrag hielt es u. a. für die "dringende Pflicht der städtischen Behörden ... für Aufrechterhaltung der Ordnung" zu sorgen.¹²⁷ Damit schloß sich der Kreis. Wie 1914 wurde "in der Stunde der Gefahr" für die bürgerliche Ordnung die Einheit, die im letzten Jahr des Krieges ins Wanken geraten war, wiederhergestellt - wie zu Beginn des Krieges, so auch an seinem Ende allein zum Nutzen der herrschenden Klasse und zu Lasten der ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Massen. Noch waren die revolutionären Kräfte nicht stark genug, noch waren sie auch ungenügend organisiert, um dies zu verhindern und ihre Ziele realisieren zu können. Eine historische Chance blieb ungenutzt. Schwere Prüfungen standen der deutschen Arbeiterklasse bevor, angefangen von der Inflation über die Weltwirtschaftskrise und die Errichtung der faschistischen Gewaltherrschaft bis hin zur erneuten Katastrophe des zweiten Weltkrieges. Erst die zweite schwere Niederlage des deutschen Imperialismus eröffnete mehr als ein Vierteljahrhundert nach den Tagen des November 1918 neue Möglichkeiten für eine historische Wende.

124 Lenin, Die drohende Katastrophe ..., S. 370.

125 Wermuth, S. 418.

126 Berlin im Weltkriege, S. 28.

127 Stenographische Berichte ..., 1918, S. 394.

Der Einfluß des Militarismus auf die Volkswirtschaft
des zaristischen Rußlands (1898 bis 1913)

von K. F. Šacillo

Immer hat die Menschheit gelitten, wenn Kriege vorbereitet und geführt wurden; denn sie waren unweigerlich mit riesigen materiellen Verlusten und unermeßlichem menschlichem Leid verbunden, ganz zu schweigen davon, daß jeder Krieg Tausende, ja Millionen Menschenleben dahinrafft. Jedoch erst unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurde der Rüstungswettlauf zur wahren Schicksalsgeißel der Völker. "Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus", schrieb Lenin im Sommer 1908 in seiner Arbeit "Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie". "In seinen beiden Formen bildet er eine 'Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen ('Militarismus nach außen', wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats ('Militarismus nach innen')".¹ Die Rolle des Militarismus äußert sich verhängnisvoll im gesellschaftlichen und politischen Leben eines Landes, noch ehe die Kanonen zu sprechen beginnen. Das zeigt sich vor allem am Einfluß des Wettrüstens auf die Volkswirtschaft und an der Verschlechterung der Lebensbedingungen für die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung. Besonders kraß traten die Folgen der Militarisierung seit Beginn des 20. Jh. hervor, seit der Kapitalismus in sein höchstes, sein imperialistisches Stadium hinüberwuchs. Der Kampf um die Aufteilung der Welt und der Einflußsphären, ein fester Bestandteil des Imperialismus, sowie das rasche Wachstum der Rüstungstechnik führten nicht nur dazu, daß der Umfang der Rüstungsausgaben im Staatshaushalt answoll, sondern forderten darüber hinaus neue - nicht geringe - Mittel für die Industriezweige, die Rüstungsaufträge ausführten.

An der Schwelle vom 19. zum 20. Jh. reihten sich alle imperialistischen Länder in den Rüstungswettlauf ein, der am Vorabend des ersten Weltkrieges ein bis dahin unbekanntes Tempo erreichte. Das zaristische Rußland bildete dabei keine Ausnahme. Außer den allgemeinen Gründen, die alle imperialistischen Länder in den Rüstungswettlauf trieben, bewirkten in Rußland zwei zusätzliche Faktoren, daß - wie sich Ministerpräsident Peter A. Stolypin bildlich ausdrückte - die Sorge um die Stärkung und Entwicklung

¹ Lenin, W. I., Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 15, S. 187.

der Streitkräfte "zu einem der Eck-, zu einem der wichtigsten Steine" in der Politik "einer zu äußerster Anstrengung entschlossenen Regierung" wurde.² Der eine dieser Faktoren war die Niederlage im russisch-japanischen Krieg, dessen direkte Kosten sich nach Berechnungen des Finanzministeriums auf 2,6 Mrd. Rubel bezifferten. Unter Einschluß der indirekten Verluste der Volkswirtschaft erhöhte sich diese Zahl auf 4 bis 5 Mrd. Goldrubel.³ Im russisch-japanischen Krieg hatte Rußland seine Seestreitkräfte nahezu völlig eingebüßt. (Die Pazifische und die Baltische Flotte waren zum großen Teil zerstört, und der Schwarzmeerflotte war die Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen durch internationale Verträge untersagt.) Die Landstreitkräfte waren arg strapaziert und hatten fast alle ihre Vorräte bis hin zu den eisernen Reserven aufgebraucht, Artillerie- und Pioniereinheiten konnten nicht nach dem Fernen Osten verlegt werden. Das alles deformierte die Heeresstruktur auch im europäischen Rußland und wirkte sich höchst negativ auf den Zustand der Streitkräfte des Zaris aus. Doch noch mehr wurde die Kampfkraft der Autokratie vom revolutionären Kampf der Völker Rußlands beeinflußt, an dem sich Soldaten und Matrosen aktiv beteiligten. Allein in den ersten beiden Jahren der Revolution 1905 bis 1907 wurden 437 Soldatenerhebungen gegen die Regierung registriert, darunter 106 bewaffnete Aufstände.⁴ Mitunter, so in Sevastopol', Kronstadt, Sveaborg (Porkkala) und vielen anderen Städten, tobten tagelange Kämpfe (manchmal sogar unter Einsatz schwerer Artillerie) zwischen Soldaten und Matrosen, die die rote Fahne gehißt hatten, und jenen, die weiter zur Autokratie hielten.

Daß sie ständig zur Unterdrückung des revolutionären Kampfes der Völker Rußlands eingesetzt wurde, wirkte sich äußerst zersetzend auf die Armee aus. Allein im Jahre 1905 wurden etwa viertausendmal Truppen "zur Unterstützung der Staatsmacht" herbeigerufen. Im Bürgerkrieg gegen das eigene Volk setzte die Autokratie 3 398 361 Personen ein (wobei mehrmalige Einberufungen in dieser Zahl enthalten sind). Die Zahl der gegen die Revolution eingesetzten Soldaten war somit mehr als dreimal so groß wie die reguläre Stärke der zaristischen Armee des Jahres 1905 (etwa 1 Mill.).⁵ "Die Armee hat keine Ausbildung, aber sie dient uns", erklärte Kriegsminister Alexander F. Rödiger dem Regierungschef und Innenminister Stolypin auf einer Sitzung des Ministerrates.⁶

Diese Gründe führten nach Meinung aller Militärfachleute dazu, daß die Kampfkraft der bewaffneten Streitkräfte Rußlands äußerst niedrig war. "Unserere Gefechtsbereitschaft an der Westfront ist so arg in Mitleidenschaft ge-

2 Doklady bjudžetnoj komissii Gosudarstvennoj dумы. Tretij sozyv, sessija 1, Sankt Peterburg 1908, Sp. 3011.

3 Central'nyj gosudarstvennyj voenno-istoričeskij archiv (CGVIA), f. 2000, op. 1, d. 82, Alleruntertänigste Aktennotiz des Finanzministers V. N. Kokovcov, 2. 11. 1907.

4 Bor'ba bol'shevikov za armiju v trech revoljucijach, Moskva 1969, S. 64.

5 Petrov, V. A., Očerki po istorii revoljucionnogo dviženija v ruskoj armii v 1905 g., Moskva/Leningrad 1964, S. 5.

6 Polivanov, A. A., Iz dnevnikov i vospominanij po dolžnosti voennogo ministra i ego pomoščnika, 1907 - 1916, Moskva 1924, S. 42.

zogen, daß es richtiger wäre zu sagen, daß diese Bereitschaft überhaupt nicht existiert", bekannte im Sommer 1905 Kriegsminister Viktor V. Sa-
charov.⁷ Ihm pflichtete der Vorsitzende des Rates für Landesverteidigung,
Großfürst Nikolaj Nikolaevič, bei, der in einem Sonderbericht einräumte,
daß "die Infanterie von Grund auf umgestaltet werden muß", "die gesamte
Kavallerie einer totalen Reorganisation bedarf", "unsere Ausrüstung unzu-
reichend ist", "die schwere Artillerie neu geschaffen werden muß" usw.
usf.⁸

1912 schilderte Aleksej A. Polivanov, Stellvertreter des Kriegsministers,
auf einer vertraulichen Sitzung der Staatsduma den Zustand der Armee. Er
zählte die Mängel der einzelnen Waffengattungen sowie deren desolante Orga-
nisation auf und kam zu dem Schluß: "Ich sage kurz und bündig: 1908 war
unsere Armee kampfunfähig."⁹

In Vorbereitung auf den russisch-japanischen Krieg, später um dessen Er-
gebnisse zu korrigieren und die Mängel zu beheben, die beim Rüstungswett-
lauf in der Vorkriegszeit zutage getreten waren, hatte der Zarismus dem
Kriegs- und dem Marineministerium riesige Summen bewilligt. Das Budget
dieser Behörden betrug in den 16 Vorkriegsjahren (1898 bis 1913) 8 381, 367
Mill. Goldrubel. Für Flotte und Heer verwendete das zaristische Rußland
damals mehr als 22 % seiner gesamten Staatsausgaben.¹⁰ Zählt man zu die-
ser Summe die 1,4 bis 2,4 Mrd. Rubel hinzu, die die Volkswirtschaft nach
Ermittlungen des Finanzministeriums an indirekten Verlusten durch den
russisch-japanischen Krieg erlitten hatte, so ergibt sich, daß der unersätt-
liche Moloch Militarismus zwischen 9,8 und 10,8 Mrd. Goldrubel ver-
schlang. Was diese Summe für das ärmliche Rußland bedeutete, kann man
ermessen, wenn man sie mit anderen Zahlen vergleicht: Das Gesamtkapital
aller Aktiengesellschaften Rußlands (mit Ausnahme der Eisenbahngesell-
schaften) betrug zum 1. Mai 1914 weniger als die Hälfte davon (4 639, 4 Mill.
Rubel).¹¹ Im Eisenbahntransportwesen (unter Einschluß von Fabriken,
Werkstätten und Eisenbahntelegafen) waren - am 1. Januar 1914 - 5 115
Mill. Rubel und in der gesamten Industrie 6 083 Mill. Rubel investiert.¹²
Aber diese Kapitalbestände waren nicht nur in den letzten 16 Vorkriegsjah-
ren, sondern in einem weit größeren Zeitraum angehäuft worden. So war
der Abfluß riesiger Summen in die nichtproduktive Sphäre das erste Fazit
des Militarismus. Jedoch wäre die Annahme falsch, daß diese 10 bis 11
Mrd. Rubel der Volkswirtschaft völlig verloren gingen; denn ein Teil davon
wurde in die staatliche und private metallverarbeitende Industrie (teilweise

7 CGVIA, f. 2000, op. 1, d. 77, Bl. 35.

8 Central'nyj Gosudarstvennyj archiv Oktjabr'skoj revoljucii i socialisti-
českogo stroitel'stva SSSR (CGAOR), f. 555, op. 1, d. 246, Bl. 2 f.

9 Zit. nach: Sidorov, A. L., *Finansovoe položenie Rossii v gody pervoj
mirovoj vojny*, Moskva 1980, S. 54.

10 Berechnet nach den entsprechenden Jgg. des Vsepoddannejšij otčet Go-
sudarstvennogo kontrolja po ispolneniju gosudarstvennoj rospisi i finan-
sovych smet (Otčet GK...).

11 Šepelev, L. E., *Akcionernye kompanii v Rossii*, Leningrad 1973, S. 234.

12 Vajnštejn, A. L., *Narodnoe bogatstvo i narodnoe nakoplenie predrevolu-
cionnoj Rossii*, Moskva 1960, S. 368.

auch in Bergbau und Hüttenwesen) investiert, die sich durch die Rüstungsaufträge entwickelte, aber natürlich nicht nur für sie produzierte.

Die Budgetziffern der Kriegs- und Marinebehörden können keine genaue Vorstellung von der Summe vermitteln, die für die Rüstungsindustrie vorgesehen war und so deren Entwicklung beeinflusste; denn ein großer Teil der bewilligten Mittel waren Personalkosten oder wurde zum Bau von Kasernen bzw. anderen Dienstunterkünften, für Proviant, Futter usw. verwandt. Ein genaueres Bild von der tatsächlichen die Angaben über die Mittel, die für die Umrüstung von Heer und Flotte bewilligt wurden. Selbst Kriegsmaterial, dessen Produktion bereits erprobt war und unkompliziert verlief (Gewehre, Patronen, Geschosse und ein großer Teil der Pionierausrüstung), konnte im 20. Jh. nur von der Großindustrie hergestellt werden, und man kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß alle für Heeres- und Flottenprogramme bewilligten Mittel allein ihr zuflossen. Von 1906 bis 1914 bewilligte die Legislative des Russischen Reiches für die 4 Programme von Heer und Flotte Mittel in einer Gesamthöhe von 820,1 Mill. Rubel,¹³ und dem Kriegsministerium wurde für Umrüstung und Ergänzung der Vorräte eine noch größere Summe bewilligt: 1 055,8 Mill. Rubel.¹⁴ Und obwohl Heer und Flotte bis zum Beginn des ersten Weltkrieges nur etwa ein Drittel der bewilligten Mittel in Anspruch nahmen (der Abschluß der Erfüllung dieser Programme sollte in den Jahren 1917 bis 1919 erfolgen), rechnete das Großkapital, das in die Rüstungsindustrie strömte, nicht nur mit diesen fast 2 Mrd., sondern mit einer weit höheren Summe.

Es war kein Geheimnis, daß die zaristischen Generale und Admirale sich mit diesen bereits gebilligten Programmen nicht zufrieden gaben und Pläne zur weiteren Entwicklung von Heer und Flotte hegten. Einige dieser Pläne hatten 1914 schon die Unterstützung des "obersten Heeresführers" (Nikolajs II.) und der Regierung erhalten. So erreichte das Marineministerium, daß das "Gesetz über die kaiserliche russische Flotte" Zustimmung fand. Dieses Gesetz sah den Riesenbetrag von 2,1 Mrd. Goldrubel vor, der bis etwa 1932 für den Bau neuer Schiffe ausgegeben werden sollte. Als alle Vorkriegsprogramme bereits gebilligt waren, plante allein die Artilleriehauptverwaltung des Kriegsministeriums für die unmittelbare Folgezeit nach 1914 zusätzliche Ausgaben für die Umrüstung im Gesamtwert von 1,9 Mrd. Rubel.

So waren nicht nur die für die Aufrüstung bereits bestätigten knapp 2 Mrd., sondern in naher Zukunft darüber hinaus weitere 4 Mrd. der tatsächliche Betrag für das Rüstungsgeschäft russischer Industrieller. Das war zweifellos eine recht handfeste Summe, besonders wenn man bedenkt, daß das Gesamtkapital der russischen Eisenbahnen Anfang des 20. Jh. auf 4,7 Mrd. Rubel geschätzt wurde.¹⁵ Und dabei war doch gerade der Eisenbahnbau jene

13 Šacillo, K. F., *Russkij imperializm i razvitie flota nakanune pervoj mirovoj vojny. 1906 - 1914 gg.*, Moskva 1968, S. 209.

14 CGVIA, f. 2000, op. 1, d. 326, Bl. 22 - 28.

15 Ljaščenko, P. I., *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR*, Bd. 2, Moskva 1952, S. 155.

Lokomotive, die die Entwicklung fast der gesamten Großindustrie Rußlands im 19. Jh. hinter sich her zog.

Außer ihren Riesendimensionen hatten die Rüstungsaufträge noch weitere Besonderheiten: Erstens konnten sie nur von der Großindustrie ausgeführt werden; zweitens wurden sie von den Kriegsämtern nur an Unternehmen mit Rüstungserfahrung oder mit Garantien solider Weltfirmen vergeben, die ihre Unterstützung bei der Aufnahme der Produktion in der einen oder anderen Rüstungsgattung zugesichert hatten. Drittens schließlich mußte eine der russischen Großbanken die Bürgschaft dafür übernehmen, daß im Falle verspäteter oder qualitätsgeminderter Ausführung der Aufträge Strafe an den Fiskus gezahlt wurde. So kam es, daß die Aufträge des Kriegs- und des Marineministeriums nur den größten Industrieunternehmen des Landes zufielen, die mit dem internationalen Kapital und soliden russischen Banken liiert waren.

Wie wirkten sich die schon bewilligten und die erst geplanten Milliarden Rubel auf Rußlands damalige Volkswirtschaft aus? Sie führten vor allem zu einem schnellen quantitativen Wachstum der Rüstungsindustrie selbst. In Rußland gab es Anfang des 20. Jh. einen ziemlich großen staatlichen Sektor, der in erster Linie für die Deckung des Bedarfs der "Landesverteidigung" bestimmt war. Drei staatliche Fabriken (in Tula, Sestroreck und Iževskoe) versorgten die Armee mit allen erforderlichen Schußwaffen. So stellte die Fabrik in Tula Maschinengewehre her. Zwei weitere staatliche Fabriken (in Petersburg und Luga) sowie eine private Fabrik in Tula lieferten Patronen. Eine Fabrik in Obuchovo und eine in Perm versorgten die Feld- und die schwere Artillerie. Sieben staatliche Bergwerksbetriebe (sowie zehn private) führten Aufträge der Artilleriehauptverwaltung aus und lieferten Geschosse. Zwei Fabriken (die eine in Petersburg, die andere in Tula) stellten Züandsätze für Geschosse her. Eine Fabrik an der Ohta, eine in Kazan' und eine in Šostka erzeugten Pulver und Sprengstoff.¹⁶ Das Marineministerium hatte vier große Fabriken (von den kleinen Reparaturwerkstätten der Admiralität ganz zu schweigen); Auf der Baltischen und der Admiralitätswerft in Petersburg wurden Schiffe gebaut, während im Artillerie- (orudijnyj), Stahl- und Walzwerk von Obuchovo sowie in Ižorskij vor allem Schiffspanzer hergestellt wurden.

Für die Entwicklung der Fabriken des Marineministeriums wurden recht beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt. Nach dem Pogrom von Tsushima leitete die Staatsduma Maßnahmen zur Kontrolle sämtlicher Wirtschafts- und Schiffbauaktivitäten des Marineministeriums ein. Ihm wurden nur noch zweckgebundene, von der Legislative gebilligte Kredite zur Verfügung gestellt. Deshalb lassen sich aus der "Sammlung von Verordnungen" (Sobranie zakonov) alle vorgesehenen Ausgaben zur Erweiterung und Entwicklung der Fabriken des Marineministeriums, die in der Duma von 1908 bis 1914 verabschiedet wurden, genau ermitteln. Diese bewilligten Mittel erreichten eine beträchtliche Summe: 33,5 Mill. Rubel.

16 Zu allen diesen Angaben vgl. Beskrovnyj, L. G., Proizvodstvo vooruženija i boepripisov dlja armii v Rossii v period imperializma, in: Isto-ričeskie zapiski, Bd. 99, Moskva 1977, S. 88 - 139.

Noch etwas anderes verdient Beachtung: Die Fabriken des Marineministeriums wurden 1908 auf sog. kommerzielle Grundlagen umgestellt, d. h., sie nahmen formal mit anderen Schiffbaubetrieben am Wettbewerb um Aufträge des Marineministeriums teil. Sie mußten Gewinne erwirtschaften, über Reserve- und Amortisationskapital verfügen, aus dem sie nach eigenem Ermessen Mittel zum Kauf der nötigen Ausrüstung bereitstellen durften. Und auch aus diesen Mitteln wurden beträchtliche Summen bewilligt. So lag die Gesamthöhe der in die Entwicklung der Fabriken des Marineministeriums investierten Beträge über den Summen, die von der Duma bewilligt wurden und die dann eingesetzt werden mußten, wenn die eigenen Mittel der Betriebe für neue Produktionsaufgaben nicht ausreichten (z. B. die Aufnahme der Produktion von Turbinen auf der Baltischen Werft, von Geschütztürmen für Schlachtschiffe und Linienkreuzer auf der Admiralitätswerft, von Panzerungen zur Deckung des Bedarfs des Kriegsministeriums in Ižorskij).

Schwieriger ist es, die Ausgaben für die Entwicklung der Fabriken des Kriegsministeriums zu ermitteln. Sie bildeten keinen besonderen Posten und gehen so im Budget des Ministeriums unter. In der Geschichtsliteratur stößt man auf den Hinweis, daß "den Fakten, die die Lage der einzelnen Staatsbetriebe am Vorabend des ersten Weltkrieges charakterisieren, zu entnehmen ist, daß diese wichtigste Stütze des Kriegsministeriums völlig ins Hintertreffen geraten war. Es ist heute sogar schwer begreiflich, wie die Spitzen des Kriegsministeriums und der Regierung eine solche Politik gegenüber den Staatsbetrieben betreiben konnten."¹⁷ Jedoch auch das Kriegsministerium stellte für die Modernisierung seiner alten Fabriken einige Mittel zur Verfügung, erweiterte ihre Produktion¹⁸ und baute vor Kriegsbeginn neue Fabriken.

Schon während des russisch-japanischen Krieges zeigte sich die Notwendigkeit, neue Fabriken zu bauen (zur Herstellung von Pulver, Patronen, Röhren, Kapseln und Sprengstoff). Dafür und um die Hülsenabteilung des Petersburger Patronenwerkes aus der Hauptstadt an einen anderen Ort zu verlegen, waren etwa 10 Mill. Rubel (ohne die Kosten für Grund und Boden) erforderlich.¹⁹ In der Folgezeit wurden die ursprünglichen Pläne etwas modifiziert und stark erweitert. Im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1912 stellte die staatliche Kontrollbehörde fest, daß der Bau der Röhren- und einer Sprengstofffabrik in Samara unmittelbar vor dem Abschluß stand und 4,2 Mill. Rubel gekostet hatte.²⁰ Ein Jahr später wurde darauf hingewiesen, daß die Kosten für den Maschinenpark der Tulaer Waffenfabrik sich um 450 000 Rubel erhöht hatten und für die Modernisierung der Pulverfabrik in Šostka bei 550 000 Rubel lagen.²¹ Gleichermaßen entwickelten sich die Bergwerksbetriebe des Urals, die Aufträge des Kriegsministeriums ausführten. So wurden von 1905 bis 1908 für die Vervollkommnung der Ausrüstung allein

17 Sidorov, A. L., *Ėkonomičeskoe položenie Rossii v gody pervoj mirovoj vojny*, Moskva 1973, S. 13.

18 Vgl. *Beskrovnyj*.

19 *Otčet GK ... za 1905 god*, Sankt Peterburg 1906, S. 32.

20 *Otčet GK ... za 1912 god*, Sankt Peterburg 1913, S. 45.

21 *Otčet GK ... za 1913 god*, Sankt Peterburg 1914, S. 37.

der Permer Geschützwerke 3 Mill. Rubel ausgegeben.²² 1910 wurde beschlossen, die Bergwerksbetriebe im Ural gründlich zu modernisieren, nachdem die Fabriken abgestoßen worden waren, die für Aufträge des Kriegsministeriums nicht gebraucht wurden. Zur Vervollkommnung der übrigen Fabriken wurden 1913 von der Legislative 10, 628 090 Mill. Rubel²³ und nach einigen Monaten weitere 6, 5 Mill. Rubel zur Verfügung gestellt. Das "Kleine Programm zur Stärkung der Armee" sah vor, daß die Artilleriehauptverwaltung 16 Mill. Rubel zur Errichtung von Ausbildungsstätten für Artillerietechnik erhalten sollte.²⁴ So überstieg nach bei weitem nicht vollständigen Erhebungen - beträchtliche Mittel verteilte das Kriegsministerium auf andere Posten seines Budgets: die Höhe dieser Mittel muß erst noch auf der Grundlage archivalischer Daten erschlossen werden - die Gesamtsumme für die Entwicklung der staatlichen Rüstungsbetriebe zur Deckung des Bedarfs dieses Ministeriums die 40-Millionen-Grenze.

Abgesehen davon, daß diese Summenangabe auf unvollständigen Erhebungen beruht, muß man noch zwei Tatbestände erwähnen. Diese Tatbestände hingen mit den Plänen des Zarismus zusammen, sich für die Jahre 1917 bis 1919 auf den Beginn eines Krieges einzustellen: Erstens erstreckten sich die Bewilligungsfristen auf einen langen Zeitraum. Sie reichten weit über den August 1914 hinaus. Faktisch war bei Kriegsbeginn nur ein Teil der vorgesehenen Mittel in Anspruch genommen worden. Zweitens war das staatliche Bauwesen - wie die gesamte staatliche Industrie - sehr unrentabel, teilweise sogar ökonomisch unzweckmäßig. Nicht selten wurden die Mittel einfach in den Wind gestreut. So paradox das auch klingt: Die 1905 bis 1908 zur Modernisierung der Permer Geschützwerke investierten 3 Mill. Rubel führten dazu, daß die Herstellungskosten pro Pud (16, 381 kg) ihrer Erzeugnisse auf mehr als das Doppelte (von 9 Rubel 32 Kopeken auf 18 Rubel 80 Kopeken) stiegen und bei Ausschuß sogar auf fast das Vierfache kletterten (von 84 Kopeken auf 3 Rubel 1 Kopeke pro Pud). Nach Angaben des Uralischen Bergamtes beliefen sich die Verluste der Uralischen Fabriken, die nahezu ausschließlich Staatsaufträge - vor allem des Kriegsministeriums - ausführten, 1905 auf 132 367 Rubel, 1906 auf 886 039 Rubel und 1907 bereits auf 3, 718 143 Mill. Rubel.²⁵ Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Vorkriegsjahren nahezu systematisch fort.²⁶ Stürmisch wuchs auch die private Rüstungsindustrie. Anfang des 20. Jh. existierten in Rußland praktisch keine spezialisierten privaten Rüstungsunternehmen (klammert man einmal die "Aktiengesellschaft der Kupferwalz- und Patronenwerke" in Tula aus).

Zwar wurden während des russisch-japanischen Krieges 75 Privatunternehmen zu Rüstungsaufträgen herangezogen,²⁷ aber diese Aufträge waren ein

22 Otčet GK ... za 1908 god, Sankt Peterburg 1909, S. 142.

23 Otčet GK ... za 1913 god, S. 99.

24 Šacillo, K. F., *Rossija pered pervoj mirovoj vojnoj*, Moskva 1974, S. 97.

25 Otčet GK ... za 1908 god, S. 142.

26 Otčet GK ... za 1910 god, Sankt Peterburg 1911, S. 145, u. a. Otčet GK ...

27 Beskrovnyj, S. 132.

Ereignis von kurzer Dauer: Danach kehrten diese Unternehmen zu ihrer ursprünglichen Produktion zurück. Warum sich keine Unternehmen auf die Rüstungsproduktion spezialisierten, liegt auf der Hand: Weder das Kriegs- noch das Marineministerium konnten damals mit langfristigen bestätigten Rüstungsprogrammen aufwarten. Als solche Programme dann da waren, haben die "Kapitäne" der russischen Industrie natürlich schnell darauf reagiert. In den Vorkriegsjahren erhöhte sich das Aktienkapital der Gesellschaften, die Rüstungsaufträge ausführten, fast um 120 Mill. Goldrubel - eine für damalige Verhältnisse höchst handfeste Summe. Infolgedessen gingen bei einer Reihe metallverarbeitender Unternehmen, die für das Kriegs- und das Marineministerium arbeiteten, Kapazität und Anteil der Rüstungsproduktion steil in die Höhe. So hatte die "Gesellschaft der Putilowwerke" 1908 eine Rüstungsproduktion im Werte von 3,9 Mill. Rubel (das waren 30,8 % ihres gesamten Produktionsvolumens), Drei Jahre später, 1911, hatte sich ihre Rüstungsproduktion fast verdoppelt und erreichte nun einen Wert von 7,6 Mill. Rubel (43,3 % der Gesamtproduktion).²⁸

Und noch etwas war charakteristisch: In Rußland entstanden nicht nur erstmalig reine Rüstungsunternehmen (die "Russische Gesellschaft zur Herstellung von Geschossen und Kriegsvorräten", die "Aktiengesellschaft der mechanischen, Hülsen- und Röhrenwerke P. V. Baranovskij"), sondern auch streng spezialisierte Rüstungsbetriebe. (So baute "Nobel-Lessner" nur Unterseeboote, die "Russische Gesellschaft der Artilleriewerke" nur Kanonen, "Russisch Whitehead" nur Torpedos usw.).

Besonders stürmisch wuchs die Industrie, die Kriegsschiffe baute. Gab es zu Beginn des 20. Jh. in Rußland nur eine Privatfabrik, die Panzerkreuzer des Vor-Dreadnought-Typs bauen konnte (die belgische Aktiengesellschaft "Naval" in Nikolaev), und drei Fabriken ("Lange" in Riga, das Nevawerk und "Creighton an der Ohta" in Petersburg), die sich am Bau mittelgroßer Schiffe (Minenleg- und -räumschiffe sowie Kanonenboote) beteiligten, so hatte sich bis 1914 das Aktienkapital in der Kriegsschiffindustrie fast verzehnfacht. So waren 7 auf den Bau von Kriegsschiffen spezialisierte Gesellschaften entstanden, mit 10 einsatzbereiten bzw. kurz vor ihrer Vollendung stehenden Stapeln, die für den Bau großer Schiffe des Dreadnought-Typs bestimmt waren, und mit mehr als 50 Stapeln für den Bau von Zerstörern und Unterseebooten mit entsprechender Ausrüstung für die Produktion von Turbinen und Dieselmotoren, Schiffspanzern und schweren Geschützen, von Hilfsmaschinen und weiterem Schiffszubehör.

Eine so stürmische Entwicklung der Rüstungsindustrie war nur möglich, weil dieser Zweig der Volkswirtschaft von russischen und ausländischen Banken reichlich finanziert wurde. In der Literatur wurde schon darauf hingewiesen, daß im damaligen Rußland zwei monopolistische Bankengruppen existierten.²⁹ An der Spitze der einen stand die "Russisch-Asiatische Bank". Zu dieser Gruppe gehörten die "Petersburger Privatbank", die

²⁸ Bovykin, V. I., *Banki i voennaja promyšlennost' Rossii nakanune pervoj mirovoj vojny*, in: *Istoričeskie zapiski*, Bd. 64, Moskva 1959, S. 83.

²⁹ Granovskij, E. L., *Monopolističeskij kapitalizm v Rossii*, Leningrad 1929, S. 59.

"Russische Handels- und Industriebank" sowie die "Sibirische Handelsbank". An der Spitze der anderen Gruppe stand Rußlands älteste Bank, die "Sankt Petersburger Internationale Kommerzbank", die mit der "Disconto-Kredit-Bank" eng zusammenarbeitete. Beide Gruppen standen mit ausländischen Banken im Bunde. Zwischen diesen Gruppen entspann sich ein Kampf um den Einfluß auf die Rüstungsindustrie, die nicht geringe Profite aus der Staatskasse verhieß. Da sie einander nicht gänzlich von dem üppigen Staatskuchen verdrängen konnten, kamen die Banken überein, die Einflußsphären unter sich aufzuteilen.³⁰ Nach erbittertem Konkurrenzkampf "verließ" die "Internationale Kommerzbank" im Sommer 1912 die "Gesellschaft der Putilowwerke", die das Kernstück der Russisch-Asiatischen Bankengruppe bildete, wofür sich diese mit ihrem "Austritt" aus der "Nikolaever Schiffbau-gesellschaft" revanchierte.³¹ Beide Gruppen begannen an der Errichtung und Festigung ihrer "Imperien" zu arbeiten. Als Resultat konnte die Russisch-Asiatische Bankengruppe 1914 auf sich 8 Aktiengesellschaften vereinigen, die in der Rüstung tätig waren. Ihr Grundkapital erreichte 85 Mill. Rubel und ihre Gesamtbilanz 230 Mill. Rubel.³² Diese konzernartige monopolistische Vereinigung eignete sich nahezu die gesamte Produktion an Feldartillerie sowie die Produktion von Kriegsschiffen, Geschossen und Minen an.

Aber auch die Aktivitäten der Gruppe der Internationalen Kommerzbank waren von Erfolg gekrönt. Sie schuf den Trust "Naval-Russud"³³ sowie die "Kolomna-Sormovo"-Vereinigung und verfügte über die gesamte Baukapazität zur Deckung des Bedarfs der Schwarzmeerflotte. Über sie liefen alle Aufträge an Privatfirmen für den Bau von Unterseebooten, Torpedos und zum großen Teil auch andere Rüstungsaufträge. Diese Gruppe wurde zum Initiator der riesigen "Russischen Aktiengesellschaft der Artilleriewerke" in Zarcyn, die auch als "Russischer Krupp" tituliert wurde und im Kalkül der Banken dazu bestimmt war, die gesamte Privatproduktion an schwerer Artillerie zu monopolisieren.

Als eines der ersten Resultate der Tätigkeit des Finanzkapitals in der Rüstungsindustrie entstanden monopolistische Organisationen. In der sowjetischen Literatur gibt es einen Dokumentenband, der den Verlauf dieses Prozesses zeigt.³⁴ Ganze Abschnitte in offiziellen Berichten zaristischer Be-

30 Bovykin, S. 87 - 109.

31 Šacillo, K. F., Formirovanie finansovogo kapitala v sudostroitel'noj promyšlennosti juga Rossii, in: Iz istorii imperializma v Rossii, Moskva/Leningrad 1959, S. 36 f.

32 Bovykin, V. I./Tarnovskij, K. N., Koncentracija proizvodstva i razviti monopolij v metallobrabatyvajuščej promyšlennosti Rossii, in: Voprosy istorii, 2/1957, S. 97.

33 Šacillo, K. F., K voprosu o naličii v Rossii monopolističeskich organizacij vysšego tipa, in: Istoričeskij archiv, 3/1960, S. 126 - 142.

34 Vgl. Materialy po istorii SSSR, Bd. 6: Dokumenty po istorii monopolističeskogo kapitalizma v Rossii, Moskva 1959. - Besonders sei auf folgende Beiträge dieses Dokumentenbandes verwiesen: Volobuev, P. V./Gefter, M. Ja. (Textedition, Einführung u. Anmerkungen), Monopolii v metallobrabatyvajuščej promyšlennosti i carizm v načale XX v., in:

amter tragen Zeichnungen wie "Syndikat zur Belieferung der Trosse mit Zubehör für Pionierbehörden und Intendanturen", "Artilleriesyndikat", "Syndikat der Schiffbaufabriken zur Errichtung von Türmen für die Flotte". Den Blicken der aufgeschreckten Beamten bot sich jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Die Archive haben uns weit mehr Angaben überliefert. Allein im Kriegsschiffbau waren nach unseren Ermittlungen nicht weniger als 9 kartell- oder syndikatartige monopolistische Organisationen tätig.³⁵

Charakteristischerweise ging die Initiative zur Bildung dieser Monopole von den Banken aus. Jede der beiden Gruppen entwickelte dabei ihren Lieblingsmodus. Die "Russisch-Asiatische Bankengruppe" vereinigte unter ihrer Ägide eine große und ziemlich buntgescheckte "Kompanie" von Industrieunternehmen, die das Kriegs- und das Marineministerium mit Kanonen und Geschossen, mit Kriegsschiffen und Gewehrpatronen, mit Geschütztürmen, Pulver und Zielfernrohren belieferten. Die einheitliche, d. h. monopolistische Wirtschaftspolitik wurde in dieser breitgefächerten Gruppe mittels Personalunion erreicht: bei der Mitgliedschaft in den Bankvorständen und den Satellitengesellschaften, zwischen deren Gesellschaftern und einer Bank sowie durch weitere personelle Verflechtungen. Am Vorabend des ersten Weltkrieges wurden die russischen Banken jedoch dieser lockeren und zugleich verschlungenen Struktur überdrüssig, und so faßten sie - mit Billigung beteiligter französischer Banken - den Entschluß, alle Ostseewerften unter einzelne Schiffbauunternehmen aufzuteilen, sie zu einem mächtigen Trust zusammenzuschließen und in ihm den gesamten Kriegsschiffbau im Norden zu monopolisieren.³⁶ Die Verwirklichung dieser Pläne scheiterte am Ausbruch des ersten Weltkrieges.

Etwas anders ging die "Sankt Petersburger Internationale Kommerzbank" vor. Sie ließ es nicht bei der Personalunion auf Leitungsebene zwischen ihr

ebenda, S. 267 - 368; Bovykin, V. I. (Textedition u. Einführung), *Iz istorii vzaimootnoženij bankov s promyšlennost'ju nakanune pervoj mirovoj vojny*, in: ebenda, S. 519 - 574.

35 Außer den obengenannten "Turm-und-Panzerschiff-Syndikaten" (im Grunde handelte es sich dabei nicht um Syndikate, sondern um kartellartige Absprachen) von Werftunternehmen, die zur Gruppe der "Russisch-Asiatischen Bank" und des Trusts "Naval-Russud" gehörten, seien zwei weitere kartellartige Absprachen genannt, die bei der Verteilung der Flottenaufträge der Jahre 1911 und 1912 getroffen wurden: das Syndikat zum Bau leichter Kreuzer für die Schwarzmeerflotte; die Absprache von 1914 zum Bau von Unterseebooten für die Schwarzmeerflotte sowie die entsprechende Absprache zum Bau von Unterseebooten für die Baltische Flotte. Vgl. dazu: Gosudarstvennyj istoričeskij archiv Leninskogoj oblasti (GIALO), f. 1239, op. 1, d. 238, Bl. 58; Central'nyj gosudarstvennyj istoričeskij archiv (CGIA), f. 1276, op. 2, d. 444, Bl. 546; Nikolaevskij oblastnoj gosudarstvennyj archiv (NOGA), f. 300, op. 1, d. 242, Bl. 1 - 5; ebenda, d. 375, Bl. 51 f.; GIALO, f. 2145, op. 1, d. 1, Bl. 289 - 291; ebenda, f. 1309, op. 2, d. 5, Bl. 390.

36 GIALO, f. 1270, op. 30, d. 1, Bl. 64 f., 99 - 103; ebenda, f. 1239, op. 1, d. 443, Bl. 119; ebenda, d. 299, Bl. 316; ebenda, d. 255, Bl. 198, 227.

und den unter ihrer Vormundschaft stehenden Unternehmen bewenden, Bald gab es nur einen technischen Hauptdirektor und nur einen Hauptbuchhalter, die für alle Fabriken einer "Gesellschaft" zuständig waren, mit entsprechender Fusion der Werkleitungen usw.³⁷ So geschah es in der "Gesellschaft der Nikolaever Fabriken und Werften" (Naval) und in der "Russischen Schiffbaugesellschaft" (Russud). Als einziges Unterscheidungsmerkmal verblieb den einst selbständigen Unternehmen nur die Firmenbezeichnung, alle entscheidenden Leitungsfunktionen aber lagen in einer Hand. Diese Verschmelzungsmethode wurde nicht nur bei "Naval" und "Russud", sondern auch bei der "Gesellschaft Franko-Russischer Fabriken" angewandt, wo sie zur Bildung der "Franko-Russischen Werften" führte. So entstanden Trusts der höchsten Organisationsstufe, mit Unternehmen, die jegliche Unabhängigkeit eingebüßt hatten: auf der Handels-, auf der Produktions- und auch auf der Administrationsebene. Wieder anders ging die "Disconto-Kredit-Bank" vor, die mit der "Sankt-Petersburger Internationalen Kommerzbank" im Bunde stand. Die von ihr finanzierten Gesellschaften "Russisch Whitehead" und "Nobel-Lessner" (Noblessner) waren auf bestimmte Erzeugnisse der Rüstungsproduktion spezialisiert: auf Torpedos und Unterseeboote. Dies ließ den Entschluß reifen, Patente und Herstellungsrechte bei allen Firmen, die diese Erzeugnisse produzierten, für den russischen Markt aufzukaufen. So wurden Verträge mit den Firmen "Vickers", "Holland", "Del'proposito"³⁸ und "Fiat San Giorgio"³⁹ abgeschlossen. Wenn man bedenkt, daß der einzige Konstrukteur von Unterseebooten in Rußland, der Generalmajor Ivan G. Bubnov, seinen Dienst quittierte und in die Firma "Noblessner" eintrat, so läßt sich ermessen, daß andere Privatfirmen und selbst das Marineministerium sowohl de jure als auch de facto außerstande waren, U-Boote jeglicher Art zu bauen, sieht man einmal von bereits veralteten Modellen nach früher erworbenen Konstruktionsplänen ab. Mit der Entscheidung des Marineministeriums, die gesamte U-Boot-Flotte Rußlands nur noch mit Unterseebooten nach den Konstruktionsplänen Bubnovs und der amerikanischen Firma "Holland" auszustatten, erhielt die Firma "Noblessner" das ungeschmälerete und ungeteilte Monopol für den U-Boot-Bau. Ohne Zustimmung von "Noblessner" (genauer: der "Disconto-Kredit-Bank", die mit ihrem Aktienpaket die Kontrollhoheit über "Noblessner" ausübte) konnte niemand in Rußland Unterseeboote bauen. So blieb selbst den Regierungsorganen nichts weiter übrig, als bloß zur Kenntnis zu nehmen und zu konstatieren, daß die "Revaler Fabrik (der 'Russisch-Baltischen Schiffbaugesellschaft' - K. Š.) aus dem Wettbewerb (um den Bau von Unterseebooten - K. Š.) ausgeschieden ist, weil ihr der Ingenieur Bubnov seine technische Mitarbeit versagt hatte."⁴⁰ Zu entsprechendem Verzicht wurden auch andere Fabriken gezwungen. Dagegen überließ "Noblessner" Konstruktionsentwürfe und Her-

37 Vgl. Šacillo, K voprosu o naličii ...

38 NOGA, f. 300, op. 1, d. 375, Bl. 51 u. a.

39 Ebenda, op. 3, d. 16, Bl. 12. - (Die Originalschreibweise dieser französischen Firma war nicht zu ermitteln. Daher Retransliteration aus dem Russischen - d. Übers.)

40 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Voenno-Morskogo flota (CGAVMF), f. 401, op. 1, d. 2205, Bl. 212.

stellungsrechte für den Bau von U-Booten der Schwarzmeerflotte dem Trust "Naval-Russud".⁴¹ Beide Gesellschaften wurden von Banken finanziert, die miteinander im Bunde standen: der "Sankt Petersburger Internationalen Kommerzbank" und der "Disconto-Kredit-Bank".

Damit waren die Aufteilung der Märkte und die Ausdehnung des U-Boot-Monopols auf die Südregionen des Landes besiegelt. Alle diese Fakten unterstreichen, wie recht Lenin hatte, als er feststellte: "Die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital, im Zusammenhang mit der Bildung kapitalistischer Monopole, hat also auch in Rußland enorme Fortschritte gemacht."⁴² Die russischen Banken arbeiteten dabei mit einzelnen Gruppen ausländischer europäischer Kreditanstalten zusammen und wandten bis ins letzte ausgeklügelte Methoden an, die sich von den üblen Machenschaften, wie sie ausländische europäische und amerikanische Finanzleute in ihren Geschäftspraktiken betrieben, prinzipiell durch nichts unterschieden. Dieser Prozeß wurde durch Rüstungsaufträge des Staates stark beschleunigt, der die Folgen der Vorgänge, die sich in der imperialistischen Wirtschaft des Landes abspielten, selbst zu spüren bekam.

Sobald die Monopole da waren, trieben sie auch schon die Preise für die Rüstungsproduktion nach oben. Dies fiel ihnen um so leichter, als unter dem Druck des russischen Großkapitals nach einem Beschluß des Ministerrates vom 13. November 1907 die Umrüstung von Heer und Flotte nur noch "in russischen Fabriken, aus russischem Material und mit russischen Arbeitern"⁴³ vorgenommen werden sollte, während Ende des 19. Jh. Rüstungsaufträge des Kriegs- und des Marineministeriums nicht selten ins Ausland vergeben wurden. Nur wenn es gar nicht anders ging, durften ausländische Firmen zu technischer Hilfe herangezogen werden. Bankiers und Industrielle nutzten diesen Beschluß sofort zu ihrem Vorteil aus. Schon bei der Verteilung der Aufträge des ersten Flottenprogramms stieß das Marineministerium auf eine geschlossene Front von Bankiers und Industriellen, die unmäßig hohe Preise forderten. "Es kann kein Zweifel daran bestehen", meldete der Chef des Flottengeneralstabs dem Marineminister im Oktober 1911, "daß die von unseren Fabriken geforderten Preise auf dem Schutzsystem der Regierung beruhen, das dem Marineministerium die Freiheit genommen hat, Aufträge ins Ausland zu vergeben, und daß diese Preise unzulässig sind, um so mehr, als unsere Fabriken grundsätzlich weit längere Herstellungszeiten als ausländische haben."⁴⁴ Der Flottengeneralstabschef betonte, daß für die bewilligten Mittel die Flotte die Aufträge verdoppeln könnte, wenn diese ins Ausland vergeben würden. Deshalb sollte die Regierung den Kampf gegen die monopolistischen Tendenzen der Industriellen aufnehmen und sich zeitweilig wieder für Auslandsaufträge bei Kriegsschiffen entscheiden. Doch der Marineminister kannte die Wirtschaftspolitik der Regierung besser und versah

41 NOGA, f. 300, op. 1, d. 375, Bl. 51 f.; CGAVMF, f. 512, op. 1, d. 803, Bl. 1 - 3.

42 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, S. 236.

43 CGIA, f. 1276, op. 3, d. 638, Bl. 146.

44 CGAVMF, f. 418, op. 1, d. 4186, Bl. 504 - 506.

den Bericht seines Generalstabschefs mit dem Vermerk: "Ich bin sicher, daß die Vergabe von Aufträgen ins Ausland abgelehnt wird."⁴⁵

Tatsächlich: Als die Regierung diese Frage erörterte, erklärte sie sich von vornherein bereit, inländischen Fabriken 120 Mill. Rubel mehr zu zahlen, als die Vergabe vergleichbarer Aufträge ins Ausland gekostet hätte. Die "Einheitsfront" der Schiffsfabrikanten führte indessen dazu, daß die "von russischen Fabriken deklarierten Preise (für eines der Flottenprogramme - K. Š.) wesentlich über den ursprünglich veranschlagten 436 Mill. Rubel lagen und daß folglich auch die Prämie, die dem Staat von der einheimischen Industrie abgefordert wurde, höher war als 120 Mill. Rubel".⁴⁶

Jeder große Rüstungsauftrag des Staates fand bei den russischen Industriellen lebhaften Beifall. Als Abramson, der Chef von "Naval" (einer der drei Fabriken, die in Rußland Türme bauten), von einem Regierungsauftrag für eine Schiffsausrüstung mit Türmen erfuhr und als Selbstkostenpreis für die Ausführung dieses Auftrags rund 2,286 Mill. Rubel errechnete (die Regierung hatte bei früheren Aufträgen dieser Art weit mehr gezahlt), schrieb er seinem Kollegen, dem leitenden Prokuristen Joachim Kannegießer: "Heute habe ich mich zu einer Unterredung mit den Konkurrenten entschlossen, ob man nicht eine Absprache treffen kann. War bei Bišljager (dem Direktor der Gesellschaft der Putilowwerke - K. Š.). Er sagte, daß er zu einer Absprache gern bereit sei, um die Preise nicht zu verderben."⁴⁷ Über die Auswirkungen der Absprache berichtete besagter Lazar' Bišljager einem Vorstandsmitglied der Putilowwerke: "Die Sache läuft gut - Geld wie Heu, eine solche Masse, insgesamt 5 Mill. Die Türme für einen Panzerkreuzer erhielten wir zum Preis von 4,240 Mill. Rubel, und ich erreichte Zahlungsbedingungen, wie sie Rußland noch nicht gesehen hat."⁴⁸

So bewirkte der Militarismus, daß die Rüstungsindustrie nicht nur quantitativ zunahm, sondern sich auch qualitativ veränderte: Er beschleunigte und verstärkte die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, er beschleunigte die Monopolbildung, und er führte zur Bereicherung der Geschäftsmagnaten des Finanzimperiums. Und es verstärkte sich noch ein Prozeß, den Lenin am Vorabend des ersten Weltkrieges feststellte: "Die Rüstungen gelten als nationale Angelegenheit, als patriotische Angelegenheit; man mußte also annehmen, daß alle streng das Geheimnis wahren. Doch die Schiffswerften und Geschützfabriken, die Dynamit- und Gewehrfabriken sind internationale Unternehmen, in denen Kapitalisten verschiedener Länder einträchtig das 'Publikum' der verschiedenen Länder betrügen und bis aufs Hemd ausplündern ... Ein raffinierter kapitalistischer Mechanismus! Zivilisation, Ordnung, Kultur, Frieden - und Raub von Hunderten Millionen Rubel durch die Geschäftemacher und Industrieritter des Schiffsbau-, Dynamit- und sonstigen Kapitals!"⁴⁹

Zu Beginn des 20. Jh. stand Rußlands Wirtschaft im Zeichen der Depression, die durch die Ausgaben im russisch-japanischen Krieg und die Ver-

45 Ebenda.

46 CGIA, f. 1276, op. 1, d. 2597, Bl. 2.

47 Ebenda, f. 1333, op. 2, d. 21, Bl. 2.

48 Ebenda, Bl. 25.

49 Lenin, W. I., Rüstungen und Militarismus, in: Werke, Bd. 19, S. 89 f.

schärfung der innenpolitischen Lage in den Jahren 1905 bis 1907 verstärkt wurde. Der Ministerrat räumte auf seiner Sitzung am 15. August 1906 ein, daß die finanzielle "Lage des russischen Staates von schwersten Komplikationen bedroht ist und daß die Mittel nicht einmal für ganz dringende Bedürfnisse ausreichen, wenn die wahrlich düstere Zeit andauern sollte, die unser Vaterland durchlebt."⁵⁰ Als jedoch das Land um 1909 herum die Wirtschaftsdepression und Finanzkrise überwunden hatte, begann die Autokratie beträchtliche Mittel für die Entwicklung von Heer und Flotte auszugeben. Dies führte dazu, daß Weltfirmen der Rüstung ihre Fangarme nach dem üppigen Staatskuchen ausstreckten. Ihre Bestrebungen wurden von "ihren" Regierungen aktiv unterstützt.

Der Rüstungswettkampf, in den sich auch die russische Autokratie einreichte, interessierte alle: von fernen amerikanischen Firmen bis hin zu deutschen, die ihre Bereitschaft bekundeten, das zaristische Rußland mit dem gleichen Eifer wie das kaiserliche Deutschland aufzurüsten. Das im Zentralen Flottenarchiv aufbewahrte Tagebuch des Marineministers Ivan K. Grigorovič zeigt, wie es war. "Einer unserer Flottengenerale kam mit dem Angebot zu mir, unseren gesamten Flottenbau einer amerikanischen Gesellschaft zu übertragen; dafür würden sie mir für verschiedene Zwecke 1 Mill. Rubel zur Verfügung stellen."⁵¹ Eine wahrhaft amerikanische Dimension; Die angebotene Bestechungssumme war etwa 50mal so hoch wie das Jahresgehalt des Marineministers.

Französische Firmen beschränkten im Kampf um Rüstungsaufträge bereits geebnete Wege: Sie nutzten alte Bündnisbeziehungen in der Außenpolitik. "(Rußlands - K. Š.) Minister für Auswärtige Angelegenheiten", schrieb Grigorovič, "sagte mir, die Politik erfordere, das verbündete Frankreich nicht zu übergehen und ihm Aufträge zu erteilen. Aber ich scheue Frankreich, dort baut man sehr lange und nimmt halsbrecherisch hohe Preise."⁵² Als Frankreichs Ministerpräsident Poincaré 1912 Rußland besuchte, forderte er in einem persönlichen Gespräch von Grigorovič nachdrücklich Aufträge für französische Firmen. "Sosehr ich auch nachwies, daß keine Möglichkeit besteht, diese Anregung zu befolgen", schrieb Grigorovič in sein Tagebuch, "wies Poincaré immer wieder von neuem nach, daß es unbedingt nötig sei, ihnen einen Teil der Aufträge zukommen zu lassen."⁵³ Französische Politiker übten auch auf den Finanzminister und Vorsitzenden des Ministerrates Vladimir N. Kokovcov Druck aus, und das in so unverschämter Weise, daß dieser darin eine "mit der politischen Würde Rußlands unvereinbare"⁵⁴ Erpressung sah. Selbst ferne italienische Rüstungsfirmen wollten ein Stück vom Staatskuchen "abbeißen". Rußlands Außenminister Alexander P. Izvol'skij wandte sich eigens mit einem Brief an Grigorovič, worin er den Hinweis

50 CGIA, f. 1276, op. 20, d. 2, Bl. 65.

51 CGAVMF, f. 701, op. 1, d. 71, Bl. 27.

52 Ebenda, Bl. 24.

53 Ebenda, Bl. 28; vgl. auch Derenkovskij, G. M., Franko-russkaja morskaja konvencija 1912 g. i anglo-russkie morskije peregovory nakunne pervoj mirovoj vojny, in: Istoričeskie zapiski, Bd. 29, Moskva 1954, S. 102 f.

54 Ljaščenko, S. 362.

des Botschafters in Rom mitteilte, daß "die künftige Entwicklung der russisch-italienischen Beziehungen günstig beeinflusst wird, wenn unsere Regierung italienischen Fabrikanten zumindest ein klein wenig Aufmerksamkeit schenkt".⁵⁵

Aber alle diese Versuche waren vergebens. Die russische Bourgeoisie war stark genug, ihre Eigeninteressen durchzusetzen, und die zaristische Regierung fest entschlossen, sämtliche Aufträge nur im eigenen Land zu vergeben. Die einzige Ausnahme bildete Deutschland, dessen Firmen sich einige Schiffbauaufträge beschaffen konnten. Die ausschlaggebende Rolle spielten dabei weder ökonomische und erst recht nicht militärstrategische Erwägungen, sondern die verwandtschaftlichen Bindungen zwischen dem russischen Zaren und dem deutschen Kaiser. "Ich kann nicht unerwähnt lassen", erinnerte sich Grigorovič, "daß sogar Personen aus herrschenden Dynastien sich an mich wandten, um Fabriken jetzt Aufträge zu geben. Als der deutsche Kronprinz in Carskoe selo weilte, wandte er sich mit einer entsprechenden Bitte an mich, und im Sommer 1912 wurde in der gleichen Angelegenheit dann Kaiser Wilhelm höchstpersönlich vorstellig."⁵⁶

Weil der Minister sich widerspenstig zeigte, befahl ihm Nikolaj II. kurzerhand, 2 leichte Kreuzer bei der Fabrik "Schichau" in Elbing und 9 Minenleg-und-raumboote bei der neugegründeten Firma "Ziese" in Riga in Auftrag zu geben. Einer der Aktionäre von "Schichau" war Wilhelm II. selbst, und "Ziese" war nur eine einfache Montagewerft, die alle ihre Einzelteile von "Schichau" bezog. So erschlichen sich deutsche Industrielle gleichzeitig Aufträge für potentielle Kriegsrivalen: das zaristische Rußland und das kaiserliche Deutschland. Diese "fruchtbare" Tätigkeit - das ist das Allerinteressanteste daran - wurde auch noch nach Ausbruch des ersten Weltkrieges fortgesetzt. Zweieinhalb Monate nach Kriegsausbruch schrieb der Rußlandvertreter der Firma "Schichau" an den Direktor ihrer russischen Filiale ("Ziese", inzwischen in "Mühlgrabener Werft" umbenannt): "Die (Disconto-Kredit- - K. Š.) Bank ist höchst verwundert darüber, daß man uns nichts schreibt, obgleich ihr Fälle bekannt sind, daß gewaltige Summen in Umlauf gebracht und transferiert wurden."⁵⁷ Nach einiger Zeit war die Bank nicht mehr verwundert. Um den Bau der 9 Minenleg-und-räumboote für die Baltische Flotte fertigzustellen, transferierten deutsche Kapitalisten in regelmäßigen Abständen die erforderlichen Mittel; sie bedienten sich dabei des Handelsattachés an der dänischen Botschaft in Petrograd.⁵⁸ Aber der Fall "Schichau" war die Ausnahme.⁵⁹ Dennoch konnte die russische Regierung die von ihr proklamierte Losung, alle Rüstungsaufträge "in russischen Fabriken, aus russischem Material und mit russischen Arbeitern" ausführen

55 CGAVMF, f. 420, op. 1, d. 174 "a", Bl. 8.

56 Ebenda, f. 701, op. 1, d. 71, Bl. 22.

57 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Latvijskoj SSR, f. 2035, op. 1, d. 18 "a", Bl. 121.

58 CGAVMF, f. 1248, op. 1, d. 43, Bl. 12.

59 Zum erfolglosen Versuch der britischen Firma "Armstrong", die Permer Geschützwerke zu pachten und sie zu ihrer Filiale zu machen, vgl. Bovykin, V. I., Iz istorii proniknovenija inostrannogo kapitala v Rossii. "Permskoe delo", in: Istoričeskie nauki, 1/1958, S. 25 - 38.

zu lassen, nicht voll in die Tat umsetzen. Hemmend wirkten die relative Produktionsschwäche der russischen (und ganz besonders der Rüstungs-) Industrie, die Anfang des 20. Jh. spürbar unzureichend entwickelt war, der Mangel an technischer Produktionserfahrung bei der Herstellung einer Reihe komplizierter Erzeugnisse (Turbinen, große Schmiedemaschinen und -öfen, Hilfsmechanismen, optische Geräte usw.) sowie die relative Kapitalarmut des Landes.

Unter diesen Vorzeichen drang ausländisches Kapital über vier Kanäle in die russische Rüstungsindustrie ein. Erstens unterhielten alle russischen Banken in der Regel ständige Partnerbeziehungen zu Banken Frankreichs, Belgiens, Österreich-Ungarns sowie Deutschlands und erlangten von ihnen unter bestimmten Bedingungen Kredite zur Finanzierung der russischen Rüstungsindustrie.⁶⁰ Zweitens gründeten einige ausländische Rüstungsfirmen eigene Tochterunternehmen unter "russischem" Firmenschild ("Ziese" stand in dieser Hinsicht nicht allein da). Drittens wurde ein Teil der Aufträge, die im eigenen Land nicht (oder scheinbar nicht) ausgeführt werden konnten, ins Ausland vergeben. Viertens schließlich - und das kam am häufigsten vor - spannten russische Rüstungsfirmen ein ganzes Netz von Verträgen mit ausländischen Firmen über technische sowie finanzielle Hilfe und Kooperation. Praktisch alle Industriegiganten der Welt, die Rüstungsmaterial herstellten, nahmen in der einen oder anderen Form am Rüstungswettlauf in Rußland teil. Man kann diese Tatsache schon hinreichend damit belegen, daß der Trust "Naval-Russud" Verträge über technische Hilfe mit mehr als hundert ausländischen Firmen schloß. Er übertrug diesen Firmen in der Regel Aufträge für erste Konstruktionsmodelle von Antriebsanlagen, die sich ihrerseits verpflichteten, deren Produktion bei "Naval-Russud" in Gang zu setzen. Nach der gleichen Methode verfahren auch die "Gesellschaft der Putilowwerke" und andere russische Unternehmen, die vom Staat Rüstungsaufträge erhalten hatten, für deren Ausführung ihnen die erforderlichen Fertigkeiten und Erfahrungen fehlten.⁶¹

Jedoch wäre die Folgerung falsch, daß Rußland zur Halbkolonie entwickelter kapitalistischer Staaten wurde. So schwach war die russische Wirtschaft nun wiederum nicht. Erstens war die Tendenz zur Gründung von Unternehmen, die wir heute als transnationale Gesellschaften bezeichnen würden, auch schon für die frühe Etappe des Imperialismus charakteristisch. Sie entstand bereits zu Beginn des 20. Jh. Russische Rüstungsfirmen bildeten in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Freilich nahmen sie in diesen internationalen Konglomeraten die Position nicht ganz ebenbürtiger Juniorpartner ein. Dies kam vor allem darin zum Ausdruck, daß russischen Gesellschaften der Zutritt zur Entwicklung von Heer und Flotte anderer imperialistischer Staaten verwehrt blieb, während sich ausländische Firmen an der Aufrüstung Rußlands beteiligten. Zweitens aber - und auch das ist nicht unwichtig - hatten Rußlands Industriemagnaten ziemlich große Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl. Sie nahmen nur zu solchen westlichen Partnern Beziehungen auf, von denen sie sich Vorteile versprachen. Wenn ausländische Gesellschaften

60 Vgl. ausführlicher Bovykin, Banki ...

61 Vgl. ausführlicher Šacillo, K. F., Inostrannyj kapital i voenno-morskie programmy Rossii nakanune pervoj mirovoj vojny, in: Istoričeskie zapiski, Bd. 69, Moskva 1961, S. 73 - 100.

nicht mit russischen zusammenarbeiten wollten, sondern den offenen Konkurrenzkampf mit ihnen aufnehmen, so erhielten sie in der Regel keinerlei Aufträge von der zaristischen Regierung. Einer der Chefs von "Naval" gab ziemlich genau die Kräftekonstellation wieder, als er seinem Vertreter nach England schrieb: "Sie können denen von 'Thornycroft' (das war eine der britischen Schiffbaufirmen - K. Š.) sagen, was wir ihnen nicht schreiben können, nämlich, daß sie nicht so einfach den Auftrag für den ersten Minenleg- und -räumboot-Zerstörer erhalten können, trotz aller Versprechungen, die sie möglicherweise abgeben. Das Beispiel 'Vickers' (das war eine andere britische Rüstungsfirma, der das russische Marineministerium den Auftrag zum Bau eines Panzerkreuzers in Aussicht gestellt hatte, dessen Bestätigung von der Regierung abgelehnt wurde - K. Š.) kann ihnen die Macht der großen russischen Industrie beweisen. Deren Opposition brachte die Sache mit den Leuten von 'Vickers' zu Fall. Sollten sie zuvor sich mit uns arrangieren (zu einer Einigung kommen), würden wir ihnen den Auftrag selbst eher erteilen, als dies ihre eigenen Agenten könnten, wenn sie zu uns in Opposition stehen."⁶²

Eine ähnliche Geschichte passierte der deutschen Firma "Blohm u. Voss". Bei einem Wettbewerb hatte das Marineministerium ihrem Projekt für den Bau eines Linienschiffs den Vorzug gegeben. Das löste ein schreckliches Getöse in französischen Zeitungen aus, bei denen sich der Unmut darüber Bahn brach, daß Rußland von Frankreich Geld nahm, um die deutsche Industrie zu entwickeln und zu stärken. Öl ins Feuer goß Kaiser Wilhelm. Er schickte der Firma "Blohm u. Voss" ein Glückwunschtelegramm, in dem der Linienschiffauftrag so zur Sprache kam, als sei er beschlossene Sache.⁶³ Nun jagte eine Depesche von Paris nach Petersburg die andere, und schließlich engagierten sich hochgestellte französische Regierungsmitglieder. In diesem Zusammenhang richtete Kokovcov im September 1908 einen vertraulichen Brief an Marineminister Ivan M. Dikov, in dem von der "nervösen Aufnahme" die Rede war, die der Ausgang des Wettbewerbs in Frankreich gefunden habe. "Nicht nur der französische Finanzminister Caillaux, sondern auch Ministerpräsident Clemenceau schätzt den Ausgang unserer interministeriellen Unterredung ungünstig ein", schrieb Kokovcov. Die Franzosen erklärten, daß Rußland nicht mit weiteren Krediten aus Frankreich rechnen könne, wenn die Entscheidung nicht rückgängig gemacht werde. "Eine solche Einschätzung der Unterredung über die bei ihm eingereichten Projekte in der öffentlichen Meinung Frankreichs", fuhr Kokovcov fort, "kann sich äußerst schädlich auf den weiteren Verlauf unserer Verhandlungen über den Abschluß der für uns so unentbehrlichen Kreditgeschäfte auswirken."⁶⁴ Deshalb bestand Kokovcov darauf, daß die endgültige Entscheidung über die Auftragsvergabe dem Ministerrat übertragen wird.

"In einem Gespräch mit mir", fuhr Kokovcov fort, "brachte der als Chef des Außenministeriums amtierende Kammerherr Čarykov unter Hinweis auf eine Erklärung des französischen Botschafters zum Ausdruck, daß man aus der ganzen Sache am besten herauskomme, wenn man einem russischen Projekt

62 CGIA, f. 1333, op. 1, d. 21, Bl. 12.

63 Krylov, A. N., Vospominanija i očerki, Moskva 1956, S. 154.

64 CGAVMF, f. 420, op. 1, d. 69, Bl. 76 a u. 76 b.

im Wettbewerb den Vorzug gebe, selbst wenn die russische Regierung dabei Eigentumsrechte an einigen von ausländischen Firmen eingereichten Projekten erwerben müsse.⁶⁵ Diese von den Franzosen vorgegebene Entscheidung wurde dann auch vom Ministerrat gefällt. An die Firma "Blohm u. Voss" wurde eine Abstandssumme in Höhe von 250 000 Rubel gezahlt,⁶⁶ und den Auftrag erhielten Staatsbetriebe, wobei der Bau von Turbinen, Kesseln und einigen anderen Ausrüstungsgegenständen für 2 Schlachtschiffe der französischen "Gesellschaft Franko-Russischer Fabriken" übertragen werden mußte. Ausländische Firmen (mit Ausnahme von "Vulkan" in Stettin) konnten sich also nicht unmittelbar Rüstungsaufträge in Rußland beschaffen. Alle Aufträge wurden von der zaristischen Regierung an russische Privatfirmen oder Staatsbetriebe vergeben. Dabei mußten die Staatsbetriebe jedoch ihre Aufträge teilweise an erfahrene und mächtigere "ausländische Kollegen" weiterleiten, und der Marineminister Grigorovič mußte Ende 1913 dem Ministerrat gegenüber bekennen, daß "der ungenügende technische Entwicklungsstand die einheimische Industrie dazu zwingt, sich bei ihrer Zuflucht zur Hilfe ausländischer Firmen nicht mit technischen Hinweisen und Ratschlägen zu begnügen, sondern z. T. um deren unmittelbare Unterstützung in Gestalt von ausländischen Ingenieuren, Monteuren, Technikern und anderen Arbeitern bei der Ausführung einiger spezieller Arbeiten zu Aufträgen für einige Ausrüstungsgegenstände zu ersuchen."⁶⁷ Ähnliche Erfahrungen, wenn auch in geringerem Ausmaß (die Heeresrüstung war einfacher), mußte das Kriegsministerium machen. Somit verstärkte der Rüstungswettlauf schließlich internationale Bindungen; er führte zur "Internationale des Todes und der Zerstörung" und wurde zur Keimzelle all dessen, was heute als "transnationale Gesellschaften" und "militärisch-industrieller Komplex" traurige Berühmtheit erlangt hat.

Ein Ergebnis des Rüstungswettlaufs war die Veränderung der Kräftekonstellation zwischen privater und staatlicher Industrie. Wurden an der Schwelle vom 19. zum 20. Jh. fast alle Flotten- und ein großer Teil der Heeresaufträge von Staatsbetrieben ausgeführt oder ins Ausland vergeben, so hatte sich die Lage am Vorabend des ersten Weltkrieges verändert. Alle Bauaufträge der Schwarzmeerflotte (4 Linienschiffe, 4 leichte Kreuzer, 17 Zerstörer, 12 Unterseeboote) lagen in den Händen privater Unternehmen. Privatunternehmen bauten auch alle leichten Kriegsschiffe (6 leichte Kreuzer, 36 Zerstörer) und einen großen Teil der U-Boote für die Baltische Flotte. Damit hatte das Privatmonopol die staatliche Baltische Werft beim U-Boot-Bau überhaupt auf den zweiten Platz verwiesen und schöpfte den gesamten Rahm von den Staatsaufträgen ab.⁶⁸ Das private Kapital setzte zur Gründung der kolossalen "Russischen Aktiengesellschaft der Artilleriewerke" in Zarycin an und plante dafür Investitionen in Höhe von 30 Mill. Rubel.⁶⁹ Auf Ersuchen der Banken gab die Regierung das Versprechen ab, alle Aufträge, die von den Staatsbetrieben nicht ausgeführt werden konnten (man

65 Ebenda.

66 Krylov, S. 154.

67 CGIA, f. 1276, op. 7, d. 395, Bl. 241.

68 Šacillo, Russkij imperializm ..., S. 355 f. u. passim.

69 CGIA, f. 1276, op. 8, d. 141, Bl. 2.

ging davon aus, daß deren Produktionskapazität nicht erweitert wird), die-
ser sich konstituierenden Gesellschaft zu übertragen.

Sogar bei Erzeugnissen, deren nahezu gesamte Produktion sich einst in den
Händen des Staates konzentriert hatte (Pulver, Geschützrohre für die Artil-
lerie usw.), begannen Privatfirmen die Staatsbetriebe zu verdrängen. Allein
für die Erweiterung der "Aktiengesellschaft der mechanischen, Hülsen- und
Röhrenwerke P. V. Baranovskij" beschlossen Banken rund 10 Mill. Rubel
zu investieren.⁷⁰ Schnell wuchs auch jene Produktion, bei der die private
Rüstungsindustrie bereits zu Beginn des 20. Jh. starke Positionen innehatte
1912 bis 1914 investierte allein die "Gesellschaft der Putilovwerke" rund
30 Mill. Rubel in Neubauten. So konnte 1913 ihr Artilleriesektor einen Pro-
duktionsausstoß in Höhe von 9,4 Mill. Rubel erzielen. Er brachte dieser
Gesellschaft 83 % ihres Reingewinns (2,4 Mill. Rubel).⁷¹

Der Rüstungswettkampf hatte zur Folge, daß sich die private Rüstungsindu-
strie viel schneller als die staatliche entwickelte. Dies ging nicht nur auf
die größere Mobilität privater Kreditanstalten (gegenüber dem Finanzmini-
sterium) zurück, sondern hatte tiefwurzelnde ökonomische Gründe. Als der
Ministerrat im April und Mai 1913 Anträge auf Errichtung privater Artille-
rierwerke prüfte, bekannte er sich zu folgendem charakteristischem Einge-
ständnis: "Die Waffenherstellung ausschließlich in den Händen des Staates
zu konzentrieren, kann - wie der Kriegsminister mit Recht vermerkt - kei-
neswegs als erstrebenswert angesehen werden, so große Bedeutung auch
dem Tatbestand zukommt, daß Staatsbetriebe für diese Produktion zur Ver-
fügung stehen. Selbst gut ausgerüstete Staatsbetriebe können in der Artille-
rieproduktion keine so günstigen Ergebnisse erzielen wie Privatfabriken,
die als rein kommerzielle Unternehmen mit ihrer ureigenen Organisation
der Anwendung neuer technischer Erfindungen ein unvergleichlich weiteres
Feld eröffnen."⁷²

So konnte die Autokratie ohne die Dienste der privaten Rüstungsindustrie
einfach nicht auskommen, was immer die zaristische Regierung und die
"gesellschaftstragende Kraft", der in der Duma tonangebende einflußreiche
Gutsadel, wollten oder nicht wollten; denn über die private Rüstungsindu-
strie lief fast der gesamte wissenschaftlich-technische Fortschritt dieses
Volkswirtschaftszweiges.

Von der Betroffenheit der Regierung über die aufgeblähten Monopolpreise
war schon die Rede. Eine Begründung, mit der die Aufrechterhaltung und
Entwicklung der staatlichen Industrie vor der "Öffentlichkeit" motiviert wur-
de, lief darauf hinaus, daß den Staatsbetrieben die Rolle zufalle, als eine
Art Regulator von Monopolpreisen zu fungieren. In der Literatur wurde be-
reits darauf hingewiesen, daß die graue Wirklichkeit meilenweit von diesen
rosigen Wunschvorstellungen entfernt war.⁷³ Dazu seien einige Fakten ange-
geführt: Die Ausstattung eines Panzerkreuzerrumpfes mit den erforderli-
chen Zubehörteilen und elektrischen Gerätschaften kostete nach Berechnun-

70 Bovykin, Banki ..., S. 96 - 98.

71 Ebenda, S. 89 f.

72 CGIA, f. 1276, op. 1, d. 18, Bl. 17 f., Spezialjournal des Ministerra-
tes, 8. 4. 1913 u. 13. 5. 1913.

73 Šacillo, Russkij imperializm ..., S. 270 - 275.

gen der Wertabteilung des Marineministeriums 10,935 Mill. Rubel bei staatlichen Betrieben und 9,720 Mill. Rubel bei Privatfirmen. Die entsprechenden Preise für Antriebsanlagen und Kessel lagen bei 11,880 Mill. Rubel und 10,692 Mill. Rubel. Der Bau von Panzerkreuzern in den eigenen Staatsbetrieben war für die zaristische Regierung ein Verlustgeschäft. Sie setzte dabei mehr als 2 Mill. Rubel bei jedem Panzerkreuzer zu.⁷⁴ Also auch hierin war der Privatkapitalismus dem Staatskapitalismus überlegen.

Aus dem Rüstungswettkampf ging die russische imperialistische Bourgeoisie nicht nur ökonomisch gestärkt hervor; sie machte sich durch Bestechung nicht nur Staatsorgane gefügig, die sich von ihr korrumpieren ließen,⁷⁵ sondern sie verstärkte auch ihren Einfluß auf wichtige staatliche Entscheidungen (bei der Umrüstung von Heer und Flotte). Von dieser ökonomischen Basis aus konnten sich die liberal-bourgeoisen Gegenkräfte gegen den Zarisismus ausdehnen und soziale Kollisionen zuspitzen, auch wenn die politische Macht bei der Autokratie blieb, die vor allem die Interessen des halbfeudalen Adels vertrat.

Aber das war natürlich nicht die Hauptauswirkung des Militarismus auf die Wirtschaft des Landes. Es wurden bereits Vergleichswerte dafür genannt, was der Rüstungswettkampf das zaristische Rußland an Volksvermögen kostete. Um aus dem Staatshaushalt 8 381 Mill. Goldrubel für das Kriegs- und das Marineministerium "herauszupressen", zog die zaristische Regierung endlos die Steuerschraube an. Sie führte eine neue indirekte Steuer nach der anderen ein und erhöhte die bisherigen indirekten Steuern. Sie kürzte alle Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und soziale Belange bis an den Rand des Möglichen. 1900 wurden für die Universitäten 4,462 168 Mill. Rubel 82 Kopeken, für alle mittleren Bildungseinrichtungen 9,702 135 Mill. Rubel, für die Akademie der Wissenschaften 486 952 Rubel 84 Kopeken,⁷⁶ für das Kriegs- und das Marineministerium aber mehr als 420 Mill. Rubel ausgegeben. Ein Jahr später wurde der für die Akademie der Wissenschaften bestimmte Betrag um ... 7 500 Rubel erhöht, den Universitäten aber wurden die Mittel sogar um fast 4 000 Rubel gekürzt. Dafür erhielten das Kriegs- und das Marineministerium zusätzlich 7,5 Mill. Rubel.⁷⁷

Im Vorkriegsjahr 1913 waren die Ausgaben für das Kriegs- und das Marineministerium gegenüber 1900 um insgesamt 295,845 599 Mill. Rubel gestiegen, während für den Unterhalt aller mittleren und höheren Lehranstalten reichlich 38 Mill. Rubel ausgegeben wurden. Bei diesem Haushaltsposten betrug die Zunahme der Ausgaben in absoluten Zahlen nur ein Zwölftel der Zunahme des Militärbudgets.⁷⁸ (In Klammern sei vermerkt, daß fast die gleiche Summe, nämlich 36,5 Mill., das Justizministerium "für das Gefängniswesen" aufwandte.) Eine einseitige Entwicklung der Wirtschaft, Verelendung der Volksmassen, fehlende Mittel für die Entwicklung der Wissenschaften und die Beseitigung des Analphabetentums - auch das waren Folge-

74 CGAVMF, f. 403, op. 1, d. 2, Bl. 169 f., Kostenanschlag für einen Panzerkreuzer der Baltischen Flotte.

75 Šacillo, Russkij imperializm ..., S. 283 - 313.

76 Otčet GK ... za 1900 g., T. 1, Sankt Peterburg 1901, S. 20.

77 Otčet GK ... za 1901 g., Sankt Peterburg 1902, S. 19.

78 Otčet GK ... za 1913 g., S. 21 f.

erscheinungen des Rüstungswettlaufs, die sich natürlich unmittelbar auf die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes auswirkten.

Und noch eine Wirkung ging vom Rüstungswettlauf auf die Volkswirtschaft aus. Am Vorabend des ersten Weltkrieges zitierten die Regierungen aller imperialistischen Staaten mit Vorliebe die lateinische Sentenz: "Si vis pacem, para bellum" (Willst du Frieden, rüste zum Krieg). Das war eine verlogene Sentenz: Wer zum Krieg rüstet, wird ihn früher oder später haben. Nicht zufällig nennt Lenin unter den Gründen des ersten Weltkrieges gerade die Zunahme der Rüstung. Sie steht in seiner Aufzählung sogar an erster Stelle. Diese Gründe mußten, wie Lenin betont, "unvermeidlich zu diesem Krieg führen und haben zu ihm geführt".⁷⁹

Zehn Millionen Tote, zwanzig Millionen Krüppel, Millionen und Abermillionen von Witwen und Waisen, von Müttern und Vätern, die ihre Kinder verloren, die Verwüstung großer Gebiete, auf denen sich der Feuersturm des Krieges ausgetobt hatte - auch das waren Hinterlassenschaften des Rüstungswettlaufs, der zu Beginn des 20. Jh. von allen imperialistischen Staaten in Gang gesetzt wurde.

Der Militarismus, wie ihn der Imperialismus schuf, wurde lange bevor die Kanonen zu sprechen begannen, zum schlimmsten Feind der Menschheit. Wer keine Lehren aus der Geschichte zieht, ist verdammt, ihn noch oft zu erleiden. Und in unseren Tagen ist der Rüstungswettlauf der Feind Nummer eins für alle redlichen Menschen dieser Erde. Mit ihrem guten Willen können sie wesentlich dazu beitragen, daß der Rüstungswettlauf ein für allemal nur noch ein Stück düstere Vergangenheit sein wird.

(Übersetzt von Fedor Kretschmar)

79 Lenin, W. I., Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 21, S. 13.

Frühkapitalistische Entwicklung und Spätféudalismus im 16. und 17. Jh. in Ungarn⁺

von Sándor Gyimesi

- Der Frühkapitalismus und die europäische Arbeitsteilung
- Ungarns Einschaltung in die interregionale Arbeitsteilung
- Die bäuerliche Warenproduktion
- Der Doppelcharakter der gutsherrlichen Wirtschaftsführung
- Die Tendenzen des Spätféudalismus bekommen die Oberhand
- Frühkapitalistische Tendenzen in Bergbau und Industrie

Der Frühkapitalismus und die europäische Arbeitsteilung

Frühkapitalismus und Spätféudalismus scheinen auf den ersten Blick parallele Phänomene zu sein. Der eine Begriff bezeichnet die in den entwickelten westeuropäischen Ländern im 16. und 17. Jh. herrschenden Verhältnisse, mit dem anderen können wir im großen und ganzen die ostwärts der Elbe-Enns-Linie liegenden Gebiete Europas charakterisieren.

Wenn wir näher hinschauen, ergibt sich aber ein komplizierteres Bild. Einerseits sind Spätféudalismus und Frühkapitalismus nicht einfach nur die nebeneinander existierenden Entwicklungstypen zweier geographisch mehr oder weniger abgrenzbarer Gebiete, sondern die sich verknüpfenden, einander ergänzenden und voraussetzenden Elemente eines sich entfaltenden Weltwirtschaftssystems, dessen Werdegang und Existenz ohne deren Miteinander schwer vorstellbar wäre. Wenn wir andererseits den Werdegang der beiden Entwicklungstypen betrachten, so erkennen wir, daß sie sich nicht auf ihre geographische Region beschränkten. Ihre Elemente durchdrangen - wenn auch mit unterschiedlicher Kraft und Chance - beide Gebiete.

Die Wandlungen wurden von dem internen Wachstum der europäischen Wirtschaft in Bewegung gesetzt. Am Ende des 15. Jh. erstreckten sich die wirtschaftlich am stärksten entwickelten Gebiete Europas im großen und ganzen entlang einer von Norditalien bis Flandern verlaufenden Linie, und diese schob sich im Laufe des 16. und 17. Jh. in Richtung Atlantik weiter. Das Handwerk dieser Gebiete beschränkte sich schon seit langem nicht mehr auf die Befriedigung der Bedürfnisse des lokalen Marktes, sondern es entwickelte ein Gewerbe, das teure Luxusartikel (feine Tuche, Seiden usw. und Waffen) herstellte und über den mittelalterlichen Fernhandel dem Bedarf der vornehmeren Schichten in großen, oft entfernten Gebieten diente.

⁺ Überarbeitete Fassung eines Vortrags, der auf einer Tagung der Historikerkommission der DDR und der UVR im April 1985 in Frankfurt (Oder) gehalten wurde.

Ausmaß und Auswirkung erhöhen dieses Gewerbe in den Rang einer Industrie, auch wenn Handwerksarbeit den Stützfeiler der Produktion bildete. Diese Exportindustrie trug zu einer für damalige Verhältnisse sehr hochgradigen Konzentration der städtischen Bevölkerung und Wirtschaft bei. So wohnen z. B. um 1500 in den südlichen Provinzen der Niederlande (Flandern, Brabant usw.) ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in Städten, und der Anteil der Gewerbetreibenden betrug 70 %. Da die Erträge der damaligen Landwirtschaft nur dann ausreichten, wenn höchstens 20 bis 25 % der Bevölkerung von einer nichtagrarischen Tätigkeit lebten, mußten diese exportindustriellen Gebiete nicht nur ihren Kundenkreis, sondern auch einen zunehmenden Teil ihrer Rohstoff- und Lebensmittelversorgung auf entfernter gelegenen Märkten suchen. An der Wende vom 15. zum 16. Jh. waren die traditionellen Aufnahmeplätze der Exportindustrie im großen und ganzen gesättigt. Nur durch die Erschließung neuer Märkte war weiteres Wachstum möglich.

Gebiete Mittel- und Osteuropas (das Baltikum, die östlichen deutschen Provinzen, Polen, Ungarn usw.) boten einen neuen Verbrauchermarkt und zugleich eine neue Rohstoff- und Lebensmittelquelle. Sie hatten auch schon früher zu dem entwickelten Zentrum der europäischen Wirtschaft Beziehungen unterhalten, da sich immer breitere Schichten der Bevölkerung aus dem Rahmen der selbstversorgenden Wirtschaft lösten und das einheimische städtische Zunft Handwerk nicht stark genug war, die sich erweiternde lokale Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen voll zu decken.

Die Eroberung dieser überwiegend bäuerlichen Verbraucherschicht setzte aber billigere Erzeugnisse - hauptsächlich Tuche - voraus, wie sie auch auf den Stadtmärkten anderer Teile Europas von den einfacheren Schichten der Bevölkerung gekauft wurden. Dieser Bedarf rief, z. B. in den Niederlanden, dann in England, die sog. neue Tuchindustrie hervor, die, auch schon für den Fernhandel, dem Massenverbrauch dienende Textilsorten, so den in Ungarn unter dem Namen Karasia bekannten Kersey, fabrizierte.

Die Umwandlung der Produktion und des Marktes setzte dann eine Serie von Veränderungen in Bewegung, die, einander gegenseitig stärkend, zu Schöpfungen neuer Verhältnisse wurden.

Eine dieser Veränderungen von großer Tragweite vollzog sich in der Warenstruktur des Fernhandels. Der vorwiegend Luxusartikel umsetzende Fernhandel alten Typs wurde immer mehr von dem neuen, Massenwaren (Rohstoffe, Getreide, billigere Industrieartikel usw.) vermittelnden Fernhandel verdrängt. Dessen Warensortiment unterschied sich kaum von dem früheren Angebot des lokalen Warenaustausches von Dorf und Stadt. Das bisherige gesonderte Nebeneinander von lokalem Markt und Fernhandel, die kaum miteinander in Berührung kamen, löste sich damit auf: Die lokalen Märkte fügten sich als Sammel- und Verteilungsstellen des Fernhandels in ein sich vereinheitlichendes Umsatzsystem ein. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, welche zwischen der industriellen und der agraren Produktion bis dahin meist nur innerhalb des Rahmens der Stadtwirtschaft zur Geltung gekommen war, breitete sich jetzt aus und zeigte Konturen einer intrakontinentalen Arbeitsteilung. In ihr gliederten sich - mit mancher Vereinheitlichung - die östlichen Gebiete Europas dem sich zunehmend industrialisierenden westeuropäischen Zentrum als agrarisch geprägte Rohstoff- und Lebensmittellieferanten und als Abnehmer von Industrieartikeln an.

In Wechselwirkung mit diesem Vorgang trat eine Wende auch in der Geschichte des Handelskapitals ein. Erstens wuchs der Jahresumsatz und zusammen mit ihm auch das Handelskapital auf ein Vielfaches. Nach Schätzungen stieg der Gesamtwert der Finanzgeschäfte im 16. Jh. auf das 10- bis 20fache, was auch in der Vermögensbildung zum Ausdruck kam: Während sich das Vermögen der Medici, der Mitte des 15. Jh. wohl reichsten Familie, auf den Gegenwert von 1 750 kg Gold belief, hatte das Vermögen der Fugger, der führen-

den Handelsfirma des nächsten Jahrhunderts, schon den Gegenwert von 13 000 kg Gold erreicht.

Dieses Handelskapital kam durch die lokalen Märkte in direkten Kontakt mit der Warenproduktion: Es ordnete sie seinen Interessen unter, förderte aber gleichzeitig ihre Entfaltung. Damit tat es den entscheidenden Schritt in jene Richtung, in der das Kapital seine "Uniform" aufgab, zu einem Faktor der ursprünglichen Akkumulation wurde, in die Produktion eindrang, deren traditionelle Formen auflöste und dabei half, deren kapitalistischen Rahmen auszudehnen.

Diese wachsende Rolle des Handelskapitals und sein Eindringen in die Produktion bilden einen charakteristischen Zug der frühkapitalistischen Entwicklung. Seine Wirkung wurde durch die Kolonien vervielfacht, die den geographischen Entdeckungen folgten und zur Anhäufung von Vermögen führten, wobei jedoch nur das sich im Warenhandel mit Massengütern modernisierende Handelskapital fähig war, sein Vermögen in die europäische Wirtschaft einmünden zu lassen und so deren Umwandlung zu bewirken.

Der sich zu gesamteuropäischer Dimension erweiternde Markt der Massenartikel überholte nämlich nicht nur im Warenaustausch die traditionellen, auf den Tausch zwischen unmittelbaren Produzenten gegründeten Handelsformen des lokalen Marktes und ließ dem professionellen Handel eine wachsende Rolle zukommen. Die Produktion selber fügte sich auch schon nicht mehr in den Rahmen der einfachen Warenproduktion. Je stärker der Markt an der Deckung des Bedarfs beteiligt wurde, desto mehr mußte die Warenproduktion erweitert werden. Dies aber überstieg die Kraft des traditionellen Familienbetriebes wie Bauernhof und Zunftwerkstatt.

Es entfalteten sich deshalb Formen, die über den Rahmen der einfachen Warenproduktion und der Zunftwerkstatt hinauswiesen. Eine dieser Formen bestand darin, daß die am Ende der Arbeitsteilungskette der Zünfte stehenden Meister (z. B. die Tuchscherer), von denen das Endprodukt zum Verbraucher oder zum Kaufmann gelangte, die Meister, welche die anderen Teilprodukte herstellten, in ihre Abhängigkeit zogen. Zugleich bildete sich eine Unternehmerschicht, die aus den einzelnen Arbeitsgängen der Teilproduktion eine Produktionskette schuf und damit die Herstellung der Ware vom Rohstoff bis zum Endprodukt auf sich vereinigte, wie z. B. die englischen Clothiers. Die größte Zukunft hatten aber die verschiedenen Formen der von den Handelsleuten organisierten Auftragsarbeit, des Verlagssystems: Die in die vorhergehenden Jahrhunderte zurückreichenden zerstreuten Initiativen erhielten jetzt in der sich entfaltenden, durch das Handelskapital zusammengefaßten Weltwirtschaft zum erstenmal eine weitreichende Anregung und verbreiteten sich in solchen Dimensionen, daß sie - sich mit verschiedenen Elementen der ursprünglichen Akkumulation vereinigend - den lang anhaltenden Prozeß der kapitalistischen Umwandlung Westeuropas in Gang setzten.

Ungarns Einschaltung in die interregionale Arbeitsteilung

Diese Veränderungen konnten selbstverständlich auch Ungarn nicht unberührt lassen. Das Land stand seit Jahrhunderten in einer sich zunehmend verstärkenden Verbindung mit den entwickelteren westlichen Ländern und adaptierte deren Errungenschaften mit mehr oder weniger Erfolg. So waren die Kanäle der Vermittlung breit genug und der innere Zustand des Landes so entwickelt, daß es auf die Entstehung der frühkapitalistischen Verhältnisse reagieren konnte, die für Ungarn eine Herausforderung darstellte. Die Reaktionsweisen waren Antworten auf zwei Fragen: Wie fügte sich Ungarn mit seiner Stellung im Drei- bzw. Vier-Elemente-System (Westeuropa, Osteuropa, amerikanische und asiatische Kolonien) der frühen neuzeitlichen Weltwirtschaft in die interkontinentale

Arbeitsteilung ein? Wie paßten sich seine inneren Verhältnisse den Anforderungen an den Platz in diesem System an?

Die Einordnungsmöglichkeiten wurden im vorhinein durch den Charakter der Wirtschaft des Landes eingegrenzt. Das Land gehörte zur dünner bewohnten Zone Europas. An der Wende vom 15. zum 16. Jh. wies es eine Bevölkerungsdichte von nur 10 bis 12 Einwohnern pro km² auf. Die Bevölkerungsdichte des westeuropäischen Zentrums betrug demgegenüber 30 bis 40 Einwohner pro km². Dies bedeutete unter den günstigen Naturbedingungen des Landes, daß die Landwirtschaft nicht von jener relativen Übervölkerung bedroht war, die in einigen Gebieten Westeuropas zeitweise dazu zwang, auch Felder von schlechterer Qualität zu nutzen und dadurch die Rentabilität der Landwirtschaft zu senken. So waren die Preise für Agrarerzeugnisse in Ungarn niedriger als in Westeuropa. Obendrein konnte Ungarns Landwirtschaft Überschüsse erzielen; denn die nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Einwohner betrugten höchstens 5 bis 7 % der Bevölkerung; ihre Leistungsfähigkeit blieb weit hinter der von Ackerbau und Viehzucht zurück. Der niedrige Stand der Stadt- und Industrieentwicklung zeigt von einer anderen Seite den Agrarcharakter des Landes: Die Bewohner der freien königlichen Städte machten kaum 1,5 bis 2 % der Gesamtbevölkerung aus, und selbst dort waren höchstens 25 bis 30 % der Bürger Handwerker.

Der Charakter seiner Wirtschaft verwies Ungarn also darauf, sich in die neue europäische interregionale Arbeitsteilung als agrarexportierendes und Industrieartikel importierendes Gebiet einzuordnen. Auch die Anfang des 16. Jh. einsetzende Preisrevolution und Agrarkonjunktur wirkten in diese Richtung.

Die Preisrevolution - deren erste Spuren in die Zeit um 1500 zurückreichten und die zwischen 1620 und 1650 endete - war eine komplexe Erscheinung. Ihr erstes und auffallendstes Element bestand im ständigen und beträchtlichen Preisanstieg. In Deutschland stiegen z. B. die Getreidepreise um mehr als 250 %, die Preise für Industrieartikel um nahezu 200 %. In Florenz stiegen innerhalb von 100 Jahren die Preise für Getreide auf mehr als das Zweifache, die Fleischpreise nahezu auf das Zweifache, die Preise für Olivenöl fast auf das Dreifache. Noch stärker stiegen die Preise in Frankreich und England.

Ferner änderte die Preisrevolution auch die bisherige Preisstruktur: Die Preise für Agrarprodukte stiegen stärker als jene für Industrieartikel. So entstanden günstige Tauschverhältnisse für die Landwirtschaft. Da aber in Ungarn die Preisveränderungen - zwar in bescheidenerem Maße, aber mit gleichen Tendenzen - der zentralen Entwicklung folgten, wurde so die Ausdehnung der Agrarproduktion, ihre Bevorzugung gegenüber anderen Zweigen, stimuliert.

Die wachsende Quantität und Qualität bei der Einordnung Ungarns in die neuzeitliche Weltwirtschaft widerspiegelt sich auch in der Entwicklung seines Außenhandels. Der jährliche Warenumsatz, der Ende des 15. Jh. 1,2 bis 1,3 Mill. Forint betrug, erreichte, ja überstieg wahrscheinlich bis zu den 70er Jahren des 16. Jh. eine Größenordnung um 5 Mill. Forint, was selbst bei den veränderten Preisen eine bedeutende Steigerung darstellt.

Die wichtigsten Artikel der ungarischen Ausfuhr waren aber nicht Getreide, sondern Rindvieh (Mastvieh), Wein und Bodenschätze, zu jener Zeit in erster Linie Kupfer. Der Anteil anderer Produkte war dagegen verschwindend gering. Ungarns Einfuhr wurde mit einem Anteil von mehr als zwei Drittel von Textilwaren beherrscht. Daneben bildeten noch Eisenwaren und Gewürze einen größeren Posten.

Der steigende Export an lebendem Vieh (vor allem an Rindern) und Wein brachte die entsprechende Warenproduktion zu einem solchen Aufschwung, daß zwischen den verschiedenen Zweigen der Agrarproduktion eine hochgradige Spezialisierung zustande kam. In einigen Gebieten bildeten sich wahre Weinbau- bzw. Viehzucht-Monokulturen, so in den Weingegenden von Hegyalja, Gyöngyös und Erlau bzw. auf den Weideflächen der großflurigen Ackerbürgerstädte (Kecskemét, Nagykörös, Cegléd, usw.) der Großen Ungarischen Tiefebene. 1576 gab es z. B. in Erlau 352 Weinbauwirtschaften, aber nur 40 Ackerbauwirtschaften. In Gyöngyös standen 1583 den 577 Weinbauwirtschaften 75 Ackerbauwirtschaften gegenüber. Diese Monokulturgebiete wurden von den benachbarten warenproduzierenden Dörfern mit Getreide versehen. So betrug z. B. 1546 im nahe von Cegléd gelegenen Dorf Boldogasszonykáta die Durchschnittsernte pro Familie 32 dt, im Dorf Szentlőrinczkáta 31 dt Getreide, was jeweils einen Überschuß von 4 bis 15 dt für den Markt bedeutete. Im Komitat Borsod betrug 1549 die Getreideernte pro Haushalt durchschnittlich 22 bis 23 dt, in der Großen Schütt in einigen Dörfern 80 bis 100 dt, in der Gegend von Nyitra, zu der Kreise mit entwickeltem Weinbau gehörten, 1552 um 44 bis 52 dt. Da wir als Eigenverbrauch eines fünfköpfigen Haushalts 5,5 bis 9 dt ansetzen können, bedeutete dies auch nach dem Abzug des Saatguts und der Renten eine beträchtliche Jahresproduktion an Getreide. Der Anbau konnte auch innerhalb einer Gegend unterschiedlich sein. In den Unterbezirken Kászony und Vári des Komitats Bihar betrug z. B. 1553 der Anteil der gemischten Wirtschaften (Wein- und Getreidebauern) bloß 22 %, jener der reinen Weinbauern 26 %, der reinen Getreidebauern aber 52 %.

Diese Spezialisierung der Wirtschaften schuf einen bedeutenden inneren Getreidemarkt. So nahm die Warenproduktion an Getreide auch schon ohne einen beachtenswerten Exportanteil ihren Aufschwung. Freilich stand auch dies in einem indirekten Zusammenhang mit der Einordnung in den internationalen Markt: Ohne die spezialisierende Wirkung der Wein- und Viehausfuhr wären die Dimensionen weit kleiner gewesen.

Die landwirtschaftliche Warenproduktion hatte sich anfangs fast völlig und im 16. Jh. noch immer in bedeutendem Maße im Rahmen der Bauernwirtschaften entfaltet. Dies ging mit einer hochgradigen Vermögensdifferenzierung einher. 1519 bis 1522 produzierten z. B. im Komitat Bács 42 %, in den Komitaten Zemplén und Borsod 25 % der Wirtschaften einen Marktüberschuß, während gleichzeitig bei 30 bis 60 % der Wirtschaften die Ernte den eigenen Bedarf nicht deckte. Es gab jedoch auch Landwirte, deren Ernte den eigenen Bedarf um das 4- bis 5fache überstieg. Dem stand entgegen, daß in der zweiten Hälfte des 16. Jh. in den Komitaten Borsod und Heves beim größeren Teil der Bauernschaft die Ernte für den eigenen Bedarf nicht ausreichte. In den Händen der 18 % reichen Landwirte befanden sich 60 % des Ackerlandes. In der Weingegend von Biharpüspöki gab es gegen Ende des 16. Jh. 26 % reiche Bauern, denen 46 % landarme und 6,6 % landlose Bauern und Häusler gegenüberstanden. In ähnlichem Maße konzentrierte sich auch die Rinderzucht in den Händen der Schicht reicher Landwirte. In Szeged waren z. B. um 1570 die gewaltigen Rinderherden der Stadt im Besitz von ungefähr 600 Landwirten, und manche von ihnen hatten tausend oder noch mehr Rinder.

Eine Warenproduktion von solchem den Eigenbedarf einer Bauernwirtschaft in einigen Fällen mehrfach übersteigenden Ausmaß konnte selbstverständlich nicht mit den Arbeitskräften der eigenen Familie bewältigt werden. Reiche Landwirte bedienten sich deshalb mitunter auch schon im 15. Jh. der Lohnarbeit. Parallel zur Ausbreitung der Warenproduktion wurde so die Zahl sowohl der auf Dauer eingestellten Lohnarbeiter (Knechte, Bedienstete, Hirten) als auch der Saisonarbeiter (Winzer, Teilschnitter) immer größer. Diese kamen zum kleineren Teil aus den landlosen, größtenteils aber aus den landarmen Häusler- und Bauernschichten. In den Komitaten Heves und Borsod nahmen z. B. in der zweiten

Hälfte des 16. Jh. 20 bis 30 % der Bevölkerung irgendeine Lohnarbeit an. In einigen Kreisen des Komitats Bihar betrug am Ende des 16. Jh. der Anteil der Schnitter, je nach der territorialen Verteilung der reichen Landwirte, 10 bis 37 % der Bevölkerung. Diese reichen Landwirte waren mit Hilfe der Lohnarbeit und unter Ausnutzung der Warenproduktion bestrebt, ihre Wirtschaften zu erweitern. Gepachtete oder in Pfand gegebene Einödhöfe, angekaufte Weingärten, in mehreren Fällen zusätzlich zum eigenen Grund und Boden genutztes Land verbreiterten die Basis der Warenproduktion. Am Ende des 16. Jh. machte derartige Land z. B. in einigen Teilen des Komitats Zemplén 10 bis 15 % des Ackergebiets aus. Es wurde größtenteils von reichen Landwirten genutzt.

Diese Formen der Wirtschaftstätigkeit und Produktion erreichten in den Händen jener Marktstellen- bzw. Städtebürger frühkapitalistisches Niveau: Die Warenproduktion hatte sich mit dem Warenhandel vereinigt. Zwei Haupttypen entwickelten sich. Den einen bildete die Schicht der ungarischen Viehhändler. Diese Ackerbürger trieben auf den gepachteten Weideflächen der Großen Ungarischen Tiefebene Rinderzucht und einen beträchtlichen Großhandel mit Rindern. So gab es z. B. 6 Viehhändler, von denen im September 1560 jeder einzelne 500 bis 1 000 Stück Rind durch eine Furt bei Vác trieb. Die in den Weingegenden Weingärten ankaufenden und Weinhandel treibenden Städtebürger von Kaschau, Bártfa, Ödenburg usw. bildeten den anderen Typ. So war z. B. im 16. Jh. ein Drittel der Weingärten von Hegyalja in den Händen nicht einheimischer Kaufleute, vorwiegend aus dem ungarischen Hochland.

Der Doppelcharakter der gutsherrlichen Wirtschaftsführung

Neben den Bauerngütern erlangte aber auch die Allodienwirtschaft eine zunehmende Rolle in der Agrarproduktion. Der Großgrundbesitz des 15. Jh. basierte auf den Einkünften aus den rentenleistenden Fronhöfen und den verpachteten Allodialgütern. Gutsherrliche Eigenwirtschaften bildeten die Ausnahme: Ihre Größe überstieg kaum das Ausmaß von 2 bis 3 Bauernhöfen. Seit Anfang des 16. Jh., besonders seit den 30er Jahren des 16. Jh., wurde dies anders: In wachsendem Tempo entstanden immer mehr gutsherrliche Eigenwirtschaften. Zuerst bildeten sie sich vornehmlich in den westlichen und nordwestlichen Landesteilen heraus. Aber in der Mitte des Jahrhunderts gab es sie schon in allen ungarischen Gebieten, die nicht unter türkischer Besatzung standen.

Den zu ihrer Ausdehnung notwendigen Boden sicherten zunächst das wenige schon für die gutsherrliche Eigenwirtschaft genutzte Land und bisher verpachtete allodiale Gutsteile sowie Gemeindeland innerhalb der Gemarkungen der Dörfer, das - gewöhnlich in der Größe der Bodenanteile eines Bauernhofes - nunmehr der ausschließlichen gutsherrlichen Nutzung zugeführt wurde. In den bis dahin für den Anbau nicht genutzten Gebieten schritt die Expansion mittels Rodung und Umwandlung von Weiden in Äcker fort. Auch die Annexion von Gemeinde- und Bauernland kam häufig vor. Der Hauptanteil entfiel jedoch auf die Allodifikation verödeter Bauerngüter. Davon gab es im Lande sehr viele. In einigen Gegenden waren 20 bis 30 % der bäuerlichen Wirtschaft verödet. Nur selten wurden bewohnte Bauerngüter in Besitz genommen und Bauern verjagt, also gelegt. Die bäuerliche Bodennutzung und erst recht ihre Expansion wurden allerdings spürbar eingeschränkt.

Die gutsherrliche Wirtschaftsführung war entscheidend auf den Getreideanbau ausgerichtet. Da aber Ungarn keine bedeutende Getreideausfuhr hatte, mußte dies auf Faktoren zurückgehen, die vom Aufschwung der bäuerlichen Warenproduktion etwas abwichen. Diese Faktoren kann man in zwei Gruppen einteilen.

Die eine Gruppe bildeten die indirekten Auswirkungen der geschilderten Vorgänge in den Weltwirtschaft. Als Folge der beginnenden Preisrevolution nahm der

Wert der Geldrente in ganz Europa ab; das Einkommen des Gutsadels und dessen gesellschaftlicher Status wurden erschüttert.

Zum Ausgleich der Einkünfte setzte allerorten eine Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Adels ein. In England suchte dieser Adel im mit der Enteignung von Bauernland verbundenen Ausbau der kapitalistischen Agrarwirtschaft seine Vorteile - und fand sie auch z. T. darin -, dann auf den Meeren und in den Kolonien. In Frankreich stand der Tätigkeit des Adels die um die bäuerliche Steuerzahlungsfähigkeit besorgte und sie weitgehend ausnutzende absolute Staatsmacht im Wege, aber gleichzeitig sicherte diese - einem Teil der Adligen - im Rahmen des "Hofadels" durch die Verleihung nomineller oder mit Ämtern verbundener, aber immer dotierter Militärtitel und Hofwürden seinen materiellen Wohlstand und gesellschaftlichen Rang. In Ungarn - ähnlich wie in mehreren anderen osteuropäischen Ländern - bedeutete die Entfaltung der gutsherrlichen Eigenwirtschaft und des gutsherrlichen Warenhandels die Lösung.

Die andere indirekte Wirkung ging - wie beim bäuerlichen Getreideanbau - von der Erhöhung der Getreidepreise als gesamteuropäischer Tendenz aus, was die Getreideproduktion für den bestehenden - in erster Linie städtischen - inneren Markt rentabel machte. Dieser Getreidemarkt wurde - wie wir sahen - mit der Entwicklung der Monokultur auch breiter. Die Zunahme des Getreideverbrauchs im eigenen Lande und damit auch des eigenen Getreidebedarfs der Herrschaftsgüter erfolgte aber auch aus anderen Gründen, und diese bildeten eine weitere Komponente der Entwicklung der gutsherrlichen Eigenwirtschaft.

Diese Gründe standen mit den Türkenkriegen und den türkischen Annexionen im Zusammenhang. Auf eine paradoxe Weise verursachten diese Kriege nicht nur Verderben, sondern sie schufen auch eine Art von Kriegskonjunktur. Die Verköstigung der ständigen Festungsbesatzungen und der aufmarschierenden Armeen erforderte eine große Menge von Agrarprodukten. Ein Teil dieses Bedarfs wurde durch die Vermittlung des Marktes befriedigt. Ein anderer Teil wurde aus der Produktion der rund um die Festung organisierten Güter gedeckt. Aber auf jeden Fall stimulierte die Nachfrage eine Steigerung der Wirtschaftstätigkeit der Herrschaftsgüter.

Der Nachsommer des Sippenwesens und das Anschwellen der Hofhaltung des Hochadels standen damit im Zusammenhang und wirkten in ähnlicher Richtung. Die an der Tafel eines einzigen Hochadligen speisende "Familie" konnte um die Mitte des 16. Jh. die Zahl von 60, 80, ja 100 Personen erreichen. Wenn wir die Verpflegung der Privatheere, der Festungsbesatzung usw. hinzurechnen, dann wird uns jene gewachsene Last deutlich, die sich aus der Verköstigung bei Hofe ergab. All dies lenkte bei den steigenden Agrarpreisen die Aufmerksamkeit zwangsläufig auf die Naturalrente bzw. die Produktion der gutsherrlichen Eigenwirtschaft.

Deren Ausbau hatte also von Anfang an ein doppeltes Ziel: einerseits den gewachsenen Verbrauch in zunehmendem Maße zu decken und andererseits die von der Agrarkonjunktur gebotenen Möglichkeiten durch Warenproduktion zu nutzen. Die größere Rolle scheint dem ersten Ziel zugefallen zu sein. Bei den für das 17. Jh. nachweisbaren Bargeldeinnahmen der Herrschaftsgüter betragen nämlich, außer bei Wein, die Produktenverkäufe nur einen kleinen Teil. Im Herrschaftsgut Sempte z. B. waren 1638 der Verkauf von Fleisch, Wolle und ähnlichem nur mit 16 bis 17 %, der Getreideverkauf im Herrschaftsgut Regéc 1655 nur mit 16,5 %, im Herrschaftsgut Nemetujvár 1661 nur mit 10,6 % an den Geldeinnahmen beteiligt. Wenn wir auch annehmen können - aufgrund einer noch zu erörternden Entwicklung und einiger vereinzelter Daten der Batthyány-Herrschaftsgüter -, daß der Getreideverkauf im 16. Jh. mitunter durchaus größere Ausmaße erreichte, so blieb er als Stimulanz für die Steigerung der gutsherrlichen Eigenproduktion an Getreide auf jeden Fall hinter dem Eigenverbrauch der Herrschaftsgüter zurück.

Ein ähnlicher Doppelcharakter wie bei der Wirtschaftstätigkeit der Gutshöfe läßt sich im 16. Jh. auch bei der Verwendung der Arbeitskräfte feststellen. Die eine Möglichkeit bestand darin, die gegen Ende des 15. Jh. auf 1 bis 2 Tage pro Jahr geschrumpfte Leibeigenen-Arbeitsrente neu zu beleben. Die Gesetze von 1514, dann die ausführlichen Regelungen von 1548 hatten dies für die Gutsherren rechtlich gesichert. Aber diese nahmen die ihnen gesetzlich pro Gut jährlich zustehenden 52 Tage Fronarbeit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur bis zu einem bestimmten Grad in Anspruch. Oft begegnen wir auch der Anwendung von Lohnarbeit. Deren Ansätze reichen ebenfalls in das 15. Jh. zurück. Die Zahl der auf dem Gutshof ständig Beschäftigten (Knechte, Gärtner, Hirten, Kutscher usw.) nahm zu; um die Mitte des Jahrhunderts betrug sie z. B. pro Hof der Gutsherrschaft Lánzsér bis zu 20 Personen. Die Gutsherrschaft hatte auch eigene Zugtiere und Pflüge. In ebenfalls beträchtlicher Zahl stellten die Herrschaftsgüter auch Tagelöhner und Teilschnitter ein.

Diese Lohnarbeiter kamen in ähnlicher Weise wie jene, die in den Wirtschaften der reichen Bauern angestellt waren, z. T. aus den Reihen der leibeigenen Klein- und Kleinststellenbesitzer, der Häusler. Als Übergangsform kam aber auch oft vor, daß dem Leibeigenen seine neben der Fron zusätzlich geleistete Arbeit bezahlt wurde. Diese Fälle bilden eine eigenartige Verbindung von Fron und freier Lohnarbeit.

Aber nicht nur die gutsherrliche Wirtschaftstätigkeit zeigte ein Doppelgesicht, sondern auch das Herrngut selbst: Die Eigenwirtschaft wurde erweitert, aber auch die rentenleistenden Bauernhöfe blieben bestehen. Durch die Arbeitsrente wurden die beiden Wirtschaftsformen sogar immer stärker voneinander abhängig. Beide waren an der Sicherstellung der für das Herrngut notwendigen Vorräte beteiligt. Parallel zum Ausbau der Herrngüter, vielleicht sogar mit etwas Vorlauf, stieg wieder die Bedeutung der Produktenrente. Die Herrngüter erhoben in der Regel ein Neuntel des Ertrags. Hauptsächlich die größeren von ihnen nahmen oft auch den kirchlichen Ertragszehnten in Pacht und erhoben ihn in Naturalien. Auch für Land, das Bauern zusätzlich zu ihren Bodenanteilen gepachtet hatten, war die Pacht immer häufiger in Naturalien und immer seltener in Geld zu entrichten.

Der in den Bauernwirtschaften erzeugte Wein war für die Herrschaftsgüter von besonders großer Bedeutung. Sie waren daher bestrebt, ihn sich anzueignen, mit der Weinabgabe und auch durch ein Vorkaufsrecht, mit dem die Gutsherren oft Mißbrauch trieben. Ein großer Teil ihrer Weineinnahmen kam auf den Markt. 1568 waren es z. B. bei der Gutsherrschaft Sárospatak 54 % und 1572 in Tokaj 43 %. Die Gutsherren nutzten dabei größtenteils das Ausschankrecht, das ihnen vorbehalten und den Leibeigenen verwehrt blieb. Neben der eigenen Produktion und der Produktenrente müssen wir somit noch eine dritte Einnahmequelle des Herrschaftsgutes - oft die größte - in Betracht ziehen: die Ausnutzung der gutsherrlichen Befugnisse, der sog. Regalien.

Auf der Basis der Eigenproduktion und der bäuerlichen Produktenrente, von Fall zu Fall auch durch zusätzlichen Kauf, trieben einige Gutsherren einen nicht zu unterschätzenden Handel. Den Zollverzeichnissen von 1542 zufolge entfielen z. B. 12 % des Viehexports nach dem Westen auf den Gutsadel. Besonders aber nahmen die Gutsherren die Versorgung des einheimischen städtischen Marktes mit Agrarprodukten für sich in Anspruch, und sie beteiligten sich auch an den Kriegslieferungen.

Landwirtschaftliche Warenproduktion und Handel belebten sich also im 16. Jh. Mannigfaltige Wirtschaftsformen waren daran beteiligt, wobei von Fall zu Fall bald die eine, bald die andere überwog. Sie reichten von der traditionellen Bauernwirtschaft bis zur frühkapitalistischen handeltreibenden Gutswirtschaft des Großgrundbesitzers der Ackerbürgerstadt, vom Herrngut, das Geld-, Naturalien- oder (bzw. und) Arbeitsrente erhob, bis zur Wirtschaft des Gutsherrn, der auch Lohnarbeit einsetzte und sich zur Errichtung eines Handelsunternehmens anschickte. Die Entfaltung der gutsherrlichen Warenproduktions-

und Handelstätigkeit neben der bäuerlichen Warenproduktion führte zwangsläufig zur Kollision dieser beiden Tendenzen. Die Wirtschaftstätigkeit der Gutshöfe drängte, zuerst bei Getreide, die bäuerliche Warenproduktion zurück: In den letzten Jahrzehnten des 16. Jh. nahm die Menge des bäuerlichen Warengetreides bedeutend ab. Der Gesamtwert der bäuerlichen Warenproduktion wurde aber dadurch noch nicht berührt: Die Bauern verlagerten ihre Tätigkeit auf Weinbau und Viehzucht. Sie konzentrierten sich dabei mehr und mehr auf Marktflecken, wo sie sich unter geschützteren Verhältnissen betätigen konnten. Seit Ende des 16. Jh. bekamen sie aber immer stärker den Druck der gutsherrlichen Gegentendenz zu spüren. In der ersten Hälfte des 17. Jh. trat dann eine Wende sowohl bei der bäuerlichen als auch bei der gutsherrlichen Warenproduktion als auch bei der Entwicklung der inneren Tendenzen der allodialen Wirtschaftstätigkeit ein.

Die Tendenzen des Spätfeudalismus bekommen die Oberhand

In Ungarn begann die Wende mit dem 15jährigen Krieg. Dessen Verwüstungen dezimierten den Menschenbestand und brachen die Expansion sowohl der bäuerlichen als auch der gutsherrlichen Warenproduktion. Die dem Krieg folgende Regenerierung konnte nur noch unter veränderten Umständen eintreten.

In der ersten Hälfte des 17. Jh. fand die europäische Agrarkonjunktur ihr Ende. Der Wandel bei den - bisher günstigen - Tauschverhältnissen, namentlich der Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Produkte, traf mit enger werdenden Marktmöglichkeiten zusammen. Die in der westeuropäischen Landwirtschaft nach und nach langsam eintretende Produktionssteigerung und der beginnende Einzug der Produkte der kolonialen Plantagenwirtschaft in den europäischen Markt verringerten die Abhängigkeit Westeuropas von osteuropäischen Rohstoff- und Lebensmittellieferungen, und auch die Bedeutung dieser Gebiete als Abnehmer gewerblicher Artikel nahm ab. Obendrein konkurrierten mit den Produkten Ungarns z. B. auch Rinder aus Dänemark oder Kupfer aus Schweden. Schließlich berührten die Krisen des 17. Jh. eben jene Gebiete am stärksten - Norditalien und die süddeutschen Städte -, wo die Hauptmärkte der ungarischen Viehausfuhr lagen. Die Viehhändler aber beeinflussten mit ihrem Handelskapital die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft.

Unter immer schwierigeren Bedingungen auf den äußeren Märkten sah sich Ungarn einer Handelspolitik gegenüber, die seine Ausfuhr einer Steigerung der Einnahmen des Fiskus bzw. den Interessen der leitenden Hofbeamtenschicht unterordnete, welche die gesellschaftliche Basis des Habsburger Absolutismus bildete. Die für Geld Ausländern erteilten Viehausfuhr-Genehmigungen, die mit Monopolrechten ausgestatteten Gesellschaften, die Einführung des Halben-Dreißigsten-Zolls im Jahre 1635, die Zolltariferhöhung von 1656 usw. räumten einerseits den ausländischen Kaufleuten eine immer größere Rolle in Ungarns Außenhandel ein und führten andererseits zu einer weiteren Reduzierung des ohnehin schrumpfenden Handelsvolumens der Ausfuhr. So fiel Ungarns Außenhandel in der ersten Hälfte des 17. Jh. gegenüber dem Maximum der vorhergehenden Periode ungefähr auf die Hälfte zurück.

Dies alles erschwerte die Lage der einheimischen Warenproduktion und verschärfte den Kampf zwischen bäuerlicher und gutsherrlicher Warenproduktion. Die Bauern zogen dabei den kürzeren. Einerseits wurden sie von den Verwüstungen des Krieges und den Handelsbeschränkungen stärker betroffen als die - weniger für die Ausfuhr produzierenden bzw. sich der Handelspolitik des Hofes mit mehr Erfolg widersetzen - Gutsherren. Andererseits verschob sich das Kräfteverhältnis der Klassen immer mehr zugunsten des Adels. Die Staatsmacht griff nicht ein, und die Leibeigenen konnten sich der durch die Neubelebung des Sippenwesens und durch die Türkenkriege gewachsenen Kraft der gutsherrlichen Privatmacht nicht widersetzen, zumal sie wegen der

gleichzeitig eintretenden Stagnation und Zerrüttung keine Verbündeten im Bürgertum finden konnten. Die Zunahme des Übergewichts der Komitate im Ständetag und die den Interessen des Adels dienende Gesetzgebung (Beschränkung der Zahl der königlichen Freistädte, Bekräftigung der gutsherrlichen Zollfreiheit 1618 usw.) weisen eindeutig auf die Privilegierung des Adels hin. Die Verschiebung der Kräftekonstellation kam auch in der Einschränkung der Freizügigkeit der Leibeigenen zur Geltung.

Die seit Ende des 15. Jh. einsetzenden stärkeren Beschränkungen der Freizügigkeit sollten mit den Gesetzen von 1514 besiegelt werden, die die Leibeigenen fester an die Scholle banden. Diese Gesetze fanden aber - ähnlich wie die Verfügungen über die Fron - nicht sofort in die Praxis Eingang. Nach mehreren Änderungsversuchen wurde dann 1556 ausführlicher geregelt, unter welchen Bedingungen ein Leibeigener seinen Gutsherrn wechseln durfte: Er mußte mit seinem neuen Gutsherrn einig werden und seine Schulden bezahlt haben, und er brauchte die Mitwirkung eines "Stuhlrichters". Gegen Ende des 16. Jh. hob jedoch ein Teil der Komitate auch noch dieses ohnehin schon geringe Abzugsrecht auf. Als dann 1608 die Abzugsregelung mit einem Gesetz in die Zuständigkeit der Komitate verwiesen wurde, was eigentlich eine an mehreren Orten schon bestehende Praxis sanktionierte, verkümmerte das System des Gutsherrnwechsels, und die starre Bindung an die Scholle gewann die Oberhand. Obwohl sich einige Leibeigene allmählich freikaufen konnten oder anderweitig ihre Freiheit erlangten und sich eine Schicht freier Bauern herauszubilden begann, wurden die meisten von ihnen in die Bande dauernder Leibeigenschaft geschlagen.

Damit ging einher, daß die Behandlung des Leibeigenen, der nun dem Gutsherrn stärker ausgeliefert war, verrohete und daß vor allem die Fron hochgradig zunahm. Die Arbeitsrente überschritt den 1514 festgelegten Rahmen. Wöchentlich 2 oder sogar 3 Tage Frondienst kamen nun häufig vor. An mehreren Orten tauchte sogar die zeitlich unbegrenzte Fron auf, der nur der Bedarf des Gutsherrn und die Leistungsfähigkeit des Leibeigenen Schranken setzten.

Mit dieser Entwicklung war alles in allem die Niederlage der bäuerlichen Warenproduktion gegenüber der gutsherrlichen besiegelt. Die bäuerlichen frühkapitalistischen Marktendenzen brachen zusammen, und der Spätfeudalismus setzte sich durch. Der Wandel im Außenhandel traf in erster Linie die Tierzucht-Monokultur der Großen Ungarischen Tiefebene. Die feudalen gutsherrlichen Verhältnisse ruinierten die Warenproduktion der außerhalb der Türkenherrschaft lebenden Bauernschaft. Nur im Bereich des Weinbaus behauptete sich die ackerbürgerliche Entwicklung der Marktflecken, aber auch sie ließ in der zweiten Hälfte des 17. Jh. nach. Wenn die bäuerliche Warenproduktion auch nicht völlig verschwand, so trat sie doch in den Hintergrund; sie blieb auf Inseln beschränkt, die sich um Orte mit günstigeren Marktbedingungen gruppierten. Für die bäuerliche Wirtschaftstätigkeit wurden ein zunehmender Verfall und die Zurückdrängung auf das Niveau der Eigenversorgung charakteristisch.

Parallel dazu hielt die Expansion der Gutshöfe nach dem plötzlichen Abbruch des 15jährigen Krieges trotz der Konjunkturflaute weiter an. Der Eigenbedarf des Herrengutes war nämlich auch weiterhin groß. Seine Produkternte wies dagegen im Zusammenhang mit der Zunahme der Fron und der Abkehr der Bauernschaft vom Getreideanbau eine fallende Tendenz auf. Gegen Mitte des 17. Jh. erreichte - oder überstieg auch schon leicht - das Wertvolumen der Getreideproduktion der Gutshöfe dasjenige der von den Leibeigenen erhobenen Rente. Um das Manko auszugleichen, mußte die Produktion der Gutshöfe ausgedehnt werden. Das war auch deshalb erforderlich, weil die Preise für Agrarprodukte sanken. Land, das darauf wartete, von den Gutsherren in Besitz genommen zu werden, war genug vorhanden; denn weite Gebiete waren während des Krieges verödet.

Arbeitskräfte waren hingegen ein Problem. Der Geldmangel der Herrengüter - eine direkte Folge der Konjunkturflaute, aber auch der widersinnigen Wirtschaftsführung, der Verschwendung und der Kriegsverluste - sowie der wachsende Arbeitskräfteschwund - mitunter wird sogar der Ausdruck Arbeitskräftekrise gebraucht - wirkten sich gleichermaßen dahin aus, daß die Lohnarbeit zurückgedrängt wurde und die Gutshöfe sich eindeutig auf Fronarbeit umstellten. Dies ging mit der bereits erwähnten Steigerung der Arbeitsrente einher.

Gleichzeitig barg die eindeutige Ausrichtung der Gutswirtschaft auf Fronarbeit aber auch die Schranken ihrer eigenen Entwicklung in sich. Einerseits führte die Fron zur Überführung bäuerlicher Technik in die Gutswirtschaft; bei der Zwangsarbeit wurde sie jedoch nachlässiger angewandt. Ihr Wirkungsgrad war dementsprechend schlechter. Es kann daher nicht überraschen, daß im 16./17. Jh. die Ernteerträge der Gutshöfe hinter jenen der Bauernwirtschaften zurückblieben. Andererseits stand die Arbeitsrente der extensiven Expansion im Wege, weil sie bäuerliche Bodenanteile voraussetzte und damit die Größe des Gutslandes mitbestimmte. Aus dem Verhältnis der Gutsernte zur Produktenrente läßt sich schließen, daß die Größe des Gutslandes im damaligen Ungarn 10 bis 30 % des Bauernlandes ausmachte. Da bei der Technik jener Zeit der Bauer für seine Eigenversorgung 75 bis 80 % seiner Arbeitskraft aufbringen mußte, konnte die Größe des Gutslandes nur in Ausnahmefällen mehr als 25 bis 30 % des Bauernlandes betragen haben, es sei denn, daß Bauernhaushalte einen Teil ihres Bedarfs nicht aus eigener Produktion deckten, was die Gutsherrschaft anstrebte. Dies aber hätte Lohnarbeit in einem bäuerlichen Nebengewerbe vorausgesetzt. So schließt sich der Kreis: Die auf Fron beruhende Agrarproduktion der Gutshöfe war in den Rahmen eines Gleichgewichts gezwängt, das sie sich selbst geschaffen hatte.

Die Verdrängung der allodialen Wirtschaftsführung durch feudale Formen können wir auch bei der Produktenverwertung der Herrengüter beobachten. Unter dem ungünstigen Verlauf der Marktlage und dem Vorzeichen der feudalen Tendenzen nutzten die Gutsherren immer kräftiger ihre feudalen Vorrechte im Handel und die sog. Regalien aus. Die Vergünstigungen erstreckten sich nicht nur auf äußere, innere, ja städtische Zölle, sondern auch auf die schon erwähnten Vorkaufs-, Ausschank-, Schlächterei- u. a. Rechte. Mit ihren Privilegien bauten die Gutsherren ein beinahe geschlossenes Zwangsmarktsystem auf. Gewaltsam kauften sie die Produktenüberschüsse ihrer Leibeigenen auf, besonders deren Wein, um dann mit Hilfe ihrer Regalienrechte den bäuerlichen Markt damit zu beliefern. Dadurch verschlossen sie den Leibeigenen nicht nur den städtischen Produktenmarkt und den Handel mit den-städtischen Kaufleuten, sondern sie waren auch bestrebt, den Warenverkehr unter den Leibeigenen zu monopolisieren.

Um Ausgaben einzusparen, versuchten die Herrengüter, sich mit gewerblichen Erzeugnissen selbst zu versorgen. Neben der Rente, die sie von Handwerkern der Marktflecken und leibeigenen Handwerkern in Form gewerblicher Erzeugnisse erhoben, riefen sie auch Gutswerkstätten ins Leben, wo neben Deputat-handwerkern leibeigene Handwerker Frondienste leisteten. In jenen Sägewerken, Hütten usw., die zur Nutzung gutsherrlicher Wälder und Bodenschätze entstanden, arbeiteten zum großen Teil frondienstleistende Leibeigene unter der Aufsicht von ein bis zwei bezahlten Facharbeitern. Teils befriedigten sie den Eigenbedarf der Gutsherrschaft (Baustoff usw.), teils aber produzierten sie Waren. Auch hier gründete sich die Produktion im wesentlichen auf Zwangsarbeit.

Kapitalistische Verhältnisse konnten also das feudale System der Gutsherrnwirtschaft nicht untergraben. Nachdem die anfängliche Anwendung der Lohnarbeit verschwunden war, wies diese Wirtschaft eindeutig feudalen Charakter auf. Sie gründete sich auf feudale Rechte und Fronarbeit und entwickelte nach innen geschlossene Tendenzen der Selbstversorgung. Die Allodialwirtschaft, als Anpassung an westeuropäische Verhältnisse, wurde zur grundlegenden Wirtschaftsform des Spätfeudalismus. Die nach einer mehr rationalen Wirtschaftstätigkeit

strebenden Erschließung des 17. Jh. stellten keine organische Fortsetzung dieser Wirtschaftsform dar und blieben isolierte Versuche für ein reichliches Jahrhundert.

Frühkapitalistische Tendenzen in Bergbau und Industrie

Der Bergbau war in ganz Europa ein frühes Einzugsgebiet des Frühkapitalismus. Auch in den Bergwerkssiedlungen Niederungarns erschienen schon seit dem 13. Jh. Bergunternehmer, die keine Bergleute waren. Ihre Bedeutung nahm in der zweiten Hälfte des 15. Jh. zu, als Grubenbau und Verhüttung dermaßen kostspielig wurden, daß sie die Mittel der einzelnen kleinen Grubenbesitzer überstiegen. Ein Lösungsweg bestand im Zusammenschluß zu Genossenschaften, wo jeder für seine Kuxe die Mittel bestritt und dementsprechend am Ertrag beteiligt war. Die andere Lösung wies in die Richtung des kapitalistischen Unternehmens. Solche Unternehmen bemühten sich meist zuerst der Erzverarbeitung, und mit Hilfe ihrer Hüttenwerke brachten sie die kleinen Grubenbesitzer in ihre Abhängigkeit. Neben ihren Hüttenwerken besaßen sie in der Regel auch Kuxe, oft bei mehreren Gruben. In der Mitte des 16. Jh. gab es in Selmecbánya z. B. 5 Bergbauunternehmer mit jährlichen Erträgen im Wert zwischen 1 000 und 10 000 Forint, und bei 6 - auch an der Verhüttung beteiligten - Unternehmern kann man einen über 10 000 Forint liegenden (bei dem größten: 45 000 Forint) Ertrag nachweisen. Durch die Hände dieser 6 Unternehmer liefen 86 % der lokalen Edelmetallproduktion.

Seit dem Ende des 15. Jh. erreichte auch das süddeutsche Handelskapital den ungarischen Bergbau und nahm Dimensionen an, die jene des lokalen Kapitals bei weitem übertrafen. Die Investitionen des bekannten Unternehmens Fugger-Thurzó betrugen z. B. mehrere Hunderttausend Forint, und als 1566 die Gesellschaft Welser-Mannlich den Kupferbergbau übernahm, verpflichtete sie sich, jährlich 120 000 Forint zu investieren. Die lokalen Unternehmer konnten dieser Konkurrenz nicht standhalten, zumal sich die Ausländer auf Monopolrechte stützten, die sie beim Fiskus erworben hatten.

Auf den Spuren des internationalen Handelskapitals erhielt neben dem Edelmetall auch Ungarns Kupfer Zugang zum Weltmarkt. Es gelangte in großer Menge auf den Antwerpener Markt und von dort in die Kolonien.

Dieser bedeutende Bergbaukapitalismus wurde in den 70er Jahren des 16. Jh. von großen Erschütterungen heimgesucht, von denen er sich nicht mehr richtig erholte. Einerseits erlitt er Verluste durch den Niedergang des süddeutschen Handelskapitals, das mit den Weltreichbestrebungen der Habsburger eng verflochten war. Andererseits drängten amerikanisches Edelmetall und seit Anfang des 17. Jh. schwedisches, dann chilenisches Kupfer Ungarns Bodenschätze auf dem Markt zurück. Drittens machten Kriege zu Beginn des 17. Jh. die Investitionen des Handelskapitals und die Produktion unsicher. All dem wurde durch die Monopolbestrebungen des Fiskus die Krone aufgesetzt, der Mitte des 17. Jh. alle bedeutenderen Bergwerke erwarb.

Das frühkapitalistische Unternehmen brach also - nach verheißungsvollem Anfang - auch im Bergbau zusammen. In der zweiten Hälfte des 17. Jh. entstanden zwar im Eisenbergbau einige bürgerliche kapitalistische Unternehmen. Sie gehörten aber nicht mehr dem Frühkapitalismus an, sondern waren Vorboten einer neuen Epoche.

Abweichend von Landwirtschaft und Bergbau wurden die Chancen der Industrie zur Bildung frühkapitalistischer Unternehmensformen durch die Art der Einschaltung Ungarns in die europäische Arbeitsteilung schon im vorhinein eingeschränkt. Seit dem Ende des 15. Jh. kamen zwar auch in Ungarn Bestrebungen auf, sich über den Zunftrahmen hinwegzusetzen. So waren die Tuchhändler von Kaschau bemüht, sich die Zünfte der Tuchhersteller gefügig zu machen.

Die Schuhmacher von Klausenburg versuchten die Zunft der Gerber zu umgehen: Sie ließen das Leder, das sie brauchten, von eigenen Gesellen gerben. In Bártfa riefen die Stadtpatrizier in der Leinweberei ein verlagsartiges Unternehmen ins Leben, das auch erste Schritte zur Einbeziehung des dörflichen Gewerbes unternahm.

Diese Initiativen wurden aber durch Ungarns Stellung in der internationalen Arbeitsteilung erschwert. Das einheimische Handwerk war dem Wettbewerb mit den einströmenden Industrieimporten nicht gewachsen, zumal diese Importwaren billiger wurden, weil die Entwicklung der Preisrelationen zugunsten der Agrarprodukte verlief. Hinzu kamen steigende Rohstoffpreise und Löhne. Die Produktion wurde immer teurer. Bei den Absatzschwierigkeiten, mit denen die Handwerker zu ringen hatten, war eine Auflösung des Zunftrahmens nicht in Sicht. Vielmehr wurde versucht, die bestehende Lage aufrechtzuerhalten, den Eintritt in die Zünfte zu erschweren und sich in den Zünften einzukapseln. Das Handelskapital, welches mehr agrarinteressiert war, hatte damals auch wegen des Wettbewerbs mit den Gutsherren und des stufenweisen Ausschlusses vom bäuerlichen Markt keine Kraft und Lust, bei der Konkurrenz durch ausländische Waren Industrieunternehmen zu eröffnen. Gelegentliche verlagsartige Versuche - ein bis zwei an der Zahl, wie z. B. jener des Kriegslieferanten Mihály Szilva mit Tuchen, die Handwerker von Modor für ihn angefertigt hatten - blieben ohne Fortsetzung.

Um das 17. Jh. führte die Industrie unter dem Anpassungszwang strukturelle Veränderungen durch. Die große Menge der Importtextilien verschloß zwar den Entwicklungsweg der einheimischen Textilindustrie, sie spornte aber gleichzeitig die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes an. Mit der Erstarbung des Schneidergewerbes traten Versuche zur Assoziation mit dem Handelskapital auf. Dies waren aber isolierte Erscheinungen. Sie blieben inmitten der allgemeinen Tendenzen zur Refeudalisierung im vorhinein ohne breitere Perspektive. Ungarns Handwerk im ganzen war durch Verfall, durch die starren Formen des Zunftsystems und durch die Ausbreitung der Organisation der Zünfte charakterisiert. Im Leben der ungarischen Städte aber zeigten sich Tendenzen der Reagrarisierung; die Wirtschaftstätigkeit der Städte wich kaum von jener der Herrngüter ab. Der Weinbau und die Bestrebungen zum Erwerb von Gutsbesitz charakterisieren breite Schichten der Bürgerschaft. Bei dem, was darüber hinausweist - so pachteten Bürger gutsherrliche Industriebetriebe, ein bis zwei bürgerliche Betriebe im Eisenbergbau erstarkten in der zweiten Hälfte des 17. Jh. -, handelt es sich schon eher - wie überhaupt im Bergbau - um Vorposten der nächsten Periode.

Zur Verdrängung von Bauern östlich und westlich der Elbe im
12. und 13. Jh.⁺

von Siegfried Epperlein

Im folgenden möchte ich mich vor allem mit einem Problem beschäftigen:
Ist die Entfernung, Verdrängung oder Vertreibung von Bauern im hohen Mit-
telalter vor allem im Gebiet der feudalen deutschen Ostexpansion eine Be-
sonderheit von Zisterzienserklöstern?¹

Bekanntlich konnte es zu einer Entfernung von Bauern kommen, wenn eine
Siedlung von der Wirtschaftspolitik der Zisterzienser erfaßt wurde. Auch
nach 1208, als den grauen Mönchen durch päpstlichen Erlaß der Besitz
zinspflichtiger Bauern gestattet wurde, legten einige Klöster teilweise noch
von Laienbrüdern, also von Konversen, bebaute Grangien an.² Erwarb ein
solches Kloster Landbesitz, so wurden bisher dort ansässige Bauern ohne
Rücksicht auf ihre ethnische Zugehörigkeit "gelegt". So forderte im Jahre
1250 das Kloster Reinfeld (heute Kr. Stormarn) beim Ankauf eines Dorfes
(es handelte sich um das nördlich von Ratzeburg gelegene Pogeez) den bis-
herigen Besitzer auf, die dort wohnenden "scavi" innerhalb eines Jahres
"friedlich und freundschaftlich" zu entfernen.³ Dabei mußte das Zister-
zienserkloster offenbar damit rechnen, daß die "ohne alle Hoffnung auf
Rückkehr" gelegten slawischen Bauern sich rächten. In einer etwa 30 Jahre
später angefertigten Urkunde sicherte 1285 für diesen Fall Graf Helmold

+ Veränderte und überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Interna-
tionalen wissenschaftlichen Symposium "Geschichte und Kultur der Zi-
sterzienser in Polen und ihre europäischen Zusammenhänge", vom 22. 5.
bis 25. 5. 1985 in Blazejewsko bei Poznań.

1 Vgl. allgemein auch Rösener, Werner, Bauernlegen durch klösterliche
Grundherren im Hochmittelalter, in: Zeitschrift für Agrargeschichte
und Agrarsoziologie, Bd. 29, 1979, S. 60 ff.; Wyrwa, Andrzej, Uwagi
o przyczynach translokacji wielkopolskich klasztorów cysterskich w
XIV - XV wieku, in: Mentis et Litteris. Kulturze i społeczeństwie wie-
ków średnich, Poznań 1984, S. 240 f., mit weiterführender polnischer
und deutscher Literatur.

2 Die umgekehrte Tendenz, also die Aufgabe des Prinzips der "Eigenwirt-
schaft" und die Bevorzugung bzw. der Übergang zur "Zinsbauernwirt-
schaft" vor 1208, ist gleichfalls nachweisbar und wird im folgenden am
Beispiel des Klosters Dargun verdeutlicht.

3 Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Bd. 1, Lübeck 1843, Nr. 164 (1250).

Usew Schwerin dem Kloster seine Unterstellung zu.⁴ Das in der Mark Brandenburg gelegene Kloster Chorin (Kr. Eberswalde) ließ um 1274 aus der ihm zugewiesenen slawischen "villa" Ragösen alle Bewohner vertreiben. Im Jahre 1277 ließ sich das Kloster das Recht bestätigen, das Dorf Britz an einen anderen Ort zu verlegen.⁵ Nimmt man mit Walter Vogel⁶ an, daß es sich hier um eine deutsche Ansiedlung handelt, so wird deutlich, daß auch deutsche Bauern der Wirtschaftspolitik der grauen Mönche ausgesetzt sein konnten. Die Zahl der Zisterzen, die sich ähnlich verhielten, ließe sich vermehren - wir verweisen hier nur auf die Klöster Zinna⁷ und Lehnin.⁸

Zu Spannungen zwischen Zisterzienserklöstern und der slawischen Bevölkerung konnte es auch im Zusammenhang mit den im Ostexpansionsgebiet betriebenen Christianisierungsbestrebungen kommen. Gegenaktionen der betroffenen heidnischen slawischen Bewohner blieben nicht aus. So wurden die Äbte der Klöster Zinna (um 1170 gegründet) und Lehnin (um 1180 gegründet) kurz danach umgebracht.⁹

Hier ist aber gleich auf einen m. E. wichtigen Tatbestand hinzuweisen: Entfernung, Verdrängung oder Vertreibung von Bauern ist keineswegs nur bei Zisterzienserklöstern nachzuweisen. So veranlaßte das Streben nach einer intensiveren Nutzung des grundherrlichen Besitzes auch einzelne Benediktinerklöster zu teilweise einschneidenden Maßnahmen gegenüber der slawischen Bevölkerung. "Um die Güter" des südöstlich von Quedlinburg gelegenen Klosters Ballenstedt "zu verbessern und zu mehrer", verkaufte 1159 der Abt zwei kleine Siedlungen an der Mulde, "die bisher im Besitz von Slawen waren", an flämische Einwanderer. Die beiden Dörfer wurden zusammengelegt - es handelt sich um das heutige Naundorf (Kr. Köthen) - und in 24 Hufen geteilt. Neben einem Zins sollte jährlich "voll und ganz der Zehnte von allen Äckern gezahlt werden".¹⁰ Offenbar traten die einziehenden Flamen an die Stelle der bisher ansässigen slawischen Bevölkerung und verdrängten diese. Wirtschaftliche und religiös-politische Gründe veranlaßten

4 Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 3, Schwerin 1867, Nr. 1809 (1285).

5 Codex diplomaticus Brandenburgensis, A I/3, hg. v. A. Riedel, Berlin 1838, S. 217 (1274); vgl. allgemein auch Die Slawen in Deutschland, Geschichte und Kultur der slawischen Stämme westlich von Oder und Neiße vom 6. bis 13. Jh., hg. v. Joachim Herrmann, Neubearbeitung Berlin 1985, S. 404 ff.

6 Vogel, Walter, Der Verbleib der wendischen Bevölkerung in der Mark Brandenburg, Berlin (West) 1960, S. 102.

7 Vgl. allgemein auch Słownik Starożytności Słowiańskich, Wrocław/Warszawa/Kraków 1982, Bd. 7, T. 1, S. 137 f.; Ribbe, W., Sozialstruktur und Wirtschaftsverhältnisse in den Zinnaer Klosterdörfern auf dem Baranim, in: Zisterzienser-Studien, Bd. 3, 1976, S. 107 ff.

8 Słownik Starożytności Słowiańskich, Bd. 3, T. 1, Wrocław/Warszawa/Kraków 1967, S. 40 f.

9 Die Slawen in Deutschland, S. 405 f.

10 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter, T. 1, gesammelt u. hg. v. Herbert Helbig u. Lorenz Weinrich, Darmstadt 1968, Nr. 8 (1166).

das nördlich von Bernburg gelegene Benediktinerkloster Nienburg im Jahre 1149, aus dem von ihm gekauften Burgward Kleutsch bei Dessau "die ungläubigen slawischen Bauern" zu vertreiben und "neue Siedler christlichen Glaubens", also vermutlich deutsche Bauern, anzusetzen.¹¹ Jetzt sei es möglich, so heißt es, den vollen Zehnten zu erlangen und den christlichen Glauben besser als bisher zu pflegen. Als 1236 Bischof Brunward von Schwerin dem Kloster Neukloster die "villa" Böbelin schenkte, hieß es u. a., daß es wegen der Überfälle der Slawen, die einst vertrieben wurden, mehrere Jahre hindurch nicht gelang, Bauern anzusiedeln.¹²

Schließlich sind neben Zisterzen und Benediktinerklöstern auch Prämonstratensergründungen zu erwähnen, wo wir dem Problem des sog. Bauernlegens ebenfalls begegnen. Dabei konnte es sich auch um deutsche Bauern handeln, die einer beabsichtigten Entfernung namentlich dann kaum Widerstand leisten konnten, wenn ungünstige, aufkündbare Nutzungsrechte, etwa Zeitpacht, vorlagen, also kein erbrechtlicher Landbesitz gegeben war. So wird für 1285 berichtet, daß das Ratzeburger Domkapitel, dem ein Prämonstratenserabt vorstand, den Bauern des Dorfes Römnitz die Pachtverträge kündigte. Dabei wird betont, daß die "villani" an ihren Äckern keine "hereditas" hatten, also über kein Erbrecht verfügten.¹³ Nach Jahresfrist müssen die Bauern das Dorf räumen, hätten dann dort keinerlei Rechte mehr, sollten keine Klage gegen das Domkapitel führen und sich nicht erheben. Damit wird angedeutet, daß offenbar das Vorgehen des Kapitels Spannungen auslöste und mit Widerstand von seiten der Bauern gerechnet werden mußte, obwohl ihnen gewissermaßen Schadenersatz geleistet wurde. Schiedsrichter werden bestellt, die den Wert der Hofgebäude und der geleisteten Meliorationsarbeit abschätzen und in Geld auszahlen.

Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß außer Klöstern auch Städte in ihrer Umgebung liegende Dörfer mitunter aufkauften und anschließend ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechend verschiedentlich legten. So verkaufte 1275 Waldemar von Rostock der Stadt Rostock sein Dorf Nemezowe und gestattete, die dort befindlichen "hereditates" zu legen. Bemerkenswert ist hierbei auch, daß auf seiten der Bürger zumindest die Absicht bestand, sich über die existierenden erbrechtlichen Verbindlichkeiten hinwegzusetzen und die Bauern zu entfernen.¹⁴ 1293 verlieh Nikolaus von Werle der Stadt Güstrow das Eigentum am Dorf Thebbecin mit dem Recht, die Ansiedlung zu legen.¹⁵

Eine möglichst umfassende Klärung des Problemkomplexes "Entfernung von Bauern", vor allem von einheimischen slawischen Bevölkerungsgruppen, muß natürlich auch die eigentlichen feudalen Herrschaftsträger geistlicher

11 Ebenda, Nr. 30 (1149).

12 Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 1, Schwerin 1863, Nr. 454 (1236).

13 Urkunden und erzählende Quellen . . ., Nr. 78 (1285); vgl. Moldenhauer, Richard, Das Problem der "eictio" und "amotio" in Mecklenburg und die Bauernlegung in Römnitz im Jahre 1285, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Bd. 13, 1965, S. 12 ff.

14 Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 2, Schwerin 1864, Nr. 1381 (1275).

15 Ebenda, Bd. 4, Schwerin 1867, Nr. 2431 (1297).

und weltlicher Provenienz in die Betrachtung einbeziehen. So wird von Bischof Friedrich von Halberstadt, der entschieden für eine rasche Verbreitung des christlichen Glaubens unter den noch heidnischen Bewohnern seines Bistums eintrat, für das Jahr 1246 berichtet, daß jene Slawen, die sich der Bekehrung widersetzen und heidnisch bleiben wollten, durch deutsche "gläubige" Siedler ersetzt werden sollten.¹⁶ Um 1210 motiviert Markgraf Albrecht II. von Brandenburg die "machtvolle Vertreibung" von Slawen damit, daß sie heidnisch seien und eine Christianisierung ablehnen. An ihre Stelle sollen auch hier "gläubige Bauern" (coloni fideles) treten, die zudem die Forderung des vollen Ertragszehnten ermöglichten.¹⁷

Schließlich ist darauf zu verweisen, daß es auch unmittelbar durch herbeiziehende deutsche und niederländische Siedler zu einer Verdrängung slawischer Bauern kommen konnte. Beispiele dafür finden sich vor allem im Altsiedelraum westlich von Saale und Elbe. Im Vergleich zu den östlich der Elbe gelegenen Gegenden war hier der Landesausbau weiter fortgeschritten, und es existierten bereits zahlreiche deutsche und slawische Dörfer. Dafür ein Beispiel: Als Bischof Otto von Halberstadt im Jahre 1123 über Zehntleistungen verfügte, wurden "Sachsen" und Slawen erwähnt, die gemeinsam rodeten und von den urbar gemachten Landflächen Zehntabgaben entrichten sollten.¹⁸ Es wurde damit gerechnet, "daß die Slawen das schon früher bebaute Land verlassen, so wie es in dem slawischen Dorf Warwize vorgekommen ist". Eine "Notlage" könnte sie zwingen, wegzuziehen. "Sachsen" würden dann nachrücken, um das Land zu bebauen. Als sich 1221 Bischof Brunward von Schwerin mit Fürst Wizlaw von Rügen über Zehnten vergleicht, wird unter anderem von Slawen gesprochen, die "vor den Deutschen (Theutonici), die jetzt ihre Äcker bebauen, gewichen sind".¹⁹ Sie hatten sich im Gebiet Triebsees östlich von Rostock niedergelassen. Ein Teil der Slawen war aber offenbar geblieben und wohnte, wie es in der Urkunde heißt, "noch heute mit den Deutschen zusammen".

Überblicken wir unsere bisherigen Ausführungen, so kann resümierend folgendes festgestellt werden: Zunächst einmal ergibt sich, daß die Entfernung von Bauern an sich keine Besonderheit von Zisterzienserklöstern ist. Der Tatbestand der Verdrängung vor allem slawischer Bewohner ist auch anderweitig zu belegen und bei Benediktinern, Prämonstratensern ebenso wie bei geistlichen und weltlichen Feudalherren nachweisbar. Anders gesehen, nach den eigentlichen Ursachen gefragt, ist nun doch das von Zisterzienserklöstern verschiedentlich, keineswegs immer, im Interesse ihrer Eigenwirtschaft praktizierte sog. "Bauernlegen" ein gewisses Spezifikum, das sich in seinen Motiven von dem Verhalten anderer Mönchsorden und anderer feudaler Herrschaftsträger unterscheidet. Man wird hier das Problem der Verdrängung slawischer Bauern in die im hohen Mittelalter im Elbe-Saale-Raum und östlich davon sich vollziehende, auf die Etablierung grundherrschaftlicher Verhältnisse abzielende gesamtgesellschaftliche Entwicklung einbetten und einbeziehen müssen - ein Vorgang, der durch die deutschrechtliche Siedlungsbewegung maßgeblich beeinflußt und gefördert

16 Urkundenbuch des Hochstiftes Halberstadt und seiner Bischöfe, hg. v. Gerhard Schmidt, Bd. 2, Leipzig 1883, Nr. 765 (1246).

17 Urkunden und erzählende Quellen ..., Nr. 34 (1210).

18 Ebenda, Nr. 20 (1123).

19 Ebenda, Nr. 82 (1221).

wurde. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Erhebung des Zehnten, genauer gesagt, das Bemühen der Oberschichten geistlicher und weltlicher Provenienz, eine möglichst hohe Zehntabgabe zu erhalten. Der Zehnte wurde zwar von der slawischen Bevölkerung entrichtet, war aber, wie es in einer Schenkungsurkunde Heinrichs des Löwen vom Jahre 1171 für das Bistum Schwerin heißt, "sehr gering".²⁰ Diese "decima Slavorum" war fixiert und setzte sich folgendermaßen zusammen: 1 bis 3 Scheffel Getreide, 40 Bündel oder ein "Topf" Flachs, 12 Pfennige bzw. 1 "solidus" und 1 Huhn.²¹ Diese auch "biscopounizha", also Bischofszehnt, genannte Abgabe wurde in Mecklenburg von dem sog. slawischen "Haken" als Ackermaß²² entrichtet oder nach einer bestimmten Zahl Ochsen berechnet.²³ Anstelle dieser "slavico iure" zu zahlenden Abgabe erstrebten die Herren die volle Bezehntung der Ernte, also die Erhebung des sog. Ertragszehnten.²⁴ Welcher Wert auf solche Zehnteinkünfte gelegt wurde, verdeutlichen von Klöstern angelegte Zehntverzeichnisse²⁵ ebenso wie ausdrückliche Hinweise von zeitgenössischen Geschichtsschreibern (z. B. Helmold von Bosau in seiner Slawenchronik).²⁶ Freilich muß hierbei stets beachtet werden, daß es in frisch angelegten Rodungsdörfern kaum gelang, die Forderung nach dem vollen Ertragszehnten sofort durchzusetzen. Bekanntlich wurden jenen bäuerlichen Siedlern, denen Ödland zur Kultivierung überlassen wurde, zunächst einige, etwa 10 abgabenfreie Jahre eingeräumt mit der Maßgabe, Zins zu geben, wenn das unbar gemachte Land "Gewinn bringt".²⁷ Dann wurden auch Zehntabgaben erhoben - jedoch zunächst nicht der volle Ertragszehnte, sondern ein fixierter Neubruchszehnter. Vorsichtige Formu-

- 20 Die Urkunden Heinrichs des Löwen, Herzog von Sachsen und Bayern, hg. v. Karl Jordan, Weimar 1949, Nr. 41 (1158); vgl. auch Fritze, Wolfgang, Probleme der abodritischen Stammes- und Reichsverfassung und ihrer Entwicklung vom Stammesstaat zum Herrschaftsstaat, in: Siedlung und Verfassung der Slawen zwischen Elbe, Saale und Oder, hg. v. Herbert Ludat, Gießen 1960, S. 212 ff.
- 21 Vgl. Helmold von Bosau, Chronik der Slawen, in: Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 19, Berlin 1962 = Freiherr von Stein - Gedächtnisausgabe, Buch 1, Kap. 12, 14. - Dieses von Helmold schon für das 10. Jh. bezeugte "pontificale tributum" findet sich weitgehend unverändert in Urkunden des 12. und 13. Jh. Vgl. Die Urkunden Heinrichs des Löwen ..., Nr. 41 (1158), S. 60; Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 1, Nr. 375 (1230), S. 376; ebenda, Bd. 2, Nr. 738 (1254).
- 22 Die Urkunden Heinrichs des Löwen ..., Nr. 41 (1150), S. 60; Fritze, S. 212 f.
- 23 Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 2, Nr. 738 (1254).
- 24 Urkunden und erzählende Quellen ..., Nr. 6 (1154).
- 25 Vgl. Patze, Hans, Zur Geschichte des Pleißengaus im 12. Jahrhundert auf Grund eines Zehntverzeichnisses des Klosters Bosau (bei Zeitz) von 1181/1214, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Bd. 90, 1953, S. 78 ff.
- 26 Helmold von Bosau, Buch 1, Kap. 84.
- 27 Urkunden und erzählende Quellen ..., Nr. 7 (1160).

lierungen in den entsprechenden Urkunden über diesen Zehnten, der "eingehen kann",²⁸ "soweit sie (die Zehnten - S. E.) einkommen oder künftig einkommen werden"²⁹, lassen darauf schließen, daß man sich nicht sicher war, ob diese Abgaben auch wirklich geleistet wurden. Tatsächlich gab es Schwierigkeiten. Nur mit großer Mühe, so heißt es,³⁰ könne der Neubruchszehnte eingetrieben werden, und mitunter geriet wegen Zehntforderungen der ganze Ansiedlungsvorgang ins Stocken. So beschwerte sich Herzog Heinrich von Schlesien 1226 darüber, daß der Bischof von Breslau die zu Meliorationsarbeiten vom Herzog gewonnenen bäuerlichen Siedler mit Zehntabgaben belaste. Die Folge davon war, daß die Bauern in benachbarte Gebiete abwanderten und keine weiteren Rodungsarbeiten mehr verrichteten. Schließlich griff Papst Honorius III. ein, und man einigte sich, einen fixierten Geldzehnten zu erheben.³¹ Daß zuziehende bäuerliche Siedler eine ihnen übertragene Zehntpflicht grundsätzlich ablehnten, bezeugt Helmold von Bosau. Er berichtet, daß die nach Wagrien eingewanderten Holsten keinen Zehnten geben; "lieber wollten sie ihre Häuser mit eigenen Händen anzünden, als sich einer solchen Sklaverei zu unterwerfen". Sie wollten sogar den Bischof von Lübeck, den Grafen Adolf II. von Holstein und "alle Zugewanderten, die den rechtmäßigen Zehnt zahlten, umbringen".³²

Abschließend möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Wenn man von der Entfernung von Bauern durch Zisterzienser spricht, so darf man nicht außer acht lassen, daß dies eben nur für solche Klöster zutrifft, die Eigenwirtschaften betrieben bzw. an dieser Form der Nutzung klösterlicher Güter noch festhielten. Es läßt sich aber zeigen, daß im Untersuchungsgebiet bereits Jahrzehnte vor dem bekannten päpstlichen Privileg von 1208 die grauen Mönche von der Eigenwirtschaft zur "Zinsbauernwirtschaft", also zur Bebauung der klösterlichen Ländereien nicht durch Konversen, sondern vor allem durch abgabenpflichtige Hörige verschiedentlich übergingen bzw. schon übergegangen waren. So werden für das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg schon für 1174 ausdrücklich Deutsche, Slawen und Dänen genannt, die zur Ansiedlung veranlaßt werden sollten.³³

In diesem Zusammenhang noch kurz ein Wort zur Frage, inwieweit Zisterzienserklöster vor allem östlich der Elbe an der Ödlandkultivierung teilhatten. Bekanntlich wurden seit der letzten Jahrhundertwende entsprechende Aktivitäten sehr hoch eingeschätzt und oft auch übertrieben. Ich verweise hier nur auf die in der Forschung bis heute diskutierte Problematik hinsichtlich des Klosters Leubus. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen,

28 Ebenda, Nr. 40 (1145).

29 Ebenda, Nr. 56 (1228).

30 Ebenda, Nr. 46 (1183).

31 Codex diplomaticus Saxoniae regiae, II, 1, Nr. 100 (1226); vgl. Epperlein, Siegfried, Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 6, Berlin 1960, S. 148.

32 Helmold von Bosau, Buch 1, Kap. 92.

33 Ürkunden und erzählende Quellen ..., Nr. 71 (1174); vgl. Słownik Starożytności Słowiańskich, Bd. 1, T. 2, S. 331 f.

daß mein diese Frage erörternder Aufsatz, der 1967 publiziert³⁴ und auch in Polen veröffentlicht wurde³⁵, in erster Linie der erwähnten Überbewertung entgegengetreten wollte.³⁶ Es war keineswegs meine Absicht, den Zisterziensern jegliche zivilisatorische Aktivität abzusprechen und ihre beim Landesausbau tatsächlich vollbrachten Leistungen zu ignorieren.³⁷ Allein das bereits angeführte Kloster Dargun zeigt, in welchem Maße sich die grauen Mönche im ostelbischen Gebiet bei der Ödlandkultivierung betätigten, wie sie es ja zu Beginn des 12. Jh. in ihrem französischen Herkunftsland bereits getan hatten. Darauf weisen übrigens auch Bildquellen hin. So ist es m. E. sehr bemerkenswert, daß sich in einer Handschrift des Mutterklosters Cîteaux eine der in der hochmittelalterlichen Bildüberlieferung relativ seltenen Rodungsdarstellungen findet: Ein Mönch ist damit beschäftigt, mit der Axt einen Baum zu fällen.³⁸ Auch diese Initialornamentik ist sicherlich geeignet, dazu anzuregen, erneut über das Problem "Zisterzienser und Landesausbau" nachzudenken und die Relationen zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Topos und historischem Sachverhalt neu zu bestimmen.

- 34 Epperlein, Siegfried, Gründungsmythos deutscher Zisterzienserklöster westlich und östlich der Elbe im hohen Mittelalter und der Bericht des Leubuser Mönches im 14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte, 3/1967, S. 303 ff.; vgl. auch Koller, Heinrich, Vorwort, in: Frühes Mönchtum in Salzburg, hg. v. Eberhard Zwick = Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie "Salzburg Diskussionen", Nr. 4, Salzburg 1983, S. 17.
- 35 Epperlein, Siegfried, "Mit fundacyjny" niemieckich klasztorów cyster-skich a relacja mnicha lubiaskiego z XIV wieku, in: Przegląd Historyczny, 4/1967, S. 587 ff.
- 36 Vgl. jetzt auch Escher, Felix/Kürbis, Brygida, Zisterzienser und Lan-desherren östlich von Saale und Elbe, in: Die Zisterzienser. Ordensle-ben zwischen Ideal und Wirklichkeit, Aachen 1980, S. 105 ff.
- 37 Insofern kann ich mich der von Rösener, Werner, Grangienwirtschaft und Grundbesitzorganisation südwestdeutscher Zisterzienserklöster vom 12. bis 14. Jahrhundert, in: Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit, Ergänzungsbd., hg. v. Kaspar Elm unter Mitarb. v. Peter Joerißen, Köln 1982, S. 144, geübten Kritik in seinen sonst sehr anregenden Ausführungen nicht anschließen.
- 38 Vgl. Oursel, Charles, Miniatures Cisterciennes (1109 - 1134), Mâcon 1960, Tafel XXXI.

Siedlung und Herrschaft in Grenzgebieten der Mark und Pommerns seit der zweiten Hälfte des 12. bis zum Beginn des 14. Jh. am Beispiel der Uckermark

von Lieselott Enders

0. Vorbemerkung
1. Feudalexpansion als Voraussetzung des Landesausbaus
in der Uckermark
2. Aufgabe, Durchführung und Ergebnis der Siedlung
 - 2.1. Die am Siedlungswerk beteiligten Kräfte
 - 2.2. Die ländlichen Siedlungen
 - 2.3. Die Herrschaftsverhältnisse am Ende der Siedlungsperiode
 - 2.4. Die Kirchen- und Pfarrverhältnisse
 - 2.5. Der Einfluß der nichtbäuerlichen Siedlungen auf das
Siedlungsbild (Städte, Klöster, Burgen)
3. Zusammenfassung und Ergebnis
4. Anmerkungen⁺

0. V o r b e m e r k u n g

Im folgenden werden Methoden und Ergebnisse von Untersuchungen dargelegt, die eine Monographie zur Geschichte der Uckermark, einer historischen Landschaft im Nordosten der Kurmark Brandenburg, vorbereiten sollen. Arbeitsgrundlage ist das Historische Ortslexikon für Brandenburg, T. 8: Uckermark,¹ das die flächenhafte Erkundung eines gegebenen Raums mit rund 350 mittelalterlichen Orten ermöglicht und auf diese Weise hilft, die bisherigen Forschungsergebnisse² zu erweitern, zu präzisieren oder durch neue zu ersetzen. Als siedlungsgeschichtliche Quellen wurden ausgewertet:

- die einschlägigen Urkunden, andere schriftliche Zeugnisse, Karten und Pläne;
- die geographischen Gegebenheiten und die Bodengüte;
- die archäologischen Siedlungsrelikte der spätslawischen und frühdeutschen Zeit;
- die Siedlungsformen, vor allem die Dorfformen;
- die Ortsnamen und Flurnamen;
- die Familiennamen, vornehmlich die der Ritterschaft;
- die Feldsteinkirchen des 13. Jh.

Der mit Hilfe von Orts-, Personen- und Sachregistern aufbereitete Quellenstoff wurde, soweit möglich und nutzbringend, kartographisch dargestellt (s. Übersichtskarte als Beilage).³ Auf der Grundlage der Übersichtskarte zum Histori-

⁺ Die Anmerkungen befinden sich am Ende dieses Beitrages.

schen Ortslexikon der Uckermark im Maßstab 1 : 200 000 wurden 14 thematische Karten als Hilfsmittel entworfen:

- Bodengütekarte;
- Spätslawische Siedlungsrelikte des 12./13. Jh.;⁴
- Primärer Grundbesitz in der hochmittelalterlichen Siedlungsperiode;
- Grundherrschaft und Feudalbesitz zu Beginn des 14. Jh.;
- Ortsnamengebende Familiennamen und Herkunftsnamen;
- Ortsnamen, unterschieden nach:
 - a) deutschen, slawischen und slawisch-deutschen Mischnamen;
 - b) übertragenen und neugebildeten Namen, vor allem mit den Grundwörtern -dorf, -walde und -hagen;
- Dorfformen;⁵
- Feldmarkgröße nach der Hufenzahl, gestaffelt nach Zehnergruppen;
- Anzahl der Kossätenstellen pro Dorf, dgl. nach Zehnergruppen;
- Gewerbliche Anlagen des 13. und 14. Jh. (Mühlen, Krüge);
- Gemeinde- und Gerichtsverfassung der Dörfer;
- Anzahl der Pfarr- und Kirchenhufen pro Dorf;
- Feldsteinkirchen des 13. Jh. nach Typen.

1. Feudalexpansion als Voraussetzung des Landesausbaus in der Uckermark

Das Gebiet der späteren Uckermark, in slawischer Zeit von den Ukranen im Norden und Osten und von den Retschanen im Südwesten bewohnt, war wie alle noch unabhängigen lutizischen Stammesräume im Ergebnis des Wendenkreuzzuges von 1147 von den angrenzenden Feudalfürsten usurpiert worden: das Retschanenland von den Askaniern, die "provincia Ukra" von den pommerschen Fürsten zu Stettin; der in Demmin residierende Fürst aus dem Greifenhaus gliederte sich das Gebiet der Redarier, das spätere Land Stargard, an.⁶ Dem militärisch-politischen Akt der feudalen Expansion folgte der der Befriedung, Verwaltung, Christianisierung und Siedlung, folgten Burgen-, Städte- und Kirchenbau, in beiden einander benachbarten Herrschaftsgebieten mit ähnlichen Mitteln und Methoden, doch z. T. zu verschiedenen Zeiten. Während der pommersche Fürst von seiner gesicherten territorialen Basis her die Errichtung und Festigung seiner Herrschaft im unmittelbar angrenzenden Uckerland sofort beginnen konnte, mußte sich der Markgraf von Brandenburg diese Basis erst schaffen. In der Altmark tat er das durch den Ausbau seiner älteren Positionen, in Ostelbien seit der endgültigen Inbesitznahme der Burg Brandenburg im Jahre 1157 durch fortschreitende Herrschaftsbildung von Süden nach Norden unter noch gebotener Rücksichtnahme auf bereits vorhandene andere Feudalmächte, vor allem die Bistümer Brandenburg und Havelberg und die unabhängigen Adelherrschaften in der Prignitz und im Lande Ruppin.⁷

Quellenmäßig sind die fürstlichen Aktivitäten meist nur indirekt zu erfassen. Von pommerscher Seite wird die Mission vor allem der Klöster Stolpe an der Peene und Grobe auf Usedom an den seit den 60er Jahren des 12. Jh. nachweisbaren Kirchen in 3 zentralen Orten des Uckerlandes, Pasewalk, Prenzlau und Gramzow, sichtbar und an der Gründung eines Prämonstratenserstiftes um 1177/78 im uckerschen Kirchort Gramzow selbst.⁸ 1188 wird Prenzlau als Frühstadt mit Burg, Markt und Krug urkundlich erwähnt. Als Sitze pommerscher Kastellane überragen Pasewalk und Prenzlau bereits um diese Zeit vormals ukrainische Herrschaftssitze wie die im Oberuckersee und bei Drense.⁹

Die archäologisch ermittelten Siedlungsspuren der Ukranen bieten ein Bild relativ weitflächiger Ansiedlung, mit Konzentrationen an bestimmten, geographisch bedeutsamen Punkten. Allerdings gibt es keine flächendeckende Landesaufnahme, so daß mit Fundlücken zu rechnen ist.¹⁰ Eine Kartierung der jungslawischen Siedlungsrelikte, ergänzt durch die Markierung der slawischen Ortsnamen und der Flurnamen vom Typ "Wenddorf", "Wendemark" u. ä. sowie "Dorfstelle", läßt die Bevorzugung der Uckerrinne, Seen und Fließe erkennen, aber

auch die Bedeutung von Altwegen, Pässen und Inseln für Handel und Wandel, Herrschaft und Schutz eines sich sozial differenzierenden Stammes, dessen Oberschicht vermutlich, wenigstens z. T., bald nach dem Wendenkreuzzug dem Herzog von Pommern huldigte, um sich ihren Anteil an der lokalen Herrschaft zu sichern. Die Pommern haben jedoch schon ihrerseits "kolonisiert", mit pommerischen Edlen und Bauern Siedlung betrieben und ihre Herrschaft südlich des Uckerlandes gefestigt, u. a. in der "terra Lipana" nördlich von Finow und Oder.¹¹ Unter pommerischem Einfluß wird sich auch im Uckerland die seit der 2. Hälfte des 12. Jh. nachweisbare Veränderung der slawischen Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsstruktur auf dem Lande zugunsten einer höheren Agrarproduktion ausgewirkt haben.¹²

Das Siedlungsbild des Retschanenlandes zeigt eine wesentlich dünnere Ausbreitung des wahrscheinlich auch zahlenmäßig kleineren Stammes der "Flußbewohner", die Gewässernähe bevorzugten und nur wenige Herrschaftssitze hinterließen. Von benachbarten slawischen Stämmen waren sie durch große Waldgebiete getrennt, im Osten durch den sog. Uckerschen Wald, im Süden durch die Große Werbellinsche Heide (Liebenwalder und Zehdenicker Forst); ihre West- und Nordbegrenzung ist ungewiß.

Während die pommerischen Fürsten, gemäß ihrem klugen Versprechen von 1148 in Havelberg,¹³ aktive Missionspolitik betrieben, haben die Markgrafen durch ihre Vasallen in erster Linie die weltliche Macht errichten und festigen lassen. Burgen, zunächst auf slawischen Burgwällen, später gemäß der politischen Zielrichtung ganz neu angelegt, sicherten die askanischen Positionen im Retschanenland, nach innen wie nach außen. Der Vorstoß Markgraf Ottos II. am Ende des 12. Jh. über das Gebiet hinaus zur Oder führte um 1211 zum Bau der Burg Oderberg und sicherte damit den eroberten Raum nördlich der Finow und ihrer Mündung in die Oder.¹⁴

Immerhin müssen sich im Retschanenland um diese Zeit die Verhältnisse soweit stabilisiert haben, daß Markgraf Albrecht II. 1209/10 unter Verwendung des Bischofszehnten ein exemptes Kollegiatstift als geistlichen Mittelpunkt eines "nicht geringen Landesteils" seiner Herrschaft planen konnte, wozu der Papst offenbar die erbetene Zustimmung gab.¹⁵ Die versprochene Christianisierung des namentlich nicht näher bezeichneten Gebietes - es hatte noch keinen Namen muß aber mit dem Retschanenland identisch sein -, dürfte nicht erst jetzt begonnen haben; auch Siedler aus dem westlichen Altsiedelgebiet dürften schon ins Land gekommen sein. Sonst könnte zweieinhalb Jahrzehnte danach, 1234, Bischof Gernand von Brandenburg seine massive Beschwerde beim Papst über die Markgrafen wegen Vorenthaltung des Zehnten unter dem Vorwand der Heidenbekehrung nicht auf die Behauptung stützen, das ganze Gebiet wäre längst christlich, zudem umfasse es seine halbe Diözese. Inzwischen war allerdings, seit etwa 1230, zu der 1209/10 gemeinten "terrae non modica pars" das Gebiet des später so genannten Barnim zwischen Oberhavel, Spree und Oder, mit Ausnahme des wettinischen Südostens, zum markgräflichen Hoheitsgebiet hinzugekommen. Hier hatten, außer den Askaniern im nordwestlichen Teil und den Wettinern im Südosten, magdeburgische Ritter vom Teltow her nach Norden vordringend gesiedelt.¹⁶

Mit der Abtretung des Barnim durch die Pommern und dem Kauf des Uckerlandes südlich der Welse um 1230 hatten die Askanier einen weiteren, nunmehr diplomatisch eingefädelten Einbruch in pommerisches Hoheitsgebiet erzielt. Der dadurch erweiterte Besitzstand um Oderberg ermöglichte die - 1231 Prämonstratensern übertragene - Umwandlung des Marienhospitals zu Barsdin bei Oderberg in ein Stift namens Gottesstadt.¹⁷ Mit dem Erwerb des pommerischen Landes Stargard 1236 schoben sie ihre Stellung vom Retschanenland aus weit nach Norden vor; mit dem Erwerb des Uckerlandes nördlich der Welse im Jahre 1250 kamen sie bis in die Nähe des Oderhaffs.¹⁸ Die politischen Grenzen wurden neu festgelegt; die der Bistümer Brandenburg und Kammin verharren auf dem derzeitigen Stand. Ihre gemeinsame Grenze durchschnitt die politisch nunmehr völlig zur Mark gehörige Uckermark von Feldberg im Norden an nach

Südosten hin bis gegen Ringenwalde und dann entlang der Welse bis zu deren Mündung in die Oder bei Schwedt.¹⁹ Um diese Zeit waren der hochmittelalterliche Siedlungsprozeß, die Erweiterung und Verlegung alter sowie die Gründung neuer Dörfer, die Stadtentstehung und die Pfarrorganisation bereits weitgehend abgeschlossen. Das ist im folgenden nachzuweisen.

2. Aufgabe, Durchführung und Ergebnis der Siedlung

2.1. Die am Siedlungswerk beteiligten Kräfte

2.1.1. Bleiben wir zunächst noch beim Stand um die Mitte des 13. Jh. Als Missionskloster hatte Gramzow seine Funktion erfüllt; es war nunmehr ein Chorherrenstift mit einer angemessenen Grundherrschaft. Die Gründung weiterer Klöster (in Pommern schon im 12. Jh. in größerer Anzahl erfolgt),²⁰ verbunden mit einem frühen Zustrom deutscher und dänischer Ritter und Bauern, setzte einen bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstand voraus. Im aufblühenden Prenzlau ließen sich noch unter pommerscher Herrschaft Maria-Magdalenerinnen und Franziskaner nieder; ebenfalls noch in pommerscher Zeit entstand das Zisterzienserinnenkloster Seehausen zwischen Ober- und Unteruckersee und beim askanischen Burgort Zehdenick um 1250 das gleichnamige Schwesterkloster.²¹ Die Existenz der Nonnenkonvente, die vor allem der Aufnahme unverheirateter Töchter des Adels und reicher Bürger dienten, indiziert also einen gewissen Lebens- und Sozialstandard im Territorium, der einerseits deren standesgemäße Versorgung erforderte, andererseits die dementsprechende Ausstattung ermöglichte. Die durch die erste askanische Landesteilung von 1258 bedingte Gründung eines Hausklosters für die johanneische Linie geschah in dem neuen Vorzugsgebiet dieser Fürsten, in der Uckermark, wo Johann I. nunmehr allein über ein größeres eigenes Territorium verfügte.²² Mußten die Markgrafen sonst überall in neuerworbenen Gebieten mit bereits ansässigen Grundherren oder herrschaftlicher Konkurrenz rechnen, so fielen die den Slawen abgenommenen Gebiete, soweit sie markgräflich wurden, vor allem das Retschenland, ohne diese Hypothek an sie. Hierin glichen sie den pommerschen Fürsten. Die "Rechtsgrundlage" bildete, wie bei allen anderen Herrschaftsbildungen im Slawenland nach 1147, die Kreuzzugsverheißung.²³

Diese allgemeine Feststellung wird konkret durch die Analyse der die Uckermark betreffenden urkundlichen Überlieferung erhärtet: Alle Rechtstitel landesherrlicher Schenkungen, Verkäufe und Verleihungen während des gesamten 13. Jh. und bis zum Ende der Askanierzeit im Jahre 1320 bestätigen inhaltlich ausdrücklich, daß die landesherrliche Vergabe aus erster Hand erfolgte.²⁴ Die kartographische Darstellung sämtlicher direkter oder durch Rückschreibung ermittelter Rechtsakte zeigt die Übereinstimmung der vormals askanischen und pommerschen Hohheitsgebiete mit der Fläche des landesherrlichen Grundeigentums, der grundherrlichen, eigenkirchlichen und Gerichtshoheit. Die vergleichsweise dünnere Überlieferung pommerscher Urkunden dieser Art mit Bezug auf die Uckermark wird durch markgräfliche Beurkundungen nach 1250 im nördlichen Uckerland ergänzt: Durch die Abtretung des pommerschen Gebietes an die Mark übernahmen die Markgrafen ungeschmälert die pommerschen Herzogsrechte am Grund und Boden, soweit sie um diese Zeit noch bestanden. Sie konnten aus erster Hand nur veräußern, was vorher die Herzöge besessen hatten. Der spätere Ausverkauf landesherrlicher und grundherrlicher Rechte des Landesherrn mußte sich im Uckerland besonders stark auswirken: Zu der reichen Ausstattung der geistlichen Institutionen kam hier auch die massenhafte Veräußerung an weltliche Stände, Städte, Bürger, vor allem aber an den Adel.

2.1.1.2. Ursprünglich war der Adel einer der Hauptträger der Siedlung. Der Anteil der Klöster und Stifte war im Vergleich dazu auf dem Boden der Uckermark gering. Aktive Siedlungspolitik des frühen Prämonstratenserstiftes Gramzow ist direkt nicht nachweisbar; wahrscheinlich verdankt der nur als Flurname überlieferte Ort Ratzeburg im Gramzower Forst dem Stift seine Entstehung.²⁵ Die jüngeren Klöster wurden durchweg mit bereits bestehenden Orten oder Teilen davon dotiert. Neugründungen, außer Grangien wie Neuhof bei Seehausen, sind nicht bekannt, möglich jedoch im Falle des Zehdenicker Klosterdorfes Klosterwalde bei Templin. Nur das Zisterzienserkloster Walkenried im Harz wurde zur aktiven Siedlung im märkisch-pommerschen Grenzbereich herangezogen: 1236 erhielt es von den Markgrafen den Kölpinsee und 100 Hufen Land, 1239 vom pommerschen Herzog 108 Hufen in einiger Entfernung davon, Land für zwei 50-Hufen-Dörfer mit je 4 Pfarrhufen.²⁶ 1236 errichteten Mönche vermutlich den Klosterhof Kölpin am Nordufer des Sees, den später, mit 20 Hufen Land versehen, Viktoriner aus Gobelenhagen (Jasenitz) besaßen, und gründeten die Parochie Petersdorf (50 Dorf-, 4 Pfarrhufen) samt ihrem Filial Lebuske (30 Hufen).²⁷ Als Lokatoren im pommerschen Gebiet warb Walkenried geeignete und wohl auch des Landes schon kundige Ritter, die mit ihren Herkunftsnamen aus dem Nordharzvorland wahrscheinlich die Dörfer Haßleben und Kaakstedt gründeten.²⁸

Damit erschöpft sich bereits die Rolle geistlicher Orden beim Aufbau neuer Siedlungen im Gebiet der Uckermark. Ihr Einfluß auf die Veränderung des Siedlungs- und Wirtschaftsgefüges in der zweiten Hälfte des 13. Jh. wird später noch erörtert werden. Die Motivation für ihre Wirtschaftsweise, der rapide steigende Getreidebedarf und der Anschluß an Zentren des Getreideexports, ist bereits in seinen Anfangsstadien einer der Hauptgründe für den Landesausbau im Hochmittelalter überhaupt und für die ostelbische Landnahme seit der zweiten Hälfte des 12. Jh. insbesondere. Infolge der anhaltenden bzw. steigenden Konjunktur wurden alle Landstriche erfaßt, alle Böden, unabhängig von ihrer Güte, kultiviert, um am Markt teilzuhaben. Im Gebiet der Uckermark waren die geographischen Voraussetzungen dafür sehr verschieden. Zeichnete sich das schon am Siedlungsbild der einheimischen slawischen Bevölkerung ab, wiewohl sie sich den landschaftlichen Gegebenheiten stärker anpaßte als die Kolonisten und erst in jüngerer Zeit zu roden begann,²⁹ so läßt der rückläufige Siedlungsprozeß des 14./15. Jh. vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich erkennen, welche Böden auf Dauer ertragsarm waren. Die besten Böden befanden sich auf den Hochflächen der Grundmoränen westlich und östlich der Uckerrinne im Ukranenland und südlich der Welse in den Gebieten zwischen Angermünde und Schwedt sowie um den Parsteinsee. Die landwirtschaftlich unergiebigsten Böden, Sander vor den Endmoränenzügen, die wie die Bistumsgrenzen die Uckermark in nordwestlich-südöstlicher Richtung durchqueren, lagen um Templin und Lychen.³⁰

Die kartographische Darstellung der Bodengüte nach der um 1700 festgelegten Steuerklasse für jede Ortschaft bzw. nach der Bodengüteklasse der Rittergüter und Vorwerke von 1756/57 aufgrund der Aussaatmenge³¹ bestätigt die geomorphologische Kurzcharakteristik: Westlich der Zehdenicker Havel (im alten Land Löwenberg) waren die Dörfer um 1700 in die höheren Steuerklassen eingestuft; östlich der Havel erstreckte sich von Zehdenick und Fürstenberg an das geschlossene, nur an wenigen Stellen durchbrochene Gebiet ertragsarmer Böden über den alten Kreis Templin, dessen Ostteil zusammen mit dem Westen der Kreise Prenzlau und Angermünde eine Übergangszone darstellte, während die überwiegende Mehrzahl der Orte im Nordosten und Südosten der Uckermark den höchsten Steuersatz zahlte. Auf den Sanderböden stockte der Wald. Nicht zufällig bildeten die hochmittelalterlichen Rodungsdörfer in großer Zahl ihre Ortsnamen mit den Grundwörtern -walde und -hagen. Sie ballten sich in der Mitte der Uckermark, wo offenbar das ganze Waldgebiet für Rodung und Siedlung freigegeben war, während die Große Werbellinsche Heide als markgräfliches Jagdrevier unberührt blieb.

Die wohl unbestrittene Initiative der Territorialfürsten, die allerorten mit Hilfe der mehr und mehr planmäßigen Siedlungspolitik ihre Territorien ausweiteten, festigten und überhaupt erst zu Flächenstaaten werden ließen, dadurch ihr Eigengut ungemein vermehrten und neue Einnahmequellen zur Deckung der Hof- und Staatskosten erschlossen, bedurfte ausführender Kräfte, Unternehmer und Siedler. Hierfür gibt es aus anderen Landschaften zahlreiche Beispiele.³² Doch lassen sich nicht einfach durch Analogieschlüsse Aussagen treffen, ohne sie mit historischen Zeugnissen aus dem Untersuchungsgebiet selbst zu verifizieren.

Gründungsurkunden für dörfliche Niederlassungen fehlen. Bekannt sind nur die allgemeineren Startzeichen, z. B. Albrechts des Bären und pommerscher Fürsten.³³ Den Rechtsvorgang wird man sich jedoch ähnlich vorstellen können, wie er sich in den Stadtrechtsverleihungsurkunden niederschlägt, z. B. die des Herzogs von Pommern für Prenzlau 1234/35, die der Markgrafen von Brandenburg für Lychen 1248. Als Aufwandsentschädigung erhielten die bürgerlichen Lokatoren Prenzlau wie auch die Brüder von Parwenitz in Lychen lehnsweise Hufenland sowie grund- und gerichtsherrliche Rechte, d. h. das Schulzengericht.³⁴

Wenn auch nur wenige Urkunden auf Herrschafts- und Siedlungsbeginn direkt Bezug nehmen, so geben doch alle Dokumente, die Personen, Orte und Ereignisse in der Uckermark betreffen, in ihrer Gesamtheit Aufschluß. Aus der Zeit vor 1250 wurden 35 Familiennamen uckermärkischer Ritter und z. T. auch Bürger, vor allem als Zeugen und Empfänger, seltener als Aussteller von Urkunden, ermittelt, von denen 9 bis 1250 (oder darüber hinaus) nur in pommerschen Urkunden vorkommen, 15 desgleichen nur in brandenburgischen und 11 sowohl in brandenburgischen als auch in pommerschen (5: v. Bertikow, v. Boitzenburg, v. Hindenburg, v. Oderberg, v. Schwaneberg gleichzeitig; 6 getrennt, d. h. bis 1250 in pommerschen, danach in brandenburgischen Diensten: v. Blankenburg, v. Bröllin, v. Greiffenberg, v. Jagow, v. Sperrenwalde, bzw. umgekehrt: v. Eickstedt).

Von den 9 pommerschen Zeugen trugen mit Sicherheit von Ortsnamen des Herkunftsgebietes abgeleitete Familiennamen die v. Falkenrehde, v. Innsleve,³⁵ v. Schwanebeck und ggf. auch v. Schönwalde, von uckermärkischen Ortsnamen abgeleitete Familiennamen die v. Basedow, v. Drense, v. Dochow und v. Naugarten. Von den 15 nur in brandenburgischen Urkunden vor 1250 und danach auftretenden Zeugen dürften auf Grund ihrer Familiennamen als Lokatoren und Ortsnamengeber gelten: v. Belling, Flemingus, v. Kaakstedt, v. Krüge (zu Krugsdorf), v. Stegelitz, v. Stendal, v. Stolzenhagen, vielleicht auch v. Kerkow, v. Sathen, v. Storkow und v. Tornow. Innerhalb der dritten Gruppe von Familiennamen, deren Träger sowohl in pommerschem wie in brandenburgischem Gefolge erschienen, kann bei v. Blankenburg, v. Boitzenburg, v. Eickstedt, v. Hindenburg und v. Schwaneberg die Herleitung ihrer Familiennamen vom Herkunftsort und die dementsprechende Ortsnamengebung in der Uckermark als sicher gelten, während die v. Bröllin, v. Greiffenberg, v. Jagow, v. Oderberg und v. Sperrenwalde sich nach dem in der Uckermark vorgefundenen oder von ihnen bestimmten Ortsnamen benannten. Der Name v. Bertikow läßt beide Schlüsse zu.

In der Zeit zwischen 1250 und 1320, d. h. der askanischen Herrschaft über die ganze Uckermark, traten weitere 47 Familiennamen in Erscheinung, die ebenfalls noch der Gründergeneration angehören können bzw. deren Nachfahren sind, während von 1320 an, mit dem Erlöschen des askanischen Hauses und den mecklenburgischen und pommerschen Aneignungsversuchen, auch die bis dahin schon deutlich erkennbare Zusammensetzung einer uckermärkischen Ritterschaft vor allem von Pommern her verändert wird.³⁶ Von den 6 pommerschen Zeugen trugen 4 mit Sicherheit uckermärkische Herkunftsnamen, so die milites v. Bagemühl und v. Cremzow sowie die Stettiner Bürger Schönwerder und Angermünde. Von den 3 sowohl in brandenburgischen wie in pommerschen Urkunden

testierenden Rittern, v. Oldenflieth, v. Güstow und v. Zabelsdorf, leiteten die letzten beiden ihre Familiennamen von uckermärkischen Dörfern ab. Ausschließlich in brandenburgischen Urkunden testierten 38 (davon 11 für ausstellende Klöster oder Ritter). Dem Ableitungsschema Ortsname (Herkunftsgebiet) → Familienname → Ortsname (Neusiedlung) entsprechen die Namen v. Arendsee, v. Bentz, v. Buchholz, v. Ellingen, v. Hohenwarte, v. Holzendorf, v. Kannenburg, v. Kröchlendorf, v. Steinhöfel und v. Wichmannsdorf. Als Besitzer der gleichnamigen Orte in der Uckermark sind aber nur die v. Bentz, v. Holzendorf und v. Wichmannsdorf urkundlich bezeugt. Daher ist bei den anderen auch das Abfolgeschema Ortsname → Ortsname → Familienname möglich. Von uckermärkischen Ortsnamen hergeleitete Familiennamen sind wohl: v. Bergholz, v. Beutel, v. Biesenbrow, v. Blindow, v. Fahrenholz, v. Fredenwalde, v. Grünow, v. Günterberg, v. Hohenwalde, v. Klepelschagen, v. Lüdersdorf, v. Neuendorf, v. Schmargendorf, v. Serwitz, v. Sternhagen und v. Zerrenthin.

Diese Erfassung der in den Urkunden des 13. und frühen 14. Jh. vorkommenden Personen überwiegend ritterlichen Standes, ihre Ordnung nach zeitlichen Gesichtspunkten (vor 1250 und nach 1250 erstmals erwähnt), nach dem Auftreten im Gefolge oder als Partner eines der beiden oder beider Fürstenthümer (in Brandenburg und Pommern), der Versuch zur Deutung ihrer Familiennamen (FN) im Verhältnis zu den uckermärkischen Ortsnamen (ON) des Mittelalters im Sinne der Ortsnamengebung (Schema ON → FN → ON bzw. FN → ON) oder der Ableitung der Familiennamen von vorgefundenen, übertragenen oder neugebildeten Ortsnamen (Schema ON → FN bzw. ON → ON → FN) sowie die Kartierung dieses Befundes ergeben folgendes Bild:

Bis 1250 liegt der (urkundlich nachweisbare) Schwerpunkt im pommerschen Uckerland: 8 Ritterfamilien mit Familiennamen ihrer Herkunftsorte bzw. Stammburgen haben im südlichen Teil der Provinz Burgen, Burgorte und Dörfer neugegründet und nach sich benannt; 6 von 8 Namen sind deutsch, 2 slawische aus dem westelbischen Gebiet übertragen, alle Familien sind mit großer Sicherheit deutscher Herkunft. 8 weitere Ritterfamilien nennen sich nach uckermärkischen Orten, davon 6 mit slawischen Ortsnamen, alle bis auf Greiffenberg im nördlichen Uckerland gelegen. Der Adel knüpfte außer bei Greiffenberg und Sperrenwalde an slawische Orte und Burgen an (mit Sicherheit in Naugarten, Jagow und Drense); es ist mit einem hohen Anteil pommerscher bzw. ukrainischer Herkunft zu rechnen. Ein Teil von ihnen ist wohl auch als Lokator anzusprechen, mit Sicherheit Frowinus von Drense.³⁷ Demgegenüber treten die vergleichbaren Adelsgründungen bzw. Sitze Einheimischer im askanischen Herrschaftsgebiet fast völlig zurück.

In der Zeit von 1250 an liegt der Schwerpunkt wiederum im Bereich des vormaligen pommerschen, nunmehr märkischen Uckerlandes: Mit Sicherheit sind 3 weitere Ritterfamilien mit ihren Herkunftsnamen ortsnamengebend, ggf. noch 7 andere. 16 oder 17 Ritter nennen sich nach uckermärkischen Orten (5 bzw. 6 mit deutschen, 11 mit slawischen Ortsnamen). Auch von ihnen wird noch ein Teil als Lokator anzusprechen sein. Ähnliche Erscheinungen im Südwesten und Südosten der Uckermark sind im Vergleich auch zu diesen Zahlen wesentlich seltener. Dagegen fällt auf, daß knapp 70 % aller mit Vornamen gebildeten Ortsnamen vom Grundworttyp -dorf (30 von 43) in diesen Bereichen der Uckermark liegen und, sofern nicht übertragen, den Lokatornamen enthalten. Über die ethnische Zugehörigkeit wird noch zu sprechen sein.

Ohne dem Jahr 1250 übermäßige Bedeutung beimessen zu wollen, läßt die getrennte Auflistung und Deutung der Familiennamen gleichwohl eine ältere, namengebende und eine - slawisch gesehen - jüngere Schicht erkennen, die sich schon nach den vorgefundenen oder neugegründeten Orten der Uckermark nannte.³⁸

Weiteren Aufschluß ergibt die Differenzierung nach der Häufigkeit des Vorkommens der jeweiligen Familiennamen in schriftlichen Zeugnissen. Spielt hier der

Zufall mit, dann trifft er alle Geschlechter. Doch kann es kein Zufall sein, wenn immer wieder die gleichen Namen über längere Zeit hin, oft in derselben Reihenfolge als Zeugen genannt werden. Nachdem alle in der Zeit von 1200 bis 1320 erwähnten 80 Namen tabellarisch nach ihrem zeitlichen Vorkommen erfaßt waren, reduzierte sich die Anzahl der deutlich Herausragenden für das ganze Gebiet der Uckermark auf 9 Adelsfamilien, d. h. auf 11 %. Es sind im 13. Jh. die v. Bentz, v. Blankenburg, v. Boitzenburg, v. Greiffenberg, v. Kerkow, v. Kochstedt (Kaakstedt), v. Stegelitz, v. Tornow und v. Wustrow. Als Zeugen fürstlicher Innenpolitik jeweils "vor Ort" dürften aber primär nicht zufällig anwesende, unbedeutende Ritter fungiert haben, sondern Leute von Rang und Namen. Sie hatten sich entweder im markgräflichen Dienst hochgearbeitet oder waren bereits angesehene Persönlichkeiten, als sie sich an den markgräflichen Hof begaben. Die Mitwirkung des Adels bei herzoglich-pommerschen Rechts- und Regierungsgeschäften kam sicher nicht anders zustande.³⁹ Es erscheint gerechtfertigt, in diesen 9 Familien auch besonders aktive Kräfte des so wichtigen Siedlungswerkes zu sehen, und zwar nicht nur als namengebende Lokatoren (die ersten 7), sondern als Unternehmer größeren Stils, in beiden Territorien.

Nun lassen sich von allen genannten Geschlechtern, deren Familiennamen mit Ortsnamen in der Uckermark identisch sind, einschließlich der soeben herausgehobenen 9, für die frühe Zeit des 13. Jh. nur 3 ermitteln, die diese Orte tatsächlich auch selbst besaßen oder darin Wohnsitze hatten. Das sind in der Reihenfolge ihrer Ersterwähnung zusammen mit den gleichnamigen Orten: v. Greiffenberg (1261), v. Blankenburg (1267) und v. Stegelitz (1269).⁴⁰ Diese 3 waren im Süden des pommerschen Uckerlandes ansässig, die v. Greiffenberg und v. Blankenburg nördlich der Welse, östlich der Uckerrinne, die v. Stegelitz westlich davon im Uckerschen Wald. Nördlich von ihnen ließen sich die v. Bentz nieder, ein ebenfalls bedeutendes Geschlecht der Frühzeit, das seit 1250 in ununterbrochener Folge am markgräflichen Hof agierte und in der Uckermark früh zahlreichen Grundbesitz erwarb.⁴¹ Doch tritt es hinter den anderen 3, wie gleich zu erkennen sein wird, zurück.

Die v. Greiffenberg, v. Blankenburg und v. Stegelitz schufen im pommerschen Uckerland bemerkenswerte Verhältnisse, die seit dem zweiten Drittel des 13. Jh. deutlich werden und sie ganz wesentlich von der übrigen Ritterschaft abheben: Alle 3 hatten gleichnamige Burgen oder Rittersitze. Die v. Greiffenberg und v. Stegelitz gründeten Städte.⁴² Die v. Greiffenberg stifteten ein Hospital, die v. Stegelitz das Kloster Marienpforte.⁴³ Die v. Blankenburg müßten zugegen gewesen sein, als Bischof Wilhelm von Kammin im Jahre 1250 auf Blankenburg einen Ablaßbrief zugunsten des Neubaus von Kloster Seehausen ausfertigen ließ.⁴⁴ Der Stifter des Klosters ist nicht überliefert; Ausstellungsort und die Tatsache, daß die v. Blankenburg in der folgenden Zeit das Kloster wiederholt dotierten, läßt mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß sie es gründeten, so wie vordem wohl schon das Dorf Seehausen. Die v. Greiffenberg und v. Stegelitz verfügten über Mühlen (1261, 1269), v. Stegelitz ebenfalls urkundlich bezeugt über Kirchen (1269).⁴⁵ Doch ist die Handhabung des Eigenkirchenrechts durch alle 3 Familien anzunehmen; denn die Kirchen in Blankenburg, Greiffenberg, Stegelitz und Fredenwalde (auch im Besitz der v. Stegelitz) sind - ganz singular in der Uckermark - mit der doppelten Pfarrhufenzahl ausgestattet, "ad duas missas".⁴⁶ Für die v. Greiffenberg und v. Stegelitz sind wiederholt Afterlehnleute erwiesen,⁴⁷ Ritter und Knappen, also ein Gefolge, daß ihre Position zusätzlich dynastenähnlich überhöhte. Das Selbstbewußtsein eines edelfreien, vom Landesherrn sich unabhängig fühlenden Adligen vermittelt die Urkunde zur Ausstattung des Klosters Marienpforte durch seinen Stifter Heinrich v. Stegelitz: Er nannte sich "Ritter von Gottes Gnaden".⁴⁸ Die schlichtere Bezeichnung der übrigen als "domini" darf nicht täuschen, denn ebendieses Prädikat gaben sich lange Zeit die Herzöge von Pommern und die Fürsten von Mecklenburg in Urkunden, gelegentlich auch die Askanier. In Erkenntnis des realen Sachverhalts klassifizierte das Kloster Chorin in der Ur-

Ein genauerer Zeitpunkt für die Herausbildung dieser 3 Adelsherrschaften im pommerschen Uckerland ist urkundlich nicht nachweisbar. Doch dürfte eine Voraussetzung dafür die Zeit der pommerschen Regierungsvakanz 1220/30 gewesen sein, eine weitere die Erneuerung der askanischen Lehnsoberhoheit über Pommern im Jahre 1231. Dadurch bildeten sich reichsrechtliche Beziehungen zwischen beiden Territorien heraus und eine stärkere Verflechtung auf der Ebene der Ritterschaft, die auch das Wirken einer Mehrzahl von Familien, unabhängig von ihrem Sitz in der Uckermark, an beiden Fürstenhöfen ermöglichte. Die erfahrensten, reichsten und tüchtigsten unter ihnen stiegen zu einer Ranghöhe auf, die ihnen sowohl die Achtung des einheimischen Adels eintrug als auch die Wertschätzung der Landesherren. Diese bedienten sich gern ihrer vielseitigen Dienste, ohne ihre eigenen Positionen, vor allem im Grenzbereich, preiszugeben. Während die Lokatoren im Retschanenland als Ministerialen des Markgrafen danach strebten, im Dienste ihres Herrn in den Ritterstand aufzusteigen, waren die deutschen Siedlungsunternehmer im pommerschen Uckerland nicht a priori als herzogliche Vasallen und Ministerialen zu betrachten, sondern als auswärtige, z. T. schon namhafte Ritter, die wie die bäuerlichen Einwanderer von Anfang an größere Rechte genossen. Gleich einer Reihe von Adligen in Vor- und Hinterpommern gelang es auch Rittern im Uckerland, grundherrliche Besitzrechte in Eigentum umzuwandeln.⁵⁰

Als die pommersche Uckermark nördlich der Welse 1250 auch noch an Brandenburg fiel, erkannten die Markgrafen zunächst die bestehenden Verhältnisse an, um selbst anerkannt zu werden. So bestätigten sie der wichtigen Stadt Prenzlau umgehend deren Privilegien und fügten neue hinzu.⁵¹ Nach der Landesteilung von 1258 stiftete Markgraf Johann sein Hauskloster Mariensee (Chorin) und stattete es aus. In dieser Konstellation verlieh Heinrich v. Stegelitz 1259 seiner Stadt Brüssow das Prenzlauer Stadtrecht. Nach dem Vorbild der Edlen von Arnstein, vielleicht auch des Ritters Reinbern v. Stoven⁵² und nicht zuletzt vermutlich im Bestreben, es dem v. Blankenburg gleichzutun, stiftete er in der Zeit des askanischen Regierungswechsels 1266/67 sein Hauskloster Marienpforte, das er 1269 dotierte. Aber während Markgraf Johann I. 1250 die zuvor geschehene, wahrscheinlich v. Blankenburgsche Klostergründung Seehausen noch akzeptierte, zumal sie den Schutz des Bischofs von Kammin genoß, duldeten die Nachfolger Johanns das selbstherrliche Vorgehen Heinrichs v. Stegelitz nicht mehr. Sein halbherziges Auflassungsangebot vor dem "domino marchioni", auf dem vermutlich der vorsichtige Klosterpropst bestand, wurde offenbar nicht gebilligt, sofern sich der Konvent nicht selber aufgelöst hatte.⁵³ Vom Kloster Marienpforte fehlt seitdem jede Nachricht. Die Markgrafen nutzten die Gelegenheit, sich dem uckermärkischen Adel als Landesherren bewußt zu machen. Sie gründeten dann ihrerseits, da in dieser reichen Gegend sichtlich Bedarf vorlag, auf ihrem Grund und Boden in Boitzenburg ein Zisterzienserinnenkloster, daß sie 1271 ausstatteten.⁵⁴

Wieweit sich die Markgrafen bis zum Ende des 13. Jh. auch als Lehnsherren gegenüber dem Adel einschließlich der 3 Geschlechter durchsetzten, wird noch zu zeigen sein. Im übrigen aber müssen sie deren Ansehen innerhalb des Ritterstandes der Uckermark auch erkannt und für sich zu nutzen verstanden haben, denn Angehörige dieser Familien bekleideten fortlaufend hervorragende Ämter. Sie konnten überdies zunehmend ihren Grundbesitz erweitern und waren auch während des ganzen 14. Jh. noch die vornehmsten Vertreter ihres Standes: Das Landbuch von 1375 nennt als die 4 Nobiles der Uckermark die v. Greiffenberg, v. Blankenburg und v. Stegelitz; nur an die Stelle der v. Bentz waren die inzwischen aufgestiegenen Ritter v. Holzendorf getreten.⁵⁵ Alle anderen von Adel rangierten als Ritter und Knappen. Nur eine eigenständige Macht mußten die Ankanier auch in der Uckermark respektieren, nämlich den Bischof von Kammin, nicht nur als geistliches Oberhaupt im vormaligen pommerschen Uckerland

auch nach 1250, sondern als Herr der Burg und Herrschaft Löcknitz östlich und westlich der Randow.⁵⁶

Im markgräflichen Teil der Uckermark kam es zu derartigen Herrschaftsbildungen adliger Siedlungsunternehmer nicht. Askanische Ministerialen saßen als Vögte in Liebenwalde und Oderberg, als Burghauptleute zu Zehdenick, in Tornow an der Havel (später mecklenburgisch) und in den "curiae" Kannenburg, Jordansdorf (Görlsdorf, wüst bei Templin), Vietmannsdorf, Werbellin und Grimnitz sowie in Steinfurt am Nordufer der Finow. Unter Übertragung seines Herkunftsnamens aus der Altmark bei Arneburg dürfte der askanische Vasall v. Kannenburg die Kannenburg nahe der Mündung des Templiner Stadtfließes in die Havel benannt haben.⁵⁷ 1257/67 kaufte Markgraf Otto III. von Jordan v. Gersdorf die Burg Löwenberg (Lauenburg bei Quedlinburg, auch Gersdorfer Burg).⁵⁸ Ein Jordan v. Gersdorf kann der Gründer von Burg und Herrschaft Löwenberg südwestlich von Zehdenick gewesen sein, die die Markgrafen 1267/70 gegen Stadt und Land Königsberg in der Neumark an den Bischof von Brandenburg vertauschten.⁵⁹ Sie hatten entweder die Herrschaft von Anfang an besessen oder sie an sich gebracht, als die Gründer und Grundherren zu selbständig wurden. Jordan oder ein Verwandter gleichen Namens kann der Gründer und Namensgeber des genannten Jordansdorf bei Templin gewesen sein. Auffällig ist das benachbarte Vorkommen der beiden Orte Gersdorf (Redernswalde) und Jordansdorf (Görlsdorf) an und nördlich der Welse, die später zur Herrschaft Greiffenberg gehörten.⁶⁰

Der Lauenburg am Harz benachbart liegt Rieder, dem sicher die v. Redern entstammten. Übertragung ihres Herkunftsnamens ist in der Uckermark nicht zu belegen. Am markgräflichen Hofe sind sie häufig bezeugt. Wohl als Entgelt für ihre Dienste wurden sie Grundherren ganzer Dörfer, so in der westlichen Uckermark, wo sie die 4 südlich von Lychen gelegenen Dörfer Bredereiche, Rudow (Regow), Tangersdorf und Stolp im Jahre 1307 dem neuen Kloster Himmelpfort überließen, und in der südöstlichen Uckermark, wo Ritter Redekin (v. Redern) 1319 dem Kloster Chorin das Dorf Groß Ziethen veräußerte.⁶¹ Als Siedlungsunternehmer kann auch Ritter Heinrich v. Stendal gewirkt haben, der, sehr oft im markgräflichen Gefolge, 1215 in einer Urkunde für Stendal testiert, 1231 die Umwandlung des Marienhospitals zu Barsdin bei Oderberg in ein Prämonstratenserstift bezeugt⁶² und wahrscheinlich Dorf Stendell (Stendalchen, Neu Stendal) nordwestlich von Schwedt gründete und benannte. Vielleicht war er Hauptmann der markgräflichen Burg Passow bei Stendell; vielleicht legte er Heinersdorf an, den Nachbarort Stendells. Vielleicht war er auch Grundherr von Grünow südlich der Welse, so daß auf ihn der Bau der einzigen ostelbischen Chorturmkirche zurückzuführen wäre, die ihm als Bautyp von den östlich von Stendal in der Altmark gelegenen Dörfern Storkow, Staffelde und Hämerten her vertraut sein mußte.⁶³

Als weiterer Anhaltspunkt brandenburgischer Siedlungspolitik sind Hof und Dorf Stolzenhagen an der Oder nordöstlich von Oderberg zu nennen, die vermutlich bald nach 1200 zum Schutz des von Markgraf Otto II. eroberten Territoriums nördlich der Finow bis gegen das pommersche Stolpe an der Oder hin nahe einem slawischen Burgwall und einer Fischersiedlung entstanden. Als Gründer ist der um 1200 in Urkunden des Bischofs von Brandenburg testierende Konrad v. Stolzenhagen zu vermuten,⁶⁴ möglicherweise als bischöflicher Vasall, da auch der Bischof hier um seine Diözesanansprüche gegenüber dem Hochstift Kammin besorgt war und jenseits der Oder eine eigene Herrschaft mit Königsberg als Zentrum errichtete. Vielleicht war Konrad auch der Gründer der beiden Dörfer Alt- und Neukünkendorf südlich und westlich von Angermünde.⁶⁵ Ein Zweig der Familie v. Stolzenhagen begab sich unter pommersche Herrschaft und benannte nach sich die Siedlungen Stolzenhagen in den Kreisen Randow und Saatzig.

Das Vorkommen gleicher Ortsnamen im askanischen und pommerschen Territorium, in der Uckermark z. B. Beenz, Hindenburg und Görlsdorf, läßt eine

nicht unerhebliche Mobilität der mittelalterlichen Ritterschaft erkennen sowie ihr Bestreben, selbständige oder doch größere Grundherrschaften zu erwerben. Ein solches dokumentiert auch die Wanderung der v. Kerkow, eines in der Uckermark reich begüterten Geschlechts, das wohl dem altmärkischen Kerkau bei Arendsee entstammt, als Gründer des Ortes Kerkow südwestlich von Löwenberg gelten darf,⁶⁶ als Gründer von Kerkow bei Angermünde nicht nachzuweisen, aber denkbar ist. Die Kerkows erwarben die Herrschaft Schildberg in der Neumark, wo sie das Dorf Kerkow anlegten, und tauschten sie 1276 an die Markgrafen gegen den (Lehns)Besitz des markgräflichen Hauses Boitzenburg im Uckerland.⁶⁷ 1289 verkaufte Dietrich v. Kerkow der Gemeinde Hardenbeck sein Allod Zabel ebendort. Er tätigte auch andere selbständige Rechtsgeschäfte, indem er über Boitzenburger Pertinenzen wie über Eigentum verfügte. Doch kamen dynastenähnliche Tendenzen auch seiner Nachfolger nicht zum Zuge. Die markgräflichen Beurkundungen lassen erkennen, daß sie Haus und Stadt Boitzenburg als landesherrliches Eigen im Auge behielten und bei günstiger Gelegenheit zurückerwarben.⁶⁸

Am markgräflichen Hof erschienen die v. Kerkow während des ganzen 13. Jh., ebenso die auch herausragenden Ritter v. Wustrow, die nachweislich in der Uckermark des 13. Jh. nur in Klein Mutz Besitz hatten, und die v. Tornow. Diesen gehörte 1277 die "curia" Galow an der Oder bei Stolpe nebst Mühle; sie saßen vorher möglicherweise auf der markgräflichen Burg Tornow an der Havel und gründeten in der Person Willekins v. Tornow vielleicht Dorf Wilkendorf (wüst nördlich von Zehdenick).⁶⁹ Als namengebenden Lokator wird man auch Ritter Heinrich v. Fleming, der 1209 als markgräflicher Zeuge in einer Urkunde für das Hochstift Havelberg auftrat, erachten können, und zwar hinsichtlich des Dorfes Flemisdorf im südlichen Uckerland.⁷⁰ Eine nicht näher zu bestimmende Familie von Bärwalde muß das Dorf Bärwaldestorp (Bergsdorf nahe Zehdenick) benannt haben.⁷¹

Diese Beispiele mögen genügen, um in einer weiteren Zwischenbilanz folgendes festzuhalten: Mit namenkundlichen Mitteln wurden Herkunft, Niederlassung und (örtliche) Mobilität vor allem adliger Familien in der Uckermark erfaßt, deren Namen, verglichen mit dem Ortsnamenbestand der Uckermark im Mittelalter, und deren Aktivitäten sie als Lokatoren der Siedlungszeit ausweisen. Es lassen sich 3 Typen unterscheiden, so **e r s t e n s** ranghöhere Ritter (nobiles, domini), die als Unternehmer im landesherrlichen Auftrag in einem mehr oder weniger großen Bezirk den Landesausbau organisierten und, soweit sie vermögend und befähigt waren, dabei für sich selbst eine weitgehend unabhängige Herrschaft errichteten; **z w e i t e n s** rangniedrigere Ministerialen, die im direkten landesherrlichen oder über den Siedlungsunternehmer vermittelten Auftrag 1 oder 2 Dörfer praktisch "anrichteten" und, wenn sie in einem Dorf ansässig wurden, sich den Ortsnamen als Familiennamen zulegten; **d r i t t e n s** vermögende Bauern, die als Lokator im wörtlichen Sinne⁷² wirkten und die jeweilige Ansiedlung entweder nach ihrem Heimatort oder unter Verwendung ihres (Vor)Namens neu benannten. Diese Lokatoren waren mit Sicherheit auch die ersten Schulzen des Ortes. Der erste Typ kommt ausschließlich, der zweite überwiegend im bis 1250 pommerschen Hoheitsgebiet vor, während im vormals askanischen Territorium der dritte Typ prädominiert. Alle drei lassen für die Zeit der Siedlungsperiode selbst auch eine soziale Mobilität vermuten,⁷³ wogegen im Spätmittelalter Ritter und Schulzen gegeneinander abgegrenzt waren. Mit Ausnahme vielleicht der Nobiles ist Unternehmern und Lokatoren grundherrliche Qualität oder Funktion nicht eo ipso beigelegt. Sie waren primär Beauftragte des landesherrlichen Grundherrn und wurden von diesem für ihre Dienste entschädigt.

2.1.3. Weiteren siedlungsgeschichtlichen Aufschluß geben die mittelalterlichen Ortsnamen der Uckermark. Die mit Vornamen gebildeten toponymischen Bestimmungswörter können die ethnische Abkunft des Lokators indizieren, die Ortsnamen überhaupt Anteil der Einheimischen und Herkunft der Zuwanderer. Wie weit die analytischen Aussagen zu relativieren sind, wird noch verdeutlicht wer-

den. Im Gebiet der Uckermark in den Grenzen von 1816, also mit dem Zuwachs westlich der Zehdenicker Havel um Liebenberg, Badingen und Ribbeck, doch ohne Amt Löcknitz jenseits der Randow, stehen die Namen von 339 mittelalterlichen Dörfern und Städten zur Auswertung bereit. Davon tragen 192 slawische Ortsnamen (sl. ON), 126 deutsche Ortsnamen (dt. ON) und 21 slawisch-deutsche Mischnamen (sd. MN). Gemäß der sich anbietenden Dreiteilung des Gebietes nach historischen Kriterien: erstens in das bis 1250 pommersche Uckerland nördlich der Welse (UM n W.), zweitens in das vormals pommersche, seit etwa 1230 brandenburgische Uckerland südlich der Welse nebst dem Gebiet nördlich der Finow (UM s W.) und drittens in das askanische Retschanenland mit Templin, Lychen und Zehdenick (sw UM), ergibt sich folgende Streuung:

	sl. ON	dt. ON	sd. MN
201 UM n W.	116 (57,7 %)	82 (40,8 %)	3 (1,5 %)
62 UM s W.	39 (62,9 %)	22 (35,5 %)	1 (1,6 %)
76 sw UM	37 (48,7 %)	22 (28,9 %)	17 (22,4 %)
339 Orte insges.	192 (56,6 %)	126 (37,2 %)	21 (6,2 %)

Der Anteil der slawischen Ortsnamen lag im Uckerland weit über 50 %, im Retschanenland etwas darunter. Der Befund deckt sich weitgehend mit dem der archäologischen Siedlungsspuren. Eine Übertragung slawischer Ortsnamen aus westlichem Gebiet ist zwar nicht auszuschließen (im Fall von Stegelitz und Kerkow sogar sicher), sollte aber mit Vorsicht unterstellt werden.⁷⁴

Namensübertragung ist auch bei slawisch-deutschen Mischnamen möglich. Fast alle sind mit dem Grundwort -dorf verbunden. Der eine Name im Uckerland südlich der Welse ist das seit 1258 mehrmals genannte Bozhove südlich vom Parsteinsee,⁷⁵ ursprünglich eine Besitzbezeichnung, der Hof des "dominus" Boz, und in dieser Weise untypisch. Im Bereich des pommerschen Uckerlandes nördlich der Welse gab es nur 3 Ortsnamen, Babelndorf westlich von Greiffenberg (wüst), Kröchlendorf östlich von Boitzenburg und Ziemkendorf östlich von Prenzlau; sie könnten aus der Altmark übertragen sein. Es bleibt die bemerkenswerte Tatsache, daß 81 % der ermittelten Mischnamen im askanischen Retschanenland vorkamen, d. h. daß hier wohlhabende slawische Edle oder Bauern als Lokatoren mit slawischen und deutschen Siedlern Dörfer gründeten, konzentriert im Gebiet zwischen Zehdenick und Lychen, östlich und nordöstlich von Lychen und im Seengebiet südöstlich von Templin, in Grenzgebieten gegen das pommersche Uckerland also.⁷⁶ Das spricht, vielleicht auf Grund eines lockeren Verbandes der Retschanen mit den Hevellern entlang der verbindenden Havel, für ein frühzeitiges Übereinkommen zwischen den markgräflichen Vögten und Burghauptleuten mit dem einheimischen Adel, der wahrscheinlich auch im Auftrag des landesherrlichen Grund- und Gerichtsherrn das Schulzenamt übernahm. In allen diesen Dörfern sind, sofern es darüber Quellenaussagen gibt, Lehn-schulzengerichte bezeugt.⁷⁷ Es läßt darüber hinaus die Vermutung zu, daß deutsche Ritter wie die v. Bentz, v. Hindenburg, v. Kerkow nach einer Dorfgründung den kargen Boden verließen und ins fruchtbare pommersche Uckerland weiterzogen, so daß das Angebot auswärtiger Lokatoren hinter dem Bedarf zurückblieb. Dem entspräche der unterschiedlich starke Anteil deutscher Ortsnamen, also der Neugründung oder -benennung von Siedlungen unter maßgeblich deutscher Beteiligung: Im Uckerland nördlich der Welse beträgt er gut 40 % des mittelalterlichen Namenbestandes, im südlichen Uckerland gut 35 % und in der askanischen Herrschaft knapp 29 %. Das läßt auf einen wesentlich höheren Zustrom deutscher Siedler in die pommersche Uckermark schließen, der sich allein schon aus der Bodengüte erklärt.

Auffallend selten finden sich benachbarte Orte mit gleichen Namen, die sich durch die sekundären Bestimmungswörter Groß und Klein unterscheiden. Sie kommen in jedem der 3 Teilgebiete nur je einmal vor, so im pommerschen Uckerland Groß und Klein Luckow (nordöstlich von Strasburg, mit 42 und 50 Hufen), im südlichen Uckerland Groß und Klein Ziethen (südwestlich von Angermünde,

mit 64 und 22 oder 38 Hufen) und im askanischen Südwesten Groß und Klein Thyemen (westlich von Lychen, später Alt und Neu Thyemen genannt, mit 42 und 46 Hufen). Im Mittelalter hieß es stets Groß und Klein bzw. "magna" und "parva", nie Deutsch und Wendisch. Dagegen liegt westlich der Havel nahe Zehdenick Klein Mutz (52 Hufen), im Mittelalter Deutsch (!) Mutz, dem das Ruppinsche Groß bzw. Wendisch Mutz (südlich von Gransee, mit 48 Hufen) entspricht. Alle anderen heute überlieferten sekundären Bestimmungswörter Groß und Klein sind erst den neuzeitlichen Gutssiedlungen auf wüsten Feldmarken beigelegt worden. Weitere mittelalterliche Ortsnamen-Paare kommen nur im Uckerland südlich der Welse vor, so Alt- und Neukünkendorf (60 und 50 Hufen), Hohen und Nieder Landin (62 und 50 oder 54 Hufen), Ober und Nieder Liepe (slawische Fischerdörfer) und Nieder und Hohen Finow (nördlich und südlich der Finow, 30 und 54 Hufen).

Unter allen Neugründungen sind die Ortsnamen mit den Grundwörtern -dorf, -walde und -hagen, letztere beide als Rodungsdörfer anzusprechen, häufig auch Neubenennungen, während die deutschen Ortsnamen mit den frühmittelalterlichen Endungen -hausen, -ingen, -leben und -stedt mit Sicherheit aus dem westbischen Siedlungsgebiet stammen. Doch ist ihre Herkunft konkret nicht immer eindeutig zu bestimmen, sind sie über Zwischenstationen aus dem nieder-rheinischen, westfälischen und niedersächsischen Altsiedelgebiet über die Altmark oder Mecklenburg, aus dem Nordharz und Erzstift Magdeburg über Jüterbog, Teltow und Zauche-Havelland und auch aus der Mark Meißen über die Mittelmark in den Norden gekommen. Größere Sicherheit verleihen Ortsnamen-paare seltenerer Namen bei der Ermittlung der Herkunftsorte, wie sie Heinrich Harmjanz für Börnecke und Velten im Ländchen Glin nachweist.

Der Name des nördlichsten Ortes, Neuensund, ist vielleicht dänischen Ursprungs. Aus Mecklenburg kamen die Namen der dort wie in der nördlichen Uckermark benachbarten Orte Wismar und Lemmersdorf⁷⁸ sowie das dort mehrfach vertretene Holzendorf (Holsten- bzw. Holtsatendorp), Ratzeburg (in der Uckermark wüst bei Gramzow) und Boitzenburg aus dem Gebiet der Grafschaft Ratzeburg. Die Namen der in der südwestlichen Uckermark benachbarten Orte Hammelspring und Hindenburg brachten westfälische Ritter aus der Gegend von Lippe über die altmärkische Zwischenstation Hindenburg mit;⁷⁹ ein weiteres Dorf Hindenburg (heute Lindenhagen) entstand südwestlich von Prenzlau und jenseits der Oder in Pommern. Auf Westfalen als Ausgangsland weisen auch die uckermärkischen Ortsnamen Boisterfelde, Vorwerk und Spiegelberg, ggf. auch Fürstenu. Vom Niederrhein, ggf. über das altmärkische Tangermünde kommt der Stadtname Angermünde. Aus der Altmark wurden die Namen Badingen, Osterne, Ellingen, Herzfelde und Stendell, vielleicht auch Arendsee und Seehausen (dieses an den Parsteinsee) übertragen; die beiden Schönermark sind wie Lichterfelde flämischen Ursprungs, doch ist ihre Wanderung in die Uckermark auf verschiedenen Wegen möglich.⁸⁰

Aus dem Nordharz, Harzvorland und Raum Magdeburg zogen, zum Teil mit den schon genannten gleichnamigen Rittern, die Ortsnamen Benitz und Wichmannsdorf (beide bei Haldensleben) in die Uckermark, Haßleben und Kaakstedt, Blankenburg und Seehausen (beide benachbart in der nördlichen Uckermark) und auch Schwaneberg; Eickstedt kam aus der Grafschaft Mansfeld.⁸¹ Aufmerksamkeit erregten mehrfach die relativ dicht im Teltow wie in der Uckermark verbreiteten Namen Lichterfelde, Britz, Groß und Klein Ziethen, Schmargendorf südlich der Welse, Schöneberg (wüst bei Greiffenberg und bei Stolpe), Wilmersdorf und Stegelitz nördlich der Welse. Die v. Stegelitz haben wie die v. Kerkow, v. Hindenburg und v. Bentz mehrere gleichnamige Orte gegründet und dabei ggf. Siedler aus Nachbarorten zur Mitwanderung bewegt. Wilmersdorf kann aber auch mit Steinhöfel und Jakobsdorf (wüst bei Wilmersdorf) aus dem Süden des Landes Lebus übertragen worden sein und damit wettinischen Einfluß andeuten.

In diesem Zusammenhang sei wenigstens kurz auf die Mundarten- und Flurnamenforschungen hingewiesen, die mit ihren spezifischen Mitteln die vielfältigen Kulturströme nachzeichnen. Sie bestätigen, daß die Uckermark sowohl von niedersächsischen als auch von niederfränkischen Einflüssen berührt und durchdrungen wurde, z. T. durch Siedler, die ihrerseits aus Neusiedelland kamen und nun schon aus zweiter oder dritter Hand vor allem flämisch-niederfränkische Elemente tradierten. Die östliche Uckermark erweist sich als zugehörig zum sog. Mittelpommerschen Keil, der sich von Süden her oderabwärts bis gegen das Haff hin zwischen das niedersächsisch geprägte Vor- und Hinterpommern schob. Ortsnamenindizes sind in der Uckermark z. B. die benachbarten Dörfer Grünow b. Prenzlau sowie Damme, deren Pendant nahe der magdeburgischen Gründungsstadt Jüterbog liegt.⁸²

Die Vielfalt und Weite des Einzugsgebietes der uckermärkischen Siedler beruhte nicht nur auf der Tatsache zweier verschiedener Landesherrschaften in der Hauptsiedlungsperiode und auf der Vermutung, daß Pommern, seit dem letzten Viertel des 12. Jh. im Besitz des (damaligen) Barnim und Teltow, dieses Gebiet Siedlern aus den südlich angrenzenden Hoheitsgebieten des Erzbischofs von Magdeburg und ggf. auch des Markgrafen von Meißen öffnete, die z. T. auch die südliche Uckermark erreichten. Es beruht auf den vielseitigen Beziehungen, die Pommern im Interesse seiner eigenen Sicherung und Souveränität zu vielen weltlichen und geistlichen Fürsten im Reich unterhielt, besonders zu Magdeburg. In der Herkunft der Siedler und Unternehmer spiegelt sich aber auch wider, daß das Siedlerrecht und die Freizügigkeit, ohne Unterschied, allen Aufbauwilligen galt und Aufstiegschancen bot, in allen ostelbischen Ländern.

Der große Anteil slawischer Ortsnamen weist auf einen relativ starken Anteil der slawischen Bevölkerung innerhalb der Gesamtbevölkerung hin; er war in den "villae slavicales" und in den Fischerdörfern an der Oder sicher ohnehin vorherrschend,⁸³ wurde in den Altsiedlungen keineswegs immer majorisiert, zum anderen von den deutschnamigen Neugründungen nicht ausgeschlossen. Die slawischen Bewohner dürften auch zum größten Teil im pommerschen Uckerland bereits christianisiert worden sein, bevor die deutschen Siedler verstärkt kamen, so daß es in dieser Hinsicht keine Differenzen gab. Rechtlich standen sich beide Volksgruppen gleich; das "ius Theutonicum" galt für alle,⁸⁴ und es bedeutete für alle eine wesentliche Verbesserung. Es hatte sich gerade erst, als Anreiz für den Landesausbau, im Altsiedelland mit seinerzeit ungünstigen Rechtsverhältnissen und nun für die Siedlung im Neuland entwickelt.

Hiermit wird eine Frage berührt, die immer wieder Diskussionen herausforderte. Zwar hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß nach relativ friedlicher Inbesitznahme oder nach der "Befriedung" des usurpierten Landes, die einer größeren Siedlungsaktion vorausgehen muß, eingewanderte Deutsche und einheimische Slawen nebeneinander oder zusammen siedelten. Grund und Boden gehörte, wie wir sahen, dem Landesherrn; er ließ ihn durch die Siedlungsunternehmer und Lokatoren an die Siedler erbzinsweise verteilen. So reichlich war der Zuzug nicht, daß die Deutschen das ganze Nutzland allein in Besitz und Bewirtschaftung nehmen konnten. Politisch bestand kein Anlaß, die slawischen Bauern zu deklassieren. Die Unterschiede in der Produktionsweise hatten sich seit dem 12. Jh. verringert.⁸⁵ Die Größe des jeweiligen Bauernhofes und seine Zuweisung hingen auch von der zur Verfügung stehenden Hofwehr ab. Nicht alles konnten die Unternehmer stellen oder vorschießen. Die Einwanderer brachten z. T. fahrende Habe und Vieh mit, sicher nicht alle. Die Slawen besaßen Hof und Habe, vor allem Vieh, aber auch Saatgetreide und Geräte. So richtete sich höchstwahrscheinlich die Vergabe der Bauernhöfe an diejenigen, die zur Bewirtschaftung imstande waren, und nicht in erster Linie und vorwiegend an Deutsche (so daß den Slawen nur die Randhöfe und -ländereien blieben), sondern an die Vermögenden, Deutsche wie Slawen. Das wird noch einmal bei der Frage nach der Sozialstruktur zu erörtern sein.

2.2. Die ländlichen Siedlungen

2.2.1. Die siedlungsgeschichtliche Analyse der Ortsnamen führt zur Betrachtung der Siedlungsräume und Siedlungsformen. Wie schon bemerkt, kann eine große Anzahl von Ortsnamen mit den Grundwörtern -dorf, -walde und -hagen für Neubildung gelten. Konstatiert wird, daß die -dorf-Dörfer vorzugsweise im askanischen Siedlungsgebiet entstanden (71,4 %); doch läßt sich bei der allgemeinen Beliebtheit dieses Grundwortes daraus noch kein Schluß ziehen. Dagegen konzentrierten sich die -walde-Dörfer im pommerschen Uckerland, und zwar im Gebiet des ehemaligen Uckerschen Waldes westlich vom Oberuckersee. Fahrenwalde und Falkenwalde auf der Hochfläche östlich der Ucker zeigen an, daß auch hier Rodungsdörfer entstanden, wenn auch vereinzelt. Südlich der Welse gibt es kein -walde-Dorf, im vormaligen Retschanenland außer dem Vogteiort Liebenwalde nur Brösenwalde nahe Lychen und Klosterwalde nahe Templin.

Am interessantesten sind die -hagen-Orte. Abgesehen von Stolzenhagen an der Oder und Jakobshagen nahe Klosterwalde, liegen alle -hagen-Dörfer auf vormaligem pommerschem Territorium: Von Klepelshagen im Norden angefangen zieht sich eine Kette von Hagen-Orten entlang der Grenze zum späteren Land Starogard in südwestlicher Richtung bis Funkenhagen und dann in südöstlicher Richtung entlang der Grenze zum Askaniergebiet über Klaushagen, Langenhagen (Stiern), Bischofshagen (Berkenlatten), Hessenhagen nach Frauenhagen nördlich der alten Welse bis Blumenhagen nahe Vierraden. Diese Orte deuten nicht nur Siedlung durch Rodung an; sie hatten in ihrer Entstehungszeit offensichtlich Grenzschutzfunktion gegen fremde Nachbarn. Außer diesem äußeren Hagen-Ring gibt es im Innern 3 konzentrische Hagen-Linien: Der älteste Bogen dürfte die Kurzkette Klepelshagen-Blumenhagen nordwestlich von Pasewalk sein. Ein breiter Bogen markiert sich südlich davon mit Hildebrandshagen, Falkenhagen, den nur als Flurnamen überlieferten Hagen in Prenzlau und Wollin sowie Petershagen im Randowkreis; ein Hagen ist auch in Brüssow vorhanden. Ein dritter Halbkreis schließlich verläuft von Fürstenhagen/Funkenhagen an über den Hagen bei Boitzenburg, Sternhagen, die Hagen bei Potzlow und bei Ratzeburg südlich von Blankenburg.⁸⁶

Ob die Hagen-Dörfer im nördlichen Uckerland zu Hagenrecht und mit Hagenhufen angelegt wurden, läßt sich mangels Quellen nicht erweisen. Ein Großteil dieser Siedlungen wurde im späten Mittelalter wüst oder zu Gütern umgewandelt, so daß die mittelalterliche Flurform nicht mehr erkennbar ist.⁸⁷ Planmäßige Hagensiedlungen entstanden, von Schaumburg-Lippe ausgehend, in Mecklenburg und Pommern, vorwiegend an der Ostseeküste und am Oderhaff, doch auch im Binnenland, vornehmlich auf dem Territorium der Fürsten von Werle-Güstrow, in einem breiten Landstreifen zwischen Müritz- und Kummerow-See bis zur Tollense hin. Die unter pommerscher Herrschaft bis 1250 im Uckerland vollzogene Gründung der Hagen-Dörfer kann nicht isoliert von diesem Trend geschehen sein, zumal die Siedler zu einem Teil aus dem westfälischen Hagen-Gebiet stammten.⁸⁸ Mecklenburg und Niedersachsen kennen auch -walde-Dörfer; doch zeigt noch der heutige Namenbestand, daß das Grundwort -walde besonders im wettinischen Siedlungsgebiet Obersachsens, der Lausitz bis in den östlichen Barnim hinein verbreitet ist.⁸⁹

Läßt sich die Flurform des Hochmittelalters überhaupt aus schriftlichen oder kartographischen Quellen kaum noch rekonstruieren, so kann man doch relativ genaue Aussagen über die Verhufung der an die Siedler übergebenen Feldmarken treffen, d. h. über die Tatsache der Verhufung, die Anzahl der Hufen, die Etappen der Siedlung erkennen lassen, und damit über den Zeitraum der Verhufung insgesamt.

Über die Hufe und ihre Eigenschaft als Flächenmaß gibt es seit langem unterschiedliche Auffassungen. Sicher galt nicht eine einzige Größenordnung allein, veränderten sich die Maße im Verlaufe der Zeit und wurden im Zuge des Landes-

ausbaus den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt; doch wurden sie sicher nicht willkürlich gehandhabt. Die Zuweisung von Land, die Berechnung der darauf ruhenden Lasten und spätere Kaufgeschäfte erforderten nachprüfbar, allgemein bekannte und rechtsgültige Festlegungen.⁹⁰ Die Flächenmaßfunktion der Hufe bezeugt in der Uckermark das Verkaufsgeschäft zwischen den Markgrafen und dem Kloster Boitzenburg im Jahre 1300 über ein Feld(stück) von der Größe zweier Hufen ("campum magnitudinis seu extensionis duorum mansorum"), zwischen den Feldmarken Bröddin und Mahlendorf und der "terra" Lychen gelegen,⁹¹ offenbar ein unvermessener "Rest".

Genauere Größenberechnungen stellte Franz Engel für Mecklenburg an und kam zu exakten Ergebnissen.⁹² Die Anwendung der flämischen Hufe von 30 Morgen à 300 Quadratruten sieht Walter Kuhn für Brandenburg und Pommern als gegeben an.⁹³ Das ist für die Uckermark im 17. Jh. belegt; für das Mittelalter fehlen Rutenangaben. Nur die Anzahl der Morgen pro Hufe läßt sich errechnen. 1285 verkauften die Markgrafen dem Kloster Boitzenburg 6 Hufen und 3 Morgen am Ende des Dorffeldes von Klausshagen am Tytzensee für 200 Talente brandenburgischer Pfennige, 1286 ebenda 2 Hufen und 2 Morgen zu den gleichen Bedingungen für 68 Talente.⁹⁴ Der Vergleich beider Geldsummen ergibt einen Preis von knapp 33 Talenten pro Hufe und ein gutes Talent pro Morgen; demzufolge entfielen auf die Hufe 30 Morgen. Weitere Berechnungen lassen erst die Angaben im Landbuch von 1375 zu; sie ergeben dasselbe.⁹⁵

Abgesehen von den reinen Fischerdörfern wie Liepe bei Oderberg und Gatow bei Vierraden und von den frühen Wüstungen, für die keinerlei Hufenangaben überliefert sind, hatten sämtliche Dörfer, Einzelhöfe und Städte, insgesamt 263, eine verhuftete Feldmark (keine unter 10 Hufen)⁹⁶, und zwar in folgenden Größenordnungen:⁹⁷

Hufen	Orte	Davon mit		
		slaw. ON	Mischnamen	dt. ON
10 - 19	8 (3 %)	6	-	2 (Kuhweide, Vorwerk)
20 - 29	14 (5,3 %)	12	2	-
30 - 39	28 (10,6 %)	21	1	6
40 - 49	60 (22,8 %)	38	3	19
50 - 59	67 (25,5 %)	34	4	29
60 - 69	62 (23,6 %)	30	2	30
70 - 79	11 (4,2 %)	5	-	6
80 u. mehr	13 ⁺ (4,9 %)	6	1	6
	263	152	13	98

+ Von den 13 Orten mit 80 und mehr Hufen sind 9 Städte und Burgorte.

Die kartographische Darstellung des Tabelleninhalts zeigt folgendes Bild: 10 bis 19 Hufen hatten die z. T. noch aus slawischer Zeit stammenden Dörfer, nun "curiae" Basedow und Suckow und die jüngeren Höfe Kuhweide und Vorwerk (Horst), 20 Hufen die "curiae" Temmen und Kölpin; 10 bis 29 Hufen hatten die Altsiedlungen Roggow und Trampe östlich der Ucker, Zelsow, Kutzerow, Röckenitz, Raakow, Warbende westlich der Ucker, Warnitz und Melzow am Oberuckersee, Klein Ziethen und Hohensaaten (Fischerdorf) im südlichen Uckerland, Wesendorf, Ribbeck, Zabelsdorf, Beutel und Stolp im Westen der Uckermark. Dörfer mit 30 bis 39 Hufen fanden sich vor allem im pommerschen Uckerland, 40 bis 49-Hufendörfer stärker im Retschanenland. Orte mit 50 Hufen und mehr lagen u. a. in den Rodungsgebieten, von 60 Hufen an eindeutig auf den guten Böden, so im äußersten Südwesten (Land Löwenberg), auf der Höhe des südlichen Uckerlandes und im weiten Umkreis von Prenzlau. Spitzenpositionen mit 70 und mehr Hufen nahmen außer den Städten und Flecken die Dörfer Stegelitz, Polßen, Baumgarten und Schenkenberg, Bergholz bei Löcknitz, Schönfeld, Falkenberg (in Strasburg aufgegan-

gen), Wittstock, Schönermark bei Prenzlau, Klauslagen und Langenhagen (Stiern) ein, alle im pommerschen Uckerland, sowie Mürow südlich der Welse. Diese Dörfer können für jüngere Gründungen gehalten werden, soweit sie nicht bereits als zentrale Orte geplant waren wie etwa Stegelitz und ggf. auch Wittstock. Das Bestehen des 70-Hufen-Dorfes Baumgarten ist urkundlich 1240 bezeugt.⁹⁸

Die Verteilung der verschiedenen Größenordnungen wirft in Verbindung mit den Ortsnamen Licht auf den Siedlungsprozeß. Der Verhufung von Dorffluren slawischer Siedlungen auf kleinerer Feldmark⁹⁹ folgten nach und nach Gründung neuer, deutschnamiger Dörfer auf noch unbesiedelten Frei- oder Rodungsflächen und schließlich die Bildung von Großdörfern mit 50 und mehr Hufen, etwa je zur Hälfte mit deutschen und slawischen Ortsnamen, die die unterschiedlich starke Beteiligung einheimischer und zugewanderter Gruppen andeutet. Auf Zusammenlegung von Siedlungen weisen in einigen Fällen archäologisch oder anhand von Flurnamen belegte Dorfstellen hin.¹⁰⁰

Gut 80 % der oben erfaßten Dörfer haben 40 und mehr Hufen. Dem entspricht, daß im größten Teil der Uckermark, soweit noch erkennbar, Straßen- und Angerdorf die vorherrschenden Dorfformen sind. Sie hatten sich bereits im Altsiedelland entwickelt und wurden von den Siedlern als "modernste", d. h. dem modernen System des Ackerbaus entsprechende Form im neuen Land angewendet.¹⁰¹ Die Übergangsform des Rundplatzdorfes, die z. B. für die Prignitz charakteristisch ist, besteht in der Uckermark nur vereinzelt, eindeutig in Krewelin (30 Hufen) und Wesendorf (25 Hufen) bei Zehdenick. Gassen-, Sackgassen- und Platzformen haben die kleineren Altsiedlungen mit weniger als 30 Hufen und die Fischerdörfer an der Oder.

Ist die Tatsache der Abgrenzung und Verhufung der Feldmarken urkundlich seit dem 13. Jh. nachzuweisen, so läßt sich demgegenüber nichts zur Gestaltung der Feldmark, zur hochmittelalterlichen Flurform im einzelnen sagen. Anneliese Krenzlin betonte wiederholt die Beziehung von Flurform und Nutzungssystem;¹⁰² doch "Vergewannung" auf Grund der "Vergetreidung" ist wohl nicht absolut zu verstehen. Sie ist in der Uckermark des 13. Jh. quellenmäßig ebenso wenig zu fassen wie die Organisation der Dreifelderwirtschaft. Die bei der Ermittlung der Hufengröße erwähnten Hufen und Morgen des Dorfes Klauslagen lagen am Ende des Feldes ("mansos in fine campi sitos") Klauslagen. Bei Übereignung ganzer Dörfer, z. B. Bröddins 1288, an das Kloster Bötzenburg ist immer nur von einem "campus villae" die Rede. 1292 verkauften die Markgrafen dem Kloster 4 Hufen im Neuen Felde ("super novo campo"); 1340 verpfändete Georg v. Kerkow dem Kloster 4 Hufen: 2 "in novo campo" und 2 "in antiquo campo ville" Bötzenburg samt einer "area" in diesem Dorf. Das 1292 bereits bestehende Neue Feld war also eine jüngere Zurodung, sicher im Zusammenhang mit der Getreidekonjunktur, offensichtlich aber kein zweites Feld im Sinne der Dreifelderwirtschaft, da die beiden Doppelhufen summiert wurden. 1308 wurden 3 Lehnhufen "in campis agrorum ville" Parstein erwähnt, 1375 bei Langenhagen 24 Joch Kossätenland in 3 Feldern ("in tribus campis").¹⁰³ Aus Quellen des 16. Jh. erfährt man öfter, daß etliche Dörfer nur 2 Felder besaßen und daher im Zuge der Intensivierung des Getreideanbaus benachbarte wüste Feldmarken als drittes Feld hinzupachteten. Der Zeitraum der Verhufung ist für die Uckermark bestimmbar, der der Vergewannung mit den bisher ermittelten Quellen nicht.¹⁰⁴

Den Prozeßcharakter der Siedlung deuten nicht nur die unterschiedlichen Siedlungsgrößen und die Verhufung als solche an, sondern auch die Differenz zwischen der ursprünglichen Hufenzuweisung und der durch Nachmessung festgestellten und mit erhöhten Abgaben belegten tatsächlichen Hufenzahl gegen Ende dieser Siedlungsperiode. Pauschale Hufenvergabe erforderte geradezu, bei Erbzinsrecht, die Nachvermessung. Sie fällt, soweit urkundlich überliefert, in der Uckermark in die letzten beiden Jahrzehnte des 13. Jh. und indiziert die Endphase von Rodung und Siedlung.

Nachmessung des Hurschlags und Neufestsetzung der Abgaben waren im ostelbischen Siedlungsgebiet allgemein üblich. 1250 stellte Herzog Barnim I. bei der von ihm angeordneten Vermessung der Dorfhufen im Land Pyritz ein Übermaß der ursprünglichen Hufenzahl fest. 1270 schenkten die Markgrafen Otto und Albrecht nach der Vermessung der Äcker des Landes Stargard das Übermaß der Stadttäcker von Friedland den Bürgern dieser Stadt und verzichteten gegen eine bestimmte Geldsumme auf jedwede Nachmessung.¹⁰⁵ Freikauf von Nachmessungen ist dann auch Anlaß für urkundlichen Niederschlag über die Ermittlung und Beauftragung des "Overslags" von Hufen in der Uckermark. Zwischen 1277 und 1298 werden Ver- und Nachmessung bzw. Freikauf davon in 12 Dörfern und Städten bezeugt,¹⁰⁶ so bei Verkäufen von Dörfern und Hufen an Klöster (z. B. 1277 Dorf Britz an Kloster Chorin) zur Gewährleistung des vollen Umfangs für den Empfänger; mit der Versicherung, von Nachmessungen Abstand zu nehmen (z. B. bei Veräußerungen an das Kloster Boitzenburg); durch ausdrückliche Nennung der Freikaufsumme.

Die Vermessung führten landesherrliche Beauftragte durch, Vögte des Territoriums (1293 in Flemsdorf) oder Nobiles wie die v. Greiffenberg (1277 in Britz). Das Vermessungsrecht gehörte dem Landesherrn, allerdings gleichzeitig in seiner Eigenschaft als Grundherr. Ein eigenständiges Vermessungsrecht der Ritterschaft ist nicht bezeugt, doch nahmen es die Nobiles wahr, solange sie ihre fürstenähnliche Stellung behaupteten; denn 1272 verkaufte Johann v. Stegelitz den Bürgern seiner Stadt Brüssow überzählige Äcker.¹⁰⁷

Ohne Hufenland waren die Fischerdörfer an der Oder. Nur für Hohensaaten wurde 1375 eine Anzahl von 16 Hufen einschließlich von 2 Schulzenhufen genannt.¹⁰⁸ Von den 1354/55 als "villae slavicales" bezeichneten Dörfern zwischen Schwedt und Stolpe an der Oder¹⁰⁹ hatten Hufenland Zützen (38 Hufen), Criewen (50), Schöneberg (58) und Galow (32), Stützkow als Fischerdorf nicht; von Densen und Wernikow, da früh wüst, ist nichts bekannt.

Neben den selbständigen Gemeinden der Fischerdörfer, Gatow, Stützkow, Hohensaaten und Liepe, gab es unselbständige Kietze, so bei Oderberg, Lunow, Stolzenhagen, Stolpe, Criewen und Schwedt an der Oder, bei Zehdenick und Liebenwalde im Havelgebiet. Die Oderkietze müssen für sekundäre Benennungen durch Übertragung des Funktionsnamens "Kietz" aus dem nichtpomoranischen Herrschaftsbereich in der Zeit der askanischen Landnahme gelten, da der Terminus Kietz in Pommern fehlte.¹¹⁰ Urkundlich wurden sie erst nach 1300 erwähnt, am frühesten in Oderberg, wo der Kietz wahrscheinlich durch Umgestaltung des slawischen Ortes Barsdin entstand, am spätesten in Schwedt, wo möglicherweise die neuzeitliche Synonymik von Fischer und Kietzer und die Volkstümlichkeit des Terminus Kietz bestimmend waren. Ähnliches ist für die Kietze bei Zehdenick und Liebenwalde nicht auszuschließen. Kietzerschulzen sind in der Uckermark nicht bekannt.

2.2.2. Den Hauptanteil der ländlichen Bevölkerung der Siedlungszeit band naturgemäß die Agrarproduktion. Nach ihrem Anteil an der vom Grundherrn vergebenen landwirtschaftlichen Nutzfläche und dem Nutzungsrecht heben sich 3 soziale Kategorien ab, so die mit Freiheiten ausgestatteten Ritter, Schulzen und Pfarrer; die zu Erbzinsrecht angesiedelten Hufenbauern; die ebenfalls erbberechtigten Kossäten. Die Rechte der Ritter und Schulzen beruhten ursprünglich auf ihrer Leistung als Lokatoren, die der Ritter darüber hinaus auf ihrer Pflicht im Lehnsaufgebot, die der Schulzen auf ihrer Funktion als Dorfrichter. Die Fundation der Pfarren mit Hof und Hufen wurde vertraglich zwischen Bischof und Landesherrn geregelt¹¹¹ und galt als kirchliches Eigentum, das grundsätzlich abgaben- und dienstfrei war. Dagegen mußten die Inhaber von Lehnsbesitz Lehnpfand oder Lehnware stellen, der Ablagerpflicht und anderen Pflichten auf Anforderung des Lehnsherrn genügen. Die Privilegien bedeuteten also Vergütung der Fürstendienste. Der Hufenbesitz aller 3 privilegierten Kategorien betrug in der Regel das Doppelte eines gewöhnlichen Bauernhofes und mehr.¹¹²

Wahrrscheinlich stand zur Zeit der Verführung die Anzahl der Hüfner einer Gemeinde in einem bestimmten Verhältnis zur Hufenzahl, wurden die Hufen gleichmäßig verteilt und belastet. Die schon im Landbuch von 1375 zutage tretenden Unterschiede der Hufenabgaben erklären sich aus der Größenveränderung durch Zurodung sowie aus der Bodenqualität der Landstücke. Nach Ablauf der den Neusiedlern gewährten Freijahre konnten die durchschnittliche Ertragsfähigkeit einer Hufe und dementsprechend Zins, Pacht und Bede berechnet werden. Daß ursprünglich Höhe und Art der Zahlung zwischen Grundherrn und Siedlern vereinbart wurde, spricht aus der diesbezüglichen Klausel beim Verkauf des markgräflichen Dorfes Groß Ziethen 1275 an Kloster Chorin.¹¹³ Die für die Uckermark charakteristische Leistung der Feudalrente in Geld indiziert die Marktbeziehung der Bauern und das Interesse der Rentenberechtigten an Geldeinkünften.¹¹⁴

Die Anzahl der Bauernhöfe im mittelalterlichen Dorf der Uckermark ist nur in Einzelfällen bekannt. Das Landbuch von 1375 nennt nur die Anzahl der Hufen. Die Summe der Bauernhöfe kann z. T. aus anderen Quellen, z. B. aus Lehnbriefen, rekonstruiert werden, selten jedoch gleichzeitig die Verteilung der Hufen pro Hof. Die flächendeckenden Quellen des 16. Jh., die Schoßregister von 1573 und 1578,¹¹⁵ geben nicht mehr den Stand des Hochmittelalters wieder. Vietmannsdorf hatte 1375 bei 41 Hufen einschließlich 4 Pfarrhufen, 30 Kossätenwörden, Mühle und Krug insgesamt 50 Hofstellen,¹¹⁶ also 18 oder 19 Bauernhöfe mit durchschnittlich 2 Hufen und das bei geringster Bodengüte. Die gesamte Sozialstruktur dieses Dorfes erklärt sich nur aus der vormaligen Bedeutung als Sitz eines markgräflichen Hofes ("curia") sowie aus den Dienstleistungen sowohl für den Hof als auch in der Großen Werbellinschen Heide. Das Beispiel ist also nicht typisch.

Seit langem gibt es auch Diskussionen über die Rechts- und Sozialverhältnisse der Kossäten sowie über ihre Herkunft. Durchgesetzt hat sich wohl die begründete Auffassung, daß diese soziale Kategorie bereits im Altsiedelland bestand und nach Ostelbien übertragen wurde.¹¹⁷ Es handelt sich um landlose oder landarme Agrarproduzenten, Handwerker und Gewerbetreibende, die in verschiedenen hoher Anzahl bereits im Hochmittelalter auf erblichen Hofstellen (Kossätenerbe, Kossätenwörde) ansässig wurden und über Gartenland, daher auch Gärtner genannt, ggf. auch über Anteil am Acker außerhalb des Hufschlags (Kossätenland) verfügten.¹¹⁸ Lange Zeit glaubte man, in ihnen vorwiegend die slawische Bevölkerung sehen zu müssen, nach "Umlegung" ihrer Orte zu deutschem Recht.¹¹⁹ Den Umstand, daß ihre Existenzweise durch die dörfliche Wirtschafts- und Sozialstruktur bedingt ist, sowie bedeutende Unterschiede innerhalb dieser Schicht selbst erkannten Forscher in jüngerer Zeit.¹²⁰ Am überzeugendsten ist die Deutung, wonach sie in erster Linie als Arbeitskräfte der Vollbauern- und Freihöfe, Schulzen und Pfarrer gebraucht und als Anreiz dafür mit Grundbesitz versehen wurden, der sie nicht ernährte, ihnen aber eine Basis gab, einen Spielraum ließ und sie trug, wenn sie, saisonbedingt, auf den Höfen nicht benötigt wurden. Oft gehörten diese Stellen direkt zu den Bauernhöfen, wurden mit jüngeren Angehörigen besetzt oder als Altenteil genutzt. Daß sie den Bauern dafür nicht zu "gering" waren, bezeugt die Einrichtung solcher Stellen als Leibdinge adliger Witwen.¹²¹

Die Kossäten des hohen und späten Mittelalters indizieren die ursprünglich gute rechtliche und soziale Position aller Siedler. Gesinde und landlose Lohnarbeiter dürften, ohne Aussicht auf eigenes Land, sich kaum auf die Wanderung begeben haben: Grund und Boden dagegen, Haus und Gartenland, waren Anreiz auch für sie. Die erst später, vielleicht bei anhaltender Konjunktur, erfolgte Vergabe von Hufenland an Kossäten (Kossätenhufen), in der Uckermark ausschließlich im vormaligen pommerschen Teil mit besten Böden, ist als zusätzliche Maßnahme zu werten, benötigte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. Persönlich waren sie so frei wie die Bauern. Die Art ihrer Abgaben, oft erst im 14. Jh. zu fassen, läßt Rückschlüsse auf ihren Erwerb zu; eine

große Anzahl von Hühnern setzt umfangreiche Geflügelhaltung voraus, mit der sich die Bauern wahrscheinlich kaum befaßten.

Die hohe Anzahl der Kossäten, wie sie das Landbuch von 1375 ausweist, geht sicher auf die Zeit der Hochkonjunktur zurück; die Menge unbesetzter Stellen bestätigt den Zusammenhang mit der Konjunktur von der negativen Seite her. Von den 161 im Landbuch vollständig beschriebenen Dörfern der Uckermark einschließlich der unter dem Barnim registrierten um Chorin hatten:

0	Kossätenstellen :	6 Dörfer =	3,7 %
1 - 9	" :	27 "	= 16,8 %
10 - 19	" :	45 "	= 28 %
20 - 29	" :	44 "	= 27,3 %
30 - 39	" :	22 "	= 13,7 %
40 - 49	" :	6 "	= 3,7 %
50 - 59	" :	2 "	= 1,2 %
60 u. mehr	" :	1 "	= 0,6 %

Nicht genau zu bestimmen ist die Anzahl der Kossäten in 8 Orten (5 %). Fast die Hälfte der Dörfer mit exakten Angaben unterhielt 20 und mehr Kossätenwörden. Kartographisch dargestellt nach den gegebenen Zehnergruppen finden sich in der südwestlichen Uckermark, mit Ausnahme des schon genannten Dorfes Vietmannsdorf, nur Orte mit 1 bis 19 Kossäten. Im Bereich des Klosters Chorin kommen überwiegend 10 bis 29 Kossäten vor, in der nördlichen Uckermark alle Größenordnungen.

Aufschlußreicher ist der Vergleich zwischen der Anzahl der Kossätenwörden und der der Hufen. Die tabellarische Aufschlüsselung ergibt, daß zwar die kleinsten Dörfer, bis zu 19 Hufen, auch die wenigsten Kossäten hatten (1 bis 9), die großen und größten Dörfer jedoch nicht die Höchstzahl. Insgesamt 14 Dörfer hatten in Bezug auf die Hufenzahl 50 % und mehr Kossäten, 27 Dörfer 40 bis 50 %, 24 hatten 25 bis 33 %. Bei 10 Dörfern schwankt die Anzahl der Kossäten bei annähernd gleicher Hufenzahl zwischen 2,5 und 20 %. Trotzdem läßt sich verallgemeinern, daß die niedrigste Kossätenzahl in kleinen Dörfern und in Orten mit schlechten Böden, später oft Wüstungen, vorkam; die Größenordnung von 30 bis 39 Kossäten sich im Gebiet des ehemaligen Uckerschen Waldes zwischen Stegelitz und Kuhz, in der Umgebung Prenzlau sowie in einigen größeren Dörfern konzentrierte. Die Orte mit 40 und mehr Kossäten lagen entweder auf guten Böden oder bei großen landesherrlichen oder adligen Herrschaftssitzen und Waldungen wie Golzow und Ringenwalde bei der Werbellinschen Heide, Langenhagen (Stiern) bei Gerswalde, Günterberg bei Greiffenberg; Boitzenburg selbst zählte 71 Kossäten.

Wahrscheinlich darf man im Verhältnis von Bauernhufen und Kossätenstellen zueinander kein starres Schema suchen, wenn auch immer wiederkehrende Zuordnungen auffallen, z. B. 2 Kossätenhöfe als Zubehör zum Lehnschulzengericht mit 4 Hufen. Vielmehr erscheint die Anzahl dieser Stellen insgesamt variabel, je nach den örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten dem ökonomischen und sozialen Bedarf angepaßt. Man kann wohl davon ausgehen, daß die Hufeneinteilung und Hufenzahl seit der Nachvermessung konstant blieben und anfangs auch die Zahl der dazugehörigen Bauernhöfe. Errichtung und Besetzung von Kossätenstellen (mit ihrer wesentlich geringeren Hofwehr) aber regulierten sich über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, wuchs in der Zeit der Hochkonjunktur auf die noch im Landbuch überlieferte, z. T. sehr hohe Stellenzahl, ging zurück zur Zeit der Agrarkrise, so daß die Stellen verfielen und später in wesentlich reduzierter Zahl, entsprechend veränderten Erfordernissen neuentstanden. Die konkrete Situation der Kossäten läßt Schlüsse über die bäuerliche Rechts- und Sozialstruktur der feudalen Produktionsverhältnisse und über die Produktionsweise zu.

Ein Vergleich der Kartierung des Vorkommens von Kossäten nach den Zehnergruppen mit der der slawischen Siedlungsfunde weist keinen Ort mit extrem hoher Kossätenzahl an den Stellen starker slawischer Relikte aus.¹²² Es ist daher noch einmal nach der Rolle von Slawen und Deutschen im Zuge der hochmittelalterlichen Siedlung zu fragen. Wie bei der Erörterung der Ortsnamen schon angedeutet, waren beide, Einheimische und Zuwanderer, an Siedlung und Umgestaltung der Agrarstruktur durch Verhufung beteiligt. Die Kleinstdörfer mögen von den Neusiedlern vorerst nicht berührt worden sein. Sie wandten sich anfangs den nicht oder kaum bebauten Hochflächen und den Wäldern zu. Mit dem allmählichen Aneinanderrücken der großflächigen Feldmarken bezogen diese schließlich auch die slawischen Siedlungsflächen mit ein. Ein Zeugnis dieses Vorgangs aus der Spätphase des 13. Jh. findet sich im Verkauf des Allodiums oder slawischen Dorfes, einst Zabel genannt, durch Ritter Ludwig v. Schildberg (v. Kerkow zu Boitzenburg) 1289 an die Gemeinde von Hardenbeck zur Ergänzung der ihr fehlenden Äcker.¹²³ Die Slawen wohnten sicher schon in Hardenbeck.

Für ein weiteres slawisches Dorf, Ragösen, ist urkundlich belegt, daß es, wahrscheinlich zwangsweise, verlegt wurde, und zwar durch den Grundherrn, das Kloster Chorin.¹²⁴ Zu vermuten ist das gleiche zwecks Einrichtung von Grangien in Pehlitz und Plau. Das ist jedoch nicht ethnisch motiviert, sondern durch die Wirtschaftsorganisation der Zisterzienser, die dieses Vorgehen bereits im Altsiedelland erprobt hatten.¹²⁵ Siedlungsverlegung geschah wohl auch mit dem slawischen Dorf Galow bei Stolpe, da 1277 nur noch eine "curia" Galow mit Mühle im Besitz des Ritters v. Tornow genannt wird, 1354/55 dafür eine "villa slavicalis" Schöneberg unmittelbar benachbart.¹²⁶ Doch die zugespitzten Vorgänge aus der zweiten Hälfte des 13. Jh. sind sekundäre Erscheinungen. Die eingangs genannten Siedlungskonsense galten für Slawen, Deutsche, Dänen und Angehörige anderer Völker ohne Vorbehalt. Das "deutsche Recht" kam auch den Slawen zugute, so daß für sie genügend Anreiz bestand, mit deutschen Bauern zusammen zu siedeln. Wer Hcfwehr stellen konnte und sich auf Landwirtschaft verstand, erhielt ein Hufenlos. Wer dazu nicht in der Lage war, bekam eine Kossätenwürde und wurde landwirtschaftliche Arbeitskraft auf erblichem Grundbesitz oder ging einem Gewerbe nach.

Das Zeitalter der Agrarkonjunktur und Siedlung im hohen Mittelalter brachte dem ländlichen Gewerbe einen großen Zuwachs an Wasser- und Windmühlen. Bis 1320 sind 40 Mühlen urkundlich belegt, bis 1375 weitere 71. Im Landbuch kommen bei 208 beschriebenen Orten der Uckermark 80 Mühlen vor, das ist je eine Mühle auf 2,6 Orte. Das ist vergleichsweise sehr dicht; im Barnim bestand ein Verhältnis von 3,8 Orten pro Mühle, im Havelland von 7,2. Doch die örtliche Verteilung ist geographisch und rechtlich bedingt. An den zahlreichen Fließen mit hohem Gefälle oder günstigen Staumöglichkeiten, wie sie einst bei der Welse bestanden, und an den Uckerzuflüssen reihte sich in den Hochzeiten des Mühlenwesens Wassermühle an Wassermühle; auf den Hochflächen waren es Windmühlen. Das landesherrliche Mühlenregal wurde wie der landesherrliche Grundbesitz bereits frühzeitig durch die Vergabe von Mühlenrechten an Städte und Klöster durchlöchert; Mühlenbaurechte gingen auf dem Lehnswege nach und nach an die Ritterschaft über. Selbständige Verfügung über Mühlen und deren Ballung an Herrschaftssitzen weist wieder auf die Nobiles: Die v. Greiffenberg vereinigten 1261 dem Kloster Mariensee (Chorin) Mühlen an der Welse, die v. Stegelitz 1269 Mühleneinkünfte dem Kloster Marienpforte.¹²⁷ Vor 1375 arbeiteten, ebenso wie am Ort der landesherrlichen Burg Gerswalde, bei Greiffenberg und Blankenburg je 3 intakte Mühlen.¹²⁸

Zahlreich waren die Mühlen in der "terra" Lychen; sie wurden fast alle dem Kloster Himmelpfort überlassen.¹²⁹ Dagegen fällt die geringe Anzahl von Mühlen an der oberen Havel auf. Hier konzentrierte der Markgraf sein Mühlenregal auf 3 Anlagen und machte die umliegenden Ortschaften mahlpflichtig:

1309 verfügte er den Mahlzang der Dörfer Regelsdorf, Qualzow, Blumenow und Zootzen zur Mühle bei Bredereiche, 1318 den der Stadt (!) Gransee und der Dörfer Sonnenberg, Lüdersdorf, Gnitzdorf ("Emiedestorp"), Ringsleben, Ribbeck, Barsdorf (südöstlich von Fürstenberg/Havel) zur Neuen Mühle bei Tornow an der Havel.¹³⁰ Die landesherrliche Mühle bei Zehdenick wurde wie die bei Bredereiche Klosterbesitz.¹³¹

Der zweite ländliche Gewerbebetrieb, die Schmiede, ist in der mittelalterlichen Uckermark urkundlich nicht faßbar. Das Landbuch verzeichnet sie nicht eigens. Erst die Schoßregister des 16. Jh. weisen Schmieden nach, und aus Erbregistern der gleichen Zeit geht hervor, daß sie meist mit Kossätenstellen verbunden waren.

Demgegenüber gibt das Landbuch von 1375 für die dort näher beschriebenen Orte Auskunft über die Existenz von Krügen. Von 170 Dörfern hatten 140 zusammen 154 Krüge; hinzuzählen kann man noch die 1386, 1402 und 1409 in 3 anderen Orten erwähnten Krüge. Demnach kamen auf 1,2 Orte ein und mehr Gastwirtschaften, bzw. 84 % der Dörfer waren damit versehen. In 9 Dörfern bestand mehr als ein Krug: Neuensund, Sternhagen, Haßleben, Altkünkendorf, Golzow, Brodowin und Lunow hatten je 2, Groß Ziethen 3 und Ringenwalde 6. Sie alle lagen an wichtigen Straßen, Straßenkreuzungen, in der Nähe großer Wälder und Jagdgebiete.

Angaben über mittelalterliche Einrichtungen des Berg- und Hüttenwesens sind in der frühen Zeit, im Gegensatz zum Spätmittelalter, knapp. 1317 erhielt das Kloster Himmelpfort den Kalkofen in Storkow; die Gemeinde wurde für das Kalkerdegraben auf ihrer Feldmark entschädigt.¹³² Das Kalkbrechen wird 1375 bei Gendenitz, 1416 bei Sternhagen erwähnt.¹³³ Das mächtige Kreidevorkommen bei Grimme nordöstlich von Brüssow ist erst 1487 bezeugt,¹³⁴ sicher jedoch schon früher abgebaut worden; 1375 gehörte es zu Pommern. In einer Grenzbeschreibung von 1299 für Zehdenick wird eine Stelle genannt, wo einst Pechöfen standen,¹³⁵ noch heute im Flurnamen Pechofenberg erhalten. Auch auf Salzquellen weisen Flurnamen hin; doch sind sie nicht datiert.¹³⁶

2.2.3. Erlaubt das Landbuch von 1375 mit gewisser Berechtigung Rückschlüsse auf das Hochmittelalter und die Zeit der Hochkonjunktur hinsichtlich der Hufenverfassung, der bäuerlichen Sozialstruktur, bestimmter Gewerbebetriebe und der noch zu erörternden Pfarr- und Kirchen-dos als wichtiger Indizien der Siedlungsgeschichte, so ist schon in Bezug auf die bäuerlichen Rechtsverhältnisse und die Gemeindeverfassung Vorsicht geboten. Die Angaben sind entweder unvollständig oder lassen die allmählich wachsende grundherrliche Machtstellung erkennen, die aus der Verleihung ursprünglich landesherrlicher Befugnisse hervorging. Ganz deutlich wird das bei den Vermerken über die Seen auf den Dorffeldmarken, die, wenn nicht Pertinenzien landesherrlicher Burgen, der Ritter- und Schulzenhöfe, ursprünglich doch wohl zur Allmende zählten. 1375 gehörten sie nur noch in 5 Dörfern den "villani", in Baumgarten, Weselitz, Bietikow und Grünow bei Prenzlau sowie in Stegelitz.¹³⁷ Die ersten 4 lagen nahe Prenzlau auf guten Böden und außerhalb geschlossener Grundherrschaften; Stegelitz war um diese Zeit nicht mehr Zentrum der Nobilis-Herrschaft.

Das im Sachsenspiegel andeutungsweise kodifizierte Siedlerrecht¹³⁸ bestimmte die Rechtsqualität des einzelnen Siedlers wie der jeweiligen Gemeinde. Das bedeutete, daß die Gesamtheit der Gemeindemitglieder in Gemeinde-, vor allem in Vermögensangelegenheiten rechtsfähig war. Der Schultheiß an ihrer Spitze war Gemeindevorsteher und Richter, Vertreter der Gemeinde und der Herrschaft zugleich.¹³⁹ Zu seiner Grundvergütung mit Land kam Anteil an den Gerichtsfällen. Der Landesherr setzte ihn lehnsrechtlich ein.

Bei der Erkundung der tatsächlichen Verhältnisse in der Uckermark, zunächst am Kriterium der Lehnschulzengerichte, läßt uns das Landbuch von 1375 weitgehend im Stich. Deshalb wurde vermutet, die Uckermark wäre von Anbeginn rechtlich ungünstiger gestellt als andere Landschaften, besonders der ehemals

pommersche Teil.¹⁴⁰ Die Befragung aller mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen¹⁴¹ zeitigt bei insgesamt 310 Dörfern der Uckermark Aussagen für 199, also für 64,2 %, 111 Dörfer scheiden aus der Untersuchung aus, da infolge frühen Wüstwerdens keinerlei Angaben überliefert sind. Gemäß Sprache der Quellen ergibt sich für die 199 Orte folgendes Bild:

68 Dörfer hatten ein Lehnschulzengericht	= 34,2 %
13 Dörfer hatten ein Schulzengericht mit freien Hufen (vermutlich Lehngerichte)	= 6,5 %
85 Dörfer hatten Schulzen mit Schulzenhufen	= 42,7 %
33 Dörfer nannten keine Schulzen	= 16,6 %

Zu dieser quantitativen Aussage (mehr als 80 % der Dörfer hatten nachweislich Schulzen, davon die knappe Hälfte Lehn- bzw. freie Gerichte) kommt eine qualitative: Lehnschulzengerichte bestanden, oder besser erhielten sich ganz überwiegend in den Klosterdörfern, auch in Orten, die erst im späten Mittelalter aus Adelsbesitz (z. B. Blankenburg) erworben wurden, sowie als Besitz von Bürgern und Städten, unabhängig davon, ob das Dorf auf vormals pommerschem oder märkischem Gebiet lag. Lehngerichte gab es auch in Dörfern, in denen früh Ritterhöfe bekannt sind, also nebeneinander. Der Adel eignete sich die Lehnschulzengüter im Laufe der Zeit als Rittersitz erst an, oft zur Unterbringung jüngerer Söhne oder als Leibgedinge der Witwen.¹⁴² Dieses Motiv entfiel für die Klöster, die die Lehnschulzen als ihre Beauftragten brauchten und zur Belehnung befugt waren, Lehnschulzengerichte in bürgerlicher Hand, z. B. in Knehden bei Templin,¹⁴³ bestanden dem Rechtstitel nach fort, auch als das Dorf wüst geworden war. Gleiche Konstanz behielt das Lehngericht in Ziegelsdorf, dessen Lehnsinhaber aus dem verlassenen Dorf nach Küstrinchen übersiedelte, weshalb hier künftig 2 Lehnschulzengerichte in den Quellen erschienen.¹⁴⁴ In Kuzh gab es ebenfalls 2 Lehnrichter, einer davon wohl aus dem wüsten Kröchlendorf stammend.¹⁴⁵

Entscheidend war nicht das Amtieren des Gerichtes, sondern der urkundliche Rechtsnachweis, ging er verloren, wie in Schmargendorf, verfiel das Lehnrecht.¹⁴⁶ Das dürfte auf die Mehrzahl der wüsten Dörfer zutreffen. Darüber hinaus wird es die Ritterschaft leicht gehabt haben, Lehngerichte an sich zu ziehen. Sie ließ sich entweder vom Lehnsherrn legal damit belehnen; oder sie kaufte das Lehngericht regelrecht: 1599 erwarb ein v. Arnim das Schulzengericht des Frei- und Lehnschulzen zu Stendell im Tausch gegen seinen Rittersitz mit 6 Hufen in Berkholz bei Schwedt.¹⁴⁷ Damit wurde das Gericht zu Stendell "legal" in einen Rittersitz umgewandelt. Wo kein Interesse an einer Gutsbildung im Bauerndorf bestand, beließen die Dorfherrn mitunter das Gericht und tätigten die Belehnung selbst, so in Neuensund.¹⁴⁸

Diese wenigen Beispiele stützen meines Erachtens hinreichend den Schluß, daß ursprünglich in jedem mittelalterlichen Dorf der Uckermark ein Lehnschulzengericht bestanden hat.

Ein zeitgenössisches Indiz für die Rechtsstellung der uckermärkischen Landgemeinde zur Zeit des Landesausbaus und ihrer Mitglieder ist deren kanzleimäßige Bezeichnung als "cives".¹⁴⁹ Zwischen 1286 und 1336 werden in 9 Dörfern der Uckermark sowie in Lichterfelde (Oberbarnim) zu folgenden Anlässen, insgesamt 12- bzw. 13mal, "cives" genannt¹⁵⁰, und zwar als unmittelbare Vertragspartner der Markgrafen; in der markgräflichen Beurkundung des Rechtsgeschäfts der "cives"; im markgräflichen Rechtsschutz für die "cives" bei Rechtsgeschäften Dritter; als Zeugen; oder der Rechtsstatus wirkte in vormals landesherrlichen Orten nach (bei Hardenbeck, Bröddin und Storkow).

Der aufschlußreichste Fall ist das schon mehrfach erwähnte Abkommen zwischen v. Schildberg (v. Kerkow) zu Boitzenburg und der Gemeinde in Hardenbeck über den Verkauf des ritterlichen Allodialbesitzes Zabel 1289 an die "cives",

wobei Pacht oder Zins des Dorfes unverändert blieben. Das bedeutete, daß das Allod des Ritters stillschweigend Eigentum des Dorfes wurde - und abgabefrei blieb. Die Gemeinde tätigte selbständige Liegenschaftskäufe, in Hardenbeck mit dem über Eigentum verfügenden derzeitigen Inhaber des Schlosses Boitzenburg. In den anderen genannten Fällen galt sie als rechtsfähiger Vertragspartner oder zu berücksichtigende Rechtsperson. Nicht als "cives" ausgewiesen, aber in der Eigenschaft als Zeugen doch wohl rechtsfähig werden die "rustici et incolae" des Dorfes Lützlow 1319 genannt. Mitspracherecht bei der Festlegung von Abgaben wird 1275 für die "rustici" in Groß Ziethen bezeugt.¹⁵¹

In allen genannten Fällen handelt es sich um Dörfer, die noch einige Zeit nach der jeweiligen Konstituierung den Landesherrn zum Grundherrn hatten und damit die ihnen zugesicherten Rechte ungeschmälert genossen, sowohl im pommerschen als auch im brandenburgischen Hoheitsgebiet.¹⁵² Die Urkunden, die öfter auch den Freikauf von Nachmessungen betrafen, enthalten bisweilen ausdrücklich die Versicherung der herkömmlichen Rechte und Freiheiten, z. B. 1335 für Storkow. Das deutet aber auch an, daß diese in Gefahr waren, daß neue Grundherren versuchten, die ursprünglichen Siedlerrechte zu ihrem eigenen Vorteil zu beschneiden. Es scheint, als hätten die Markgrafen auf dem Höhepunkt ihrer Macht und in der Zeit des Nachglanzes, in wohlweislicher Interessenpolitik gegenüber der Ritterschaft und den anderen Ständen, die freien Bauern zu Partnern gezählt und sie deshalb geschützt. Der Zusammenbruch der markgräflichen Machtposition mit dem Ende der Askanier 1320 wirkte sich innenpolitisch verhängnisvoll aus, betraf besonders die nördlichen Regionen wie die Uckermark und bahnte das Ende der Rechtsstellung der "cives" an. Letzte Versuche zur Wahrung ihrer Rechte lassen sich an Storkow ablesen. Der Übergang der landesherrlichen Grundherrschaft an das Kloster Himmelfort im Jahre 1335 setzte ein Zeichen; danach wurden "cives" nicht wieder erwähnt.

Die urkundliche Überlieferung beschränkt sich, wie in anderen Fällen auch, auf Rechtshandlungen vor allem mit geistlichen Institutionen. Trotzdem darf wohl der Schluß gezogen werden, daß im Siedlungsgebiet der Uckermark überhaupt die Rechtsstellung der Gemeinde eines Dorfes, ähnlich der der Schulzen, mit denen der Städte ursprünglich durchaus vergleichbar war. Die durch die Feudalisierung bewirkte Rechtsminderung traf später alle grundherrlichen Besitzungen gleichermaßen, die Dörfer wie die Mediatstädte. Ihr hielten nur die landesherrlichen Immediatstädte stand.

Doch zu fragen ist noch nach dem Verhältnis von "cives" und Schulzen zueinander. Aufschlußreiches ergibt sich aus 2 Urkunden: 1295 verkauften die Markgrafen dem Kloster Boitzenburg Einkünfte vom Zins aus Warthe; der Schulze ("prefectus") wurde beauftragt, künftig die Abgaben von den "cives" einzutreiben, falls sie säumig wären.¹⁵³ "Cives" und Schulze handelten also nicht gemeinsam, der Schulze war eindeutig der Beauftragte des Grundherrn. 1301 überließ dieses Kloster den "villanis ac villico" in Bröddin das vom Markgrafen erworbene 2 Hufen große Feldstück; dafür zahlten die genannten "cives" jährlich 4 Scheffel Gerste.¹⁵⁴ "Cives" ist, wie auch aus den anderen Urkunden hervorgeht, offenbar der gängige Terminus technicus für die bäuerliche Gemeinde, die genossenschaftlich handelnden, rechtsfähigen Gemeindeglieder - das dürften die Besitzer der Liegenschaften sein -; "cives" indizieren den genossenschaftlichen Charakter der Siedlergemeinde. Denen konnte sich der Schulze in seiner Eigenschaft als Hufenbauer zugesellen ("villani ac villicus"), doch war er nicht das Haupt, der Vorstand der Genossenschaft ("cives"). Unter den "villani" wurde er hervorgehoben, unter den "cives" nicht. Als Schulze war er der Vertreter des Grundherrn zur Wahrnehmung der grundherrlichen Rechte (und Pflichten) gegenüber der Gemeinde.

Dieser Dualismus hat m. E. von Anfang an in jeder hochmittelalterlichen Siedlung der Uckermark bestanden, da zur Siedlung sowohl Siedler als auch grundherrliche Leitung gehörten. Der Schulze wird, als Beauftragter des Grundherrn (= Landesherrn), der Lokator vor Ort gewesen sein. Der landesherrliche Auf-

trag hob ihn von der Gemeinde ab und erklärt das lehnsrechtliche Verhältnis zum landesherrlichen Grundherrn; er war rechtlich und funktional ranghöher als die Erbzinsbauern, aber dadurch auch stärker an den Landesherrn gebunden, ihm verpflichtet. Er war nicht Ritter, aber Gegengewicht gegen den zur Selbständigkeit strebenden Adel. Auf jeden Fall war er landesherrlicher Lokalbeamter, der die niedrigere Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt ausübte, der staatliche Unterbau, der nur deshalb nicht Bestand hatte, weil auch er weiterverlehnt wurde.

2.3. Die Herrschaftsverhältnisse am Ende der Siedlungsperiode

2.3.1. Die Markgrafen von Brandenburg hatten sich um 1300 auch in der Uckermark voll durchgesetzt. Die Nobiles trugen ihre Grundherrschaft dem Landesherrn zu Lehen auf, wie das Beispiel des Heinrich v. Stegelitz zeigt: 1318 wurde er mit der Stadt Brüssow belehnt, mit allen Rechten, wie sie sein Vetter Henning v. Stegelitz dem Markgrafen resigniert hatte.¹⁵⁵ Das bedeutete die uneingeschränkte Anerkennung des landesherrlichen Obereigentums am Grund und Boden, seiner Verfügungsgewalt im Rahmen des Lehnsrechtes. Daneben bestand, in der Uckermark an zahlreichen Fällen erwiesen, die völlige Entäußerung landesherrlicher Grundherrschaft an die geistlichen Institutionen zu vollem Eigentum. Eine zweite Gruppe von Eigentümern wurden die größeren Städte, ebenfalls Korporationen. Kraft ihres wachsenden Reichtums konnten sie, vor allem im 14. und 15. Jh., Grund und Boden, Feudalrenten und Dörfer als Eigentum erwerben und behalten.¹⁵⁶ Das landesherrliche Lehnsverhältnis bestand gegenüber Personen und Personenmehrheiten (Familien), in erster Linie gegenüber der Ritterschaft, d. h. den Vasallen, sowie gegenüber den Lehnschulzen und Städtebürgern.

Die vom Landesherrn vergebenen grundherrlichen Rechte betrafen ursprünglich einzelne Grundstücke und/oder Feudalrenten, d. h. Einkünfte von Bauernhufen und Kossätenland. Die Dienstpflichten der Siedler, z. B. zum Burgen- und Brückenbau, waren landesherrliches Regal. Bis zum Ende des 13. Jh. wurden sie in der Regel nicht vereignet oder verlehnt. Beim Verkauf der Dörfer Liepe 1308 und Lüdersdorf 1316 an Kloster Chorin verzichteten die Markgrafen auf alle Abgaben und Dienste, die die Bewohner dem Landesherrn schuldeten.¹⁵⁷ Bei den Nonnenklöstern Boitzenburg und Zehdenick jedoch behielt sich der Markgraf die Dienste der den Klöstern vereigneten Dörfer vor; sie gehörten noch 1528 zu den gleichnamigen Burgen.¹⁵⁸

Die statistische Ermittlung und kartographische Darstellung der Besitzverhältnisse des 13./14. Jh. ergibt, soweit überhaupt quellenmäßig faßbar, für 329 Orte einschließlich der Mediatstädte folgendes Bild: Über 136 Dörfer und Städte bestand eine geschlossene Grundherrschaft (in einigen Fällen geteilt auf 2 Besitzerfamilien), das sind 41,3 %. Dorfherren waren der Landesherr, Bischöfe, Klöster, Städte und einige wenige Ritter (vor allem die Nobiles). Den ganzen Norden der Uckermark, Teile des ehemaligen uckerschen Waldes um Gerswalde sowie das Gebiet südlich der Welse/östlich von Angermünde beherrschten die Dörfer mit mehr oder weniger großer Besitzersplitterung, insgesamt 88 Orte (= 26,7 %), und 23 Orte zeigen ein Übergangsstadium (= 7 %). Für 82 Orte, meist frühe Vollwüstungen, überliefert das 13./14. Jh. keine Angaben; das sind 25 %.

Es waren die Dörfer auf den guten und besten Böden, die an mitunter zahlreiche Feudalberechtigte z. T. hohe Abgaben leisteten, diesen aber als geschlossener Gemeindeverband gegenüberstanden. Der Vorteil der ungeteilten landesherrlichen Grundherrschaft für ein Dorf, in der askanischen Uckermark um 1250 noch weitgehend erhalten, schlug bei der Vereignung an Dritte allmählich ins Gegenteil um. Die frühe Vergabe einzelner Feudalrechte, zunächst vor allem von Geld- und Naturaleinkünften an Adlige und Bürger, und dies vornehmlich im vormals pommerschen Uckerland, durchlöchernte die landesherrliche Grund-

herrschaft bzw. zersetzte sie gänzlich, was wiederum, solange die Besitzzersplitterung anhielt, für die Dcrrfgemeinden von Vorteil war. Die Wurzeln der späteren Gutsherrschaft, die in der Neuzeit den Norden der Uckermark in ganz extremer Weise prägte, sind also gerade in diesem Teilgebiet nicht zu suchen, jedenfalls nicht im Hochmittelalter.

2.3.2. Gegen Ende der Askanierzeit wurden Anfänge einer Entwicklung sichtbar, die, zunächst schrittweise, zur totalen Verlagerung der landesherrlichen Gerichtshoheit auf die belehnten Grundherren führten. Sehr früh schon überließen die Fürsten den Klöstern die Jurisdiktion, d. h. sie befreiten sie von der landesherrlichen Vogtei, übereigneten ihnen die Schulzengerichte ("villicaciones") und schließlich die ganze Hoch- und Niedergerichtsbarkeit in ihrem Immunitätsbezirk.¹⁵⁹ Wachsende Rücksichtnahme auf die Bestrebungen des Adels in eigener Sache, d. h. auf die sich herausbildenden Stände, besonders die Ritterschaft, löste stufenweise die Delegation der landesherrlichen Rechtsprechung auf der Lokalebene an sie aus. Die Markgrafen hatten zwar den Nobiles v. Stegelitz gegenüber die Anerkennung ihrer Landes- und Lehnsherrschaft durchgesetzt, doch letztlich zahlten sie dafür mit ihren eigenen Rechten. Auf dem Lehnwege erhielten die Vasallen nun zurück, was sie vorher "von Gottes Gnaden" besessen haben wollten, und so wurde Heinrich v. Stegelitz 1318 mit der Stadt Brüssow mit allerlei Rechten, dem untersten und obersten (Gericht), allen Liegenschaften, Mühlen, Patronat, Mannschaft, Dienst, Freiheit, Abgaben und Nutzungen erblich belehnt.

Noch wurden im wesentlichen nur die Nobiles aller dieser Vorrechte im ganzen teilhaftig. Die Zersplitterung grundherrlicher Rechte verhinderte gleichzeitig deren Umwandlung in Dorfherrschaft. Noch sprachen in den Dörfern die Schulzengerichte als Niedergerichte Recht, während die landesherrliche Obergerichtsbarkeit vom Vogtei- oder Landgericht ausgeübt wurde. 1302 wurden Gerichtsbezirke für Streitfälle zwischen der Mark und Pommern bestimmt. Die Richter diesseits der Oder (in der Uckermark) waren Heinrich v. Stegelitz und Henning v. Blankenburg (!).¹⁶⁰ Dem Landgericht (in Prenzlau) assistierten in benachbarten Dörfern ansässige und in der Regel mit (Dienst-)Hufen ausgestattete Landschöffen; 1375 vermerkte das Landbuch derer 8.¹⁶¹

Zur Zeit der vollen landesherrlichen Autorität in den einzelnen Landschaften, "provinciae" und "terrae" scheint die Funktion der landesherrlichen Vögte als der eigentlichen Verweser im Vogteibezirk noch ungeschmälert, ausgenommen die Immunitäten der Klöster und Stifte. In Urkunden dieser Zeit für den Adel gibt es die ausdrückliche Befreiung von Eingriffen markgräflicher "advocati", "bodelli" usw. nicht. Vogteigerichte waren die Instanz für Streitfälle des Adels untereinander.¹⁶² Als Stützpunkte der Landesherren spielten die Vogteien in den Machtkämpfen nach 1319/20 noch eine reale Rolle.¹⁶³

Wieweit aber Gerichtsbarkeit und Anspruch auf Dienste zusammenhängen¹⁶⁴ und die grundherrliche Forderung auf bäuerliche Dienste mit dem Erwerb der Gerichtsbarkeit zunimmt, besagen erste Anzeichen am Ende der Untersuchungszeit. 1320 bestätigte Heinrich Fürst von Mecklenburg dem Kloster Chorin das Eigentum des Dorfes Groß Ziethen mit allen Einkünften, "cum serviis equorum et curruum, que vulgariter Herendenyst vel Hovedenyst" genannt werden, oder irgendwelchen anderen Dienst, wie es ihm der einst markgräfliche Marschall Redekin (v. Redern) verkauft hätte.¹⁶⁵ Redekin war von Woldemar für seine Dienste am markgräflichen Hof mit markgräflichem Eigen belehnt worden, u. a. mit dem bis dahin dem Landesherrn zukommenden Ferren- oder Hofdienst, den die Bauern zu Groß Ziethen wahrscheinlich zu den "castra" und "curiae" am Werbellin- und Grimnitzsee zu leisten hatten. Der schon zitierte Lehnbrief von 1318 über die Stadt Brüssow enthält ebenfalls die Belohnung mit den Diensten. Das bedeutete die lehnsrechtliche Legalisierung der von Heinrich v. Stegelitz angeeigneten Rechte des Landesherrn auf Dienste. Es bedeutete zugleich, daß der Preis der Feudalisierung des ritterlichen Eigentums von den Bürgern der Stadt zu zahlen war.

2.3.3. Fassen wir die Ergebnisse der Siedlungsperiode des Hochmittelalters noch einmal aus der Sicht der bäuerlichen Siedler und Agrarproduzenten ins Auge, so genossen diese in den ersten Jahrzehnten des Anbaus das unverminderte Siedlerrecht. Nach einigen Jahren Abgabefreiheit entrichteten sie bestimmte Geld- und Naturalrenten an den Grundherrn, von dem sie Land zu Erbzinsrecht erhalten hatten - und das war ursprünglich unmittelbar oder mittelbar der Landesherr. Ihm waren sie auch zu Diensten, vor allem Fuhrdiensten, verpflichtet, wofür er ihnen seinen Schutz gewährte. Der Pfarrer erhielt für seine Amtshandlungen zu bestimmten Terminen oder ad hoc fixierte Abgaben; gleiches kam dem Schulzen zu. Des gemeindliche, sprich bäuerliche Mitspracherecht, z. B. bei der Festlegung und Veränderung der feudalen Lasten, dokumentiert die markgräfliche Urkunde für das Kloster Chorin von 1275 anlässlich des Verkaufs von Groß Zietzen: Das Recht auf Zustimmung und Freiwilligkeit der Bauern ("rustici") bei einer Erhöhung der Abgaben wird ausdrücklich betont.¹⁶⁶ Das war um diese Zeit keine rethorische Floskel. 1289 versicherte v. Schildberg (v. Kerkow) den "cives" zu Hardenbeck anlässlich des Zukaufs von Akkerland ausdrücklich, daß die Pachtsumme für ewig gelten solle.¹⁶⁷ Daß Widerstand der Bauern gegen Ungerechtigkeit und Übervorteilung seitens Dritter möglich war und auch befürchtet wurde, macht die mehrfach zitierte Dotationsurkunde Heinrichs v. Stegelitz von 1269 für sein Kloster Marienpforte deutlich, die vorbeugend den Empfängern Ersatzleistungen zusicherte, falls die beiden Mühlen bei Suckow und am Savinsee zerstört werden sollten ("diruta fierent"). Ein solcher Akt ist später bezeugt, als die Bauern von Mahlendorf 1330 zur Wiedergutmachung verpflichtet wurden, nachdem sie die Scherpingsmühle des Klosters Himmelpfort zerstört hatten.¹⁶⁸ Auseinandersetzungen zwischen geistlichen Grundherren und den Erbzinsleuten bzw. deren erfolgreicher Widerstand gegen Rechtsbeschränkung reflektiert auch der Vergleich von 1288 zwischen dem Stift Gramzow und den Bürgern seiner Stadt über ihren offenbar geschmälernten Anteil an der Feldmark, über Fischerei- und Hütungsrechte, wogegen die Bürger den Kirchdamm beim Kreuz, den sie zugerissen hatten, wiederherstellen sollten.¹⁶⁹

Im übrigen waren die Bauern persönlich frei, und die sich im 14. Jh. mehrenden feudalen Bedrückungen veranlaßten viele zur Abwanderung.¹⁷⁰ In den Zeiten der Hochkonjunktur, an der offenbar auch die Bauern teilhatten, so daß sie die gegenüber anderen Landschaften vergleichsweise hohen Abgaben aufbringen und von ihrem Mehrprodukt noch einiges für sich behalten konnten, dürfte sich die in der Rodungszeit investierte Kraft für die bäuerlichen Siedler in der Uckermark noch rentiert haben, dürften Rechts- und Sozialstatus der Bauern und, ungeachtet ihres geringeren Landbesitzes, der der Kossäten für die damalige Zeit von optimaler Qualität gewesen sein. Wenn es einen Unterschied zwischen west- und ostelbischen Bauern gab, dann war der ostelbische Status im hohen Mittelalter der bessere.¹⁷¹ Die Rechts- und Besitzqualität, wie sie die Bauern in Dithmarschen besaßen, war wohl überhaupt singular.

Erste Anzeichen einer Verminderung, die bereits zu beobachten waren, setzten bestimmte Besitz- und Machtverhältnisse voraus: das Eigentumsrecht und die Immunität der Klöster und Stifte und die herrschaftlichen Rechte der Nobiles. Aber erst mit dem nach und nach vollzogenen Übergleiten landesherrlicher Rechte einschließlich der Lokalgewalt auf die geistlichen und weltlichen Feudalherren, d. h. die Vertreter der Stände, u. a. infolge der nach 1320 auf Jahrhunderte einsetzenden politischen Wirren, die die Uckermark als Grenzprovinz in starkem Maße trafen, verlor das reale Mitsprache- und dementsprechende Widerstandsrecht der bäuerlichen Produzenten an Boden.

2.4.1. Spiegel und damit Quelle zur Rekonstruktion der hochmittelalterlichen Herrschaftsbildung, Siedlung und sozialökonomischen Verfassung sind die Kirchen- und Pfarrverhältnisse.¹⁷² Für die Entwicklung der Pfarrorganisation im pommerschen Uckerland gibt es einige Daten, die diesen Prozeß, von der Mission der heidnischen Slawen bis zum Abschluß der Pfarrorganisation im Verlauf der Siedlungsperiode, in etwa erkennen und einordnen lassen. Sie liegen zwischen den Jahren 1168 und 1240. 1168 sind im pommerschen Uckerland Kirchen in Pasewalk (mit Dorf Budessina) und Gramzow urkundlich bezeugt, das Bestehen von St. Sabinen, der ältesten Kirche Prenzlau, kann als sicher gelten.¹⁷³ 1177/78 wurde das Prämonstratenserstift Gramzow gegründet, dessen Kanoniker wenig später das Marienhospital in Barsdin an der Oder errichteten oder zumindest betreuten.¹⁷⁴ 1187 testierte Priester Stephan von Prenzlau am pommerschen Hof, mußte also überörtliche Bedeutung haben. Der dem Bischof von Kammin gehörende Burgort Löcknitz, 1212 im Namen eines Burgmannes erwähnt, hatte sicher eine Kirche. Kirchorte waren wohl auch die seit 1214 dem Kloster Stolpe an der Peene zehntpflichtigen Klosterdörfer Bietikow und Mokle bei Prenzlau.¹⁷⁵ Im Jahre 1240 ließ sich Herzog Barnim I. vom pommerschen Bischof den Zehnten von 1800 Hufen in Städten und Dörfern bei Prenzlau, Penkun, Stettin, Zehden und Pyritz als Lehen übertragen,¹⁷⁶ d. h. er erkaufte die Verstaatlichung der geistlichen Zehnteinkünfte in seinem unmittelbaren Herrschaftsbereich. In der Uckermark betraf das die Stadt Prenzlau mit 340 Hufen, die Dörfer des Vrowin (von Drense) mit 100 Hufen, Dorf Baumgarten mit 70, das Dorf des Arnold von Falkenrehde und Dorf Lützlau mit je 60 Hufen.

Der Akt von 1240 ähnelt auffallend dem Zehntstreitvergleich zwischen Markgraf und Bischof von Brandenburg von 1237/38, der ersterem den Zehnten zusprach, jedenfalls in den sog. Neuen Landen, und den Bischof mit Hufengeld entschädigte; außerdem wurde u. a. die Pfarrausstattung mit 4 Hufen zur Norm erhoben.¹⁷⁷ Die Quellen zur frühen Kirchengeschichte der askanischen Uckermark beschränken sich auf das 13. Jh., auf die Grenzbeschreibung des brandenburgischen Archidiakonats von 1216 mit der Erwähnung Zehdenicks, die Gründung des Prämonstratenserstiftes Gottesstadt 1231 in Barsdin bei Oderberg und die Dokumente über den Zehntstreit.¹⁷⁸ Hierbei sind die Aussagen des Bischofs von 1234 maßgebend, wonach das ganze strittige Gebiet - der spätere Barnim und die askanische Uckermark - längst christlich sei,¹⁷⁹ und die Festlegung der Pfarrhufenzahl. Diese indiziert nicht nur die Existenz der Pfarrorganisation, sondern auch die relative Größe der Siedlungen zu dieser Zeit. Sie galt im übrigen auch schon in anderen Diözesen, so in Kammin.¹⁸⁰

Sehr alte Pfarrsprengel der Mark wie z. B. der Burgward Putlitz in der Prignitz waren mit großer Hufenzahl im zentralen Pfarrort versehen; der Sprengel umfaßte zahlreiche Dörfer ohne Kirche und Pfarrausstattung ("dos").¹⁸¹ In der Frühzeit des Landesausbaus gehörten zu einer Pfarochie mehrere kleine Orte, in der Regel mit 1 Pfarrhufe (so häufig in der Prignitz), später mit 2 (so im Land Ruppin und im Havelland).¹⁸² Mit der Größe der Siedlungen und ihrer Dorfhufenzahl wuchs auch die Anzahl der Pfarrhufen und verringerte sich die der zu einer Pfarrei vereinigten Dörfer. Die Vier-Hufen-dos stellte den Höhepunkt dar, nämlich die wirtschaftliche Grundlage für die Einrichtung einer eigenen Pfarre in jedem Dorf.

Die kartographische Darstellung der Pfarrhufenzahl¹⁸³ ergibt für die Uckermark folgendes Bild: Im askanischen Südwesten, der an das Bistum Havelberg grenzte, hatten nur die Dörfer des Ländchens Löwenberg, Rutenberg in der "terra" Lychen und Netzow nördlich von Templin 2 Pfarrhufen, im Gebiet nördlich der Finow Klein Ziethen 2 und Britz 3 Pfarrhufen, alle anderen Dörfer, soweit überhaupt zu ermitteln, 4 Hufen Pfarrland. Wesentlich differenzierter zeigt sich das pommersche Uckerland: 2 Pfarrhufen, Indiz der frühesten Pfarrausstattung in diesem Raum, hatten die Dörfer in der Umgebung des Stiftes Gramzow, der bischöflichen Herrschaft Löcknitz, nördlich von Boitzenburg

wowie östlich und westlich der Uckerlinie; dazwischen lagen Komplexe von Großdörfern mit je 3 Pfarrhufen, zwischen die sich schließlich die Dörfer mit Vier-Hufen-dos schoben, d. h. die der jüngeren Siedlungsperiode, der ersten Hälfte oder des zweiten Drittels des 13. Jh.

Wohl ist eine zeitliche Staffelung, jedoch kein Normativ im Verhältnis zwischen Anzahl der Pfarrhufen und Gesamthufenzahl einer Dorffeldmark erkennbar. Von den 1240 im pommerschen Zehntvertrag genannten Dörfern hatten Lützlow bei 60 Dorf- 2 Pfarrhufen, Baumgarten bei 70 und Drense bei 50 Dorf- je 4 Pfarrhufen. Hier überschneiden sich wahrscheinlich frühe Neusiedlung mit großer Hufenzahl und noch geringer Pfarrausstattung (Lützlow) mit dem Prozeß der Bildung von Großdörfern im Verlauf dieser Siedlungsperiode unter Zusammensiedlung mehrerer Kleinorte und ihrer Dotierung mit 4 Pfarrhufen als jüngster Norm. Im markgräflichen Gebiet war die beanstandete "Nova terra" hinsichtlich der Pfarr-dos entweder noch eine "tabula rasa", so daß nun mit einem Male die einheitliche Ausstattung erfolgte; oder eine ältere geringere Ausstattung wurde dem Vergleichsspruch gemäß aufgestockt.

Die Pfarrausstattung galt für jedes Dorf, unabhängig davon, ob der Pfarrer am Ort saß oder im Nachbardorf. Daß darüber hinaus die Nobiles eine besondere Dotierung veranlaßten, damit "duae missae" gehalten würden, fügt sich nur in das schon bekannte Bild.¹⁸⁴ Von den frühen Wüstungen abgesehen, über die nichts bekannt ist, besaß im Mittelalter jedes uckermärkische Dorf, auch die sog. slawischen Dörfer an der Oder, eine Kirche und Pfarrland.¹⁸⁵ Im übrigen bürgerte sich in beiden Diözesen, Brandenburg und Kammin, als fixes Pfarr-einkommen das Scheffelkorn ein, in der Regel 1 Scheffel Roggen pro Hufe, und zwar von allen Hufen außer den Pfarrhufen. Die Summe, die pro Dorf anfiel, gibt die ursprüngliche Hufenzahl einer Feldmark wieder, da auch die ritterlichen Höfe von ihren Lehn- oder Freihufen das Scheffelkorn geben mußten.

2.4.2. Wie stark die Leistungskraft der mittelalterlichen Gemeinde, wie groß ihre Bedeutung in der Region war, läßt der Kirchenbau erkennen.¹⁸⁶ In der Uckermark haben sich zahlreiche mittelalterliche Feldsteinkirchen erhalten. Dem 13. Jh. gehören 144 Dorfkirchen, 22 städtische und 13 wüste Kirchen (Ruinen auf wüsten Dorfstellen), insgesamt also 179 an; das sind bei 332 mittelalterlichen Orten 53 %. Sie verteilen sich, nicht zuletzt auch im Ergebnis der spätmittelalterlichen Wüstungsperiode, folgendermaßen: Sie sind zahlreich im Gebiet des Landes Löwenberg westlich der Oberhavel, weniger dicht in der Umgebung Templins und Lychens, dagegen häufig im ganzen Uckerland südlich und nördlich der Welse.

In unserem Zusammenhang interessieren vor allem Größe und Typ. Lassen sich Größe des Bauwerks und Hufenzahl der Dorffeldmark auch nicht normativ in Beziehung bringen, so fallen doch einige besonders stattliche Kirchen auf. Außer in den größeren Städten bestehen sie in den heute meist als Landgemeinden ausgewiesenen mittelalterlichen Kleinstädten wie Brüssow und Fürstenwerder, Jagow, Boitzenburg, Gerswalde, Greiffenberg, Biesenbrow und Gramzow; darüber hinaus in den einstigen Herrschaftsmittelpunkten Stegelitz und Blankenburg. Auf einst zentrale Bedeutung des Ortes in der Siedlungsperiode, Zentrum eines ursprünglich größeren Pfarrsprengels, einer kleineren Herrschaft oder Siedlungszentrum mit hervorstechender Wirtschaftskraft deuten die Bauten von Fahrenwalde, Schmölln, Schwaneberg, Eickstedt, Schönwerder und Wittstock (Ruine).¹⁸⁷ Sie konzentrieren sich alle im ehemals pommerschen Uckerland nördlich der Welse, im reicheren Teil der Uckermark.

Auf die Bedeutung des Ortes für den Schutz der Bevölkerung in Kriegs- und Fehdezeiten¹⁸⁸ weisen die Kirchen mit den massiven, querrechteckigen Westtürmen hin, die "Westwerkkirchen". Ihr Vorbild stammt aus dem magdeburgischen Raum, an ihrer Verbreitung wirkten wohl prämonstratensische Bauhütten mit.¹⁸⁹ Sie finden sich im Land Löwenberg, fehlen im ehemals askanischen Retzschanland östlich der Oberhavel - wenn man Mechow nicht hinzuzählt -

völlig, kommen im südlichen Uckerland nur vereinzelt vor (in Angermünde, Pinnow und Heinersdorf, letztere beide unvollständig) und ganz abgelegen in Neuendorf bei Oderberg. Nördlich der Welse sind Westwerkkirchen im Einflußbereich des Prämonstratenserstiftes Gramzow konzentriert, in Prenzlau, östlich der Ucker in Schmölln (unvollständig), Schwaneberg und Fahrenwalde, westlich der Ucker in Dedelow, Zernikow, Hetzdorf und Strasburg (verändert) sowie im vormaligen uckermärkischen Stolzenburg.

Zu beachten sind aber ebenfalls Kirchen, deren Türme breiter als das Schiff sind. Nur bei St. Nikolai (alt) in Prenzlau, in Bietikow und Lützlów nördlich der Welse, in Löwenberg, Grüneberg und Bergsdorf westlich der Havel sind sie als vollständige Westwerktürme ausgeführt bzw. erhalten; in allen anderen Fällen ist aber doch die ursprüngliche Bauabsicht zu erkennen. Nach Kriegszerstörungen, vor allem im 17. Jh., ersetzte der kleinere quadratische Turmaufsatz die ältere Turmgestaltung, deren Sinn nicht mehr gegeben, deren Kostenaufwand zu hoch war. Ganz deutlich erkennt man die originäre Gestalt noch in Gerswalde, Stegelitz, Kuhz, Greiffenberg, Biesenbrow, weniger gut in Blankenburg.

Kleinere und weniger wohlhabende Gemeinden und ihre Patrone verzichteten auf den aufwendigen Turm überhaupt oder ließen über dem Westgiebel in der Stärke der Giebelmauer einen quadratischen Aufsatz mit Öffnungen für die Glocken errichten. Dieser z. B. auch in der Altmark verbreitete Kirchenbautyp¹⁹⁰ ist in der Uckermark infolge von Kriegszerstörungen nur noch selten erkennbar. Man begegnet ihm vor allem in den Dörfern Bruchhagen, Schmiedeberg, Fredersdorf, Melzow und Zollichow, also südlich von Prenzlau.

Nach der kunsthistorischen Chronologie zählen die spätromanischen Apsiskirchen (in Ostelbien) zu den ältesten.¹⁹¹ Apsiden gibt es in der Uckermark nur in Schönfeld, Wilsickow und Schmiedeberg nördlich der Welse, in Bölkendorf und Grünów südlich davon, letztere die schon genannte singuläre Chorturmkirche. Doch untersucht man die anderen Bauten genauer, so erkennt man bei vielen noch deutlich die, später oft zugesetzten oder völlig veränderten, spätromanischen Rundbogenfenster und z. T. auch Portale, vor allem im Chor. Die Gemeindeportale wurden oft im nachhinein mit einfachen Mitteln stumpfspitzbogig umgestaltet; die oft erst später in die geschlossene Westwand eingefügten abgetreppten Portale dagegen sind original spitzbogig.

Ein Indiz für die auf dem Rundbogen beharrende Bautendenz im Übergangszeitalter ist m. E. in einer Art Entlastungsbogen über dem Stirnbogen der Portale zu sehen. Er wirkt, wenn auch angepaßt, dem Spitzbogen entgegen. Dieses Bauelement, dem kaum noch bautechnische Gründe anhaften, findet sich z. B. an einer Reihe rein romanischer Kirchen im Fläming.¹⁹² In der Uckermark kommt es bei allen genannten Bautypen vor, räumlich im Land Löwenberg, im askanischen Südwesten nur in Thomsdorf, sodann verbreitet südlich der Welse außer um Kloster Chorin, nördlich der Welse verstärkt um Gramzow sowie um Gerswalde, westlich und östlich von Prenzlau bis Brüssow hin und auch im Randowkreis; in Plöwen ist es ganz singulär aus gekehlten Gesimssteinen gefügt. Dagegen fehlt der Entlastungsbogen, mit Ausnahme von Milow, gänzlich im Raum Pasewalk und Strasburg. Hier werden die aus dem Nordwesten kommenden Einflüsse auch in der Architektur sichtbar. Westfalen vermittelten in der ersten Hälfte des 13. Jh. den frühen Hallenbau von St. Marien in Prenzlau.¹⁹³ Dreifenstergruppen, Bogenfriese und andere Schmuckelemente findet man nur in der nördlichen Uckermark. Doch im Grundriß hat sich auch hier der ostächsische Bautyp durchgesetzt: Keine erhaltene Kirche zeigt den für Mecklenburg und Westfalen typischen gegen das Schiff eingezogenen Turm.¹⁹⁴ Rundbogenfenster, Entlastungsbögen sowie die hervorragende Qualität der Feldsteinquader sprechen für eine Entstehungszeit in den ersten Jahrzehnten nach 1200.

2.4.3. Kriterien für das Alter der Siedlungen und ihrer Kirchen, ggf. auch für die Herkunft der Siedler oder der Patrone können die Weihetitel sein.¹⁹⁵ Aufschlußreich sind die singulären Titel der städtischen Kirchen: St. Sabinen in Prenzlau weist nach Jürgen Petersohn auf Gründungs- und Weihezeit in den 60er Jahren des 12. Jh.; St. Sophie in (Alt)Brüssow war nach Franz Jansen in Pommern weit verbreitet, vermutlich noch unter dem sakralen Einfluß Polens und vor der eigentlichen Blütezeit des Nikolai- und Marienkultes. Das Beneficium St. Laurentii in Stolpe an der Oder signalisiert Beziehungen zum wettinischen Herrschaftsbereich südlich und nördlich der Spree, wenn nicht gar vorher schon zum Sprewanenreich Jaczos von Köpenick: St. Lorenz war u. a. Patron der Kirchen in Köpenick und Wriezen, Mitpatron in Mittenwalde,¹⁹⁶ Kirchen Gründungen, die vermutlich in der zweiten Hälfte des 12. Jh. geschahen oder womöglich noch früher. Die Herkunft der Gramzower Chorherren verrät das Doppelpatrozinium Maria und Johannes Evangelista, das zur Zeit Heinrichs des Löwen verbreitet wurde und vom Domkapitel Ratzeburg herkommen muß.¹⁹⁷ Bezeichnend für die Stadtgeschichte sind die Patrone der 3 jüngeren Kirchen Prenzlau, St. Marien, St. Nikolai und St. Jacobi, die um und nach 1200 entstanden. Ähnliche Anhaltspunkte sind für die Dorfkirchen nicht bekannt. Doch steht eine genaue Erfassung und Analyse des überlieferten Quellenstoffes noch aus.

2.4.4. Siedlung und Herrschaft spiegeln sich auch im Pfarrpatronat wider. Auch hierbei interessieren die Anfänge und damit gleichzeitig die Fragen des Eigenkirchenwesens. In den nach dem Wendenkreuzzug usurpierten lutzischen Gebieten übten die weltlichen Herren das Eigenkirchenrecht aus, allen voran die weltlichen Fürsten, die über weltliche Herrschaft verfügenden geistlichen Fürsten sowie die Inhaber selbständiger Adelherrschaften. Mit der Einrichtung und Ausstattung geistlicher Institutionen waren oft zahlreiche Patronatsrechte verbunden. Das ist für die stiftseigenen Dörfer von Gramzow aus der Gründungszeit nicht belegt, aber anzunehmen. Die Übertragung des Patronats über die 4 Prenzlauer Stadtkirchen an das Nonnenkloster in Prenzlau ist 1250 urkundlich bezeugt, dgl. weitere Verleihungen an dieses Kloster.¹⁹⁸ Heinrich v. Stegelitz betrachtete sich auch als Eigenkirchenherr, als er zugunsten des Klosters Marienpforte über die Pfarre in Hensshagen verfügte.¹⁹⁹ Die Markgrafen schenkten ihrer Stiftung Boitzenburg 1271 die Kirchen in 4 Dörfern, die der Bischof dem Kloster 10 Jahre später inkorporierte,²⁰⁰ so daß die Nonnen über die Einkünfte voll verfügten. Dieser Anreiz, Weltkirchen mitzubetreuen, kam außer dem Prenzlauer Konvent²⁰¹ auch dem Viktorinerkloster Gobelshagen (Jasenitz) zugute; der mit Brüdern St. Victors besetzte Klosterhof Kölpin östlich von Templin versorgte die Pfarre in Petersdorf mit ihrem Filial Lebuske.²⁰²

Mit der Vereinigung des Patronatsrechtes an Klöster und Stifte gab der weltliche Herr sein Eigenkirchenrecht völlig auf. Allen weltlichen Grundherren gegenüber behielt er sich zunächst sein Regal vor. Jedoch mit der lehnsrechtlichen Delegation von Gerichtsbarkeit und Polizei seit Beginn und im Verlauf des späten Mittelalters vor allem an die Vasallen ging auch die Verleihung des landesherrlichen Patronats einher, so daß am Ende des Mittelalters die Ritterschaft zu großen Teilen auch diese Machtposition innehatte. Gleiches wurde den Städten in den von ihnen erworbenen Kämmererdörfern zuteil.²⁰³ In ihrer Eigenschaft als Grundherren ländlichen Lehnsbesitzes konnten auch einzelne Bürger Pfarrpatrone werden.²⁰⁴ Nur über die Stadtkirchen selbst verfügten die Städte und Räte nicht. Das Bedürfnis zur Stiftung geistlicher Einrichtungen befriedigten reiche Bürger und städtische Korporationen im späten Mittelalter vor allem durch Gründung und Ausstattung von Altären und Kommenden, die oft Versorgungsstellen jüngerer Angehöriger wurden.²⁰⁵

2.5. Der Einfluß der nichtbäuerlichen Siedlungen auf das Siedlungsbild (Städte, Klöster, Burgen)

Die Intensivierung der Stadt-Land-Beziehungen durch den hochmittelalterlichen Landesausbau und die Aufsiedlung noch un bebauter Flächen trugen ihrerseits zum quantitativen und qualitativen Wachstum der Städte bei. In einer gesonderten Untersuchung²⁰⁶ wurden 21 Orte der Uckermark behandelt, die im hohen Mittelalter als Städte gelten sollten. Hier interessiert ihre Einwirkung auf das ländliche Siedlungsbild, vor allem im Zusammenhang mit der Herausbildung ihrer Stadtfeldmarken.

Den Gründungsstädten wurde bei Gelegenheit der Stadtrechtsverleihung die Feldmark in Hufen zugemessen - Land, das sie vermutlich schon besaßen -, Prenzlau 1234/35 zusammen 300 Hufen, Lychens Stadtgemeinde 150 Hufen.²⁰⁷ Prenzlau erwarb um 1235 wahrscheinlich das bei Bietikow gelegene Dorf Mogle hinzu, 1236 Dorf Wollenthin. 1240 zählte die Stadtfeldmark 340 Hufen.²⁰⁸ Sie war für ihre Zeit ungewöhnlich groß, so daß die Stadt hinfort keinen Bedarf nach einer Erweiterung spürte. Die später in den Kämmereibesitz gelangten Nachbardörfer und Feldmarken Blindow, Beenz und Hindenburg ließ sie getrennt von der ihren bestehen.

Pasewalk dürfte das vor 1168 seiner Kirche inkorporierte Dorf Budessina frühzeitig zugunsten der Stadtfeldmark aufgelassen haben; 1317 erwarb die Bürgerschaft das Dorf Papendorf, machte jedoch von dem Recht zur Niederlegung des Dorfes keinen Gebrauch.²⁰⁹ Strasburg hat wohl schon früh, noch im 13. Jh., die Altstädter Feldmark um die Marken der Dörfer Jüteritz und Falkenberg erweitert.²¹⁰ Ebenso "lautlos" verleibte sich Templin das spätslawische Dorf Güteritz am Lübbesee mit seiner Feldmark ein.²¹¹ Weitere Anzeichen derartiger Stadtflurerweiterung gibt es für Zehdenick, Angermünde und Oderberg, ggf. auch für Lychen.²¹² Eine rechtskräftige Beilegung des benachbarten Dorfes Alt Brüssow beurkundeten die Markgrafen 1299 für die gleichnamige Stadt.²¹³

Insgesamt scheint die Ausbildung und Erweiterung städtischer Feldmarken in der Uckermark während der Siedlungsperiode erfolgt und um 1300 beendet gewesen zu sein. Niederlegung von Dörfern zugunsten der Städte, wie sie danach noch von anderen Landschaften bekannt werden, ereignete sich hier nicht mehr. Die Städte waren entweder großzügig ausgestattet worden oder hatten sich so rechtzeitig am Landesausbau und Landerwerb beteiligt, daß sie auf Siedlungsverlegung im Spätmittelalter nicht mehr unmittelbar Einfluß nehmen mußten. Sie machten von den nachweislich gegebenen Möglichkeiten keinen Gebrauch.

Anders beeinflussten die Klöster und Stifte das Siedlungsbild. Die Tätigkeit der Mitte des 13. Jh. entstandenen Konvente war in ihrer Eigenschaft als Grundherren nicht mehr auf Siedlung ausgerichtet - diese bestand allerorten -, sondern auf die Anpassung der vorgefundenen Siedlungsstruktur an die zisterziensische Großflächenwirtschaft.²¹⁴ Die meisten Grangien richtete Chorin ein, und zwar in vormals slawischen Dörfern.²¹⁵ Die Umsiedlung der Bewohner ist für das Dorf Ragömen 1274 belegt; sie ging Hand in Hand mit dem Umzug der Mönche vom Pehlitzwerder am Parsteinsee zum Chorinsee an der Fernstraße Eberswalde - Angermünde - Prenzlau.²¹⁶ Der sukzessive Erwerb weiterer Dörfer im 13. und 14. Jh. führte zu keiner Umbildung mehr.

Die Zisterzen Seehausen, Zehdenick und Himmelpfort unterhielten nur wenige eigene Agrarbetriebe. Seehausen wandelte Jakobsdorf in eine "curia" um,²¹⁷ Himmelpfort das Dorf Stolp.²¹⁸ Die uckermärkischen Frauenklöster besaßen nur Eigenwirtschaften am Ort selbst.²¹⁹ Der Einfluß der geistlichen Institutionen auf das Siedlungsbild war insgesamt gering.

Im Zuge der Expansion war, wie eingangs schon erwähnt, vor allem seitens der Askanier und ihrer Ministerialen eine Reihe kleinerer Burgen im bisher unbesiedelten Gebiet errichtet worden, die der Befriedung und Verwaltung des Landes dienen sollten und anfangs auch Stützpunkte der Neusiedlung gewesen sein werden.²²⁰ Vogteisitz Liebenwalde und Schloß Zehdenick blieben als Zentren landesherrlicher Ämter, oft über längere Zeit verpfändet oder verleht, bis in die Neuzeit hinein bestehen, Grimnitz überdauerte, nach spätmittelalterlichem Verfall, als Jagdschloß bis ins 18. Jh. Alle anderen "curiae", die mutmaßliche Kannenburg am Templiner Fließ nahe der Havel, Jordansdorf, Vietmannsdorf, Werbellin am Südufer des Werbellinsees und Steinfurt an der Finow, wurden im Spätmittelalter aufgegeben.

Im pommerschen Uckerland kamen zu den älteren landesherrlichen Burgen im frühen 13. Jh. Neugründungen im pommersch-märkischen Grenzland hinzu, u. a. die Burgstädte Boitzenburg, Gerswalde und Fredenwalde sowie nördlich der Welse Greiffenberg und Biesenbrow.²²¹ Als die Grenzsituation 1250 entfiel, blieben sie dennoch als Herrschaftssitze von Bedeutung und daher bestehen. Auch im übrigen Uckerland prägten die Burgen des Landesherrn und Adels sitze das Bild. In Stadtnähe gerieten sie später in Widerspruch zur Machtentfaltung des Bürgertums. Wer wirtschaftlich nicht genügend dagegenhalten konnte wie die v. Bentz zu Hindenburg bei Prenzlau (Lindenhausen), mußte seine Burg abbrechen lassen.²²²

Burgen, Klöster- und Adelshöfe drücken Herrschaft aus, aber auch Schutz. Zusammen mit den wehrhaft erscheinenden Feldsteinkirchen nebst feldsteinummauerten Friedhöfen und der nicht geringen Zahl mauerumwehrter Städte boten sie den zahlreichen Bauerndörfern, die von Natur aus des Schutzes bedurften, Zuflucht und bannten Gefahren, so daß der Reichtum des Landes sich, vieler Fehden zum Trotz, im 13. Jh. entfalten konnte und den Agrarproduzenten selbst zugute kam. Erst die vernichtenden Kriege um die Territorialherrschaft, das Fehdeunwesen und Raubrittertum des 14. und 15. Jh., die auch die inneren Gegensätze und Klassenkonflikte verschärften, führten zum Verfall der hochmittelalterlichen Rechtsordnung und zur tiefgreifenden Veränderung des Siedlungsbildes.

3. Zusammenfassung und Ergebnis

Im Verlauf der feudalen Expansion und Siedlungsperiode seit der zweiten Hälfte des 12. Jh. bis zur Höhe des 13. Jh. bildeten sich im Raum der späteren Uckermark, in den Grenzen von 1816, rund 350 Orte, davon 21 Städte ("civitates" und "oppidi") und 14 Einzelsiedlungen, heraus, die namentlich bekannt sind und deren (Mindest)Alter entweder aus archäologischen Funden, aus der urkundlichen Überlieferung oder aus dem Befund der Feldsteinkirchen in der mittelalterlichen Ortslage zu erschließen ist. Indirekte Merkmale, wie die Politik der weltlichen und geistlichen Fürsten und die Wirksamkeit der Ritterschaft, Ortsnamen und Pfarr-dos, Verhufung und Feldmarkgröße, lassen zeitliche Schichten erkennen, die einige Schlüsse erlauben:

Die Pommern begannen im Uckerland seit Mitte des 12. Jh. mit der Christianisierung, und mit dem Einzug deutscher Kleriker in Kirchen und Klöster ging sicher auch früher Zuzug deutscher Ritter und Kaufleute einher, die vom Pommernherzog gefördert wurden. Die Markgrafen von Brandenburg werden das Retschanenland erst durch Ministerialen haben sichern lassen; doch spricht die relativ starke Beteiligung slawischer Lokatoren an der Siedlung für gute Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Gegen Ende des 12. Jh. dürfte auch hier die Neusiedlung begonnen haben, die dann nach Usurpation des Landstreifens nördlich der Finow und dessen Sicherung durch die Burg Oderberg hierhin übergriff. Die Vergabe von Hufen an das Kloster Walkenried 1236 auf märkischer und 1239 auf pommerscher Seite im beiderseitigen Grenzgebiet zeigt die Endphase der Aufsiedlung an. Um 1250 dürfte sie, unbeschadet wei-

terer Umgestaltung und Intensivierung, in der Uckermark im wesentlichen abgeschlossen gewesen sein. 223

Das Landschaftsbild hatte sich im Verlauf der Siedlungsperiode stark verändert. War die Uckermark vorher auch nicht siedlungsarm, so gab es doch größere siedlungsfreie Waldgebiete und offene Flächen. Das Land der spätslawischen Siedlungen war noch nicht in aneinandergrenzende Feldmarken zerlegt. Mit den im Altsiedelland und im ostsächsischen Siedlungsgebiet entwickelten Siedlungsformen wurden in der Uckermark neue Dörfer gegründet und weitere durch Zusammenlegung mit slawischen Wohnplätzen umgestaltet. Die unterschiedlichen Größen der verhuften Feldmarken und ihre Verteilung über das Untersuchungsgebiet erhellen, daß hier ein längerer Prozeß stattfand, nicht eine einheitliche Aktion zu gleicher Zeit und unter gleichem Zepter. Die slawisch-deutschen Mischnamen vor allem im Retschanenland, aber auch die hohe Anzahl slawischer Ortsnamen belegen das Zusammenwirken der einheimischen Bevölkerung mit den deutschen Einwanderern zu gleichem Recht.

Das "ius Theutonicum" bedeutete für alle Siedler, Einheimische wie Auswärtige, eine Verbesserung ihres Rechts- und Sozialstatus, da alle persönlich frei waren, Grund und Boden zu Erbzinsrecht erhielten und alle Abgaben auf den Liegenschaften beruhten. Selbst die ländlichen Arbeitskräfte und Gewerbetreibenden ohne Anteil am Hufenland, die Kossäten, waren durch erblichen Wördenbesitz bis zu einem gewissen Grade wirtschaftlich gesichert. Sie unterschieden sich von den Hufenbauern nicht durch ethnische Merkmale. Die zu leistenden Dienste der Bauern und Kossäten waren ursprünglich Herrendienste, d. h. Verpflichtungen gegenüber dem Landesherrn.

Die Dorfgemeinde ("cives") war der rechtsfähige, genossenschaftlich organisierte und handelnde Siedlerverband, der den Grundherren und anderen Rechtspersonen als Partner gegenüberstand. Beauftragter des Grundherrn in der Gemeinde war der Schulze ("prefectus", "villicus", "major"), lehnsrechtlich von der Gemeinde abgehoben, als Hufenbauer jedoch Gemeindemitglied. Die Durchsetzungskraft der Dorfgemeinde in ihren Rechts- und Vermögensangelegenheiten gegenüber ungerechtfertigten Ansprüchen Dritter war bis zum Ende der Askanierzeit, wie Rechtshandlungen und Widerstandsaktionen demonstrieren, ungebrochen.

Hauptauswanderungsgebiete, abgeleitet von übertragenen Ortsnamen, Adelsnamen, Sprachresten und Kirchenbaustil, waren einerseits die ostfälischen Gebiete des Nordharz, Nordharzvorlandes und der Altmark, die zugleich niederfränkische Elemente vermittelten, andererseits Niedersachsen und Westfalen, die niedersächsischen Einfluß verbreiteten. Letzterer machte sich vornehmlich im nördlichen Uckerland geltend, während die östliche Uckermark ähnliche Merkmale zeigte wie der sog. Mittelpommersche Keil mit seinem niederfränkischen Einschlag. Da die ostelbische Siedlung etappenweise, vielleicht generationsweise vor sich ging, ist die Herkunft der Siedler nicht unbedingt vom ursprünglichen Ausgangsland anzunehmen, sondern von Zwischenstationen her. Sie kamen aus Mecklenburg und der Prignitz, aus dem Lande Ruppín und der Mittelmark, aus Jüterbog und der wettinischen Mark. Die Rolle der Altmark ist nicht gering, doch wurde sie oft überschätzt.

Der Anteil der Klöster und Stifte am Siedlungswerk in der Uckermark ist im Verhältnis zu ihrer Anzahl klein. Aktive Mitwirkung darf beim Prämonstratenserstift Gramzow, das seit 1177/78 bestand, vermutet werden, sowohl in seiner Grundherrschaft als auch im Bereich des Marienhospitals in Barsdin (bei Oderberg); sie ist im Umfang von 4 Dörfern für Kloster Walkenried urkundlich nachweisbar. Alle anderen Klöster entstanden, als die Neusiedlung im wesentlichen abgeschlossen war. Sie wirkten durch Grangienbildung dann sekundär auf das Siedlungsbild ein, doch auch das in begrenztem Maße.

Ausschlaggebend für die Organisation und Durchführung der Siedlung war wohl der Adel: die Ministerialen und "miles" der Askanier in Erwartung eines eigenen Anwesens für ihre Dienste sowie der einheimische Adel; im pommerschen

Uckerland der von en Herzögen privilegierte deutsche Adel, der sich je nach Rang und Vermögen unter für ihn günstigen Umständen selbständig entfalten und z. T. kleine Adelherrschaften mit fürstenähnlichen Kompetenzen aufbauen konnte. Die Rolle der Lokatoren stellt sich jedoch differenzierter dar. In beiden Territorien, dem pommerschen und dem märkischen, sind die von den Landesherren beauftragten bzw. privilegierten Ritter in gehobener Stellung, z. B. als Vögte und Kastellane, zugleich Organisatoren der Siedlung in einem bestimmten Bezirk, zu unterscheiden von den einzelnen Dorflokatoren, niederem deutschem und einheimischem Adel oder vermögenden Bauern, die im Auftrag der Vögte oder adligen Unternehmer mit deutschen und slawischen Bauern Rodung und Anbau realisierten und dafür mit einem Ritterhof oder mit dem Schulzenamt entschädigt wurden. Von den 80 bis 1320 bekannt werdenden ritterlichen Familien sind die besonders herausragenden einschließlich der Nobiles sicher der Unternehmerschicht, die überwiegende Anzahl den Lokatoren zuzurechnen.

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchungen ist die Tatsache, daß die askanischen Vasallen des Herkunftsgebietes nicht nur in den neuerworbenen Ländern ihres Herrn siedelten und ansässig wurden oder aber in pommersche Dienste traten wie andere deutsche Ritter auch. Sie agierten vielmehr in der Uckermark an beiden Höfen, oder sie fanden sich nur im askanischen Gefolge, während sie gleichzeitig im pommerschen Territorium siedelten und sich selbst niederließen. Die große Beweglichkeit der vor 1250 auf beiden Seiten Tätigen läßt auf gehobene Stellung schließen, auf eine Differenzierung innerhalb der Ritterschaft, deren eigener ökonomischer Rückhalt den Grad der Abhängigkeit vom Landesherrn bestimmte. Die sich herausbildende uckermärkische Ritterschaft mit den Nobiles an der Spitze übte am Ende der Askanierzeit bereits ständisch Funktionen aus. Der Preis der Unterwerfung unter den Fürsten war letztlich gering, da ihr durch die Lehnsauftragung alle diejenigen Machtvollkommenheiten legal zuteil wurde, die vorher nur wenige ganz, die meisten begrenzt oder gar nicht besessen hatten.

In der askanischen Uckermark hielt sich die landesherrliche Grundherrschaft über das Dorf länger intakt als im pommerschen Gebiet. Seit der zweiten Hälfte des 13. Jh. ging sie teils durch Übereignung an geistliche Institutionen, teils durch Verlehnung an Vasallen über. Zur Herausbildung selbständiger Adelherrschaften kam es hier nicht. Im pommerschen Territorium gelang es 3 Adelsfamilien, dynastienähnliche Stellungen aufzubauen. Die Masse der Rechte am Grund und Boden blieb jedoch in landesherrlicher Verfügungsgewalt. Nur die Einkünfte wurden stückchenweise an eine Vielzahl von Vasallen verleht. Die starke Besitzersplitterung zeigt, daß Dorfherrschaft eines einzelnen Ritters im Hochmittelalter keineswegs die bestimmende Besitzform war, der dorfsässige Ritter oft nicht mehr als einen Freihof besaß, während die Feudalrenten des Dorfes andren Berechtigten zuflossen.

In der Periode der vollentfalteten Feudalordnung bildete sich im ostelbischen Expansionsgebiet zur Realisierung des feudalen Grundeigentums eine Form der Grundherrschaft heraus, die auf dem Höhepunkt des Siedlungsprozesses m. E. maßgebend durch die ursprüngliche Kongruenz mit der Territorialherrschaft charakterisiert ist. In einer eigenen Abhandlung wird nachzuweisen sein, wie sich dieser Charakter mit dem Zerfall der Kongruenz verändert und die mediatisierten Agrarproduzenten den nicht mehr vom Territorialherrn kontrollierten ökonomischen und außerökonomischen Zwangsmitteln ausgesetzt wurden, mit denen die Grundherren ihre Feudalrechte durchsetzten.²²⁴ Die Garantie für die Einhaltung der günstigen Rechtsbedingungen der Siedler stand und fiel mit der landesherrlichen Grundherrschaft bzw. mit dem landesherrlichen Übergewicht in der Institution der Grundherrschaft.

Walter Schlesingers Satz "Siedlung schafft Herrschaft"²²⁵ wurde von der Forschung wiederholt aufgegriffen.²²⁶ Das Begriffspaar ist ein wichtiger Schlüssel zur Erkenntnis der historischen Vorgänge und Triebkräfte. Doch fanden sie immer in bestimmten historischen Räumen, zu bestimmten Zeiten und unter

bestimmten Bedingungen statt, unterlagen einem Entwicklungsprozeß, der sich jeweils in allen Räumen vollzog. Unterschiede sind nicht primär dynastisch bestimmt und beruhen nicht in erster Linie auf der verschiedenen Landesherrschaft, sondern auf dem jeweiligen Entwicklungsstand der sozialökonomischen und rechtlichen Voraussetzungen zu Beginn der jeweiligen Siedlungsbewegung. Daß aber ostsächsischer Einfluß die ganze Uckermark prägte und den nieder-sächsisch-westfälischen in Grenzen hielt, resultiert aus den starken Beziehungen beider Territorialherren zum Nordharzgebiet und zum magdeburgischen Raum, der einen kraft ihrer Herkunft und zeitweilig starker politischer Bindungen an das Erzstift, der anderen nicht zuletzt über den magdeburgischen Kult-einfluß auf Pommern.

Die Untersuchung kann nicht als abgeschlossen gelten. Desiderate an die For-schung verschiedener Disziplinen sind vor allem die archäologische Landesauf-nahme der mittelalterlichen Geschichtsräume, volkskundliche und linguistische "Spurensicherung", Verfeinerung der Chronologie des Kirchenbaus, Erfas-sung und Auswertung der mittelalterlichen Patrozinien sowie die systematische Aufbereitung der Adelsgenealogie des Mittelalters.

- 1 Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. 8: Uckermark, bearb. v. Lieselott Enders = Schriftenreihe des Staatsarchivs Potsdam, Weimar 1986.
- 2 Vgl. Schulze, Hans K., Die Besiedlung der Mark Brandenburg im hohen und späten Mittelalter, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands (JbGMOD), Bd. 28, 1979, S. 42 - 178, bes. S. 104 ff.; Schmidt, Eberhard, Die Mark Brandenburg unter den Askaniern (1134 - 1320) = Mitteleuropäische Forschungen (MF), Bd. 71, Köln/Wien 1973, S. 64 ff. - Weitere Arbeiten, die die Uckermark berühren oder methodisch wichtig sind, werden im Textzusammenhang zitiert. Der Uckermark speziell widmeten sich in größeren Arbeiten Ohle, Rudolf, Die Besiedlung der Uckermark und die Geschichte ihrer Dorfkirchen = Mitteilungen des Uckermärkischen Museums- und Geschichts-Vereins zu Prenzlau, Bd. 5.2, Prenzlau 1913 (größenteils überholt); Bruns-Wüstefeld, Kurt, Die Uckermark in slavischer Zeit, ihre Kolonisation und Germanisierung = Arbeiten des Uckermärkischen Museums- und Geschichts-Vereins, Bd. 5, Prenzlau 1919 (enthält viele noch gültige Beobachtungen); Zientara, Benedykt, Die Agrarkrise in der Uckermark im 14. Jahrhundert, in: Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 7, Weimar 1967, S. 223 - 415. - Zientara macht wichtige Ausführungen zur hochmittelalterlichen Siedlungsgeschichte der Uckermark (S. 255 ff.). Fragen der Siedlungsgeschichte berührt auch Lippert, Werner, Geschichte der 110 Bauerndörfer in der nördlichen Uckermark, hg. v. Gerd Heinrich = MF, Bd. 57, Köln/Wien 1968, S. 9 - 24.
- 3 Zu Nutzen und Methodik kartographischer Darstellungen siehe u. a. Fritze, Wolfgang H., Eine Karte zum Verhältnis der frühmittelalterlich-slawischen zur hochmittelalterlichen Siedlung in der Ostprignitz, in: Germania Slavica II, hg. v. Wolfgang H. Fritze, Berlin (West) 1981, S. 42 ff.; derselbe, Die Begegnung von deutschem und slawischem Ethnikum im Bereich der hochmittelalterlichen deutschen Ostsiedlung, in: Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie, 2/1984, S. 207 f. - Zu Quellen der Siedlung und Herkunftsermittlung vgl. u. a. Morré, Fritz, Der Adel in der deutschen Nordost-Siedlung des Mittelalters, in: Deutsche Ostforschung, Bd. 1, Leipzig 1942, S. 463 - 485; Engel, Franz, Niedersachsen - Mecklenburg - Pommern = Schriftenreihe der Landeszentrale für Heimatdienst in Niedersachsen, Bd. 3, Hannover 1957, S. 14 ff.; Barthel, Rolf, Die Besiedlungsgeschichte des Barnim, in: Brandenburgisches Namenbuch, T. 5: Die Ortsnamen des Barnim, bearb. v. Gerhard Schlimpert = Berliner Beiträge zur Namenforschung, Bd. 6, Weimar 1984, S. 31 ff.
- 4 Auf der Grundlage des Corpus der archäologischen Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (7. bis 12. Jh.), hg. v. Joachim Herrmann u. Peter Donat, 2. Lfg.: Bezirke Rostock (Ostteil), Neubrandenburg, 3. Lfg.: Bezirke Frankfurt, Potsdam, Berlin, Berlin 1979, und von Ortsakten des Museums für Ur- und Frühgeschichte zu Potsdam.
- 5 Unter Auswertung von: Siedlungsformen der Provinz Brandenburg, bearb. v. Anneliese Krenzlin = Historischer Atlas von Brandenburg, Neue Folge (NF), 2. Lfg., Berlin (West) 1983, ermittelt durch eigene Kartenstudien und Ortsbegehungen.
- 6 Vgl. dazu Enders, Lieselott, Hochmittelalterliche Herrschaftsbildung im Norden der Mark Brandenburg, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (JfGF), Bd. 9, 1985, S. 23 ff., mit weiterer Literatur.
- 7 Schultze, Johannes, Der Wendenkreuzzug 1147 und die Adelsherrschaften in Prignitz und Rhingebiet, in: JbGMOD, Bd. 2, 1954, S. 95 - 124; vgl. auch neuerdings Assing, Helmut/Partenheimer, Lutz, War Treuenbrietzen im 12. Jahrhundert Zentrum einer selbständigen Adelsherrschaft?, in: Wis-

- senschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam, 29. Jg., 1985, S. 276 - 282.
- 8 Enders, Lieselott, Prenzlau - Altstadt, Neustadt und seine hochmittelalterlichen Kirchengemeinden, in: Beiträge zur uckermärkischen Kirchengeschichte (BzUK), 10. Jg., 1984, S. 4 ff.; dieselbe, Zur Geschichte des Stiftes Gramzow, in: ebenda, S. 38 ff.
- 9 Pommersches Urkundenbuch (PUB), hg. v. Kgl. Staats-Archiv zu Stettin, Stettin 1868 ff., Bd. I, S. 85 ff., Nr. 111 zu 1188; ebenda, S. 82 f., Nr. 108 zu 1187; ebenda, S. 90, Nr. 116 zu 1189. - Zum Fergitzer Burgwall s. Corpus ..., 2. Lfg., S. 505 ff.; zu Drense s. Schmidt, Volker, Untersuchungen am slawischen Burgwall in Drense, Kr. Prenzlau, in: Ausgrabungen und Funde (AuF), 28. Jg., 3/1983, S. 122 - 128.
- 10 Vgl. Gringmuth-Dallmer, Eike, Veränderungen der ländlichen Siedlungsstruktur im Zuge der vollen Durchsetzung feudaler Produktionsverhältnisse in den Gebieten westlich von Oder und Neiße, in: Zeitschrift für Archäologie, 15. Jg., 1981, S. 243.
- 11 Die Grabungsfunde im Hügelgräberfeld mit Brandbestattungen des 11./12. Jh., dem "sepulchrum slavorum" von 1258 (Codex diplomaticus Brandenburgensis /CDB/, ed. v. Adolf Friedrich Riedel, Berlin 1844 ff., A XIII, S. 205, Nr. 5) am Südende des Gr. Plagesees zwischen Chorin und Liepe, weisen direkt auf pommersche Herkunft der hier Bestatteten, s. Schulz, Rainer, Das Kloster Mariensee auf dem Pehlitzwerder, in: BzUK, 8. Jg., 1982, S. 37. - Die Ausdehnung des Bistums Kammin nach Süden bis zur Finow und Oder ist noch 1233 belegt (CDB, A XIII, S. 203 f., Nr. 2 u. 3).
- 12 Vgl. Brankačk, Jan, Studien zur Wirtschaft und Sozialstruktur der Westslawen zwischen Elbe-Saale und Oder aus der Zeit vom 9. bis zum 12. Jahrhundert, Bautzen 1964, S. 66 ff., über die Wirtschaft der Obodriten, Lutizen und Pomoranen; Słaski, Kazimierz, Agrarstruktur und Agrarproduktion in Pommern vor Beginn der deutschrechtlichen Kolonisation, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZfAA), 16. Jg., 1968, S. 181 - 189; über die Frühformen der ältesten deutschen Niederlassungen im ostelbischen Gebiet siehe z. B. Müller, Adriaan v., Zur hochmittelalterlichen Besiedlung des Teltow (Brandenburg), in: Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte = Vorträge und Forschungen, Bd. 18, Sigmaringen 1975, S. 311 ff.; vgl. auch Fritze, Eine Karte ..., S. 41 - 92.
- 13 Krabbo, Hermann/Winter, Georg (KW), Regesten der Markgrafen aus dem askanischen Hause, Leipzig 1910 ff., Nr. 161 a.
- 14 Vgl. Enders, Hochmittelalterliche Herrschaftsbildung ..., S. 39 ff.; Gründung der Burg Oderberg nach Sello, Georg, Chronica Marchionum Brandenburgensium, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (FBPG), 1. Jg., 1888, S. 120 f.
- 15 KW, Nr. 547.
- 16 KW, Nr. 617 zu 1234, Sello, S. 121 zu 1230; vgl. Enders, Hochmittelalterliche Herrschaftsbildung ..., S. 43; s. auch Barthel, Rolf, Neue Gesichtspunkte zur Geschichte Berlins, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 30. Jg., 8/1982, S. 691 - 710; derselbe, Die Besiedlungsgeschichte, S. 24 ff.
- 17 CDB, A XIII, S. 202 f., Nr. 1.
- 18 KW, Nr. 636 zu 1236, Nr. 730 u. 731 zu 1250.
- 19 Historischer Atlas der Provinz Brandenburg, hg. v. d. Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin (HKBB), 1. Reihe: Kirchenkarten, Karte Nr. 1, bearb. v. Gottfried Wentz.
- 20 Z. B. 1153 Stolpe an der Peene, um 1155 Grobe bei Usedom, 1172 Dargun, 1174 Kolbatz, s. Heyden, Hellmuth, Kirchengeschichte Pommerns, Bd. 1, 2. Aufl., Köln/Braunfels 1957, S. 113 ff.
- 21 Enders, Lieselott/Beck, Friedrich, Zur Geschichte des Nonnenklosters in Prenzlau und seiner Überlieferung, in: JfGF, Bd. 8, 1984, S. 158 - 190,

- bes. S. 158 f.; Ersterwähnung der Klöster in Prenzlau s. CDB, A XXI, S. 88, Nr. 2 (1250); Seehausen s. PUB, Bd. VI, S. 331, Nr. 3936 (1250); Zehdenick s. KW, Nr. 726.
- 22 Schulze, Berthold, Brandenburgische Landesteilungen 1258 bis 1317 = Einzelschriften der HKBB, Bd. 1, Berlin 1928; CDB, A XIII, S. 204 ff. zum Kloster Mariensee/Chorin.
- 23 KW, Nr. 143.
- 24 Vgl. z. B. die Urkunden für Kloster Boitzenburg: CDB, A XXI, S. 3 f., Nr. 4; ebenda, S. 8, Nr. 11, für Chorin: ebenda, A XIII, S. 212 f., Nr. 11; ebenda, S. 218, Nr. 20; ebenda, S. 220 f., Nr. 25; ebenda, S. 222 f., Nr. 27.
- 25 Enders, Zur Geschichte des Stiftes Gramzow, S. 52 f.
- 26 CDB, A XIII, S. 312, Nr. 4 zu 1236; PUB, Bd. I, S. 282 f., Nr. 362 zu 1239; vgl. Kuhn, Walter, Kirchliche Siedlung als Grenzschutz 1200 - 1250 (am Beispiel des mittleren Oderraums), in: Ostdeutsche Wissenschaften (OW), 9/1962, S. 6 - 55, Nachdruck in: derselbe, Vergleichende Untersuchungen zur mittelalterlichen Ostsiedlung = Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 16, Köln/Wien 1973, S. 369 - 418, bes. S. 403 ff.
- 27 1270 urkunden die Markgrafen "in Colpino" (KW, Nr. 984); 1281 schenken sie den Brüdern St. Victors "in Colpino" zu ihrem Besitz von 20 Hufen die Pfarrkirche von Petersdorf (KW, Nr. 1274, nicht in Hinterpommern!) samt ihrem Filial Lubersecken in der Diözese Brandenburg (CDB, A XIII, S. 320, Nr. 17 zu 1297); s. auch Enders, Lieselott, Zur Geschichte von Kölpin, Lebüske und Libbesicke im Grenzgebiet der Bistümer Brandenburg und Kammin, in: BzUK, 9. Jg., 1983, S. 21 ff.
- 28 Curschmann, Fritz, Die deutschen Ortsnamen im nordostdeutschen Kolonialgebiet = Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 19.2, Stuttgart 1910, S. 179. - Allerdings hat Haßleben 1375 einschl. 4 Pfarrhufen 60 Hufen, Kaakstedt von 55 Hufen 2 (!) Pfarrhufen, s. Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375 (Landbuch), neu bearb. v. Johannes Schultze, Berlin 1940, S. 281, 265. - Die Differenz der Dorfhufen wäre nur durch Zurodung zu erklären. Die Ritter v. Kocstede sind im 13. Jh. nur im Gefolge der Askanier belegt; das schließt aber, wie noch zu zeigen sein wird, ihre Tätigkeit als Siedlungsunternehmer im pommerschen Land nicht aus.
- 29 Der Ortsname Karzenow, 1239 erwähnt (s. Anm. 26), deutet auf Brandrodung; vgl. auch Brankač, S. 85.
- 30 Vgl. Zientara, S. 226 ff., und Krenzlin, Anneliese, Die naturräumlichen Grundlagen Brandenburgs, in: JbGMOD, 28. Jg., 1979, S. 4 f., 24 ff., sowie die ungedruckte Habil.-Schrift von Driescher, Eva, Veränderungen an Gewässern in historischer Zeit. Eine Untersuchung von Teilgebieten der Bezirke Potsdam, Frankfurt und Neubrandenburg, Berlin 1974, S. 30 ff., 41 ff., 227 ff.
- 31 Staatsarchiv Potsdam (StAP), Pr. Br. Rep. 6 B Landratsamt Templin Nr. 118 zu 1698/1701; ebenda, Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Boitzenburg Nr. 849 zu 1756/57.
- 32 Vor neueren Arbeiten seien, vor allem unter methodischen Aspekten, genannt: Posch, Fritz, Zentrale Probleme der Siedlungsforschung, in: ZfAA, 8. Jg., 1960, S. 125 - 132; Schlesinger, Walter, Die mittelalterliche Ostsiedlung im Herrschaftsraum der Wettiner und Askanier, in: Deutsche Ostsiedlung in Mittelalter und Neuzeit = Studien zum Deutschtum im Osten, A. 8, Köln/Wien 1971, S. 44 - 64; Kuhn, Walter, Westslawische Landesherren als Organisatoren der mittelalterlichen Ostsiedlung, in: Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters ..., S. 225 - 261; vgl. Prange, Wolfgang, Siedlungsgeschichte des Landes Lauenburg im Mittelalter = Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 41, Neumünster 1960, bes. S. 253 ff., Schieckel, Harald, Ortsname und Ortsgründer. Beobachtungen im Siedelbild östlich der Saale, in: Festschrift für Walter Schle-

- singer, hg. v. Helmut Beumann = MF, Bd. 74.1, Köln/Wien 1973, S. 120 - 137 (betont hohen Anteil des Adels), Conrad, Klaus, Urkundliche Grundlagen einer Siedlungsgeschichte Pommerns bis 1250, in: Zeitschrift für Ostforschung (ZOF), 31. Jg., 1982, S. 337 - 360, bes. S. 355 ff., über die Rolle des Landesherrn und des Adels; dazu noch Barthel, Die Besiedlungsgeschichte des Barnim, wichtig vor allem die Abkehr von der einseitigen Fixierung der Siedlungsleistung auf die Askanier, die sich prononciert z. B. bei Krenzlin, Anneliese, Die Siedlungsstrukturen in der Mark Brandenburg als Ergebnis grundherrschaftlicher Aktivitäten, in: Westfälische geographische Studien, 33 Jg., 1976, S. 131 - 145, und besonders im Terminus "askanische Plansiedlung" (S. 142) findet, adaptiert u. a. von Escher, Felix, Askanier und Magdeburger in der Mittelmark im 12. und frühen 13. Jahrhundert. - Zugleich ein Beitrag zur Entstehung Berlins, in: Festschrift der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg zu ihrem hundertjährigen Bestehen 1884 - 1984, hg. v. Eckart Henning u. Werner Vogel, Berlin (West) 1984, S. 76, als "askanische Planform".
- 33 KW, Nr. 299 zu 1157/59; PUB, Bd. I, S. 34 ff., Nr. 62 zu 1173; ebenda, S. 115, Nr. 148 zu 1209; vgl. auch die Urkunde König Konrads von 1150 für das Bistum Havelberg, in: CDB, A II, S. 438 f., Nr. 4.
- 34 CDB, A XXI, S. 87 f., Nr. 1 zu 1234/35; ebenda, A XIII, S. 316 f., Nr. 11 zu 1248.
- 35 Hertel, Gustav, Die Wüstungen im Nordthüringgau = Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 38, Halle 1899, S. 193 f.: Insleben, Wüstung westlich von Neustadt Magdeburg, erzbischöfliches Lehen.
- 36 1321 entschädigte der pommersche Herzog seine Vasallen für Kriegsdienste und erlittene Schäden mit Höfen und Hufen in uckermärkischen Dörfern (CDB, B I, S. 477 ff., Nr. 570); die Vasallen sind teils ihm ergebene einheimische, teils pommersche Adlige. Die bedeutenden Vertreter des uckermärkischen Adels erscheinen zuvor zahlreich in markgräflichen Verträgen mit Pommern (CDB, B I, S. 176, Nr. 230 zu 1284; PUB, Bd. IV, S. 37 f., Nr. 2018).
- 37 1240 werden u. a. die Dörfer des Frowinus und das Dorf des Samborius (= Sommersdorf/Kr. Randow) genannt (PUB, Bd. I, S. 305, Nr. 377), 1243 derselbe Frowinus mit dem Zunamen von Drense (ebenda, S. 329, Nr. 417).
- 38 Vgl. auch Prinz, Jürgen, Betrachtungen zum Verhältnis des slawischen und deutschen Elementes zur Zeit der deutschen Kolonisation Brandenburgs anhand des Namenmaterials, in: JbGMOD, 20. Jg., 1971, S. 18 f.
- 39 Bruns-Wüstefeld, S. 175 f., spricht von Massenwanderung des deutschen und Verdrängung des einheimischen Adels vom Herzogshof, wenn auch nicht aus dem Lande selbst. Mit Recht hält er m. E. viele uckermärkische Adlige für slawischen Ursprungs. Erstgenannter These ist entgegenzuhalten, daß sich die Zeugen der pommerschen Urkunden ebenso wie die der märkischen jeweils aus den Rittern rekrutierten, die in der Terra des Ausstellungsortes ansässig waren. Bis in die 80er Jahre des 13. Jh. finden sich zahlreiche slawische Personennamen in den Zeugenreihen, des weiteren biblische und von den Slawen bevorzugte deutsche Vornamen, z. B. Heinrich; vgl. auch Prinz, S. 6 f., 12. - Die von Schulze, Hans K., Territorienbildung und soziale Strukturen in der Mark Brandenburg im hohen Mittelalter, in: Herrschaft und Stand, hg. v. Josef Fleckenstein = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 51, Göttingen 1977, S. 267 f., ausgesprochene Behauptung, die märkische Ritterschaft sei rein deutschen Ursprungs, ist so nicht haltbar.
- 40 CDB, A XIII, S. 210 f., Nr. 9 zu 1261; PUB, Bd. VI, S. 331, Nr. 3936 zu 1250; CDB, A XIII, S. 212, Nr. 10 zu 1267; ebenda, A XXI, S. 1, Nr. 1 zu 1269.
- 41 KW, Nr. 733: Johannes de Bentz, 1251 in Urkunde für Prenzlau.

- 42 STAP, Pr. Br. Rep. 8 Stadt Brüssow U 1 (ediert bei Emil Schwartz, Geschichte der Stadt Brüssow, in: Jahrbuch des Uckermärkischen Museums- und Geschichtsvereins in Prenzlau, Bd. 2, Prenzlau 1941, S. 102, Nr. 1): 1259 verlieh Heinrich v. Stegelitz seinen Bürgern ("opidanis") in Brüssow und dieser Stadt 60 Hufen und alle Rechte, wie sie Prenzlau und Magdeburg gewohnt sind. 1261 verfügte Johann v. Greiffenberg über Besitz des von seinen Vorfahren gestifteten und vor seiner Stadt Greiffenberg gelegenen Marienhospitals (CDB, A XIII, S. 210 f., Nr. 9).
- 43 CDB, A XXI, S. 1 f., Nr. 1 zu 1269; vgl. auch Schultze, Johannes, Das Kloster Boitzenburg hieß niemals Marienforte, in: JbGMOD, 16. - 17. Jg. 1968, S. 297 - 306; Ribbe, Wolfgang, Erläuterungen zur Gründung des Klosters Marienfließ, in: BzUK, 5. - 6. Jg., 1980, S. 133 - 137; Schulze, Hans K., Adels-Herrschaft und Landesherrschaft = MF, Bd. 29, Köln/Graz 1963, S. 93 f., 161 f.
- 44 PUB, Bd. VI, S. 331, Nr. 3936 zu 1250; vgl. auch Kuhn, Kirchliche Siedlung ..., S. 403 ff., mit der Erwägung einer Filiation Seehausens von Walkenried.
- 45 Siehe Anm. 43 zu 1269, Anm. 42 zu 1261.
- 46 Landbuch, S. 239, 278, 271.
- 47 CDB, B I, S. 479, Nr. 570 zu 1321; Landbuch, S. 277, u. v. a.
- 48 Siehe Anm. 43; v. Stegelitz tat es den Edelfreien in der Prignitz und in angrenzenden Gebieten nach: 1245 Johannes dei gratia dominus de Plothe (CDB, A I, S. 366, Nr. 2), 1269 Alvericus dei gratia castellanus in Milow (nw Brandenburg/Havel; ebenda, A VIII, S. 169, Nr. 97); 1290 und 1319 ist die gleiche Formel bei den Grafen von Lindow und den Herren zu Puttitz belegt (ebenda, A IV, S. 511, Nr. 1; ebenda, A I, S. 300, Nr. 8).
- 49 Ebenda, A XIII, S. 210 f., Nr. 9 zu 1261; ebenda, S. 211, Nr. 10 zu 1267; dominus Anselmus de Blankenburch, dominus Betrammus de Beniz; vgl. auch Fleckenstein, Josef, Die Entstehung des niederen Adels und des Rittertums, in: Herrschaft und Stand (wie Anm. 39), S. 33.
- 50 Vgl. Schultze, Johannes, Proprietas und Hereditas östlich Elbe und Oder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte (BfLG), 104. Jg., 1968, S. 34 ff., der die Übertragung der Proprietas an Adlige seitens der Herrschaft vermutet; Conrad, S. 356, sieht die Ursachen v. a. im anhaltenden außenpolitischen Druck auf Pommern, was sicher mitspielt. Zur Entstehung und Charakteristik adliger Herrschaften vgl. auch Mitterauer, Michael, Formen adliger Herrschaftsbildung im hochmittelalterlichen Österreich, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (MIÖG), 80. Jg., 1972, 3./4. Lfg., S. 265 - 338, bes. S. 271 f., 321 f.
- 51 CDB, A XXI, S. 89, Nr. 3.
- 52 Um 1230 Gründung des Klosters Lindow durch die Edlen von Arnstein (vgl. die etwa gleichzeitige Foundation von Marienfließ durch die Edlen Gans in ihrem bischöflichen Lehnsbesitz), 1252 Gründung des Klosters Ivenack durch die v. Stove (PUB, Bd. I, S. 432, Nr. 553); vgl. auch Schlesinger, Walter, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter = MF, Bd. 27.2, Köln/Graz 1962, S. 284, mit Hinweis auf Klostergründungen durch Edelfreie auf ihrem Eigengut.
- 53 Auch diesen Fall kalkulierte der Stifter ein. Die Mühlenpächte sollten dann dem Nonnenkloster zu Seehausen und den Franziskanern in Prenzlau zufallen.
- 54 CDB, A XXI, S. 2, Nr. 2.
- 55 Landbuch, S. 4.
- 56 1260 trat Bischof Hermann von Kammin dem Markgrafen Dorf Klockow (nö Prenzlau) gegen die markgräflichen Dörfer Menkin und Wollschow ab (PUB, Bd. II, S. 69, Nr. 684).
- 57 Überliefert ist nur ein Nachfahre, Lemkinus de Kannenberch, der einst Einkünfte in Pinnow (sww Prenzlau) besaß (CDB, A XIII, S. 255, Nr. 78 zu 1345). 1580 war die "Cannenborgk" Grenzort am Templiner Fließ zwi-

schen Haus Himmelfort und Amt Zehdenick (StAP, Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Badingen Nr. 17).

58 KW, Nr. 941.

59 Ebenda, Nr. 948, 986.

60 Alle Ortsbelege s. in: Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. 8: Uckermark.

61 CDB, A XIII, S. 16 f., Nr. 9 zu 1307; ebenda, S. 240 f., Nr. 54, 55 zu 1319 (und 1320); vgl. auch Harmjanz, Heinrich, Frühaskanische Landnahme im brandenburgischen Havelland (gezeigt am Beispiel des Glin) = Volksforschung, Bd. 2, Berlin 1942, S. 40, über die Rolle der v. Redern im Glin; ebenda, S. 32 ff., über die Herkunft der Siedler aus dem Vorharz (Börnecke, Veltheim).

62 KW, Nr. 556 zu 1215; ebenda, Nr. 604 zu 1231.

63 Die Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen, Bd. 3: Kreis Stendal-Land, bearb. v. Friedrich Hoffeld u. Ernst Haetge, Burg 1933, S. 95, 176, 183 u. 15 (Belitz); vgl. Schmidt, Peter, Die Chorturmkirche von Grünow (Kreis Angermünde), in: BzÜK, 7. Jg., 1981, S. 44 - 60, der Einflüsse aus Mitteldeutschland in Erwägung zieht.

64 CDB, A VIII, S. 121, Nr. 33; ebenda, S. 126, Nr. 39; ebenda, S. 132 ff., Nr. 48; vgl. Vogel, Werner, Stolzenhagen. Beobachtungen zum askanischen Herrschaftssystem in der Uckermark, in: Brandenburgische Jahrhunderte. Festgabe Johannes Schultze zum 90. Geburtstag, hg. v. Gerd Heinrich u. Werner Vogel, Berlin (West) 1971, S. 35 - 54; er nimmt Namensübertragung von Stolzenhagen im Barnim an und hält den Ort in der Uckermark für jünger; dagegen verweist Barthel, Die Besiedlungsgeschichte ..., S. 44, auf die benachbarten Orte Stolzhain und Saathain bei Elsterwerda und vermutet einen Vorstoß der Wettiner in die südliche Uckermark.

65 Enders, Lieselott, Der Ortsnamensausch von Alt- und Neukünkendorf, Alt- und Neugalow, in: BzÜK, 9. Jg., 1983, S. 34 - 47, mit dem Nachweis, daß im Mittelalter Neukünkendorf Alt Künkendorf hieß und umgekehrt, Neukünkendorf also v o r Altkünkendorf gegründet wurde.

66 1271 war v. Kerkow zu Kerkow ansässig, das zusammen mit Teschendorf und Neuendorf an das Ländchen Löwenberg veräußert wurde (CDB, A VII, S. 245, Nr. 3).

67 CDB, A XIII, S. 318, Nr. 13; vgl. auch Schultze, Proprietas ..., S. 38, 40. - Im Falle Boitzenburgs wird das Besitzrecht durch v. Kerkow selber nur vage umschrieben: er habe den Markgrafen Schildberg aufgelassen ("resignauimus"), diese haben ihm Boitzenburg übertragen ("contulerunt").

68 CDB, A XXI, S. 7, Nr. 10 zu 1289. - Jedoch 1288 ließen die Markgrafen Zapel vermessen (ebenda, S. 5 f., Nr. 7) und Hardenbeck (ebenda, S. 6, Nr. 8); 1289 verkauft v. Kerkow Grundbesitz (ebenda, S. 6 f., Nr. 9); vgl. weitere Urkunden; 1365 kauft der Markgraf Haus, Städtchen und Land Boitzenburg von Ulrich v. Lochen zurück (ebenda, S. 331, Nr. 38).

69 CDB, A XIII, S. 130, Nr. 5 zu 1288; ebenda, S. 220 f., Nr. 25 zu 1277.

70 KW, Nr. 546 zu 1209; 1354/55 wurde Flemsdorf (Vlemyschdorph, Vlemings-torp) als offenbar markgräfliche Besetzung von der Abtretung des östlichen Uckerlandes an Pommern ausgenommen (CDB, B II, S. 351, Nr. 974, 993).

71 KW, Nr. 948, 986. - 1294 übereigneten die Markgrafen der Stadt Rathenow Dorf Gezeriz, das bisher ein Ritter von Berenwolde besaß (KW, Nr. 1591); vgl. auch Bärwalde im Fläming.

72 Wichtig ist der Hinweis von Schütte, Leopold, Der villicus im spätmittelalterlichen Westfalen, in: Die Grundherrschaft im späten Mittelalter, Bd. I, hg. v. Hans Patze = Vorträge und Forschungen, Bd. 27, Sigmaringen 1983, S. 347, wonach "Locator" nicht als Gründer, sondern wortsinngemäß als Verpächter (des ihm vom Grundherrn übertragenen Landes an die Nutzer) zu verstehen ist. Zu ergänzen wäre nur: Demzufolge hatte er her nach in der Funktion als landesherrlicher Schulze die Abgaben (vor allem die Pacht) von den Nutzern einzuziehen, wie es z. B. die Urkunde von 1295 ausdrücklich bezeugt (CDB, A XXI, S. 8 f., Nr. 12). Vgl. auch

- Prange, S. 254 ff., der zwei Lokatortypen unterscheidet, den grundherrlichen und den Dorf- und Erbschulzenlokator.
- 73 Vgl. u. a. Rösener, Werner, Bauer und Ritter im Hochmittelalter, in: Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein, hg. v. Lutz Fenske, Werner Rösener u. Thomas Zotz, Sigmaringen 1984, S. 665 - 692, bes. S. 680 ff., und Fenske, Lutz, Soziale Genese und Aufstiegsformen kleiner niederadliger Geschlechter im südöstlichen Niedersachsen, in: ebenda, S. 692 - 726, bes. S. 698 ff.
- 74 Die Bedeutung und Häufigkeit der Namensübertragung wird sehr unterschiedlich gewertet. Zu beachten sind immer mehrere Kriterien. Der Vergleich des mittelalterlichen Ortsnamenbestandes der Uckermark mit denen aller denkbaren Herkunftsgebiete der Siedler anhand der Ortslexika, Wüstungskunden, namenkundlichen Werke wie: Trautmann, Reinhold, Die slawischen Ortsnamen Mecklenburgs und Holsteins = Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (SäAdW), Philol.-hist. Klasse, Bd. 45.3, 2. Aufl., Berlin 1950, S. 24 ff.; Haeger, Fritz, Die deutschen Ortsnamen Mecklenburgs seit Beginn der Kolonisation = Wissenschaftliche Schriftenreihe des Heimatbundes Mecklenburgs, Bd. 2, Weimar 1935, S. 33 ff., u. a. macht die Beliebtheit und Verbreitung zahlreicher deutscher und slawischer Ortsnamen deutlich, die ebensogut übertragen wie autochthon oder neugebildet sein können.
- 75 Erstmals CDB, A XIII, S. 205 ff., Nr. 5; vgl. auch Schlimpert, Gerhard, Slawische Personennamen in mittelalterlichen Quellen zur deutschen Geschichte = SäAdW, Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte, Bd. 17, Berlin 1978, S. 12.
- 76 Nicht berücksichtigt wurden die biblischen Vornamen; nach Prinz, S. 3 f., weisen Mischnamen mit Sicherheit auf ein Zusammenwirken des slawischen und deutschen Elements, mit großer Wahrscheinlichkeit auch auf frühe Entstehung zu Beginn der deutschen Kolonisation und vor Erlöschen des slawischen Idioms im Siedlungsgebiet hin, bei slawischem Erst- und deutschem Zweitglied auf das Fehlen einer Deklassierung des slawischen Elements; ebenda, S. 6 f., Hinweis, daß Mischnamen in Mecklenburg und Pommern öfter, in Brandenburg seltener vorkommen. Vgl. auch Biereye, Wilhelm, Über die Besiedlung des Landes Parchim durch die deutsche Ritterschaft 1226 bis 1256, in: Mecklenburgische Jahrbücher, 96. Jg., 1932, S. 168 ff., über das Wirken slawischer Ritter am Parchimer Hof.
- 77 Siehe Abschnitt 2.2.3. 1209 werden "Slavi nobiles" als Zeugen am markgräflichen Hof zu Havelberg genannt (KW, Nr. 534); ebenso im Land Starogard, als Grundherren z. B. 1286 dominus Chotemar Dargaz über Dabelow und Klein Kastavel u. a. (CDB, B I, S. 188, Nr. 243).
- 78 Haeger, S. 33: Lambertstorp wüst bei Wismar.
- 79 Dobbertin, Hans, Wohin zogen die Hämelschen Kinder (1284)?, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 27. Jg., 1955, S. 82 ff., übertragen u. a. durch v. Brakel, verwandt mit den v. d. Lippe und v. Hindenburg. Möglicherweise hat auch die von Morré, S. 467, erwähnte Familie v. Rutenberg auf ihrem Weg aus dem Bistum Hildesheim nach Preußen das uckermärkische Dorf Rutenberg bei Lychen gegründet, die niedersächsische Familie v. Trampe die gleichnamigen Orte im Oberbarnim und Uckerland (ebenda, S. 472).
- 80 Bathe, Max, Das siebenfache Lichterfelde, in: Jahresgabe des Altmärkischen Museums in Stendal, 1969, S. 55 - 75. - Es gehörte später zum Oberbarnim. Schönemark kommt u. a. im Land Ruppín und in der Ostprignitz vor.
- 81 Zu Beenz (Benitz) und Wichmannsdorf s. Hertel, S. 37 f., 450; zu Eickstedt s. Adelslexicon der Preussischen Monarchie, bearbeitet v. Ledebur, Leopold Frh. v., Bd. 1, Berlin 1855, S. 196; ihm zufolge nicht identisch mit ON und FN Eickstedt.
- 82 Vgl. den Flurnamen "Die Hok" bei Damme in der Uckermark (Lippert, Werner, Die Flurnamen der Uckermark, bearb. v. Joachim Göschel = Beiträge

- zur deutschen Philologie, Bd. 8, Gießen 1970, S. 90) mit dem Gassennamen "Huk" in Jüterbog, nachgewiesen bei Schich, Winfried, Stadtwerdung im Raum zwischen Elbe und Oder im Übergang von der slawischen zur deutschen Periode, in: *Germania slavica* I, hg. v. Wolfgang H. Fritze, Berlin (West) 1980, S. 214 f.; s. auch Bathe, Max, Der Bereich der Flurnamen Heininge, in: Jahresgabe des Altmärkischen Museums Stendal, 1965, S. 38 - 54, bes. S. 52 f., und derselbe, Das siebenfache Lichterfelde, S. 56 f., zur Wanderung von Orts- und Flurnamen von Flandern zur Elbe, von dort Abspaltung zur Altmark und zum Fläming und Wanderung von der Altmark zum Fläming, nie umgekehrt. Vgl. des weiteren Holsten, Robert, Deutsche Waldnamen in Pommern, in: *Baltische Studien*, NF, 41 Jg., 1939, S. 18 - 34; derselbe, Die pommersche Flurnamensammlung = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Bd. 5.6, Köln/Graz 1963; Teuchert, Hermann, Die Sprachreste der niederländischen Siedlungen des 12. Jahrhundert, Neumünster 1944, S. 122. - "Woold" in der Uckermark 1239 (PUB, Bd. I, S. 282 f., Nr. 362) belegt nordniedersächsischen Einfluß (Teuchert, S. 216); obersächsisch ist "Tanger"; zum wettinischen Spracheinfluß vgl. Prinz, S. 19. - Im mittelpommerschen Keil (ebenso wie in der Uckermark) herrscht eindeutig der ostfälische Kirchenbautyp vor, im nördlichen Vorpommern und in Mecklenburg der westfälische (vgl. Ehl, Heinrich, Norddeutsche Feldsteinkirchen, Braunschweig/Hamburg 1926, S. 69 ff.). Weiteres dazu s. unten Abschnitt 2.4.2.
- 83 Fischerdörfer waren Gatow, Stützkow, Hohensaaten und Liepe; 1355 werden die "villae slavicales" an der Oder, Zützen, Criewen und Schöneberg sowie die anderen slawischen Dörfer zwischen Schwedt und Stolpe, genannt, das sind wahrscheinlich Densen, Stützkow, Galow, Wernikow und die Kietze bei Criewen, Schwedt und Stolpe (CDB, B II, S. 369, Nr. 993). Bemerkenswert ist Schöneberg, vielleicht von deutschen Lokatoren mit den Einwohnern von Galow gegründet; vgl. Fritze, Wolfgang H., Probleme des Fortlebens slawischer Bevölkerung nordostdeutscher Länder im hohen Mittelalter, in: Protokoll Nr. 160 über die Arbeitstagung des Konstanzer Arbeitskreises, Konstanz 1970, S. 96, ähnlich Schlesinger, Die mittelalterliche Ostsiedlung ..., S. 55, doch ist Galow erst seit neuester Zeit ein "Ortsteil" von Schöneberg.
- 84 Vgl. Brunns-Wüstefeld, S. 210, mit Bezug auf den Sachsenpiegel; vgl. Schlesinger, Walter, West und Ost in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, in: derselbe, Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2, Göttingen 1963, S. 233 - 253, hier bes. S. 248. Grundlegend Zientara, Benedykt, Der Ursprung des "ius Theutonikum", in *JfGF*, Bd. 7, 1978, S. 119 - 148, bes. S. 123 ff. - Das von Schulze, Hans K., Der Anteil der Slawen an der mittelalterlichen Siedlung nach deutschem Recht in Ostmitteldeutschland, in: *ZOF*, 31. Jg., 1982, 3, S. 335, herangezogene Beispiel des Dorfes Groß Raderang in der Ostprignitz, wo laut spätmittelalterlichem Urbar das "ius slaviale" gelte, darf wohl nicht verallgemeinert werden, vor allem nicht im Sinne einer prinzipiellen rechtlichen Minderstellung der Slawen. Die fürstlichen Siedlungsaufrufe seit Mitte des 12. Jh. galten allen Völkern. Wenn sie sich an der Siedlung beteiligten, wurden sie auch des Siedlerrechtes teilhaftig.
- 85 Syaski, S. 181 - 189; Donat, Peter, Die Entwicklung der Agrarproduktion und die Herausbildung des feudalen Bodeneigentums bei den Westslawen, in: *Produktivkräfte und Gesellschaftsformationen in vorkapitalistischer Zeit*, hg. v. Joachim Herrmann u. Irmgard Sellnow = Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 12, Berlin 1982, S. 586; vgl. auch Fritze, Probleme des Fortlebens ..., S. 95 ff., zum Anteil der Slawen am Siedlungswerk.
- 86 Nicht berücksichtigt sind Bruchhagen (im Mittelalter: Bruchhove) und das neuzeitliche Schmachtenhagen, vielleicht ein Flurname, doch quellenmäßig nicht belegt.

- 87 Die Untersuchung der Ertragsfähigkeit der Bauernfeldmarken 1698/1701 (s. Anm. 31) weist für weite Teile der Uckermark aus, daß infolge der jahrzehntelangen Verwaldung die alte Hufeneinteilung nicht mehr zu erkennen war, geschweige denn die der seit dem Mittelalter wüstliegenden, nur noch als Waldweide oder gutswirtschaftlich genutzten wüsten Feldmarken, so daß die Akten und Karten des 18. und 19. Jh. die mittelalterlichen Verhältnisse n i c h t widerspiegeln; vgl. auch Quirin, Heinz, Bemerkungen zur Siedlungsgeschichte des Teltow, in: Protokoll Nr. 160 ..., S. 53. - Ich kann daher die absolute Verneinung mittelalterlicher Hagenhufen für Brandenburg nicht teilen, die Krenzlin, Anneliese, Probleme der neueren nordostdeutschen und ostmitteldeutschen Flurformenforschung, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 4. Jg., 1940, S. 547 - 569, Nachdruck in: Beiträge zur Kulturlandschaftsgenese in Mitteleuropa, hg. v. Hans-Jürgen Nitz u. Heinz Quirin = Erdkundliches Wissen, H. 63, Geographische Zeitschrift, Beihefte, Wiesbaden 1983, S. 24, mit Hinweis auf die regelmäßigen Gewinnfluren (des 18./19. Jh.!) stützt. Gegenbeispiele sind allerdings schwer zu erbringen, 1502 wird das zu Lauenhagen gehörige Feld, genannt "dy halve Strate", erwähnt (CDB, A XXI, S. 503, Nr. 51). Geländebegehung auf der ehemaligen sehr großen Feldmark Langenhagen entlang dem von Herrenstein bei Gerswalde zum Stiernsee fließenden Wasserlauf erweckt deutliche Vorstellungen von einer langgestreckten Reihensiedlung, von deren Achse sich die Hufen lotrecht die Höhenzüge aufwärts dehnen. 1375 gab es hier 11 Knappenhöfe mit 44 freien und 4 anderen Hufen (von 84 Hufen insgesamt; Landbuch, S. 264); das ist ganz außergewöhnlich und läßt auf grundherrliche Umgestaltung einer besonderen Siedlungsstruktur des 13. Jh. schließen.
- 88 Blohm, Richard, Die Hagenhufendörfer in Schaumburg-Lippe = Veröffentlichungen des Provinzial-Instituts für Landesplanung und niedersächsische Landes- und Volksforschung, Hannover/Göttingen, Reihe A II, Bd. 10, Oldenburg 1943; Molitor, Erich Verbreitung und Bedeutung des Hägerrechts, in: Adel und Bauern im deutschen Staat des Mittelalters, hg. v. Theodor Mayer, Leipzig 1943, S. 331 - 345; siehe v. a. Kroeschell, Karl A., Rodungssiedlung und Stadtgründung. Ländliches und städtisches Hagenrecht, in: BfLG, 91 Jg., 1954, S. 56 ff., nach dessen Beschreibung und Definition des Hagenrechtes dessen Anwendung auf bestimmte Siedlungen in der Uckermark durchaus möglich wäre, da auch hier Rodungsdörfer dieser Art mit einer Herrschaft besonderen Ranges verknüpft und Mittelterritorialer Herrschaftsbildung waren: die Hagendörfer bei Gerswalde, Boitzenburg und Fürstenwerder. Engel, Franz, Grenzwälder und slawische Burgbezirke in Nordmecklenburg, in: Siedlung und Verfassung der Slawen zwischen Elbe, Saale und Oder, hg. v. Herbert Ludat u. a., Gießen 1960, S. 131, weist auf die Verbreitung der Hagenhufendörfer als typische Rodungssiedlungen der Buchenwaldzone hin, z. T. auf Endmoränenzügen, was ebenfalls auf die uckermärkischen und mecklenburgischen Verbreitungs- bzw. niederdeutschen Sprachgebiet sieht auch Schulze, Hans K. (wie Anm. 2), S. 104 f.
- 89 Rückläufiges Verzeichnis der Gemeindenamen der Deutschen Demokratischen Republik, bearb. v. Hans Zikmund, Berlin 1970; vgl. Prinz, S. 11 ff., der wettinische Sprach- und Nameneinflüsse bis in das Gebiet von Freienwalde hin aufdeckt und damit die Thesen von Barthel, Rolf/Schlimpert, Gerhard, Spuren wettinischer Besiedlung im Barnim, in: Studia Onomastica II. Namenkundliche Informationen, Beih. 3, Leipzig 1981, S. 5 - 18, stützt. Beziehungen Pommerns zum Herrschaftsgebiet der Wettiner bzw. Sprewanen um Köpenick deuten auch bestimmte Patrozinien an; s. dazu Abschnitt 2.4.3.
- 90 Vgl. Metzenthin, Erich, Zur Besiedlung der Mittelmark, in: FBPG, 48. Jg., 1936, S. 251 ff., über die Hufe als Flächenmaß; Krenzlin, Probleme ..., S. 35, definiert die Hufe als agrarrechtlichen Begriff, in Brandenburg mit Rechten und Pflichten versehene, fest umgrenzte Landeinheit, ursprünglich auch in Brandenburg ein Größenmaß. Kuhn, Walter, Flämische und fränki-

- sche Hufe als Leitformen der mittelalterlichen Ostsiedlung, in: Hamburger mittel- und ostdeutsche Forschungen (HF), Bd. 2, 1960, S. 187, weist darauf hin, daß den größeren Landschenkungen ein bestimmtes Hufenmaß zugrunde gelegen haben muß, sonst hätte es näher definiert werden müssen. Dagegen z. B. Hülsen, Friedrich, Besiedlung und Entstehung der Hufengewannflur in Groß und Klein Behnitz im Havelland, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte, 19. Jg., 1968, S. 54 - 65, demzufolge die Hufe niemals Flächenmaß, sondern Einheit des bäuerlichen Wirtschaftsbetriebes gewesen sei.
- 91 CDB, A XXI, S. 10, Nr. 15.
- 92 Engel, Franz, Mittelalterliche Hufenmaße als siedlungsgeschichtliche Quelle, in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, 6. Jg., 1954, S. 272 - 287, Nachdruck in: derselbe, Beiträge zur Siedlungsgeschichte und Historischen Landeskunde, hg. v. Roderich Schmidt, Köln/Wien 1970, S. 116 - 136.
- 93 Kuhn, Flämische und fränkische Hufe ..., S. 185 f.
- 94 CDB, A XXI, S. 3 f., Nr. 4 u. 5; nach Driescher, S. 51, ist der Tytzen-see identisch mit den vormals zusammenhängenden Haussee, Schumellen-see und Küchenteich.
- 95 Metzenthin, S. 266 f. - Seine Angabe zu Haßleben, wonach eine Hufe nur 18 Joch gehabt haben soll, findet im Landbuch keine Stütze.
- 96 Ermittlung der Hufenzahlen nach den ältesten Angaben, in der Mehrzahl nach dem Landbuch von 1375, ergänzt und überprüft anhand anderer mittelalterlicher Quellen, u. a. über das Scheffelkorn als Pfarrabgabe (in der Regel 1 Scheffel pro Hufe) und das Hufengeldregister von 1527, in: Curschmann, Fritz, Die Diözese Brandenburg, Leipzig 1906, S. 480 ff., beide auf den Festlegungen des 13. Jh. beruhend, im Bistum Brandenburg auf dem Zehntstreitvergleich von 1237/38 (ebenda, S. 336 ff.).
- 97 Von den 13 Orten mit 80 und mehr Hufen sind 9 Städte und Burgorte.
- 98 PUB, Bd. I, S. 304 ff., Nr. 377, zusammen mit dem 60-Hufen-Dorf Lützelow und dem 50-Hufen-Dorf Drense.
- 99 Zu beachten ist, daß die Westslawen seit dem 12. Jh. ihre Dorfflur abgrenzten und parzellierten, vgl. Brankačk, S. 89 f.; Slaski, S. 181 f.; Donat, S. 586.
- 100 Der Hinweis von Bruns-Wüstefeld, S. 204, auf paarweise vorkommende Orte mit gleicher Hufenzahl ist beachtenswert, die überlieferten Filiationsverhältnisse der Pfarrorganisation sind jedoch oft jüngeren Ursprungs.
- 101 Vgl. Krenzlin, Anneliese, Historische und wirtschaftliche Züge im Siedlungsformenbild des westlichen Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung von Mecklenburg, Vorpommern und Sachsen = Frankfurter Geographische Hefte, Bd. 27 - 29, Frankfurt (Main) 1955, S. 9. - Dem von Krenzlin häufig gleichgesetzten Siedlungsformenpaar Gewannflur - Angerdorf wird in der Literatur entgegengehalten, daß der Typ des Angerdorfes bereits im 11./12. Jh., z. T. noch früher, im Altsiedelland und unter anderen landwirtschaftlichen Bedingungen entwickelt wurde, vgl. Born, Martin, Geographie der ländlichen Siedlungen, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 135 ff.; vgl. auch Leister, Ingeborg, Das Angerdorf in Ostelbien, Planung und Entwicklung, in: Berichte zur deutschen Landeskunde (BzdL), 52 Jg., 2/1978, S. 35 - 66, bes. S. 60, wonach das Angerdorf der Uckermark gleich den in Sachsen und in der Niederlausitz vorkommenden als Doppelsiedlung aufgefaßt wird bzw. als Pseudo-Angerdorf, vorgestellt am Beispiel von Bietikow (ebenda, S. 48, 58), doch mit ungenauen Angaben und m. E. konstruiert. - Zu bedenken ist a u c h bei den Dorfformen, ob sie in ihrer heutigen Gestalt und in der Verteilung der einzelnen Hofstellen innerhalb der Ortslage wirklich auf das hohe Mittelalter zurückgehen. Viele Dörfer waren seit dem 16. Jh. durch die gutsherrliche Entwicklung deformiert worden, viele einschließlich der Rittersitze im Dreißigjährigen Krieg vom Erdboden verschwunden, so daß nur Kirche oder Kirchenruine den Standort markieren. Auch Rekonstruktion

- nen nach Dorfbränden z. B. im 19. Jh. veränderten oft die ältere Form. Für die Uckermark ist dies weiterhin charakteristisch, daß auch bei den Angerdörfern die Kirche nicht unbedingt auf dem Anger in Dorfmitte steht, sondern immer auf der höchsten Stelle des Ortes und daher oft, wie beim Straßendorf, in der Häuserzeile. - Zur archäologischen Methode der Untersuchung der Dorfstehung in der deutsch-slawischen Übergangsperiode vgl. mehrere Arbeiten von Gringmuth-Dallmer, Eike, zuletzt: Die Entwicklung der frühgeschichtlichen Kulturlandschaft auf dem Territorium der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgebiete = Schriften zur Ur- und Frühgeschichte, Bd. 35, Berlin 1983, S. 71 ff.; vgl. auch Quirin, S. 48 ff.
- 102 Krenzlín, Anneliese, Langstreifenflur und Gewinnflur als Funktion agrarischer Nutzungssysteme in Deutschland, in: BzdL, 20. Jg., 1958, S. 252 ff.; Metzenthin, S. 260 ff., hält die überlieferte Flureinteilung für eine Folge des Dreißigjährigen Krieges; doch ist das gegen die mittelalterliche Gewinnverfassung angeführte Beispiel Kraatz von 1375, da der älteren Landbuchedition entlehnt, fehlinterpretiert.
- 103 CDB, A XXI, S. 5, Nr. 6 zu 1288; ebenda, S. 8, Nr. 11 zu 1292; ebenda, S. 33, Nr. 49 zu 1340; ebenda, A XIII, S. 234 f., Nr. 46 zu 1308; Landbuch, S. 264, zu Langenhagen; vgl. auch Engel, Franz, Deutsche und slawische Einflüsse in der Dobbertiner Kulturlandschaft, Kiel 1934, S. 47 ff., über Hufackerstreifen und Dreifelderwirtschaft, sowie Krenzlín, Historische und wirtschaftliche Züge, S. 32 ff.
- 104 Zur zeitlichen und räumlichen Verbreitung der Gewinnflur und Dreifelderwirtschaft im Mittelalter vgl. u. a. Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jh. = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1962, S. 75 f., 81 f.; Rösener, Werner, Bauern im Mittelalter, München 1985, S. 61 f., 130 ff.
- 105 PUB, Bd. I, S. 401, Nr. 517 zu 1250; KW, Nr. 985 zu 1270. - Vgl. überhaupt Brümmer, Ulrich, Das Vermessungsrecht (ius mensurationis), in: Jahrbuch des Vereins für mecklenburgische Geschichte, 57 Jg., 1892, S. 322 - 349.
- 106 Britz: CDB, A XIII, S. 220 f., Nr. 25; Klaushagen: ebenda, A XXI, S. 3 f., Nr. 4, 5; Baumgarten: Enders/Beck, Nr. 6; Röddelin: CDB, A XII, S. 263, Nr. 1; Potzlow: ebenda, A XXI, S. 449, Nr. 3; Prenzlau: ebenda, S. 96 f., Nr. 11; Bröddin: ebenda, S. 5, Nr. 6; Zapel: ebenda, S. 5 f., Nr. 7; Hardenbeck: ebenda, S. 6, Nr. 8; Gramzow: ebenda, S. 450, Nr. 4; Flemsdorf: ebenda, A XIII, S. 319 f., Nr. 16; Blindow: ebenda, A XXI, S. 100 f., Nr. 17.
- 107 StAP, Pr. Br. Rep. 8 Brüssow U 2 (s. Schwartz, S. 102 f., Nr. 2).
- 108 Landbuch, S. 156.
- 109 Siehe Anm. 83; vgl. auch Prange, S. 118, wonach in Lauenburg fast alle "villae slavicae" in Hufen vermessene wurden.
- 110 Näheres hierzu bei Enders, Lieselott, Entstehung und Entwicklung der uckermärkischen Städte im hohen Mittelalter, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte (JfR), 13. Jg., 1986, (Exkurs: Zur Frage der Kietze und Wicken).
- 111 Näheres dazu im Abschnitt 2.4.
- 112 Allgemein schließt man aus dem Bedevertrag von 1281 (KW, Nr. 1253), daß das Normalmaß eines Ritterhofes 6, eines Knappenhöfes 4 Hufen gewesen sei. In der ersten Hälfte des 13. Jh. wurde die Ausstattung einer Pfarre mit 4 Hufen pro Dorf Norm (s. u.); gleiches trifft oft für Schulzengerichte zu, siehe u. a. Groß Ziethen 1275 (s. u.).
- 113 CDB, A XIII, S. 218, Nr. 20: Vorbehalt einer Kaufpreiserhöhung, falls, mit Zustimmung der Bauern (consensu et voluntate rusticorum ville"), die Abgaben erhöht würden.
- 114 Noch aus dem Landbuch von 1375 ersichtlich, das die Ergebnisse der Hochkonjunktur widerspiegelt; vgl. auch Zientara, Die Agrarkrise ..., S. 313 ff., 374 f.
- 115 StAP, Pr. Br. Rep. 78 Kurmärkische Lehnskanzlei, I Gen. 12.

- 116 Landbuch, S. 275; vgl. im übrigen Kuhn, Walter, Bauernhofgrößen in der mittelalterlichen Nordostsiedlung, in: HF, 4, 1964, S. 210 - 267, Nachdruck in: derselbe, Vergleichende Untersuchungen ..., S. 56 f., 108, der bei den deutschen Bauern in Brandenburg mit dem "großbäuerlichen Maß von 2 Hufen" (flämisch) rechnet (ebenda, S. 108), bei slawischen Bauern, ohne Beweis, grundsätzlich nur mit 1 Hufe (ebenda, S. 89 ff., 110 ff.). In keiner Quelle des 13. und frühen 14. Jh. fand ich für das Gebiet der Uckermark einen Anhaltspunkt für die seit langem verbreitete Ansicht, die Slawen hätten immer nur halb soviel Land erhalten oder gar gewollt wie die Deutschen; so z. B. auch noch Leister, S. 43, wonach beide, Slawen und Deutsche, ihren früheren Besitzanteil verdoppelt hätten. - Ebenso wenig kommt in der Uckermark der Terminus "Hakenhufe" im Mittelalter vor. Dagegen betonte schon Harmjanz, S. 51 ff., bes. S. 60, die Gleichstellung der verschiedenen ethnischen Gruppen.
- 117 Teuchert, Die Sprachreste, S. 165, weist die niederländische Herkunft des Wortes Kossät nach; s. auch Holsten, Die pommersche Flurnamensammlung, S. 28 ff., über Verbreitung und mundartliche Abwandlungen des Wortes "Kotze" im Mittelpommerschen Keil wie auch in der Uckermark).
- 118 Um 1289 stattete Dietrich v. Kerkow einen Altar der Klosterkirche Boitzenburg mit 2 Hufen ebendort und "agris ortulanorum, qui vulgo cotsati dicuntur" aus (CDB, A XXI, S. 6 f., Nr. 9). Bezeichnend ist, daß der Kanzlist den Terminus Gärtner, der Volksmund dagegen den flämischen Ausdruck gebraucht.
- 119 So noch 1983 Krenzlin, Siedlungsformen ..., S. 21; dagegen dank vergleichender Betrachtungsweise stark differenzierend und gegen einseitige ethnische Zuordnung Grees, Hermann, Unterschichten mit Grundbesitz in ländlichen Siedlungen Mitteleuropas, in: 40. Deutscher Geographentag Innsbruck, 19. - 25. Mai 1975 = Verhandlungen des Deutschen Geographentages, Bd. 40, Wiesbaden 1976, S. 317 f.; vgl. auch Gringmuth-Dallmer, Veränderungen ..., S. 254.
- 120 Bereits Metzenthin, S. 264, definiert die Kossäten im allgemeinen als "Landarbeiter mit kleinem Eigenbesitz" und weist anhand der Abgaben innerhalb dieser Schicht erhebliche wirtschaftliche Unterschiede nach; vgl. dann v. a. Zientara, Die Agrarkrise ..., S. 318 ff., des weiteren, außer Grees, Unterschichten mit Grundbesitz ..., Ribbe, Wolfgang, Sozialstruktur und Wirtschaftsverhältnisse in den Zinnaer Klosterdörfern auf dem Barnim, in: Zisterzienser-Studien III, Berlin (West) 1976, S. 123 ff.; derselbe, Zur rechtlichen, wirtschaftlichen und ethnischen Stellung der Kossäten, in: Germania slavica II, S. 21 - 40, beide Arbeiten allerdings auf Quellen vor allem des 15. Jh. basierend; vgl. auch Boelcke, Willi A., Wandlungen der dörflichen Sozialstruktur während Mittelalter und Neuzeit, in: Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günter Franz, hg. v. Heinz Haushofer und Willi A. Boelcke, Frankfurt (Main) 1967, S. 82 ff., mit vergleichender Sicht auf ähnliche Schichten im Altsiedelland, und Leister, S. 49 ff.
- 121 Z. B. Leibgedingsbrief von 1569 für die Frau des H. v. Holzendorf zu Strehlow: Den Kossätenhof in Pinnow sollen seine Erben ihr zur standesgemäßen Wohnung ausbauen (StAP, Pr. Br. Rep. 78, Kopiar Nr. 39 u. 40, fol. 254 f.).
- 122 Die zuletzt von Krenzlin Anneliese, Siedlungsformen und Siedlungsstrukturen in deutsch-slawischen Kontaktzonen (mit besonderer Berücksichtigung Brandenburgs und angrenzender Gebiete), in: Germania slavica I, S. 271 ff., vorgetragene Behauptung, daß die große Zahl von Kossäten besonders häufig in Dörfern mit slawischen Vorsiedlungen sei und damit die ethnische Herkunft der Kossäten bestätige, ist unzutreffend. Beides trifft ebensooft zusammen wie nicht zusammen. Sehr hohe Kossätenzahlen

- finden sich u. a. im Rodungsgebiet des Uckerschen Waldes in Orten mit vorwiegend deutschen Ortsnamen.
- 123 CDB, A XXI, S. 7, Nr. 10.
- 124 Ebenda, A XIII, S. 217, Nr. 18 zu 1274.
- 125 Vgl. Volke, Martina, Zu einigen Aspekten der Wirtschaftspolitik deutscher Zisterzienserklöster während des 12. und 13. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1979, S. 174 ff., doch mit m. E. zu starker Betonung der Verdrängung der ansässigen Bauern (Woher kamen die klostereigenen Arbeitskräfte?); Rösener, Werner, Bauernlegen durch klösterliche Grundherren im Hochmittelalter, in: ZfAA, 27. Jg., 1979, S. 63 ff.; Ribbe, Wolfgang, Die Wirtschaftstätigkeit der Zisterzienser im Mittelalter: Agrarwirtschaft, in: Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit, hg. v. Kaspar Elm, Bd. 1, Köln 1981, S. 204, mit der zutreffenden Bemerkung, daß durch das Bauernlegen zugleich Arbeitskräfte für die Klosterwirtschaften frei wurden.
- 126 CDB, A XIII, S. 220 f., Nr. 25 zu 1277; ebenda, B II, S. 369, Nr. 993 zu 1355; vgl. Fritze, Probleme des Fortlebens ..., S. 96, und Schlesinger, Die mittelalterliche Ostsiedlung ..., S. 55, jedoch betrifft die Landbuchstelle nicht dieses Schöneberg, sondern Schöneberg (wüst) bei Greifenberg; Schöneberg bei Stolpe hatte 58 Hufen.
- 127 CDB, A XIII, S. 210 f., Nr. 9 zu 1261; ebenda, A XXI, S. 1 f., Nr. 1 zu 1269.
- 128 Landbuch, S. 265, 239, 278.
- 129 CDB, A XIII, S. 8 ff.
- 130 KW, Nr. 2144 zu 1309, Verkauf an Kloster Himmelpfort; ebenda, Nr. 2642 zu 1318, Belehnung des Otto Gans.
- 131 CDB, A XIII, S. 133, Nr. 11 zu 1340.
- 132 Ebenda, S. 18, Nr. 10.
- 133 Landbuch, S. 274; CDB, A XXI, S. 257, Nr. 214 zu 1416.
- 134 Zentrales Staatsarchiv (ZStA), Dienststelle Merseburg, Rep. 78 Kurmärkische Lehnkanzlei, Kopiar Nr. 16, fol. 57: "Kalckertz".
- 135 CDB, A XIII, S. 131, Nr. 7.
- 136 Lippert, Die Flurnamen ..., S. 178.
- 137 Landbuch, S. 235, 236, 237, 238, 271. - Noch 1293 hatte der Markgraf der Gemeinde zu Flemisdorf die Nutzung der Seen auf der Dorffeldmark zugesichert (CDB, A XIII, S. 319 f., Nr. 16).
- 138 Müller-Mertens, Eckhard, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in Brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, 1. Jg., 1951 - 52, S. 35 f. mit Hinweis auf den Sachsenspiegel II § 59 nebst Glosse und III § 79; vgl. auch Zientara, Der Ursprung des "ius Theutonicum".
- 139 Schlesinger, Walter, Bäuerliche Gemeindebildung in den mittelbischen Ländern im Zeitalter der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, in: derselbe, Mitteldeutsche Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Göttingen 1961, S. 251 ff., 271, nachgewiesen für das ostsächsische Siedlungsgebiet, vermutet auch im ostelbischen.
- 140 Noch Krenzlin, Siedlungsformen, S. 21, geht vom Bestand im Landbuch von 1375 aus, wonach nördlich der Welse im Kr. Prenzlau 9, im Kr. Tempelin 5 Schulzen mit Schulzenhufen bestanden, im Gebiet südlich der Welse dagegen regelmäßig genannt würden. Zientara, Agrarkrise ..., S. 246 ff., bezweifelt mit Recht die Angaben im Landbuch hinsichtlich ihrer Vollständigkeit; doch das Urteil über die "geringe Rolle der Schulzen in diesem Gebiet" ist unbegründet. Schulze, Territorienbildung ..., S. 270 f., hingegen nimmt ohne Spezifizierung im einzelnen an, daß es ursprünglich in jedem brandenburgischen Dorf einen (dem Markgrafen verpflichteten) Lehnschulzen gegeben habe.
- 141 Die Erwähnung eines Lehnschulzengerichts erst im 16. Jh. bedeutet nicht, daß es erst jetzt gegründet wurde. Mittelalterliche Lehnschulzengerichte,

deren Rechtstitel aus irgendeinem Grunde verlorengegangen wären, wurden in der Neuzeit nicht rekonstituiert. Insofern ist es berechtigt, in diesem Falle aus jüngeren Quellen auf den (hoch)mittelalterlichen Status zu schließen.

- 142 Leibgedingsbrief von 1547 für die Frau des v. Holzendorf, der die Erben nach des Mannes Tod das Schulzengericht zu Petersdorf mit 4 freien Hufen zur Wohnung kaufen sollen (StAP, Pr. Br. Rep. 78, Kopiar Nr. 39 u. 40, fol. 136 f.); 1564 dgl. für die Frau des v. Buch zu Stolpe über den Schulzenhof zu Gellmersdorf mit 4 wohlbewehrten Hufen (ebenda, Kopiar Nr. 71, fol. 38). 1597 steht es J. v. Holzendorf frei, für sich und seine Kinder das Lehnschulzengericht zu Dauer auszukaufen (StAP, Pr. Br. Rep. 4 A Kurmärkisches Kammergericht, Sentenzenbücher Nr. 41, Mittwochs nach Lucae).
- 143 1565 verkaufen die Ricke der Stadt Templin das Schulzengericht auf dem Felde Knehden (StAP, Pr. Br. Rep. 78, Kopiar Nr. 39 u. 40, fol. 272 f.).
- 144 Das Geschlecht von Arnim, T. 1: Urkundenbuch, bearb. v. Ernst Devrient, Leipzig 1914, S. 232: Schloßregister des Hauses Boitzenburg von 1528.
- 145 StAP, Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Boitzenburg Nr. 42, Güterteilung von 1570.
- 146 Ebenda, Pr. Br. Rep. 2 Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer D.6803, Erbregister des Amtes Chorin von 1573/77, fol. 84 ff.; der Schulze war nun ein Kossät.
- 147 Ebenda, Pr. Br. Rep. 78, Kopiar Nr. 100, fol. 380 f.
- 148 Ebenda, Kopiar Nr. 83, Landreiterbericht von 1608, fol. 258.
- 149 Vgl. Schwarz, Klaus, Bäuerliche "cives" in Brandenburg und benachbarten Territorien, in: BfLG, 99. Jg., 1963, S. 108 ff.; vgl. auch Kroschell, Karl A., Stadtgründung und Weichbildrecht in Westfalen = Schriften der Historischen Kommission Westfalens, Bd. 3, Münster 1960, S. 16 f., über "civis" als "Gebure", "Gemeindegensosse"; in mittelalterlichen Urkunden Westfalens und Niedersachsens werden auch Bauern "cives" genannt. Zum entsprechenden Begriff "magister civium" vgl. Schwineköper, Berent, Die mittelalterliche Dorfgemeinde in Elbstfalen und in den benachbarten Markengebieten, in: Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen, Bd. II = Vorträge und Forschungen, Bd. 8, Konstanz/Stuttgart 1964, S. 122 ff., zur Bedeutung der Dorfgemeinde s. Buchda, Gerhard, Die Dorfgemeinde im Sachsenspiegel, in: ebenda, S. 7 - 24. - Schlesinger, Bäuerliche Gemeindebildung ..., S. 232 f., weist bereits für 1231 "cives" in Rechtsgeschäften des sorbischen Siedlungsgebietes, als deutliche Zeichen des genossenschaftlichen Charakters des dörflichen Gemeindeverbandes, nach. Harnisch, Hartmut, Gemeindeeigentum und Gemeindefinanzen im Spätfudalismus, in: JfR, 8. Jg., 1981, S. 126 - 174, der mit Recht den ungenügenden Forschungsstand beklagt, berührt das Phänomen der "cives" nicht. Sein im Ergebnis retrospektiver Erörterungen formulierter Schluß, die Gemeinde des Ostexpansionsgebietes sei "monomorph" (S. 137 f.), trifft, wie wir sehen werden, für das Hochmittelalter nicht zu.
- 150 Enders/Beck, Regest Nr. 6 zu Baumgarten 1286; CDB, A XII, S. 263, Nr. 1 zu Röddelin 1287; ebenda, A XXI, S. 6 f., Nr. 8, 10 zu Hardenbeck 1288 und 1289; ebenda, A XIII, S. 320, Nr. 16 zu Flemsdorf 1293; ebenda, A XXI, S. 8 f., Nr. 12 zu Warthe 1295 (hier auch erste Erwähnung des Terminus "prefectus" in der Uckermark); ebenda, S. 100 f., Nr. 17 zu Blindow 1298; ebenda, S. 11, Nr. 16 zu Bröddin 1301; ebenda, A XIII, S. 229, Nr. 39 zu Neuendorf bei Oderberg 1301; ebenda, S. 18, Nr. 10; ebenda, S. 24 f., Nr. 20; ebenda, S. 29 zu Storkow 1317, 1335 und 1336; ebenda, A XII, S. 289, Nr. 9 zu Lichterfelde 1319.
- 151 CDB, A XIX, S. 184, Nr. 19 zu 1319; ebenda, A XIII, S. 218, Nr. 20 zu 1275.
- 152 In Pommern ist die Institution der "cives" noch vor der Uckermark bezeugt, u. a. 1262 für einen Hagenort (PUB, Bd. II, S. 96 f., Nr. 720).

- In der Uckermark gehörten von den in Anm. 150 genannten Dörfern Har-
denbeck, Blindow und Baumgarten bis 1250 zu Pommern.
- 153 CDB, A XXI, S. 8 f., Nr. 12. - Die erste Erwähnung eines Schulzenge-
richtes in der Mark ist laut Riedel und anderen Autoren nach ihm für
1293 in der Prignitz bezeugt (CDB, A I, S. 124, Nr. 3). Doch in der
Uckermark begegnen synonym "villicus" (1275 in Groß Ziethen, ebenda,
A XIII, S. 218, Nr. 20; 1301 in Bröddin, ebenda, A XXI, S. 11, Nr. 16),
"villicatio" (1276 in Parstein, ebenda, A XIII, S. 220, Nr. 24) und "pre-
fectus" (1295 in Warthe) bzw. "prefectura" (1304 in Warthe, ebenda,
A XXI, S. 12, Nr. 18). Wenigstens hingewiesen sei auf Schütte, S. 346 ff.,
über die unterschiedliche Bezeichnung des Schulzen als "villicus", im
Ostwestfälischen und südlichen Sachsen aber als "Meier". Der 1288 als
Zeuge in der (nur in jüngerer Übersetzung bekannten) Urkunde des
Stiftes Gramzow fungierende Laurentius Mayer des Dorfes Briest (CDB,
A XXI, S. 450, Nr. 4) kann demnach der Schulze gewesen sein. Die
unterschiedliche Verwendung der Termini ist m. E. nicht nur kanzleiab-
hängig, sondern verweist auf die Herkunft der Siedler und ihre Selbstbe-
zeichnung.
- 154 CDB, A XXI, S. 11, Nr. 16.
- 155 CDB, A XIII, S. 320 f., Nr. 18. - Bereits 1299 hatten die Markgrafen,
ohne Mitwirkung eines v. Stegelitz, zugunsten der Stadt geurkundet
(ebenda, A XXIV, S. 28, Nr. 50).
- 156 Vgl. auch Schultze, Johannes, Das Besitzrecht der ostelbischen Städte
am Grund und Boden, in: BfLG, 105. Jg., 1969, S. 9 - 13.
- 157 CDB, A XIII, S. 232, Nr. 44 zu 1308; ebenda S. 237, Nr. 50 zu 1316.
- 158 Das Geschlecht von Arnim, Schloßregister des Hauses Boitzenburg von
1528; ZStA, Dienststelle Merseburg, Rep. 78, Kopiar Nr. 6, fol. 7: Lehn-
brief von 1438 für die v. Arnim über Schloß Zehdenick und die Dienste
in den (Kloster-) Dörfern; StAP, Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Boitzen-
burg Nr. 31, Register der Dienste zu Zehdenick von 1528.
- 159 PUB, Bd. I, S. 301 f., Nr. 373 von 1240 für Kloster Kolbatz; ebenda,
S. 455, Nr. 580 von 1253 für die Nonnen zu Stettin; CDB, A XIII,
S. 205, Nr. 5 von 1258 für Kloster Chorin und alle weiteren Dotations-
urkunden, u. a. 1275 über die 4 Schulzenhufen zu Groß Ziethen (eben-
da, A XIII, S. 218, Nr. 20). Seit etwa Mitte des 13. Jh. kamen die
schon bestehenden und nun auch die neugegründeten Klöster in den Ge-
nuß der Immunität und Gerichtshoheit; vgl. auch Bohm, Eberhard, Be-
merkungen zur Gerichtsimmunität der Zisterzienserklöster in der Mark
Brandenburg und angrenzenden Gebieten, T. 1, in: JbGMOD, 27. Jg.,
1978, S. 57 ff.
- 160 PUB, Bd. IV, S. 37 f., Nr. 2018: Friedensvertrag zwischen den Mark-
grafen und dem Herzog von Stettin von 1302; zur Gerichtsbarkeit s.
Schmidt, Die Mark Brandenburg ..., S. 154 ff.
- 161 Landbuch, S. 224 (Blindow), S. 225 (Dauer), S. 226 (Göritz), S. 282
(Grenz), S. 234 (Schenkenberg, hier wohnen zwei), S. 283 (Seelübbe)
S. 236 (Weselitz). - 1542 wird ein Landschöffe mit einem Vierhüfnerhof
in Ziemkendorf genannt (StAP, Pr. Br. Rep. 78, Kopiar Nr. 39 u. 40,
fol. 113 f.).
- 162 CDB, A XIX, S. 234, Nr. 101: Henning v. Bern, iudex militum ac mili-
tarium terre stolpensis.
- 163 CDB, B II, S. 21 ff., Nr. 623, 627; ebenda, A II, S. 273 f., Nr. 13 zu
1324, 1325 u. 1329.
- 164 Vgl. Leister, Ingeborg, Rittersitz und adliges Gut in Holstein und
Schleswig = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 64, Bad Go-
desberg 1952, S. 36 ff., 48; vgl. auch Engel, Evamaria, Lehnbürger,
Bauern und Feudalherren in der Altmark um 1375, in: Engel/Zientara,
Feudalstruktur ..., S. 91 ff., mit berechtigter Warnung vor voreiligen
Schlüssen auf gutsherrliche Forderungen.
- 165 CDB, A XIII, S. 240 f., Nr. 55.

- 166 Ebenda, S. 218, Nr. 20.
- 167 Ebenda, A XXI, S. 7, Nr. 10.
- 168 Ebenda, A XIII, S. 22, Nr. 16.
- 169 Ebenda, A XXI, S. 450, Nr. 4; vgl. u. a. Rösener, Bauernlegen ..., S. 77 f., über Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Klöstern unter Gewaltanwendung; derselbe, Bauern im Mittelalter, S. 240 ff.
- 170 Vgl. u. a. Zientara, Die Agrarkrise ..., S. 353 ff.; vgl. auch das Weistum von 1383 über die Freizügigkeit, in: Das Geschlecht von Arnim, Nr. 13.
- 171 Ebenso Müller-Mertens, S. 35 f.; vgl. auch Molitor, Erich, Über Freibauern in Norddeutschland, in: Adel und Bauern im deutschen Staat des Mittelalters, S. 321 ff.; Epperlein, Siegfried, Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter. Zur Erforschung der Ursachen bäuerlicher Abwanderung nach Osten im 12. und 13. Jahrhundert = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 6, Berlin 1960, S. 13 ff. und passim, S. 132 ff. über die schlechten Besitzverhältnisse im Altsiedelland und die günstigen Bedingungen im ostelbischen Neusiedlungsgebiet; vgl. neuerdings Last, Martin, Villikationen geistlicher Grundherren in Nordwestdeutschland in der Zeit vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, in: Die Grundherrschaft im späten Mittelalter, Bd. I, S. 398 f. - Anders dagegen Harnisch, Hartmut, Rechtsqualität des Bauernlandes und Gutsherrschaft, in: JfGF, Bd. 3, 1979, S. 353 ff., der quellenmäßig die Wurzeln der zweiten Leibeigenschaft bis ins 16. Jh. zurückverfolgen kann, dann aber bei der Rückprojizierung über 300 Jahre hinweg ins Hochmittelalter, mangels Vorarbeiten und Quellenbefragung, hypothetisch bleiben muß. Seine Schlußfolgerung, daß die askanische Plansiedlung (hier auf Krenzlin gestützt) in der östlichen Mittelmark und in der Uckermark bereits zu schlechterem Besitzrecht erfolgte als im westlichen Neusiedlungsgebiet (ebenda, S. 358), ist für die Uckermark des 13. Jh., und wahrscheinlich auch für den Barnim, nicht haltbar.
- 172 In vielen Teilen immer noch grundlegend Schmid, Heinrich Felix, Das Recht der Gründung und Ausstattung von Kirchen im kolonialen Teil der Magdeburger Kirchenprovinz während des Mittelalters, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Kanonisches Recht, 13. Jg., 1924, bes. S. 41 ff. 95 ff., 156 ff., und derselbe, Die rechtlichen Grundlagen der Pfarrorganisation auf westlawischem Boden und ihre Entwicklung während des Mittelalters, Weimar 1938, bes. S. 841 ff. u. 916 ff.
- 173 PUB, Bd. I, S. 48 f., Nr. 74 zu 1168 (!), 2. Aufl., bearb. v. Klaus Conrad, Köln/Wien 1970, S. 56; Petersohn, Jürgen, Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert = Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 17, Köln/Wien 1979, S. 373 ff., zur Sabinenkirche.
- 174 Enders, Zur Geschichte des Stiftes Gramzow. - Nicht zufällig heißt ein Grenzmal an den Feldmarken Lüdersdorf und Parstein 1316 die Gramzowsche Eiche (CDB, A XIII, S. 237 f., Nr. 50); hier vorbei führte der Altweg von Gramzow nach Oderberg.
- 175 PUB, Bd. I, S. 82, Nr. 106 zu 1187; ebenda, S. 121, Nr. 157 zu 1212; ebenda, S. 123, Nr. 161 zu 1240.
- 176 Ebenda, S. 304 ff., Nr. 377.
- 177 KW, Nr. 645; vgl. den frühen Vorgang in Mecklenburg, wo Bischof Isfried von Ratzeburg um 1195 dem Grafen von Ratzeburg den Zehnten überläßt, in: Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. I, S. 147 f., Nr. 150).
- 178 CDB, A VIII, S. 132 ff., Nr. 48, 2. Redaktion, zu 1216; ebenda, A XIII, S. 202 f., Nr. 1 zu 1231. - Ausführliche Darstellung des Zehntstreits bei Curschmann, Die Diözese Brandenburg, S. 337 ff.
- 179 KW, Nr. 617.
- 180 4 Pfarrhufen pro Dorf waren offenbar bei der Schenkung Herzog Barnims I. an Kloster Walkenried 1239 berechnet (PUB, Bd. I. S. 282 f., Nr. 362).

- 181 Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. 1: Prignitz, bearb. v. Lieselott Enders, Weimar 1962, S. 299.
- 182 Vgl. Schlesinger, Bäuerliche Gemeindebildung ..., S. 263, wonach die niederländischen Siedler die 1-Hufen-Kirchenausstattung mitbrachten; Engel, Franz, Deutsche und slawische Einflüsse ..., S. 43 f., weist die Zwei-Hufen-dos nach; s. auch Scheffler, Hans-Heinrich, Beiträge zur Besiedlungsgeschichte der Herrschaft Ruppin, Würzburg 1936, S. 10 ff.: Vergleich der Pfarrausstattung verschiedener Landschaften.
- 183 Ihre Ermittlung erfolgte aus verschiedenen Quellen des 13. bis 16. Jh., um Vollständigkeit zu erreichen. Die von Bruns-Wüstefeld, (vgl. Anm. 2) nach dem Landbuch von 1375 errechnete Durchschnittszahl von 4 Pfarrhufen pro Dorf täuscht, da nur 148 Orte erfaßt sind und große Teile der ursprünglich pommerschen Uckermark fehlen.
- 184 Landbuch von 1375, S. 239, 271.
- 185 Diese Feststellung stützt die Kritik von Vogel, Werner, Der Verbleib der wendischen Bevölkerung in der Mark Brandenburg, Berlin (West) 1960, S. 35 f., an pauschalen ethnischen Zuordnungen bestimmter Merkmale und deren umgekehrter Nutzung zur Bestimmung ethnischer Verhältnisse.
- 186 Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR, hg. v. Institut für Denkmalpflege: Bezirk Potsdam, Berlin 1978, ebenda, Bezirk Frankfurt (Oder), Berlin 1980; ebenda, Bezirk Neubrandenburg, Berlin 1982; vgl. auch Ohle, Die Besiedelung der Uckermark ..., u. Nagel, Carl, Die Dorfkirchen der Uckermark, Prenzlau 1914; im übrigen eigene Untersuchungen vor Ort.
- 187 1375 hatte Fahrenwalde 60 Hufen (3 Pfarrhufen), 57 Kossätenwörden; Schönwerder 62 Hufen (3 Pfarrhufen), 36 Wörden; Wittstock 80 Hufen (3 Pfarrhufen), 26 Wörden. Für die anderen Orte fehlen 1375 Angaben, da zu Pommern gehörig; die mittelalterliche Hufenausstattung betrug bei Eickstedt 55 (3 Pfarrhufen), bei Schmölln 67 (4 Pfarr-, 2 Kirchenhufen), bei Schwaneberg 57 (3 Pfarrhufen).
- 188 Der Terminus "Wehrkirche" gilt wohl mit Recht als unzutreffend, vgl. Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens ..., S. 392; Kirchhof mit vormals hoher Feldsteinmauer und Kirche galten als Gottesfriedensbereich.
- 189 Vgl. Scheja, Georg, Die romanische Baukunst der Mark Brandenburg, Gütersloh (1939), S. 10 ff., 89 ff.; vgl. auch Schmoll gen. Eisenwerth, Josef Adolf, Das Kloster Chorin und die askanische Architektur in der Mark Brandenburg 1260 - 1320 = Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 2, Berlin (West) 1961, S. 51 ff., zum Erstbau der Gramzower Klosterkirche und ihrer Beziehung zu Prämonstratenserbauhütten; ebenda, S. 66 zur Klosterkirche in Seehausen; ebenda, S. 70 zur Kirche in Briest.
- 190 Die Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen, Bd. 3, S. 173, 175; ebenda, Bd. 4: Der Kreis Osterburg, Burg b. M. 1938, S. 14, Abb. 66 u. a.
- 191 Vgl. den Datierungsvorschlag von Barthel, Die Besiedlungsgeschichte ..., S. 54 ff.
- 192 Im Hohen Fläming z. B. haben die Kirchen in Dahnsdorf (4teilige romanische Westwerkkirche), Lüsse (dgl.), Benken (3teilig mit Glockengiebel), Buckau (3teilig ohne Turm) und weiter westlich in Loburg (St. Lorenz) und Klepps Portale mit Entlastungsbögen, romanische Feldsteinkirchen in Nachbarorten dagegen nicht. Die Inventare der Kunstdenkmale datieren sie auf die zweite Hälfte des 12. Jh.
- 193 Fait, Joachim, Die erste Marienkirche in Prenzlau, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zu Greifswald, 9. Jg., Gesellsch.- und sprachwiss. Reihe, 4 - 5/1959 - 1960, S. 399 - 421, bes. S. 420 f.; vgl. auch Henze, Anton, Westfälische Kunstgeschichte, Recklinghausen 1957, S. 164 ff.
- 194 Vgl. Holtz, Gottfried, Kirchen auf dem Lande. Die Dorfkirchen in Mecklenburg, Berlin (1953/54), S. 18 f.; Henze, S. 66, zum westfälischen Einturm, Abb. 95 Ostgiebelschmuck der Pfarrkirche in Legden; vgl. auch Ehl, S. 79 f. mit entsprechenden Beispielen aus der Uckermark.

- 195 Vgl. u. a. Petersohn, Jürgen, Grundlegung einer Geschichte der mittelalterlichen Heiligenverehrung in Pommern, in: BfLG, 97. Jg., 1961, S. 19 ff.; differenziert hinsichtlich des Quellenwertes für die Siedlungsgeschichte derselbe, Mittelalterliche Patrozinien als Quellen von Ostsiedlung und Mission in Mecklenburg und Pommern, in: Deutsche Ostsiedlung in Mittelalter und Neuzeit, S. 70 ff.; umfassend derselbe, Der südliche Ostseeraum ... - Für die Mark Brandenburg gibt es nur wenige neuere Arbeiten, u. a. Peter, Alfred, Die Schutzheiligen im Barnim und Teltow, in: Jahrbuch für brandenburgische Kirchengeschichte, 25. Jg., 1930, S. 14 - 42; Allendorf, Johannes, Kirchenpatrozinien im Bistum Berlin, in: Wichmann-Jahrbuch (WJb), 4 - 6/1933-1936, S. 3 - 13; Schremmer, Bruno, Die Patrozinien der märkischen Stadtkirchen im Mittelalter, in: ebenda, 13 - 14/1959 - 1960, S. 42 - 62; Schulze, Hans K., Heiligenverehrung und Reliquienkult in Mitteldeutschland, in: Festschrift für Friedrich v. Zahn, hg. v. Walter Schlesinger, Bd. 1, Köln/Wien 1968, S. 294 - 312; Zender, Matthias, Heiligenverehrung im Hanseraum, in: Hansische Geschichtsblätter, 92. Jg., 1974, S. 1 - 15. - Für den uckermärkischen Bereich des Bistums Brandenburg s. Curschmann, Die Diözese Brandenburg, S. 458 ff.: Prokurationsregister mit Nennung von Weihetiteln.
- 196 Petersohn, Der südliche Ostseeraum ...; Jansen, Franz, Studien am Kamminer Kalender, in: WJb, 4 - 6/1933 - 1936, S. 23; Peter, S. 22 f.
- 197 Enders, Zur Geschichte des Stiftes Gramzow, S. 42 ff.
- 198 CDB, A XXI, S. 88, Nr. 2 zu 1250; Enders/Beck, Regest Nr. 2 zu 1262 über Baumgarten und Schenkenberg, Nr. 9 zu 1306 (?) über Güstow bei Prenzlau.
- 199 CDB, A XXI, S. 1, Nr. 1,
- 200 Ebenda, A XXI, S. 2 f., Nr. 2 und 3 zu 1271 und 1281.
- 201 Vgl. Schwartz, Emil, Geschichte der St. Marienkirche zu Prenzlau, Celle 1957, S. 14 ff.
- 202 CDB, B I, S. 153, Nr. 201 zu 1281, ebenda, A XIII, S. 320, Nr. 17 zu 1297.
- 203 Ebenda, A XXI, S. 179, Nr. 120 zu 1357 für Prenzlau.
- 204 Ebenda, C I, S. 244, Nr. 152 zu 1442 für Zabelsdorf.
- 205 Ebenda, A XXI, S. 129, Nr. 54 zu 1323; vgl. auch Kurze, Dietrich, Der niedere Klerus in der sozialen Welt des späten Mittelalters, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Herbert Helbig zum 65. Geburtstag, hg. v. Knut Schulz, Köln/Wien 1976, bes. S. 283 f., 290.
- 206 Enders, Entstehung und Entwicklung der uckermärkischen Städte ..
- 207 CDB, A XXI, S. 87 f., Nr. 1 zu 1234/35; ebenda, A XIII, S. 316 f., Nr. 11 zu 1248.
- 208 PUB, Bd. I, S. 235, Nr. 311 zu 1235; ebenda, S. 245, Nr. 324 zu 1236; ebenda, S. 304 ff., Nr. 377 zu 1240.
- 209 Zu 1168 s. Anm. 173; PUB, Bd. V, S. 297 f., Nr. 3056 zu 1317.
- 210 StAP, Pr. Br. Rep. 8 Stadt Strassburg Nr. 26, Corpus bonorum von 1713 - 1747 mit Urkundenabschriften des 16. Jh. und Nennung der Jüteritzschen Kapelle (1596).
- 211 Gegründet auf Namensnennung in: ZStA, Dienststelle Merseburg, Generaldirektorium, Kurmark Tit. CLXXVII Stadt Templin, Sect. a) Rathäusl. S. Nr. 1, Schoßregister der Stadt Templin von 1567; möglicherweise bezieht sich die Bemerkung über slawische Bauern in Stadt oder Feldmark Templin (CDB, A XIII, S. 165, Nr. 1 zu 1320) auf die Bewohner von Güteritz.
- 212 Siehe im einzelnen Enders, Entstehung und Entwicklung der uckermärkischen Städte ...
- 213 1259 hatte v. Stegelitz seiner Stadt Brüssow 60 Hufen verliehen (s. Anm 42); CDB, A XXIV, S. 28, Nr. 50 zu 1299. - Dagegen ist die Zuweisung von 20 Hufen an die Bürger von Stolpe 1286 (CDB, A XIII, S. 319, Nr. 15) wohl nicht als Feldmarkerweiterung zu deuten.

- 214 Vgl. Ribbe, Die Wirtschaftstätigkeit der Zisterzienser ..., S. 204 ff.; Rösener, Werner, Grangienwirtschaft und Grundbesitzorganisation südwestdeutscher Zisterzienserklöster vom 12. bis 14. Jahrhundert, in: Die Zisterzienser ... (s. Anm. 125), S. 137 - 164.
- 215 1335 werden die "curiae seu allodii" Pehlitz, Plau, Buzhove und Aitena mit den Äckern von Ragösen genannt (CDB, A XIII, S. 246 f., Nr. 64).
- 216 Ebenda, S. 216, Nr. 17; s. auch Anm. 125. - Ob das Kloster von dem ihm zugebilligten Recht, das 1277 erworbene Dorf Britz innerhalb seiner Grenzen zu verlegen (ebenda, S. 220 f., Nr. 25) Gebrauch machte, ist nicht bekannt. Zur Klosterverlegung vgl. Epperlein, Siegfried, Gründungsmythos deutscher Zisterzienserklöster westlich und östlich der Elbe im hohen Mittelalter und der Bericht des Lebuser Mönches im 14. Jahrhundert, in JWG, 3/1967, S. 317, über die Bedeutung der Verkehrsverbindungen; für Chorin mitbestimmend, im nachhinein markiert durch die Verlegung des Finow-Übergangs von Niederfinow nach Eberswalde 1317 (CDB, A XII, S. 288, Nr. 8); vgl. auch den Hinweis von Spieß, Karl Heinz, Die Beziehungen mitteldeutscher Zisterzienserabteien zum dortigen Bergbau, in: Analecta s. ord. Cisterc. 15. Jg., 1959, Fasc. 3 - 4, S. 265 - 283, auf den in der Nähe des Klostergeländes lagernden Ziegelton des Eberswalder Urstromtals als Baumaterial für die neue Backsteinkirche Chorin.
- 217 CDB, A XIII, S. 491, Nr. 11 zu 1332 curia in Jacopstorp; die "nova curia" beim Kloster lag auf dessen Grundbesitz in der Feldmark Seehausen.
- 218 Ebenda, S. 16 f., Nr. 9 zu 1307; ebenda, S. 31 f., Nr. 32 zu 1342 "curia" Stolp und "curia" Thymen (aus der möglicherweise das 1342 nicht genannte Dorf Groß Thymen hervorgegangen ist).
- 219 1256 besaß das Prenzlauer Nonnenkloster ein Allod mit 7 Hufen und "curtes" in der Neustadt (CDB, A XXI, S. 91 f., Nr. 6); 1269 gab H. v. Stegelitz dem Kloster Marienpforte u. a. 10 Hufen (ebenda, S. 1 f., Nr. 1); 1271 erhielt Kloster Boitzenburg u. a. die 10 Lehnhufen des Gerhard v. Boitzenburg (ebenda, S. 2, Nr. 2); einen Klosterhof am Ort besaß auch das ältere Gramzow (ebenda, S. 450, Nr. 4 zu 1288).
- 220 Siehe oben Abschnitt 2.1.2.
- 221 Enders, Entstehung und Entwicklung der uckermärkischen Städte ...
- 222 CDB, A XXI, S. 144, Nr. 75 zu 1331.
- 223 Ich komme damit zu anderen Ergebnissen als Bruns-Wüstefeld, S. 187 ff., der deutsche Siedlung ("Germanisierung") im bis 1230 pommerischen Gebiet südlich der Welse vor 1230 nicht, in der askanischen Uckermark erst in den 30er Jahren des 13. Jh. annimmt. Das Jahr 1250 ist für ihn die Mitte der Zeit der (äußeren) Germanisierung des Landes. Doch konnte m. E. nachgewiesen werden, daß askanische Ministerialen oder in ihrem (gehobenen) Dienst stehende Ritter sowohl im märkischen wie im pommerischen Hoheitsgebiet siedelten, die Staatsverträge von etwa 1230 und 1250 also keine Epoche in der bäuerlichen Siedlungsgeschichte darstellten. Auch jüngere Untersuchungen setzen die Siedlungsperiode zu spät an, vornehmlich weil auf die Askanier fixiert, so u. a. Bohm, Eberhard, Teltow und Barnim = MF, Bd. 83, Köln/Wien 1978, S. 222 f. Die Ausstattung Chorins konnte nur mit landesherrlichem Besitz oder mit dem ihm aufgelassenen Besitz Dritter erfolgen. Das läßt keine Schlüsse auf das Alter der Dörfer zu.
- 224 Daß diese Thematik auch in der DDR-Forschung noch nicht abgeschlossen wurde, machen jüngste Veröffentlichungen deutlich, u. a. Feudalismus. Entstehung und Wesen, hg. v. Eckhard Müller-Mertens = Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 4, Berlin 1985; Heitz, Gerhard, Außerökonomischer Zwang im Feudalismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswiss. Reihe, 32. Jg., 1/1983, S. 53 - 56; Münch, Ernst, Charakteristika der hochmittelalterlichen Abgabegrundherrschaft: Das Beispiel Mecklenburg, in: Ost-

und Westelbien in der Geschichte (Kolloquium anlässlich des 60. Geburtstages von Gerhard Heitz) = Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, T 16, Rostock 1985, S. 9 - 13.

225 Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens ..., Bd. 27.2, S. 20; vgl. auch Posch, bes. S. 131.

226 Quirin, Heinz, Ista villa iacet totaliter desolata, in: Festschrift für Walter Schlesinger (s. Anm. 32), Bd. 14.1, S. 270 f. - Schulze, Die Besiedlung der Mark Brandenburg ..., S. 174, konstatiert überraschende (!) Parallelität von Herrschaftsbildung und Siedlungsbewegung im brandenburgischen Raum, hinzukommt einseitige Überschätzung der Rolle des askanischen Hauses. Vgl. auch Ebner, Herwig, u. a., Siedlung und Herrschaft = Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives (VSLA), Bd. 9, Graz 1979; Fehn, Klaus, Zur Bedeutung unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse für die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Süddeutschland, in: Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift für Fritz Posch zum 70. Geburtstag = VSLA, Bd. 12, Graz 1981, bes. S. 148.

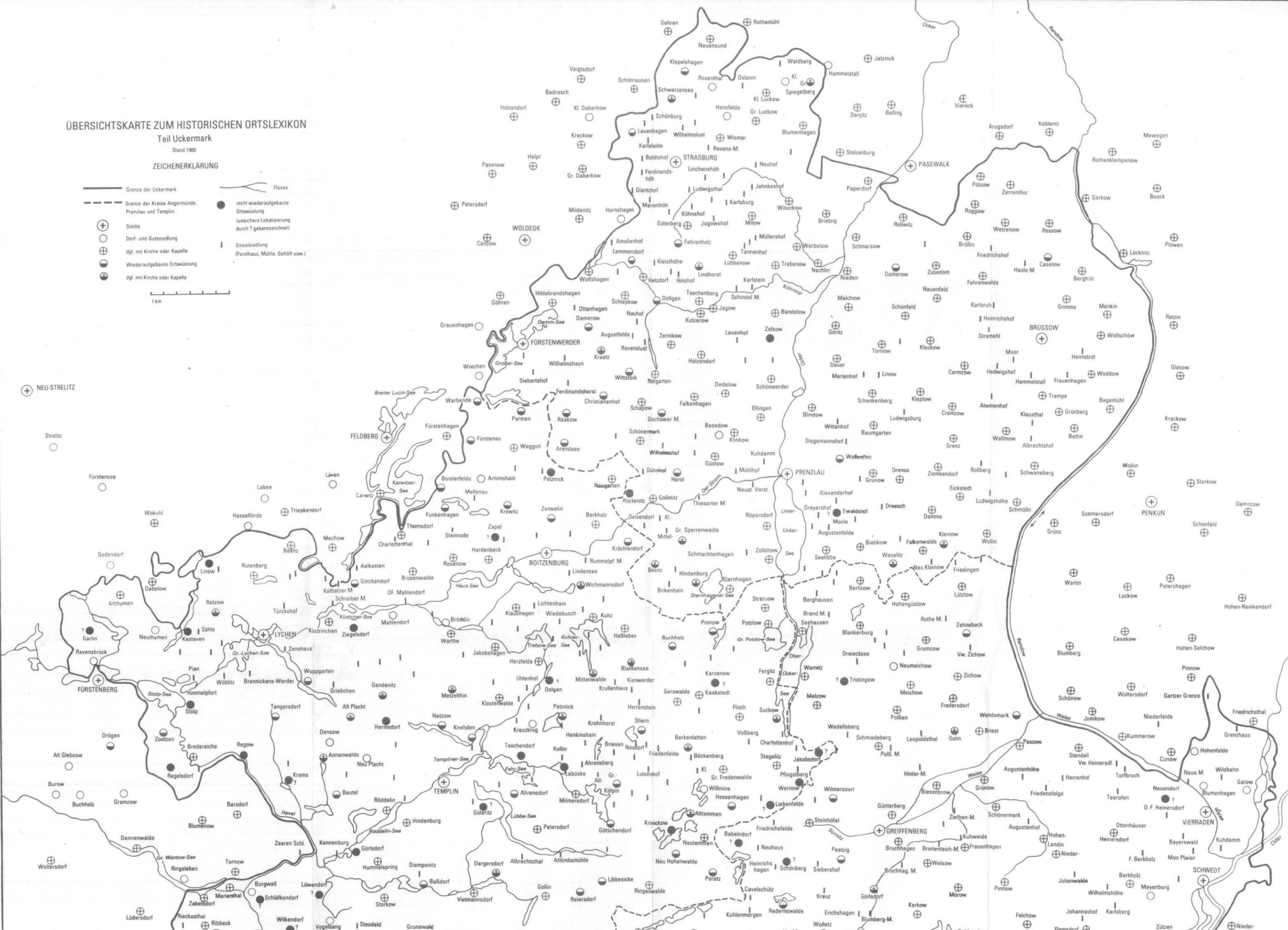
ÜBERSICHTSKARTE ZUM HISTORISCHEN ORTSLEXIKON

Teil Uckermark

Stand 1900

ZEICHENERKLÄRUNG

- | | |
|--|---|
| — Grenze der Uckermark | Flüsse |
| - - - Grenze der Kreise Angermünde, Prenzlau und Templin | ● nicht wiederaufgebaute Ortswüstung (unsichere Lokalisierung durch ? gekennzeichnet) |
| ⊕ Städte | ⊔ Einzelsiedlung (Forsthaus, Mühle, Gehöft usw.) |
| ○ Dorf- und Guttsiedlung | |
| ⊕ dgl. mit Kirche oder Kapelle | |
| ● Wiederaufgebaute Ortswüstung | |
| ⊕ dgl. mit Kirche oder Kapelle | |





LITERATURKRITIK

Über den Gebrauchswert bei Karl Marx

Gérard Roland, *La valeur d'usage chez Karl Marx*, hg. v. Institut de Sociologie, Histoire, Economie, Société

Editions de l'Université de Bruxelles, Bruxelles 1985, 200 S., 650,- bfr

von Achim Toepel

In dem Buch "Der Gebrauchswert bei Karl Marx" werden einige Grundprobleme der Marxschen Theorie behandelt, die von Theoriehistorikern, Ökonomen und Soziologen bisher relativ unbeachtet geblieben waren. Wenn im Mittelpunkt der Untersuchungen zur politischen Ökonomie von Marx bisher vornehmlich dessen Abhandlungen über das Wertproblem und über den Mehrwert standen, so richtet Gérard Roland seinen Blick auf den Gebrauchswert und behandelt damit erstmals systematisch dessen Rolle im System von Marx.

Tatsächlich verläuft die Marxsche Analyse stets in zwei Richtungen: in der Richtung Tauschwert und in der Richtung Gebrauchswert. So wird der Reproduktionsprozeß bei Marx immer unter zwei Gesichtspunkten betrachtet: als Verwertungsprozeß des Kapitals, was mit dem Arbeitswert korreliert, und als Arbeitsprozeß, was mit dem Gebrauchswert in Verbindung steht. An dem ersten Pol ist das Problem des Mehrwerts angesiedelt, am zweiten Pol stößt man auf das Mehrprodukt. Diese dualistische Konzeption bei Marx setzt sich fort in seinen Ansichten über die Realisierung der Waren und das Problem des Marktes: Die erzeugten Waren müssen, wenn sie auf den Markt gelangen, unabhängig von ihrem Preis, eine konkrete gebrauchswertmäßige Form haben, in welcher sie konsumiert werden können. Ähnliches gilt für die Theorie der produktiven Arbeit bei Marx. Alle entscheidenden Fragen werden also gleichzeitig auch immer von der Seite des Gebrauchswerts her beleuchtet. Es ist ein Verdienst des Autors, derartige Zusammenhänge bei Marx überzeugend dargestellt zu haben.

Aber Roland ist nicht auf der Ebene einer Exegese der Marxschen Werke stehen geblieben. So greift er mit durchaus eigenständigen und originellen Gesichtspunkten in die aktuelle ökonomische Diskussion ein. Das geschieht über die Kategorie Gebrauchswert, die den Blick für Zusammenhänge und Funktionsmechanismen in der sozialistischen und kommunistischen Produktionsweise eröffnet. Das gilt vor allem für die Fragen einer optimalen sozialistischen Planwirtschaft.

Den Ausgangspunkt bilden aber auch hier die Schriften von Marx, und diesbezüglich insbesondere dessen ökonomische Hauptwerke, die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", "Das Kapital", aber auch die Marxschen Exzerpte 1844/45, sowie einige philosophische Werke, u. a. "Das Elend der Philosophie". Es überrascht, daß die "Theorien über den Mehrwert" keine Erwähnung finden. Letzteres bedingt auch, daß der Autor der Genesis des Marxschen Denkens wenig Beachtung schenkt. Die Vertreter der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums werden zu den untersuchten Problemen ebenfalls nicht befragt. Bekanntlich schuf Marx seine eigene theoretische Position in der ständigen Auseinandersetzung mit seinen historischen Vorläufern. Der Blick auf die unterschiedlichen Positionen zum Gebrauchswert hätte viele Einsichten und auch Anregungen ergeben.

Ob Roland Grund hatte zu sagen, daß Marx in diesem oder jenem Punkt "fundamental zweideutig sei" (S. 138)¹ und daß dessen "Beweisführung Schwächen" aufweise (S. 179) usw. bleibe dahingestellt. Dies scheint auch ein Problem der Übersetzung von Marx ins Französische zu sein, wengleich man dem Autor bescheinigen muß, daß er in Zweifelsfällen die deutschen Originale konsultierte. Dies gilt ebenfalls für neue russischsprachige Veröffentlichungen, deren Auswertung bei der Beurteilung der gegenwärtigen ökonomischen Diskussion über Probleme der sozialistischen Planwirtschaft erfolgte.

Das Buch enthält eine ausführliche Darstellung der Konfrontation von Marx mit Autoren, die für sich in Anspruch nehmen, Marxisten zu sein, wie Hilferding, Bucharin und in jüngster Zeit Sweezy, Bettelheim sowie Aglietta.

Ein zentrales Problem stellt für Roland der Anspruch der Grenznutzentheorie auf die Kategorie des Gebrauchswerts dar. Vornehmlich anhand Böhm-Bawerks, aber auch Mengers sowie Gossens und Jevons¹, setzt er sich mit dem Vorwurf der Vertreter der "Österreichischen Schule" auseinander, daß Marx in seiner Werttheorie dem Gebrauchswert nicht Rechnung getragen habe. Er verfolgt diese Problematik auch in den Theorien der neoklassischen Schule bis hin zu Sraffa und Lancaster.

Zur Opposition von Marxisten und Marginalisten in der Werttheorie schreibt Roland: "Die Marginalisten wollten eine Werttheorie vom Grenznutzen aus entwickeln. Dem stellten die Marxisten die Arbeitswerttheorie entgegen. Diese beiden Theorien waren in einer kapitalistischen Wirtschaftsform unvereinbar. Im Verlaufe der Auseinandersetzung benutzten die Marginalisten häufig den Begriff Gebrauchswert. Aber sie setzten diesen mit dem Begriff subjektiver Nutzen gleich. Eine derartige Verschiebung der Bedeutung geschah aber ebenfalls bei vielen Marxisten, die dann den Gebrauchswert mehr oder weniger der Vergessenheit anheimfallen ließen." (S. 10)

Roland strebt nun eine Verbindung von Marxismus und Marginalismus mit der Frage an, ob man sich nicht, auch wenn der Marginalismus für eine Beschreibung der Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft zu abstrakt sei, dennoch einiger Instrumentarien dieser Theorie bedienen könne, um die ökonomische Theorie des Sozialismus theoretisch zu vertiefen; denn das Hauptziel der sozialistischen Ökonomik sei ja eine maximale Befriedigung der Bedürfnisse. "In dem Maße, wie die Gebrauchswerte die Grundlage der Bedürfnisse darstellen, muß die Produktion im Sozialismus auf dem Gebrauchswert und nicht auf dem Tauschwert beruhen." (S. 11)

Daraus erwachsen natürlich große theoretische Schwierigkeiten. Zum Ausgangspunkt nimmt der Autor die Feststellung von Marx, daß Gebrauchswerte unvergleichbar und unmeßbar seien. Dennoch versucht er, die Nützlichkeit verschiedener Gebrauchswerte über objektive Charakteristika zu erfassen und sie zu einem System der Bedürfnisse in Beziehung zu setzen. Er ist der Ansicht, daß sich durch Vergleiche zwischen dem Grenznutzen der Gebrauchswerte und ihren jeweiligen Produktionskosten eine Regel entwickeln ließe, nach welcher sich die Produktion, in Abhängigkeit vom System der Bedürfnisse, richten könnte. Ein daraus abgeleitetes Hierarchieschema der Gebrauchswerte in bezug auf die Bedürfnisbefriedigung hätte dann als Richtschnur für den Wirtschaftsplan zu gelten.

Alle diese interessanten Überlegungen werden von Roland allerdings mit Blick auf eine entfaltete kommunistische Gesellschaft angestellt, in welcher es kein Geld mehr geben wird. In dieser Etappe der Entwicklung dürfte die Notwendigkeit eines "Maßes" der Gebrauchswerte als Ausgangspunkt der Wirtschaftsplanung tatsächlich unerläßlich werden. Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Probleme im Sozialismus und des augenblicklichen Niveaus der ökonomischen

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

mischen Entwicklung erscheinen die Demonstrationen des Autors jedoch vielfach sehr abstrakt. So wird nicht berücksichtigt, daß die Entfaltung der produktiven Fähigkeiten und somit auch der Bedürfnisstruktur der Menschen selbst eine historische Entwicklung darstellt und zugleich auf vielfältige Weise mit anderen historischen Prozessen verflochten ist. Das führt in den Bereich ethischer Fragestellungen: Ist es erforderlich oder zumindest berechtigt, durch Erziehung oder andere Einflüsse bestimmte Konsumtionsmuster vorzugeben? Welche individuellen Bedürfnisse können befriedigt werden? In welcher Rangfolge können sie befriedigt werden? Welche Bedeutung hat die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse angesichts individueller Bedürfnisse? usw. Trotz vorwiegend abstrakter Demonstrationen werden auch bei derartigen Fragen vom Autor viele Anregungen gegeben.

Die mathematische Formalisierung der Problemstellungen von Marx und anderer Sachverhalte erleichtert dem in der Algebra und Analysis bewanderten Leser das Verständnis. Aber auch ohne derartige Kenntnisse kann das Buch mit Gewinn gelesen werden. Es enthält ein umfangreiches Verzeichnis der verwendeten Literatur. Man vermißt jedoch ein Personen- und ein Sachregister. Hingewiesen sei auf das Vorwort von J. Nagels, welches weitere theoretische Aufschlüsse und interessante Anregungen zum Thema vermittelt.

Das Buch zur Weltgeschichte, das auf wissenschaftlicher Grundlage die Geschichte der Erde, der Menschheit und der Kultur darstellt, ist ein wertvolles Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt. Es ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt. Es ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt.

Das Buch zur Weltgeschichte, das auf wissenschaftlicher Grundlage die Geschichte der Erde, der Menschheit und der Kultur darstellt, ist ein wertvolles Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt. Es ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt. Es ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt.

Das Buch zur Weltgeschichte, das auf wissenschaftlicher Grundlage die Geschichte der Erde, der Menschheit und der Kultur darstellt, ist ein wertvolles Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt. Es ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf die Zusammenhänge zwischen der Weltgeschichte, der Naturgeschichte, der Sozialen und geographischen Verhältnisse lenkt.

Eine unentbehrliche Informationsquelle zum Weltbild
der jüngsten Vergangenheit

Haack Atlas zur Zeitgeschichte, hg. v. Zentralinstitut für
Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Deutschen
Demokratischen Republik und VEB Hermann Haack

VEB Hermann Haack Geographisch-Kartographische Anstalt,
Gotha 1985, 73 S., 32,- M

von Jörg Roesler

Ein Atlas zur Zeitgeschichte, der auf wissenschaftlicher Grundlage ein Optimum an Fakten, Zusammenhängen und Entwicklungstendenzen zu den politischen, ökonomischen, sozialen und demographischen Verhältnissen bietet, war bei uns seit langem ein Desiderat. Nun liegt ein solches Werk vor. Auf 71 Karten- und Graphikseiten bietet es das komplexe Weltgeschehen vor allem des Jahrzehnts 1976 bis 1980. Über 30 Gesellschaftswissenschaftler verschiedener Disziplinen und mehr als 40 Kartenredakteure, Kartographen und Zeichner wirkten daran mit. Der Atlas zur Zeitgeschichte berücksichtigt z. T. auch Prozesse von vor 1975 sowie ab 1980 und schließt mit der politischen Entwicklung der Erde von 1981 bis 1984.

Sein Vorläufer ist der vom gleichen Verlag herausgegebene zweibändige "Atlas zur Geschichte"¹. Die Kontinuität ist deutlich: Für alle 3 Bände stand Lothar Berthold der Redaktionskommission vor. Gleiche Grundsätze gelten für Leitfarben und Leitsignaturen sowie die Ergänzung des Karteninhalts durch Graphiken und Tabellen. Der Atlas zur Zeitgeschichte hat jedoch ein ganz anderes Format: Er ist fast doppelt so groß. Da überdies doppelseitige Weltkarten (mit Nebenkarten für Europa, z. T. auch für die Karibik und den Nahen Osten) darin häufig vertreten sind, ist die gewachsene Dimension der Karten recht eindrucksvoll. Durch den Formatwechsel wurde die Gefahr der Überinformation und der daraus resultierenden Unübersichtlichkeit diesmal vermieden. Obwohl die meisten Karten eine Vielzahl von Informationen bieten, wirken sie nicht überladen. Teilweise ist aber anstellé äußerster Platzausnutzung Verschwendung getreten, so bei

¹ Atlas zur Geschichte, Bd. 1: Von den Anfängen der menschlichen Gesellschaft bis zum Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917, Gotha/Leipzig 1973, Bd. 2: Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis 1972, Gotha/Leipzig 1975.

der 11seitigen Übersicht zu Flaggen und Staaten (S. 61 - 71)². Auch wäre zu überlegen, ob nicht die Ozeanflächen für kleinformatige Nebenkarten stärker genutzt und Brennpunkten politischer und ökonomischer Entwicklungen gewidmet werden sollten, wie Nikaragua, dem Libanon oder den neuerschlossenen Erdölfeldern in Sibirien und in der Nordsee.

In der Farbgebung wurden die im "Atlas zur Geschichte" überwiegenden Pastelltöne durch auffälligeren Farbunterschiede abgelöst, was bessere Unterscheidungsmöglichkeiten bietet und der Kartenaussage zugute kommt. Dennoch ergibt sich fast durchgängig ein ruhiges Kartenbild. Damit sind die Vergleichsmöglichkeiten jedoch so gut wie erschöpft; denn der Atlas zur Zeitgeschichte stellt gegenüber den beiden Geschichtsatlanten entsprechend den spezifischen Anforderungen an eine Fast-noch-Gegenwartsdarstellung m. E. eine neue Qualität dar.

Ein Vergleich des Karteninhalts kann sich demzufolge nur an Atlanten mit gleicher - zeitgeschichtlicher - Aufgabenstellung orientieren. Der wohl erste in deutscher Sprache veröffentlichte Atlas zum besseren Verständnis der sich auf der Erde vollziehenden aktuellen Vorgänge in Politik und Ökonomie aus marxistischer Sicht wurde Ende der 20er Jahre von Alexander (Šandor) Radó geschaffen.³ Sieht man einmal von Radós ausführlicher Kommentierung der Karten ab - die Leser im deutschsprachigen Raum, an die sich Radós Atlas richtete, lebten in einer nahezu ausschließlich von imperialistischen Massenmedien beherrschten Welt -, so kann der Atlas für Zeitgeschichte thematisch und in der Darstellungsweise als Fortsetzung des damals Begonnenen bezeichnet werden. Radós Werk mit seinen gelungenen inhaltlichen Proportionen, seiner Komplexität bei der Behandlung des Themas und seiner Aussagekraft halte ich für einen bis heute gültigen Maßstab für zeitgeschichtliche kartographische Arbeiten.

Wie ist der Atlas zur Zeitgeschichte inhaltlich gegliedert? Nach 3 einleitenden Karten, die die politische Entwicklung unserer Erde von 1917 bis 1980 umreißen, behandelt er auf 8 Seiten das sozialistische Lager. Hier - wie auch bei den folgenden thematischen Schwerpunkten - dienen die Karten in erster Linie der Wiedergabe des 1976/80 erreichten Zustandes in der Welt, während Graphiken, in geringerem Maße auch Chroniken und Tabellen, die Dynamik der Entwicklung in diesem bzw. über einen längeren Zeitraum veranschaulichen. Dies halte ich für angemessen und geglückt. Weniger gelungen scheint mir der Versuch, das Netz der bilateralen Freundschaftsverträge, das die sozialistischen Länder miteinander verknüpft, durch Verbindungslinien darzustellen. Eine übersichtlichere Darstellung bzw. eine Chronik hätte dem Anliegen der Autoren wohl eher entsprochen. Auf dem Blatt "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (S. 12 f.) werden die Standorte von zwei- und mehrseitigen gemeinsamen Investitionsobjekten gleich groß gekennzeichnet, die beträchtlichen Unterschiede im Investitionsvolumen also nicht berücksichtigt. Schließlich sei noch kritisch vermerkt, daß der an sich begrüßenswerte Versuch (S. 6 f.), Länder zu erfassen, die sich dem sozialistischen Lager annähern, ohne ihm anzugehören, nicht be-

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf den hier besprochenen Atlas.

3 Radó, Alex, Atlas für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, T. 1: Der

friedigen kann. Das ausgewählte Kriterium "Länder, die 1980 durch Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit sozialistischen Staaten verbunden sind" umfaßt Staaten sehr unterschiedlicher sozialer Ferne bzw. Nähe zum sozialistischen Lager, wie Angola, Zaïre, Äthiopien, Finnland und Indien. "Länder mit sozialistischer Orientierung" hervorzuheben, was bei dem Anfang der 80er Jahre erreichten Forschungsstand⁴ möglich ist, scheint mir angebrachter.

Den Karten über das sozialistische Lager folgen solche zu internationalen Beziehungen, eingeleitet durch zwei Darstellungen zu den weltweiten diplomatischen Beziehungen und zum Engagement der DDR für die internationale Solidarität. Mit der Karte "Kampf der sozialistischen Staaten um Frieden und Sicherheit" (S. 22 f.) wird das zentrale Thema dieses Atlases, das wichtigste Problem hervorgehoben: das Ringen um den Weltfrieden, dem noch weitere Karten bzw. Übersichten gewidmet sind (vgl. z. B. S. 24, 58 - 60). Das imperialistische System (S. 26 - 35) und der Kampf der Entwicklungsländer um politische Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit (S. 36 - 41) bilden weitere thematische Schwerpunkte des Kartenwerks. Erfreulich ist, daß die Autoren des Atlases zur Zeitgeschichte die m. E. völlig unangebrachte Zurückhaltung, Sprach-, Rassen- und Religionsverbreitung auf der Erde darzustellen, aufgegeben haben. (Radó hat seinerzeit mehr als ein Dutzend Nationalitätenkarten veröffentlicht und auch auf die Darstellung der Religionsverbreitung nicht verzichtet.) Zusammen mit den aufschlußreichen Karten zur Bevölkerungsdichte und -dynamik und zum Bildungsstand sowie den Weltsprachen und -schriften bildet dieser thematische Schwerpunkt eine wichtige und begrüßenswerte Ergänzung zu dem überwiegend politisch bzw. ökonomisch ausgerichteten Teil des Kartenwerks.

Wirtschaftskarten und -graphiken machen ein Drittel der 60 Karten- und Graphikseiten aus. Davon entfallen 9 auf den thematischen Schwerpunkt "Weltwirtschaft". Der Anteil der Wirtschaftskarten entspricht den enormen Veränderungen die sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in der Weltwirtschaft vollzogen und auch heute noch das Zeitgeschehen wesentlich beeinflussen. Auf einen weiteren Aspekt wies schon 1929 Theodore (Fedor Aro-novič) Rothstein im Vorwort zum Atlas von Alexander Radó hin: "Endlich entschleiert Radó in einer Reihe von Karten die 'Unterlage' der Geschichte, wie sie wirklich ist, und zwar als einen wirtschaftlichen Faktor. Die Städte, die Berge, die Flüsse und selbst die Länder haben keinen Sinn und kein Interesse für den Studierenden, wenn sie nicht zur selben Zeit Ausdruck von wirtschaftlichen Werten sind."⁵ Im Vorwort zum Atlas zur Zeitge-

Imperialismus, Wien/Berlin 1930 (Neuaufgabe als Reprintausgabe, Gotha/Leipzig 1980).

4 Vgl. u. a. Kress, Albin, Zum sozialökonomischen Inhalt ökonomischer Prozesse bei der Entwicklung zum Sozialismus in Entwicklungsländern. Einige methodologische Bemerkungen, in: Asien - Afrika - Lateinamerika, 1/1982; Primakov, J. M., Länder mit sozialistischer Orientierung, ein schwieriger, aber realer Übergang zum Sozialismus, in: ebenda, 6/1981.

5 Radó, S. 6.

schichte findet sich dagegen kein Hinweis auf die weltwirtschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1976 bis 1980, auch wenn sie im Atlas berücksichtigt werden. Die Wirtschaftskarten gehören zu den aussagekräftigsten, in der Farbgebung gelungensten Darstellungen. Die eindrucksvoll gestalteten, übersichtlichen Wirtschaftsgraphiken, teilweise als Nebendarstellungen zu den Karten, teilweise selbständig, enthalten oft auch Zahlenmaterial, aus dem sich Tabellen zusammenstellen lassen. Inhaltlich sind die betreffenden Karten und Graphiken zunächst der Wirtschaftsentwicklung der RGW-Länder im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 (im Vergleich zu 1970) gewidmet. Es folgen Wirtschaftskarten zur Expansion der imperialistischen Hauptländer und multinationalen Konzerne sowie zur Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Ähnlich gut gelungen sind die Schaubilder zum Thema "Kampf der Entwicklungsländer um ökonomische Unabhängigkeit" (S. 40). Die Karte "Ökonomische Hilfe der Mitgliedsländer des RGW für die Entwicklungsländer" (S. 41) bietet einen ausgezeichneten Überblick über die gewährte Unterstützung nach Länderanteilen, Wirtschaftsbereichen und -zweigen. Die Weltwirtschaftskarten und -graphiken schließlich beschäftigen sich mit den "großen Themen" der zweiten Hälfte der 70er Jahre, wie Energieverbrauch, -export und -import, Welterdölwirtschaft sowie weiteren Grundthemen: volkswirtschaftliche Proportionen (Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen), Industrie, Landwirtschaft und Verkehr. Bemerkenswert ist, daß nicht nur die Anbau- bzw. Erzeugungsgebiete, sondern auch die Hauptgüterströme nach Warenarten entsprechend ihrem Umfang differenziert dargestellt sind. Allerdings wird zwischen sehr bedeutenden, bedeutenden und weniger bedeutenden Standorten in den Signaturen nicht deutlich genug unterschieden. Bei den Weltwirtschaftskarten hätte ich zwei Wünsche anzumelden: eine Darstellung der Außenwirtschaftsströme der DDR (gewissermaßen als ökonomisches Pendant zu den auf S. 14 f. dargestellten internationalen politischen Beziehungen) und eine Karte der wirtschaftlichen Nutzung der Weltmeere, die über Schelfgebiete, Hoheitszonen und Hauptfischfanggebiete informiert.

Das Kartenwerk schließen ein Abkürzungsverzeichnis, die Grundlegende und ein thematischer Kartenweiser (ein gelungenes Sachwortverzeichnis) ab. Kommen wir zum Schluß: Einige Mängel sowie einige Anregungen zur weiteren Vervollkommnung ändern nichts an dem hervorragenden Gesamteindruck. Dieser Atlas läßt alles in allem die in der deutschen Arbeiterbewegung vorhandene Tradition aufleben, die Werktätigen über aktuelle politische und ökonomische Fragen auch mit den Mitteln der Kartographie zu informieren.

Zur Geschichte des Automobils, seiner Fertigung und seiner Stellung in der Gesellschaft

Peter Kirchberg, Autos aus Zwickau

transpress. VEB Verlag für Verkehrswesen, Berlin 1985,
200 S., 245 Abb. (z. T. farbig), 23 Tab., 36,- M

von Wolfgang Mühlfriedel

Unter dem etwas heimattümlichen Titel "Autos aus Zwickau" verbirgt sich ein gewichtiger Beitrag zur Geschichte des Automobils und seiner Fertigung in Deutschland und in der DDR. Peter Kirchbergs Titelwahl ergibt sich zweifellos aus der Tatsache, daß aus den Automobilfabriken der sächsischen Industriestadt Fahrzeuge kamen, die für die Geschichte des Autos und seiner Fabrikation stehen. Kirchberg erbringt dafür in der vorliegenden Monographie den überzeugenden Nachweis. Der Leser wird schon durch die Ausstattung des Buches mit der inhaltlichen Konzeption, von der sich der Verfasser leiten ließ, bekannt gemacht. Durch eine Fülle von Abbildungen, die die behandelten Kraftfahrzeugtypen, technische Details, Ansichten von Produktionsstätten und Werbematerial wiedergeben, sowie durch die eingehende Beschäftigung mit Archivmaterialien und die Darlegung umfangreichen statistischen Materials über die gefertigten Fahrzeuge wird deutlich, worauf es dem Verfasser bei der Darstellung ankam. Er verfolgt, wie sich in Zwickau unter kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen das Kraftfahrzeug technisch entwickelte und wie sich die technisch-technologischen Bedingungen seiner Herstellung wandelten. Wenngleich das Technisch-Technologische in der hier in Rede stehenden Monographie dominiert, so wird dem Leser doch in verhältnismäßig großem Umfang Einblick in den im Automobilbau gegebenen Zusammenhang von Technischem und Ökonomischem geboten. Der Leser lernt anhand der in Zwickau produzierten Autos, angefangen beim ersten 14- bis 17-PS-Vierzylinder von August Horch aus dem Jahre 1904 bis zum Trabant der jüngsten Ausstattung, den historischen Werdegang der Kraftfahrzeugtechnik in den Grundzügen kennen. Er erfährt ausführlich, wie die einzelnen Baugruppen des Automobils Schritt um Schritt und in gegenseitiger Beeinflussung funktionstüchtig wurden und wie der Kraftwagen zu einem Produkt heranreifte, das ein Massenbedürfnis weckte und befriedigte. Als ein Beispiel für das Herangehen Kirchbergs an die Darstellung kann die Geschichte der Konstruktion von Horch-Wagen durch Paul Daimler und Fritz Fiedler zwischen 1926 und 1932 genommen werden, bei denen der technische Fortschritt am Triebwerk zum Ausgangspunkt für die Entwicklung eines neuen Wagentyps wurde.

Die Passagen der Monographie, die der Entwicklung der Kraftfahrzeugtechnik gewidmet sind, gewinnen ihre historiographische Qualität gleichermaßen aus dem dialektisch-materialistischen Herangehen an das Technikgeschichtliche und aus der Darstellung des personellen Faktors beim technischen Fortschritt. Kirchberg weist, soweit das sachlich möglich ist, den Anteil des einzelnen Ingenieurs oder Technikers an den Neuerungen sorgsam aus. Er läßt den Leser geradezu über die Schultern der Autobauer blicken und an deren Überlegungen und Entscheidungen teilhaben. Der Verfasser gibt damit ein Muster für eine marxistisch-leninistische Technikgeschichtsschreibung.

Der Leser findet eingehende Informationen über die technischen Neuerungen am Automobil. Einer Quelle des Fortschritts in der Kraftfahrzeugtechnik schenkt Kirchberg besondere Aufmerksamkeit. Sie bestand im Autorennsport. Das Wechselverhältnis zwischen den durch den Autorennsport an die Konstruktion und an das verwendete Material von Kraftfahrzeugen gestellten Anforderungen arbeitet Kirchberg, bei der ersten Beteiligung eines Horch-Wagens an der Hercomer-Fahrt im Jahre 1905 beginnend, durchgehend heraus. In einem gesonderten Abschnitt geht der Verfasser auf den Einfluß ein, den die Bedingungen für die Teilnahme an den Rennen und der Konkurrenzkampf der an den Wettbewerben teilnehmenden kapitalistischen Autoproduzenten auf die technische Entwicklung des Kraftwagens, vornehmlich der in Zwickau gefertigten, ausübten. Einen gebührenden Platz räumt er dabei den 30er Jahren ein, in denen die Rennwagen aus Zwickau zu den weltschnellsten gehörten. Diesem Thema hat Kirchberg übrigens eine spezielle Publikation gewidmet, in der die Geschichte der großen internationalen Automobilrennen ausführlich geschildert wird.

Neben der Behandlung der technischen Entwicklung des Automobils zeichnet Kirchberg in seiner Monographie den Zusammenhang zwischen dem Produkt und den technisch-technologischen Bedingungen seiner Herstellung nach. Er arbeitet heraus, wie mit dem Ausreifen des Produkts und dem damit verbundenen Anwachsen der Nachfrage nach Personenkraftwagen das Gewicht des technischen Fortschritts in der Fertigung von Autos wuchs. Er veranschaulicht, daß in den Jahren, in denen die Suche nach dem leistungsfähigen und funktions-sicheren Fahrzeug im Automobilbau vorherrschte, das Werkstattprinzip in der Fertigung dominierte und daß sich mit wachsender Stückzahl die Technologie zunehmend wandelte. So gingen die Horch-Werke 1923 zur Reihenfertigung über, und 1925 wurden die Achtzylinder-Motoren bereits an Fließbändern fabriziert.

Der Leser des hier besprochenen Buches erfährt aber nicht nur Technisch-Technologisches über das Herstellen von Kraftwagen, sondern er erhält auch einen kleinen Einblick in betriebswirtschaftliche Vorgänge. Er kann sich anhand von umfangreichen Statistiken einen detaillierten Überblick über die Anzahl der hergestellten Fahrzeuge verschiedenster Typen verschaffen. Dadurch gewinnt er eine gewisse Vorstellung von den jeweilig gegebenen betriebswirtschaftlichen Grundbedingungen. Sodann bietet sich ihm in einem bestimmten Umfang ein Bild von den bei den kapitalistischen Automobilfirmen herrschenden Prinzipien der Kalkulation. Leider beschränkt sich Kirchberg lediglich auf die Kalkulation des einzelnen Produkts. Er gibt keine Übersicht über die gesamte Ökonomik der untersuchten kapitalistischen Unternehmen. Nur Auswirkungen des Marktes werden punktuell reflektiert.

Wenngleich in diesem Punkt die vorliegende Monographie nicht befriedigt, so erfährt der wirtschaftsgeschichtlich Interessierte ausnehmend viel über den Verlauf der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit im Automobilbau. Kirchberg verfolgt die verschiedenen Aspekte dieses Prozesses. An erster Stelle ist die Industrialisierung der Kraftwagenherstellung zu nennen. Der Leser kann nachvollziehen, wie sich aus der Werkstatt des einfachen Warenproduzenten August Horch Schritt um Schritt die Fabrik des Kapitalisten August Horch entwickelte und wie der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß in der Formierung des Konzerns Auto-Union in den 30er Jahren seinen Höhepunkt fand. Ein anderer Aspekt des Vergesellschaftungsprozesses der Produktion und der Arbeit bestand im Separieren der Entwicklung und Konstruktion zu einem selbständigen Tätigkeitsfeld mit einer entsprechenden Organisation.

Zu Beginn der Autogeschichte war es zumeist der Unternehmer, der das Fahrzeug entwarf und mit Unterstützung versierter Arbeiter fertigte. Dafür steht das Beispiel von August Horch. In den 20er Jahren entstanden dann aus spezialisierten Fachkräften zusammengesetzte Arbeitsgruppen in den Automobilfirmen, die sich ausschließlich mit der Entwicklung und Konstruktion befaßten. Die Fortschritte in der Kraftfahrzeugtechnik führten zu einer Arbeitsteilung

innerhalb dieser Arbeitsgruppen. In der Auto-Union wurde 1935/36 das in den einzelnen Fabrikationsstätten tätige wissenschaftlich-technische Potential in einem zentralen Konstruktionsbüro und in einer zentralen Versuchsabteilung konzentriert. Dieser Vergesellschaftungsaspekt brachte es mit sich, daß schon Ende der 20er Jahre der Zusammenhang von Erfinderpersönlichkeit und Autotyp bzw. Kraftfahrzeugbaugruppe weitgehend verloren ging.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit bestand in der arbeitsteiligen Organisation der Produktion von Kraftwagen. Ein Beispiel dafür ist die Fertigung des DKW Front. Die Baugruppen dieses Wagens wurden in verschiedenen Produktionsstätten der Auto-Union gefertigt.

Kirchberg schließt seine Monographie mit einem Kapitel ab, das der Entwicklung des volkseigenen Automobilbaus in Zwickau gewidmet ist. Dieser Gegenstand räumt dem Kapitel eine besondere Stellung innerhalb der Gesamtgeschichte des Zwickauer Kraftfahrzeugbaus ein. Der Verfasser konstatiert zunächst, daß die aktive Teilnahme des Auto-Union-Konzerns am faschistischen Aggressionskrieg, dafür werden genügend Beispiele gebracht, die Liquidierung der sächsischen Autoindustrie zur Folge hatte. Lediglich das Ausführen eines Reparatursprogrammes war in Zwickau noch möglich. Ende der 40er Jahre entstand dann aber, gefördert von der sowjetischen Besatzungsmacht, in Zwickau ein volkseigener Automobilbau. Kirchberg veranschaulicht, welche außerordentlichen Anstrengungen die Facharbeiter, die Konstrukteure und die mit der Leitung der neugebildeten volkseigenen Betriebe beauftragten Arbeiterfunktionäre unternahmen, um die materiellen Bedingungen für den Bau von Kraftfahrzeugen zu schaffen. Sie gestalteten, volkswirtschaftliche Erfordernisse beachtend und gegründet auf ihr umfangreiches Wissen sowie auf die überkommenen Konstruktionsunterlagen, ein breites Produktionsprogramm. Dazu mußten sie ihr Augenmerk nicht nur und nicht in erster Linie auf den Wiederaufbau der Zwickauer Produktionsstätten richten, sondern vor allem auch für das Entstehen einer Automobilindustrie überhaupt sorgen. Die imperialistische Spaltung Deutschlands erzwang, vornehmlich im sächsischen Raum, volkseigene und privatkapitalistische Betriebe auf die Bedürfnisse des Kraftfahrzeugbaus auszurichten.

Der Neuaufbau der Autoindustrie in unserem Lande war die Voraussetzung für den eigenständigen Beitrag der Zwickauer zur Geschichte des Personenkraftwagens. Er bestand in der Konstruktion eines Gebrauchswagens, dessen Karosserie erstmals in der Geschichte serienmäßig aus Kunststoff gefertigt wurde. Der Werdegang dieses Kleinwagens, der in den 60er Jahren als P 601 seine reife Gestalt erhielt, wird von Kirchberg ausführlich dargestellt. Es sind sowohl die Bedingungen, die zur Plastekarosserie führten, und die beim Entwickeln und beim Einsatz des neuartigen Materials im Automobilbau zu bewältigenden Probleme als auch der Konstruktionsweg des gesamten Fahrzeugtyps behandelt.

Bei der Lektüre der letzten Seiten der Monographie beeindruckt einerseits die steigenden Produktionszahlen (Die Anzahl der fabrizierten Trabant stieg von 29 668 im Jahr 1964 auf 129 751 im Jahr 1984. Hinter diesen Zahlen stehen die Leistungen der Ingenieure und Arbeiter der an der Fabrikation des Trabant beteiligten volkseigenen Betriebe.) und erweckt andererseits die Tatsache Bedenken, daß seit mehr als 20 Jahren vielfältige Umstände dazu zwingen, den gleichen Fahrzeugtyp zu fertigen, und daß die schon in Studien manifest gewordenen Neuerungen nicht realisiert werden konnten.

Zum Wert der vorliegenden Untersuchung für die marxistisch-leninistische Technikgeschichtsschreibung kommt ihre Bedeutung für zwei andere geschichtswissenschaftliche Disziplinen. Kirchberg bereichert durch die Darstellung der in Zwickau angesiedelten Autoindustrie die Wirtschaftsgeschichte, und er leistet einen spezifischen Beitrag zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik.

Abhängigkeit und Entwicklung?

Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, hg. v. Dieter Senghaas

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1974, 391 S., 12,- DM

von Waldtraut Schmidt

Ist man veranlaßt, sich zu einer Publikation mit länger zurückliegendem Erscheinungsjahr zu äußern, so wird man ihr in der Regel ein größeres Maß an Aufmerksamkeit widmen, wenn es sich um eine theoriegeschichtlich bedeutende Arbeit handelt. Andernfalls würde man sich zumeist auf einige referierende Äußerungen beschränken. Wenn der vorliegende Sammelband, dessen Erscheinen mehr als eine Dekade zurückliegt, Anlaß für ausführlichere Gedanken ist, so nicht etwa wegen der besonderen theoretischen Ausgereiftheit seiner Beiträge. Die in diesem Band zusammengefaßten Arbeiten stellen vielmehr eine Art "Momentaufnahme" von widersprüchlichen Standpunkten, Argumenten und methodischen Aspekten dar. Einige von ihnen werden hier noch einmal aufgegriffen, weil sich die Diskussion über das Wesen des Kapitalismus in Entwicklungsländern inzwischen keineswegs erschöpft hat.¹

Der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist es sicher dienlich, wenn einige der vor einem Jahrzehnt hauptsächlich vertretenen Thesen erneut sowohl hinsichtlich ihrer theoretischen Konsistenz als auch daraufhin untersucht werden, wieweit sie durch die realen Veränderungen bestätigt wurden, ob und inwiefern sie für politische Kämpfe eine Rolle spielten.

Die Konzeption des abhängigen bzw. peripheren Kapitalismus entstand ursprünglich im Ergebnis der Erfahrungen lateinamerikanischer Länder. Mit der Einbeziehung ihrer Wirtschaft und ihrer Gesellschaft in die kapitalistische Weltwirtschaft bildeten sich spezifische Entstehungsformen kapitalisti-

1 Neuere einschlägige Publikationen sind u. a.: Bagchi, Amiya Kumar, Political Economy of Underdevelopment, Cambridge 1982; Kapitalismus in Entwicklungsländern, Berlin 1983; Faulwetter, Helmut/Hoffmann, Ulrich, Die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus, in: Asien - Afrika - Lateinamerika (AALA), 4/1984; Sen, Asok, The Transition from Feudalism to Capitalism. Economic and Political Weekly Bombay, Bd. XIX, Nr. 28, 14. 7. 1984; Göthner, Karl Christian, Genesis, Entwicklung und Krise des Kapitalismus in Lateinamerika, in: AALA, 12/1984; Grienig, Horst, Kapitalismus in den Entwicklungsländern Asiens, in: ebenda, 5/1985.

scher Verhältnisse heraus. Sie unterscheiden sich von denen der meisten anderen Entwicklungsländer u. a. dadurch, daß die Kolonisierung des lateinamerikanischen Kontinents durch Feudalmächte erfolgte und die meisten dieser Länder ihre politische Selbständigkeit bereits im vorigen Jahrhundert erringen konnten. Die Herausbildung der kapitalistischen Grundklassen hat hier eine verhältnismäßig lange Geschichte.

Beim endgültigen Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems gab es bereits eine umfangreiche wirtschaftshistorische Literatur zur Geschichte des Kapitalismus in Lateinamerika, welche die Erfahrungen aus den Versuchen dieser ökonomisch schwachen Länder einschloß, die Wirtschaftsentwicklung durch importsostituierende Industrialisierung und eine stärkere Nutzung des Staates voranzutreiben, um dadurch u. a. auch ihre Positionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verbessern. Die beschleunigte kapitalistische Entwicklung und verstärkte Einbeziehung in die kapitalistische Weltwirtschaft vollzogen sich jedoch unter Bedingungen des zunehmenden Einflusses internationaler Monopole, des Weiterbestehens vielfältiger Formen sozial-ökonomischer Rückständigkeit, insbesondere in ländlichen Gebieten. Statt der erwarteten sozialen Besserstellung setzten soziale Differenzierungsprozesse in vordem unbekanntenen Dimensionen ein, und die soziale Instabilität wuchs.

Aus der in grundsätzlicher Hinsicht vorhandenen Ähnlichkeit vieler sozial-ökonomischer Probleme der lateinamerikanischen Länder mit denen der übrigen Entwicklungsländer erklärt sich das große Interesse für die Konzeption des abhängigen Kapitalismus, deren schnelle Verbreitung sowie die Fülle der dazu inzwischen publizierten Arbeiten.

Der im folgenden zur Debatte stehende Sammelband ist bereits Frucht und Ausdruck der international einsetzenden Diskussion. Historiker, Wirtschaftshistoriker und Ökonomen unseres Landes beteiligen sich seit längerem an diesen Erörterungen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Ursachen für die politische Radikalisierung von breiten kleinbürgerlichen Schichten und Teilen der mittleren Bourgeoisie gewidmet. Der damit im Zusammenhang stehende Aufschwung kleinbürgerlichen ökonomischen Denkens konzentrierte sich zum großen Teil auf Fragen des abhängigen Kapitalismus.² Anfänglich drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Erfahrung, daß die Einbindung der Entwicklungsländer in die kapitalistische Weltwirtschaft, die Mängel der Wirtschaftsstruktur dieser Länder und die sich verstärkende Rolle internationaler Monopole zu internationalen Umverteilungsprozessen führen, wodurch ein ständiges Abzapfen von Nationaleinkommen erzeugt wird, das der Wirtschaft von Entwicklungsländern schweren Schaden zufügt und ihre Abhängigkeit reproduziert. Gleichzeitig wurde betont, daß die auf diesem Weg vor sich gehende Ausbeutung die Anstrengungen von Ländern der "dritten Welt" durchkreuze, durch geeignete Entwicklungsstrategien funktions- und reproduktionsfähige selbständige Volkswirtschaften aufzubauen. Zu den ererbten Übeln aus der Kolonialzeit kämen neue hinzu, z. B. führe die Konzentration von Forschungspotentialen und moder-

2 Flechsig, Steffen, Kleinbürgerlich-radikale Kapitalismus-Kritik in Lateinamerika - Ausdruck der Krise des bürgerlichen ökonomischen Denkens, in: ebenda, 6/1978.

nen Technologien in den ehemaligen Kolonialmetropolen und bei internationalen Konzerngesellschaften zu neuen Formen der Abhängigkeit, was die Entwicklungsländer immer mehr an die Peripherie weltwirtschaftlichen Geschehens dränge und ihre Wirtschaft immer verwundbarer mache.

Zur theoretischen Durchdringung dieser für die Zukunft der Entwicklungsländer gravierenden Probleme war jedoch methodisches Rüstzeug erforderlich. Praktische Bedürfnisse einer Vielzahl von Ländern, in denen der größte Teil der Weltbevölkerung lebt und auf die sich das Interesse der Weltöffentlichkeit verstärkt richtete, brachten theoretische Grundgedanken der politischen Ökonomie in die lebhaft geführte Diskussion. Dazu gehören die Fragen nach der Wertschöpfung in Ländern mit unterschiedlichem ökonomischem Niveau, nach dem Mechanismus der Entstehung internationaler Werte und Preise, nach dem Einfluß des internationalen Monopolkapitals und staatsmonopolistischer Gebilde in diesen Prozessen sowie nach dem Verhältnis der verschiedenen Ausbeuterklassen und -fraktionen bei der ursprünglichen Ausbeutung und bei internationalen Umverteilungsprozessen usw. Spezifische Akzente erhielt die Diskussion aufgrund der Erkenntnis, daß es in den "peripheren Bereichen kapitalistischer Entwicklung" zu einem sehr starken Anwachsen der Armut kommt. Diese Problematik fand ein weites Echo. So befaßte sich der damalige Präsident der Weltbank, Robert S. McNamara, 1973 in der Ansprache an die Gouverneure ausführlich mit der wachsenden absoluten Armut in Entwicklungsländern und ihren vielfältigen Erscheinungsformen. (S. 8 - 10)³ Dabei ist freilich zu betonen, daß sich die Motive des Repräsentanten eines bestimmten Flügels der internationalen Monopolbourgeoisie für die Beschäftigung mit der wachsenden Armut in Entwicklungsländern grundlegend von denen der radikalen Kritiker des Kapitalismus abheben, die unter den Vertretern des abhängigen Kapitalismus vorherrschen.

Bei den Versuchen, die massenhaft auftretenden ökonomischen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer zu quantifizieren, zeigte sich, daß die üblichen statistischen Erfassungsmethoden keine hinreichenden Voraussetzungen bieten, um z. B. Beschäftigung, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit oder Einkommensstrukturen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, zu ermitteln. Dudley Seers steuerte zum vorliegenden Band einen Artikel unter der Fragestellung "Was heißt 'Entwicklung'?" bei. Darin regte er u. a. an, die theoretischen Voraussetzungen für das Sammeln und Erschließen der benötigten Daten zu vervollkommen. (S. 49 - 56) Obwohl in der Zwischenzeit viel methodische Arbeit geleistet wurde und mehr und teilweise besseres statistisches Material verfügbar ist, entziehen sich auch gegenwärtig nicht wenige sozialökonomische Erscheinungen und Vorgänge in Entwicklungsländern einer wissenschaftlich begründeten Quantifizierung.

Während die Beiträge des hier zur Debatte stehenden Sammelbandes zum großen Teil grundsätzliche Fragen aufwerfen und viel methodologisches Gedankengut enthalten, lassen sie gleichzeitig erkennen, daß die Bestandsaufnahme der Wirtschaft von Entwicklungsländern noch eine große Rolle spielt. Diese empirischen Arbeiten dienen im wesentlichen der Erkundung, inwie-

3 Alle im Text nicht näher bestimmten Seitenzahlen beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

weit die gegebenen Wirtschaftsstrukturen die Erweiterung und Modernisierung der Produktion aus eigener Kraft und auf nationaler Grundlage ermöglichen.

Dieter Senghaas fordert in seinem Vorwort, sich nicht in Einzelheiten zu verlieren. Er verlangt von der Analyse der "peripheren Gesellschaftsformationen", daß sie "die Totalität oder den Systemcharakter der historisch gewachsenen, asymmetrisch strukturierten Beziehungen zwischen Metropolen und Peripherien aufzeigen, also die Struktur internationaler Herrschaft und Ökonomie durchsichtig machen" müsse. (S. 18 ff.)

In einer ganzen Reihe von hier vereinigten Beiträgen ist marxistisches Gedankengut erkennbar. Dies bezieht sich sowohl auf Elemente der marxistischen Arbeitswert- sowie der Mehrwert- und Akkumulationstheorie als auch auf Gedanken, die den Arbeiten Lenins zum Imperialismus entstammen. Zu Recht wurde verschiedentlich auf die Grenzen im Verständnis der marxistischen Theorie verwiesen. Ebenso berechtigt ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den Gründen für das verstärkte Aufgreifen dieses Gedankengutes. Dazu trug wohl vor allem bei, daß mit der zunehmenden Einbeziehung von Entwicklungsländern in die kapitalistische Weltwirtschaft eine starke internationale Polarisierung von Reichtum und Armut einsetzte, für deren Erklärung die bürgerlichen ökonomischen Theorien keine akzeptablen Ansatzpunkte boten. Hinzu kommt, daß verschiedene grundlegende Arbeiten marxistischer Ökonomen bereits erhebliche theoretische Vorarbeiten für die weitere Untersuchung insbesondere der Akkumulationsbedingungen von Entwicklungsländern geleistet hatten. Hier spielten z. B. Arbeiten von Maurice Dobb und Paul Baran eine große Rolle.⁴

In der vorliegenden Kritik am Kapitalismus treffen liberale, charitative und auf andere Art motivierte Haltungen mit marxistischen Standpunkten insofern zusammen, als von ihnen gemeinsam die Ausblutung der Volksmassen in den Entwicklungsländern durch den Imperialismus und durch einheimische Ausbeuter verurteilt wird. Während jedoch die marxistische Theorie die Problematik der Entwicklungsländer in ihrem Zusammenhang mit den Gesellschaftsformationen und dem Inhalt der gegenwärtigen Epoche sieht, konzentriert sich die Konzeption des abhängigen Kapitalismus weitgehend auf die benachteiligte Position der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Diffizil ist die Frage nach der Interessenkonstellation der herrschenden Kräfte von Entwicklungsländern im Verhältnis zum Imperialismus. Von den im Sammelband vertretenen Autoren wurde kaum gefragt, ob die Ausbeutung der Entwicklungsländer nicht auch Angehörige herrschender Klassen und Schichten mindestens teil- oder zeitweise zu Gegnern imperialistischer Praktiken macht oder machen könnte. So ging Senghaas z. B. davon aus, daß die Macht in Entwicklungsländern von "Klientel-Eliten" ausgeübt wird, die einst durch Kolonialmächte als "Brückenköpfe" gesetzt wurden und aus "Angehörigen alter und/oder neuer Eliten" bestehen. (S. 16)

4 Dobb, Maurice, *Studies in the Development of Capitalism*, London 1946; derselbe, *Economic Growth and Underdeveloped Countries*, London 1963; Baran, Paul, *The Political Economy of Growth*, New York 1957.

Sicher traf es für die Zeit der Veröffentlichung des vorliegenden Bandes zu, daß in einer Reihe von Entwicklungsländern besonders reaktionäre Kräftegruppierungen die Macht behaupteten. Aber schon damals zeichnete sich zugleich auch unter staatstragenden nichtmarxistischen Kräften in einigen Ländern aus verschiedenen Gründen eine mehr oder weniger konsequente Gegnerschaft zum Imperialismus ab. Den Ursachen, Erscheinungsformen und Perspektiven nachzugehen war und ist eine sicher sehr wichtige Aufgabe.

Auf der Suche nach Ähnlichkeiten und Unterschieden bei der frühen kapitalistischen Entwicklung heutiger Industrieländer mit gegenwärtigen Vorgängen in der "dritten Welt" bleiben einige Autoren sehr an der Oberfläche. Dies gilt z. B. für Celso Furtado (Unterentwicklung und Abhängigkeit, Eine globale Hypothese), der feststellt, daß sich in den heute hochentwickelten Ländern zur Zeit der industriellen Revolution sowohl die Produktionstechniken als auch die Konsummuster veränderten, wobei beide Formen eng miteinander verbunden waren und einen einzigen Prozeß bildeten. In den gegenwärtigen Entwicklungsländern spaltete sich dieser Prozeß jedoch, und es drangen von außen fremde Konsummuster ein, die für den weiteren Entwicklungsprozeß sehr nachteilige Folgen hatten, nämlich dergestalt, daß einheimische Oberschichten dazu übergingen, ihren Konsumbedarf im Ausland zu decken, was sich unvorteilhaft für den Umfang und vor allem die Struktur des Binnenmarktes und der Produktion auswirkte. (S. 159 ff.)

Hier kann und soll nicht bestritten werden, daß die frühen und relativ starken Außenverflechtungen der Wirtschaft ehemaliger Kolonien große Bedeutung für die sich in den Entwicklungsländern herausbildenden Produktionsstrukturen hatten und haben. Ebensowenig ist zu leugnen, daß dadurch die Bedürfnisstrukturen der Oberschichten beeinflußt werden, was nicht ohne Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung bleibt. Da bei dem Herangehen der Autoren die gesellschaftliche Entwicklung jedoch auf das Wechselverhältnis von technischen Neuerungen bzw. Strukturveränderungen der Wirtschaft und Konsequenzen in den Konsummustern reduziert wurde, blieben die Triebkräfte der Bewegung und der Komplexität äußerer ökonomischer und politischer Einflußnahme außer Betracht.

Ein ähnlich oberflächliches Herangehen ist für den Beitrag von Rodolfo Stavenhagen "Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika" charakteristisch. (S. 276 ff.)

An der Diskussion über den Charakter der sich in den ehemaligen spanischen und portugiesischen Kolonien herausbildenden gesellschaftlichen Verhältnisse waren Historiker aus der DDR während der Entstehungszeit des vorliegenden Sammelbandes aktiv beteiligt. Manfred Kossok zog ein vorläufiges Fazit, in dem er wichtige methodische Aspekte zur Entstehung des Kapitalismus in Lateinamerika u. a. folgendermaßen resümierte: "So richtig und notwendig es ist, von der beherrschenden Funktion der durch den Entwicklungsstand der Metropole geprägten Triebkräfte der Expansion (Komponente A) zu sprechen, darf andererseits keineswegs die relative Eigenwirkung der in den Kolonien selbst vorgefundenen Bedingungen (Komponente B) übersehen werden. Aus der abhängigen Stellung Spaniens und Portugals im entstehenden Weltmarkt und dem Niedergang der einstigen Weltmachtstellung ergibt sich die Notwendigkeit, auch die zunehmende Wirkung der internationalen, ökonomischen und politischen Faktoren (Komponente C) zu beachten. Die endgültige Struktur eines Kolonialsystems ergibt sich als

Ergebnis (Resultante D) eines komplizierten Zusammenwirkens der mit 'A', 'B' und 'C' schematisch definierten Elemente."5

Einige Beiträge des Sammelbandes mögen den Eindruck akademischer Übungen erwecken. Dies ist jedoch mehr auf die theoretisierende Ausdrucksweise als auf die Bedeutung der Problematik zurückzuführen. Tatsächlich hat die Diskussion über den abhängigen Kapitalismus viele Wissenschaftler aus Entwicklungsländern dazu angeregt, in die Vergangenheit der eigenen Gesellschaft einzudringen, was der Kolonialismus verhinderte. Die Beschäftigung mit dieser Problematik ist in der Regel zugleich eine Abrechnung mit der Kolonialgeschichte und ein Element der Pflege bzw. der Entstehung von Nationalbewußtsein in Ländern der "dritten Welt".

Einen erheblichen Beitrag leisteten die frühen Repräsentanten der Konzeption des abhängigen Kapitalismus für die Untersuchung der Wertabflüsse aus der Wirtschaft von Entwicklungsländern. Die im vorliegenden Band mehr oder weniger ausführlich erläuterten Gedanken über den Abzug von Einkommen aus Entwicklungsländern sollten in der heftigen Auseinandersetzung um eine neue internationale Wirtschaftsordnung erhebliche praktische Bedeutung erhalten. Diese theoretischen Arbeiten stellten eine wichtige Grundlage für den Forderungskatalog der Entwicklungsländer zur Umgestaltung der internationalen ökonomischen Beziehungen dar. Während konservative bürgerliche Ökonomen in äußeren Kapitalzuflüssen den Schlüssel für die Wirtschaftsentwicklung von Ländern der "dritten Welt" sahen, wurde in der hier zur Debatte stehenden Konzeption betont, daß es vielmehr darauf ankäme, den Abzug von Nationaleinkommen aus Entwicklungsländern nach imperialistischen Zentren zu stoppen.

Wie die diesbezügliche Problematik angegangen wurde, ist aus folgenden Passagen ersichtlich. Senghaas stellt fest: "Die konkrete Struktur peripherer Gesellschaftsformationen erlaubt eine exzessive Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts durch die herrschenden Klassen in den Metropolen, mittels seines teilweisen Transfers in die Metropolen. Bis heute findet dieser Transfer sowohl offen als auch versteckt statt: offen im Kapitalrückfluß (Retransferierung von Profiten, Patent- und Lizenzgebühren, Zinslasten usw.) aus den Peripherien in die Metropolen, der inzwischen bisweilen umfangreicher als der vielzitierte Kapitalzufluß (öffentliche und private Investitionen, Schenkungen usw.) ist, weshalb zu Recht von einer wachsenden relativen Entkapitalisierung der Dritten Welt gesprochen wird. Dabei ist zu beachten, daß nicht der Mangel an nennenswerter Mehrwertproduktion an sich für periphere Gesellschaftsformationen kennzeichnend ist. Ganz im Gegenteil findet in diesen Gesellschaften eine vergleichsweise hohe, je nach Sektor absolute oder relative Mehrwertproduktion statt, doch ihre Ergebnisse gehen den Gesellschaften an Ort und Stelle qua potentieller Akkumulationseinsatz zum Teil verloren - sei es, weil sie ins Ausland fließen, sei es, weil sie von jenen Schichten unproduktiv konsumiert werden". (S. 29 f.)

5 Kossok, Manfred, Feudalismus und Kapitalismus in der Kolonialgeschichte Lateinamerikas. Thesen zu einer aktuellen Polemik, in: AALA, 2/1973, S. 111.

Oscar Braun ging in seiner Studie "Wirtschaftliche Abhängigkeit und imperialistische Ausbeutung" (S. 137 ff.) sowohl auf die Rolle von Monopolpreisen als auch auf Veränderungen der relativen Produktionspreise ein.

Andere Autoren (Thomas E. Weisskopf, Fernando Henrique Cardoso) untersuchten den "brain drain" als Abzugskanal von Nationaleinkommen (S. 173 ff.) und die Beschränkungen der Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner Technik und Technologie als wichtige Faktoren für die Festigung ihrer Abhängigkeit (S. 213 - 216). Auch der Gesichtspunkt, daß die ökonomische Zusammenarbeit von Entwicklungsländern ihr Verhältnis zum Imperialismus verbessern könne und "self-reliance" ein förderliches Prinzip darstelle, fand z. B. im Beitrag von Samir Amin (Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft) seinen Niederschlag. (S. 87)

Inzwischen hat sich jedoch erwiesen, daß die Entwicklungsländer diese Forderungen vorerst nicht durchsetzen konnten. Dennoch waren die Auseinandersetzungen nützlich, weil in ihrem Verlauf die vielfältigen Ausbeutungsmethoden des Imperialismus durchschaubarer wurden und nunmehr weitgehend belegt werden können. Auf der Grundlage des Forderungskatalogs der Entwicklungsländer wurden im Rahmen verschiedener UNO-Organisationen Expertengruppen gebildet, deren Aufgabe die gründliche Durchleuchtung der ökonomischen Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und imperialistischen Staaten war und ist. In diesen Untersuchungsprozeß wurde der leistungsfähige statistische Apparat der UNO eingeschaltet. Den meisten dieser Wissenschaftlergremien gehörten Vertreter aus Entwicklungsländern an, die häufig mit Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern, die ebenfalls in diesen Gremien wirkten, zusammenarbeiteten. Zu den Arbeitsergebnissen gehört nicht nur ein verhältnismäßig detaillierter Einblick in die Methoden des Transfers von Nationaleinkommen aus Entwicklungsländern in die imperialistischen Zentren. Das erarbeitete Material erlaubt sogar eine Quantifizierung dieses Wertabzugs aus Entwicklungsländern.⁶

Widersprüchliche Standpunkte werden im vorliegenden Sammelband auch im Hinblick auf die Perspektiven des Kapitalismus in Entwicklungsländern vertreten. Gerade diese Frage wird von Horst Grienig in einer Publikation erneut aufgeworfen. Darin faßt er die bisherige Diskussion um den abhängigen Kapitalismus dahingehend zusammen, daß sie letztlich auf die Frage hinauslaufe, "ob der Kapitalismus fähig ist, die Heterogenität und Desintegriertheit zu überwinden und ob er die gewaltige Kluft nicht nur zwischen den Entwicklungsländern und den Zentren des Kapitalismus, sondern auch die, die sich im Innern der Entwicklungsländer zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren herausgebildet hat, zu beseitigen vermag. Und eine weitere Frage ist, ob im Zuge kapitalistischer Entwicklung die Unterentwicklung als Einheit von Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung überwunden werden kann."⁷

Die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems wurden bereits im vorliegenden Sammelband unterschiedlich beurteilt. Ruy Mauro Marini (Die Dialektik der Abhängigkeit) und Giovanni

6 Faulwetter/Hoffmann.

7 Grienig, S. 765.

Arrighi (Multinationale Konzerne, Arbeiteraristokraten und die ökonomische Entwicklung in Schwarz-Afrika) folgten einer vor allem von Andre Gunder Frank bereits früher vertretenen Ansicht, wonach der Kapitalismus die Entwicklungsländer zu einem "Wachstum ohne Entwicklung" bzw. zu einer "Entwicklung der Unterentwicklung" verurteile.⁸ Andere Autoren, z. B. Furta- do, verwarfen diese Auffassung. Cardoso argumentiert dazu folgendermaßen: "Tatsächlich ist die Hypothese, in den abhängigen Volkswirtschaften gäbe es infolge des Imperialismus einen strukturellen 'Mangel an Dynamik', eine Fehlinterpretation der aktuellen Formen des ökonomischen Imperialismus und läßt auf ein ungenaues politisches Verständnis der Lage schließen. Man muß begreifen lernen, daß in bestimmten Situationen Entwicklung und Abhängigkeit gleichzeitig vorkommen." (S. 218 f.)

Er begründet seine Ansicht damit, daß sich die Interessenlage des internationalen Monopolkapitals, das Investitionen in Entwicklungsländern tätigt, im Verhältnis zum "klassischen Imperialismus" geändert habe. Damals wurden die durch das Auslandskapital in Entwicklungsländern hervorgebrachten Ergebnisse an Erdöl, Kupfer, Kaffee, Eisen, Bauxit usw. weitgehend, wenn nicht vollständig, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verkauft und konsumiert. Aus diesem Grund war der Binnenmarkt abhängiger Volkswirtschaften für die imperialistischen Volkswirtschaften im wesentlichen bedeutungslos. "Heute", fährt Cardoso fort, "ist der lateinamerikanische Markt, wenn nicht gar der spezifische Markt in jedem einzelnen Land Lateinamerikas, in dem Konzerne wie General Motors oder Volkswagen ... produzieren, für eben diese Konzerne von unmittelbarem Profitinteresse. Eine bestimmte Form der Auslandsinvestitionen benötigt, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, eine Prosperität gerade der abhängigen Länder. Einige Teile der abhängigen Gesellschaften, die im nationalen wie im internationalen Maßstab durch Interessen mit dem Konzernsystem verflochten sind, gibt es schon und wird es auch künftig geben." (S. 212)

Gleichzeitig betont Cardoso aber auch, daß diese Art der Prosperität und Wirtschaftsentwicklung keineswegs eine Überwindung der Abhängigkeit darstellt: "Andererseits (und trotz interner wirtschaftlicher Entwicklung) bleiben die an den internationalen Kapitalismus gebundenen Länder aufgrund dieser Bindung nach wie vor deshalb wirtschaftlich abhängig, weil die Produktion der Produktionsmittel (Technologie) in den fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften (vor allem in den USA) konzentriert ist. ... Eine gewisse Prosperität der abhängigen Volkswirtschaften ist insofern möglich, als die mit Auslandsinvestitionen im eigenen Land erzeugten Konsumgüter dynamische Effekte auslösen können. Zugleich bedingt der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung im internationalen Maßstab eine Kopplung des Konsumgütersektors mit dem Investitionsgütersektor, wodurch die Bande der Abhängigkeit reproduziert werden." (S. 212 f.)

In seiner bereits erwähnten Arbeit beleuchtet Grienig das beeindruckende Wirtschaftswachstum, das seit den 60er Jahren in vielen Ländern Asiens zu verzeichnen ist. (Die jährlichen durchschnittlichen Wachstumsraten der Industrieproduktion lagen für zwölf Länder, für die Daten verfügbar sind,

⁸ Frank, Andre Gunder, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt (Main) 1968.

nicht unter 4 %, sieben Länder erreichten sogar 8 %. Vier Länder wiesen für die 60er Jahre Raten von 10 bis 17,2 % auf.)⁹ Sein Anliegen ist, angesichts dieser starken Entwicklung der Produktivkräfte nicht das Zurückbleiben großer Teile der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, zu unterschätzen und über die revolutionierenden Tendenzen des Kapitals seine konservierenden nicht zu übersehen.

Dieses Anliegen ist durchaus gerechtfertigt. Es veranlaßt den Autor jedoch zu einigen m. E. nicht vertretbaren Verallgemeinerungen. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn Unterentwicklung als Einheit von Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung umrissen und aus der sich in den kapitalistisch entwickelnden Ländern gegebenen Situation abgeleitet wird, daß hier "Rückständigkeit der Produktivkräfte und Vielschichtigkeit der ökonomischen Basis als innere Komponenten imperialistischer Abhängigkeit und Ausbeutung ständig reproduziert"¹⁰ werden.

Diese Formulierung impliziert die nicht der Wirklichkeit entsprechende Vorstellung, daß ein einmal erreichter Stand von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht verlassen wird. Vielmehr macht sich in Entwicklungsländern immer stärker die Erscheinung bemerkbar, daß auch vorkapitalistische Gemeinwesen (z. B. auf dem Wege der Alimentierung von Arbeitskräften im kapitalistischen Sektor) indirekt in Kapitalkreisläufe einbezogen werden und - wie Griening selbst feststellt - zunehmend ausgehöhlt werden. Daß die sozialökonomische Heterogenität in den weitaus meisten Entwicklungsländern dennoch lange fortexistieren wird, ist nicht zu bestreiten.

Dem sich durch Grienigs Beitrag ziehenden Gedanken, daß vor allem die aus der unzureichenden Umgestaltung der Landwirtschaft erwachsenden Folgen die Entwicklung des Kapitalismus erheblich behindert, wird neuerdings durch sowjetische Forscher entgegengetreten. So wird z. B. mit Bezug auf Indien festgestellt, "daß entgegen weitverbreiteter Vorstellungen Massenarmut und Marginalisierung der Bevölkerung sich weniger als Hindernis, denn als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erweiterung des kapitalistischen Marktes erweisen".¹¹

Die Diskussion um den Charakter und die Perspektiven kapitalistischer Entwicklung in afroasiatischen Ländern und in Lateinamerika steht offenbar noch nicht vor ihrem Abschluß. Möglicherweise könnte mancher Streitpunkt zwischen marxistischen Theoretikern leichter beigelegt werden, wenn der Inhalt einiger häufig verwendeter wichtiger Begriffe wie Unterentwicklung, Rückständigkeit, Selbständigkeit klarer umrissen würde.

9 Griening, S. 766.

10 Ebenda, S. 775.

11 Tradicionnye struktury i ékonomičeskij rost' v Indii, Moskau 1984, S. 250.

Apartheid und wissenschaftlich-technische Revolution

Jurij Sergeevič Skubko, *Novye javlenija v ékonomike JuAR*

Verlag Nauka, Moskva 1985, 229 S., 14 Beil., 1,60 Rbl

von Gerda Weinberger

In der bisherigen Diskussion marxistischer Wissenschaftler über die Ursachen der Krise des Apartheidsystems¹ stand die These, daß dieses System zunehmend in Widerspruch zu den modernen Produktivkräften gerät, mehr oder weniger hypothetisch im Raum, da spezielle Untersuchungen fehlten. Nun ist endlich ein Buch eines jungen Wissenschaftlers erschienen, das diese Lücke schließt.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Wirtschaft der Republik Südafrika (RSA) zu analysieren. Im Unterschied zu vorhergegangenen Untersuchungen, in denen einzelne ökonomische Aspekte der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der RSA dargestellt wurden, versucht J. S. Skubko eine komplexe Analyse: Das wissenschaftlich-technische Potential, das Bildungssystem, die Veränderungen in den wichtigsten Sphären der materiellen Produktion, in der Struktur der Arbeitskräfte und andere sozialökonomische Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution sind Gegenstand seiner Studie (Kap. II, III, IV)². Vorangestellt ist ein Abriß der sozialökonomischen Entwicklung des Landes (Kap. I), in dem seine spezifischen Züge im Vergleich mit denen anderer Länder und die Rolle der Apartheid herausgearbeitet werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Skubko der Zeit von Beginn der 70er Jahre bis zur Gegenwart (einzelne statistische Angaben gehen bis 1985). Nach seiner Auffassung vollzog sich zu Beginn der 70er Jahre der Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstumsmodell in Südafrika. In den 50er Jahren waren die extensiven Faktoren noch vorherrschend im ökonomischen Wachstum. Der Anteil der intensiven Faktoren betrug lediglich 25 %. In den 60er Jahren stieg er auf 40 % und erreichte zu Beginn der 70er Jahre bereits 60 % - ein wichtiges Kennzeichen "für die Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf nationalem Boden". In der Ausrüstung mit elektronischen Rechenmaschinen nahm die RSA nach den USA und Großbritannien den dritten Platz in der kapitalistischen Welt ein (S. 8 f.).

Einen Grund für die schnelle Zunahme der intensiven Wachstumsfaktoren sieht Skubko in dem Zusammenfallen der letzten Phase der Industrialisierung mit dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution. Ähnlich vollzog sich die Entwicklung in Japan. Auch dort erfolgte die letzte Phase der Industria-

1 Vgl. *Current Problems of the Southern African Region*, o. O. o. J. (1981); Weinberger, Gerda, *Zu einigen Hintergründen imperialistischer Reformversuche in der Republik Südafrika*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, 6/1980, S. 1047 - 1060.

2 Alle nicht näher bezeichneten Kapitel- und Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

lisierung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die intensiven Wachstumsfaktoren wurden ebenfalls zu Beginn der 70er Jahre dominierend (63 %). Es ist interessant, daß beide Länder in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre etwa das gleiche Tempo der ökonomischen Entwicklung aufwiesen. In den folgenden Jahren konnte die südafrikanische Wirtschaft nicht mehr Schritt halten und blieb wesentlich hinter der japanischen zurück. Die Ursache dafür liegt in der Apartheid.

Die ungleichmäßige Entwicklung verschiedener Teile der Volkswirtschaft wird in einer bestimmten Entwicklungsstufe zum Hemmnis für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Alle Glieder der Volkswirtschaft müssen bereit sein, die neuesten Errungenschaften der Technik zu nutzen, weil sie so eng miteinander verbunden sind, daß das Zurückbleiben eines, sogar eines nebensächlichen Teilgebietes den Effekt der Einführung der teuren modernen Technik in anderen Abschnitten zunichte macht.

Gerade diese entscheidende Voraussetzung fehlt in der von der Apartheid-Politik geprägten Wirtschaft Südafrikas. Ihr Kennzeichen ist bekanntlich die heterogene Struktur, bei der neben der hochentwickelten Ökonomie der "weißen" Gebiete die absolut rückständige, weitgehend vorindustrielle Ökonomie der "Bantustans" innerhalb einer Staatsgrenze existieren. Aber nicht nur das - das ganze ökonomische System der Apartheid wirkt der effektiven Nutzung der Ressourcen des Landes, vor allem der menschlichen Arbeitskraft - einer weiteren unerläßlichen Bedingung für den Übergang zum intensiven Reproduktionsmodell -, entgegen.

Die konkret-historische Analyse der einzelnen Etappen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der vorliegenden Arbeit liefert eine überzeugende Antwort auf die Diskussionsfrage, ob die Apartheid die ökonomische Entwicklung Südafrikas bremst oder fördert.

Ein Hauptargument der Gegner der These, daß die Apartheid im Widerspruch zu den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution steht, ist die Tatsache, daß in der Zeit der schärfsten Apartheid in den 60er Jahren die höchsten Wachstumsraten der südafrikanischen Wirtschaft erzielt wurden. Aufgrund der Einführung von Fließbandsystemen und der teilweisen Automatisierung der Produktion in dieser Periode konnten hochqualifizierte weiße Facharbeiter durch angelernte Farbige und Afrikaner ersetzt werden. Diese Entwicklung kam der Situation auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt entgegen, wo ein großer Mangel an hochqualifizierten weißen und ein Überfluß an billigen ungelerten schwarzen Arbeitern herrschte. Der wachsende Bedarf an Ingenieuren und technischem Personal konnte durch die verstärkte "vertikale Mobilität" der freigesetzten weißen Arbeiter, die höhere Stufen der beruflichen und sozialen Leiter erklimmen, und durch die Immigration aus Europa gedeckt werden. Die "Farbigenschranke" wurde nach oben verlagert. Die rechtlose Lage der afrikanischen Arbeiter garantierte höchste Profite. Der entwickelte staatsmonopolistische Kapitalismus und die vielfältigen Formen der direkten und indirekten staatlichen Stimulierung, außerordentlich niedrige Energiekosten u. a. waren weitere Faktoren, die die organische Zusammensetzung des Kapitals erhöhten und ein schnelles wirtschaftliches Wachstum begünstigten. Die ökonomischen Widersprüche der Apartheid (Enge des inneren Marktes, niedrige Arbeitsproduktivität der afrikanischen Arbeiter u. a.) fielen in dieser Etappe, nach Meinung von Skubko, noch nicht entscheidend ins Gewicht.

Das änderte sich in den 70er Jahren. "In der Mitte der 70er Jahre entsprach der Anteil der Weißen an der ökonomisch aktiven Bevölkerung in etwa demjenigen der vorwiegend mit geistiger Arbeit Beschäftigter", schreibt Skubko (S. 189). Auf diese Weise wäre die Grenze der Verlagerung der "Farbigenschranke" nach oben erreicht. Die Kontrolle der Weißen über die Sphäre der intellektuellen Arbeit könne jetzt nicht mehr lange weiter aufrechterhalten werden, auch wenn die weiße Arbeiterklasse aufhören sollte zu existieren.

"Konnte das System der Apartheid erfolgreich funktionieren und sogar das schnelle Wirtschaftswachstum fördern, als der sozial und politisch rechtlose afrikanische Arbeiter in der Produktion ein Anhängsel der Maschine war, so beginnt der in der RSA geschaffene ökonomische und politische Mechanismus der Segregation unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, wo ein bedeutender Teil der nichtweißen Berufstätigen allmählich in intellektuelle Arbeit einbezogen wird, die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zu bremsen." (S. 189) In engem Zusammenhang damit steht der "neue Kurs" der Botha-Regierung, den Skubko als "neokolonialistische Transformation der Apartheid" charakterisiert (vgl. S. 30 f., 156, 160 f., 206).

Aus der Tatsache, daß die Apartheid im Widerspruch zu den modernen Produktivkräften steht, leiten bürgerliche Wissenschaftler die Theorie ihres "automatischen Zusammenbruchs" ab. Skubko kritisiert diese Theorie und weist auf den dialektischen Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Faktoren hin. - Die ökonomischen Wandlungen sind die notwendige Voraussetzung der politischen Veränderungen. Das Tempo und das Ausmaß der letzteren wird jedoch durch das politische Kräfteverhältnis, durch die Kraft des Klassenkampfes und der nationalen Befreiungsbewegung bestimmt (S. 30, 205).

Ein Verdienst des Verfassers ist es, nicht nur neueste Erscheinungen in der Wirtschaft zu erforschen und ihre Auswirkungen auf die Politik der herrschenden Klasse zu zeigen, sondern auch einige Probleme aus historischer und politökonomischer Sicht aufzuwerfen. Zum Beispiel macht er darauf aufmerksam, daß der gesetzliche Schutz der Arbeitsplätze der weißen Arbeiter vor der Konkurrenz der Afrikaner ("Farbigenschranke") ein Ergebnis jahrzehntelangen Kampfes des weißen Proletariats und seiner Gewerkschaften zu Beginn des Jahrhunderts sowie der pauperisierten burischen Bevölkerung ("arme Weiße") und ihrer nationalistischen Führer gegen die Bergbaumonopole war. In der bisherigen marxistischen Literatur wurde in diesem Zusammenhang oft nur von der weißen "Arbeiteraristokratie" als Ursache gesprochen. Skubko hebt die besonderen historischen Bedingungen bei der Herausbildung des Wertes der Ware Arbeitskraft in Südafrika hervor. - Im Unterschied zu den "klassischen" Kolonien, wo der Anteil der ökonomisch aktiven weißen Bevölkerung unbedeutend war, und zu den "Siedlerkolonien", wo die eingeborene Bevölkerung zum größten Teil ausgerottet worden war, wurden in Südafrika große Teile der einheimischen billigen und unqualifizierten Arbeitskräfte in die Warenproduktion einbezogen und den qualifizierten Facharbeitern, Spezialisten und Managern aus den Reihen der weißen Siedler unterstellt.

Das historische oder gesellschaftliche Element des Wertes der Ware Arbeitskraft war bei den eingewanderten europäischen Arbeitern weit höher als bei den eingeborenen Arbeitern. Ihre materiellen und kulturellen Bedürfnisse wurden durch das Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländer geprägt, aus denen sie kamen. Auch die Klassenkampf Erfahrungen aus Europa spielten eine Rolle; die ersten Gewerkschaften in Afrika waren die der weißen Arbeiter in Südafrika.

Die afrikanischen Arbeiter waren meist Wanderarbeiter, deren Familien in den Reservaten blieben und Landwirtschaft betrieben. Hinzu kam der rechtlose Status der kolonial unterdrückten schwarzen Bevölkerung. Das befreite die Kapitalisten von einem bedeutenden Teil der Ausgaben zur Reproduktion der schwarzen Arbeitskraft, was sich auf den Wert der afrikanischen Arbeitskräfte auswirkte und ihn besonders niedrig hielt. Die Kapitalisten waren bestrebt - und der primitive Stand der Technik erlaubte es -, den weißen Arbeiter an der Maschine durch den billigeren schwarzen Arbeiter zu ersetzen und die Löhne der weißen Arbeiter zu drücken bzw. auf die teuren Maschinen zugunsten der billigen schwarzen Handarbeit zu verzichten.

So sehr man dieser differenzierteren Betrachtungsweise auch zustimmen mag, so erscheint die Schlußfolgerung des Verfassers, die Erweiterung der "Farbigenschranke" nach 1922 (eine Folge des Generalstreiks der weißen Bergarbeiter)

hätte das Land unter den existierenden Bedingungen des Kapitalismus und kolonialer Abhängigkeit auf den "optimalen Entwicklungsweg" gebracht (S. 13), doch sehr zweifelhaft. Skubko begründet seine Meinung damit, daß die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Herausbildung eines qualifizierten Facharbeiterstamms behindert und die Grundlage für die Entwicklung einer einheimischen Maschinenindustrie untergraben habe. Die Erweiterung und gesetzliche Verankerung der "Farbigenschranke" habe unter diesen Bedingungen objektiv den Weg für die Entwicklung eines einheimischen Kapitalismus geebnet und speziell die verarbeitende Industrie im Lande gefördert. Ohne diese Maßnahme wäre die klassische koloniale Ausbeutung Südafrikas als Rohstofflieferant durch Großbritannien die Alternative, d. h. ein verkümmertes abhängiger Kapitalismus ohne eigene Reproduktionsbasis.

Mir scheint, daß der Autor hier überspitzt. Ausschlaggebend für die beschleunigte industrielle Entwicklung Südafrikas, insbesondere seit den 20er Jahren, waren andere Faktoren.

Auf einige von ihnen weist Skubko selbst hin. Mit Recht stellt er fest: "... das ausländische Kapital spielte eine entscheidende Rolle in der Wandlung der RSA zu einem entwickelten kapitalistischen Staat" (S. 14). Seine Wirkungsweise in Südafrika war eine andere als in den Ländern abhängiger kapitalistischer Entwicklung: "Wenn in den letzteren das ausländische Kapital fremdartige Enklaven schuf, was eine deformierte, asymmetrische nationale ökonomische Struktur und anfänglich eine untergeordnete, benachteiligte Lage der einheimischen Bourgeoisie bedingte, so war in den Siedlerkolonien (Dominions) Großbritanniens der Charakter des Aufeinanderwirkens dieser Kräfte ein anderer. Der lokale südafrikanische Imperialismus entwickelte sich auf der Grundlage eines breiten Exports aus dem industriellen Großbritannien; es kamen nicht Kapital, sondern auch Menschen mit Initiative, Bildung und Produktionserfahrung. Für die weißen Arbeiter war der koloniale Typ der Ausbeutung unannehmbar. Das förderte in bedeutendem Maße die Entwicklung einer industriellen kapitalistischen Produktion des 'zentralen' und nicht die des 'peripheren' Typs. Die englischsprachige Teil der weißen Bevölkerung ... bildete den Stamm der einheimischen Bourgeoisie, des Verwaltungspersonals und der qualifizierten Arbeiterschaft. Daher die für die RSA ebenso wie für andere ehemalige Siedlerkolonien (Australien u. a.) charakteristische enge Verbindung von einheimischem und ausländischem Kapital, das von internationalen Experten hervorgehobene hohe professionelle Niveau des südafrikanischen Managements u. a." (S. 15)

Die besonders enge Verschmelzung zwischen einheimischem und ausländischem Kapital wurde auch durch eine Reihe anderer Faktoren begünstigt.³ Dazu gehörte die besondere Rolle von Diamanten und Gold - der ersten Produkte der südafrikanischen Industrie - auf dem Weltmarkt, der hohe Grad der Monopolisierung und der Organisation des südafrikanischen Bergbaus, die große Bedeutung Südafrikas für den britischen Imperialismus, sowohl wegen seiner natürlichen Reichtümer als auch als Träger der Kolonial- und Kapitalexpansion in Afrika.

Skubko weist, gestützt auf Untersuchungen eines kanadischen Wirtschaftswissenschaftlers, darauf hin, daß die weitgehende Kontrolle über die Produktion eines Schlüsselminerals wie Gold und die damit verbundenen technologischen Probleme in Südafrika zur Schaffung eines einheimischen Bergbaumaschinenbaus und einer entsprechenden Forschungsorganisation führten. Im Ergebnis verwandelte sich das im Land investierte amerikanische und englische Kapital in südafrikanisches, während es in Kanada und Australien amerikanisches und englisches Kapital blieb (S. 38).

³ Vgl. zu dem folgenden: Weinberger, Gerda, Ausländisches und einheimisches Kapital in der RSA. Einige wirtschaftshistorische Aspekte, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 1/1984, S. 110 - 120.

Die Einschränkung der freien Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (durch feudale Überreste) zu Beginn der Industrialisierung hat die kapitalistische Entwicklung in europäischen Ländern wie Deutschland gehemmt und nicht gefördert.⁴ Bildete Südafrika eine Ausnahme von dieser allgemeinen Gesetzmäßigkeit, von der schon Marx im "Kapital" sprach? Die Vorteile durch die "Farbigenschanke", die Skubko anführt, können, wenn überhaupt, nur kurzfristiger Natur gewesen sein. Auch ohne "Farbigenschanke" ist es bei einem bestimmten Stand der Technik nicht mehr möglich, qualifizierte durch unqualifizierte Arbeit zu ersetzen. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwingt zur Einführung moderner Technik, denn die technisierten Industriezweige produzieren auf die Dauer billiger und besser.

Den ersten Anstoß für die Entwicklung der verarbeitenden Industrie gab nicht die gesetzliche Festschreibung der Rassendiskriminierung in der Industrie nach 1922, sondern der erste Weltkrieg, als die Importe durch den Seekrieg erschwert bzw. unterbrochen wurden. (Der zweite Weltkrieg hatte ähnliche Auswirkungen und forcierte das Wachstum der verarbeitenden Industrie noch mehr.) Auch in anderen vergleichbaren Ländern (z. B. Neuseeland) begann nach dem ersten Weltkrieg eine schnelle industrielle Entwicklung, die sich nach dem zweiten Weltkrieg noch beschleunigte. Diese Länder, die keine gesetzliche Einschränkung der freien Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hatten, überholten Südafrika weit, worauf Skubko selbst (im Falle Japans) hinweist. Unter diesem Aspekt müßte überprüft werden, ob die Methode des außerökonomischen Zwangs in den Arbeitsbeziehungen, ein Kernstück der Apartheid-Politik, tatsächlich die beschleunigende Rolle in der industriellen Entwicklung Südafrikas in der Mitte des 20. Jh. gespielt hat, wie der Verfasser annimmt (S. 17).

Nicht zufällig wandten sich führende Monopolisten von Anfang an gegen die "Farbigenschanke". Es waren nicht nur unmittelbare Profitinteressen, die sie dazu bewogen, sie kritisierten die südafrikanische Arbeitsgesetzgebung nach 1922 als eine Maßnahme, die die kapitalistische Entwicklung behindere. Das erste Auftreten des Begründers der Anglo-American-Corporation, Ernest Oppenheimer, 1926 im südafrikanischen Parlament⁵ unterscheidet sich in dieser Beziehung kaum von den Reden, die sein Sohn Harry und sein Enkel Nicholas mehr als ein halbes Jahrhundert später halten. "Jeder muß frei sein, seine Arbeit auf dem günstigsten Markt zu verkaufen, wo und in welcher Form auch immer das möglich ist",⁶ das ist ihr Leitmotiv.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse zeigen, daß die Apartheid die Taktik nur einer Fraktion der herrschenden Klasse war und ist.⁷ Davon ausgehend wäre zu überlegen, ob die allgemeinen Formulierungen von der Übereinstimmung dieser Politik mit den Interessen des "lokalen südafrikanischen Imperialismus" (S. 17) sowie von der Methode des außerökonomischen Zwangs und der mit ihr verbundenen extensiven Nutzung der Arbeitskräfte als der für die Monopole günstigsten bei der Durchführung der Industrialisierung (S. 19, 22) nicht doch durch eine konkret-historische Analyse der Spezifik im Hinblick auf die Prägung der herrschenden Klasse durch den "Kolonialismus besonderer

4 Vgl. dazu Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 2, Berlin 1962, S. 131 ff.; Lärmer, Karl, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit, Berlin 1961, S. 22 f.

5 Vgl. Gregory, Theodore, Ernest Oppenheimer and the Economic Development of Southern Africa, Cape Town/London/New York 1962, S. 22, 470.

6 Oppenheimer, Nicholas, Investment in South Africa Today and Tomorrow. Address to the Financial Mail Conference "Investment in 1980", Johannesburg, November 9, 1979, in: Optima, Johannesburg, Bd. 28, Nr. 4, Beil., S. 10.

7 Vgl. dazu Kuczynski, Bd. 27 b, Berlin 1965, S. 434 - 435; Weinberger, Gerda, An den Quellen der Apartheid, Berlin 1975, S. 15 - 58.

Art" sowie den starken Einfluß vorkapitalistischer Produktionsweisen und der lange Zeit vorherrschenden extensiven Produktionsmethoden ersetzt werden sollten.

Auch manche andere Formulierung kann Widerspruch hervorrufen, über manche These ließe sich streiten. Aber gerade darin scheint mir auch ein Vorzug des Buches zu liegen: Es regt zum Denken an, zwingt, eingefahrene Einschätzungen zu überprüfen - ein Merkmal einer echten wissenschaftlichen Arbeit. Es ist insgesamt eine interessante und nützliche Studie.

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt

Zwischenbilanz einer Diskussion zur Geschichte Italiens
im 19. und 20. Jh.

L'industrializzazione in Italia (1861 - 1900), hg. v.

Giorgio Mori = Problemi e prospettive. Serie di storia

Il Mulino, 2., veränd. Aufl., Bologna 1981, 504 S.,
18 000,- Lit

von Dietmar Stübler

Giorgio Mori, Ordinarius für neuzeitliche Wirtschaftsgeschichte an der Universität Florenz, hat eine Reihe von Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte Italiens im 19. Jh. vorgelegt. Mit ihnen und mit seinen Aufsätzen in verschiedenen Zeitschriften, darunter in *Studi storici*¹, griff der marxistische Gelehrte in den anhaltenden Meinungsstreit zu wirtschaftsgeschichtlichen und allgemeinhistorischen Fragestellungen ein, der in der Mitte der 50er Jahre zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Schule entbrannte.

Die hier zu rezensierende Publikation erschien in erster Auflage im Jahre 1977. Der Erfolg veranlaßte Herausgeber und Verlag, eine zweite, z. T. veränderte Auflage zu produzieren. Es handelt sich um eine Sammlung von Auszügen aus Publikationen verschiedener Autoren, die auf dieser oder jener Seite in die Auseinandersetzung eingegriffen haben.

Giorgio Mori stellt der Auswahl eine umfängliche Einführung, die "Einleitung zur zweiten Ausgabe" (S. 7 - 40)², und den Aufsatz "Prämissen: Die Zeit der Protoindustrialisierung" (S. 41 - 72) voran. Teil I (S. 73 - 106) der Publikation steckt den allgemeinen Rahmen hinsichtlich Europas (Sidney Pollard) bzw. Italiens (Luciano Cafagna) ab. Teil II (S. 107 - 294) erörtert typische Probleme der Industrialisierung in Italien. Es werden Ausschnitte aus Aufsätzen von Renato Zangheri, Stefano Merli, Franco Ramella, Valerio Castronovo, Rosario Romeo, Shepard B. Clough und Carlo Livi, Frank J. Coppa, Giuseppe Are, Peter Hertner³ und Giacomo Corna Pellegrini

1 Vgl. *Studi storici*, Indice 1959 - 1984, 1/1985, Ergänzungsbd., S. 67.

2 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

3 Der im vorliegenden Band erstmals publizierte Aufsatz von Peter Hertner befaßt sich mit "Auslandskapital, gemischte(n) Banken und industrielle(r) Entwicklung in Italien" (S. 247 - 272). Es handelt sich um eine reichlich mit Archivalien abgesicherte Studie über die massive Intervention des deutschen Finanzkapitals in Italien im Zusammenhang mit der Gründung

präsentiert. Teil III (S. 295 - 444) lenkt die Aufmerksamkeit auf einzelne Industriezweige, häufig durch lokale oder regionale Fallstudien oder durch das Beispiel einzelner Unternehmen oder Unternehmer: Seidenweberei in Como (Bruno Caizzi), Baumwollindustrie (Roberto Romano), Wollindustrie in Schio (Lucio Avagliano), Müllerei (Giovanni Aliberti), sizilianische Schwefelgruben (Federico Squarzina), Metall- und Maschinenbau (Luigi de Rosa), eisenverarbeitende Industrie (Giorgio Mori), Kohle und industrielle Entwicklung (Armando Saponi), Elektroindustrie (Giorgio Mortara). Teil IV (S. 445 - 480) enthält nur einen Aufsatz, und zwar von Piero D'Angiolini über die Wende in der industriellen Entwicklung in Italien (svolta industriale italiana) in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts und die Reaktionen der Zeitgenossen. Michele Lungonelli hat eine Bibliographie mit Monographien und Zeitschriftenartikeln (S. 481 - 504) zusammengestellt, die bis zum Erscheinungsjahr der Neuauflage reicht.

Dem Risorgimento, d. h. dem bürgerlichen Revolutionszyklus (1789 bis 1871), wandte sich die liberale Historiographie erst nach dem ersten Weltkrieg zu. Sie schrieb die Geschichte Italiens "von oben". Nach dem zweiten Weltkrieg erlebte die marxistische oder vom Marxismus beeinflusste Geschichtswissenschaft einen steilen Aufstieg. Sie widmete sich den von der liberalen Schule Benedetto Croce vernachlässigten oder ignorierten Themen. Antonio Gramsci entwickelte den fruchtbaren und ebenso streitbaren Forschungsansatz: Gemessen an der Großen Revolution der Franzosen blieb das Risorgimento unvollendet, weil die revolutionär-demokratische Umgestaltung auf dem Land ausblieb. Gramsci deckte das Klasseninteresse der Bourgeoisie an dieser Entwicklung auf und leitete für das Proletariat die Zielsetzung ab, im Bündnis mit den Bauern die Aufgaben, die im Risorgimento unbewältigt geblieben waren, zu lösen und die aktive Einheit der italienischen Nation herzustellen.⁴

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre formierte sich die bürgerliche Historiographie mit Rosario Romeo an der Spitze zu einem aus der Defensive geführten Gegenschlag auf die marxistische Geschichtswissenschaft, um - nach den Worten von Giorgio Mori - den wissenschaftlichen Ertrag der Forschungen der Marxisten von der seriösen Historiographie abzugrenzen und "ins Ghetto zweitrangiger propagandistischer Arbeit der 'Trommelschläger der Revolution'"⁵ zu verbannen. In scharfer Zurückweisung der Positionen Gramscis und seiner Anhänger formulierte Romeo: "Die wirtschaftliche Unterlegenheit des Südens hat sich ... für eine bestimmte Periode - und unter bestimmten Gesichtspunkten geschieht das auch heute noch - als eine historische Vorbedingung der industriellen Entwicklung des Nordens erwiesen. Aber es handelt sich um eine zeitweilige Vorbedingung ... dazu bestimmt,

der Banca Commerciale Italiana und des Credito Italiano (1894/95), die Hertner als "Ergebnis eines Jahrzehnts intensiver Finanzbeziehungen zwischen Italien und Deutschland" (S. 247) betrachtet. Vgl. jetzt: Hertner, Peter, Il capitale tedesco in Italia dall'Unità alla prima guerra mondiale. Banche miste e sviluppo economico italiano, Bologna 1984.

4 Vgl. Gramsci, Antonio, Il Risorgimento, Bologna 1949; Candeloro, Giorgio, Storia dell'Italia moderna, Bd. 1, Mailand 1975, S. 386.

5 Mori, Giorgio, in: Rinascita, 28/1973, S. 19 = La storiografia marxista, 9.

gerade durch die Binnenentwicklung des norditalienischen Industrialismus umgestülpt zu werden.⁶ Romeos These von der Unausweichlichkeit und vom Vorteil der Entwicklung des Nordens zu Lasten des Südens und des anschließenden Nachvollzugs der Industrialisierung des Südens mit Hilfe des im Norden akkumulierten Kapitals kennzeichnete Renato Zangheri als eine "Ideologie des Wirtschaftswunders",⁷ von dem man in Italien am Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre viel sprach. Sehr rasch offenbarten sich die Grenzen der fieberhaften wirtschaftlichen Expansion, und heute hängt der reformistische Schmuck leblos an der Wirtschaft und der Gesellschaft Süditaliens herab.

In der Mitte der 50er Jahre liegt also der Ausgangspunkt einer leidenschaftlich und offen parteilich geführten Auseinandersetzung von Historikern und Ökonomen, die Mori mit dem von ihm herausgegebenen Buch zwischenbilanziert und weiterführt. Grundlegende Themenkomplexe der Geschichte Italiens, besonders im 19. Jh., wurden seitdem gründlicher erforscht: der Zusammenhang zwischen der (kapitalistischen) Entwicklung in der Landwirtschaft einzelner Regionen und der industriellen Revolution (vgl. in diesem Band den Aufsatz von Zangheri), die (Zuspitzung der) "süditalienische(n) Frage" (Clough/Livi), die extreme geographische Konzentration der Industrie (Pellegrini), die Rolle des Staates im Prozeß der (verspäteten) Industrialisierung (Romeo/Coppa) sowie die (exzessive) Bedeutung des (ausländischen) Bankkapitals für die Industrialisierung nach der Einigung Italiens (Hertner) u. a.

In Zusammenhang damit entfaltete sich der Streit um die Forschungsmethoden. Einen wesentlichen Bestandteil der Anpassung der liberalen Historiographie bildete die akzentuierte Anwendung quantitativer Methoden, vorzugsweise eingesetzt, um die Entscheidungssituationen im Prozeß der Ablösung der feudalen durch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung in aufsteigender universalhistorischer Entwicklungslinie einzunebeln.⁸ Die marxistische Historiographie hielt die Bedeutung qualitativer Kennzeichen hoch. Giorgio Mori verdeutlicht dies an zwei Beispielen, am Eisenbahnbau und an der Entwicklung der Arbeiterklasse (S. 14 ff., 28 ff.). Zugleich wurde die Auseinandersetzung über den Umgang mit Statistiken geführt, im vorliegenden Fall zwischen Renato Zangheri und Rosario Romeo über die Auswertung der Publikationen des Istituto Centrale di Statistica (Rom 1957 und 1958). Romeo schlußfolgert aus historischen Statistiken, es habe zwischen 1860 und 1880 eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und der Einkünfte der Landwirte gegeben. Aus dieser Quelle sei der für die nachfolgende Industrialisierung erforderliche Aufbau der Infrastruktur finanziert worden. Obwohl er einräumen muß, daß die Zahlen "wenig zuverlässig" sind, hält ihn dies nicht davon ab, seine Theorie der industriellen Revolu-

6 Romeo, Rosario, *Risorgimento e capitalismo*, Bari 1959, S. 47.

7 Zangheri, Renato, in: *Rinascita*, 30/1973, S. 12 = *La storiografia marxista*, 10.

8 Zur Parallele in der Historiographie zur Großen Revolution der Franzosen vgl. Schnelle, Kurt/Markov, Walter, *Französische Aufklärung und Große Französische Revolution*, in: *Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD*, Berlin 1977, S. 260 f.

tion in Italien darauf zu gründen. (S. 197 f.) Zangheri entgegnet: "Ich bin der Meinung, Romeo war 'verpflichtet', die Statistik falsch zu interpretieren, weil er von einem vorgefaßten klassischen Schema oder Modell ausging, das er um jeden Preis auf den italienischen Fall anwenden wollte, den er als ein Beispiel erfolgreicher, wenn auch verspäteter Industrialisierung betrachtete." (S. 112)

Es kann heute als gesicherte Erkenntnis gelten, daß es in den beiden ersten Jahrzehnten nach der Einigung Italiens 1861 keine Steigerung der Hektarerträge oder der Arbeitsproduktivität und schon gar keine generelle Erneuerung der landwirtschaftlichen Produktion gegeben hat. Fortschritte waren an zeitweilig wirkende Faktoren (internationale Konjunktur, gute Ernten, vorübergehende Ausweitung der bebauten Flächen usw.), aber nicht an Voraussetzungen gebunden, die - vergleichbar den englischen - einem dauerhaften industriellen Aufschwung kraftvolle Anstöße verleihen konnten.

In der von Giorgio Mori verfaßten "Einleitung zur zweiten Ausgabe" erklärt der Herausgeber ausführlich, was er - im Unterschied zu manchem der von ihm ausgewählten Autoren (Romeo, Merli, Castronovo) unter industrieller Revolution bzw. unter Protoindustrialisierung versteht. Mori unterscheidet, unter Berufung auf Karl Marx, zwischen "den Ursprüngen der kapitalistischen Produktion und dem Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung" (S. 8, Anm. 1), die mit der industriellen Revolution einsetzte. Innerhalb des Prozesses der kapitalistischen Industrialisierung trennt er zwischen einer Anfangsphase, die durch das Erscheinen (*comparsa*) der Fabrik mit Lohnarbeitern und mit Maschinen gekennzeichnet war, und einer Phase der Vollendung (*fase di completamento* - Hervorhebungen von Mori, S. 8, Anm. 1). Für die erste Phase übernimmt Mori von Franklin F. Mendels den Begriff Protoindustrialisierung.⁹ In dieser Phase der Industrialisierung überwiege die Produktion von Konsumtionsmitteln, in der nachfolgenden die von Produktionsmitteln. In Abgrenzung gegenüber Mendels wendet sich Mori allerdings dagegen, den zeitlichen Rahmen der protoindustriellen Phase zu überdehnen und Entwicklungsabschnitte der kapitalistischen Produktion einzubeziehen, in denen es noch keine Maschinen und noch keine Fabriken gab. (S. 8, Anm. 1)¹⁰

9 Mendels, Franklin F., Protoindustrialization. The first Phase of the Industrialization Process, in: The Journal of Economic History, 1972, S. 241 - 261.

10 Zu den in der DDR geführten Diskussionen um den Beginn der industriellen Revolution vgl. den von Karl Lärmer verfaßten Artikel in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Berlin 1981, S. 672 f.; vgl. auch die Bibliographie auf S. 678. - Speziell zur Protoindustrialisierung: Kuczynski, Jürgen/Mendels, Franklin F., Zum Problem der Protoindustrialisierung. Ein Briefwechsel, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1984, S. 151 - 160; Schultz, Helga, Die Ausweitung des Landhandwerks vor der industriellen Revolution. Begünstigende Faktoren und Bedeutung für die "Protoindustrialisierung", in: ebenda, 3/1982, S. 79 - 90.

Mori nimmt in der vorliegenden Publikation zu inhaltlichen und methodischen Fragen, die in der Literatur seit der Mitte der 50er Jahre aufgeworfen wurden, Stellung und entwickelt seine Position zu den neuesten Publikationen von Franco Bonelli, Antonio Confalonieri, Volker Hunecke, Massimo Paci, Guido Pescosolido u. a., wobei er konstatiert, daß der oft beklagte Rückstand der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschungen in Italien seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre verkürzt werden konnte. Es gäbe allerdings noch keine ausreichenden Voraussetzungen, um die Wirtschaftsgeschichte Italiens zu schreiben, zumal sich die bisherigen Forschungen stark auf die erste Hälfte des 19. Jh. konzentriert hätten. Am Schluß stellt er zwei Warntafeln auf. Erstens müsse die zunehmende Tendenz umgekehrt werden, daß sich die Wirtschaftsgeschichte als "Geschichte von oben" (Wirtschaftspolitik des Staates) und die Sozialgeschichte als "Geschichte von unten" (Geschichte der Arbeiterklasse) gegenseitig abstoßen. Zweitens bestehe die Gefahr, daß die örtliche und Regionalgeschichte, die "microstoria", ohne ausreichende historiographische Grundlage erforscht werde. Das könne zu der positivistischen Illusion führen, es genüge, die Bäume zu inventarisieren, um die Bedeutung des Waldes zu begreifen. (S. 38 f.)

In seinem Aufsatz "Der Industrialisierungsprozeß und die europäische Wirtschaft" (S. 75 - 90) plädiert Sidney Pollard für die Betrachtung der industriellen Revolution als gesamt europäisches Phänomen zwischen 1815 und 1914. Pollard wendet sich vor allem dem Zeitabschnitt zwischen 1815 und 1965 zu. Die Hauptthese seines Aufsatzes besteht darin, "daß die Industrialisierung Europas im 19. Jahrhundert ein einzigartiger Prozeß gewesen ist und seine eigene ökonomische Logik hatte. So wie eine Epidemie sich kaum an Grenzen hält, überschritt auch die Industrialisierung Grenzen mit größter Leichtigkeit, wobei sie gleichzeitig Teile des nationalen Territoriums unberührt ließ. Sicher kann man den Einfluß, den die politische und juristische Basis jeder einzelnen Region diesbezüglich ausübte, nicht leugnen. Es ist jedoch eindeutig so, daß neben anderen Faktoren die Vorteile, die sich aus der geographischen Position, aus den Ressourcen und vor allem aus der vorangegangenen ökonomischen Entwicklung und durch sie hervorgebrachten günstigen Sozialstruktur ergeben, eine Zone für die Infektion anfälliger als eine andere machte." (S. 89 f.)

Im zweiten Beitrag des Teil I, "Die industrielle Revolution in Italien 1830 - 1900" (S. 91 - 106) begründet Luciano Cafagna seine Auffassung, daß die industrielle Revolution ein einheitlicher Prozeß gewesen ist, der sich zwischen 1830 und 1900 entfaltete und in die Etappen 1830 bis 1860, 1860 bis 1878, 1878 bis 1889 und 1889 bis 1895 untergliedert. Romeos "Kurze Geschichte der Großindustrie in Italien" setzt demgegenüber erst 1861 ein, als durch das "Opfer des Südens" die Voraussetzungen für die "industrielle Expansion" 1880 bis 1887 bzw. für die "industrielle Revolution" 1900 bis 1914, d. h. für die massenhafte Anlage von konstantem fixem Kapital und den Aufbau der Schwerindustrie, geschaffen wurden.¹¹

Am Anfang des Teils II des Bandes steht der Aufsatz von Renato Zangheri "Die historischen Beziehungen zwischen landwirtschaftlichem Fortschritt

11 Romeo, Rosario, Breve storia della grande industria in Italia 1861 - 1961, Bologna 1974.

und wirtschaftlicher Entwicklung in Italien" (S. 109 - 126). Damit betritt Zangheri das Feld, auf dem der Dialog zwischen Historikern und Ökonomen sowie die Auseinandersetzung zwischen den Gelehrtenschulen vor etwa 30 Jahren begonnen haben. Zangheri hat - neben Emilio Sereni - auf marxistischer Seite Bahnbrechendes für die italienische Agrargeschichte vom Ende des 18. bis in das beginnende 20. Jh. hinein geleistet. In seinem Aufsatz setzt sich Zangheri mit den Grundpositionen von Rosario Romeo, der mit einem Artikel unter der Überschrift "Der Staat und das Privatunternehmen in der italienischen Wirtschaftsentwicklung" (S. 189 - 208) im vorliegenden Band vertreten ist, und von Alexander Gerschenkron, den der Herausgeber unberücksichtigt ließ, dessen Arbeiten aber in der Debatte der italienischen Historiker und Wirtschaftshistoriker eine große Rolle spielen, auseinander.

Zangheri bekräftigt seinen Standpunkt, "daß die Rückständigkeit der Landwirtschaft den Schlüssel für das Verständnis vieler Besonderheiten der italienischen Wirtschaftsentwicklung in ihrer ersten Phase, d. h. zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Anfang des 20. Jahrhunderts und darüber hinaus", liefert. (S. 115) Seine Argumentation ist konkret-historisch. Dort - aber eben nur dort und nicht auf der Apenninenhalbinsel insgesamt -, wo sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft entfaltete, d. h. in der Lombardei, in den piemontesischen Tälern, in den fruchtbarsten Gebieten der Herzogtümer und der Legationen und in der unteren Poebene, entwickelte sich seit 1830 bis 1840 die Textilindustrie, die Impulse an die eisen- und metallverarbeitende Industrie abgab. Dort hingegen, wo die Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft die Folge des niedrigen, rückständigen Niveaus der landwirtschaftlichen Produktion gewesen ist, d. h. im bei weitem größten Teil des zukünftigen Königreichs Italien, kam es zur massenhaften Pauperisierung, wodurch Entstehung und Entwicklung des nationalen Marktes entscheidend behindert wurden. Im Falle Italiens handelt es sich nach Zangheri "um eine Form unglücklicher Industrialisierung ..., um einen Prozeß, der - verglichen mit jenem der first-commerce - partiell und dualistisch verlief". (S. 112)

Dem folgenden Gedanken Zangheris, der sich auf das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd, also auf die süditalienische Frage bezieht, kann der Rezensent nur bedingt folgen: "Wenn es etwas Nationales in der italienischen Industrialisierung gibt, dann ist es die besondere Tendenz, die (finanziellen und menschlichen) Ressourcen aller Regionen auszubeuten, um den Fortschritt in begrenzten Gebieten, auf die die Anstrengungen und Ergebnisse konzentriert sind, zu beschleunigen. Als zu Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts in der italienischen Industrie ein zweiter, mächtigerer Vormarsch einsetzte, hatte sich dieses Charakteristikum nicht verändert." (S. 124) Die Herausbildung und Zuspitzung enormer regionaler Entwicklungsunterschiede, ja Entwicklungsgegensätze halte ich generell für ein typisches Merkmal der kapitalistischen Industrialisierung. Ob es "italienische Ausmaße" annimmt, scheint mir kein qualitatives, sondern ein quantitatives Problem zu sein.

Romeo rechtfertigt die Entwicklung des (industriellen) Nordens auf Kosten des (agrarischen) Südens (Zuspitzung der süditalienischen Frage!), die terroristische Abpressung des in der Landwirtschaft des Südens erzeugten Mehrprodukts durch den Staat (Ausnahmезustand!), die durch kriminelle Manipulationen heraufbeschworenen Bankskandale (Credito Mobiliare, Banca Generale!). Das dürfe uns "nicht den Blick für die Erkenntnis trüben,

daß der beschriebene Weg im Prinzip richtig gewesen ist und grundsätzlich den höchsten nationalen Interessen entsprochen hat, darunter die entscheidende Umwandlung der Halbinsel aus einem Agrarland in ein Industrieland bzw. zunächst und für einen langen Zeitraum in ein Agrar-Industrieland". (S. 206) Die Schaffung der günstigsten Bedingungen für die hemmungslose Akkumulation des Kapitals bildet für Romeo den beherrschenden Ausgangspunkt für alle Überlegungen und Urteile. Eine derartige inhaltliche Verengung des Fortschrittsbegriffs verliert die politisch-sozialen Konsequenzen aus dem Auge. Das gilt in erster Linie für die nichtbourgeoisen Klassen und Schichten, die den über den Kapitalismus hinausreichenden Fortschritt verkörpern. Für sie sind gerade ihre eigenen Existenz- und Kampfbedingungen und die Formen der politischen Machtausübung durch die herrschenden Klassen um so bedeutsamer, weil die realen Bedingungen ihrer Emanzipation "wesentlich verschieden sind von den Bedingungen, innerhalb derer die Bourgeoisie sich und die Gesellschaft emanzipieren konnte."¹²

Der Aufsatz von Stefano Merli "Die Fabrikarbeiterklasse gegen Ende des 19. Jahrhunderts" (S. 127 - 150) ist aus seinem Buch "Fabrikproletariat und Industriekapitalismus"¹³ zusammengestellt. Seit den inzwischen klassischen Arbeiten von Gastone Manacorda in den 50er und 60er Jahren hat nach meiner Kenntnis kein Titel zur Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung im 19. Jh. eine derartige Resonanz gefunden wie die Monographie Merlis. Manacorda betrachtete die ökonomische, soziale, politische und ideologische Komponente als Einheit bei der Konstituierung des Proletariats "an sich" und schließlich "für sich selbst". Sein Hauptinteresse galt der politisch-ideologischen Verselbständigung der Arbeiterklasse.¹⁴ Merli geht ebenso wie Manacorda vom Antagonismus des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat aus. Im Unterschied zu Merli ist Manacorda aber bestrebt, die gesetzmäßige Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und Marxismus und die Bedeutung der politischen Organisation der Vorhut des Proletariats für die Klasse in ihrer Ganzheit in Frage zu stellen.

Merlis Interesse gilt der ökonomischen und sozialen Konstituierung des italienischen Fabrikproletariats, die sich nach seiner Auffassung im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts vollzogen hat. In den ausgewählten Passagen findet der Leser überzeugende Belege dafür, daß technischer Fortschritt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse der Produktion in Dienst genommen wurde. Der Artikel enthält detaillierte An-

¹² Engels, Friedrich/Marx, Karl, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 2, S. 86; vgl. hierzu Kossok, Manfred, Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, Forschungsprobleme und Kontroversen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1978, S. 16.

¹³ Merli, Stefano, Proletariato di fabbrica e capitalismo industriale. Il caso italiano: 1880 - 1900, Bd. 1, Florenz 1972.

¹⁴ Manacorda, Gastone, Il movimento operaio italiano attraverso i suoi congressi. Dalle origini alla formazione del Partito Socialista (1853 - 1892), Rom 1953. - In der 2., erweiterten Auflage, Rom 1963, wird in einer gedankenreichen Einführung zu aktuellen Streitfragen Stellung genommen.

gaben über die Dauer des Arbeitstages in verschiedenen Industriezweigen, die Lohn- und Preisentwicklung, die Haushaltbilanzen der Arbeiterfamilien und über die Sozialgesetzgebung.

Valerio Castronovo kommt mit einem Aufsatz unter dem Titel "Herausbildung und Entwicklung der piemontesischen Unternehmerschicht im 19. Jahrhundert" (S. 177 - 188) zu Wort. Mit Forschungen zur piemontesischen Textilindustrie und mit seiner Agnelli-Biographie ist er zu einem herausragenden Wirtschaftshistoriker aufgestiegen.

Im vorliegenden Artikel verfolgt Castronovo die Entstehung der Kapitalistenklasse in der Wollindustrie bis auf die Unternehmerdynastien in der Mitte des 17. Jh., auf die Hinwendung des Interesses von Grundbesitzern zur manufakturrellen Sphäre zurück. Für die Entstehungsgeschichte der Kapitalistenklasse in diesem Industriezweig sei der Typus des Familienunternehmens kennzeichnend, der sich z. T. bis heute erhalten habe. Im Unterschied dazu sei die Baumwollindustrie erst in der zweiten Hälfte des 18. Jh. auf der Basis merkantiler Aktivitäten von (kleinen) Händlern, die in die Produktion vordrangen, entstanden. Dem hätten bis ins zweite Drittel des 19. Jh. überwiegend Heimarbeit und Verlag entsprochen. Erst im letzten Drittel habe sich die Aktiengesellschaft durchgesetzt.

Zur Verwendung des Begriffs industrielle Revolution verhält sich Castronovo - soweit es Italien betrifft - sehr reserviert.¹⁵ Für den im Artikel behandelten Zeitraum lehnt er ihn ausdrücklich ab. (S. 178) Castronovos Untersuchungen verdeutlichen aber durch die differenzierte Darstellung ausgezeichnet die Genesis solider kapitalistischer Fabrikantendynastien in der piemontesischen (und lombardischen) Textilindustrie, besonders in der Baumwollindustrie. Sie nehmen seit den 80er Jahren des 19. Jh. entscheidenden Einfluß auf die Formierung dauerhafter Unternehmergruppen, die massenhaft Lohnarbeit mobilisieren und konzentrieren und darüber hinaus - von der Fabrik ausgehend - das Gesicht ganzer Provinzen kapitalistisch umgestalten.

Nach den speziellen Untersuchungen einzelner Wirtschaftszweige in bestimmten Regionen schließt der Aufsatz von Piero D'Angiolini "Die Wende in der industriellen Entwicklung in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts und die Reaktionen der Zeitgenossen" den Band ab. Nach der Unterbrechung der industriellen Entwicklung zwischen 1887 und 1895 habe 1896 bis 1898 "der unumkehrbare Prozeß der strukturellen Transformation der italienischen Wirtschaft" begonnen.¹⁶ Von nun an habe die Produktion von Industriegütern diejenige von Konsumgütern übertroffen, die Schwerindustrie sich schneller als die Leichtindustrie entwickelt, die massenhafte Anlage von konstantem fixem Kapital eingesetzt. Die Kenntnis dieser Tatsachen setzt D'Angiolini voraus und widmet sich den politischen Konsequenzen.

15 Vgl. Storia d'Italia, hg. v. Einaudi-Verlag, Bd. 4/1, Turin 1975, S. 134; ebenso: Caneloro, Giorgio, Storia dell'Italia moderna, Bd. 7, Mailand 1974, S. 380 f.

16 Caneloro, Bd. 7, S. 95.

Die Gründe für das Aufbrechen des historischen Machtblocks zwischen 1893/94 und 1895/96 scheinen mir überzeugend herausgearbeitet zu sein. Solange die steigenden finanziellen Ansprüche des Staates den werktätigen Klassen aufgebürdet werden konnten, hielt das Bündnis aus (überwiegend) feudalen Agrariern und Industriekapitalisten allen Belastungen stand. Als die indirekte Besteuerung der Volksklassen nicht mehr gesteigert werden konnte und sich außerdem der Widerstand der Arbeiter und der Bauern versteifte und organisiert in Erscheinung trat, erhöhte der Finanzminister Sidney Sonnino die direkten Steuern auf den mobilen Besitz. Damit verletzte er die Interessen der ökonomisch fortgeschrittensten, dynamischsten, exportorientierten Fraktionen der Bourgeoisie der Lombardei und Piemonts. D'Angiolini resümiert: "An diesem Punkt nehmen am Ende des Jahrhunderts neue Betrachtungen über den Freihandel ihren Anfang. Anders gesagt: Der traditionelle historische Block ging allmählich in die Brüche, weil neue Kräfteverhältnisse ausreifen." (S. 469) Nach 1900 setzten sich die industriellen gegenüber den agrarischen Kreisen innerhalb des Agrar-Industrie-Blocks durch, und unter den Agrariern gewannen die kapitalistischen Unternehmer der Poebene gegenüber den Besitzenden in Zentral- und Süditalien die Oberhand.

Unabhängig davon, ob der Leser, der den Sammelband zur Hand nimmt, ebenso wie der Rezensent, Autoren und Themen vermisst, die ihm wesentlich erscheinen, bin ich der Meinung, daß die von Giorgio Mori getroffene Auswahl und seine einleitenden Studien einen guten Einblick in die Auseinandersetzung unter den italienischen (Wirtschafts-) Historikern geben und den erreichten Forschungsstand zuverlässig veranschaulichen.

Eine Analyse des Verlaufs der Weltwirtschaftskrise
in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit

Vlastislav Lacina, *Velká hospodářská v Československu*
1929 - 1934

Academia, Praha 1984, 224 S., 18 Beil., 16 Abb.

von František Dudek

Die tschechoslowakische marxistische Historiographie widmet der wirtschaftlichen Entwicklung in der bürgerlichen Tschechoslowakei beträchtliche Aufmerksamkeit. Bislang wurde jedoch keine systematische Analyse über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vorgenommen. Diese fühlbare Lücke suchte Vlastislav Lacina mit der vorliegenden Arbeit auszufüllen. Im Unterschied zu früheren Versuchen, Teilfragen der Krisenauswirkung zu untersuchen, ging er nun an die Problematik unter einem komplexen Aspekt heran. Er gelangte zu einer Klärung wichtiger Eigenarten des Ablaufs der Weltwirtschaftskrise in der Tschechoslowakei. Bei seiner Analyse nahm er eine kritische Wertung von Quellen aus wichtigen Archivbeständen, zahlreichen statistischen Publikationen, zeitgenössischen Zeitschriften und der damaligen Publizistik vor. Daneben wertete Lacina die in- und ausländische Fachliteratur aus. Darüber hinaus war er bestrebt, Zusammenhänge mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den 20er und 30er Jahren herzustellen. So gelingt es Lacina, nicht nur die Wurzeln des spezifischen Ablaufs der Krise in der tschechoslowakischen Wirtschaft aufzudecken, sondern auch die Erkenntnisse über die Ursachen für den besonderen Ablauf der zyklischen Wirtschaftsentwicklung zwischen den beiden Weltkriegen weiter zu vertiefen. Abgesehen von den Einflüssen der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wirkte sich die starke Rationalisierungswelle in den 20er Jahren aus, die Bestandteil der kulminierenden Entwicklungsphase der damaligen Prozesse der technisch-wissenschaftlichen Revolution war.

Das Buch Lacinas enthält fünf Kapitel. Im ersten faßt der Autor Forschungsstand, Interpretationen und Hauptprobleme der Erforschung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Im zweiten deutet er die wichtigsten Tendenzen und Entwicklungstrends der tschechoslowakischen Wirtschaft in den 20er Jahren an. Damit schafft er die Voraussetzung für eine konkret-historische Erforschung der Krise als wichtiges Entwicklungsmoment in der ersten Hälfte des 20. Jh. Der Schwerpunkt der Publikation liegt im dritten und vierten Kapitel. Im dritten Kapitel wird der Einfluß der Weltwirtschaftskrise auf den Gesamtverlauf der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei im Rahmen der Entwicklung und der gegenseitigen Bindungen der einzelnen Branchen verfolgt. Im Unterschied zur bisherigen Literatur schiebt der Autor das Ende

der Krise in der Tschechoslowakei um ein Jahr hinaus, auf das Frühjahr 1934. Im vierten Kapitel untersucht er besonders die Krise im Außenhandel, in der Industrie und in der Landwirtschaft. Im fünften Kapitel werden die Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen zur Bekämpfung der Krise und die staatsmonopolistischen Tendenzen behandelt. Der Autor ließ bewußt die sozialpolitischen Aspekte der Krise beiseite, um sich vor allem auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen zu konzentrieren. Seine Aussagen in den einzelnen Kapiteln sind durch umfassende statistische Daten untermauert, die in 16 Tafeln und 2 Diagrammen in den Beilagen enthalten sind. Diese bringen statistische Daten über die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei in der gesamten Zwischenkriegszeit. Eine geeignete Ergänzung bilden 16 Bildbeilagen, die den Stand der Produktivkräfte und einige soziale Aspekte der Krise belegen. Im weiteren enthält die Arbeit eine umfangreiche Übersicht über die benutzten archivalischen und gedruckten Quellen, Statistiken, zeitgenössischen Periodika und über die einschlägige Literatur, ein russisches und ein deutsches Resümee sowie ein Namensregister.

Der Autor versucht, die grundlegenden Eigenarten zu interpretieren, die den Ablauf der Krise unter den Bedingungen der tschechoslowakischen Ökonomik beeinflussten. Dabei gelangt er zu dem Schluß, daß vor allem die allgemeinen Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise die grundlegende Form der Krise in der Tschechoslowakei bestimmten. Es war dies insbesondere das Zusammentreffen der Industrie-, Agrar-, Finanz- und Handelskrise in allen Sparten der Wirtschaft, wozu noch die allgemeine strukturelle Krise kam. Der Autor begnügte sich nicht mit der bekannten Feststellung des relativ verspäteten, verschärften und langwierigen Ablaufs der Krise in der Tschechoslowakei, sondern war bestrebt, den gesamten Komplex der Ursachen für die Entwicklung zu erläutern. Aus dem Vergleich mit den Krisenerscheinungen in anderen Staaten ergibt sich für ihn die grundlegende Bewertung der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit als eines kleinen und industriell mittelmäßig entwickelten Landes mit einem beträchtlichen Anteil an Landwirtschaft und mit starken Bindungen an den Weltmarkt. Die Tschechoslowakei befand sich an der unteren Grenze der industriell wie landwirtschaftlich entwickelten europäischen Länder. Im Rahmen Mitteleuropas war sie nach Deutschland der industriell zweitstärkste Staat. Aufgrund dieser Tatsache sucht der Autor die Frage zu beantworten, weshalb die Auswirkungen der Krise in der Tschechoslowakei verheerender waren als in den meisten kapitalistischen Staaten mit ähnlichem Niveau und weshalb der zweite ökonomische Zyklus der Zwischenkriegszeit dort durch das Fehlen einer Konjunktur deformiert wurde.

Die Analysen Lacinas präzisieren die bisherigen nicht ganz einheitlichen Ansichten über den Verlauf des Wirtschaftszyklus der 30er Jahre. Die Krise äußerte sich in der Tschechoslowakei im allgemeinen mit einer gewissen Verspätung etwa seit dem Jahre 1930, brach dann mit voller Wucht im darauffolgenden Jahr aus und erreichte ihren Tiefpunkt in den Jahren von 1933 bis 1934, als die Welt bereits die Phase der Depression durchmachte. Zum Zeitpunkt der Belegung der Weltwirtschaft dauerte die Depression unter den tschechoslowakischen Bedingungen bis in die Jahre 1936/37 hinein an. Die kurze und unmerkliche Belegung im Jahre 1937 wurde von keiner Konjunktur, sondern von weiteren Krisenerscheinungen abgelöst, und bis zum Münchener Diktat konnte das ökonomische Niveau aus der Zeit vor der Krise nicht mehr überschritten werden. Die Arbeit Lacinas liefert einen Beweis

dafür, daß die Krise in der Tschechoslowakei zur Unterhöhlung entscheidender Faktoren der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik führte.

Die Hauptursache dafür erblickt der Autor in der Rückständigkeit der gesamten Wirtschaft in der Tschechoslowakei gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Situation war gekennzeichnet durch den langsamen Fortgang der Strukturveränderungen insbesondere in der Industrie, den Mangel an Investitionsaktivität und an Finanzmitteln, durch eine relativ starke Abhängigkeit vom Export sowie durch die Rückständigkeit der Industrie in Produktion und Technik, was sich in höheren Produktionskosten äußerte, die aus einer ungenügenden Produktionskonzentration und -rationalisierung resultierten. Weitere Kennzeichen waren die ausgeprägte Exportspezialisierung und die verhältnismäßig niedrige landwirtschaftliche Produktionsintensität und -rentabilität. Diese Unzulänglichkeiten traten in der Mitte der 20er Jahre hervor, als das Interesse an den traditionellen tschechoslowakischen Verbrauchsgütern zurückging, die überdies der deutschen Konkurrenz nicht standhalten konnten. Der Autor zeigt im zweiten Kapitel anschaulich die inkonsequenten, langsamen und verspäteten Bemühungen, die Industrieproduktion zu rationalisieren sowie die Produktions- und Exportstruktur zugunsten der Produktionsmittel zu verändern. Für die Gesamtsituation ist charakteristisch, daß die verspätete und inkonsequente Investitionswelle der Jahre 1928 bis 1931 den uneingeschränkten Ausbruch der Krise hinauszögerte und durch die Krise teilweise paralytisiert wurde.

Die Ausarbeitung der territorialen Unterschiede der Krisenauswirkungen trägt zur Vertiefung der Erkenntnisse bezüglich der wirtschaftlichen Voraussetzungen für den politischen Nationalismus insbesondere in den Grenzgebieten der böhmischen Länder mit vorherrschender deutscher Bevölkerung bei, wo die von der Krise hart betroffene Leichtindustrie konzentriert war. Bei der Beurteilung der Krise für den weiten Bereich der Entwicklung der Produktivkräfte vermochte Lacina die vereinfachenden Schlußfolgerungen der älteren Literatur zu überwinden. Aus der durchgeführten Analyse ergibt sich, daß ungeachtet wesentlicher Einschränkungen die in den 20er Jahren begonnenen und mit dem Aufschwung der technisch-wissenschaftlichen Revolution verknüpften progressiven Tendenzen ihren Fortgang nahmen. Es handelt sich um die Entfaltung der Elektrifizierung, der Motorisierung, des Flugverkehrs und des Ausbaus des Straßennetzes. Die Krise hatte auch nicht völlig die während der 20er Jahre einsetzenden Veränderungen der Branchenstruktur der tschechoslowakischen Industrie unterbrochen. Nach Ansicht des Autors bildeten sich während der Krise die grundlegenden Tendenzen für jene Strukturwandlungen heraus, die dann unter bereits wesentlich veränderten Bedingungen bis in die 60er Jahre hinein fortgesetzt wurden.

Lacina gelangte zu einer Vertiefung der Erkenntnisse bezüglich des Einflusses der Krise auf die Konzentration der Produktion und des Kapitals und die Entwicklung der Monopolisierung. Der Monopolisierungsprozeß machte in der Tschechoslowakei während der Krise die meisten Fortschritte in Bereichen mit hoher Konzentration der Produktion und des Kapitals vor allem in der Schwerindustrie. Für das gesamte wirtschaftliche Niveau war charakteristisch, daß höhere Formen von Monopolen, vor allem von Konzernen, vereinzelt aufkamen und die bestehenden Konzerne sich ausweiteten und umgruppierten. Die Entstehung niedrigerer Formen von Monopolen, von Kartellen, beschleunigte sich hingegen. Während der Krise verstärkte sich eine der früheren Erscheinungen, die Mitbeteiligung des Staates an der Kartell-

bildung, und gegen Ende der Krise förderte der Staat sogar diesen Prozeß nachhaltig durch das Kartellgesetz. Direkte staatliche Eingriffe in Form einer Zwangssyndikatisierung wurden zum Unterschied von ähnlichen Maßnahmen totalitärer Regime vor allem in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie praktiziert. Diese Ausrichtung der Wirtschaftspolitik ging von der Agrarpartei in der Regierung und dem gesamten politischen System des Staates aus. Alle staatsmonopolistischen Eingriffe waren inkonsequent und hatten ausgeprägt politischen Charakter.

Da sich aus der Arbeit ergibt, daß die relativ umfangreichen staatsmonopolistischen Eingriffe von der ökonomischen Basis losgelöst waren und ausgeprägten politischen Charakter trugen, wird man den Übergang vom wirtschaftlichen Liberalismus zur staatsmonopolistischen Regulierung weiter eingehend bearbeiten müssen. Dabei sollte die vom Autor vorgenommene Bewertung der verzweigten Gruppendifferenzen innerhalb der Bourgeoisie und ihres Reflexes in der ökonomischen Sphäre einen wichtigen Ausgangspunkt bilden. Als wesentlichen Beitrag erachtet der Rezensent insbesondere die Behandlung der zweifachen Devaluation der Währung sowie den Nachweis, daß die Wirtschaftspolitik durch eine größere Anzahl von ökonomischen Einflußzentren bestimmt wurde, als bislang angeführt wurde.

Die Studie Lacinas ist ein wichtiger Beitrag für das Studium der zyklischen Wirtschaftsentwicklung zwischen den beiden Weltkriegen. Die vorgenommene Analyse der ökonomischen Aspekte der Weltwirtschaftskrise zeigt deren Platz in der historischen Entwicklung der Tschechoslowakei und kennzeichnet sie als bedeutsamen Meilenstein in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft der Zwischenkriegszeit. Die gewählte Methodik der Bearbeitung, die neuen Schlußfolgerungen und Anregungen für die weitere Erforschung bisher ungelöster Probleme, die umfangreichen Fakten zur wirtschaftlichen Entwicklung und Stellung der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit in der Weltwirtschaft werden sicherlich bei der Erforschung von grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jh. von Nutzen sein.

Details aus dem Leben eines Bankiers

John Douglas Forbes, J. P. Morgan, Jr. 1867 - 1943

University Press of Virginia, Charlottesville 1984,
262 S., 1 Abb., 20,- US\$

von Reinhold Zilch

John Pierpont Morgan jr. gehört zu den geradezu legendären Gestalten der Wirtschaftsgeschichte der USA und darüber hinaus auch West- sowie Mitteleuropas in der ersten Hälfte des 20. Jh. Als Sohn des selbst schon zu einem Mythos gewordenen Großfinanziers John Pierpont Morgan sen. baute er das von seinem Vater errichtete Bankmonopol aus und wurde zu einem der international führenden Finanzkapitalisten. Die Finanzierung der amerikanischen Wirtschaftshilfe für die Entente bzw. der Aufrüstung der Vereinigten Staaten im ersten Weltkrieg, die finanzielle Sicherung des Eindringens des US-amerikanischen Kapitals in die westeuropäische, vor allem in die deutsche Wirtschaft während der Nachkriegsjahre und das Management der internationalen Kapitalströme im Gefolge des Dawes-Planes waren Morgans wichtigste Tätigkeitsfelder bis 1929. Während der Weltwirtschaftskrise versteht es der Bankier, die eigene Firma, wenn auch unter Verlusten, aus dem schweren zyklischen Zusammenbruch weitgehend herauszuhalten, was ihm die Möglichkeit bietet, in den Jahren des New Deal die Positionen des Morgan-Trusts zu stabilisieren. Dabei zwingt ihn die Wirtschaftspolitik der Roosevelt-Administration zu tiefgreifenden Umstrukturierungen im eignen Imperium. Außerdem war oftmals die Kapitaldecke sehr knapp. Schon vor dem Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg unterstützte Morgan nach Möglichkeit die Alliierten, und mit Pearl Harbor wurde der New Yorker Bankier bis zu seinem Tode 1943 eine der Schlüsselfiguren bei der Finanzierung der amerikanischen Kriegswirtschaft.

Angesichts dieses ereignisreichen Lebens gibt es eine Fülle an Literatur über den US-amerikanischen Multimillionär, in der er, wie John Douglas Forbes einleitend feststellte, mit Schmutz beworfen oder reingewaschen wird. Besonders von der politischen Linken sei er geradezu verteufelt worden. Unbeeinflusst von der öffentlichen Meinung wolle er Fakten bringen. Forbes verzichtet weitgehend auf eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Morgan-Literatur, die nur sehr sparsam in den Anmerkungen erscheint (und leider auch nicht in einer Bibliographie nachgewiesen wird), um sich vor allem auf den umfangreichen Nachlaß an Familien- und Geschäftspapieren zu stützen, deren Benutzung durch den Sohn J. P. Morgans jr. ermöglicht wurde. In dieser spezifischen Quellenlage liegen die Vorzüge und zugleich die Mängel des zu besprechenden Buches begründet. Forbes zeichnet detailliert, nahezu streng chronologisch, gut lesbar das Leben von

Morgan nach, einzig unter der Überschrift "Morgan the Book Collector" erscheint ein separates Kapitel (S. 139 - 142)¹, in dem zusammenfassend das Büchersammeln als lebenslanges Hobby des Bankiers, das den Grundstock für die Pierpont Morgan Library in New York legte, geschildert wird.

Forbes' Detailtreue führt dazu, daß vor allem anhand der Familienbriefe z. B. über den langjährigen Aufenthalt von Morgan jr. als Vertreter der väterlichen Firma in London minutiös berichtet wird, welche Theaterstücke, Parties und Jagdausflüge er mit seiner Frau besuchte, welche neuen Kleider Mrs. Morgan trug, welche Bücher gelesen wurden und wann die Familie mit Influenza oder anderen Unannehmlichkeiten zu kämpfen hatte. Von diesen Fakten geradezu überwuchert werden dann spärliche Mitteilungen über die eigentliche Tätigkeit des Bankiers in London. Sowohl der spanisch-amerikanische Krieg um Kuba 1898 als auch der Burenkrieg 1899 hätten das Geschäft beeinflußt (S. 36, 44), es bleibt für den Leser aber im dunkeln, wie sich der britische Markt veränderte und was das für die New Yorker Bank bedeutete. Nun mag es sein, daß Morgan jr. auf den Gang der Ereignisse in beiden Fällen nahezu keinen Einfluß nahm oder nehmen konnte, weil sein autokratischer Vater von der Monopolzentrale aus das Geschäft selbst lenkte. Warum aber erfährt der Leser kaum etwas über die zweite Reorganisation der internationalen Mercantile Marine Corporation? Hierbei spielte Morgan nach Auskunft von Forbes "an important part" (S. 56). Und bei der Darstellung des Anteils von Morgan an der Übernahme der russischen Anleihe von 1905 (S. 56 - 58) sowie der Organisierung einer Goldanleihe der Bank von Frankreich zur Stabilisierung der Währungssituation der USA während der Wirtschaftskrise von 1907/08 (S. 62 f.) wird der Leser kaum in die wirtschaftshistorischen Zusammenhänge und Hintergründe eingeführt, sondern weitgehend den Aussagen und Wertungen Morgans selbst überlassen. Die Fixierung auf die erwähnten Quellen führt sogar dazu, daß sich Forbes auf Angaben in Familienbriefen beschränkt und die Auflösung von Datierungen aus dem Jahr 1898 wie "The Queen's birthday was celebrated with the ceremony of trooping of the colour at the Horse Guards, and only a day or two before W. E. Gladstone had died" (S. 37) dem Leser obliegt.

Die einseitige, allein auf Morgan fixierte Sicht wird vollends fragwürdig für den Hauptteil der Biographie, in der die Zeit seit der Übernahme der Geschäftsleitung nach dem Tode des Vaters im Jahre 1913 beschrieben wird. Der neue Chef hatte kaum Gelegenheit, sich ausführlich mit seinem neuen Aufgabengebiet vertraut zu machen, als der erste Weltkrieg ausbrach. Der Darstellung der Tätigkeit Morgans, dessen Firma nach dem Urteil von Forbes die führende Rolle spielte "in financing the Western Allies in their struggle with the Central Powers and in providing the Allies with the materials of war and in the process developed the United States as an arsenal to meet its commitments when it entered the war on the Allied side" (S. 87), ist ein ganzes Kapitel (S. 87 - 103) gewidmet. Doch die relative Breite in der Darstellung geht nicht mit der wünschenswerten und möglichen Tiefe einher. Es kann nicht befriedigen, wenn z. B. die Verhandlungen über die Anleihen an die britische Regierung bzw. die Bank von England dargestellt

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

Ein nützliches Nachschlagewerk zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. v. Wolfram Fischer u. a., Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, hg. v. Wolfram Fischer, unter Mitarb. v. André Armengaud u. a.

Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1985, 814 S., 228,- DM

von Rudolf Berthold

Im Vorwort macht Wolfram Fischer als Herausgeber des 5. Bandes des "Handbuchs der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte" auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die bei der Bearbeitung einer Gesamtgeschichte durch eine Gruppe von Autoren aus verschiedenen Ländern zu bewältigen waren.

Trotz aller vorgegebenen Prinzipien der Auswahl an Informationen, der textlichen Gestaltung und der Form der Annotation besitzt jeder Beitrag der 18 Mitautoren seine individuelle Handschrift, auf die sich auch der Forschungsstand seines Landes auswirkte. Erstaunlich ist aber trotzdem die inhaltliche Übereinstimmung der Einzelbeiträge mit der Konzeption des Herausgebers, wie man sie in Gemeinschaftsarbeiten zur europäischen Wirtschaftsgeschichte selten findet.

Konzeptionell vorgegeben war folgende Gliederung für die einzelnen Beiträge: Die Bevölkerung - Die Gesellschaft - Die Wirtschaft - Der Staat und die Wirtschaft. Einige Autoren haben diese Hauptpunkte noch weiter untergliedert (so Iván T. Berend und György Ránki für die Balkanstaaten das Kapitel "Die Wirtschaft" in: a) Landwirtschaft; b) Industrie; c) Bankwesen; d) Transport und Verkehr).

Für eine Monographie wäre eine solche schematische Untergliederung nicht zu empfehlen, da der dialektische Zusammenhang zwischen den miteinander verflochtenen Prozessen der ökonomischen und sozialen Revolution des 19. Jh., die zum Übergang von der feudalen Agrargesellschaft zur kapitalistischen Industriegesellschaft führten, ohne ständige Wiederholungen nicht genug zur Geltung käme. Aber wir haben es hier mit einem Handbuch zu tun, das als Nachschlagewerk ein straffes Ordnungsschema benötigt. Der Benutzer soll sich relativ einfach und ausreichend über grundlegende Vorgänge der Wirtschafts- und Sozialgeschichte orientieren können und darüber informiert werden, welche Literatur für ein vertiefendes Studium notwendig ist. Genau diese Aufgabe erfüllt der vorliegende Band. Wer beispielsweise wissen will, welchen Umfang die Binnenwanderung in den europäischen Län-

dem einnahm oder wie stark der Strukturwandel der Landwirtschaft im Gefolge der großen Depression war, kann das nachschlagen. Die Möglichkeit der vergleichenden Betrachtungsweise ist eine beachtliche Stärke des Handbuchs, das auch in dieser Hinsicht eine empfindliche Lücke schließt.

Gegliedert ist der vorliegende Band in ein Dachkapitel und in Beiträge zu Regionen (Nordeuropa, Mitteleuropa, Westeuropa sowie Ost- und Südosteuropa). Nach der Absicht des Herausgebers sollte jede Region durch einen Autor als geschlossenes Ganzes behandelt werden. Eine solche geographische Einteilung würde jedoch voraussetzen, daß die genannten Regionen auch Wirtschaftsräume darstellten. Für Deutschland, Österreich und die Schweiz war das ebensowenig der Fall wie für England, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Vielleicht bildete Südosteuropa einen eher einheitlichen Wirtschaftsraum, aber mehr im Sinne des "Späterkommens" als der ökonomischen Verflechtung. Deshalb ist es kein Nachteil, daß sich die ursprüngliche Konzeption der Regionaldarstellung mit Ausnahme von Westeuropa nicht verwirklichen ließ. Aber auch hier mußten verschiedene Autoren angesetzt werden, die die einzelnen Kapitel schrieben, wobei das Kapitel über Staat und Wirtschaft fehlt. Die Aufteilung der übrigen drei Regionen in Länder bzw. Ländergruppen brachte nur Vorteile: Die Autoren verfügen über breitere Sachkenntnis, und die Beiträge sind übersichtlicher. Letzteres schlägt für ein Nachschlagewerk zu Buche.

Zeitlich umfaßt dieser 5. Band die Epoche von der Mitte des 19. Jh. bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Vom Standpunkt der politischen Geschichte ist das eine in sich geschlossene historische Periode. Die Revolution von 1848 und der erste Weltkrieg waren europäische Ereignisse, die tief in das Leben der Einzelstaaten eingriffen und die politische Physiognomie des Kontinents nachhaltig veränderten. Aber wirtschafts- und sozialhistorisch war zumindest der Beginn der Epoche fließend. Die ökonomische und die soziale Revolution, die über weite Strecken des 19. Jh. eine Einheit bildeten, fingen nicht erst Mitte des 19. Jh. an. Sie endeten jedoch in den meisten europäischen Staaten mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges.

Die ökonomische und soziale Revolution des 19. Jh. hat - wie ehemals nur die neolithische Revolution - das Leben der Völker des Kontinents nachhaltig umgestaltet. Sie war ein weltgeschichtliches Ereignis von erstrangigem Stellenwert, dessen Kenntnis für die Umwälzungsprozesse unserer Zeit von großer Bedeutung ist. Wenn man dieses Ereignis zerstückelt, ist es so, als würde man einem Standbild den Sockel rauben. Die Agrar-, Industrie- und Verkehrsrevolution in England und die Große Französische Revolution haben bereits im 18. Jh. den Übergang eingeleitet und richtungweisende Impulse gegeben. Der von England ausgehende Techniktransfer hat den durchaus unterschiedlichen Verlauf der ökonomischen Revolution in Kontinentaleuropa bestimmt. Die preußische Agrarreformgesetzgebung von 1807 bis 1850 war das Vorbild für die Auflösung der traditionellen Agrargesellschaft mit staatlichen Mitteln in den meisten europäischen Staaten. Da diese Vorgänge nicht in ihrem zeitlichen wie räumlichen Ausmaß erfaßt und nur im 4. Band analysiert werden, der sich auf die europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 19. Jh. erstreckt, ist der 5. Band in dieser Hinsicht von geringerem Erkenntniswert als manche bereits vorhandene Darstellung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Europas, die vom Gesamtkomplex der ökonomischen und sozialen Revolution ausgeht.

Ob der insgesamt hohe Informationswert dieses 5. Bandes diesen Mangel ausgleichen kann, wird bezweifelt.

Die bereits erwähnte inhaltliche Einheitlichkeit des vorliegenden Bandes geht auf die Schwerpunktsetzung bei der Analyse der Umwälzungsprozesse zurück. Es werden vor allem die Strukturveränderungen und die mit ihnen eng verbundenen Wachstumsprozesse untersucht und dargestellt. Das ist eine moderne und überaus zweckmäßige Betrachtungsweise. Sie verlangt aber eine entsprechende Materialgrundlage, wie sie erst durch die amtliche Wirtschafts- und Sozialstatistik gegeben war. Diese Statistik entstand in der ersten Hälfte des 19. Jh., zeigte aber anfänglich noch viele Mängel und lieferte erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts brauchbarere Ergebnisse. Beispielsweise liegen für Preußen mit den bekannten "blauen Büchern" ab 1849 Statistiken über die Berufszugehörigkeit sowie die Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe vor, deren Zahlenangaben von Erhebung zu Erhebung genauer und detaillierter wurden. Immerhin ist dadurch bereits für einen großen Teil Deutschlands einer der grundlegenden Prozesse des Übergangs zum Kapitalismus darstellbar. Vielleicht hat gerade dies den in der historischen Statistik so erfahrenen Wolfram Fischer bewogen, mit seinem Band erst bei 1850 zu beginnen.

Ein weiteres Problem ist die Darstellung des Strukturwandels z. B. in den beiden von Fischer verfaßten Beiträgen. Mit der deutschen Statistik und der anderer Länder lassen sich die quantitativen Veränderungen, die zu Strukturverschiebungen führten, nach den drei Sektoren der Volkswirtschaft (primär Landwirtschaft, sekundär Handwerk und Industrie, tertiär Dienstleistungen) erfassen. Auch diese Strukturveränderungen sind nur die Folge oder der Ausdruck dessen, was man als den Kernprozeß der ökonomischen Revolution bezeichnen könnte: der Mechanisierung der Arbeit bzw. dem Eindringen von Maschinen in den Arbeitsprozeß, die zu dessen tiefgreifendem Strukturwandel führten. Die Statistik hat die Verwendung von Maschinen unterschiedlich erfaßt. Es gibt Volkswirtschaftszweige, über deren Maschinenbestand wir sehr gut unterrichtet sind (Landwirtschaft), und andere, über die wir sehr wenig wissen.

Zwar kommt in wohl kaum zu überbietender Exaktheit der zeitliche Übergang vom Agrar- zum Agrar-Industrie- und von da zum Industrieland in Fischers Darstellung zur Geltung. Alles in allem wurde in diesem 5. Band die Statistik jedoch nicht hinreichend "abgeklopft" und ausgewertet, um den strukturellen Wandel zur Industriegesellschaft in seinen Dimensionen zu erfassen. So beschränken sich z. B. der Beitrag "Deutschland" und das Dachkapitel auf die zweifellos sehr interessanten Veränderungen innerhalb der einzelnen Gesellschaftsschichten. Aber die Problematik des Strukturwandels im gesamten Gesellschaftssystem ist damit bei weitem nicht erschöpft. Eine sicher erforderliche weitere Auflage sollte versuchen, derartige Lücken zu schließen, was den Wert des sehr nützlichen Werkes noch erhöhen würde.

Wolfgang Herzberg, So war es. Lebensgeschichten zwischen 1900 und 1980. Nach Tonbandprotokollen

Mitteldeutscher Verlag, Halle/Leipzig 1985,
380 S., 8,- M

Die "Oral History" macht rapide Fortschritte bei uns - ein Glück für unsere Historiker, Soziologen, allgemein unsere Gesellschaftswissenschaftler. Als die Wirtschaftshistoriker - Wolfgang Jonas, Hans Radandt u. a. - 1955 damit in unserer Republik begannen, hatten sie keinen leichten Weg, insbesondere wenn die Berichte "zu offen" waren. Heute ist das schon vielfach anders geworden. Die hier zu besprechenden Lebensschilderungen sind so lohnend und wertvoll, weil sie einfach und offen berichten - sicher bisweilen den Erzählern gar nicht politisch bewußt, was sie so unbefangen mitteilen.

Hören wir etwa einen damals bei Siemens mit großer Zufriedenheit arbeitenden Betriebsingenieur:

"Vom Machtantritt Hitlers ist mir eigentlich gar nichts in Erinnerung geblieben, weil wir das zur Kenntnis genommen haben, uns aber nicht dafür interessierten. Das verlief so ziemlich am Rande. Ich kann mich nur einmal erinnern, daß wir bei irgendeinem Marsch auf dem Wilhelmplatz gelandet sind und dann der Hitler erschien. Das war aber auch das einzige Mal.

Dann war natürlich beeindruckend 1936 die Olympiade, die derart organisiert und aufgezogen war, daß man wirklich staunen mußte.

An und für sich, für meine jetzigen Betrachtungen, haben wir das alles viel zuwenig beachtet. Es war weder Sympathie noch Gleichgültigkeit, denn meine Kollegen waren bald dran, daß sie zur Wehrmacht gehen mußten." (S. 211)

"Die Nazis hatten zunächst solche Anziehungskraft, weil sie, meiner Meinung nach, gemerkt haben, worauf es dem einfachen Mann ankam: auf Arbeit." (S. 218)

Oder eine damalige Textilarbeiterin erzählt: "Als Hitler an die Macht kam, wenn ich ehrlich bin, dann muß man sagen, und ich möchte das auch sagen: Wir haben aufgeatmet. Aufgeatmet, weil wir jetzt wieder Arbeit gekriegt haben. Ich ging wieder in die Textilindustrie. Wir hatten wieder einen Verdienst, wir brauchten keine Angst zu haben. Wir hatten ja nichts zu leben, und für meine Familie war es so, daß wir sagten: Endlich wieder mal, daß wir keine Angst mehr haben brauchen, daß wir Geld haben, daß wir uns Essen kaufen können, daß wir uns Kleidung kaufen können! Also, das war für uns ein reines Aufatmen." (S. 332)

Natürlich änderte sich alles mit dem Krieg, insbesondere mit den Menschenverlusten im Osten und den Bombenangriffen.

Und dann kam wieder eine Änderung, eine ganz radikale, nach 1945. Heute weiß man leider wenig mehr von dieser Zeit, so viele Darstellungen sind verzerrt. Einerseits gab es viel Resignation, auch noch wilden Antisowjetismus und Befangenheit in der Nazi-Ideologie. Andererseits ist wohl niemals ein solches Erwachen der Menschen in der Geschichte Deutschlands zu beobachten gewesen: Überall entstanden aus unterdrückten, hilflos getriebenen Menschen Persönlichkeiten.

Frieda S. berichtet: "Wie ich in dem Obst- und Gemüsebetrieb anfang, hab ich viel Qualifizierungen durchgemacht, weil ich mich sehr interessiert hab für die Maschinen, die die Gläser und Büchsen verschlossen. Da durfte ich nicht eher ran, bis ich Unterlagen hatte, daß ich's machen konnte. Aber es dauerte gar nicht lange, ein Vierteljahr sollte ich den Lehrgang machen, aber in vier Wochen war ich schon selbständig. Reparieren konnte ich nicht, nur bedienen. Mein Gehalt hat sich immer erhöht. Ein Vierteljahr später war ich auf 'm Brigadierlehrgang. Da hab ich gelernt, was im Betrieb so vor sich geht, auch, was Politik anbetrifft, aber meist, wie das Obst und Gemüse verarbeitet wurde und die Abrechnung vor allen Dingen. Denn hab ich 14 Tage nur FDGB-Schulung gemacht. Das war dann mehr Wettbewerbe und Politik und viel gesellschaftliche Arbeit. Das hat mir Spaß gemacht. Da wurde ich vor allen Dingen 'n bißchen freier Mensch." (S. 171) Ein bißchen freier Mensch wurde sie! Ja, so kann man es kennzeichnen, was viele wurden - nicht etwa "eine sozialistische Persönlichkeit", die wir heute erst in ganz wenigen Exemplaren besitzen.

Johanna J. kommt ins Glühlampenwerk: "Ich kann Ihnen nur sagen: Es war einfach eine Umwälzung! So ein Umbruch in meinem Leben, daß ich da angefangen habe! Es war, als wenn da oben im Gehirn plötzlich was aufleuchtete. Ich konnte denken, ich konnte selbst überzeugen! Mir wurden Arbeiten überreicht, wo ich überhaupt noch nie 'ne Ahnung von hatte. Es war, als wenn für mich jetzt erst das Leben begann! Es war einfach herrlich, und ich hab's geschafft!" (S. 66 f.)

Bedenkenswert auch folgende Beobachtung: "Das wertvollste in der ganzen Zeit war eben, wo mir der Aufstieg, der Neubeginn klar wurde, wo das in den Menschen gefestigt wurde, ja, jetzt geht es wieder vorwärts! Das war natürlich für mich sehr schön, und das spürte ich ja dann auch. Die Begeisterung war ja ganz anders wie manchmal heute. Wirklich, wir waren doch alle mit dem Herzen dabei, einer hat dem anderen geholfen. Man spürte, die sind sich einig, die Arbeiter, jetzt fangen sie wieder an. Es war ein Neuaufbruch." (S. 351 f.)

Ein Chemiarbeiter ist ähnlicher Auffassung: "Aber zu der Zeit, wo ich noch sehr aktiv war, bis zur Rente, sagen wir mal, kann ich sagen, wurde Demokratie, die Mitbestimmung, groß geschrieben. Es hat jetzt etwas gelitten. Man zieht die Leute nicht mehr so hinzu. Sieh mal, in einer Abteilung, wenn einer jetzt ausgezeichnet wird oder irgend etwas, dann muß man doch in der Gewerkschaftsversammlung darüber reden! Da ist vieles fallengelassen worden. Die Abteilungsleiter, die bestimmen jetzt zu sehr allein. Das ist nicht richtig, was sie da machen. Dadurch gibt 's auch eine Verärgerung unter den Leuten. Die sagen: Kommt ja doch von oben runter, wir können nichts dagegen tun. Man kann aber die Leute mit hinzuziehen! In der Gewerkschaftsversammlung ist der Abteilungsleiter auch nur Mitglied, nicht mehr." (S. 118 f.)

Auch über das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten vor 1933 wird offen berichtet. Ein ehemaliges Mitglied des Roten Frontkämpferbundes erzählt: "Also ehrlich gesagt, der rechte Flügel der SPD, die waren für uns damals Verräter. Wir haben auch gerufen: Wer hat uns verraten - die Sozialdemokraten! Das war unser Losungsruf. Da haben wir uns direkt Schlägereien geliefert bei den Wahlen, wenn wir die Plakate geklebt oder Losungen angestrichen haben. Wenn wir uns nachts begegneten, haben wir uns gegenseitig geprügelt. Heute würde ich das vielleicht nicht machen, vielleicht weil man weiterdenkt. Es waren ja unsere Klassenbrüder. Es war eigentlich nicht richtig, aber damals war die Zeit so. Es mußte jeder Farbe bekennen, wo er hingehörte." (S. 97)

Hier wird wirklich Geschichte erzählt, ohne Rücksicht auf Dogmen und Legenden, ehrlich so, wie sie den Befragten erschien, und das entspricht sehr oft auch der Realität.

Wolfgang Herzberg schreibt im Nachwort: "Die sechs Frauen und Männer, die in diesem Buch aus ihrem Leben erzählen, haben bis zu ihrer Rente und darüber hinaus in verschiedenen Abteilungen des Berliner Glühlampenwerkes gearbeitet. Insgesamt befragte ich 1980 fünfundzwanzig ehemalige Arbeiter und Angestellte dieses Betriebes - geboren zwischen 1900 und 1920 - ausführlich über ihr Leben. Ihre Adressen fand ich mit freundlicher Unterstützung der Gewerkschaftsleitung in der Veteranenkartei des Betriebes. ... Oft war ich über die Direktheit und Freimütigkeit meiner Gesprächspartner überrascht und froh." Und diese Überraschung, dieses Frohsein werden sicherlich viele Leser des Buches teilen.

Jürgen Kuczynski

Klaus Herrmann, Ackergiganten. Technik, Geschichte und Geschichten

Georg Westermann Verlag GmbH, Braunschweig 1985,
176 S., 59,- DM

Freunde historischer und moderner Landmaschinen werden an diesem Buch gewiß Gefallen finden. Allein schon Aufmachung, Format, Textgestaltung und die zahlreichen ausgezeichneten Reproduktionen erfreuen das Auge. Die Geschichte der "Landmaschinen" aber, die wir hier in Wort und Bild verfolgen können, bezieht sich - fast ausschließlich - nur auf Antriebs- und Zugmaschinen, auf Dampfmaschinen, Traktoren und Schlepper, eben auf die "Ackergiganten", obwohl nicht alle der vorgeführten Maschinen "gigantische" Ausmaße haben. Klaus Herrmann beschreibt in populärer Form, stilistisch gekonnt, die geschichtliche Entwicklung dieser Landmaschinen. Er beginnt mit der Dampfmaschine von Watt und den Versuchen, sie bei der Bodenbearbeitung anzuwenden, erzählt von Dampfgrabemaschinen und Dampfpflügen und läßt uns die Geschichte der Motorpflüge und Ackerschlepper in ihren verschiedensten Formen bis in die unmittelbare Gegenwart miterleben. Die Darstellung ist verwoben mit Geschichten, Anekdoten und

amüsanten Kuriosa bekannter Erfinder und Konstrukteure oder technischer Entwicklungen, Erfolge und Mißerfolge kommen dabei ebenso zur Sprache wie technische Mängel und ihre Überwindung. England, die USA, Deutschland bzw. die BRD und Italien sind jene Gebiete, die Hermann hauptsächlich berücksichtigt, während die Entwicklung der Traktoren und Ackerschlepper in den sozialistischen Ländern bis auf einige wenige Angaben über die Sowjetunion, "der Welt führender Ackerschlepperhersteller" (S. 102), keine Erwähnung findet. Die "Technik" beherrscht dieses Buch. Der Leser kann sich daher über technische Daten der Ackerschlepper, wie Ausmaße, Leistungskraft, Gewicht, Geschwindigkeit, informieren; er wird dagegen nur wenige soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte und kaum entsprechende Kennziffern entdecken können. Auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat wurde verzichtet, doch stellt ein Firmen- und Personenregister eine gute Hilfe bei der Erschließung des Bandes dar. Manche Kapitel- oder Bildunterschrift scheint dem Reklamearsenal kapitalistischer Medien mit all seinem Schwachsinn entnommen zu sein, z. B. "Pflügen nach Gutsherrenart" (S. 163). Doch abgesehen von diesen Schönheitsfehlern dürfte der Landmaschinenhistoriker oder Historiker der Produktivkräfte aus diesem Text-Bild-Band manche wichtige Anregung für seine Forschungen empfangen. Eine wertvolle Quelle ist nicht zuletzt sein eindrucksvolles Bildmaterial.

Hans-Heinrich Müller

Količestvennye metody v istoričeskich issledovanijach,
unter der Red. v. I. D. Koval' čenko

Verlag Vysšaja škola, Moskva 1984, 382 S.,
1,10 Rbl

Das vor allem für Geschichtsstudenten bestimmte Buch befaßt sich mit der Einordnung der mathematischen Methoden in die Forschungsmethoden der Historiker, der Darstellung methodologischer Probleme, ihrer Anwendung, ihren Perspektiven sowie den Grundlagen der mathematisch-statistischen Analyse und gibt Beispiele der konkreten Nutzung dieser Methoden in der geschichtlichen Forschung der UdSSR.

Das Lehrbuch ist in drei große Abschnitte unterteilt:

Der erste Abschnitt (Kapitel 1 bis 3) behandelt die grundlegenden methodologischen Probleme. Bei der Einordnung der mathematischen Methoden in die historische Forschung wird der Frage nach dem Wesen dieser Methoden nachgegangen. Es bestehe in der "Entdeckung und Formulierung von Systemen der zahlenmäßigen Charakterisierung der Untersuchungsobjekte, -erscheinungen und -prozesse, die einer festgelegten mathematischen Bearbeitung als Grundlage für die Aufdeckung quantitativer Maße der entsprechenden Qualität unterzogen werden". (S. 21)

Die Vor- und Nachteile solcher Untersuchungsmethoden werden anhand eines Vergleiches von beschreibenden und mathematischen Methoden herausgearbeitet. (Vgl. S. 17 - 23.)

Auf die Vorzüge der mathematischen Analyse - höhere Effektivität, da sich die Quellen schneller aufarbeiten lassen, und Verdeutlichung allgemeiner Entwicklungstendenzen - weisen die Autoren zu Recht des öfteren mit Nachdruck hin.

Nachteilig wirke sich dagegen vor allem aus, daß von vielen Einzelheiten abstrahiert werde. Außerdem sei der Aufwand der Aneignung der mathematischen Methoden relativ hoch.

Die beschreibende Methode zeichne sich durch Bildhaftigkeit und Konkretheit, die mathematische Methode dagegen durch Tiefe und Genauigkeit aus. Beide Methoden könnten sich daher nicht wechselseitig ersetzen, sondern nur ergänzen. (Vgl. S. 22.) Danach werden in diesem Abschnitt grundlegende Kategorien sowie allgemeine Prinzipien vorgestellt und an einfachen Beispielen erklärt. Unter anderem wird untersucht, was eine Messung ist, wie Daten in ein System (Meßskala) eingeordnet werden können, wie man qualitative Eigenschaften messen kann. Ferner wird auf Zeitpunktreihen, Zeitreihen, Erhebungseinheiten, Datenauswahlmethoden und auf methodologische Probleme der Modellierung eingegangen.

Einige der behandelten Kategorien und Prinzipien bedürfen eigentlich keiner so ausführlichen Darstellung, so die Maßeinheiten; doch werden die theoretischen Grundlagen der mathematischen Analyse eindeutig und in ausreichender Komplexität behandelt.

Der zweite Teil des Buches (Kapitel 4 bis 11), der von der Seitenanzahl stärkste, gilt grundlegenden Methoden der mathematisch-statistischen Analyse. Die wichtigste Aufgabe dieses Teils besteht darin, die Methoden darzulegen und das jeweilige Ergebnis inhaltlich zu interpretieren, was den Autoren durchweg gut gelingt. Dabei werden nur solche Methoden aufgeführt, die weit verbreitet sind und von Historikern angewendet werden können. Diese Auswahlkriterien sind natürlich anfechtbar. Die Auswahl nach dem Verbreitungsgrad beruht auf Erfahrungswerten der Autoren, und so bleiben eine ganze Reihe von Methoden außerhalb der Diskussion. Das widerspricht jedoch nicht dem Anliegen dieses Abschnitts, der als Einführung und nicht als Gesamtdarstellung gedacht ist.

Im 4. Kapitel beginnt die Vorstellung der Zeitpunktanalysen. Dabei werden der Durchschnitt, die Varianz, die Standardabweichung und einfache graphische Darstellungsmöglichkeiten erläutert.

Das 5. Kapitel befaßt sich mit Stichproben; dort werden Auswahlmethoden, Umfang und Fehlergrößen behandelt.

Kapitel 6 stellt die Analyse des Zusammenhangs vor, wobei man sich hier auf den linearen Zusammenhang beschränkt, so daß lediglich die lineare Korrelation und die lineare Regression berücksichtigt werden.

Die statistische Analyse dynamischer Reihen (z. B. Trends, Saisonschwankungen und zyklische Schwankungen) beginnt im 7. Kapitel.

Methoden der Analyse qualitativer Merkmale werden im 8. Kapitel dargestellt und im 9. Kapitel Möglichkeiten der statistischen Kontrolle von Hypothesen gezeigt. Das vorletzte Kapitel dieses Teils stellt die Methode der mehrdimensionalen statistischen Analyse vor, bei der es um die Untersuchung massenhaft auftretender Objekte mit einer Vielzahl von Eigenschaften geht.

Jede der angeführten Methoden wird kurz allgemein und in Formeln vorgestellt und dann auf ein "gesätes" Beispiel (S. 79) angewendet. Dabei wird die Rechnung in einzelne, leicht nachvollziehbare Teilschritte untergliedert. Diese ausführlichen Beispielrechnungen haben auch den Vorteil, daß die wenigen Druckfehler in den allgemeinen Formeln vom Leser selbst korrigiert werden können.

Auf der ersten Seite des zweiten Abschnitts ist folgender Satz zu lesen: "Wenn diese Methoden eine Behandlung mit einer EDV-Anlage und die Nutzung von Standard- oder neu erstellten Programmen fordern, so ist der Kontakt des Historikers mit einem Mathematiker notwendig." (S. 79)

Dieser gutgemeinte Rat bezieht sich auf die Nutzung von Großrechnern. Darauf ist auch das Kapitel 11 ausgerichtet, in dem die Grundlagen der Anwendung der EDV-Technik behandelt werden. Dieses Kapitel bleibt jedoch sehr allgemein. Die absehbare Entwicklung der Computertechnik und die damit mögliche selbständige Er- und Bearbeitung von Programmen sind leider nicht berücksichtigt worden.

Im dritten Teil (Kapitel 12 und 13) werden Hauptrichtungen der Anwendung mathematischer Methoden in der Geschichtsforschung an konkreten Beispielen gezeigt, mit dem Ziel, die Effektivität der mathematischen Methoden in der Praxis und die Mechanismen ihrer Anwendung zu belegen. Eingeleitet wird der dritte Teil durch eine bei aller Kürze sehr informative Darstellung des Werdegangs des noch jungen Spezialgebietes der Geschichtswissenschaften, die besser an den Anfang des Buches gehörte.

Ferner bietet dieser Teil eine Strukturanalyse sozialökonomischer Erscheinungen anhand der Untersuchung des Entwicklungsniveaus des Kapitalismus in der russischen Landwirtschaft und eine Formalisierungsmethode zur Erforschung der Herkunft und der wesentlichen Eigenschaften alter Texte.

Mit den Praxisbeispielen wird belegt, wie mathematische Untersuchungsmethoden zu neuen, plausiblen Ergebnissen und Erkenntnissen führen.

Am Schluß des Buches stehen ein Anhang mit gut verwendbaren Tabellen, auf deren Zahlenmaterial in den Beispielrechnungen des zweiten Teils immer wieder Bezug genommen wird, und ein recht ausführliches Literaturverzeichnis.

Ein Sachwortregister fehlt leider, so daß dieses Lehrbuch als Nachschlagewerk zur Auffrischung einmal erworbener Kenntnisse nur mit größerem zeitlichem Aufwand zu verwenden ist. Dieser Mißstand kann auch durch den Fettdruck einiger Stichwörter im Text nicht behoben werden.

Heiko Fauck

Athenäum Verlag, 2., durchgesehene u. erweiterte Aufl.,
Königstein (Taunus) 1985, 402 S., 19,80 DM

Der Titel des Sammelbandes ist ungenau: Die darin enthaltenen Beiträge erörtern das Verhältnis der Wirtschaftsgeschichtsschreibung zur Theorienbildung in den Wirtschaftswissenschaften und dabei insbesondere die Rolle der quantitativen Methoden. Im ersten Teil werden "allgemeine Probleme der Theorie und des wirtschaftlichen Wachstums" behandelt. Er enthält Aufsätze von Siegfried Landshut, Jürgen Kocha, Maurice Dobb, Walther G. Hoffmann, Berndt Hoselitz und Alexander Gerschenkron. Der zweite Teil ist den Beziehungen ökonomischer Theorien zur "quantitativen Geschichte" gewidmet. Er bringt Beiträge von Alfred H. Conrad und John R. Meyer, Jean Marezewski, Pierre Vilar, Georg S. Murphy sowie Jonathan R. T. Hughes. Der dritte Teil steht ganz im Zeichen der Kritik an den Cliometrikern. Darin kommen Herbert Lüthy, Fritz Redlich, Witold Kula, Knut Borchardt, Pierre Vilar, Karl Kühne und Jean Bouvier zu Wort. Eine ausführliche Einleitung und eine Bibliographie ergänzen den Sammelband.

Die genannten Autoren haben auch heute noch beachtenswerte Beiträge zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion geliefert und sich darin kritisch zur Euphorie über die Anwendung quantitativer Methoden in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung geäußert. In der Einleitung stellt der Herausgeber fest: "Als ein paradoxer Zug dieser Entwicklung hat sich freilich schon jetzt herausgestellt, daß ungefähr zur gleichen Zeit, als historisch-soziale Momente einige Bereiche der Wirtschaftswissenschaften zu infiltrieren begannen, die Vertreter einer 'Histoire Quantitative' und die amerikanischen 'Cliometriker' rigoros die Wirtschaftsgeschichte über den Leisten der neoklassischen Theorie zu schlagen unternahmen, und das bedeutete in der Regel eine Entscheidung für mathematisierende Methoden und gegen eine 'qualitative' Sozialgeschichte. Dieser machtvoll vorangetriebene Vorstoß besitzt daher trotz einiger unleugbarer Vorteile fatal hemmende Konsequenzen, die aber inzwischen auch mehreren Bannerträgern dieses Kreuzzuges bewußt geworden sind. Darauf wird noch einzugehen sein. Jedenfalls steht das Verhältnis von Geschichte und Ökonomie erneut zur Debatte. Für jede historisch-kritische Sozialwissenschaft tut es das auch deshalb mit unleugbarer Dringlichkeit, da ein modischer Ökonomismus ganz so zu korrigieren ist, wie traditionelle Vorbehalte vor allem der deutschen Geschichtsschreibung abzubauen sind." (S. 11) Im Mittelpunkt vieler Beiträge stehen diese "fatalen Konsequenzen" einer Verabsolutierung mathematischer Ergebnisse für wirtschaftshistorische Interpretationen. Dabei geht es nicht um die Bejahung oder Ablehnung derartiger Methoden, sondern um die beiden Kriterien: 1. Inwieweit ist mit mathematischen Methoden ein Erkenntnisfortschritt möglich? 2. Welche theoretischen Konzepte liegen derartigen Methoden zugrunde?

Fast alle Beiträge stehen auf hohem theoretischem Niveau. Hans-Ulrich Wehlers fundierte Einleitung ermöglicht auch mit dem Thema weniger vertrauten Lesern einen raschen theoriengeschichtlichen Zugang. Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften im letzten Drittel des 19. Jh. versteht Wehler als Teil der Reaktion auf das Werk von Marx und die Monopolisierung in der Wirtschaft. Als entscheidenden Mangel der vorwiegend quanti-

tativen Methoden nennt er ihren theoretischen Ausgangspunkt: die kritiklose Übernahme neoklassischer Theorien, deren Trennung von der realen ökonomischen Entwicklung allzu offensichtlich sei. Geschichtsschreibung müsse insgesamt verständlich sein und dürfe sich nicht auf das Erfassen einmaliger isolierter Ereignisse reduzieren. "Als Forschungs- und Erklärungsstrategie, die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Gesellschaft und Wirtschaft, Herrschaft und Ideologie in ihrer wechselseitigen Verschränkung zu erfassen sucht, ist dagegen die Marxsche Theorie bisher schwerlich übertroffen worden." (S. 26) Wehler akzeptiert die Marxsche Theorie jedoch nicht in allen ihren Konsequenzen, weil sie nach seiner Auffassung zu wenig die Interessen und Motive der Individuen beachte. Aber dabei berücksichtigt er nicht, daß es keine Versöhnung der grundsätzlichen Standpunkte von Marx und Max Weber geben kann. Wehlers Versöhnungsversuch drückt einen Charakterzug vieler Beiträge aus.

Obwohl der Band bereits 1973 seine erste Auflage erlebte, haben viele darin enthaltene Überlegungen und Argumente ihre Aktualität nicht verloren und sind z. B. für die anhaltende Diskussion über "lange Wellen" in der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus von Bedeutung.

Klaus Leciejewski

Sozialismus und Industrialisierung. Die Wirtschaftssysteme Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas im Vergleich, hg. v. Peter Gey, Jiri Kosta u. Wolfgang Quaisser = Campus Forschung, Bd. 446

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1985,
309 S.

Die z. T. englisch abgefaßten Beiträge dieses Sammelbandes sind das Resultat des von 1982 bis 1985 mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk am Institut für Markt und Plan der Universität in Frankfurt (Main) betriebenen Forschungsprojektes zum Thema "Sozialismus und Industrialisierung" sowie des dazu durchgeführten internationalen Symposiums. Das Ziel des Forschungsunternehmens wird im Vorwort folgendermaßen umrissen: "Im Mittelpunkt der Vergleichs- und Länderstudien stehen Aufbau und Wirkungsweise der ökonomischen Institutionen und Mechanismen in den verschiedenen Entwicklungsabschnitten der polnischen, jugoslawischen, chinesischen und kubanischen Wirtschaft. Darüber hinaus werden Konzentration und Wandel der industrialisierungspolitischen Ziele dargestellt. Ferner wird das Zusammenspiel von wirtschaftlichem Lenkungs-system und Entwicklungsstrategie untersucht." (S. 9)

Eine wissenschaftliche Analyse der ökonomischen Entwicklung einzelner sozialistischer Länder, die höchst unterschiedliche geographische, politische und kulturelle Bedingungen hatten und in gewissem Maße noch haben, kann für die Erkenntnis möglicher Entwicklungsstrategien von Staaten, die zur

Zeit an der Schwelle eines nichtkapitalistischen Weges stehen, von erheblichem Interesse sein.

Eine solche Untersuchung lag jedoch nicht in der Absicht der Initiatoren des Projekts. Das Ergebnis der Arbeit stand angesichts ihrer ideologischen Standpunkte von vornherein fest. So heißt es im Vorwort weiter: "Aufgrund der äußerst unterschiedlichen Merkmale und Ausgangsbedingungen der Vergleichsländer zu Beginn des industriellen Aufbaus gestattet die vergleichende Betrachtung durchaus verallgemeinerungsfähige Aussagen, ob das 'so-wjetische Modell' für jene Länder, die Lösungen zur Überwindung von ökonomischen Rückständigkeiten und menschlichem Elend suchen, wirklich angemessen ist." (S. 9) Es sollten Belege dafür erbracht werden, daß die sozialistische Planwirtschaft kein Vorbild für Entwicklungsländer darstellt. Unverblümt wird festgestellt: "Angesichts abnehmender Ressourcen, wachsender Konsumbedürfnisse und sich verschärfender Außenwirtschaftsprobleme erwies sich sowohl das zentralistische Planungsmodell sowjetischen Typs (Polen) als auch das sino-guevaristische Modell (China, Kuba) und das Modell der selbstverwaltenden Planung (Jugoslawien) zunehmend als ungeeignet, die erforderliche Leistungssteigerung der Wirtschaft herbeizuführen. Demgegenüber zeigten die 'sozialistische Marktwirtschaft' Jugoslawiens in den fünfziger und sechziger Jahren und die Volkswirtschaft Chinas seit Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahre 1978, daß eine Anerkennung privater Erzeugung und Vermarktung und eine schrittweise Wiedereinführung von markt- und geldwirtschaftlichen Regeln erfolgversprechend sind." (S. 47)

Diese Argumentation ist allzu vordergründig. Sie verhindert von vornherein eine exakte Analyse, wie sie in manchen Arbeiten aus der BRD durchaus anzutreffen ist. Die BRD-Autoren des Bandes bemühen sich auch gar nicht um eine wenigstens in den Detailanalysen widerspruchsfreie Darstellung. So werden von ihnen die Ergebnisse der Industrialisierung in diesen Ländern zwar richtig, wenn auch sehr verkürzt dargestellt, aber nicht in der generellen Zielrichtung in irgendeiner Weise berücksichtigt. (S. 76) Völlig unberücksichtigt bleiben wesentliche innen- und außenpolitische Bedingungen, denen diese Länder in der analysierten Entwicklungsperiode in unterschiedlicher Weise unterworfen waren. Wie kann man aber ökonomische Revolutionen ohne ihre Wechselwirkung mit politischen Revolutionen erfassen!

Die Beiträge einiger jugoslawischer, polnischer und chinesischer Autoren unterscheiden sich von der Vorgehensweise der BRD-Autoren, aber da sie nicht auf die anderen Beiträge eingehen und viel zu wenig detailliert sind, können sie wirksame Argumente gegen die oben angeführten Positionen nicht vorbringen.

Etliche Beiträge wiederholen nur das schon im ersten Beitrag Gesagte. Ihre Autoren diskutieren keine inneren Zwänge ökonomischer Entwicklungen und spüren keinen Wirkungen ökonomischer Gesetze nach. Ökonomische Entscheidungen werden weitgehend als subjektiv verursachte Maßnahmen dargestellt. Insgesamt wird bekannte Literatur repliziert. Wenn nach vier Jahren Forschungsarbeit nur bereits Bekanntes vorgelegt wird, dürfte die Bezeichnung "Forschung" da wohl fehl am Platze sein.

Klaus Leciejewski

Seit mehr als einem Jahrzehnt werden die Arbeiten Immanuel Wallersteins von Ökonomen, Historikern und Politwissenschaftlern heftig diskutiert. Davon gingen Anregungen für die Diskussionen vor allem im linksliberalen Spektrum des Wissenschaftsbetriebes westlicher Länder aus. In der 1983 in London erschienenen Arbeit legt Wallerstein in sehr komprimierter Form seine Auffassung vom inneren Zusammenhang der kapitalistischen Entwicklung dar. Der geschichtsphilosophische Essay liefert keine neuen Aufschlüsse über die theoretische Basis von Wallersteins historischen Analysen und aktuellen Einschätzungen.

Wallerstein bringt gegen bisherige Analysen zur Entwicklung des Kapitalismus zwei Einwände vor. Derartige Analysen würden entweder nur "logisch-deduzierend" vorgehen, d. h. die Entwicklung an vorher festgelegten Definitionen messen, oder nur empirisch die gegenwärtige Entwicklung verfolgen, wobei dann "die gesamte frühere Zeit als ein mythologisiertes Hintergrund" diene. (S. 7) Der Verfasser schlägt einen anderen Weg ein. Er will die Bewegung des Kapitalismus in "seiner einzigartigen Realität" untersuchen, um "diese Realität zu beschreiben, genau zu umreißen, was sich immer änderte und was sich gar nicht änderte". (S. 7) Wallerstein nimmt nicht nur eine andere Gliederung des gegebenen Materials vor. Obwohl er einige marxistische Kategorien verwendet, ist sein Ausgangspunkt ein ganz anderer: "Es ist einfach nicht wahr, daß der Kapitalismus als historisches System einen Fortschritt gegenüber Systemen darstellt, die er zerstört oder transformiert." (S. 86) Die Auffassung, daß der Kapitalismus nicht historisch notwendig und in diesem Sinne fortschrittlich sei, bildet den Dreh- und Angelpunkt seiner Geschichtsphilosophie. Ganz in diesem Sinne ist auch sein Vorgehen bei der Analyse des Kapitalismus. Dieser ist für ihn ein "absurdes System". (S. 34) Deshalb sucht er auch nicht nach den der Bewegung dieses Systems zugrunde liegenden Gesetzen, sondern sieht seinen inneren Zusammenhang durch eine Reihe von Absurditäten bestimmt. Wallerstein legt keine theoretisch einheitliche Position zur kapitalistischen Entwicklung vor. Er benutzt für seine Kapitalismusauffassung Versatzstücke verschiedener Theorien. Einzelne Standpunkte korrelieren mit der Wirklichkeit, andere sind erfunden. Seine theoretischen Gesamtaussagen lassen sich aus diesen Gründen nicht verifizieren.

Klaus Leciejewski

Dieses Jahrbuch hat nicht nur die gleiche Grundstruktur wie seine beiden Vorgänger, sondern auch andere Eigenheiten beibehalten: Es informiert Interessenten eingehend über aktuelle Fragen und hellt Zusammenhänge grundsätzlicher sozialökonomischer Probleme auf, indem es Experten zu Schwerpunktfragen der "dritten Welt" zu Worte kommen läßt. Beibehalten wurde ebenfalls die Informationsdichte. Neu ist ein Gesamtregister, das ein Zurückgreifen auf frühere Beiträge erleichtert.

In der inhaltlichen Gestaltung des vorliegenden Bandes zeichnen sich jene Fragen stark ab, die mit außen- bzw. weltwirtschaftlichen Prozessen und Positionen von Entwicklungsländern zusammenhängen. Aus verschiedenen theoretischen und praktischen Gesichtswinkeln wird auf die Folgen der krisenhaften kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung für Entwicklungsländer eingegangen. Die meisten Abteilungen des Bandes enthalten zu dieser Problematik spezielle Beiträge. So widmet z. B. Hartmut Elsenhans seinen Beitrag in der Rubrik "Jahrbuchforum" der Thematik "Nord-Süd-Dialog - Ruhe vor dem Sturm". Im Abschnitt "Überregionale Beiträge" gibt es einschlägige Artikel von Joachim Betz, "Die Neuverhandlung des Lomé-Abkommens", und von Peter Nunnenkamp, "Krisenanpassung in Ostasien und Lateinamerika". Im Komplex "Aktuelle Entwicklungsprobleme" sind zwei Artikel enthalten, in denen diese Problematik ebenfalls eine große Rolle spielt, so von Michael Brzoska "Rüstung in der Dritten Welt" und von Benno Engels "Die neuen Multis". Die sieben in der Rubrik "Regionale Beiträge" zusammengefaßten Artikel greifen vorwiegend spezifische Probleme einzelner Länder auf, bei denen sich allerdings das Gewicht weltwirtschaftlicher bzw. internationaler Einflüsse nicht deutlich erkennen läßt. Schließlich stellt der letzte Teil des Bandes "Aktuelle Süd-Süd-Ereignisse" vier Beiträge vor, die größtenteils dem Bemühen von Entwicklungsländern gewidmet sind, ihre ökonomische und politische Zusammenarbeit untereinander durch Regionalorganisationen voranzubringen. Der auf Lateinamerika bezogene Beitrag geht auf die Verschuldung und das Nichtzustandekommen eines Schuldnerkartells ein.

Trotz der vorherrschend realen Betrachtungsweise und der vielfach erkennbaren Bereitschaft, sich für die Lösung der sozialökonomischen Probleme von Entwicklungsländern einzusetzen, vermißt man in der Gesamtanlage des Bandes klar erkennbare Positionen, aus denen die Ursachen für das Entstehen der gegenwärtigen Situation erkennbar wären.

In den einführenden Beiträgen, denen besondere Bedeutung zukommt, wird die Lage der Entwicklungsländer im Prinzip aus konjunktureller Sicht behandelt und die Verschuldung der Entwicklungsländer als Gegebenheit genommen. Dabei geht nicht nur der Zusammenhang mit der vom Imperialismus angeheizten Aufrüstung und der dadurch entstehenden Fehlallokation riesiger Mittel verloren, sondern es bleibt auch außer Betracht, wie die Verschuldung der Entwicklungsländer in den 70er Jahren von außen gefördert wurde und welches Instrumentarium insbesondere die USA zu diesem Zweck entwickelten. Dies ist bedauerlich auch im Hinblick auf die Einordnung anderer im Jahrbuch behandelter Probleme; denn Fragen wie "Bevöl-

kerungswachstum und Entwicklung" (Josef Schmid) oder "Beschäftigung und Migration in der Dritten Welt" (Joachim Betz) hängen natürlich eng mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten zusammen.

Wer sich über die wirtschaftliche Lage Argentiniens informieren will, findet im Abschnitt "Regionale Beiträge" einen sehr sachkundigen Artikel von Michael Ehrke, der sich u. a. dadurch auszeichnet, daß er die Entstehung des gegenwärtigen sozialökonomischen Kräfteverhältnisses bis ins vorige Jahrhundert zurückverfolgt. Der Autor untersucht den Einfluß der machtausübenden Klassen und Schichten auf die wichtigsten politischen Institutionen und auf die Herausbildung und Entwicklung von Wirtschaftsstrukturen sowie Rückwirkungen im Verhalten der wirtschaftlichen Subjekte, die sich aus der Kontinuität instabiler ökonomischer Verhältnisse ergeben.

Durch Gründlichkeit und Faktenreichtum zeichnet sich ebenfalls der Artikel von Citha D. Maaß aus, der "Die Krise im Punjab-Zerreißproblem für die Indische Union?" zum Gegenstand hat. Er wurde vor der Ermordung Indira Gandhis geschrieben. Die sich aus diesem tragischen Ereignis ergebende neue Situation wird durch einen Nachtrag der Redaktion kurz skizziert.

Hans Gsänger, der sich zu "Hunger in Afrika" äußert, informiert den Leser über die Situation in besonders betroffenen Ländern und Gebieten. Er stellt nicht nur sachlich den Umfang der Problematik, sondern auch ausgewogen und präzise die Ursachen von mangelnder Versorgung und Hunger dar. Der Autor stellt die Vielzahl der ins Kalkül zu ziehenden Faktoren in konzentrierter Form dar, um dann u. a. darauf einzugehen, wie wenig das Erzwingen von Marktproduktion und die Kommerzialisierung geeignet sind, Subsistenzbauern und andere ökonomisch schwache vorkapitalistische Produzenten zu Produktionssteigerung und wachsender Effizienz zu veranlassen. Gerade dies macht deutlich, wie wichtig es ist, die bisherigen Erfahrungen der ökonomisch schwächsten Länder auszuwerten und dabei deren Landwirtschaft ganz besondere Beachtung zu schenken.

Insgesamt ist es auch mit diesem Band gelungen, das in der BRD durch sensationslüsterne Berichterstattung vieler Presseeinrichtungen entstandene, keineswegs objektive Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Entwicklungsländern mit der Realität in einen gewissen Einklang zu bringen. Bei der Ausleuchtung von Ursachen und Hintergründen bleiben allerdings - wie eingangs erwähnt - manche wichtigen Beziehungen im dunkeln.

Waldtraut Schmidt

Wie in jedem guten Handbuch, so sind Herausgeber und Autoren auch dieser Publikation bemüht, dem Leser den neuesten Forschungsstand zu einer Grundproblematik bzw. über einen bestimmten historischen Zeitraum - in diesem Fall über die Jahrzehnte von der Französischen Revolution bis zur Gründung des Deutschen Reiches - vorzustellen.

Eingeleitet wird das Buch mit einer Studie von Walter Bußmann zu den wichtigsten Problemen des Untersuchungszeitraumes aus der Sicht der bürgerlichen Historiographie. Bußmann fragt nach Umfang und Inhalt dieser Epoche, geht den Wirkungen der Französischen Revolution auf die Länder Europas nach, untersucht die Kämpfe um die Schaffung bürgerlicher Nationalstaaten in Ost- und Südosteuropa sowie die internationalen Beziehungen in der Zeit zwischen dem Wiener Kongreß und der Reichseinigung. Weiterhin geht er auf die Industrielle Revolution, die Kolonialpolitik, die Bevölkerungsbewegung sowie auf Wissenschaft und Kunst ein.

Den Hauptteil des umfangreichen Buches bilden Einzelstudien, die jeweils die Entwicklung in einem europäischen Land bzw. in einer Ländergruppe zum Inhalt haben. Dabei orientieren sich die Verfasser nur sehr bedingt an den vom Herausgeber in der Einführung aufgeworfenen Grundproblemen in der Zeit der Entstehung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Bildung von bürgerlichen Nationalstaaten. Eine auch nur annähernd einheitliche Konzeption, die dem Leser den Vergleich zwischen den einzelnen Ländern erleichtert hätte, fehlt. So verzichtet z. B. die Mehrzahl der Autoren auf die Darstellung der Industriellen Revolution - sie wird oft genug lediglich als Industrialisierung abgetan -, obwohl gerade sie die produktions-technische und sozialökonomische Umwälzung in der Zeit zwischen der Französischen Revolution und den beginnenden 70er Jahren des 19. Jh. in zahlreichen europäischen Ländern verursachte. Wenn man für alle Studien des Handbuches einen gemeinsamen Nenner finden müßte, dann den, daß die Autoren - mit unterschiedlicher Akzentuierung - bemüht sind, die Beziehungen zwischen Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern Europas aufzuhellen. Man muß hinzufügen, daß die wirtschaftlichen Prozesse in der Behandlung dieses Beziehungsgeflechtes fast immer präsent sind, aber letztlich das schwächste Glied bilden. Zu den Autoren, die der ökonomischen Entwicklung größere Aufmerksamkeit widmen, zählen Bußmann und Wolfgang J. Mommsen. Mommsen geht in seiner Untersuchung Großbritanniens sehr ausführlich - wenn auch eigenwillig - auf die Industrielle Revolution ein, während Bußmann im Zusammenhang mit der deutschen Reichseinigung - keineswegs zuletzt - wirtschafts- und sozialpolitische Probleme aufwirft.

Wenn sich der Wirtschaftshistoriker eine breitere Behandlung seines Fachgebietes aus - wie er meint - objektiven Gründen gewünscht hätte, so verkennt er nicht, daß er dieses Handbuch zu seinen selbstverständlichen Arbeitsmitteln zu zählen hat. Das Werk weist den 1980 in der BRD erreichten

Forschungsstand der bürgerlichen Historiographie aus und enthält, wenn-
gleich verstreut, zahlreiche nützliche Informationen, z. B. auch über Län-
der, die oft nur am Rande des Interesses der Geschichtsschreibung liegen.

Karl Lärmer

Jutta Prieur, Schnörkel, Schlote, Preismedaillen,
Weseler Wirtschaft zur Kaiserzeit im Spiegel der Werbung =
Weseler Museumsschriften, Bd. 10

Rheinland-Verlag GmbH, Köln 1985, 128 S.

Unter dem Buchtitel verbirgt sich ein gut aufgemachter Ausstellungskata-
log. Er enthält eine größere Anzahl von faksimilierten Briefköpfen, deren
Originale im Stadtarchiv Wesel verwahrt werden. Jutta Prieur hat sie ein-
mal nach neun Wirtschaftsbranchen, zum anderen nach Firmengebäuden
auf Werbeschriften geordnet und mit Daten zur Gründung und Entwicklung
der Unternehmen, zur Zahl der Beschäftigten, zum Produktionsausstoß so-
wie anderen Erläuterungen kommentiert. Diese Dokumente vermitteln einen
gewissen Einblick in die Entwicklung und Vielfältigkeit des Gewerbes und
der Industrie während der Gründer- und "Kaiserzeit". Sie machen zugleich
das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung der Weseler Industrie und
Geschäftswelt im Stil jener Jahre sichtbar. Die Firmenansichten aus der
Zeit vor 1918 liefern zudem Aussagen über Industriearchitektur, räumliche
Größe der Unternehmen, städtische Entwicklung usw., wengleich die
Frage offenbleibt, wie Prieur schreibt, ob "die abgebildete Firmenansicht
in jedem Fall auch der Wirklichkeit entsprach. Stets wurde ja versucht, den
Betrieb auf den Briefbögen möglichst vorteilhaft hinsichtlich seiner Moder-
nität, Produktivität und Größe, aber auch seiner verkehrsgünstigen Lage
darzustellen" (S. 9). Dennoch dürfte dieser reizvolle Katalog durchaus ei-
ne "Hilfestellung" für die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus und Im-
perialismus leisten - nicht nur für die Stadt Wesel.

Hans-Heinrich Müller

Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission
Darmstadt und der Historischen Kommission für
Hessen, Darmstadt/Marburg 1980, 328 S.

In seiner 1980 veröffentlichten Dissertation untersucht Heinrich Maulhardt die wirtschaftlichen Bedingungen für den Aufstieg der Grafen von Katzenelnbogen im 14. und 15. Jh. Das Herrschaftsgebiet der Grafen von Katzenelnbogen, die bereits im 12. und 13. Jh. in wichtige Reichsämtler berufen worden waren, bestand aus zwei räumlich voneinander getrennten Territorien. Die sog. Niedergrafschaft konzentrierte sich um Hohenstein und Rheinfels, während die Obergrafschaft in Darmstadt ihr Zentrum besaß. Über diese geschlossenen Gebiete hinaus besaßen die Grafen noch in zahlreichen kleinen, verstreut liegenden Territorien Herrschaftsrechte unterschiedlicher Intensität. Kennzeichnend für die Grafen von Katzenelnbogen im 15. Jh. war ihr enormer Reichtum, der sie zu wichtigen Gläubigern benachbarter Fürsten, insbesondere der permanent unter Geldmangel leidenden rheinischen Kurfürsten, werden ließ. Der Frage nach der Herkunft dieses Reichtums und seiner Verwendung zur Sicherung der ökonomischen, politischen und militärischen Stellung der von Katzenelnbogen geht Maulhardt nach.

Quellengrundlage dieser Untersuchung waren neben den von Karl Erich Demandt im 3. Band der "Regesten der Grafen von Katzenelnbogen" edierten Rechnungen, Registern und Protokollen auch vom Verfasser herangezogene bisher unveröffentlichte Rechnungen.

Die Arbeit, die in 3 große Teile gegliedert ist, behandelt im 1. Abschnitt die landwirtschaftliche Produktion in der Grafschaft. Dabei behandelt Maulhardt die bäuerlichen Pachtverhältnisse, die Bedeutung der gräflichen Eigenbauhöfe und die Rolle der Grundrente im Vergleich mit den gesamten gräflichen Einnahmen. Im 2. Teil konzentriert sich der Verfasser auf die unterschiedlichen Formen der Aneignung des bäuerlichen Mehrprodukts durch die Grafen. Er vergleicht hier die Höhe der Einnahmen aus gräflichen Eigenbauhöfen mit der aus bäuerlichen Pachtbetrieben. Außerdem geht er noch auf andere herrschaftliche Einnahmequellen, wie die Bede, den Zehnt und die Zölle, ein. Im letzten Kapitel untersucht Maulhardt die Verwendung der Einnahmen durch die Grafen. Er geht hier u. a. auf den direkten Verbrauch durch den gräflichen Haushalt ein. Außerdem behandelt er den Kauf von Grundbesitz sowie Darlehensgeschäfte durch die Herren von Katzenelnbogen.

Auf der Grundlage detaillierter Quellenauswertung kommt Maulhardt zu einer Reihe wesentlicher Ergebnisse. Er stellt fest, daß die gräfliche Eigenwirtschaft, die im 14. Jh. noch einen wesentlichen Teil des herrschaftlichen Bedarfs an Agrarprodukten lieferte, zu Beginn des 15. Jh. fast völlig verschwand. In den 30er und 40er Jahren des 15. Jh. wurden diese Wirtschaften in Pachtbetriebe umgewandelt. Bei der Mehrzahl dieser Pachtbetriebe konnte Maulhardt eine kurzfristige Dauer der Pachtzeit feststellen, mehrfach sogar nur einjährige Fristen. Diese Zeitpacht war in der Regel mit dem System der "Besserung" kombiniert, d. h., die Pächter waren zur In-

standhaltung der zu den Höfen gehörenden Gebäude verpflichtet. Häufig waren diese Pachthöfe zu Teilbau ausgegeben. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß seit Anfang des 15. Jh. der herrschaftliche Bedarf an Nahrungsmitteln durch die Pachtsätze sichergestellt wurde. Beim Vergleich mit den anderen Einkünften konnte festgestellt werden, daß die gräflichen Renten aus den Eigenwirtschaften und den bäuerlichen Pachtbetrieben nicht einmal die Hälfte der gesamten jährlichen Einnahmen der Grafen ausmachten. Eine wesentliche wirtschaftliche Stütze der Grafen waren die Einkünfte aus Zoll und Bede, die zusammen etwa 50 % der Gesamteinkünfte ausmachten. Maulhardt schätzt ein, daß der Zoll und die Bede das ökonomische Rückgrat der Grafschaft bildeten. Von den jährlichen Einkünften wurden etwa 36 % für den gräflichen Haushalt verwendet, der Rest der verfügbaren Mittel diente dem Erhalt bzw. dem Ausbau der Herrschaft. Dazu gehörten Rentenkäufe, der Erwerb von Grundbesitz, militärische Aktivitäten, der Erwerb von Zöllen und Darlehensgeschäfte. Vor allem seit Beginn des 15. Jh. traten die Grafen von Katzenelnbogen in großem Stil als Kreditgeber auf, insbesondere gegenüber benachbarten Fürsten. Mit Hilfe eigener finanzieller Mittel gelang es den letzten Grafen, eine Landesherrschaft aufzubauen.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Arbeit wichtige Einblicke in die Wirtschaftsführung einer mittleren Grafschaft gibt, auch durch die beigelegten Karten und den umfangreichen Anhang. Der z. T. unkonventionelle Gebrauch der Terminologie erschwert allerdings den Zugang zur Arbeit. Darüber hinaus muß verschiedenen Feststellungen widersprochen werden. So spricht Maulhardt verschiedentlich davon, daß die von den Grafen geforderte Grundrente mit dem bäuerlichen Mehrprodukt identisch sei. Dem Verfasser ist insoweit zuzustimmen, als die feudale Grundrente, in welcher Form sie auch immer gefordert wurde, ein Teil des bäuerlichen Mehrprodukts ist. Aber sie umfaßte nicht das gesamte bäuerliche Mehrprodukt. Sowohl bei der Arbeitsrente als auch bei der Geld- und Naturalrente bestand für die Bauern die Möglichkeit, über die geforderte Grundrente und die "eiserne Notwendigkeit" hinaus ein Mehrprodukt zu erzeugen, das sie zu ihren eigenen Gunsten verwenden konnten. Bei der Kennzeichnung der persönlichen Rechtsstellung der bäuerlichen Bevölkerung verweist Maulhardt u. a. auf Abgaben an die Grafen beim Tod eines Bauern. Aus der Tatsache, daß in diesen Fällen das Besthaupt oder ein bestimmter Teil der bäuerlichen Fahrhabe beansprucht wurde, zieht er den Schluß, daß die Hörigen keine Eigentumsrechte an ihrem Besitz besaßen. In diesem Zusammenhang ist aber darauf hinzuweisen, daß gerade die Fixierung der Todfallabgabe auf Besthaupt oder Bußteil als Festigung des bäuerlichen Eigentumsrechtes an der beweglichen Habe zu betrachten ist.

Wolfgang Kagel

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

IX. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker⁺
(25. bis 29. August 1986 in Bern)

Der IX. Kongreß der 1960 gegründeten International Economic History Association (IEHA) wurde laut Teilnehmerverzeichnis von 877 Wissenschaftlern aus 46 Ländern und Berlin (West) besucht. Er blieb damit ungefähr in der Größenordnung der vorangegangenen Kongresse von Budapest (1982)¹ und Edinburgh (1978)². Im Jahre 1986 kamen 91 Teilnehmer aus 8 sozialistischen Ländern, von denen die Sowjetunion die stärkste Delegation stellte. Sehr zahlreich waren die Teilnehmer aus dem Gastgeberland Schweiz und den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten. Die Teilnahme von Wissenschaftlern aus der "dritten Welt" hat sich weiter verstärkt: Das Teilnehmerverzeichnis wies 29 Wissenschaftler aus 15 Ländern aus.

Der Kongreß tagte in 5 "großen" Sektionen ("Debates and Controversies", 1 - 5), 8 Sektionen zu "Forschungsthemen" (6 - 13), 3 der "Vorstellung internationaler Forschungsprojekte" dienenden Sektionen (14 - 16) und 30 "workshops" (17 - 46).³

In den "großen" Sektionen standen für die Diskussion von Komplexthemen über regional als auch zeitlich ausgedehnte Räume zwei halbe Tage zur Verfügung. Die Diskussion wurde jeweils durch einen Bericht zum Thema, der den Teilnehmern bereits in gedruckter Form vorlag, eingeleitet. Die Berichterstatter hatten die Möglichkeit, sich auf eine Vielzahl schriftlich eingereicherter Beiträge zu stützen. Diese waren teilweise bereits auf vorbereitenden Kolloquien vorgestellt und in Sammelbänden veröffentlicht worden. Die Diskussion auf dem Kongreß selbst wurde von einer Reihe im voraus festgelegter Experten eröffnet. Anschließend erfolgte die freie Aussprache. Ebenfalls gedruckt lag die Mehrzahl der Diskussionsbeiträge in den Sektionen zu "Forschungsthemen" und den Sektionen "Vorstellung internationaler Forschungsprojekte" vor. Der Ablauf war in der Regel so, daß die verantwortlichen Organisatoren Einführungsvorträge hielten. Ihnen schloß sich eine Reihe von Kurzvorträgen an, in denen die Referenten ihre schriftlich vorliegenden Diskussionsbeiträge resümierten oder auch ergänzten. Für die Diskussion in diesen Sektionen waren zwei halbe Tage zur Verfügung gestellt worden.

+ Der Kongreßbericht wurde aus Einzelberichten folgender Teilnehmer aus der DDR zusammengestellt und von Jörg Roesler bearbeitet: Lothar Baar (Sektionen 3, 12), Siegfried Epperlein (2, 9), Waltraud Falk (11, 14), Horst Heininger (10), Helmut Heinz (1), Horst Klengel (13a, 13b), Thomas Kuczynski (5, 6), Helga Nussbaum (4), Jörg Roesler (7, 38).

¹ Vgl. VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker (16. bis 20. August 1982 in Budapest), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1983, S. 187 ff.

² Vgl. VII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker (13. bis 19. August 1978 in Edinburgh), in: ebenda, 2/1979, S. 249 ff.

³ Die in Klammern gesetzten Zahlen entsprechen der Numerierung der Sektionen im Programm des Kongresses. Sie können vom Leser zur besseren Einordnung der folgenden Einzelberichte genutzt werden.

Jeweils ein Abend (knapp 2 Stunden) konnte für die speziellen Fragen gewidmeten "workshops" genutzt werden, in denen die Diskussion auf der Grundlage mündlich vorgetragener Referate erfolgte.

Um mehr Zeit für Diskussionen zu haben, war gegenüber dem VIII. Kongreß die tägliche Tagungsdauer auf 8 Stunden erhöht worden.

Die DDR-Delegation umfaßte 10 Wissenschaftler aus wirtschaftshistorischen, historischen und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Sie stand unter der Leitung von Helga Nussbaum, der Vorsitzenden des Nationalkomitees der Wirtschaftshistoriker der DDR. Die Mitglieder der DDR-Delegation beteiligten sich aktiv an der Arbeit der "großen" Sektionen sowie an der Mehrzahl der "Forschungsthemen" gewidmeten und an einigen ausgewählten weiteren Sektionen.

Die Sektion 1 befaßte sich unter Leitung von M. Mattmüller (Schweiz) mit dem Thema "Das Gebirge: Ökonomie und Gesellschaft". Als Berichterstatter fungierte P. Dubuis (Schweiz); neben den 5 Experten A. Dubois (Schweiz), A. Fauve-Chamoux (Frankreich), J. Goy (Frankreich), M. A. Romani (Italien) und R. Romano (Frankreich) äußerten sich in der Diskussion 14 Teilnehmer. Die Probleme der Sektion waren auf einem vorbereitenden Kolloquium 1985 in Österreich erörtert worden, und es lag den Teilnehmern der Bericht (general report) von Dubuis vor. Die umfassende Thematik dieser Sektion, die vor allem vom Gastgeber des Kongresses mitgetragen wurde, konzentrierte sich auf europäische Gebirgsregionen. Von der ursprünglich vorgesehenen Einbeziehung Nord- und Südamerikas wurde Abstand genommen. Außerdem wurde darauf verzichtet, die Frage der Verkehrswege und der Kommunikation in die Debatten einzubeziehen, um intensiver die Gebirge als Lebensraum vor allem im Mittelalter und der Neuzeit zu behandeln.

Einleitend entwarf Dubuis ein Bild von der Geschichte der Gebirgsregionen, das von 3 Komponenten geprägt war: Ausgehend von dem Standpunkt, daß die Berge die Menschen trennen und für sie erschwerte Lebensbedingungen schaffen, wurde erstens die Verschiedenartigkeit von Gebirgsregionen und Flachland betont, zweitens eine Ähnlichkeit in der Zivilisation aller Gebirgsgegenden herausgestellt und drittens eine relative Immobilität in Ökonomie und Gesellschaft der Gebirgsregionen konstatiert. Diese Punkte wurden teils als Frage, teils als tatsächliche Gegebenheit diskutiert.

Historiker vor allem aus den Alpenregionen, den Pyrenäen, den Apenninen und den Karpaten äußerten sich zu den Aspekten Besiedlung, Demographie, Bodenbearbeitung, Bodenschätze, Mentalitäten sowie gesellschaftliche Organisation in den Gebirgsregionen. Angesprochen wurde dabei auch die heutige Krise in europäischen Berggebieten.

In der sachlich geführten Diskussion stellte M. Toch (Israel) eine Untersuchung über das Verhältnis von spätmittelalterlicher Grundherrschaft und Gebirgsbauern vor und bereicherte damit das bisher vor allem aus der Sicht der Grundherren bestimmte Bild über die Bauern, indem er der Frage bäuerlicher Solidarität nachging.

O. Pickl (Österreich) untersuchte in seinem Beitrag die Wirtschaft und Sozialstruktur der Ostalpenländer vom 12. bis 19. Jh. und stellte besonders den Zusammenhang von Wirtschaftslage und Heiratskonsens, den die politische Verwaltung zu erteilen hatte, heraus. Während A. Podraza (VR Polen) auf die Naturbedingungen und die Produktion in den Westkarpaten des 17./18. Jh. einging und dabei den Einfluß des geographischen Faktors auf den historischen Prozeß sowie auf das Produktionsprofil betonte, legte I. Kostrowicka (VR Polen) den Akzent auf die Umwelt-Mensch-Beziehung und schlug eine engere Verbindung von Siedlungsgeographie mit historisch-geographischer Forschung vor, ergänzt durch Wirtschafts-, Politik- und Rechtsgeschichte. Der sozialökonomischen Ent-

wicklung und ihrer Klassifizierung bei den Völkern der Bergregionen des Kaukasus im Mittelalter war der schriftlich vorliegende Beitrag von A. P. Novozel'cev (UdSSR) gewidmet. Er betonte, daß man die Entwicklung in Berggebieten und in Gebieten der Vorgebirge unterscheiden muß, und stellte fest, daß sich alle Bergregionen in Richtung der Entstehung feudaler Beziehungen entwickelten, aber diese praktisch gemeinsam mit verschiedenen Varianten und Stadien der Gentilordnung über Jahrhunderte existierten. J.-F. Bergier (Schweiz) ging in seinem die Debatte beschließenden Beitrag auf die Dialektik von Tal- und Bergregionen ein und bereicherte die Diskussion durch die Einbeziehung der Klimafaktoren.

In seinem Fazit der zweitägigen Sektion charakterisierte Mattmüller die Gebirgsregionen als ausgezeichnetes Forschungsfeld für alle Arten vergleichender Untersuchungen. Um den Nutzen der wissenschaftlichen Arbeit zu erhöhen, schlug er vor, eine "Internationale Kommission für Geschichte der Gebirgsregionen" zu bilden. Sie könnte ein Zentrum für Forscher und Institutionen sein, das Generaldirektiven ausarbeitet, Informationsblätter und eine Zeitschrift herausgibt, Publikationen vorbereitet und Kolloquien organisiert

Die von J. de Vries (USA) organisierte Sektion 2 beschäftigte sich mit dem Niedergang der Städte im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit. Einleitend gab M. P. Gutmann (USA) aus ihrer Sicht einen Überblick über Ursachen, Verlauf und Auswirkungen städtischen Verfalls im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit. Sie machte auf analoge Vorgänge im urbanen Bereich der Gegenwart aufmerksam, die damit eine historische Dimension erhielten. Gutmann unterschied 4 Formen städtischen Verfalls: 1. Verlust einer führenden Stellung im internationalen Wirtschaftsgefüge, 2. Niedergang einer städtischen Region, also Verfall einer Städtegruppe, in einem bestimmten Gebiet, 3. Niederlage einer Stadt in der Konkurrenz mit anderen nichtagrarisches Wirtschaftszentren, 4. Niedergang einer Stadt aus ökonomischen, ökologischen oder politischen Gründen, infolge von Epidemien oder Naturkatastrophen. Diese Typisierung weist implizite auch schon auf Ursachen städtischen Verfalls hin: auf wirtschaftlichen Niedergang sowie Kriegsfolgen und andere exogene Faktoren. Als Symptome des Niedergangs von Städten wurden genannt: Rückgang der Bevölkerung bzw. der Geburtenrate, steigende Sterblichkeit, Verlust von Marktanteilen infolge veralteten Warenangebots und zu hoher Preise, Abzug von Kapital und Abwanderung städtischer Bevölkerung, Zuspitzung sozialer Gegensätze u. a. Zu den damit angeschnittenen Problemkomplexen sprachen in der Diskussion: C. M. Cipolla (Italien), H. Samsonowicz (VR Polen), P. Klep (Niederlande), E. E. Lambard (USA), H. van der Wee (Belgien).

Die von W. Fischer (Berlin/West/) organisierte Sektion 3 war der Entstehung der Weltwirtschaft (18. bis 20. Jh.) gewidmet. Der Vorbereitung der Sektion diente ein internationaler "workshop", der vom 13. bis 16. Juni 1985 in Pommersfelden bei Bamberg (BRD) stattgefunden hatte und von J. Schneider (BRD) vorbereitet worden war. In 2 Sessions hatte sich diese Vorkonferenz mit der Entwicklung der Strukturen des interkontinentalen Handels zwischen 1500 und 1850 sowie mit Problemen der Weltwirtschaft zwischen 1850 und 1914 beschäftigt. Als Ergebnis lagen zu Beginn des Kongresses 2 Bände von Papers vor, die von Fischer, R. M. McInnis (USA) und Schneider herausgegeben worden waren.⁴ Sie standen jedoch zunächst nur den Autoren, nicht den Kongreßteilnehmern zur Verfügung.

⁴ Vgl. The Emergence of a World Economy 1500 - 1914. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Part I: 1500 - 1850, Part II: 1850 - 1914, Wiesbaden 1986.

Die Sektion wurde von Fischer mit dem Hinweis auf die Vorkonferenz und deren Ergebnisse eröffnet. Sowohl diese Vorkonferenz als auch die folgende Diskussion in der Kongreßsektion reflektierten die Auffassung, daß den Entwicklungstendenzen des Welthandels zufolge vor 1850 nur vom internationalen Handel gesprochen werden sollte, der erst in der zweiten Hälfte des 19. Jh. den Charakter einer "Weltwirtschaft" annahm. Demzufolge lag das Schergewicht in den eingereichten Papers wie auch in der Debatte zunächst auf der Herausbildung der internationalen Handelsverflechtungen durch Edelmetalle und die Entwicklung des Zahlungsverkehrssystems, während nach 1850 eine weltweite Intensivierung des Güteraustausches eintrat. Charakteristisch war jedoch, daß sich trotz der führenden Stellung Europas in der Weltwirtschaft und im Welthandel eine Verlagerung anzudeuten begann als Resultat der zunehmenden Bedeutung des sog. atlantischen Wirtschaftsraums, der wachsenden interkontinentalen Beziehungen und nicht zuletzt aufgrund innerasiatischer Handelsverflechtungen.

P. Mathias (Großbritannien) ging in seinem Eröffnungsvortrag u. a. auf diese Fragen ein und beschäftigte sich mit der Integration nationaler Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft sowie die darauf einwirkenden Faktoren. Er deutete aber auch die unterschiedlichen Auffassungen über die Entstehung von Weltwirtschaft und Welthandel an. Nach dem einleitenden Vortrag erhielten P. W. Klein (Niederlande) und D. Landes (USA) das Wort, die sich als Experten vor allem zum ersten Teil der Sektion (1500 bis 1850) äußerten.

In der anschließenden Diskussion ergriffen an diesem ersten Sitzungstag der Sektion 9 Redner das Wort. Zunächst äußerte sich M. A. Barg (UdSSR) zu einigen theoretisch-methodologischen Problemen der Formierung des Weltmarktes vom 16. bis 18. Jh., während O. Prakash (Indien) über die Integration Asiens in die Weltwirtschaft im 17. Jh. und die Rolle der Edelmetalle sprach. Als einer der ersten Diskussionsredner wurde L. Baar (DDR) aufgefordert, zu seinem eingereichten Beitrag (Weltmarktbeziehungen Deutschlands während der industriellen Revolution) Stellung zu nehmen. Er hob besonders drei Probleme hervor: 1. die kontroverse Diskussion über die Entstehung von Welthandel und Weltmarkt, wobei er nachwies, daß beides vor dem 19. Jh. auf Anfänge beschränkt blieb und erst die industrielle Revolution für Deutschland den Durchbruch brachte; 2. die in diesem Zusammenhang wachsende Rolle des deutschen Osthandels; 3. die immer wieder unterschiedlich beantwortete Frage der Wirkung von Kriegen als hemmender oder fördernder Faktor der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktion und des Handels. Neben anderen sprach H. Kawakatsu (Japan) über die internationale Konkurrenz im Handel mit Baumwollwaren während des späten 19. Jh., wobei er sich auf die Einwirkung Großbritanniens auf Indien bzw. Ostasien bezog. J. Jobson (Brasilien) diskutierte die Frage der Einbeziehung Brasiliens in den Weltmarkt, und D. O. Flynn (USA) schloß die Diskussion des ersten Sitzungstages mit Bemerkungen über die Rolle des Edelmetalls im frühen Ost-West-Handel ab.

Der zweite Sitzungstag der Sektion 3 wurde mit kurzen Bemerkungen der beiden Experten, F. Crouzet (Frankreich) und G. G. Kotovskij (UdSSR), eingeleitet, wobei u. a. wiederum die Frage gestellt wurde, ab wann von einer Weltwirtschaft und einem Welthandel gesprochen werden sollte. Insgesamt erhielten 15 Redner in der Diskussion das Wort. K. Sugihara (Japan) untersuchte Beispiele für die Integration Asiens in die Weltwirtschaft von 1880 bis 1913. Dem sehr speziellen Thema des internationalen Handels mit Reis und Weizen seit 1868 wandte sich A. J. H. Latham (Großbritannien) zu. Über das Wachstum des Seehandels und die Integration der nordatlantischen Wirtschaft in den Jahren 1850 bis 1914 sprach H. W. Norvik (Norwegen). Bevor beide Experten nochmals zu kurzen Erwidern das Wort erhielten, gab es interessante Bemerkungen von C. K. Harley (Kanada) über Transport, Handel und Versorgung im späten 19. Jh. im Zusammenhang mit den Zyklen (long waves). Hervorzuheben ist, daß im Unterschied zur Diskussion in den großen Sektionen vorangegangener Kongresse dieses Mal in gewissem Umfang Streitgespräche stattfanden und das Verlesen vorbereiteter Papers vermieden wurde.

Der Sektion 4 "Multinationale Unternehmen: Finanzen, Märkte und Politik im 20. Jahrhundert", die in zwei Halbtagssitzungen beriet, war eine Vorkonferenz in Norwich (Großbritannien) im März 1985 vorausgegangen, deren 26 Beiträge von Cambridge University Press zum Kongreßbeginn als Buch herausgebracht worden waren.⁵ Weitere 16 Beiträge lagen den etwa 150 Sektionsteilnehmern vervielfältigt vor. Zusammenfassende Berichte waren von A. Teichova (Großbritannien) und H. Nussbaum (DDR) im Kongreßband publiziert worden.⁶ M. Lévy-Leboyer (Frankreich), Organisator der Sektion, und Teichova leiteten den ersten Sitzungstag ein, B. E. Supple (Großbritannien) und Nussbaum den zweiten, C. P. Kindleberger (USA) hielt die Schlußbemerkungen. Als weitere vom Exekutivkomitee festgelegte Experten sprachen P. Bairoch (Schweiz), W. Długoborski (VR Polen), F. Jéquier (Schweiz). Die schriftlich vorliegenden Papers wurden nicht noch einmal vorgetragen, so daß in der überwiegend sachlichen und konstruktiven Debatte 36 Redner mit 42 Beiträgen zu Worte kamen. Die schriftlichen Beiträge, deren zweite Hälfte ebenfalls bei Cambridge University Press in Buchform erscheinen soll, enthalten ein so breites Spektrum von empirischen Forschungsergebnissen, allgemeinen Überlegungen und theoretischen Problemen, daß ihr Inhalt im Rahmen dieser Berichterstattung nur angedeutet werden kann. So gab es historische Fallstudien zur transnationalen Entwicklung einzelner Unternehmen: Schneider (Frankreich), Tate & Lyle, Vickers, J.-P. Coats Ltd. (alle Großbritannien), Mitsui und Mitsubishi (Japan), "Gruppe Philippart" (Belgien), Rothschild (Frankreich), IG Farbenindustrie AG (Deutschland); zu transnationalen Aktivitäten von Großunternehmen ganzer Industriezweige (deutsche Elektroindustrie, französische Elektroindustrie, US-Autoindustrie in Großbritannien, US-Ölindustrie und US-Zigarettenindustrie in Lateinamerika, japanische Baumwollindustrie in China) und Bankgruppen (Britische Überseebanken im Mittleren Osten, österreichische Banken in der Zwischenkriegszeit, US-amerikanische Banken). Historische Fallstudien über Ziel- oder "Gast"-Länder transnationaler Konzerne (Finnland, Polen in der Zwischenkriegszeit, Simbabwe) waren ebenso vertreten wie verschiedene Studien über den Zusammenhang der Entwicklung internationaler Kartelle und multinationaler Unternehmen. Schließlich gab es eine Gruppe von Beiträgen, sowohl aus kapitalistischen als auch aus sozialistischen Ländern, die sich allgemeiner mit theoretischen Konzepten, mit technologischen, finanziellen und weltwirtschaftlichen Entstehungsursachen und Entwicklungsbedingungen sowie mit ökonomischen und politischen Auswirkungen in Vergangenheit und Gegenwart beschäftigten.⁷

5 Vgl. Multinational Enterprise in Historical Perspective, hg. v. Alice Teichova, Maurice Lévy-Leboyer u. Helga Nussbaum, Cambridge 1986, IX, 396 S.

6 Vgl. Ninth International Economic History Congress Bern 1986. Debates and Controversies, Zürich 1986, S. 124 - 131. - Siehe dort die Liste aller Beiträge.

7 Autoren: C. P. Beaud (Frankreich), J. Brandes (USA), J. C. Brown (USA), J. A. Cantwell (Großbritannien), Ph. Chalmin (Frankreich), A. D. Chandler (USA), R. A. Church, T. A. B. Corley, R. P. T. Davenport-Hines (alle Großbritannien), G. D. Feldman (USA), D. Fieldhouse (Großbritannien), E. Harris (VR Polen), H. Heining (DDR), P. Hertner (Italien), R. Hjerpe (Finnland), G. Jones (Großbritannien), N. Kawabe (Japan), H. Kernbauer (Österreich), G. Kurgan van Hentervik (Belgien), T. Kuwahara (Japan), P. Lanthier (Kanada), R. Lundström (Schweden), J. P. McKay (USA), A. Mosser (Österreich), S. Nicholas (Australien), H. Nussbaum (DDR), R. J. Overy (Großbritannien), E. Pangeti (Simbabwe), R. Pearson (Großbritannien), S. J. Randall (Kanada), A. Rowley/O. Pastré (Frankreich), M. Šestáková (ČSSR), H. Schröter (Berlin/West/), V. Schröter (BRD), Ph. Shepherd (USA),

Über die "multinationals" der letzten 10 bis 15 Jahre liegt bekanntlich eine schon fast unübersehbare Literatur vor, es existieren von bürgerlichen Ökonomen vielerlei Theorien oder besser Modelle dieses Phänomens; die Untersuchungen und Kontroversen in der zuständigen UNG-Kommission spielen eine bedeutende Rolle im politischen Kampf um die Rechte der "dritten Welt". Historische Untersuchungen aber gibt es weniger. Es war daher interessant, daß in der Debatte gerade von Teilnehmern, die vom theoretischen Bereich der Wirtschaftswissenschaften kamen, die Fruchtbarkeit des wirtschaftshistorischen Ansatzes hervorgehoben und die Forderung nach mehr historischen Fallstudien gestellt wurde. In erfreulicher Übereinstimmung, die durchaus nicht immer zwischen mehr historisch und mehr theoretisch arbeitenden Wirtschaftswissenschaftlern anzutreffen ist, einigte man sich, daß beides vorangetrieben werden muß: historische Fallstudien und übergreifende allgemeinere Analysen.

Ziemlich nahe kamen sich auch die Diskussionsteilnehmer in der Einschätzung der Entwicklungsstadien: Entstehung transnationaler Unternehmen im letzten Drittel des 19. Jh., Wendepunkt und steiler Aufstieg nach dem zweiten Weltkrieg. Einige sahen einen weiteren Qualitätssprung in den 60er Jahren mit dem Hinweis darauf, daß zu Beginn der 80er Jahre mehr als 40 % der Industrieproduktion, mehr als 60 % der Exporte und ein noch größerer Anteil an den Forschungs- und Entwicklungskapazitäten bei den Multis konzentriert war. Nicht widersprochen wurde der Feststellung mehrerer Diskutanten, daß bei aller Entwicklung eins in den 100 Jahren gleichgeblieben sei: Die grundlegenden Entscheidungen werden in den Zentralen der Multis gefällt. Auf die Frage nach den Auswirkungen auf die Ökonomik der "Gast"-Länder verbieten sich allzu simple Antworten. Aus vielen der historischen Fallstudien ging hervor, wie sich fördernde und hemmende Effekte vermischen, oder, je nach den Bedingungen, der eine oder der andere Effekt überwiegt. Der These, daß sich die heutigen Multis den Bedingungen staatlicher Organe der "Gast"-Länder beugen müssen, hielt E. Pangeti (Simbabwe), die einzige Vertreterin Schwarzafrikas in der Sektion, aufgrund von Forschungen in ihrem Heimatland lakonisch entgegen: "Wenn die Weltmarktlage gut ist, berücksichtigen die Multis die Wünsche der Regierung; ist sie dagegen schlecht, richten sie sich nach ihrer eigenen wirtschaftlichen Rationalität." Die Bestrebungen der UNO-Kommission gehen bekanntlich dahin, die "Gast"-Länder zu unterstützen, damit diese eine Mischung aus Förderung und Kontrolle der transnationalen Unternehmungen wirklich anwenden können. Die Arbeit der Sektion hat gezeigt, daß die historisch-vergleichende Untersuchung geeignet ist, Bedingungen besser zu erkennen, unter denen sich jeweils zerstörerische Effekte dieser kapitalistischen Riesengebilde auf die nationalen Volkswirtschaften oder z. B. den technischen Fortschritt und die wirtschaftliche Struktur fördernde Effekte geltend machen.

Die Sektion 5 tagte zum Thema "Die Wirkungen der Depression der 30er Jahre und ihre Bedeutung für die Gegenwart". Schon vor der Konferenz hatten der Organisator der Sektion, I. T. Berend (Ungarische VR), und ihr Berichterstatter, K. Borchardt (BRD), einen 24 Beiträge umfassenden Sammelband⁸ veröffentlicht. Die Diskussion orientierte sich an dem umfassenden und ausgewogenen Bericht von Borchardt, den ganz auf "Kontroverse und Debatte" abzielenden Überlegungen der eingeladenen Experten G. Toniolo (Italien) und H. James (Großbritannien) sowie dem nachträglich ins Programm aufgenommenen Vortrag von C. Freeman (Großbritannien) über den Zusammenhang von technologischem, ökonomischem und sozialem Wandel. Ausgesprochen vorteilhaft wirkte

M. Teich, A. Teichova (beide Großbritannien), J. Tomaszewski/Z. Landau (VR Polen), M. Wilkins (USA), K. Wohler (Schweden), C. Wurm (BRD), H. Yamazaki (Japan).

⁸ The Impact of Depressions of the 1930s and its Relevance for the Contemporary World, Budapest 1986.

sich aus, daß Organisator und Berichterstatter nur solche Beiträge zur Veröffentlichung zuließen, die einen expliziten Vergleich von Vergangenheit und Gegenwart enthielten, so daß hier das Studium der Geschichte von vornherein und unmittelbar zum Zwecke des besseren Verständnisses der Gegenwart erfolgte.

Sehr kontrovers wurde die eigentliche Ausgangsfrage diskutiert, welches Untersuchungsobjekt im Zentrum des Vergleichs stehen solle. Wird die Weltwirtschaftskrise im engeren Sinne des Wortes, die Krise von 1929 bis 1932, in den Vordergrund der Betrachtung gerückt, so fehlt im Grunde ein geeignetes Vergleichsobjekt, denn die zyklischen Überproduktionskrisen der vergangenen 15 Jahre waren unvergleichlich weniger umfassend, stark und tief als jene, und dementsprechend werden die Unterschiede und Verschiedenheiten in den Vordergrund gestellt, Ähnlichkeiten, Analogien und Homologien treten in den Hintergrund. In einer ganzen Reihe von Beiträgen, vor allem auch in der Diskussion, verlor sich daher folgerichtig der Vergleich innerhalb wirtschaftshistorischer Detailforschung, in der Feststellung kulminierend, daß nicht nur keine Lehren aus der Geschichte zu ziehen seien, sondern es auch sinnlos wäre, nach derartigen Lehren zu suchen. Von der positiven Seite genommen, verdeutlichten diese Beiträge, daß es nicht darum gehen kann, nach Identitäten zu suchen, sondern allein darum, Homologien zu vermuten und nachzuweisen, also den Schwerpunkt der Betrachtung auf den Mechanismus der Bewegung, ihr Wesen, zu legen und die verschiedenen Erscheinungsformen dieses Wesens auch als solche zu begreifen. Dabei stand - im Sinne des Themas - bei einer zweiten Gruppe von Beiträgen die Große Krise mit der sich ihr anschließenden Depression besonderer Art im Vordergrund des Vergleichs, bei einer dritten die gesamte Zwischenkriegszeit, also die 20er Jahre eingeschlossen. Es blieb durchaus ungeklärt, ob die 80er Jahre eher den 30er Jahren ähneln oder den 20er Jahren bzw. ob eine erneute Große Krise vielleicht doch noch bevorstehe. In einigen Beiträgen wurde auch die Vermutung geäußert, daß die gegenwärtige Depression weitaus mehr Ähnlichkeit mit der Großen Depression (1873 bis 1894) aufweise als mit der der Zwischenkriegszeit. In diesen Kontext sind auch die Vergleiche bezüglich möglicher Ursachen und Auswege zu stellen.

Ein besonders kontrovers diskutierter Punkt war die Einordnung der gegenwärtigen Wirtschaftslage in den sozialistischen Ländern, so Fragestellungen, ob die offenkundige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in diesen Ländern ein bloßer Reflex der weltwirtschaftlichen Entwicklung, also quasi importiert sei, ob sie auf systeminternen Ursachen basiere oder aber einem über die verschiedenen Produktionsweisen hinweg vorhandenen, global wirkenden Mechanismus geschuldet sei, wobei die Meinungsverschiedenheiten über alle ideologischen Grenzen hinweg und insbesondere unter den marxistischen Wirtschaftshistorikern selbst ausgetragen wurden.

Wohl niemand war in diese Debatte eingetreten mit der Idee, daß sie zu gültigen und allseits akzeptierten Problemlösungen führen würde, da die vorgetragenen Auffassungen ganz stark divergierten. Zwei Antworten allerdings hat der Meinungsstreit in der Sektion ergeben, über deren Wahrheit sich schwerlich diskutieren lassen wird: Zum einen hat die allen Beteiligten auferlegte Verpflichtung, historische Probleme aus aktueller Sicht und aktuelle Probleme aus historischer Sicht zu behandeln, zu einer wirklich lebendigen Diskussion über ein ungemein breites Spektrum der Probleme geführt. Zum anderen wurde der gar nicht unwichtige Nachweis erbracht, daß auch politisch hochbrisante Themen kontrovers diskutiert werden können, ohne daß es gleich zum Eklat kommen muß. An beidem hatten Organisator und Berichterstatter einen hohen Anteil, wobei die Qualität des gedruckt vorliegenden Berichtes⁹ besonders hervorgehoben werden muß.

9 Vgl. Ninth International Economic History Congress Bern 1986, S. 135 ff.

Die von P. O'Brien (Großbritannien) organisierte Sektion 6 tagte zum Thema "Internationale Produktivitätsvergleiche und Meßprobleme 1750 bis 1939". Die Beiträge - 10 vorab publizierte und 5 in der Sektion selbst vorgetragene - beschäftigten sich sämtlich mit Europa und Nordamerika und verstanden sich als Beiträge zu einem Forschungsprogramm. Wenn B. Eichengreen (USA) seinen Beitrag mit der Frage "Was haben wir von historischen Einkommens- und Produktivitätsvergleichen gelernt?" überschrieb und sie selbst mit "nicht so viel, wie wir gerne glauben möchten" beantwortete, so hatte er leider recht. Dies beginnt schon bei der Frage, inwieweit Prokopfeinkommen überhaupt Indikatoren volkswirtschaftlicher Produktivitätsentwicklung sein können. Wenn aber volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen keinen geeigneten Ausgangspunkt darstellen, wie sollen dann beim sektoralen Vergleich die Einflüsse der anderen Sektoren ausgeschaltet werden? Wie sollen die Sektoren überhaupt bestimmt werden, gehören beispielsweise die landwirtschaftlichen Nebenindustrien zur Landwirtschaft? Nicht abstrakt war die Frage zu stellen, sondern ganz konkret, anlässlich des Produktivitätsvergleichs von englischer und italienischer Landwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg, der von O'Brien und G. Toniolo (Italien) vorgenommen wurde. Wenn R. Fremdling (Berlin/West/) feststellte, daß nach den vorhandenen Statistiken die Produktivität des deutschen Gewerbes 1913 niedriger war als die des englischen, weil der Anteil des Handwerks in Deutschland soviel höher als in Großbritannien gewesen ist, dann können offensichtlich keine Aussagen zur Gesamtindustrie getroffen werden. Verringern wir aber das Aggregationsniveau weiter und analysieren Zweige (wie etwa T. Myllyntaus/Finnland/ die Elektrizitätsproduktion in Estland, Finnland und Schweden von 1920 bis 1938 analysiert), so wird die quantitative Erfassung der Randbedingungen geradezu unmöglich. Die bei der Verwendung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen natürlich unumgängliche Frage nach der Produktivität des Dienstleistungssektors mit der Berechnung dort produzierter Prokopfeinkommen (Löhne und Gehälter der dort Beschäftigten natürlich eingeschlossen) zu versuchen zu beantworten (so W. Kennedy/Großbritannien/), kann doch nicht mehr als ein erster Anhaltspunkt sein, ist wahrscheinlich sogar viel weniger als das. Die beim internationalen Vergleich automatisch aufkommende Problematik, mit welchen Preisen gewichtet werden müsse (exemplarisch hierfür die von Toniolo/O'Brien durchgerechneten Varianten hinsichtlich des zu wählenden Weinpreises bei ihrem Produktivitätsvergleich), ist mitnichten gelöst. Das Hauptergebnis der Sektion - der Beiträge selbst wie auch der Diskussion - ist zweifelsohne, daß das meiste nach wie vor völlig unklar ist und Lösungswege kaum erkennbar sind. Der seit Jahrzehnten bekannte Widerspruch - hier Messung ohne Theorie, dort Theorie ohne Messung - blieb ungelöst. Dem unbefangenen Zuhörer wurde demonstriert, daß die Referenten nicht weiter sind als er. Ein zweifelhaftes Erfolgserlebnis, aber zugleich ein notwendiges Resümee, notwendig für einen grundlegenden Neuanfang, insofern auch eine höchst nützliche Sektion.

Die Sektion 7 war "langfristigen Veränderungen in der Ernährung und im Lebensstandard" gewidmet. Einleitend betonte R. W. Fogel (USA), der die Sektion leitete, den großen Zuspruch, den das Thema in Vorbereitung des Kongresses gefunden hatte. Von 60 Meldungen seien 12 ausgewählt worden und sollten - schriftlich vorliegend - die Grundlage der Diskussion bilden. 9 der Autoren waren anwesend und nutzten die ihnen gegebene Möglichkeit entweder, um Kurzfassungen vorzutragen oder zu ausgewählten Problemen ihrer Studien zu sprechen. Überwiegend wurde dabei auf Definitionsfragen bzw. Probleme der statistischen Erfassung der Entwicklung des Lebensstandards eingegangen, was später den Charakter der Diskussion wesentlich mitbestimmen sollte. K. Chao referierte über die von ihm und Y. Liu (beide USA) erarbeitete Studie zur Entwicklung der Reallöhne in China während des 18. und 19. Jh. Er stellte auf der Grundlage umfassender statistischer Untersuchungen für die "nichtdynamische" chinesische Gesellschaft des Spätfudalismus einen direkten Zusammen-

hang zwischen dem Anwachsen der Bevölkerung, dem Sinken der Reallohnne und der Zunahme der Sterblichkeit fest. Alle übrigen vorgetragenen Beiträge behandelten, gestützt auf empirische Untersuchungen, die Entwicklung in Europa bzw. bei der Bevölkerung europäischer Abstammung in Nordamerika und in britischen Kolonien zwischen 1650 und 1950 mit zeitlicher Konzentration auf die zweite Hälfte des 19. und das erste Drittel des 20. Jh. Die Studien bzw. Diskussionsbeiträge bezogen sich überwiegend auf Fragen der Entwicklung des Lebensstandards und seiner Messung mittels Lohn- bzw. Einkommenshöhe, Körpergröße, Häufigkeit von Krankheit und Tod, so bei Beiträgen von C. Corsini (Italien), P. Curtin (Großbritannien), G. Main/J. Main, C. Pope, J. C. Riley (alle USA). Fragen der Ernährung behandelten M. Dembinska/A. Wyczanski (VR Polen), M. Morell/M. Essemyr (Schweden) sowie P. van den Eeckhout/P. Scholliers (Belgien). Zusätzlich zu den gedruckt vorliegenden Materialien wurden 2 Beiträge vorgetragen. S. I. Kuznečova (UdSSR) sprach über Unterschiede in der Höhe von Reallohn bzw. Realeinkommen in Stadt und Land in asiatischen und afrikanischen Ländern. J. Roesler (DDR) referierte über die Entwicklung des Butter- und Margarineverbrauchs zwischen 1936 und 1986 in Deutschland bzw. der DDR unter besonderer Berücksichtigung von Produktionswachstum und Wirtschaftsplanung in der DDR während der Jahre 1950 bis 1965.

Im Anschluß an diese Beiträge trug I. Wallerstein (USA) eine zusammenfassende Einschätzung aller 12 schriftlich eingereichten Beiträge vor, d. h. einschließlich der Studien von C. Dyer (Großbritannien) über den Lebensstandard in England 1200 bis 1500, P. Galloway (USA) über die Bedeutung langfristiger Klimaschwankungen für die Entwicklung der Weltbevölkerung im Vorkapitalismus und von J. Purš (ČSSR) über Veränderungen im Lebensstandard der tschechischen Länder im 19. Jh. Wallerstein schätzte auf der Grundlage der schriftlich vorliegenden Beiträge ein, daß der Kapitalismus in seiner Frühzeit bis etwa 1850 gegenüber dem Spätfeudalismus zu einer Verschlechterung oder doch einer Stagnation des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise geführt habe. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts habe sich eine beträchtliche Verbesserung der Lebenslage vollzogen, eine Tendenz, die sich im ersten Drittel des 20. Jh. weiter verstärkte.

In der Diskussion wurde Wallersteins Einschätzung für die Länder Asiens und Afrikas dahingehend ergänzt, daß dort der Rückgang des Lebensstandards im Ergebnis der kolonialen Expansion der europäischen Mächte in der zweiten Hälfte des 19. Jh. eingetreten sei, was weltweit zu einer Polarisierung auf dem Gebiet des Lebensstandards geführt habe, die das Ergebnis einer Phasenverschiebung (unterschiedlicher Beginn der kapitalistischen Entwicklung in Europa bzw. Asien/Afrika) gewesen sei.

Der Schwerpunkt der Diskussionen lag auf Einzelproblemen der Meßbarkeit des Lebensstandards. Im Mittelpunkt der teilweise sehr lebhaften Aussprache stand die Studie von Riley/G. Alter (USA) über Krankheit und Tod. Die Autoren waren zu der Aussage gelangt, daß die (statistisch erfaßbare) Krankheitsdauer mit zunehmendem Lebensstandard und zunehmender Lebenserwartung steige, die Sterblichkeit dagegen sinke. Diese These wurde kontrovers diskutiert. Mehrfache Kritik wurde an der Kennziffer Reallohn geübt, die beim Vergleich von Zeitperioden und zwischen Ländern besser durch das (auf die Familie bezogene) Realeinkommen, das auch Leistungen in Naturalform erfassen sollte, ersetzt werden müsse.

Charakteristisch für diese und weitere dem Zusammenhang zwischen Indikatoren der Entwicklung des Lebensstandards gewidmete Diskussionen, für die ausreichend Zeit zur Verfügung stand, war die Beteiligung eines nur kleinen Zirkels von Spezialisten (zumeist Verfasser der Studien), während die recht große Zahl der Zuhörer unbeteiligt blieb. Dazu mag auch die Tatsache beigetragen haben, daß Fragen der Ernährung gegenüber Problemen des Lebensstandards sowohl in den Studien als auch in der Diskussion stark zurücktraten und diesbezügliche Erwartungen der Zuhörer, die sich der B-4-Sektion des VIII. Inter-

nationalen Wirtschaftshistorikerkongresses in Budapest zu Typen der Konsumtion erinnern mochten,¹⁰ nicht oder nur teilweise erfüllt werden konnten.

In ihrem Schlußwort bezog sich J. Main auf die in der Diskussion offen gebliebenen Fragen, von denen sie als die wichtigste die noch wenig erforschten Wechselbeziehungen zwischen den Lebensstandardkriterien Ernährung, Lohneinkommen, Körpergröße und Tod nannte.

In der von H. Dubois (Frankreich) geleiteten Sektion 9 über lokalen und internationalen Kredit im Mittelalter und im 16. Jh. wurden 12 Beiträge vorgelegt, die sich vorwiegend mit dem hohen und späten Mittelalter (12. bis 13. Jh. bzw. 14. bis 15. Jh.) beschäftigten.

W. P. Blockmans (Niederlande) sprach über den öffentlichen Kredit in Flandern und Brabant im 13. und 14. Jh. Dieser war im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß die Fürsten kurzfristige Anleihen bei Kaufleuten aufnahmen, die dafür beträchtliche Zinsen forderten. Die von den Fürsten betriebene Finanzpolitik hemmte die wirtschaftliche Entwicklung und wirkte sich eindeutig negativ auf den Wohlstand des Volkes aus. J. Carrasco (Spanien) sprach über Kredite von Juden in den Ortschaften Navarras (1339 bis 1408). Ihre Niederlassungen befanden sich in den Städten, die entlang der Wallfahrtsstrecke von Santiago de Compostela gegründet wurden. Vor allem Handwerker, Gastwirte, Wechsler und Kaufleute verwendeten für ihre Handelstransaktionen Kredit. Im 13. Jh. war die Praxis des Geldverleihens durch Einzelpersonen und Familiengruppen überwiegend jüdischer Herkunft allgemein üblich.

M. Cassandro (Italien) befaßte sich mit dem internationalen Kreditwesen italienischer Geschäftsleute vom 14. bis 16. Jh. Er betonte, daß sich im 14. Jh. die wichtigsten "technischen" Fortschritte im Kreditwesen zunächst im lokalen Bereich vollzogen. Waren bei diesen örtlich begrenzten Kreditformen vor allem kleinere Geschäftsleute aktiv, so traten im internationalen Kreditwesen des Fernhandels besonders Bankkaufleute hervor. Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Städtewesens im Mittelmeerraum wurden in Italien seit dem 14. Jh. neue Formen des Kredits entwickelt: der Wechsel und der Kreditbrief.

S. Epperlein (DDR) untersuchte in seinem Beitrag die Rolle der Stadt als Kreditgeberin für Bauern, Ritter und Königtum im hohen Mittelalter im Bereich des deutschen Feudalstaates. Die mit der Entstehung von Städten verbundene Ausbreitung der Ware-Geld-Beziehungen auf das Land führte dazu, daß ein beträchtlicher Teil der ländlichen Bevölkerung in der Stadt Handel trieb, verschuldete und daher gezwungen war, Kredite aufzunehmen. Auch bei der Finanzierung von Königswahlen, der Abhaltung von Reichstagen und von Kriegen traten die Städte als Kreditgeber hervor und erhielten dafür vielfach Privilegien (Erweiterung des Stadtrechts).

M. A. Ladero Quesada (Spanien) behandelte Formen des Kredits in den spanischen Königreichen vom 12. bis 15. Jh. Er kam zu dem Ergebnis, daß die alten Formen des Kredits im ländlichen Umkreis als Konsumdarlehen, fast immer in Form von Getreide, entstanden. Die großen Geldverleiher waren die Klöster und zusammen mit ihnen andere kirchliche Institutionen, große Grundeigentümer und einige Bürger. Bodenrenten wurden dem Gläubiger als Garantie übergeben. Die konsequentere Durchsetzung kirchlicher Verbote des Wuchers in der Mitte des 14. Jh. stimulierte indirekt den jüdischen Wucher und andere Formen der Kreditvergabe, die nunmehr Verbreitung fanden. H. Samsonowicz (VR Polen) analysierte aufgrund von Gerichtsregistern lokale Kreditvergaben in Polen im 15. Jh. Danach wurden Darlehen vor allem für Gegenstände des täg-

¹⁰ Vgl. VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker, S. 198 f.

lichen Bedarfs, Handelsprodukte aller Art und Immobilien aufgenommen. Der Gläubiger sicherte sich durch Eintragung ins Grundbuch, durch Hypothek auf Grund und Boden oder Häuser, durch Bürgschaftsleistungen oder Pfandnahme. P. J. Schuler (BRD) erörterte die Bedeutung von Kredit und Verschuldung für die Landesherrschaft in Deutschland. Er hob die Bedeutung der "Kapitalisierung von Herrschaftsrechten und Liegenschaften" für den Aufbau feudaler Machtstrukturen vor. Hierfür lieferte R. Sprandel (BRD) ein konkretes Beispiel aus dem südwestdeutschen Raum in der Mitte des 14. Jh. J. P. Sosson (Belgien) betrachtete die Rolle der Makler, der Geldwechsler und Lombarden in Brügge und Damme Ende des 14. Jh. Er schlußfolgerte, daß Makler und Lombarden die "élite fiscale" bildeten, die sich in örtlichen Ständevertretungen organisierten. W. v. Stromer (BRD) untersuchte, gestützt auf eigene Spezialforschungen, Zusammenhänge zwischen Hochfinanz, Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Kreuzzüge (1096 bis 1270). Das sich breit entfaltende Kreditwesen betrieben nicht nur italienische Pfandleiher, Kaufleute, Bankiers und im Dienste der römischen Kurie stehende "mercatores", sondern - und das ist eine neue These - auch und ebenbürtig Geldleute aus Flandern, Deutschland, Frankreich und England. M. Toch (Israel) analysierte lokale Kredite in einer agrarisch orientierten Wirtschaft am Beispiel der bayrischen Klöster Scheyern und St. Emmeram. M. Steele (Großbritannien) referierte darüber, wie Philipp II. in der zweiten Hälfte des 16. Jh. Staatsschulden zu liquidieren suchte. Das dabei genutzte sog. Asiento-System dürfe nicht als Symptom finanzieller Mißwirtschaft angesehen werden, sondern als ein wirksames Mittel, den "Staatsbankrott" abzuwenden.

In der Diskussion beschäftigten sich Blockmans, Samsonowicz, Schuler, v. Stromer, Toch, Dubois und Epperlein mit folgenden Problemkomplexen: Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft im Mittelalter, die Stellung der Stadt in der Feudalgesellschaft, Zusammenhänge zwischen internationalen Kreditoperationen und lokalem Kreditwesen, Funktion von Produktivkrediten und Konsumkrediten, Aufstände gegen Wucherer, Kredite als Mittel der Sanierung staatlicher Finanzen, Kredite als neue Qualität der Ware-Geld-Beziehungen im Mittelalter.

Generell stand Detailforschung im Vordergrund. Empirie dominierte gegenüber - nur ansatzweise vorhandenen - theoretischen Bemühungen. Forschungen und Problemstellungen aus sozialistischen Ländern waren weitgehend unbekannt.

Die von A. A. Fursenko (UdSSR) und R. W. Ferrier (Großbritannien) geleitete Sektion 10 diskutierte über "Das Erdöl in der Weltwirtschaft". Die eingereichten Beiträge waren nationalen und globalen Aspekten der Thematik gewidmet. Zur ersteren Gruppe lagen 5 Beiträge vor.¹¹ In der Aussprache wurde vor allem auf die Beiträge von J. A. Frieden (USA), H. Mejcher (BRD) und V. A. Šiškin (UdSSR) eingegangen. Frieden hob hervor, daß in der Erdölpolitik der USA seit Beginn des Jahrhunderts deutlich zwei Etappen abzugrenzen seien. Bis zum ersten Weltkrieg hätten die USA eine Politik militärischer Intervention und kolonialer Expansion gegenüber den Entwicklungsländern betrie-

¹¹ J. A. Frieden (USA), Das Erdöl und die Entwicklung der USA-Politik gegenüber den Entwicklungsländern, 1900 bis 1950: Ein interpretierender Essay; V. A. Šiškin (UdSSR), Die sowjetischen Ölexporte zwischen den beiden Weltkriegen; A. L. Olmstead (USA), Die Energiekrise der USA im Jahre 1920 und die Suche nach neuen Ölquellen; H. Mejcher (BRD), Das Bankwesen und die deutsche Ölindustrie 1890 bis 1939; P. Marguerat (Schweiz), Banken- und Erdölstrategie in Frankreich während der Zwischenkriegsperiode: Paribas und ihre rumänischen Investitionen; H. Fukami (Japan), Die japanische Wirtschaft und die Ölimporte (1900 bis 1973).

ben, während seit den 20er Jahren immer stärker eine Politik der "guten Nachbarschaft" zu beobachten sei. Diese Entwicklung sei sowohl geopolitischen Veränderungen in der westlichen Hemisphäre als auch veränderten politischen Interessen der amerikanischen überseeischen Investoren geschuldet. Dieser Auffassung wurde in der Diskussion entgegengehalten, daß für die gesamte Periode seit den 20er Jahren kaum so einseitig von einer Politik "guter Nachbarschaft" gesprochen werden könne.

Mejcher legte einen Beitrag vor, in dem die Rolle der deutschen Großbanken in der Erdölindustrie Deutschlands vor dem ersten Weltkrieg und in der Zeit des Faschismus einer vergleichenden Untersuchung unterzogen wurde. Während bis zum ersten Weltkrieg die Banken gegenüber dem Erdölgeschäft keine einheitliche Position bezogen, brachte die Entwicklung in den 20er Jahren und verstärkt in der Zeit des Faschismus eine zunehmende Intervention des Staates zur Sicherung der Energieversorgung, von der die Großbanken profitierten. Die Intervention des Staates auf dem Erdölsektor stellte eine Mischung von Autarkie und verstärkter Expansion in Südosteuropa dar. Vor allem die Deutsche Bank in Verbindung mit dem IG-Farben-Trust waren Nutznießer dieser Entwicklung.

Šiškin wies darauf hin, daß die sowjetische Erdölindustrie bereits in der ersten Hälfte der 20er Jahre bevorzugt mit Investitionen versorgt wurde, so daß die Erdölproduktion 1927 das Vorkriegsniveau wesentlich übertraf. Die Ölexporte stiegen in dieser Zeit bedeutend an, wobei der Hauptabnehmer westeuropäische Länder waren. Die Krise von 1929 bis 1933 führte zu einem Absinken der Nachfrage nach sowjetischem Erdöl. Die Hauptursache für geringere Erdölexporte danach bis 1940 bildete jedoch der rasch anwachsende innere Bedarf der sowjetischen Wirtschaft.

Zu globalen Aspekten der Thematik waren 4 Beiträge¹² vorbereitet worden. Im Mittelpunkt der Diskussion dazu standen vor allem Probleme der Erdölkrise in den 70er Jahren.

E. T. Penrose (Großbritannien) stellte in ihrem Beitrag heraus, wie die multinationalen Konzerne das internationale Erdölgeschäft seit Beginn des Jahrhunderts immer stärker beherrschten. Die vertikale Integration der Erdölwirtschaft von der Förderung bis zur Verarbeitung sowie die gleichzeitige horizontale Integration in Gestalt der Beherrschung von Erdölquellen in mehreren Ländern gerieten unvermeidbar in Konflikt mit der Souveränität der Erdölstaaten. Die Enteignungen nach 1973 schlugen eine Bresche in diese Integration der multinationalen Konzerne. Die internationale Erdölindustrie - so die These von Penrose - ist aber noch immer eine multinationale Industrie unter dem Einfluß der Erdölkonzerne, allerdings in abnehmendem Maße.

R. Andreasjan (UdSSR), der zu Beginn des Jahres 1986 verstorben war, hatte in seiner Ausarbeitung hervorgehoben, daß die Erdölkrise ein Ergebnis der Widersprüche der kapitalistischen Erdölwirtschaft sowie der Krise des Neokolonialismus sei. Die Energiekrise hatte nach Auffassung Andreasjans unterschiedliche Wirkungen auf die Entwicklungsländer. Auf der einen Seite bedeutete sie, daß die Förderländer ihre Souveränität über die Naturressourcen verstärkt durchsetzen konnten, auf der anderen Seite brachte der Rückgang der Nachfrage nach Erdöl den Förderländern geringere Einkünfte. Er schilderte, wie die beiden "Ausbrüche" der Erdölkrise 1973 und 1980 durch Aktivitäten der Erdölmonopole verursacht wurden, die Schuld aber den Erdölländern zugeschoben wurde.

12 E. Penrose (European Institute of Business Administration), Das Erdöl und die internationale Wirtschaft: Multinationale Aspekte 1900 bis 1973; N. Ghorban (Großbritannien), Die nationalen Ölgesellschaften im Mittleren Osten; M. Buescu (Brasilien), Das Erdöl in den Entwicklungsländern Südamerikas; R. Andreasjan (UdSSR), Die Weltenergiekrise und der Mittlere Osten.

Die Sektion 11, die sich mit der Entstehung und Entwicklung staatlicher Unternehmen beschäftigte, war durch ihren Organisator, V. Zamagni (Italien), rechtzeitig auf folgende Probleme orientiert worden: 1. Wie und warum entstanden staatliche Unternehmen? 2. Wie entwickelten sich ihre Leistungen und ihre Effektivität? 3. Wie wurden sie organisiert und geleitet? 4. Wie sind die Beziehungen zwischen staatlichen Betrieben und traditionellen Instrumentarien staatlicher Intervention zu charakterisieren?

Damit verbundene Darlegungen fanden sich in den 12 gedruckten Beiträgen wieder, die die Thematik anhand konkreter Entwicklungen in den USA, in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, Österreich und Japan behandelten. Zamagni selbst hatte die Hauptergebnisse in einer Einführung zusammengefaßt und unterstrichen, daß sich staatliche Unternehmen zu einem großen Teil aus öffentlichen Versorgungsbetrieben mit Monopolstellung in der Wirtschaft, wie Transport, Kommunikation, Wasser- und Gasverteilung, Elektrizität, rekrutierten bzw. rekrutieren. Zu einem geringeren, aber zunehmenden Teil wurden in einigen Ländern auch Staatsunternehmen im industriellen und finanziellen Sektor gegründet. Die staatlichen Unternehmen erwiesen sich als ein Instrument, mit dessen Hilfe der Staat in die kapitalistische Wirtschaft über die Sphäre der Gesetzgebung, der Steuererhebung und des Zahlungsverkehrs hinaus eingreift.

Ausgehend von der Analyse der Beiträge orientierte Zamagni die Diskussion der beiden Sektionstagungen auf die Entstehung und die Zwecke sowie auf die Art und Weise der Organisation staatlicher Unternehmen. Dem ersten Problemkomplex waren 6 Beiträge zugeordnet.¹³ Zum zweiten Problemkreis standen 7 Beiträge zur Diskussion.¹⁴

Kernfrage der freien Diskussion war, warum die Verstaatlichung von Betrieben als Form staatlicher Intervention gewählt wurde und wie die direkte Beeinflussung der staatlichen Unternehmen erfolgte, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es effektive und nichteffektive staatliche Unternehmen, Reprivatisierungen und Verstaatlichungswellen gab und zunehmend die Tendenz zu erkennen ist, daß die Unterschiede im Geschäftsgebaren zwischen staatlichen und privaten Unternehmen verschwinden. Allerdings betrachteten die meisten Diskussionsteilnehmer die staatlichen Betriebe zu stark im Gegensatz zu den privaten und nicht als immanenten Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft sowie auch nicht als Erfordernis des politischen Erhalts und der ökonomischen Effektivität des kapitalistischen Systems als Ganzem.

13 H. Schreiber (USA), Typen staatlicher Unternehmen in den USA: 1790 bis zur Gegenwart; E. Chadeau (Frankreich), Die französische frühe Nationalisierung in Langzeitperspektive; G. Kurgan van Hentenryk (Belgien), Die belgische Eisenbahn oder der Doppelsinn der staatlichen Unternehmen in der kapitalistischen Wirtschaft im 19. Jh.; W. Falk/H. Pittack (DDR), Staatliche Betriebe und Formen staatlicher Beteiligung an privaten Unternehmen in Deutschland vor 1933; R. Miry Sanchez (Spanien), Staatliche Unternehmen in der spanischen Wirtschaft 1940 bis 1985; F. Bonelli (Italien), Die Entstehung staatlicher Körperschaften in Italien.

14 G. Ambrosius (BRD), Wandel in der Funktion und Organisation staatlicher Unternehmen in Deutschland seit dem 19. Jh.; P. Fridenson (Frankreich), Die staatlichen Unternehmen in Frankreich von 1966 bis 1986; T. Gourvish (Großbritannien), Staat, Nationalisierung und ökonomische Leistung der Transportunternehmen in England 1830 bis 1980; F. Amatori (Italien), Zur Entwicklung von ITI (Istituto di Ricostruzione Industriale) als eine staatliche Holding-Gesellschaft; T. Yuzawa (Japan), Entstehung und Entwicklung der staatlichen Unternehmen in Japan mit Schwerpunkt auf dem Transportwesen; F. Weber (Österreich), Die nationalisierte österreichische Industrie 1945 bis 1985.

W. Falk (DDR) versuchte in ihrem mündlichen Beitrag dies konkret daran zu zeigen, wie in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg durch die Umwandlung von privatem in staatliches Eigentum und die Anlage staatlichen Kapitals in oder gemeinsam mit privaten Betrieben die durch das Privateigentum gesetzten Grenzen zeitweilig und partiell ausgedehnt wurden. V. A. Vinogradov (UdSSR) untermauerte diesen Standpunkt für die kapitalistischen Industrieländer seit 1970.

Was die Verstaatlichungen in der jüngsten Geschichte betrifft, wurde von vielen Rednern recht stark das politische Moment im Sinne der Sozialisierungsforderungen betont und daraus ein ständiger Konflikt zwischen sozialen und politischen Zielen und ökonomischen Zwecken der kapitalistischen Profitwirtschaft, zwischen Management und Beschäftigten abgeleitet, sicher eine ins Auge stechende, aber letztlich auf die Ablehnung der Nationalisierung von Produktionsmitteln hinauslaufende Betrachtungsweise.

Auf großes Interesse stieß in diesem Zusammenhang die Feststellung von Falk, daß die in den 20er Jahren herrschende ablehnende Haltung zur Verstaatlichung im Kapitalismus innerhalb der Kommunistischen Internationale angesichts der Erfahrungen bei den revolutionären Umwandlungen auf den Trümmern bürgerlicher Staaten nach 1945 korrigiert werden mußte. Mit großem Beifall wurde auch der Vorschlag von Falk unterstützt, die zu den staatlichen Unternehmen begonnene internationale Forschungsk Kooperation nach dem Beispiel der Sektion 14 fortzusetzen. Zum einen sollten mehr Länder, besonders Entwicklungsländer, einbezogen werden. Zum anderen müßten solche inhaltlichen Schwerpunkte und entsprechende Zeiträume abgesteckt werden, die es mittels des internationalen Vergleichs ermöglichten, bessere Antworten auf die diskutierten Probleme zu geben.

Zamagni erklärte sich bereit, in diese Richtung zu wirken, und unterstützte das Angebot, daß 1988 eventuell eine entsprechende Tagung in der DDR durchgeführt werden soll. Grundlage dafür wird eine Veröffentlichung der überarbeiteten Kongreßbeiträge in englischer Sprache sein.

H. van Dijk (Niederlande) der für die Organisation der Sektion 12 verantwortlich war, hatte eine Gruppe von Experten aufgefordert, sich zum Thema "Ausbildung auf technischem Gebiet und soziale Mobilität" zu äußern. Der Diskussion lag demzufolge ein Band vorbereiteter Papers zugrunde, der jedoch den meisten Teilnehmern nicht zur Verfügung stand. Nach einleitenden Bemerkungen des Organisators gaben deshalb die Verfasser der Exposés mehr oder weniger lange Kommentare ab, an die sich Fragen oder Ergänzungen und kritische Einwände anschlossen.

Zunächst sprach P. Lundgreen (BRD) über die höhere technische Bildung im Europa des 19. Jh., wobei er von einer Langzeitperspektive ausging und den Ursprung der höheren technischen Bildung auf dem europäischen Kontinent in der vorindustriellen Zeit sah. Er bildete dabei die Perioden 1780 bis 1880 und 1880 bis 1980 und wählte für Vergleiche Deutschland bzw. Preußen und Frankreich. Dem schloß sich ein Beitrag von D. van Lente (Niederlande) an, der über Veränderungen der Vorstellungen über die technische Bildung in den Niederlanden zwischen 1850 und 1920 referierte, wobei sich sein eingereichter schriftlicher Beitrag auf die Jahre 1890 bis 1920 beschränkte. R. Morelli (Italien) wandte sich dem 16. Jh. zu und untersuchte sektionsrelevante Probleme der Mineralogie und Metallurgie in der Toskana und der Migration aus der Lombardei. Über die Laufbahn bzw. berufliche Karriere der Ingenieure in Frankreich und Schweden in der Zeit von 1880 bis 1960 gab es schriftliche und mündliche Bemerkungen von R. Torstendahl (Schweden), während sich E. P. Duggan (USA) über die technische Ausbildung der sog. "Carriage-Makers" in der Zeit von 1880 bis 1916 äußerte. D. Mitch (Großbritannien) legte schließlich Untersuchungen über den Einfluß fachlicher Geschicklichkeit auf die Mobilität in England im 19. Jh. vor. Eine Ergänzung vorangegangener Berichte stellten die

Bemerkungen von H. H. Vleesenbeek (Niederlande) über die Regierungspolitik und die technische Bildung in den Niederlanden in der Zeit von 1891 bis 1919 dar.

Aus sozialistischen Ländern legten zwei Wirtschaftshistoriker beachtenswerte Ergebnisse vor. W. Djugoborski (VR Polen) untersuchte die Berufsausbildung und das soziale Gefälle in ethnisch gemischten Industriegebieten Zentraleuropas, wobei er als Beispiele das Ruhrgebiet, Oberschlesien und das Gebiet Ostrava-Karvina auswählte. Er beschränkte sich dabei auf die Zeit vor 1914. Hervorzuheben ist nicht zuletzt der außerordentlich aktuelle Beitrag von I. P. Ostapenko (UdSSR). Er beschäftigte sich mit dem wissenschaftlich-technischen Schaffen der Arbeiterklasse in der UdSSR in den 60er und 70er Jahren sowie ihrer Bildung.

Insgesamt entstand so ein vielseitiges, allerdings sehr heterogenes Bild über die technischen Bildungsmöglichkeiten, die verschiedenen Wege sowie die Ergebnisse in Verbindung mit der sozialen Mobilität. Der schwache Besuch dieser Sektion stand im Gegensatz zu ihrer thematischen Bedeutung. Ursache dafür dürfte aber nicht nur die kurzfristige Änderung des Konferenzraumes gewesen sein, sondern auch die kaum bekannten schriftlichen Exposés.

Die altertumswissenschaftlichen Sektionen 13 a (griechisch-römische Antike) und 13 b (Alter Orient) diskutierten unterschiedliche Themen. So standen in 13 a die Weidewirtschaft im klassischen Altertum Griechenlands und Roms zur Debatte, in 13 b Löhne und Preise im vorhellenistischen Vorderasien und in Ägypten. Unterschiedlich war auch die Organisation der Sitzungen: In 13 a wurden die Referate, deren Text im Tagungsmaterial resümiert war und vollständig vor Sitzungsbeginn zur Verfügung stand, noch einmal zum Vortrag gebracht, während in 13 b aufgrund der vor dem Kongreß verteilten Ausarbeitungen diskutiert wurde, ohne die Referate noch einmal zu Gehör zu bringen. Es soll versucht werden, die Themen der beiden Sektionen auf dem nächstfolgenden Kongreß einander anzunähern, um gemeinsame Fragestellungen zu finden und zu diskutieren.

In der von C. R. Whittacker (Großbritannien) und B. Shaw (Kanada) organisierten Sektion 13 a wurden zum Thema "Weidewirtschaft in der klassischen Antike (Griechenland, Rom)" 11 Vorträge gehalten. Sie befaßten sich mit dem Pastoralismus im Bereich der Ägäis in ur- und frühgeschichtlicher Zeit (J. Cherry/Großbritannien/), in Griechenland (M. Jameson/Großbritannien/, J. E. Skydsgaard/Dänemark/, S. Hodgkinson/Großbritannien/), auf der italischen Halbinsel (C. Ampolo, E. Gabba/beide Italien/) sowie in verschiedenen römischen Provinzen: in der Schweiz (R. Frei-Stolba/Schweiz/), in Afrika (Ph. Leveau/Frankreich/), in Gallien (C. Goudineau/Frankreich/), in Isaurien-Kilikien (B. D. Shaw/Großbritannien/) und im Donaauraum (S. Bökönyi/Ungarische VR/). Die osteologischen Befunde spielten dabei eine wesentliche Rolle, während andere archäologische Zeugnisse im Hinblick auf die Tagungsproblematik oft schwer zu interpretieren waren und das Textzeugnis vorwiegend narrativen Charakter hatte. Insgesamt aber dürfte die Untersuchung des Pastoralismus, zu dem auch orientalische Quellen interessante Informationen bieten, durch die Tagung in Bern neue Anregungen erhalten haben.

In der von H. Klengel (DDR) organisierten Sektion 13 b folgte die Diskussion im wesentlichen einem vor Sitzungsbeginn verteilten Problemerkatalog, zusammengestellt aufgrund von 14 Exposés bzw. ausgearbeiteten Vorträgen zur Thematik "Löhne und Preise im Alten Orient". Im Vordergrund standen, schon wegen der günstigeren Quellensituation, die Verhältnisse in Mesopotamien. Entsprechende Ausarbeitungen hatten J. Renger (Berlin/West/) zu grundlegenden Bemerkungen, A. Archi (Italien) zu den Ebla-Texten, H. Waetzoldt (BRD), H. Liemet (Belgien) und P. Steinkeller (USA) zur Ur III-Periode, K. Veenhof (Niederlande) zur altassyrischen Zeit, C. Zaccagnini (Italien) zu den Nuzi-Texten

und M. A. Dandamaev (UdSSR) zur neubabylonischen Periode eingereicht. M. A. Powell (USA) widmete sich langfristigen Preisschwankungen in Babylonien (3. bis 1. Jt. v. u. Z.), Klengel hatte das anatolisch-syrische Material des 2. Jt. zusammengestellt, M. Heltzer (Israel) das dem Palast verbundene oder selbständige Handwerk der Levante zwischen etwa 1500 und 500 v. u. Z. untersucht. Zudem lagen 2 ägyptologische Ausarbeitungen vor: W. Helck (BRD) äußerte sich zum Problem von Löhnen und Preisen im Alten Reich Ägyptens, J. J. Janssen (Niederlande) steuerte grundsätzliche Bemerkungen insbesondere in Auswertung von Texten des Neuen Reiches bei. Die wesentlichen geographischen Bereiche und aussagekräftigsten Textgruppen waren damit für die Thematik der Sektionssitzungen aufbereitet worden.

Die Diskussion fand auf Wunsch der 11 aus den USA, Japan, den Niederlanden, Belgien, der BRD und Berlin (West), Israel, Italien sowie der DDR angereisten Teilnehmer nicht nur an den beiden im Programm ausgewiesenen Vormittagen statt, sondern zusätzlich auch an einem Nachmittag. Damit stand ausreichend Zeit zur Verfügung, die im Problemkatalog aufgelisteten Fragen zu diskutieren. Es ging zunächst um das Verhältnis von Löhnen zu Rationen, sowohl hinsichtlich ihrer definitorischen Abgrenzung als auch ihres quantitativen Verhältnisses zueinander. Übereinstimmung bestand vor allem darin, daß Schwankungen in der proportionalen Relation auf die unterschiedliche Rolle von individualisierten und staatlichen Wirtschaften (Tempel, Palast) in den jeweiligen Perioden altmesopotamischer Geschichte bzw. im verfügbaren Textmaterial (staatliche bzw. private Archive) zurückzuführen sind; generell ist eine Tendenz zum Lohnsystem festzustellen. Teilweise kontrovers wurde das Problem einer Marktwirtschaft sowie eines angestrebten oder realisierten Profits besprochen. Die Produktion selbst war nur bedingt auf den Markt ausgerichtet; zur Ware wurden die Produkte im Bereich der Zirkulation, in der sich das Gewinnstreben vor allem im altassyrischen und frühaltbabylonischen Material, d. h. in Perioden verstärkter privater Geschäftstätigkeit, abzeichnet. Preisbildung und kurz- oder längerfristige Preisfluktuation, die Rolle der Äquivalente, d. h. des jeweiligen "Geldstoffs", sowie der Einfluß staatlicher Regulative ("Tariife") auf die Preise standen ebenfalls zur Debatte. Hingewiesen wurde dabei auf die Bildung von Reserven insbesondere durch Tempel, die im Notfall zur Stützung von Preisen bzw. zur unmittelbaren Versorgung mit Nahrungsmitteln eingesetzt werden konnten; die Maßnahmen waren nicht ohne Bedeutung für die Preisstabilität und die Vermeidung von Unruhen in der Bevölkerung. Schließlich wurde auch die Frage der Notwendigkeit von Vergleichen der Lohn- und Preissituation im Vorderen Orient und der zugrunde liegenden Wirtschaftssysteme mit solchen anderer Gebiete oder anderer Perioden diskutiert, wobei die Anwesenden darin übereinstimmten, daß ein solcher Vergleich sinnvoll und notwendig ist, soweit er zum besseren Verständnis der Situation im Vorderen Orient und ihrer Einordnung in weltgeschichtliche Prozesse beizutragen vermag.

Insgesamt kann die Zusammenkunft einer Reihe von Altorientalisten im Rahmen des Kongresses für Wirtschaftsgeschichte als sehr effektiv und anregend bezeichnet werden. Sie dürfte dazu beigetragen haben, die wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen im Rahmen der Altorientalistik weiter zu profilieren.

Die Sektion C 38 "Geschlechtsbezogene Arbeitsteilung im 19. und 20. Jahrhundert" war der Stellung der Frau im Arbeitsprozeß in Fabriken und Verwaltungen vom letzten Drittel des vorigen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gewidmet. Inhaltlich und zeitlich setzte sie damit die Arbeit der B-5-Sektion auf dem VIII. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongreß in Budapest¹⁵ über Frauenarbeit vor und während der industriellen Revolution fort. Vorgetragen wurden 6 Un-

15 Vgl. VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker, S. 199 ff.

tersuchungen. Drei von ihnen - über die Beschäftigung weiblicher Postangestellte in Deutschland 1860 bis 1945 (U. Nienhaus, Berlin/West), über Frauenarbeit in einer schwedischen Tonwarenfabrik in den letzten 100 Jahren (U. Wikander/Schweden/) und über weibliche Büroangestellte in Frankreich in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jh. (C. Dauphin/Frankreich/) - waren betont empirisch angelegt. Zwei weitere Vorträge, von G. Hagemann (Norwegen), J. E. Lewis (Großbritannien), bemühten sich um die Klärung theoretischer Grundpositionen, während A. Kessler-Harris (USA) ihre generellen Feststellungen zur Frauenarbeit mit einer detaillierten Darstellung der schrittweisen Einbeziehung ländlicher weiblicher Arbeitskräfte in die Industrieproduktion durch Textilunternehmer in Südkarolina im ersten Drittel dieses Jahrhunderts verband.

Aus den empirischen Untersuchungen ging hervor, daß der Weg der Frauenbeschäftigung nur dann eingeschlagen wurde, wenn nicht genügend billige männliche Arbeitskräfte vorhanden waren, daß die Frauen unter dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt wurden, um sie in Abhängigkeit von ihrer Familie zu halten bzw. sie von ihrem (zukünftigen) Ehepartner ökonomisch abhängig zu machen (Familienlohnkonzeption). Bei im allgemeinen besserer beruflicher Qualifizierung der Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen zum Zeitpunkt ihrer Einstellung sei durch Karrierehindernisse stets die raschere berufliche Entwicklung der männlichen Angestellten gesichert worden. Solange Frauen in geringer Zahl bzw. mit durch technologischen Wandel bedingten neuen Tätigkeiten in der Fabrik beschäftigt wurden, habe es kaum Diskriminierung gegeben, die aber einsetzte, sobald die Frauenarbeit größeren Umfang angenommen habe bzw. sich die neuen Arbeitstätigkeiten zu Berufen entwickelt hätten. So habe sich, konstatierte Wikander, trotz wechselnder Arbeitsinhalte die Diskriminierung der Frauenarbeit ungeachtet eingetretenen technologischen Wandels stets fortgesetzt.

In der Diskussion wurde insbesondere auf die auch von Hagemann und Lewis aufgeworfene Frage eingegangen, ob sich die Diskriminierung der Frauen im Berufsleben aus dem Verwertungsbestreben des Kapitals ableite oder (auch) andere Ursachen habe. Generell wurde ihrer Meinung gefolgt, daß das Kapital die die Frauen benachteiligende geschlechtsbezogene Arbeitsteilung nicht geschaffen, sie aber für seine Zwecke ausgenutzt und weiterentwickelt habe. In den Vorträgen und der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Konzentration der "women's history" allein auf die Geschichte des Widerstandes der Frauen überwunden sei und die Behandlung des Konsenses, der Anpassung der Frauen an die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung - ebenso historische Realität wie der Widerstand -, auch Gegenstand der Untersuchung der Geschichte der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sein müsse.

Die Sektion 14 "Internationales Bankwesen und industrielles Kapital" war von V. I. Bovykin (UdSSR) und R. Cameron (USA) organisiert worden. Sie gehörte zu den 3 neuartigen Sektionen des Kongresses, in denen international organisierte Forschungsergebnisse vorgestellt wurden. Das gleichnamige Forschungsprojekt war - gestützt auf entsprechende Aktivitäten des II., V. und VIII. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongresses - von A. A. Fursenko (UdSSR) und Bovykin initiiert und gemeinsam mit Cameron zielstrebig und in beeindruckender Weise in Angriff genommen worden. Davon zeugen Arbeitstagungen 1983 in Leningrad, 1984 in Atlanta und 1985 in Bologna. Zur Zeit des IX. Kongresses arbeiteten bereits 26 Wissenschaftler aus 15 Ländern an einem Buchprojekt, das Cameron unter 3 Gesichtspunkten vorstellte: 1. internationale Aspekte der Bankengründungen und Entwicklungen, 2. Fremdkapital und Auslandsbanken in den nationalen Wirtschaften, 3. internationale Banken in der Entwicklung von Industriezweigen.

Analysiert wurden entsprechende Entwicklungen in den USA, in Rußland, Deutschland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, England, Japan, Spanien, Italien, der Habsburger Monarchie, in Kanada, Brasilien, Japan, China,

Südostasien sowie die Petroleumindustrie in Rußland und die deutsche Stahlindustrie. Von den Beiträgen anwesender Autoren seien besonders hervorgehoben die von Bovykin, Fursenko, V. P. Carossno (USA), P. L. Cottrell (Großbritannien), M. Goossens (Belgien), P. Hertner (Italien), K. Ishii (Japan), M. B. Levy (Brasilien), R. Lundström (Schweden) und U. Wengenroth (BRD). Im Mittelpunkt standen die jeweiligen Gründe der Entscheidung für eine für das internationale Kapital offene oder geschlossene nationale industrielle Entwicklung, die Verbindung oder Trennung von Bank- und Industriekapital sowie die Problematik, in welchem Falle von internationalen industriellen oder Bankaktivitäten gesprochen werden kann. Leider gab es faktisch kaum Zeit für die freie Diskussion.

Die Berichte der einzelnen Sektionen lassen erkennen, daß sich die Teilnehmer des Kongresses mit einem inhaltlich, räumlich und zeitlich weitgefächerten Kreis von Themen beschäftigten. Dabei wurden neben neuen Fragestellungen auch Themen früherer Kongresse wieder aufgegriffen und weitergeführt. Der Wirtschaftsgeschichte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jh. galt - wie schon auf dem Budapester Kongreß - größere Aufmerksamkeit als früher. Jedoch ging nur ein Thema (das Thema 5) ausdrücklich über das Jahr 1945 hinaus. Ländervergleiche bildeten die Grundlage für die Mehrzahl der Sektionen. Verstärkte Bemühungen, auf dem Kongreß ökonomische und soziale Probleme der Entwicklungsländer in den Vordergrund zu rücken, fanden in der Präsentation von 5 "workshop"-Themen, die explizit Fragen der Entwicklung der "dritten Welt" gewidmet waren, ihren Niederschlag. Dagegen gab es keine allein der Entwicklung sozialistischer Länder gewidmete Sektion.

Insgesamt war das wissenschaftliche Niveau der Beratungen durchaus differenziert. Eine wesentliche Rolle für das Ergebnis spielte dabei das Engagement und Geschick des Leiters der jeweiligen Sektion, angefangen von der Verteilung der schriftlichen Beiträge bereits im Vorfeld der Konferenz bis hin zur Leitung der Diskussion auf dem Kongreß selbst. Ein ausgesprochener Mißerfolg war jedoch die Ausnahme. Für die Mehrzahl der Sektionen herrschte ein großes Interesse vor, und in einigen kam es zu ausgesprochen lebhaften Diskussionen. Der gesamte Kongreß verlief in einer sachlichen Arbeitsatmosphäre. Meinungsstreit wurde konstruktiv ausgetragen.

J. F. Bergier, dem Präsidenten der IEHA und Gastgeber, sowie M. Körner, dem Leiter des Berner Organisationskomitees, und seinen Mitarbeitern gebührt Dank für die geleistete Arbeit und das stete Bemühen, den Teilnehmern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Die Generalversammlung der Mitgliedsländer der International Economic History Association wählte auf dem Kongreß H. van der Wee (Belgien) zum Präsidenten der Vereinigung, Vizepräsidenten wurden I. Berend (Ungarn) und R. Cameron (USA), Generalsekretär J. Goy (Frankreich) und Schatzmeister F. M. L. Thompson (Großbritannien). Unter den 6 neu ins Exekutivkomitee gewählten Wissenschaftlern befinden sich als Vertreter sozialistischer Länder A. A. Fursenko (UdSSR) und H. Nussbaum (DDR). Der bisherige Präsident und jetzige Ehrenpräsident der IEHA, Bergier, sowie der bisherige Vizepräsident, J. Kuczynski (DDR), wurden mit herzlichen Worten verabschiedet. Als Tagungsort des 1990 stattfindenden X. Kongresses der International Economic History Association wurde Leuven (Belgien) bestätigt.

Zur historisch-theoretischen Analyse der Bedingungen und Formen
des ökonomischen Reproduktionsprozesses
im Wechsel der Gesellschaftsformationen

Internationale Konferenz zum 75. Geburtstag von
Akademienmitglied Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Mottek

(24. bis 25. September 1985 in Berlin)

In seiner Eröffnungsrede führte Prof. Dr. sc. Walter Becker, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte der Sektion Marxismus-Leninismus an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", aus, daß mit dem Begründer und langjährigen Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Akademienmitglied Prof. Hans Mottek, ein Wissenschaftler geehrt wird, dessen Wirken mit der erfolgreichen Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte als wissenschaftlicher Disziplin in unserem Lande eng verbunden ist. Sein unermüdlicher Forschergeist, sein streitbares Bekenntnis zum gesellschaftlichen Fortschritt, seine feste Verbundenheit mit der Politik der SED und sein schöpferisches Wirken als Wissenschaftler und kommunistischer Erzieher vieler Studentengenerationen legen dafür beredtes Zeugnis ab.

An der Plenarveranstaltung nahmen 109 Gäste teil, darunter aus der DDR Prof. Dr. Ernst Diehl, Mitglied des Zentralkomitees der SED, Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR und stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, sowie Prof. Dr. Werner Kalweit, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR und Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, aus der VR Polen Prof. Dr. Zbigniew Landau und aus der ČSSR Prof. Dipl.-Ing. Rudolf Olšovský. Zahlreiche Gäste kamen von den Universitäten und Hochschulen der DDR, dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner". Schriftliche Beiträge zur Konferenz wurden von weiteren Autoren aus der UdSSR und der DDR eingereicht.

Nach der Laudatio, die Magnifizenz Prof. Dr. Rolf Sieber vortrug, sprach der Jubilar über seine Forschungsergebnisse zur antizyklischen Regulierung in den Ländern des Kapitals während der 70er Jahre sowie zu damit verbundenen historischen und perspektivischen Problemen. Hans Mottek (Berlin) ging von der theoretischen Annahme aus, daß auch im modernen Kapitalismus das grundlegende Interesse der Bourgeoisie an einem billigen Staat, an der Beschränkung auf dessen Grundfunktionen besteht. Dies erkläre, warum die deutlich feststellbare Haupttendenz zur Verstärkung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates im Imperialismus der staatsmonopolistischen Regulierung nur unter dem Druck der sich zuspitzenden inneren und äußeren Widersprüche entstehen und sich durchsetzen könne.

Das Grundinteresse wiederum erkläre auch Rückschläge bei der Durchsetzung der Haupttendenz.

Zu solchen Rückschlägen sei es in der historischen Wirklichkeit bekanntlich nach dem ersten ebenso wie nach dem zweiten Weltkrieg mit dem weitgehenden Abbau der direkten, auf Kontrolle der Produktion, der Investitionen, der Löhne und Preise gerichteten staatsmonopolistischen Regulierung gekommen. Das Wirken der Haupttendenz habe sich andererseits darin ausgedrückt, daß die Intensität der Regulierung nach dem weitgehenden Abbau der direkten Kontrollen wesentlich größer als zwischen den beiden Weltkriegen war, daß es in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern durch die Notwendigkeit der Systemsicherung zu einer umfassenden, vorwiegend indirekten Regulierung kam, als deren Kernstück die antizyklische Regulierung mit der entsprechenden keynesianischen ökonomischen Ideologie eine wesentliche Rolle spielte. Dabei sei der Ausgangspunkt der keynesianischen Forderungen die Vollbeschäftigung und in diesem Zusammenhang die Beseitigung der zyklischen Krise, der absteigenden Phase des Zyklus, ja sogar die Aufrechterhaltung eines vollentfalteten Aufschwungs mittels Nachfragemanipulierung gewesen. Massenarbeitslosigkeit sei von den Keynesianern als Hauptgefahr für das Weiterbestehen des Kapitalismus angesehen worden. Jedoch stehe die Vollbeschäftigung mit den wesentlichen Interessen der Bourgeoisie an einer proletarischen Reservearmee in Widerspruch. Zu einer Anerkennung der Vollbeschäftigung als Zielgröße der staatsmonopolistischen Regulierung sei es erst in einer Reihe mit anderen sozialen Konzessionen nach dem zweiten Weltkrieg im Interesse der Systemerhaltung gekommen.

Trotzdem habe es eine vollständige Anerkennung dieses Ziels bei der Durchsetzung der antizyklischen Regulierung keineswegs gegeben. Andere Zielsetzungen, wie vor allem die Geldwertstabilität, seien ganz offiziell als gleichwertig mit dem Beschäftigungsziel anerkannt worden, wobei die bürgerlichen Ökonomen von "überhitzter Konjunktur" und "Überbeschäftigung" gesprochen hätten.

Nach dem zweiten Weltkrieg bis Anfang der 60er Jahre, so führte Mottek aus, ist es dann auch nicht nur 1949 in den USA zu keynesianischen nachfragestimulierenden, mit "go" bezeichneten Maßnahmen gegen krisenzyklische Rückschläge gekommen, sondern im Gegenteil zu nachfrageeinschränkenden Maßnahmen, die man mit "stop" kennzeichnete, wobei man bei dem häufigen Wechsel von beiden zuerst in England von einer "go and stop" Politik sprach.

In den USA habe man unter Präsident Dwight D. Eisenhower sogar zu solchen "stop"-Maßnahmen bei geringer Preissteigerung von nicht mehr als 2 % und noch großer Arbeitslosigkeit gegriffen.

In den 60er Jahren hätten sich dann unter John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson ein keynesianischer Aufschwung und sogar ein auf seine volle Entfaltung gerichteter Expansionskurs durchgesetzt. Großbritannien und andere Länder hätten, wenn auch mit zunehmenden Schwierigkeiten, diesem Kurs zu folgen gesucht. Diese Schwierigkeiten und die sich steigernde Inflation seien die sichtbarste Ursache dafür, daß es 1979 nach verschiedenen Bewegungen in derselben Richtung, z. B. in Frankreich, Großbritannien, Japan sowie der BRD, zunächst in den USA und dann auch in den

anderen Ländern zu einer "stop"-Orientierung in der staatsmonopolistischen Regulierung kam.

Mottek wies darauf hin, daß sich dabei die Wirkungen der ideologischen Offensive gegen die zunehmende Rolle des bürgerlichen Staates, seines zunehmenden Anteils am Nationaleinkommen, vor allem gegen die Forderung nach Vollbeschäftigung und damit gegen das gesamte System der anti-zyklischen Regulierung nicht ganz so deutlich zeigten.

Er sagte, daß innerhalb der herrschenden Klasse auch noch andere Kräfte operierten, die, ohne auf antizyklische Regulierung verzichten zu wollen, eine verlängerte "stop"-Orientierung als Hauptzielrichtung der staatsmonopolistischen Strategie akzeptierten. Diese Kräfte seien mit wechselndem Erfolg Anfang der 70er Jahre und nach der zyklischen Krise in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Vordringen gewesen. Sie seien Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre unter dem Banner des Monetarismus, der sog. Angebotsorientierung des neuaufgekommenen Liberalismus, bestimmend geworden, wenn auch keineswegs mit der Konsequenz, welche die Theoretiker dieses Kurses erhofft hätten.

Luděk Urban (ČSSR) verglich in seinem Beitrag die Krisen von 1974/75 und 1980/82, wobei er die Wirtschaftskrise in der Mitte der 70er Jahre als tiefer und kürzer und die zu Beginn der 80er Jahre als flacher und langfristiger charakterisierte. Bemerkenswert bei der letzteren sei, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg keine Analogie finde. Man müsse deshalb beim Vergleich auf die Krise von 1929/33 zurückgehen. Urban sah drei Faktoren für die Intensität der Krise: die Verflechtung der zyklischen mit einer langfristigen Strukturkrise, die Veränderungen der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik, wie sie Mottek dargelegt habe, und die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der USA. In den 50er und 60er Jahren seien die hohen Wachstumsraten der Produktion mit billigen Energiequellen und Rohstoffen sowie einer expansiven nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik verbunden gewesen. Beide Ölschocks (1973 und 1979) hätten die Entstehung neuer Bedingungen signalisiert, die Stellung der bisher billigen Energie und der Rohstoffe im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß habe sich schnell geändert, aus einem fördernden Faktor sei ein hemmender geworden. Schließlich sei als Folge der mikroelektronischen Umwälzung ein großer Teil des Kapitals entwertet worden.

Außerdem hätten sich bestimmte Länder, so einige kapitalistische Entwicklungsländer, nicht nur in der Leichtindustrie, sondern auch in anderen Bereichen zu einer Konkurrenz auf dem Weltmarkt entwickelt, weil sie über billige Arbeitskräfte und Rohstoffe verfügten.

Urban stellte fest, daß Inflation, labile außenwirtschaftliche Beziehungen und Spannungen im System der nationalen sowie internationalen Regulierung eine restriktive Wirtschaftspolitik verursachen, die gegen die Inflation sowie gegen das bisherige soziale Sicherungssystem und nicht auf eine Abschwächung der Krise gerichtet ist, sondern zu ihrer Verschärfung tendiert. Dieses Herangehen finde seinen deutlichsten Ausdruck in der Politik Ronald Reagans, mit der zugleich versucht werde, die angeschlagenen Positionen der USA gegenüber den anderen Rivalitätszentren wieder zu befestigen.

Gerdt Fiedler und Rainer König (beide Berlin) stellten in ihrem Beitrag das Verhältnis von historischer Invarianz und Singularität im Zusammenhang mit den "langen Wellen" des kapitalistischen Wirtschaftswachstums in den Mittelpunkt. So sei die gegenwärtige überzyklische Wachstumskrise die Folge einer qualitativ neuen historischen Situation des Kapitalismus, des neuen Abschnitts der allgemeinen Krise, wie dies auf dem X. Parteitag der SED konstatiert wurde. Die Krise der keynesianischen Regulierung komme u. a. darin zum Ausdruck, daß die angestrebten krisenentschärfenden Wirkungen durch krisenverschärfende Fernwirkungen kompensiert oder sogar überkompensiert würden. Daraus ergebe sich per saldo eine Tendenz zur Wirkungslosigkeit der keynesianisch geprägten Instrumentarien, was sich z. B. darin äußere, daß die exponentiell anwachsende Staatsverschuldung den kritischen Punkt ihrer Wirkungslosigkeit erreiche.

Als Ursachen für die historisch neuartige Destabilisierung der erweiterten Nachfragereproduktion in welthistorischen Dimensionen werden von Fiedler und König angesehen: der Übergang zur produktionsmittelsparenden Technik; das Zurückbleiben der konsumtiven Massennachfrage wird nicht mehr durch schnelleres Ansteigen der Produktionsmittelnachfrage kompensiert; Sättigungstendenzen bei industriellen Massengütern; die Mikroelektronik schafft einen veränderten Typus der Technik, verbunden mit einer neuen Korrelation Basisinnovation - Investitionswachstum - primäre Nachfrageerweiterung; die Verschuldung der Entwicklungsländer; der Sozialabbau und die neokonservative "Angebotsökonomie" sowie das Versagen der keynesianischen Nachfragepolitik.

Für den kapitalistischen Reproduktions- und Verwertungsprozeß braucht das kapitalistische System ihrer Meinung nach eine Mindestwachstumsrate, um relativ stabil funktionieren zu können. Die eigentliche Wachstumskrise sei dann gegeben, wenn die Mindestrate unterschritten wird und die damit verbundenen Destabilisierungen einsetzen.

Diese Mindestrate bezeichneten Fiedler und König als kritische Wachstumsrate. Was die "langen Wellen" betreffe, so könnten prinzipiell keine konstanten Wellenlängen, etwa nach dem Kondratieff- oder Kuznets-Zyklus, begründet werden; es gebe "lange Wellen", die unregelmäßig seien und eine wechselnde Wellenlänge hätten, was für die Einschätzung des künftigen Wirtschaftswachstums der kapitalistischen Länder wichtig sei.

Der langfristige Wellencharakter der kapitalistischen Produktionskurven ergebe sich sicher nicht ausschließlich, aber doch nicht unwesentlich aus der historischen Aufeinanderfolge von Destabilisierung (langer Abschwung) und relativer Restabilisierung (langer Aufschwung) des Reproduktionsprozesses mit dem Grundtrend zu wachsender Labilität.

Manfred Stelter (Berlin) ging auf Motteks Arbeit¹ über die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Entwicklungsländern ein. Er legte dar, daß der wirtschaftliche Wachs-

¹ Mottek, Hans, Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 1/1968, S. 11 - 96.

turnsprozesse in diesen Ländern mit verschiedenen Technikgenerationen organisiert werden müsse und deshalb Zwischenstufen, gleitende Übergänge in den Produktionsmittelgenerationen anzustreben seien. Die bisherige Entwicklung lasse den Schluß zu, daß Wachstumsmodelle kapitalistischer Industriestaaten ungeeignet seien, denn übernommene Technologien schützten nicht vor wissenschaftlich-technischer Abhängigkeit und kultureller Rückständigkeit; es müsse eine eigene technologische Infrastruktur geschaffen werden.

Stelter analysierte die gegenwärtige Position der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft und die Wirkungen ihres Kampfes gegen die Verschlechterung der technischen und ökonomischen Positionen.

Gerd Neumann (Berlin) charakterisierte den Zusammenhang von Industrieentwicklung und Arbeitsteilung, wobei er die Etappen der industriellen Revolution in Europa sowie ihren unterschiedlichen Verlauf in West- und Osteuropa zum Ausgangspunkt nahm. Er hob hervor, daß in Deutschland und in anderen Ländern nicht die Leichtindustrie wie beim englischen Beispiel, sondern der Eisenbahnbau die erste große Welle der massenhaften Anlage von konstantem fixem Kapital trug. Im Zusammenhang mit der industriellen Revolution Englands seien auch erste Vorstellungen (David Ricardo) über die internationale Arbeitsteilung sowie das Problem der komparativen Kosten entstanden. Wie Neumann am Beispiel Deutschlands und anderer Länder zeigte, konnte die Industrialisierung nicht aufgehalten werden, obwohl die kontinentale Industrieproduktion kostengünstiger als die englische war, wobei sie sich zunächst auf den Binnenmärkten durchsetzte und vom Staat gefördert wurde. Im Gegensatz dazu sei die Herausbildung der Industrie und die Entwicklung des Binnenmarktes in Ost- und Südeuropa langwieriger gewesen sowie widersprüchlicher verlaufen. Der ökonomisch-technische Druck der schon starken kapitalistischen Länder Europas habe diese Entwicklung mehr behindert als gefördert, was sich besonders im Rückstand des Maschinenbaus und in dem großen Anteil der Produktionsmittelimporte äußerte. Dies habe sich auch auf die Struktur der sozialistischen Industrialisierung in der UdSSR und den nachfolgenden sozialistischen Staaten ausgewirkt, wobei lediglich die ČSSR und die DDR eine gewisse Ausnahme bildeten.

Neumann setzte sich kritisch mit oberflächlichen Vergleichen der industriellen Revolution mit der sozialistischen Industrialisierung auseinander, wobei er sowohl die technisch-ökonomischen als auch die sozialökonomischen Unterschiede herausarbeitete. In welcher Form und wie die sozialistische Industrialisierung verlief, in welcher Weise der RGW diese Entwicklung förderte, zeigte Neumann anhand von Beispielen, wobei er Allgemeines und Besonderes differenziert berücksichtigte. Er wies darauf hin, daß die Problematik der Produktionsspezialisierung im RGW künftig ein noch größeres Gewicht erhalten wird, was sich bereits im Integrationsprogramm der 70er Jahre äußert.

Die Probleme von Synchronität und Asynchronität im Krisenzyklus zwischen beiden Weltkriegen behandelte Heinz Wehner (Dresden), wobei er besonders die Wirtschaftskrise von 1920/21 in den Mittelpunkt rückte, die von der ökonomischen Historiographie bisher stark vernachlässigt wurde. Eine Ausnahme sei Eugen Varga gewesen, der feststellte, daß diese Krise falsch, weil einseitig auf den Tatsachen der Wirtschaft Mitteleuropas auf-

gebaut, dargestellt wird. Wehner stützte sich bei seinen Darlegungen auf eine Analyse der zyklischen Bewegung im Krieg sowie der unterschiedlichen Ergebnisse der Kriegswirtschaften z. B. der Entente-Staaten und der besiegten Länder. Die Ungleichmäßigkeit in der ersten Phase der allgemeinen Krise sei außerordentlich groß gewesen, wobei die Rekonversionskrise diese Tendenzen verstärkt habe. Im zweiten Halbjahr 1920 sei die Krise ausgebrochen und habe die Züge einer Weltwirtschaftskrise gehabt. In diesem Zusammenhang polemisierte Wehner gegen die Darstellung dieser Krise im "Handbuch Wirtschaftsgeschichte"².

Josef Faltus (ČSSR) untersuchte die Zwangssyndikalisierung in der Industrie der Tschechoslowakei in den 30er Jahren. Die herrschenden Kreise des Monopolkapitals hätten versucht, die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen durch direkte staatsmonopolistische Regulierung abzufangen, um eine revolutionäre Krise zu vermeiden. Von den vom Staat gestützten Eisen- und Zuckerherstellern sei eine Preissteigerung ausgegangen, die letztlich ein soziales Dumping ermöglichen sollte. Das Ermächtigungsgesetz Nr. 95/1933 schließlich habe dem Staat nahezu jeden direkten staatsmonopolistischen Eingriff erlaubt. Ende der 30er Jahre sei faktisch die gesamte Industrie von Monopolverbänden beherrscht worden. Zugleich habe man die Reste liberaler Ideologie zurückgedrängt und durch die Ideale der "organisierten Wirtschaft" ersetzt, die nichts anderes als staatsmonopolistischer Kapitalismus sei.

Theodoros Sakellariopoulos (Griechenland) analysierte die bürgerliche Revolution und die Industrialisierung in Griechenland. Er wies darauf hin, daß Motteks Auffassung von der industriellen Revolution als technisch-ökonomische und sozialökonomische Umwälzung auch in der griechischen Entwicklung ihre Bestätigung gefunden hat. Die gelungene Darstellung der industriellen Revolution im zweiten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands"³ biete sowohl eine Theorie als auch eine Methode für die Untersuchung anderer Länder, insbesondere zur Erklärung des Verlaufs der verspäteten Industrialisierung, für die andere Autoren nur enge technische Erklärungsversuche anböten, die mit der historischen Realität nicht übereinstimmten.

Sakellariopoulos ging von drei Stadien der bürgerlichen Revolution in Griechenland aus. Die Befreiungsrevolution (1821) habe in einem kleinen Teil Griechenlands die bürgerliche Entwicklung eingeleitet. Ab 1859 wurde das zweite Stadium erreicht, die bürgerliche Revolution dehnte sich aus. Schließlich begann 1909 die dritte Phase mit einem militärischen Aufstand; die Institutionen und der Staatsapparat wurden verbürgerlicht.

Sakellariopoulos brachte die Wechselwirkung zwischen bürgerlicher und industrieller Revolution auf den Nenner, daß dort, wo eine bürgerliche Revolution stattfand, sich ebenfalls die Industrialisierung, wenn auch mitunter verspätet, durchsetzte.

2 Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981.

3 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1964.

Über technische Revolution und das Konzept der dynamischen Effizienz sprach Heinz-Dieter Hausteин (Berlin), der, ausgehend von Motteks Arbeit⁴ über die Wahl der richtigen Technik, zu den zwei bürgerlichen Richtungen der Interpretation des technischen Fortschritts kritisch Stellung nahm. Er stellte fest, daß technischer Fortschritt weder exogen noch das Resultat von Anstrengungen dynamischer Unternehmer (Joseph A. Schumpeter) ist. Wesentlich sei die Entwicklung historischer Ensembles von Basisinnovationen, von Hausteин technische Revolution genannt. Diese Revolutionen seien qualitative Stufen der Durchsetzung der großen Revolution der Produktivkräfte. Als Bereiche solcher technischen Revolutionen sah Hausteин an: Textilindustrie und Dampfkraft (nach 1780), Eisenindustrie und Eisenbahnen (nach 1890), Chemie (nach 1890), Elektronik und Informationstechnologie (nach 1970).

Nach Hausteин besteht das Meßkonzept des Einflusses und der Effektivität sowie des Volumens des Nutzens aus zwei Hauptfaktoren: der Effektivität der Basisinnovationen und der mit ihnen direkt verbundenen Verbesserungsinnovationen, die von ihm als dynamische Effizienz bezeichnet werden, sowie der Effektivität der Rationalisierung vorhandener Fonds auf der Basis bekannter technischer Prinziplösungen.

Wenn der Gipfelpunkt der Effektivität jeder einzelnen oder kombinierten Form der Technik überschritten sei, steige die Ergebnismasse weiter in schnellem Tempo, und es existiere ein sehr starker Anreiz, weiter in die alte Richtung zu investieren. Hausteин ging davon aus, daß es ein objektives Effizienzpotential der technischen Revolution gibt, das in mehreren Fünfjahrplänen erschlossen werden kann. Wünschenswert für die Zukunft sei es, den merkwürdigen Trägheitseffekt zu überwinden, der darin liegt, daß bei unvermeidlich wieder sinkender Effektivität noch zu lange in die alten bewährten Richtungen investiert wird, nicht zuletzt deshalb, weil wachsende Ergebnismassen ein sicheres Polster zu sein scheinen.

Mit der historischen Problematik von drei großen Revolutionen der Produktivkräfte befaßte sich Walter Becker (Berlin). Er legte dar, daß die agrikole Revolution die vorkapitalistischen Ausbeutergesellschaften in Form der patriarchalischen Ausbeutergesellschaft, der antiken und der feudalen Produktionsweise, hervorbrachte, die industrielle Revolution die kapitalistische Gesellschaft zur Folge hatte und die wissenschaftlich-technische Revolution zwar als einheitlicher historischer Prozeß unter differenzierten gesellschaftlichen Verhältnissen begonnen hat, aber welthistorisch nur im Kommunismus vollendet werden kann. Becker prüfte den Ansatz für die Periodisierung des Ablaufs der Revolution der Produktivkräfte nach Vorbereitungs- und Hauptperiode, den Mottek vornehmlich im zweiten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands"⁵ entwickelte, und kam zu dem Ergebnis, daß tatsächlich lange vor dem Hauptprozeß der Umwälzung zahlreiche Erfindungen gemacht wurden, die man jedoch nicht massenhaft anwenden konnte, weil dafür die gesellschaftlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben waren.

Dieser Vergleich mache deutlich, daß das objektive Effektivitätspotential von Erfindungen sich historisch nicht im Selbstlauf, sondern nur unter be-

⁴ Derselbe, Die Wahl der richtigen Technik ...

⁵ Derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2.

stimmten gesellschaftlichen Bedingungen erschließen lasse und dann seinem Optimum zustrebe. Die neuen Produktivkräfte erzeugten die ihnen adäquate Bewegungsform, die Produktionsverhältnisse, die auf die Produktivkräfte zurückwirkten. Wenn die entscheidenden gesellschaftlichen Ergebnisse eingetreten seien und sich das Effektivitätsniveau der grundlegenden Basisinnovationen zu erschöpfen beginne, obwohl die Massen neuer Produkte gerade erst wirksam geworden seien und weiter in diese Richtungen investiert werde, sei der historische Abschluß einer grundlegenden Umwälzung der Produktivkräfte gekommen, die in der dialektischen Einheit der technisch-ökonomischen und der sozialökonomischen Seite bestehe. Becker setzte sich in diesem Zusammenhang mit Karl Lärmer u. a. auseinander. Diese analysierten primär die technische Revolution und isolierten sie seiner Meinung nach von der sozialökonomischen Seite und unterschieden ungenügend zwischen qualitativen und quantitativen Prozessen, wodurch z. B. die industrielle Revolution mittels Definition eine ganz andere Periodisierung erhalte und nicht mehr mit anderen Revolutionen der Produktivkräfte verglichen werden könne.

Über diese methodologischen Probleme hinaus ging Becker auch auf das Verhältnis von Revolution der Produktivkräfte und Umwelt ein. Zu den wirtschaftshistorischen Grundlagen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die sich bis zu den 40er Jahren in der Vorbereitungsperiode befunden habe, gehörten besonders die automatisierte Produktion und solche Haupttendenzen der Produktivkräfte wie Elektrifizierung, Chemisierung und Motorisierung der Produktion und des Verkehrs sowie der Übergang zur automatisierten Steuerung von Produktionsprozessen bei der massenhaften Produktion industrieller Erzeugnisse. Die wirtschaftshistorische Analyse zeige, daß diese Prozesse, die auch in der UdSSR seit den 30er Jahren eine Rolle spielten, mit einem Wandel im Charakter der Arbeit sowie mit einem neuen Verhältnis Gesellschaft - Natur verbunden waren.

Becker stellte fest, daß mit den 50er Jahren die wissenschaftlich-technische Revolution in ihre Hauptphase eintrat und die Innovationen der Vorbereitungsperiode massenhaft angewendet wurden, wobei sich die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus als entscheidender Faktor der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erwies. Der Anstieg der automatisierten Produktion, das sprunghafte Wachstum der Arbeitsproduktivität, der Einsatz der Mikroelektronik sowie die Wissenschaft als Produktivkraft mit ihren weitreichenden Konsequenzen hätten das gesamte System der Produktivkräfte in zwei Jahrzehnten umgewälzt.

Abschließend stellte Becker den Zusammenhang von wissenschaftlich-technischer Revolution und ökonomischer Strategie der SED als Gesellschaftsstrategie dar, die dem Ziel dient, die wissenschaftlich-technische Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden.

Klaus Müller-Bülow (Berlin) würdigte in seinem Beitrag Motteks Definition der industriellen Revolution. Er wies darauf hin, daß diese Konzeption von technischer, industrieller und wissenschaftlicher Umwälzung der ökonomischen Strategie unserer sozialistischen Gesellschaft entspricht. Wissenschaft als Produktivkraft bewußt zu gestalten. Motteks Bild von technischer, wissenschaftlicher und industrieller Umwälzung zeige, daß die Erscheinung der wissenschaftlich-technischen Revolution des 20. Jh.

bewußt in den historischen Zusammenhang wissenschaftlicher und technischer Veränderungen gestellt werden müsse, mindestens konkret beginnend mit der Revolution der Wissenschaft im 16./17. Jh. Motteks Ansatz werde erstens für die Bestimmung des historischen Platzes der wissenschaftlich-technischen Revolution des 20. Jh. fruchtbar und mache zweitens deutlich, daß die industrielle Revolution nicht in erster Linie eine Folge des wissenschaftlichen Fortschritts gewesen sei. Drittens verhindere Motteks Ansatz, daß technische bzw. wissenschaftlich-technische Revolution und industrielle Revolution a priori gleichgesetzt werden. Wir seien verpflichtet, anzuerkennen, daß der größte Teil der Technik in der ersten Hälfte des 20. Jh. - mindestens bis in die 50er Jahre hinein - auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhe, die eigentlich dem 19. Jh. angehören. Gleichzeitig scheine es so zu sein, daß die sich jetzt vollziehenden Prozesse breiter industrieller Umsetzung von Automatisierung und Mikroprozessoren eine neuartige historische Herausforderung der Wissenschaft darstellen.

Auf Probleme der sog. Protoindustrialisierung ging Wacław Długoborski (VR Polen) ein, der die Arbeiten zu dieser Problematik analysierte und sich kritisch mit bürgerlichen Auffassungen auseinandersetzte. Danach solle die Protoindustrialisierung als europäischer Weg vorindustrieller Entwicklungen in den heutigen Prozessen der Entwicklungsländer nachvollzogen werden, was jedoch in analoger Form nicht möglich sei. Allerdings seien Probleme der Protoindustrialisierung wirtschaftshistorisch wichtig, weil sie den Übergang vom vorindustriellen zum industriellen Kapitalismus charakterisierten. An exemplarischen Beispielen auch aus der Geschichte Osteuropas belegte Długoborski diese Entwicklung, wobei er besonders auf die von Mottek geprägten Begriffe der Fernwaren- und Lokalwarenzirkulation und ihr sozialökonomisches Beziehungsgefüge einging.

Wolfgang Gehrisch (Berlin) stellte Motteks Beitrag zur Erforschung der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 18. Jh. in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Der erste Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands"⁶ nehme auch nach dreißig Jahren noch immer eine zentrale Stellung in der DDR-Wirtschaftsgeschichte als bestes und gründlichstes Lehrbuch für Studenten der Wirtschaftswissenschaften und der Geschichte sowie für die Ausbildung von Politökonomen ein.

Die bleibenden Vorzüge des Lehrbuchs bestünden in der gelungenen Verknüpfung der Produktivkraftentwicklung mit den Produktionsverhältnissen sowie der Analyse der Wirtschaftspolitik des Staates und der Rolle des Klassenkampfes sowie den gesellschaftlichen Wirkungen. Am deutlichsten zeige sich das bei der Darstellung der städtischen Umwälzung als Genesis der bürgerlichen Entwicklung; hier erweise sich zugleich der Wert gründlicher marxistisch-leninistischer Analysen, die für die Entwicklung des Geschichtsbewußtseins wichtige Grundlagen und Beiträge lieferten. Motteks Lehrbuch sei zugleich ein bedeutender Beitrag zur Darstellung von Grundlagen der europäischen Wirtschaftsgeschichte.

6 Derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1964.

Parviz Khalatbari (Berlin) wandte sich in seinem Diskussionsbeitrag über die moderne demographische Transition in Europa als Beginn einer neuen Ära in der demographischen Geschichte Prozessen der letzten 200 Jahre in Europa zu und ordnete sie in den historischen Prozeß der Bevölkerungsbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart ein. Er untersuchte die Ursachen, die zu einer demographischen Revolution in Europa führten. Khalatbari unterstrich die Bedeutung der industriellen Revolution, die gravierende Veränderungen in der demographischen Entwicklung verursachte, die bisherige Kontinuität der Bevölkerungsbewegung beendete und die Bevölkerungsstruktur systematisch veränderte. Gleichzeitig zeigte er die entstehenden neuen Elemente, die in einem gewaltigen Bevölkerungswachstum und erheblichen räumlichen Bevölkerungsbewegungen vom Land in die Stadt zum Ausdruck kommen. Diese explosionsartige Zunahme der Bevölkerung, darauf wies Khalatbari ausdrücklich hin, wurde durch den gleichzeitigen rapiden Rückgang der Sterblichkeit begünstigt, der seine Ursachen in dem raschen Fortschritt der Medizin und Hygiene hatte. Er sah in der Kontrollierbarkeit der Sterblichkeit eines der wichtigsten Ergebnisse der industriellen Revolution für die Demographie und zugleich ein wesentliches neues Merkmal des Reproduktionsprozesses. Generell könnten aus der Analyse der demographischen Transition in Europa und ihres Zusammenhanges mit der industriellen Revolution allgemeine Grundzüge der demographischen Revolution abgeleitet werden, die für die komplizierten demographischen Probleme der Gegenwart eine wesentliche Grundlage darstellten.

Mit seinem Beitrag über eingeschränkte oder erweiterte Reproduktion des Kapitals in Deutschland im Zeitraum von 1914 bis 1923 widmete sich Uwe Malich (Berlin) einer Problematik, die auch im wissenschaftlichen Werk Motteks einen wichtigen Platz einnimmt. Malich versuchte, ausgehend von einer methodologischen Kritik an den beiden gegensätzlichen Grundlinien der Einschätzung und Bewertung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in der Zeit von 1914 bis 1923, durch die Einbeziehung neuen Tatsachenmaterials zu einer der historischen Realität besser gerecht werdenden Wertung zu kommen. Malichs Anliegen war es, die ökonomischen Folgen des Krieges in ihrer Relevanz für die Kapitalreproduktion möglichst umfassend zu betrachten. Er kam zu dem Ergebnis, daß entsprechend dem erreichten Niveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit auch der Destruktivkräfte die ökonomischen Wirkungen des Krieges im umfassenden Sinne vernichtend waren, was sich trotz intensiver Abwälzungsanstrengungen der herrschenden Klasse auf die Kapitalreproduktion auswirkte. Die Kapitalakkumulation sei danach insgesamt bei erheblichen Disproportionen innerhalb des Gesamtkapitals und in Abhängigkeit von den durch Krieg und Inflation tiefgreifend veränderten Konkurrenzpositionen wesentlich eingeschränkt worden. Allgemeine Verarmung und schwere ökonomische und soziale Deformation als hauptsächliche Konsequenzen des Krieges seien auch am Kapital nicht spurlos vorbeigegangen. Malich zeigte, daß der Krieg bei annäherndem Gleichgewicht beider Seiten mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte eine tendenziell immer ungünstigere Determinante für die Profitproduktion des Gesamtkapitals darstellt, womit er eine historisch-theoretische Analyse für den aktuellen Kampf um eine breite Koalition der Vernunft gegen den Krieg lieferte.

Dem gegenwärtig auch in der sowjetischen ökonomischen Literatur diskutierten Problem der Rolle des Staates in den verschiedenen Entwicklungsstadien des Kapitalismus und der speziellen Kategorie Wirtschaftsmechanismus galt der Beitrag von Michail Pokidtschenko (UdSSR). Pokidtschenko ging davon aus, daß dieser Wirtschaftsmechanismus die Art und Weise der Organisation und Leitung der Produktion beinhaltet und spezifischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Die ersten Elemente dafür finden sich nach seiner Auffassung bereits im Feudalismus bei der Entstehung kapitalistischer Elemente, wobei er bezüglich der Formen und Wirkungsbedingungen des Wirtschaftsmechanismus in der außeragrarischen Produktion zwischen Zünften und Manufakturen unterschied. Den allgemeinen Rahmen habe die merkantilistische Wirtschaftspolitik des feudalabsolutistischen Staates als Basis des entstehenden Kapitalismus gebildet. Die zweite Etappe in der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus habe mit dem Kapitalismus der freien Konkurrenz begonnen. Hier habe die Vergesellschaftung der Produktion in der jeweiligen Volkswirtschaft einen hohen Grad erreicht, aber im Widerspruch zum Privateigentum an Produktionsmitteln gestanden. Die Wirkungen des Wirtschaftsmechanismus hätten sich spontan über den Markt vollzogen, der Staat habe in dieser Periode mit der Ersetzung des Protektionismus durch den ökonomischen Liberalismus seine wirtschaftsleitende Funktion verloren. Mit der auf dem Höhepunkt des Kapitalismus der freien Konkurrenz einsetzenden Krise des Wirtschaftsmechanismus habe die dritte Etappe der Entwicklung unter den Bedingungen des Übergangs zum Monopolkapitalismus begonnen.

Pokidtschenko stellte fest, daß die entstehenden monopolistischen Vereinigungen der Betriebe eine neue Stufe der Organisation bedingen. Daneben bezeichnete er für diese Phase als neues Element des Wirtschaftsmechanismus die Wirkungen im Rahmen der einzelnen Wirtschaftszweige, in denen die Monopole durch ihre privatmonopolistischen Regulierungsmechanismen den Markt über die Produktion und damit die Preise und Profite direkt beeinflussen können. Letztlich sah er als Folge der veränderten Organisationsstruktur auf der Monopolebene und der eines ganzen Industriezweiges eine Vertiefung der Widersprüche zwischen dem Wirtschaftsmechanismus der Zweige und dem Marktmechanismus der Volkswirtschaft. Die vierte Etappe setzte Pokidtschenko mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus an. Das Unvermögen der privatmonopolistischen Regulierung, die Vertiefung der politischen und ökonomischen Widersprüche zu überwinden, habe erstmalig unter den Bedingungen der imperialistischen Kriegswirtschaft von 1914 bis 1918 eine staatsmonopolistische Regulierung erforderlich gemacht. In den antizyklischen Regulierungsmaßnahmen während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932/33 erkannte er die notwendige Fortsetzung der staatlichen Eingriffe, die in der faschistischen Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. Für die Jahrzehnte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wertete er die staatliche Regulierung als immanenten Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft, die schwerpunktmäßig auf ein ökonomisches Wachstum, die antizyklische und strukturelle Regulierung, die Programmierung einzelner Zweige und der Wirtschaft insgesamt ausgerichtet wurde und damit den Staat erneut zu einem aktiven Element des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus machte.

Veränderungen der bürgerlichen ökonomischen Theorie und Ideologie seit der Mitte der 70er Jahre machte Reinhard Hellmuth (Berlin) zum Gegenstand seines Diskussionsbeitrages. Als Ausgangspunkt wählte er die von Mottek vorgenommene Analyse der ökonomischen Entwicklung der USA. Hellmuth stellte fest, daß es in den Vereinigten Staaten in den 50er und vor allem den 60er Jahren noch möglich war, relativ hohe Zuwachsraten beim Wirtschaftswachstum zu erreichen, die im umfassenden Instrumentarium des Keynesianismus ihre theoretische Grundlage hatten. Die Ende der 60er Jahre einsetzende Krise habe das prinzipielle Unvermögen bürgerlicher ökonomischer Theorien, den kapitalistischen Krisenzyklus zu überwinden, bewiesen. Im Gefolge dieser Krise habe eine zunehmend kritischere Haltung gegenüber dem Keynesianismus eingesetzt. Hellmuth führte aus, daß nicht die von bürgerlichen Ökonomen zitierte Unzulänglichkeit der keynesianischen Theorie die Ursache der krisenhaften Entwicklung sei, sondern diese in der auch von Mottek beschriebenen Wachstumschwäche der imperialistischen Länder zu sehen ist. Die dadurch eingeschränkten Möglichkeiten des Finanzkapitals sollten bei weiterer Zuspitzung des *Interessenkonfliktes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse* ausgenutzt werden für den Einsatz profit- und weltmarktorientierter Technologiestrategien, die Regulierung des Ressourcenproblems und die Finanzierung der Hochrüstungspolitik. Die sinkende Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Imperialismus infolge des Wirtschaftswachstums Westeuropas und Japans sollte durch Konzentration auf die "high technology" kompensiert werden, die bei den tatsächlichen Wachstumsbedingungen nur durch einen massiven Angriff auf die soziale Lage der Werk tätigen realisierbar ist. Hellmuth verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß für diese Strategie der Keynesianismus weniger günstige Methoden bot und deshalb durch Konzepte der neoklassischen Ökonomie sowie der konservativen ökonomischen Ideologie ersetzt wurde. Der Übergang zur sog. angebotsorientierten Ökonomie und zum Monetarismus sollte durch die Reduzierung der staatlichen Aktivitäten vor allem die Möglichkeit des Abbaus sozialer Zugeständnisse durchsetzen helfen.

Hellmuth lenkte die Aufmerksamkeit auf eine in der marxistischen Kritik bisher unberücksichtigt gebliebene Richtung und beschrieb thesenhaft die Grundzüge dieser sog. "rational-expectation"-Schule, die von John F. Muth begründet wurde und gegenwärtig durch Robert E. Lucas, Thomas J. Sargent und Neil Wallace von der Chicagoer Universität repräsentiert wird. Er wies nach, daß diese Auffassungen durch die vorbehaltlose Übernahme alter vulgärökonomischer Konzepte, die Ablehnung staatlicher Eingriffe und die damit geschaffene Möglichkeit verstärkter Angriffe gegen die Sozialpolitik, den Forderungen der reaktionärsten Gruppierungen der Monopolbourgeoisie entgegenkommen. Demgegenüber böten keynesianische Methoden der Regulierung, die von realistischeren bürgerlichen Ökonomen und Politikern vertreten werden, auch für die gegenwärtig wichtigste Frage der Friedenssicherung günstigere Voraussetzungen.

In dem von Manfred Jatzlauk (Rostock) gehaltenen Referat wurden Untersuchungen zum Reproduktionsprozeß der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zwischen 1919 und 1939 angestellt. Er ging vom Entwicklungsniveau der deutschen Landwirtschaft nach dem ersten Weltkrieg aus und verwies darauf, daß die während des Krieges gesunkene landwirt-

schaftliche Produktion erst wieder durch den Zustrom von Arbeitskräften seit Mitte der 20er Jahre anstieg und Ende der 20er Jahre den Vorkriegsstand erreichte.

Jatzlau analysierte die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Betriebe in fünf Betriebsgrößengruppen für den Zeitraum von 1919 bis 1939. Für die Parzellenwirtschaften stellte er fest, daß diejenigen, die von hauptberuflichen Betriebsinhabern bewirtschaftet wurden, bezüglich des Anteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche, des Großviehbestandes und der Arbeitskräfte eine rückläufige Tendenz aufwiesen und damit der Proletarisierungsprozeß in diesem Bereich beschleunigt wurde. Die nächste Betriebsgrößengruppe der Kleinbauernwirtschaften habe ebenfalls in diese Richtung tendiert, was sich an ihrem Rückgang der Nutzfläche zeige. Wichtigstes Kriterium stelle jedoch der Wandel von der haupt- zur nebenberuflichen Wirtschaft dar. Jatzlau wies nach, daß erst in der dritten Gruppe von Bauernwirtschaften, mit 5 bis 20 ha, diese einen wachsenden Anteil an einfachen Warenproduzenten und an dem von ihnen bewirtschafteten Boden besaßen. Einschränkend unterschied er dabei die differenzierte Entwicklung in den Größenklassen von 5 bis 10 ha sowie von 10 bis 20 ha, wo es nur den Mittelbauern mit mehr als 10 ha durch stärkere Einbeziehung von Lohnarbeit gelang, in die Gruppe der kapitalistischen Wirtschaften vorzudringen. Die Mehrzahl der Betriebe in der Gruppe zwischen 20 bis 100 ha seien typische kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe gewesen, deren Eigentümer zur ländlichen Bourgeoisie zählten. Bei relativ konstanter Nutzfläche hätten diese Großbauern über einen wachsenden Viehbestand und Maschinenpark verfügt. Sie seien bei verstärkter Anwendung von Lohnarbeit in der Lage gewesen, Kapital zu akkumulieren. Jatzlau führte aus, daß in der letzten Gruppe der Großbetriebe mit mehr als 100 ha, die vor allem für Mecklenburg und Ostpreußen charakteristisch war, in der Zwischenkriegsperiode, besonders in den Jahren bis 1933, ein Rückgang zu verzeichnen war, der von einem Absinken der Nutzfläche der Großbetriebe begleitet wurde. Hierbei habe es sich hauptsächlich um die als Folge der Weltwirtschaftskrise in Konkurs gegangenen Güter und den Verkauf unrentabler Flächen gehandelt. Dagegen sei durch noch umfassendere Anwendung der Lohnarbeit eine Kapitalkonzentration gelungen. Generell schätzte Jatzlau ein, daß die Kapitalkonzentration gegenüber der Industrie geringer blieb. Andererseits habe die Konzentration von Arbeitskräften, Viehbeständen und Maschinen vor allem in den Betrieben über 20 ha zugenommen. In diesem Zeitraum habe sich die Landwirtschaft noch stärker mit dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß verflochten. Bereits seit Mitte der 20er Jahre unterlag die Landwirtschaft einem zunächst gemäßigten Agrarprotektionismus, wie Jatzlau darlegte, der in enger Wechselwirkung mit der späteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch ein umfassendes System staatlicher Eingriffe ersetzt wurde und in der Einbeziehung in die faschistische Rüstungswirtschaft seinen Höhepunkt fand.

In dem Beitrag von Peter Meyer (Berlin) über die Bedeutung der Erweiterung des staatlichen Sektors in der faschistischen Rüstungsindustrie wurde auf Motteks Arbeiten zu den konkreten Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Erweiterung des staatlichen Wirtschaftssektors eingegangen. Ausgehend von dem sich evolutionär entwickelnden staatlichen Sektor habe unter den spezifischen Bedingungen der

faschistischen Rüstungswirtschaft die Ausdehnung des Staatseigentums in der direkten Rüstungsindustrie ein besonderes Gewicht erlangt,

Meyer ging davon aus, daß analog zur Militarisierung der Wirtschaft während des ersten Weltkrieges auch unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur die Erweiterung des staatlichen Sektors, insbesondere die Errichtung staatlicher Rüstungsunternehmen, betrieben wurde. Er verwies darauf, daß mit dem Übergang zur forcierten Aufrüstung der sprunghaft anwachsende Bedarf an Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen trotz beschleunigter Investitionen privatmonopolistischer Rüstungsunternehmen nicht von den bereits bestehenden staatlichen und privaten Rüstungsbetrieben zu decken war. Die faschistische Wehrmachtführung habe deshalb durch eine Reihe regulierender Maßnahmen die Forcierung der Rüstungskonjunktur selbst beeinflußt. Er betonte, daß vor allem die Errichtung neuer Kapazitäten im Staatssektor so weit vorangetrieben war, daß deren Umfang und Bedeutung beträchtlich über das bisherige Ausmaß hinausging und in dieser Zeit auch international ohne Beispiel war.

Als eine besonders wirkungsvolle Maßnahme führte Meyer in diesem Zusammenhang den Aufbau sog. Heereswehrgüter-Industrie-Betriebe (HIB) an, die seit 1934 errichtet wurden. Dabei stützte er sich auf Originalaktenmaterial, in dem die Notwendigkeit, Bedeutung und Finanzierung dieser Betriebe begründet wird. Meyer ging auf die Verschleierungstaktik ein, die darin bestand, mit Hilfe einer unverfänglichen Verwaltungsgesellschaft die regulierende Funktion des Heereswaffenamtes zu verdecken. Ihre Sonderstellung komme darin zum Ausdruck, daß die HIB von privatmonopolistischen Unternehmen verwaltet worden seien, die dazu spezielle Betriebsgesellschaften einrichteten. Damit seien als Sonderformen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse Staatsbetriebe in Privathand entstanden. Während bei Kriegsbeginn 41 spezielle Heeresbetriebe fertiggestellt worden seien, habe sich die Zahl im Krieg auf 120 Werke erhöht.

Meyer betrachtete diese Betriebe als spezifische Form staatsmonopolistischer Eingriffe, die die Widersprüchlichkeit des monopolkapitalistischen Systems bei dem damals erreichten Vergesellschaftungsgrad deutlich sichtbar werden lasse. Andererseits verwies er darauf, daß trotz der zunehmenden Einbeziehung des Staates als direkten Rüstungsproduzenten die Monopole dennoch durch staatlich abgesicherte Preismanipulationen ihre Profitmöglichkeiten sicherten. Grundsätzlich sah er in dieser Form der Zusammenarbeit zwischen militärischer Führung und Teilen des Monopolkapitals starke Impulse für die Verstärkung der direkten staatsmonopolistischen Regulierung und eine Tendenz, die darauf hinauslief, diesen staatsmonopolistischen Eingriffen umfassenden Charakter zu verleihen, der in der Nachkriegsentwicklung mit der Herausbildung des Militär-Industrie-Komplexes seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Alfred Schröter (Berlin) setzte sich mit Problemen auseinander, die mit der Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion (Konversion) als wirtschaftshistorischer Fragestellung zusammenhängen. Mottek komme das Verdienst zu, immer zur rechten Zeit neue Fragen aufgeworfen zu haben, wobei er auch auf die globalen Probleme aufmerksam gemacht habe. Nach einer Polemik mit Dieter Baudis stellte Schröter fest, daß es heute wissenschaftlich sehr wichtig ist, noch mehr darüber zu wissen, wie es dem deutschen Monopolkapital gelang, seinen Staat von der Kriegs- in die

Friedensstruktur, von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zeitweilig zu überführen. Nicht das subjektive Motiv, sondern der objektive Mechanismus sei für die heutige Zeit brennend aktuell. Die Marxisten-Leninisten seien daher im Friedenskampf durch die Aufgabe gefordert, den fortschrittlichen Kräften in der kapitalistischen Welt zu helfen, Alternativen für einen Kapitalismus ohne Notwendigkeit einer Rüstungsindustrie zu finden. Schröter entwickelte dazu vier Thesen:

1. Konversion ist ein politischer und ökonomischer Prozeß, der erst seit dem Aufkommen von Massenarmeen, seit der Entwicklung von Kriegswirtschaft bzw. der ökonomischen Kriegsbereitschaft von Staaten auftritt.
2. Konversion ist staatsmonopolistische Regulierung.
3. Das Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges zeigt die Möglichkeiten der Rüstungskonversion und sollte deshalb gründlicher analysiert werden.
4. Auch die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bietet im Sinne der Konversion reichliche Forschungsmöglichkeiten, um auf diese Weise einen Beitrag zur Friedensforschung zu leisten.

Obwohl sich in der polnischen Historiographie, wie Zbigniew Landau (VR Polen) in seinem Beitrag einleitend feststellte, die Auffassung durchgesetzt hat, daß wesentliche politische Veränderungen immer auf ökonomischen Ursachen beruhen, spiegele sich diese Erkenntnis zu wenig in den Forschungsergebnissen wider. Er forderte, den Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie bei der Analyse historischer Prozesse stärker zu beachten, und wandte sich gegen eine Darstellung der Geschichte, die politische und wirtschaftliche Entwicklung separat behandelt. Landau vertrat die Meinung, daß beim Wechsel vom bürgerlichen Parlamentarismus zur offenen terroristischen Diktatur, wie er in einer Reihe kapitalistischer Länder während der Zwischenkriegszeit auftrat, wirtschaftliche Prozesse eine wesentliche Rolle spielten. Unter diesem Gesichtspunkt behandelte er die Entwicklung, die Polen zwischen den beiden Weltkriegen nahm. Er arbeitete heraus, daß die Hyperinflation, die nachinflationäre Depression und wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Jahren 1923 bis 1925 die Krise der bürgerlichen Demokratie indirekt beeinflussten und den Staatsstreich Josef Piłsudskis begünstigten. Landau machte ferner auf den Umstand aufmerksam, daß es nach dem Machtantritt Piłsudskis verschiedene Phasen des diktatorischen Regimes gab. Er wies darauf hin, daß die Piłsudski-Herrschaft in den wirtschaftlich relativ günstigen Jahren von 1926 bis 1929 noch gemäßigte Züge trug, während mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise der Abbau des Liberalismus schneller voranschritt. Daß die Diktatur nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise faschistische Züge annahm, setzte Landau wiederum mit der wirtschaftlichen Situation in Beziehung, die, wie er ausführte, eine Rückkehr zum bürgerlichen Parlamentarismus erschwerte. Betonte Landau die Relevanz ökonomischer Umstände für politische Entwicklungen, räumte er aber auch ein, daß nicht alle politischen Aktivitäten direkt aus ökonomischen Ursachen abgeleitet werden können.

Thomas Kuczynski (Berlin) sprach über die "langen Wellen der Konjunktur" und ihre Widerspiegelung in der Entwicklung von Industrie und

Landwirtschaft hinsichtlich der Sachgüterproduktion in der kapitalistischen Welt von 1850 bis 1983. Kuczynski ging davon aus, daß die seit der Überproduktionskrise von 1973 andauernde Verlangsamung im Wirtschaftswachstum der kapitalistischen Länder alte Theorien widerlegt, die behaupten, der Krisenzyklus in seiner klassischen Gestalt gehöre der Vergangenheit an. Gleichzeitig sei die Diskussion über die "langen Wellen der Konjunktur" neu entfacht worden. Im Ergebnis der Untersuchung des Anteils von Industrie und Landwirtschaft am Volumen der Sachgüterproduktion der kapitalistischen Welt seit 1850 seien die "langen Wellen der Konjunktur" ganz deutlich sichtbar, wenn die Wachstumsraten der Industrie analysiert werden. Auf eine Periode langsameren Wachstums folge eine Periode schnelleren Wachstums und umgekehrt. Daran ändere auch die Einbeziehung der Standardfehler in die Analyse nichts, denn die Unterschiede zwischen den Wachstumsraten aufeinanderfolgender Perioden seien sehr viel größer als die Standardfehler der Wachstumsraten. Werden auf analoge Weise die Landwirtschaftsdaten analysiert, so sind nach Kuczynski weitaus weniger eindeutige Resultate zu erhalten. Kuczynski formulierte, daß in Perioden struktureller Stagnation das Wachstum der Industrieproduktion stets sehr viel geringer war als in anderen Perioden. Das landwirtschaftliche Produktionswachstum sei nicht in dieser Weise parallelisierbar, denn in der ersten Periode struktureller Stagnation wachse die landwirtschaftliche Produktion schneller, in der zweiten langsamer und in der dritten genauso wie zuvor. Die Landwirtschaft, so Kuczynski, dürfte demzufolge für den Periodenwechsel nicht verantwortlich sein. Die gewonnenen Resultate wurden von Kuczynski mathematisch verifiziert. Zugleich wurde auf Probleme aufmerksam gemacht, die sich darstellen, wenn die entsprechenden mathematischen Modelle auf aggregierte Daten bis hin zur Weltproduktion verwendet werden. Die Möglichkeiten, die sich daraus für die historisch-theoretische Analyse ergeben, wurden von ihm anhand der Betrachtung der sog. Großen Depression im dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands"⁷ demonstriert.

Rudolf Ludloff (Karl-Marx-Stadt) beschäftigte sich mit der Beachtung des Weltbildes, insbesondere des menschlichen Selbstverständnisses, in der Wirtschaftsgeschichte. Am Anfang seiner Ausführungen erläuterte Ludloff die spezifische Gestaltung von Vorlesungen und Seminaren an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, deren theoretischer Ausgangspunkt die dialektischen Beziehungen zwischen Entwicklungsprozessen der Produktivkräfte und der Entfaltung des menschlichen Selbstverständnisses ist. Nach Auffassung von Ludloff interessiert den Wirtschaftshistoriker hierbei vor allem das Selbstverständnis des Menschen als Produzent. Nur unter Beachtung dieses Aspektes sei es möglich, Fortschritte und Stagnation in der Geschichte der Produktivkräfte umfassend zu begreifen. Diese Auffassung sei als Ergebnis langjähriger Forschungen zur Geschichte der Naturwissenschaften und Technik entstanden. Als einen markanten Wegweiser dieser Betrachtungsweise bezeichnete Ludloff dabei Motteks Arbeit "Zu

7 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974.

einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen"⁸.

Im weiteren stellte Ludloff in einem umfassenden historischen Abriss die Veränderung des menschlichen Selbstverständnisses zwischen Urgesellschaft und Sozialismus aus der Sicht des Wirtschaftshistorikers vor. Er schlußfolgerte, daß dem Weltbild und dem Persönlichkeitsempfinden des Menschen, gerade bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, eine wachsende Bedeutung zukommt. In der Ausbildung von Diplomingenieuren und Naturwissenschaftlern sei dies besonders zu beachten, und um dem zu entsprechen, muß die vielfach beschworene interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Kultur- und Technikhistorikern, Philosophen und Politökonomen unbedingt erweitert und vertieft werden.

Michael Laschke (Berlin) trug Überlegungen zur Herausbildung der Systeme der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in den europäischen RGW-Ländern vor. Er ging von der These aus, daß entsprechende wirtschaftshistorische Untersuchungen bis zum Beginn der 70er Jahre die Rolle der Planung für das Wirtschaftswachstum in den Vordergrund stellten, sich in den letzten Jahren jedoch das Planungs-, Leitungs- und Stimulierungssystem zu einem eigenständigen Komplex der Forschung entfaltete. Gegenwärtig seien die Untersuchungen schwerpunktmäßig auf die entsprechenden Entwicklungsprozesse in den 60er Jahren gerichtet, wofür oft der allerdings nicht von allen Wissenschaftlern anerkannte Begriff der "Wirtschaftsreform" verwendet werde. Deren Vorgeschichte wiederum sei nur vereinzelt und teilweise konträr dargestellt.

Laschke stellte sich in seinem Vortrag das Ziel, einige Aspekte dieser Vorgeschichte aufzuhellen. Er charakterisierte zunächst den dialektischen Widerspruch zwischen den Entwicklungsanforderungen in den Volkswirtschaften der sozialistischen Länder Europas und dem gegebenen System der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung, der sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre herausbildete. Er stellte die wichtigsten Maßnahmen vor, die seit 1967 in den einzelnen Ländern zur Überwindung dieses Widerspruchs eingeleitet wurden. Damit begann seines Erachtens die Vorgeschichte der Wirtschaftsreform. Laschke verwies sowohl auf die in diesem Prozeß erreichten Erfolge als auch auf die ungelösten Probleme. Diese noch offenen Fragen zeigten sich nach seiner Auffassung

1. auf der Ebene der Wirtschaftseinheiten (Betriebe bzw. Kombinate),
2. in den Beziehungen zwischen Volkswirtschaften und Wirtschaftseinheiten,
3. hinsichtlich der Triebkräfte zur Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Laschke schlußfolgerte daraus, daß die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre eingeleiteten Maßnahmen noch keine optimale Verbindung zwischen volkswirtschaftlichen Erfordernissen und betrieblichen Interessen hervorbrachten. Dennoch hätten sie einen nicht zu unterschätzenden Platz in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Sozialismus, indem sie das gesellschaftliche Bewußtsein auf die Weiterentwicklung des gesamten Wirtschafts-

8 Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: JWG, 2 - 3/1964, S. 182 - 214.

mechanismus unter besonderer Berücksichtigung der Ware-Geld-Beziehungen vorbereiteten und Lösungen anboten, die später aufgegriffen wurden. Daß diese Maßnahmen der zweiten Hälfte der 50er Jahre dennoch von Historikern und Ökonomen nicht als Vorgeschichte der "Wirtschaftsreformen" anerkannt sind, ist nach seiner Auffassung vor allem in der Spezifik des Übergangs von den 50er zu den 60er Jahren begründet. Anhand von Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen RGW-Länder belegte Laschke seine These, daß die komplizierten Bedingungen dieses Übergangs die kontinuierliche Weiterentwicklung der Systeme der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung im ersten Drittel der 60er Jahre verlangsamten und teilweise sogar bewährte Ansätze völlig vergessen wurden. Unter diesen Umständen hätten die Maßnahmen seit der Mitte der 60er Jahre teilweise als "Reformen" erscheinen müssen (sie wurden in manchen Ländern auch so bezeichnet), obwohl die Lösungsansätze mit den Maßnahmen aus der zweiten Hälfte der 50er Jahre in grundsätzlichen Positionen übereinstimmten und die gleichen Ziele zur ökonomischen und politischen Stärkung des Sozialismus verfolgten.

Rudolf Olšovský (ČSSR) analysierte die Bedeutung der Intensivierung des Reproduktionsprozesses für den Aufbau des entwickelten Sozialismus in den europäischen RGW-Ländern. Er untersuchte zunächst die wirtschaftshistorischen Grundlagen im allgemeinen sowie in den einzelnen Ländern und leitete daraus die generelle Tendenz zur umfassenden Intensivierung seit den 70er Jahren ab. Die Dialektik von inneren Notwendigkeiten und äußeren Bedingungen legte Olšovský an der Entspannungspolitik der 70er Jahre sowie am Konfrontationskurs der USA seit den 80er Jahren dar.

Angesichts der sinkenden Wachstumsraten der Industrieproduktion im Vergleich der 50er und 60er Jahre mit denen der 70er Jahre kam Olšovský zu dem Schluß, daß sich die Qualität des Wachstums durch die umfassende Intensivierung ändert, wobei sie in mehreren zeitlichen Etappen abläuft.

In seinem Beitrag über die umfassende Intensivierung und Infrastruktur ging Helmut Koziolk (Berlin) darauf ein, daß bereits heute der Prozeß der umfassenden Intensivierung von neuen qualitativen Faktoren bestimmt wird. Dies treffe auf die Industrie und andere volkswirtschaftliche Bereiche zu. Koziolk hob hervor, daß die indirekt wirkenden Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion dabei wachsendes Gewicht erhalten, also jene, die stofflich nicht unmittelbar (wie Verkehrs- und Energieleistungen) oder nur in geringem Maße (wie Wasser) in die erzeugten gegenständlichen Gebrauchswerte eingehen, aber unabdingbar für das Funktionieren der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und für die Befriedigung konsumtiver Bedürfnisse sind. In diesem Zusammenhang sei eine leistungsfähige Infrastruktur eine unerläßliche Bedingung für die Durchsetzung der umfassenden Intensivierung im Rahmen der ökonomischen Strategie. Das Niveau der Infrastruktur habe entscheidenden Einfluß auf die Beschleunigung des Kreislaufs der Reproduktion, auf die Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Produktion sowie auf das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Koziolk legte dar, daß die Gewinnung und Verwendung von Energie, Transport- und wasserwirtschaftlichen Leistungen in der Wirtschaft des entwick-

kelten Sozialismus ebenfalls zunehmend Gewichte erlangen, und zwar sowohl als Element der Konsumtion als auch als Produktivkraft. Definitiv würden jene Leistungen der materiellen Produktion als technische oder produktive Infrastruktur bezeichnet. Koziolk verweist u. a. auf den Zusammenhang von technischer und sozialer Infrastruktur, der besonders wichtig ist, damit sich die Menschen wohlfühlen, wobei die kulturell-sozialen Einrichtungen eine besondere Rolle spielen. Die Leistungen der technischen Infrastruktur hätten eine große Bedeutung für die kontinuierliche Durchführung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die technische Infrastruktur stelle selbst einen wichtigen Bereich materieller Produktion dar, wobei Koziolk auf die historischen Analysen der Klassiker des Marxismus-Leninismus verweist, die vor allem die Rolle des Transportwesens hervorhoben. Zugleich sei dieser Bereich ein ausschlaggebender Faktor bei der Gestaltung volkswirtschaftlicher Grundproportionen. Seine Leistungen erhöhten die Wirksamkeit der Produktion und bildeten zugleich eine Voraussetzung für ein hohes Konsumtionsniveau. Koziolk unterstrich, daß Energie, Transport- und Kommunikationsleistungen sowie Wasser wesentliche Elemente der Konsumtion, des individuellen und gesellschaftlichen Verbrauchs der Bevölkerung, Voraussetzung der Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen sowie des Funktionierens der materiellen Versorgung und der kulturell-sozialen Betreuung der Bevölkerung im Territorium sind. Diesen wachsenden und sich qualitativ wandelnden Bedarf gelte es in vollem Umfang und auf rationellste Weise zu befriedigen.

In der DDR würden umfangreiche gesellschaftliche Mittel für den laufenden Verbrauch der Bevölkerung an Energie, Beförderungsleistungen und Wasser aufgewendet, wobei in den Kennziffern der persönlichen Einkommen und Ausgaben das Gewicht des individuellen Verbrauchs an solchen infrastrukturellen Leistungen nur beschränkt zum Ausdruck komme. So sei z. B. der Anteil der bezahlten Leistungen für Strom und Gas am Verbrauch der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte 1984 gegenüber 1970 auf 1,3 % zurückgegangen; gleiches gelte für den Anteil der Mieten, er betrage 2,5 %. Die gesellschaftlichen Aufwendungen für den Verbrauch unentgeltlicher Leistungen seien gegenüber 1970 bis 1984 auf über das Dreifache angestiegen.

An weiteren Beispielen wurde gezeigt, welche umfangreichen Mittel und Kräfte für den Ausbau und die wachsende Leistungsfähigkeit der Infrastruktur gegenwärtig aufgewendet werden. Deshalb seien eine steigende Effektivität bei der Erzeugung dieser Leistungen sowie die ökonomisch wirksamste Verwendung in der materiellen Produktion zwei wesentliche Seiten der umfassenden Intensivierung, auf die besonders Günter Mittag am Beispiel der Energie hingewiesen habe. Auch 1985 seien Sparsamkeit und rationelle Verwendung von Leistungen der technischen Infrastruktur ein wichtiger Faktor gewesen, um den Produktionsverbrauch der Volkswirtschaft je Einheit produziertes Nationaleinkommen zu verringern.

Die grundsätzliche Spezifik der hohen Fondsintensität der Leistungen der Infrastruktur wurde von Koziolk ausführlich auf der Grundlage von Analysen der Klassiker des Marxismus-Leninismus dargelegt und die erforderlichen Schlußfolgerungen, wie sie in den Parteidokumenten enthalten sind, für die weitere Entwicklung der umfassenden Intensivierung dargelegt. Dauerhafte Grundlagen für die Intensivierung der Volkswirtschaft

auf lange Sicht zu schaffen bedeute, auf der Grundlage zielstrebigere wissenschaftlich-technischer Arbeit sowie durch die Anwendung neuer Kommunikationstechnologien und -techniken die Informations- und Kommunikationsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht nur zunehmend besser, sondern auch in qualitativ neuer Weise zu befriedigen. Koziolek ging dann auf Probleme des Umweltschutzes ein und endete mit der Feststellung, daß alle Vorhaben im Bereich der Infrastruktur darauf abzielen, die Bedingungen für die weitere stabile und dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern, das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis noch günstiger zu gestalten und damit den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion zu beschleunigen.

Günter Hoell (Berlin) behandelte Grundprobleme des Inhalts und der Rolle des Lebensmittelprogramms der Sowjetunion. Den Ausgangspunkt seiner Ausführungen bildete die Charakterisierung des Platzes dieses Programms in der Wirtschaftsstrategie der KPdSU. Dabei hob Hoell hervor, daß dessen Bedeutung als strategisches Dokument über die weitere Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln hinausgehe. Er charakterisierte in seinem Beitrag das Ernährungsproblem in der Sowjetunion und wies nach, daß es keinen Hunger in der Sowjetunion gibt und das Ernährungsproblem vorrangig struktureller Natur ist, was sich vor allem im noch zu geringen Angebot hochwertiger Nahrungsmittel ausdrückt. Die Ursachen für dieses Ungleichgewicht lägen sowohl im gesamtgesellschaftlichen Bereich als auch im Agrarsektor selbst; sie hingen u. a. damit zusammen, daß in den letzten zwanzig Jahren die Geldeinkommen je Einwohner schneller gewachsen seien als die Agrarproduktion je Einwohner, wodurch die Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln wiederum rasch gewachsen sei. Im letzten Teil des Beitrages wurden die Maßnahmen zur Lösung des Ernährungsproblems behandelt, wobei unter Beachtung des Primats der Entwicklung der Landwirtschaft insbesondere auf die proportionale Entwicklung der verschiedenen Glieder des volkswirtschaftlichen Agrar-Industrie-Komplexes hingewiesen wurde.

Mit der gegenwärtigen Bedeutung des Staatskapitalismus in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beschäftigte sich Norimichi Sugita (Japan). Er ging davon aus, daß der Gedanke, den Staatskapitalismus für den sozialistischen Aufbau auszunutzen, erstmals von Lenin theoretisch entwickelt und in Sowjetrußland bzw. der UdSSR praktisch realisiert wurde. Der Staatskapitalismus sei als Element der Wirtschaftspolitik der Übergangsperiode, der Neuen Ökonomischen Politik, aufgetreten. Zu seinen Erscheinungsformen gehörten gemischte Betriebe, Konzessionen an ausländische Kapitalisten sowie die Verpachtung kleiner Betriebe an ihre ehemaligen Eigentümer.

Entsprechend den unterschiedlichen konkreten historischen und nationalen Bedingungen seien nach dem zweiten Weltkrieg in den neu entstehenden sozialistischen Ländern Formen des Staatskapitalismus in unterschiedlichem Maße angewendet worden, wobei dies nach Auffassung von Sugita in der DDR am ausgeprägtesten erfolgte.

Die zweite Ausgangsthese von Sugita bestand in der Aussage, daß das Problem des Staatskapitalismus in der Strategie und Taktik der Arbeiterparteien in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, z. B. in Japan, zunehmend an Bedeutung gewinnt. Damit sei es offensichtlich auch notwen-

dig, den Begriff Staatskapitalismus richtig zu definieren und auf den grundsätzlichen Unterschied von Wesen und Erscheinungsformen des Staatskapitalismus in kapitalistischen Produktionsverhältnissen und in sozialistischen bzw. in entstehenden sozialistischen Produktionsverhältnissen einzugehen.

Mit seinen Aussagen zur Verstaatlichung im Kapitalismus im dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands"⁹ habe Mottek dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Im weiteren analysierte Sugita grundsätzliche Positionen der japanischen Arbeiterparteien zum Staatskapitalismus, wobei die Auswertung der Erfahrungen der DDR seines Erachtens noch nicht genügend Beachtung fand.

Unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart sei die Möglichkeit der Bündnispolitik mit den kleinen und mittleren Kapitalisten größer als 1944/45 in den heutigen sozialistischen Ländern. Er führte an, daß dabei in verschiedener Hinsicht neue Fragen auftreten. Erstens habe sich z. B. in der DDR erst nach der Beseitigung des Monopolkapitals eine objektive Grundlage für die Einbeziehung der kleineren und mittleren Kapitalisten in den gesellschaftlichen Aufbau ergeben. In der Gegenwart müsse ein entsprechendes Bündnis schon vor Beginn der Übergangsperiode mit dem Ziel eingegangen werden, das Monopolkapital in seiner Macht zu beschränken, um es danach zu beseitigen.

Zweitens müßten in diesem Bündnis sowohl die objektive Interessenlage als auch die Widersprüche im Verhalten zur Arbeiterklasse (z. B. Lohnkampf) beachtet werden, um die ökonomische Perspektive dieser kleinen und mittleren kapitalistischen Betriebe zu sichern.

Drittens sei davon auszugehen, daß bestimmte Formen des Staatskapitalismus und damit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit Teilen der Bourgeoisie von längerer Dauer sein können. Dadurch dürfte allerdings die Lösung der Machtfrage im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nicht gefährdet werden.

Janusz Kaliński (VR Polen) legte mit seinem Beitrag Ergebnisse einer wirtschaftstheoretischen Langzeitanalyse zu ausgewählten Fragen der sozialistischen Wirtschaftsgeschichte vor. Bezugnehmend auf die Schwierigkeit, eine wachstumsfreundliche Relation zwischen Akkumulation und Konsumtion theoretisch zu bestimmen und praktisch in der Wirtschaftspolitik durchzusetzen, erinnerte er an die Wachstumstheorie des polnischen Politökonomen Michael Kalecki. Kaliński analysierte, beginnend mit dem Dreijahrplan Volkspolens, die Schwerpunkte der polnischen Wirtschaftsstrategie und arbeitete heraus, welche Gründe zur Aufstellung der im Untersuchungszeitraum initiierten Investitionsprogramme führten und warum in einigen Fällen Programmänderungen eingeleitet wurden. Bezogen auf den Gesamtzeitraum, stellte Kaliński fest, daß die Akkumulationsrate in enger Korrelation zur Wachstumsrate des verteilbaren Nationaleinkommens stand, wobei sich die absolute Höhe der Konsumtion nicht so einschneidend änderte wie die der häufig schwankenden Akkumulation. War ein jeweils neues Stadium der Industrialisierung von einer gestiegenen Akkumulationsrate begleitet, führte Kaliński aus, gingen die Akkumulationsraten nach

9 Mottek/Becker/Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3.

Jahren mit einer hohen Dynamik des Wirtschaftswachstums zurück. Kalliński machte nicht nur Angaben zum Wachstum der Konsumtion, sondern auch über Strukturveränderungen des Verbrauchs anhand ausgewählter Waren für die Jahre 1950, 1960 und 1970.

Die Langzeitanalyse Irena Kostrowickas (VR Polen) setzte die im vorangegangenen Beitrag gegebene Darstellung fort. Sie arbeitete die Grundzüge eines zu Beginn der 70er Jahre eingeleiteten neuen sozialökonomischen Entwicklungsprogramms heraus und erläuterte dessen Umsetzung, die seit Mitte der 70er Jahre zunehmend schwieriger wurde. Deutlich würden die Unterschiede zur vorangegangenen Entwicklung. Während in der zuvor praktizierten Wirtschaftsstrategie entweder dem wirtschaftlichen Wachstum oder der Konsumtion der Vorrang eingeräumt worden sei, laufe das neue Programm darauf hinaus, Wirtschaftswachstum zu stimulieren.

Tatsächlich seien in der ersten Hälfte der 70er Jahre nicht nur extrem hohe Investitionen vorgenommen, nicht nur eine starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums erreicht worden, sondern gleichzeitig habe der Lebensstandard beachtliche Verbesserungen erlangt. Der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen habe bis 1976 außerordentlich hoch gelegen und 1974 mit 35,1 % den Höchststand in der Geschichte Volkspolens erreicht. Größere Beachtung sei den Modernisierungsinvestitionen beigegeben worden, und es sei gelungen, sowohl die Rohstoff- und Energiebasis als auch die Konsumgüterproduktion schnell zu steigern. Die Erfüllung des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 sei die beste Realisierung aller bis dahin vorhandenen Pläne gewesen. Das Nationaleinkommen sei um 64 %, die Industrieproduktion um 64 %, die Agrarproduktion um 19,4 % und die Reallöhne um 41,6 % gestiegen. Gegen Mitte der 70er Jahre seien dann Disproportionen und in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts hochgradige wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgetreten.

Kostrowicka stellte fest, daß die extrem hohe Dynamik der Akkumulation und ein übermäßiges, besonders mit ausländischen Krediten finanziertes Wachstum zu ernsthaften Störungen des Wirtschaftswachstums führten. Sie verwies auf eine zunehmende Investmittelbindung, eine stark angestiegene Nachfrage auf dem Binnenmarkt, auf inflationären Preisdruck, schnelles Anwachsen der Auslandsschulden und auf den Umstand, daß trotz zunehmender Schuldendienstzahlungen neue Kredite infolge des langfristigen Technikimports aufgenommen werden mußten.

Erhöht worden seien die Schwierigkeiten durch Mißernten in den Jahren 1975 bis 1978, was zu gesteigerten Lebensmittel- und Futtermittelimporten geführt habe, durch eine Verschlechterung der "terms of trade" und die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise kapitalistischer Länder auf den polnischen Außenhandelsumsatz. Gleichzeitig hätten sich die Bedingungen für die Aufnahme neuer Kredite verschlechtert und die Versuche, durch eine veränderte Wirtschaftsstrategie diesen Komplikationen zu begegnen, hätten sich schon deshalb als schwierig erwiesen, weil die Großinvestitionen bereits angelaufen waren. Nach einem Stadium außerordentlicher Ausdehnung habe ein wirtschaftlicher Rückgang eingesetzt, der in die sozialpolitischen Spannungen des Jahres 1980 einmündete.

Im Anschluß an die Analyse der 70er Jahre nahm Kostrowicka eine Wertung der wirtschaftlichen Veränderungen und Ergebnisse vor, die im Zeitraum von 1950 bis 1980 erreicht wurden. Sie sagte angesichts der Tatsache, daß

das Nationaleinkommen um mehr als das 6,5fache, die Industrieproduktion auf das 15fache und die Agrarproduktion auf das Doppelte angestiegen sind und bei einer Zunahme der Bevölkerung von 25 auf 35,7 Mill. beachtliche Ergebnisse z. B. im Bildungswesen erzielt werden konnten, zeugt die Wirtschaftsentwicklung von erheblichen Fortschritten. Kostrowicka hob im Hinblick darauf hervor, daß die Wirtschaftsstrategie Polens langfristig zu einem beträchtlichen Zuwachs des Wohlstandes der Nation, der Lebensqualität und der Kultur verholfen hat. Allerdings würden die Entwicklungsaussichten Polens durch die aus den 70er Jahren übernommenen Schwierigkeiten, besonders die hohe Auslandsverschuldung, überschattet.

Abschließend ging Kostrowicka auf den seit 1982 laufenden Dreijahrplan sowie auf die Aufgaben ein, die gegenwärtig in der Wirtschaft zu lösen sind.

A. A. Uspenski (UdSSR) analysierte die Hauptrichtungen der Lösung des Lebensmittelprogramms der UdSSR im Zeitraum bis 1990. Er ging von den wichtigsten Ergebnissen der Entwicklung der Landwirtschaft und den grundlegenden sozialökonomischen Prozessen der letzten Jahre aus, um die Hauptwege und Mittel der Realisierung des Lebensmittelprogramms aufzuzeigen, die er in folgenden Schwerpunkten sah:

1. der Erarbeitung und Realisierung eines Komplexprogramms für die Sicherung der stabilen Versorgung mit Lebensmitteln,
2. der Konzentration auf die weitere Erhöhung der Effektivität der Landwirtschaft,
3. der Sicherung einer komplexeren Entwicklung der Landwirtschaft,
4. der Verwirklichung einer wesentlichen sozialen Umgestaltung auf dem Lande.

Uspenski verwies darauf, daß die prinzipielle Grundlage der gegenwärtigen Agrarpolitik vom Plenum des ZK der KPdSU vom März 1965 ausgearbeitet und in den folgenden Jahren die landwirtschaftliche Produktion bei Veränderung der Proportionen zugunsten der Landwirtschaft gesteigert wurde. Er verdeutlichte, daß für die komplexere Realisierung dieser Aufgabe die Koordinierung der Entwicklung der Landwirtschaft mit vielen Bereichen der Industrie und des Transportwesens notwendig ist. Der Schwerpunkt innerhalb der Landwirtschaft solle in den nächsten Jahren im Unterschied zum vorangegangenen Planzeitraum auf die beschleunigte Entwicklung des Ackerbaus gelegt werden, um trotz der objektiven natürlichen Unterschiede der einzelnen Regionen und Witterungsbedingungen durch die Konzentrierung der Investitionen die erfolgreiche Lösung der Hauptaufgaben des Lebensmittelprogramms zu sichern. Uspenski nannte die einzelnen Faktoren und ergänzenden Maßnahmen, wies aber auch auf die z. T. noch ungenügend entwickelte materiell-technische Basis, speziell des Landmaschinenbaus, hin.

Große Bedeutung maß er im Rahmen des Agrar-Industrie-Komplexes einer Verbesserung der Lagerung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei, die bisher Quelle von Verlusten gewesen seien. Außerdem nannte er Reserven hinsichtlich der Planung, Leitung und Organisation der Landwirtschaft. In dem notwendigen komplexen Herangehen bei der Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Durchsetzung des Zieles, des Lebensmittelprogramms, sah er zugleich die Garantie für die qualifizierte Lösung der bevorstehenden Aufgabe.

Zum Abschluß der internationalen Konferenz nahm Akademiemitglied Hans Mottek noch einmal das Wort. Er dankte den Teilnehmern für die vielgestaltigen Beiträge, die eine große Ermutigung zur Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit der Vertreter vieler wirtschaftswissenschaftlicher, wirtschaftshistorischer und technischer Disziplinen sowie zugleich zum Ausbau der internationalen Kooperation sind. Es komme besonders darauf an, die Vielseitigkeit der wirtschaftshistorischen Lehre und Forschung zu erhalten und dabei stärker als bisher globale Probleme, besonders der Friedenssicherung und der Umwelt, einzubeziehen. Der Verlauf der Konferenz habe außerdem gezeigt, wie dringend Diskussionen von Vertretern unterschiedlicher wirtschaftswissenschaftlicher Disziplinen zu Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Geschichte der Produktivkräfte, der Bevölkerungsentwicklung, des ökonomischen Wachstums der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sowie zur Ressourcenproblematik sind. Mottek machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß im Friedenskampf alternative Lösungen für Weltprobleme auch durch die wirtschaftshistorische Forschung erbracht werden müssen. In diesem Sinne werde er stets seine ganze Kraft einsetzen.

Walter Becker/Michael Laschke/Peter Meyer/Gerd Neumann

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

30. Lieferung

von Detlef Gritzke

Theorie und Methodik

4777.

Abalkin, L.: Der entwickelte Sozialismus und die neuen Anforderungen an das ökonomische Denken. - In: Sowjetwiss., Gesellschaftswiss. Beitr., Berlin, 38 (1985) 3, S. 245 - 253.

4778.

Diehl, Hans-Peter; Kopf, Eike: Sozialdemokratische und bürgerliche Reaktionen auf den zweiten Band des "Kapitals" von Karl Marx bis zum Erscheinen des dritten Bandes. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 33 (1985) 8, S. 1119 - 1214.

4779.

Domdey, Karl-Heinz: Weltwirtschaft und Weltwirtschaftslehre: Ein Disk.beitr. - Berlin: Humboldt-Univ., 1984. - 366 S. : Tab. - (Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin).

4780.

Florath, Bernd: Neue Quellen und Überlegungen zur Theorie der asiatischen Produktionsweise. Fritjof Tichelman, Marx and Indonesia. Preliminary notes; Irfan Habib, Marx's perceptions of India - Schriften aus dem Karl-Marx-Haus; 30. Trier, 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 177 - 182.

4781.

Geschichte der politischen Ökonomie: Grundriß / Hrsg. von Herbert Meißner. - 2. überarb. u. erw. Aufl. - Berlin: Dietz Verl., 1985. - 903 S.

4782.

Hecker, Rolf; Čepurenko, Aleksandr: Marx' Werttheorie - Hauptgegenstand der Angriffe der bürgerlichen "Marxologie" auf ökonomischem Gebiet: Alexander Tschepurenko. Mit russ. u. engl. Rés. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 8 (1985), S. 103 - 129.

4783.

Hecker, Rolf; Klapperstück, Edgar; Kopf, Eike: Zur Herausgabe der dritten deutschen Auflage des ersten Bandes des "Kapitals" im MEGA-Band II/8. - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 17 (1984), S. 76 - 88.

4784.

Lehmann, Hermann: Ökonomisches in Rosa Luxemburgs Briefen. Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. - Berlin: Dietz-Verl.- Bd. 1 - 3. 1982; Bd. 4. 1983; Bd. 5. 1984. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 139 - 144.

4785.

Möller, Frank: Produktionszyklus und komparative Vorteile: Bemerkungen zu einigen aktuellen nicht-marxistischen Außenhandelstheorien u. ihrer Bedeutung für d. Entw.länder. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 1, S. 28 - 39.

4786.

Opitz, Petra: Die Kategorie Arbeitsproduktivität in der politischen Ökonomie der DDR von 1945 bis Ende der 70er Jahre. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 25 - 45.

4787.

Ternovskij, Michail: Die Agrikulturchemie und die Entwicklung der Grundrententheorie durch Marx / Michail Ternowski. Mit russ. u. engl. Rés. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 8 (1985), S. 89 - 102.

4788.

Ustapetkova, Živka: Die Vervollkommnung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und die Wirkung des Gesetzes der vorrangigen Entwicklung der Abteilung I / Shivka Ustapetkova. Mit russ. u. engl. Rés. - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellschaftswiss. R., Jena. 34 (1985) 4, S. 445 - 451 : Tab.

4789.

Wirtschaftsgeschichte und Mathematik : Beiträge zur Anwendung math., insbes. statist. Methoden in d. wirtsch.- u. sozialhistor. Forsch. / Hrsg. von Thomas Kuczynski. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 176 S. : Tab. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; 18).

Bibliographien

4790.

Barth, Ernst: Auswahlbibliographie zur Industriegeschichte von Chemnitz, Karl-Marx-Stadt. - Karl-Marx-Stadt : Stadtarchiv, 1983. - 57 S.

4791.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. - 20. Fortsetzung / Von Renate Gün-

ther. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 1, S. 203 - 206.

4792.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. - 27. Lieferung / Von Dieter Müller. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 213 - 228.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

4793.

Bleckert, Heinz: Konferenz der Multilateralen Arbeitsgruppe "Ökonomie und internationale Wirtschaftsbeziehungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik" zum Thema "Äußere und innere Faktoren der strukturellen Veränderungen in den Ländern Lateinamerikas" vom 27. - 29. März 1984 in Budapest. - In: Lateinamerika, Rostock, Frühjahrssemester, 1984 (1985), S. 161 - 165.

4794.

Dokumente, zur demokratischen Bodenreform / Eingel. von Elke Warning/. - Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 27 (1985) 5, S. 634 - 643 : Tab.

4795.

Eckert, Detlef: Kolloquium über ökonomische Zusammenarbeit DDR-UdSSR. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 27 (1985) 6, S. 818 - 819.

4796.

Goldmann, Sonja: Konferenz über "Persönlichkeit und Betriebsgeschichte". - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 27 (1985) 6, S. 820 - 822.

4797.

Heyden, Ulrich van der: Zum Kampf der Völker Afrikas für sozialen Fortschritt (6. bis 8. Februar in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 207 - 211.

4798.

Migration, Ausländerbeschäftigung und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert : Materialien d. VIII. Rostocker Kolloquiums. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sekt. Gesch., 1985. - 84 S. : Tab. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 16).

4799.

Peters, Jan: Alte bäuerliche Schreibebücher - eine neue Quelle für Historiker. - In: Archivmitteilungen, Berlin, 35 (1985) 5, S. 157 - 158.

4800.

Skambraks, Hannes: Entstehungsgeschichte und Wirkungsgeschichte des "Kapitals" als wesentliche Bestandteile der Marx-Engels-Forschung. - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 17 (1984), S. 36 - 75.

4801.

Vollgraf, Carl-Erich: Marx' "Randnoten zu Dürrings 'Kritische Geschichte der Nationalökonomie'". Mit russ. u. engl. Rés. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 8 (1985), S. 233 - 275.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

4802.

Alte Taler des Münzkabinetts Gotha / Museen d. Stadt Gotha, Schloßmuseum. Heinz Hennrich ; Wolfgang Steguweit. - Gotha : Schloßmuseum, 1983. - 96 S. : Ill.

4803.

Barth, Ernst: Auszüge aus den "Inventurerweiterungen" der Besitzer eines Bauerngutes aus dem heutigen Kreis Zwickau in den Jahren 1897 bis 1942. - In: Regionalgesch. Beitr. Bezirk Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 6 (1984), S. 57 - 62.

4804.

Barth, Ernst: Straßennamen und ihre Aussage über ökonomische und technische Objekte innerhalb eines Industriebezirkes der DDR. - In: Linguist. Stud., R. A, Berlin, 129 (1985) 1, S. 48 - 57.

4805.

Forberger, Rudolf: Vom künstlerisch gestalteten Hartporzellan Böttgers zum technischen Porzellan im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 30 S. : Ill., Kt. - (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig : Philol.-Histor. Kl.; 125, 4).

4806.

Gaevert, Horst: Die Ifelder Braensteinhäuser. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 10 (1985), S. 10 - 18 : Ill.

4807.

Gerds, Peter; Gehrke, Wolf-Dietrich: Vom Fischland in die Welt. - Rostock : Hinstorff Verl., 1984. - 167 S. : Ill.

4808.

Glück auf : Zur Arbeit, Lebensweise u. Kultur werktät. Klassen u. Schichten im Erzgebirge u. Vogtland. - Schneeberg : Folklorenzentrums Erzgebirge/Vogtland beim Bez.-kabinett für Kulturarb. Karl-Marx-Stadt, 1985. - 76 S. : Ill., Tab. - (Beiträge zur Folklorepflege ; 19/20).

4809.

Grabow, Gerd: Zur Geschichte der Gebläse und Wassersäulenmaschinen im sächsischen Bergbau und Hüttenwesen. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 14 (1984) 2, S. 73 - 79 : Ill.

4810.

100 /Hundert/ Jahre Zellstoffwerk Gröditz : Ein Beitr. zur Entw. d. Produktionsverh. im Zellstoffwerk Gröditz. - Gröditz, 1983. - 31 S. : Ill.

4811.

Jünemann, Klaus; Preuß, Erich: Schmalspurbahnen zwischen Spree und Neiße. - Berlin : Transpress, 1985. - 131 S. : Ill.

4812.

Kirchberg, Peter: Autos aus Zwickau. - Berlin : Transpress, 1985. - 199 S. : Ill.

4813.

Klare, Hermann: Geschichte der Chemiefaserforschung. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 423 S. : Ill., Tab.

4814.

Kuczynski, Jürgen: Arbeiteralltag. Stefan Bajohr: Vom bitteren Los der kleinen Leute : Protokolle über d. Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen u. Arbeiter 1900 - 1933. - Köln : Bund-Verl., 1984. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 135 - 138.

4815.

Kuhlbrodt, Peter: Zur Geschichte der Gipsindustrie des Südharzes. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 10 (1985), S. 19 - 36 : Ill., Tab.

4816.

Lauerwald, Paul: Münzfunde auf dem Territorium der Stadt Nordhausen. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 10 (1985), S. 36 - 44.

4817.

Liebmann, Willy: Zur Betriebsgeschichte der Porzellanfabrik vormals Beyer & Bock. - In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 30 (1984) 11/12, S. 229 - 231.

4818.

Mahr, Bernd: Zur Geschichte der Mühlhäuser Straßenbahn. - In: Mühlhäuser Beitr. Gesch. u. Kulturgesch., Mühlhausen, 5 (1982), S. 75 - 83 : Ill. ; 6 (1983), S. 48 - 55.

4819.

Sitz, Peter: Schachtbautechnik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 15 (1985) 6, S. 202 - 209 : Ill.

4820.

Starkloff, Helge: Backen im Kreis Sangerhausen. - In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 8 (1985), S. 15 - 25.

4821.

Störzner, Frank: Der Geleitstein bei Werninghausen - ein seltenes Naturdenkmal : Ein Beitr. zur Erfurter Altstraßenforsch. - In: Urgesch. u. Heimatforsch., Weimar, 21 (1984), S. 22 - 34.

4822.

Veith, Horst: Arbeitslosigkeit - Geißel des Proletariats. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 247 S. : Ill.

4823.

Von der "Buckauer" zum Volkseigenen Betrieb "Karl Marx" : Aus d. einhundertjähr. Gesch. d. Sodawerkes in Staßfurt ; Von d. Anfängen d. Sodaproduktion bis zum X. Parteitag d. SED 1981. - Staßfurt : Betriebsparteiorganisation d. SED d. VEB Vereinigte Sodawerke "Karl Marx", Bernburg-Staßfurt, Betriebsteil Staßfurt, 1983. - 110 S. : Ill.

4824.

Wächtler, Eberhard: Energie- und Marktpolitik im sächsischen Bergbau bis zur industriellen Revolution. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 15 (1985) 8, S. 319 - 320.

4825.

Wagner, Wolfram: Die Schmalspurbahn Radebeul Ost-Radeburg : Chronik d. Bahn von ihrer Entstehung bis zur Gegenwart. - Radebeul : Dt. Modelleisenbahn-Verband d. DDR, Bezirksvorstand Dresden, 1983. - 48 S. : Ill., Kt.

4826.

Fischer, Hagen: Kolonen und Kolonienwirtschaft vor dem Kolonat. Klaus-Peter Johne/Jens Köhn/Volker Weber, Die Kolonen in Italien und den westlichen Provinzen des Römischen Reiches - Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike ; 21. Berlin, Akad.-Verl., 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 167 - 175.

4827.

Godvowska, Marta: Bemerkungen zur Nutzung der Salzquellen im Neolithikum von Malopolska. - In: Jschr. mitteldt. Vorgesch., Berlin, 68 (1985), S. 121 - 129 : Ill.

4828.

Stoof, Magdalena: Untersuchungen zu den landwirtschaftlichen Darstellungen in Privatgräbern des Alten bis Neuen Reiches in Ägypten I : Die Vorbereitung d. Feldes zur Aussaat. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesch.-wiss. R., Halle/S., 33 (1984) 5, S. 3 - 16 : Ill.

500 - 1789

4829.

Arnold, Thomas: Die Hohl-pfennige der Münzstätte Kelbra. - Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 10 (1985), S. 74 - 77.

4830.

Feudalismus : Entstehung und Wesen / Hrsg. von Eckhard Müller-Mertens. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 326 S. - (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft ; 4).

4831.

Fried, Wolfgang: Zur Münzprägung Albrecht des Bären in Brandenburg.

4832.

Gloger, Bruno: G. W. Leibniz' Vorschläge für eine Reform des deutschen Münzwesens. - In: Numism. Beitr., Berlin, (1984) 2, S. 2 - 13.

4833.

Harnisch, Hartmut: Die Gutsherrschaft : Forschungsberichte, Entwicklungszusammenhänge u. Strukturelemente. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 9 (1985), S. 189 - 240 : Tab.

4834.

Heitz, Gerhard: Dienste und Abgaben feudalahängiger Bauern im territorialen Vergleich. Hans Christian Steinborn, Abgaben und Dienste holsteinischer Bauern im 18. Jahrhundert = Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins ; 79. - Neumünster, Wachholtz, 1982; Walter Achilles, Die Lage der hannoverschen Landbevölkerung im späten 18. Jahrhundert = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen ; 34: Quellen und Untersuchungen zur Wirtschaft und Sozialgeschichte Niedersachsens in der Neuzeit ; 9. Hildesheim, Lax, 1982. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 149 - 166 : Tab.

4835.

Jankowski, Günther: Zur Geschichte der Pölsfelder Kupferschieferreviere. Völker, Reinhard: Die Brandschächter Schlotte bei Pölsfeld. - Uftrungen : Karstmuseum Heimkehle, 1983. - 28 (4) S. : Kt. - (Mitteilungen des Karstmuseums Heimkehle ; 6/7).

4836.

Köhler, Michael: Die Wüstung Wenigenbischofferode bei Bischofferode. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 1, S. 58 - 62 : Ill.

4837.

Kötz, Horst: Zur Geschichte der brandenburg-preußischen Münzstätte Magdeburg. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg, (1984), S. 39 - 47 : Ill.

4838.

Lappe, Ulrich; Möbes, Günter: Glashütten im Eichsfeld. - In: Alt-Thüringen, Weimar, 20 (1984), S. 207 - 232 : Ill.

4839.

Reinhold, Frank: 35 Jahre DDR - 205 Jahre Abtretung der Frondienste, der Mut- und Triftsgerechtigkeit und der Naturalabgaben des Rittergutes Waltersdorf (Waltersdorf bei Berga und Obergeißendorf). - In: Jb. Museums Hohenleuben-Reichenfels, Hohenleuben, 29 (1984), S. 5 - 19.

4840.

Richter, Johannes: Zur Entwicklung und Verbreitung von Gemeinschaftsbackhaus und Privatbackofen im Erfurter Gebiet. - In: Urgesch. u. Heimatforsch., Weimar, 21 (1984), S. 11 - 21 : Ill.

4841.

Schmigalla, Hans: Zur Prägetechnik der Jenaer Hohlpfennige - Analysen und Experimente. - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 34 (1985) 5/6, S. 735 - 747 : Ill., Kt.

4842.

Schultz, Helga: Land-Stadt-Wandern im Manufakturzeitalter - das Beispiel Berlin. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 9 (1985), S. 277 - 292 : Tab.

4843.

Straube, Manfred: Soziale Struktur und Besitzverhältnisse in Wittenberg zur Lutherzeit. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 9 (1985), S. 145 - 188 : Tab.

4844.

Strubell, Wolfgang: Kursächsische Wirtschaftsspionage in Norwegen und Spanien. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 6, S. 281 - 283.

4845.

Thiemer-Sachse, Ursula: Die sozialökonomischen Verhältnisse bei den Zapoteca zur Zeit der spanischen Eroberung Mexikos : Ein Beitr. zur Unters. d. ersten klassengesellsch. Formation in Amerika. - In: Ethnogr.archäol. Z., Berlin, 26 (1985) 3, S. 469 - 476.

4846.

Wagenbreth, Otfried: Zum Jubiläum "200 Jahre erste deutsche Dampfmaschine" : Die Idee d. Philippus Cordus, Wasser mit Feuer zu heben, im sächs. Erzbergbau d. 16. Jh. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 15 (1985) 7, S. 276 - 278 : Ill.

4847.

Zierholz, Heinz-Peter: Arbeitererschaft und Recht in Brandenburg-Preußen 1648 - 1800. - Weimar : Böhlau, 1985. - 126 S. : Tab.

4848.

Zwahr, Hartmut: Zum Gestaltwandel von gewerblichen Unternehmern und kapitalabhängigen Produzenten : Entwicklungstypen gewerbl. Warenproduktion in Dtlid. - In: Jb. Gesch., Berlin 32 (1985), S. 9 - 64 : Tab.

1789 - 1917

4849.

Ackermann, Kurt; Ahnert, Rudolf: Die erste Personeneisenbahn Rußlands von St. Petersburg nach Pawlowsk - ein Beispiel deutsch-russischer Zusammenarbeit vor 150 Jah-

ren. - In: Wiss. Z. Techn.
Univ. Dresden, Dresden, 34
(1985) 5/6, S. 259 - 264.

4850.

Barth, Ernst: Zu Fragen der
Herkunft und der Qualifizierung
von Maschinenbauunternehmern
im Chemnitzer Gebiet in der Zeit
der industriellen Revolution.
- In: Beitr. Heimatgesch. Karl-
Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt,
27 (1984), S. 9 - 16 : Tab.

4851.

Bayer, Rolf; Sobek, Gerd: Der
Bayerische Bahnhof in Leipzig :
Entstehung, Entw. u. Zukunft
d. ältesten Kopfbahnhofes d.
Welt. - Berlin : Transpress,
1985. - 176 S. : Ill. - (Trans-
press-Verkehrsgeschichte).

4852.

Bekmachanova, N. E. : Proble-
me der sozialökonomischen Ge-
schichte Kasachstans im 18. und
19. Jh. : Ein historiograph. Ab-
riß über d. sowjet. Lit. der 70er
u. 80er Jahre. - In: Jb. Wirtsch.-
gesch., Berlin, (1985) 4, S. 117
- 129.

4853.

Bovykin, V. I. : Organisationsfor-
men des Finanzkapitals in Rußland :
Industrie u. Banken vom Ende d.
19. Jh. bis zum Beginn d. 20. Jh.
- In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,
(1985) 4, S. 69 - 81.

4854.

Canale, Dario: Die Entwicklung des
Kapitalismus in Brasilien während
der "Ersten Republik" (1889 - 1930).
- In: Asien, Afrika, Lateinamerika,
Berlin, 13(1985) 4, S. 706 - 715.

4855.

Ernst, Dorothea: Das Wassulureich
des Samori Turé : Ein Beitr. zur Ana-
lyse vorkapitalist. sozialökonom. u.
polit. Verhältnisse im westafrikan.
Raum am Ende d. 19. Jh. - In:
Ethnogr.-archäol. Z., Berlin, 26
(1985) 2, S. 315 - 323.

4856.

Geschichte der Produktivkräfte in
Deutschland von 1800 bis 1945 in
drei Bänden / Institut für Wirtsch.-
gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR ;
Hrsg. von Rudolf Berthold ... , Karl-
Lärmer (Leiter d. Hrsg.koll.). -
Berlin : Akad.-Verl.
Bd. 2. Produktivkräfte in Deutsch-
land 1870 - 1917/18 / Wiss. Red. :
Hans-Heinrich Müller. - 1985. - 489
S. : Ill., Kt., Tab.

4857.

Hänseroth, Thomas: Die "Mechanik
der Baukunst" : Zum 150. Todes-
tag des Begründers d. Baumechanik
L. M. H. Navier (1785 - 1836).
- In: NTM. Schriftenr. Gesch.,
Naturwiss., Technik u. Med., Leip-
zig, 22 (1985) 2, S. 33 - 41.

4858.

Hoffmann, Peter: Geld- und Kredit-
manipulationen in Rußland in der
Zeit des Übergangs vom Feudalis-
mus zum Kapitalismus. Klaus Heller,
Die Geld- und Kreditpolitik des
Russischen Reiches in der Zeit der
Assignaten (1768 - 1839/43 = Quel-
len und Studien zur Geschichte des
östlichen Europa ; 19).- Wiesbaden
: Steiner, 1983. - In: Jb. Wirtsch.-
gesch., Berlin, (1985) 4, S. 145 -
148.

4859.

Jung, Ralf-Dietrich: Zu einigen
Ergebnissen der "Indischen Indu-
striekonferenzen" der Jahre 1908
bis 1910. - In: Wiss. Z. Humboldt-
Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R.,
Berlin, 34 (1985) 9, S. 739 - 742.

4860.

Kahk, Juhan: Zum Übergang vom
Feudalismus zum Kapitalismus in
Estland. - In: Wiss. Z. Ernst-
Moritz-Arndt-Univ. Greifswald,
Gesellsch.wiss. R., Greifswald, 23
(1984) 3/4, S. 76 - 79 : Tab.

4861.

Klaubert, Birgit: Die Beteiligung
der Frau an der gesellschaftlichen
Produktion und ihrer

- Entlastung von häuslicher Arbeit - Hauptposition im Prozeß d. Befreiung d. Frau : Dar- gestellt an d. Gesch. d. Ge- werksch.bew. - In: Mitt.bl. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um d. Befreiung d. Frau", Leipzig, (1984) 3, S. 33 - 43.
- 4862.
- Koppatz, Jürgen: Die Lateini- sche Münzunion. - In: Numism. Beitr., Berlin, (1984) 2, S. 32 - 40 : Tab.
- 4863.
- Korelin, A. P.: Die Banken und die Entwicklung der Landwirt- schaft in Rußland : Ende d. 19. / Anf. d. 20. Jh. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 83 - 94.
- 4864.
- Laveryčev, V. Ja.: Staatsmonopo- listischer Kapitalismus im vorrevo- lutionären Rußland. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 57 - 67.
- 4865.
- Mauersberger, Klaus: Vergleichende Betrachtung zur Herausbildung der technischen Mechanik und Ma- schinenlehre in England, Frank- reich und Deutschland bis zur Mit- te des 19. Jahrhunderts. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 22 (1985) 2, S. 25 - 32.
- 4866.
- Michel, Harald: Zur zeitlichen Fixierung der Bevölkerungsexplo- sion in Mecklenburg-Schwerin im 19. Jh. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 113 - 115 : Tab.
- 4867.
- Reimann, Karsten; Rook, Hans-Jo- achim: Monopolkapitalismus und Ent- wicklung der Produktivkräfte in Rußland und Deutschland von 1860/70 bis 1917/18 : Industrielle Revolution, Finanzkapital u. Monopole in Rußland u. Dtlid. (30. Okt. bis 2. Nov. 1984 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.- gesch. Berlin, (1985) 4, S. 47 - 56.
- 4868.
- Schädlich, Karlheinz; Probleme der militärischen, strategischen und kriegswirtschaftlichen Planung in Großbritannien (1890 - 1914). - In: Jb. Gesch., Berlin, 32 (1985), S. 289 - 323.
- 4869.
- Schultrich, Helga: Industriephysi- ker in der deutschen Elektroindu- strie von den Anfängen bis zur Weltwirtschaftskrise. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 22 (1985) 2, S. 85 - 92.
- 4870.
- Welsch, Fritz: Bemerkungen über die Zusammenarbeit der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron mit Wil- helm Ostwald und Walther Nernst nach 1900. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 22 (1985) 2, S. 77 - 82.
- 4871.
- Werner, Lutz: Johann Heinrich von Thünen (1783 - 1850) als Verkehrs- geograph und Verkehrspolitiker. - In: Petermanns geogr. Mitt., Go- tha, Leipzig, 129 (1985) 1, S. 33 - 43 : Ill.
- 1917 - Gegenwart, allgemein
- 4872.
- Freiberg, Paul; Nitz, Jürgen: Ten- denzen im Ost-West-Handel Mitte der 80er Jahre. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 11, S. 7 - 12, 63 : Tab.
- 4873.
- Lehmann, Raimar: Dampflok-Sonder- bauarten. - Berlin : Verl. Technik, 1985. - 219 S. : Ill.

4874.
Nakath, Detlef: Zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD in der Endphase der Übergangsperiode 1958 bis 1961 : Die Rolle d. Handels bei d. Zuspitzung d. imperialist. Wirtschaftskrieges gegen d. DDR. - In: Jb. Gesch., Berlin, 31 (1984), S. 299 - 331 : Tab.
- 1917 - Gegenwart, sozialistische Länder
4875.
Ahrens, Klaus; Hoell, Günter: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus. - 2., wesentl. überarb. Aufl. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 159 S. - (Lehrhefte Politische Ökonomie des Sozialismus).
4876.
Am Bauwerk des "Jahrhunderts" : Erlebnisse vom Zentralen Jugendobjekt "Erdgastrasse" d. FDJ / Hrsg. vom Zentralrat d. FDJ. - Berlin : Verl. Neues Leben, 1985. - 224 S. : Ill.
4877.
Anfänge und Entwicklung der Arbeitsmedizin in Berlin-Lichtenberg / Red. Rudolf Gorisch, Marianne Hoffmann, Christa Laschewski. - Berlin : Zentralinst. f. Arbeitsmedizin d. DDR, 1985. - 58 S.
4878.
Die Ausarbeitung der Politik der SED zur Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die politische Führung des Kampfes der Werktätigen zu seiner Durchsetzung im Bezirk Dresden von 1945 bis zur Gegenwart / Walter Böhme ... - In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, Dresden, 34 (1985) 3, S. 1 - 15.
4879.
Beer, Gustel: Beiträge zur Entwicklung der Landwirtschaft im Kreis Rudolstadt in den Jahren 1945 bis 1985. - In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 31 (1985) 1/2, S. 1 - 6.
4880.
Berthold, Rudolf; Klemm, Volker; Scholz, Hans: Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR / Federführung: Volker Klemm. - 2. überarb. u. erg. Aufl. - Berlin : Dt. Landwirtschaft.verl., 1985. - 267 S. : Ill., Kt., Tab. - (Agrargeschichte).
4881.
Braun, Hans-Joachim; Dörschel, Erhard: Umfassende Intensivierung und Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit in der Industrie der DDR. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 33 (1985) 5, S. 660 - 677.
4882.
Buchheim, Gisela; Sonnemann, Rolf: Zur Geschichte der Technikwissenschaften in der DDR - einleitende Bemerkungen. - In: NTM, Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 22 (1985) 2, S. 19 - 24.
4883.
Chronik Bauwesen : Deutsche Demokratische Republik ... - Berlin : Bauakad. d. DDR, Bauinformation DDR. - (Spezielle Informationsschriften / Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik). Bd. 3. 1976 - 1981 / Autorenkoll.: Walter Pisternik ... - 1985. - 337 S. : Ill., Tab.
4884.
Čilev, Dimitar: Wirtschaftsstruktur der RGW-Länder und Effektivität der gesellschaftlichen Produktion unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom vorrangigen Wachstum der Abteilung I / Dimitar Tschilew. /Mit russ. u. engl. Rés./ - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller- Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 34 (1985) 4, S. 453 - 458.

4885. Czihak, Anna-Marie: Die Führungsrolle der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer bei der Realisierung des Rationalisierungsvorhabens "Bandbetrieb Tagebau Klettwitz". - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 18 (1984), S. 67 - 72.
4886. Dittmann, Gabriele: Zur institutionellen Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der sozialistischen Etappe des revolutionären Umwandlungsprozesses in der DDR bis Mitte der 50er Jahre. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 33 (1985) 3, S. 379 - 392.
4887. Dorn, Siegfried: Zur Strategie und Ökonomie der Automatisierung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. - In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, Dresden, 34 (1985) 5/6, S. 125 - 129.
4888. Dornberger, Ute; Oertel, Horst: Überlegungen zu den Rechtsprinzipien des Wirtschaftsrechts. - In: Staat u. Recht, Berlin, 33 (1984) 12, S. 952 - 959.
4889. Engelhardt, Rudolf: Die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen durch die SED im heutigen Bezirk Magdeburg für die ökonomische Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht (Herbst 1949). - In: Archivmitteilungen, Berlin, 34 (1984) 6, S. 185 - 186.
4890. Engelhardt, Rudolf: Initiativen im heutigen Bezirk Magdeburg zur Stärkung der Wirtschaftskraft der jungen Deutschen Demokratischen Republik 1949/50. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg, (1984), S. 1014 : Ill.
4891. Fehsenfeld, Karl-Heinz: Was Brigadetagebücher erzählen ... : Aus d. Entw. d. VEB Zuschlagstoffe Haldensleben zwischen d. VIII. u. X. Parteitag d. SED, 1971 - 1980. - In: Jschr. Kreismuseum Haldensleben, Haldensleben, 25 (1984), S. 7 - 16 : Ill.
4892. Felfe, Werner: 40 Jahre demokratische Bodenreform, 40 Jahre erfolgreiche Agrar- und Bündnispolitik der SED / Rede auf d. Zentralen wiss. Konferenz zum 40. Jahrestag d. demokrat. Bodenreform am 26. Aug. 1985 in Berlin. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 48 S. : Ill.
4893. Fengler, Heinz: Über Wertpapiere nach dem Zweiten Weltkrieg in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik. - In: Forsch. u. Ber. Staatl. Museen, Berlin, 25 (1985), S. 104 - 118 : Ill., Tab.
4894. Früchte des Bündnisses : Werden u. Wachsen d. sozialist. Landwirtschaft d. DDR. - 2. überarb. u. erg. Aufl. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 375 S. : Ill.
4895. Geiger, Walter: Der Beitrag des Eichsfeldkreises an der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms im ersten Drittel der 80er Jahre. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 1, S. 8 - 25 : Tab.
4896. Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik /Hrsg. von Willi Ehlert, Diethelm Hunstock u. Karlheinz Tannert. - Berlin : Verl. Die Wirtsch., 1985. - 344 S.

Gibbels, Dieter: 25 Jahre Institut für Bergbausicherheit - 25 Jahre kontinuierliche Entwicklung zu einem zuverlässigen Partner der staatlichen Bergaufsicht und der Industrie. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 15 (1985) 5, S. 162 - 165.

4898.

Hagen, Clemens: Zu einigen Aspekten der Entwicklung der geotechnischen Sicherheit des Braunkohlenbergbaus. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 14 (1984) 8, S. 317 - 320.

4899.

Hassel, Wolfgang: 40 Jahre Demokratische Bodenreform : Quellen im Staatsarchiv Magdeburg. - In: Archivmitteilungen, Berlin, 35 (1985) 6, S. 186 - 187.

4900.

Hauke, Ilse; Hahn, Karla: Zur Entwicklung des immateriellen Außenhandels und seiner Bedeutung für die DDR. - In: Wiss. Z. Hochsch. Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin, 30 (1985) 4, S. 61 - 65 : Tab.

4901.

Henrich, Ingeborg; Schlomm, Günter; Tzschoppe, Herbert: Fragen der Verwirklichung der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion des sozialistischen Staates : Erfahrungen aus d. Tätigkeit d. Rates d. Bezirkes Potsdam. - In: Staat und Recht, Berlin, 33 (1984) 12, S. 975 - 983.

4902.

Herbert, Werner: Die Entwicklung der Maschinen-Ausleih-Station Naundorf, Kreis Freiberg, in den Jahren 1949 - 1951. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 6, S. 265 - 268 : Tab.

Höppner, Siegfried: Die Auswirkungen der Bodenreform in Ungarn auf die Entwicklung der Sozialstruktur und die sozialökonomischen Verhältnisse auf dem Lande in den Jahren 1945 bis 1949. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.-wiss. R., Berlin, 34 (1985) 10, S. 857 - 860.

4904.

Hofmann, Hans: Dialektik von Ökonomie und Politik bei der Schaffung des Volkseigentums : Vor 40 Jahren Beginn d. Grundlegung für d. Einheit von Wirtsch. - u. Sozialpol. - In: Staat u. Recht, Berlin, 34 (1985) 4, S. 273 - 281 : Tab.

4905.

Kästner, Hartmut: Zur Bedeutung sowjetischer Erfahrungen bei der sozialistischen Industrialisierung der DDR (bis Mitte der 50er Jahre). - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 34 (1985) 2, S. 165 - 174.

4906.

Kessel, Werner: Zum Kampf der Arbeiterklasse des Bezirkes Karl-Marx-Stadt für die wirtschaftliche Stärkung der DDR im Schlüsseljahr 1955. - In: Regionalgesch. Beitr. Bezirk Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 6 (1984), S. 7 - 18.

4907.

Klein, Angelika: Der Beitrag der Bezirksorganisation Halle der SED zur Realisierung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED auf ökonomischem Gebiet. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 33 (1984) 6, S. 55 - 67.

4908.

Köhler, Reinhold. Einige Überlegungen zur neuen Rolle von Wissenschaft und Technik im Prozeß der Grundfondsreproduktion der materiellen Produktion. - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 34 (1985) 4, S. 493 - 501 : Tab.

4909.
Koziolok, Helmut: Ökonomische Strategie der SED - historische Leistung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. - In: Gesch. unt. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 26 (1984) 4, S. 225 - 230.
4910.
Lassnig, Helmut: Schiffbau in Wolgast: Ein histor. Abriß d. Wolgaster Schiffbaugesch. - In: Wolgast-Buch, Wolgast, 1 (1983), S. 62 - 72 : Ill.
4911.
Leciejewski, Klaus: Eine materialreiche Untersuchung zur sowjetischen Geld- und Kreditpolitik von 1917 bis 1953. Ulrich Weißenburger, Monetärer Sektor und Industrialisierung der Sowjetunion (1917 - 1933). Die Geld- u. Kreditpol. während d. ersten Phase d. Industrialisierung d. UdSSR, ihre externen u. internen Rahmenbedingungen u. ihre Auswirkungen auf d. gesamtgesellschaftl. Gleichgewicht. - Frankfurt/M. : Haag u. Herchen, 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 131 - 133.
4912.
Lemke, Johanna; Rauhut, Lothar: Die Verwirklichung der demokratischen Bodenreform im Kreis Bitterfeld. - Bitterfeld : Komm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. bei d. Kreisleitung Bitterfeld d. SED, 1983. - 43 S. - (Zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Bitterfeld der SED).
4913.
Lörler, Sighart: Wirtschaftsrecht und örtliche Staatsorgane. - In: Staat u. Recht, Berlin, 33 (1984) 12, S. 967 - 975.
4914.
Martuliak, Pavol: Die Entwicklung der national-demokratischen Revolution und die Lösung der Agrarfrage im befreiten Gebiet der Slowakei. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Dr. Theodor Neubauer", Erfurt/Mühlhausen, Gesellsch.- u. sprachwiss. R., Erfurt, 22 (1985) 3, S. 40 - 44.
4915.
Maur, Hans: Das Wilhelm-Pieck-Aufgebot im Jahre 1955 auf der Großbaustelle "Schwarze Pumpe". - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 19 (1985), S. 85 - 90.
4916.
Meister, Bernd; Wächtler, Eberhard: Die Bergakademie Freiberg und der Zweijahrplan (1949 bis 1950). - In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. - Bd. 20. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1985. - (Freiberger Forschungshefte ; D. 169). - S. 101 - 115.
4917.
Mühlfriedel, Wolfgang: Zur Stellung der Handelsbourgeoisie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 34 (1985) 10, S. 834 - 836.
4918.
Müller, Diethelm; Krause, Heinz; Nakonz, Horst: 60 Jahre Abraumförderbrücken : 25 Jahre Typenabraumförderbrücken in d. DDR. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 14 (1984) 5, S. 161 - 166 : Ill., Tab.
4919.
Münzner, Willi: Der gemeinsame Kurs von SED und KPdSU zur Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in den Jahren 1969 und 1970. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 26 (1984) 5, S. 658 - 667.
4920.
Nehrig, Christel; Noziczka, Lothar: Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der SED 1956/57 : Zur Situa-

tion in d. Landwirtschaft. d. DDR vor Abschluß d. Übergangsperiode zum Sozialismus. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 33 (1985) 12, S. 1082 - 1096.

4921.

Neidack, Friedrich: Über die Entwicklung des Bezirkes Cottbus zum Kohle- und Energiezentrum der DDR : Erfahrungsbericht . - In: Létopis, R. B. Bautzen, 32 (1985) 2, S. 160 - 164 : Tab.

4922.

Pätzold, Günter; Baruth, Hans: Zur Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Stadt Brandenburg und zum Aufbau des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburger Bl., Brandenburg, 4 (1983), S. 5 - 12 : Ill., Tab.

4923.

Reinsberg, Elke: Probleme der sozialen Struktur auf dem Lande zu Beginn der volksdemokratischen Revolution in den sozialistischen Ländern Mittel- und Südosteuropas. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 34 (1985) 10, S. 855 - 856.

4924.

Roesler, Jörg: Die Beziehungen zwischen wirtschaftsleitenden Organen und Industriebetrieben im Osten Deutschlands von der Befreiung vom Faschismus bis zur Gründung der DDR (1945 bis 1949). - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1985) 4, S. 9 - 24.

4925.

Roesler, Jörg: Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur des Kabelwerkes Oberspreew unter den Bedingungen tiefgreifender sozialer und politischer Umgestaltungen (1940 - 1950). - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 34 (1985) 10, S. 843 - 845 : Tab.

4926.

Rummert, Werner; Schulze, Karl-Heinz: Die ökonomische Strategie der SED und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. - In: Wiss. Z. Techn. Hochschule. Otto v. Guericke Magdeburg, Magdeburg, 29 (1985) 1/2, S. 35 - 39.

4927.

Sachße, Herbert: Wie unsere Landwirtschaft entstand. - In: Zwischen Havel u. Elbe, Havelberg, 2 (1982), S. 53 - 57; 3 (1983), S. 19 - 26 : Ill.

4928.

Schröter, Hans-Joachim: Der Beginn einer geplanten Entwicklung der Wirtschaft in Chemnitz in der unmittelbaren Nachkriegsphase 1945/56. - In: Beitr. Heimatgesch. Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 27 (1984), S. 79 - 85 : Tab.

4929.

Die sozialistische Gemeinschaft . Interessen, Zsarb., Wirtschaftswachstum /Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED, Inst. für Ökon. u. Politik Sozialist. Länder. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 238 S. - (Wissenschaftlicher Kommunismus, Theorie und Praxis).

4930.

Stahl, Jochen: An der Seite der Genossen : Abriß der Gesch. d. FDJ-Grundorganisation "Bruno Tesch" d. VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. - Rostock : Grundorganisation d. SED, VEB Schiffswerft "Neptun". 1984. - 96 S. : Ill.

4931.

Steding, Rolf: Staat und Landwirtschaft bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR : Eine rechtswiss. Studie zur Leitung d. Landwirtschaft. durch d. sozialist. Staat. - Potsdam-Babelsberg : Akad. für Staats- u. Rechtswiss. d. DDR, 1985. - 82 S. - (Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft ; 322).

Sachsenhausen. - Berlin : Verl. Neues Leben, 1985. - 221 S. : Ill.

4932.
Tinschmidt, Alexander: Der Kampf der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten um die Durchsetzung ihrer souveränen Rechte im Verkehrsregime auf der Donau 1945 bis 1948. - In: Jb. Gesch., Berlin, 30 (1984), S. 149 - 178.

4933.

Vogt, Werner: Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kampf um die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Bezirk Cottbus (1965 bis 1970). - In: Létopis, R. B, Bautzen, 32 (1985) 2, S. 139 - 146.

4934.

Winzer, Helmut: Historische Aspekte der Bündnispolitik der SED gegenüber den Handwerkern und Gewerbetreibenden unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Cottbus. - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 18 (1984), S. 29 - 35 : Tab.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

4935.

Arnold, Klaus-Peter: Die Werkstätten für deutschen Hausrat Theophil Müller in Dresden-Striesen. - In: Jb. Staatl. Kunstsammlungen Dresden, Dresden, 14, 1982 (1984), S. 95 - 110 : Ill.

4936.

Binus, Gretchen: Internationale Monopolisierung und Labilität des kapitalistischen Finanzsystems. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 34 (1985) 2, S. 43 - 50 : Tab.

4937.

Burger, Adolf: Des Teufels Werkstatt : Im Fälscherkommando d. KZ

4938.

Eichholtz, Dietrich: Daten und Fakten zur Kriegswirtschaft und Kriegstechnik 1940 - 1945. - In: Bull. Arb.kr. 2. Weltkrieg, Berlin, (1984) 1 - 4, S. 97 - 172.

4939.

Engert, Manfred: USA-Konfrontationskurs, Krise und internationale Wirtschaftsbeziehungen. - In: Einheit, Berlin, 40 (1985) 11, S. 1035 - 1040 : Ill.

4940.

Fromm, Günter: Die Obereichsfelder Kleinbahn. - In: Mühlhäuser Beitr. Gesch. u. Kulturgesch., Mühlhausen, 7 (1984), S. 77 - 89.

4941.

Graul, Andreas: Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933 und ihre Auswirkungen auf die Banken im Raum Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland. - In: Regionalgesch. Beitr. Bezirk Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 6 (1984), S. 49 - 56 : Tab.

4942.

Grünert, Holle; Weiß, Rainer: Grundzüge des gegenwärtigen Monopolisierungsprozesses in der BRD. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 11, S. 19 - 26 : Tab.

4943.

Helmbold, Martin: Staatsmonopolistische Umweltproduktion - ein Erfordernis für die Kapitalverwertung. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 9, S. 23 - 28 : Tab.

4944.

Jahresbericht 1985 : Zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder / Erarb. von einem Autorenkoll. d. Inst. für Internat. Politik u. Wirtschaft. d. DDR. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 8, S. 21 - 39 : Tab.

4945. Kannapin, Klaus: Imperialistische Strategie gegen die neue internationale Wirtschaftsordnung. - Berlin, Dietz Verl., 1984. - 180 S. : Kt., Tab.
4946. Knoll, Alfred: Das Jarmener Notgeld 1920. - In: Numism. Beitr., Berlin (1984), S. 31 - 33 : Ill.
4947. Kühne, Harald-Dietrich: Weltwirtschaftliche Ursachen und Wirkungen der Dollarkursentwicklung in den achtziger Jahren. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 34 (1985) 2, S. 37 - 42.
4948. Lauerwald, Paul: Das wertbeständige Notgeld der Handelskammer Mühlhausen i. Thür. in der Hochinflation 1923. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 1, S. 37 - 42 : Ill.
4949. Lehmann, Karin: Staatshaushalt und staatsmonopolistische Eingriffe in den Kreditmarkt in Deutschland und Großbritannien während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 4, S. 95 - 112 : Tab.
4950. Mottek, Hans: Die 70er Jahre : Eine Wende in der ökonom. Entw. d. führenden kapitalist. Länder. - Berlin : Akad.-Verl., 1984. - 40 S. - (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR : G ; 1984, 14).
4951. Premßler, Manfred: Die "Gegenreform" im Arbeitsrecht der BRD. - In: Staat u. Recht, Berlin 34 (1985) 4, S. 317 - 324.
4952. Rammler, Erich; Wächtler, Eberhard: Zur Entwicklung der Braunkohlenbrikettierung in der Zeit der Weimarer Republik (1918 bis 1932). - In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. - Bd. 20. - Leipzig : Verl. für Grundstoffindustrie, 1985. - (Freiberger Forschungshefte ; D, 169). - S. 7 - 79 : Tab.
4953. Reschwamm, Dorothea: Der sächsische Metallarbeiterkampf im April/Mai 1928 : Ein Beisp. d. Kampfes d. Arb.klasse gegen d. verschärfte Kapitaloffensive d. dt. Monopolbourgeoisie. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 30 (1984) 5, S. 209 - 212.
4954. Röblitz, Günther; Funk, Hans: Das Jenaer Notgeld. - Jena : Jena-Information, 1983. - 79 S. - (Schriftenreihe des Stadtmuseums Jena ; 35).
4955. Schreiber, Peter: Hochrüstungskurs der USA verschärft Rohstoffproblem. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 11, S. 27 - 33 : Tab.
4956. Tammer, Hans: Profite und Profitraten der BRD-Industriekonzerne im Jahre 1984. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 12, S. 25 - 35 : Tab.
- 1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer
4957. Artner, Annamária: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Industriepolitik der ASEAN-Staaten. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1007 - 1011 : Tab.
4958. Barthel, Günther: Der Golfkooperationsrat und die kapitalistische

Entwicklung seiner Mitgliedstaaten. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1019 - 1025 : Tab.

4959.

Bleckert, Heinz: Aktuelle Probleme der Wirtschaftsentwicklung Venezuelas. - In: Lateinamerika, Rostock, Frühjahrssemester, 1984 (1985), S. 123 - 146.

4960.

Czaya, Eberhard: Monopolistische Praktiken transnationaler Pharmakonzerne in Entwicklungsländern. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 11, S. 34 - 39 : Tab.

4961.

Flechsich, Steffen: Krise im bürgerlichen ökonomischen Denken in Lateinamerika. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1062 - 1076.

4962.

Flechsich, Steffen: Neokonservative Wirtschaftstheorie und -praxis in Ländern Lateinamerikas. /Mit span. Rés./. - In: Lateinamerika, Rostock, Frühjahrssemester, 1984 (1985), S. 38 - 59.

4963.

Gerlach, Eva: 25 Jahre OPEC - Zum Wandel ihrer Rolle in der kapitalistischen Weltwirtschaft. - In: IPW Ber., Berlin, 15 (1985) 1, S. 32 - 38 : Tab.

4964.

Gneupel, Ulrich: Neue Aspekte in der Wirtschaftspolitik Malaysias. - In: Jb. Asien - Afrika - Lateinamerika, Berlin, 1983 (1984), S. 59 - 69.

4965.

Grienig, Horst: Kapitalismus in den Entwicklungsländern Asiens. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 5, S. 765 - 780.

4966.

Inotai, Andreas: Integrationsexperimente von Entwicklungsländern in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 5, S. 789 - 797.

4967.

Jacob, Klaus; Jacob, Eleonore: Die Sicherung des Kaderbedarfs für die nationale Wirtschaft durch das Bildungssystem Algeriens. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 5, S. 835 - 845 : Tab.

4968.

Jegzentis, Peter: Der Staatshauhalt Nigerias - ein zentrales Element staatlicher Wirtschaftsregulierung. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 3, S. 846 - 857 : Tab.

4969.

Kück, Gert: Aktuelle Tendenzen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration zwischen Entwicklungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 5, S. 781 - 788.

4970.

Leuschner, Cathrin: Die finanzielle Zusammenarbeit afrikanischer Staaten unter besonderer Berücksichtigung der 20jährigen Tätigkeit der Afrikanischen Entwicklungsbank. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1026 - 1034 : Tab.

4971.

Michalski, Edeltraud; Michalski, Klaus-Joachim: Die revolutionär-demokratische Umgestaltung der Agrarverhältnisse und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in Afghanistan. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 5, S. 809 - 822.

4972.

Pogodda, Hans; Greulich, Michael: Schutzrechtliche Erfordernisse des Technologietransfers in Entwick-

lungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 1, S. 18 - 27.

4973.

Schöne, V.: Aspekte der Herausbildung von Monopolen und ihr Zusammenwirken mit dem Staat in Mexiko. Mit span. Rés. - In: Lateinamerika, Rostock, Frühjahrssemester, 1984 (1985), S. 66 - 81.

4974.

Thron, Joachim: Der Mechanismus der kolonialen Ausbeutung der angolanischen Landwirtschaft und die Ausgangsbedingungen ihrer Umgestaltung in der VRA. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1041 - 1051 : Tab.

4975.

Wienhold, Hans-Joachim: Tendenzen der zwischenstaatlichen ökonomischen Kooperation in Westafrika. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 6, S. 1035 - 1040.

Autorenverzeichnis

- B a u d i s , D i e t e r , Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- B e c k e r , W a l t e r , Prof. Dr. sc. oec., Leiter des Bereiches Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- B e r t h o l d , R u d o l f , Prof. Dr. phil. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- D u d e k , F r a n t i š e k , PhDr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für tschechoslowakische und Weltgeschichte, Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag.
- E n d e r s , L i e s e l o t t , Dr. phil., Diplomarchivar, Abteilungsleiterin, Staatsarchiv Potsdam.
- E p p e r l e i n , S i e g f r i e d , Dr. phil. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- F a u c k , H e i k o , Student, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- G r i t z k e , D e t l e f , Diplomhistoriker, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- G y i m e s i , S á n d o r , Prof. Dr., Bereich Wirtschaftsgeschichte, Karl-Marx-Universität Budapest.
- K a g e l , W o l f g a n g , Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- K u c z y n s k i , J ü r g e n , Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- L ä r m e r , K a r l , Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- L a s c h k e , M i c h a e l , Dr. sc. oec., Stellv. Direktor für Erziehung und Ausbildung, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- L e c i e j e w s k i , K l a u s , Dr. sc. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- M e y e r , P e t e r , Dr. sc. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- M ü h l f r i e d e l , W o l f g a n g , Prof. Dr. phil. habil., Stellv. Direktor für Erziehung und Ausbildung, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- M ü l l e r , H a n s - H e i n r i c h , Dr. rer. oec. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- N e u m a n n , G e r d , Doz. Dr. sc. oec., Fachrichtungsleiter Wirtschaftsgeschichte, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.

- Roesler, Jörg**, Prof. Dr. sc. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Šacillo, K. F.**, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Schmidt, Waldtraut**, Prof. Dr. rer. oec. habil., Dozent, Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- Stübler, Dietmar**, Dr. sc. phil., Dozent, Sektion Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Toepel, Achim**, Dr. rer. oec. habil., Dozent, Sektion marxistisch-leninistische Philosophie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Weinberger, Gerda**, Dr. rer. oec. habil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Zilch, Reinhold**, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Дитер Баудис, Последствия, оказанные войной на положение народных масс в Берлине в 1917/1918 г.
- К. Ф. Шаццло, Влияние милитаризма на народное хозяйство царской России (1898 по 1913 гг.)
- Шандор Гуимеш, Докапиталистическое развитие и поздний феодализм в 16-ом и 17-ом столетиях в Венгрии
- Зигфрид Эпперляйн, К вытеснению крестьян восточнее и западнее Эльбы в 12-ом и 13-ом столетиях
- Лизелотт Эндерс, Поселение и власть в пограничных областях Марка и Померании со второй половины 12-ого и до начала 14-ого столетия на примере Укермарка
- Ахим Тёпель, О потребительной стоимости у Карла Маркса
- Йорг Рёслер, Незаменяемый источник информации насчёт мирового представления в недавнем прошлом
- Вольфганг Мюльфридель, К истории автомобиля, его изготовлению и его месту в обществе
- Вальдтраут Шмидт, Зависимость и развитие?
- Герда Вайнбергер, Новые явления в экономике Южной Африки
- Дитмар Штюблер, Экономический и общественный прогресс. Промежуточный итог дискуссии к истории Италии в 19-ом и 20-ом столетиях
- Франтишек Дудек, Анализ течения экономического кризиса в Чехословакии в период между войнами
- Райнхольд Цильх, Детали из жизни одного банкира
- Рудольф Бертольд, Полезный справочник по экономической и социальной истории
- IX-ый международный конгресс экономистов-историков (с 25-ого по 29-ого августа в Берне)
- Вальтер Беккер/Михаэль Лашке/Петер Майер/Герд Нойманн, К исторически-теоретическому анализу условий и форм экономического процесса воспроизводства в ходе смены общественных формаций. Международная конференция к 75-летию со дня рождения академика, профессора, док-ра Ханса Моттека (с 24-ого по 25-ого сентября 1985 г. в Берлине)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 30-ый выпуск (Детлеф Гритцке)

CONTENTS

- Dieter Baudis, Effects of the war on the state of the masses in Berlin 1917/18
- K. F. Sačillo, The influence of militarism on the national economy of Czarist Russia (1898 to 1913)
- Sándor Gyimesi, Early capitalistic development and late feudalism in Hungary in the 16th and 17th centuries
- Siegfried Epperlein, On the ousting of farmers east and west of the river Elbe in the 12th und 13th centuries
- Lieselott Enders, Settlement and authority in border regions of the Mark and Pomerania by way of example of the Uckermark since the 2nd half of the 12th up to the beginning of the 14th centuries.
- Achim Toepel, On the value in use in Karl Marx's works
- Jörg Roesler, An indispensable source of information on recent world history
- Wolfgang Mühlfriedel, On the history of the automobile, its production and its position in society
- Waldtraut Schmidt, Dependence and development?
- Gerda Weinberger, New trends in the economy of the RSA
- Dietmar Stübler, Economic and social progress. Interim account of a discussion on the history of Italy in the 19th and 20th centuries
- František Dudek, An analysis of the course of the World Crisis between the wars in Czechoslovakia
- Reinhold Zilch, Details from a banker's life (J. P. Morgan jr)
- Rudolf Berthold, An useful book of reference on economic and social history
- IXth international congress on economic history (August 26th - 29th, Berne)
- Walter Becker/Michael Laschke/Peter Meyer/Gerd Neumann, On the historic and theoretical analysis of conditions and forms of the economic process of reproduction in the change of social systems. International conference in celebration of the 75th birthday of Prof. Dr Dr hc Hans Mottek, member of the Academy of Sciences of the GDR (September 24th - 26th, Berlin)
- Bibliography of GDR publications on economic history, 30th part (Detlef Gritzke)

- Dieter Baudis, Les conséquences de la guerre sur la situation des masses populaires à Berlin en 1917/1918
- K. F. Šacillo, L'influence du militarisme sur l'économie nationale en Russie tsariste (de 1898 à 1913)
- Sándor Gyimesi, Développement des commencements du capitalisme et la féodalité tardive aux 16^e et 17^e siècles en Hongrie
- Siegfried Epperlein, Sur l'expulsion de paysans à l'est et à l'ouest de l'Elbe aux 12^e et 13^e siècles
- Lieselott Enders, Colonie et domaine dans les régions frontalières de la marche de Brandebourg et de la Poméranie à partir de la deuxième moitié du 12^e siècle jusqu'au début du 14^e siècle démontrés à l'exemple de l'Uckermark
- Achim Toepel, Sur la valeur d'usage chez Karl Marx
- Jörg Roesler, Une source d'information indispensable de l'image du monde du récent passé
- Wolfgang Mühlfriedel, Sur l'histoire de l'automobile, sa production et son rôle dans la société
- Waldtraut Schmidt, Dépendance et développement?
- Gerda Weinberger, Des phénomènes nouveaux dans l'économie de l'Afrique du Sud
- Dietmar Stübler, Progrès économique et social. Bilan intérimaire d'une discussion sur l'histoire d'Italie aux 19^e et 20^e siècles
- František Dudek, Une analyse du cours de la crise économique mondiale en Tchécoslovaquie dans la période entre les deux guerres mondiales
- Reinhold Zilch, Détails de la vie d'un banquier
- Rudolf Berthold, Un ouvrage de référence utile sur l'histoire économique et sociale
- IX^e Congrès international des historiens d'économie (du 25 au 29 août 1986 à Berne)
- Walter Becker/Michael Laschke/Peter Meyer/Gerd Neumann, Sur l'analyse historio-théorique des conditions et des formes du processus de reproduction économique dans le changement des formations sociales. Conférence internationale à l'occasion du 75^e anniversaire de l'académicien M. le professeur Dr. Dr. h. c. Hans Mottek (du 24 au 25 septembre 1985 à Berlin)
- Bibliographie de la littérature de l'histoire économique de la R. D. A., 30^e fascicule (Detlef Gritzke)

- Dieter Baudis, Repercusiones de la guerra en las condiciones de las masas del pueblo en Berlín en 1917/18
- K. F. Šacillo, La influencia del militarismo sobre la economía nacional en Rusia del zarismo (desde 1898 hasta 1913)
- Sándor Gyimesi, Desarrollo del capitalismo temprano y feudalismo tardío durante los siglos de XVI y XVII en Hungría
- Siegfried Epperlein, Acerca de la expulsión de campesinos al Este y al Oeste del Elba durante los siglos XII y XIII
- Lieselott Enders, Asentamiento y dominio en territorios fronterizos de la Marca y de Pomerania desde la segunda mitad del siglo XII hasta los comienzos del siglo XIV demostrado en el ejemplo de la Marca Ukrania
- Achim Toepel, Sobre el valor de uso al Carlos Marx
- Jörg Roesler, Una fuente de información indispensable acerca de la ideología universal más reciente
- Wolfgang Mühlfriedel, Acerca de la historia del automóvil, su fabricación y su posición en la sociedad
- Waldtraut Schmidt, ¿Dependencia y desarrollo?
- Gerda Weinberger, Nuevos fenómenos en la economía del África del Sur
- Dietmar Stübler, Progreso económico y social. Balance intermediario de una discusión acerca de la historia de Italia durante los siglos XIX y XX
- František Dudek, Un análisis del transcurso de la crisis económica mundial en Checoslovaquia del intervalo entre las dos Guerras Mundiales
- Reinhold Zilch, Detalles de la vida de un banquero
- Rudolf Berthold, Una obra de consulta útil acerca de la historia económica y social
- Congreso Internacional noveno de los historiadores de la economía (desde el 25 hasta el 29 de agosto de 1986 en Berna)
- Walter Becker/Michael Laschke/Peter Meyer/Gerd Neumann, Acerca del análisis histórico-teórico de las condiciones y formas del proceso económico de reproducción en el cambio de las formaciones sociales. Conferencia internacional con motivo del cumpleaños septuagésimo quinto del miembro de la Academia prof. dr. dr. h. c. Hans Mottek (desde el 24 hasta el 25 de septiembre de 1985 en Berlín)
- Bibliografía sobre literatura en historia económica de la RDA, suministro trigésimo (Detlef Gritzke)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Carola Möckel

Technologietransfer in der ersten Phase der industriellen Revolution.
Die Cockerills in Preußen

Gundula Heidenreich / Wolfgang Heun

Die Entwicklung und Vertiefung der vertikalen Kooperation zwischen den LPG und den VEB Zuckerfabriken insbesondere in den 60er Jahren

Uta Puls

Die Neuformierung der Agrarwissenschaft und die Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin als Zentrum der Agrarforschung in der DDR (1945 bis 1951)

Gerhard Narweleit

Zur regionalen ökonomischen Typenstruktur des Gebietes der heutigen DDR während des 19. Jh. Ein methodischer Versuch und erste Ergebnisse

Siegfried Epperlein

Streitigkeiten zwischen Grundherren und Bauern um Waldnutzungsrechte im hohen Mittelalter (11. bis 13. Jh.)

Wolfgang Kagel

Zur Rolle und Bedeutung des außerökonomischen und ökonomischen Zwangs im Mittelalter

Thomas Kuczynski

Probleme einer Einführung in die Cliometrie
(Konrad H. Jarausch/Gerhard Arminger/Manfred Thaller, Quantitative Methoden in der Geschichtswissenschaft)

Brigitta Zuckermann

Beeindruckende Ergebnisse der Historischen Geographie
(Historisch-geographische Forschungen in der DDR)

Hans-Heinrich Müller

Eine materialreiche Darstellung deutscher Gartenbaugeschichte
(Geschichte des deutschen Gartenbaues)

Carola Möckel

Die Entscheidung über Frankreichs Nachkriegsentwicklung
(François Bloch-Lainé/Jean Bouvier, La France restaurée 1944 - 1954)

Horst Handke

Wirtschaft und Ausbildung im Kapitalismus des 19. und 20. Jh.
(Berufliche Aus- und Weiterbildung in der deutschen Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert; Quellen und Dokumente zur betrieblichen Berufsausbildung 1918 - 1945; Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung 1918 - 1945
Robert R. Locke, The End of the Practical Man)

Jan Rachold

"Das höchste Gut und das allein Nützliche ist die Bildung"
(Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert)

Helga Schultz

Studien zur Stadtgeschichte im Manufakturzeitalter
(Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa)

Hansjürgen Brachmann

Neues zur Genese der handwerklichen Produktion und zu ihrer Stellung in der Gemeinschaft
(Das Handwerk in vor- und frühgeschichtlicher Zeit)

Hans-Heinrich Müller

Anfänge der deutschen Landmaschinenindustrie. Beispiele aus den 30er bis 50er Jahren des 19. Jh.

G e o r g D o n a t

Grundtendenzen und Gesetzmäßigkeiten imperialistischer Staatshaushalte
(19. November 1985 in Leipzig)

R e i n h o l d Z i l c h

Regionales, Nationales und Internationales im deutschen Imperialismus vor 1914
Kolloquium anlässlich des 60. Geburtstages von Willibald Gutsche (30. September 1986 in Berlin)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Jahrbuch für **WIRTSCHAFTS GESCHICHTE**

Sonderband 1987

1987. ca. 350 Seiten - 17 cm × 24 cm - DDR 18,- M; Ausland 28,- DM

ISBN 3-05-000339-1

Bestell-Nr. 754 783 9

Bestellwort: Jb. Wirt-Gesch. 2103/87/S

Das Grundeigentum in Mesopotamien

Fachleute aus der DDR, Großbritannien, Kanada, der UdSSR, den USA und Berlin (West) stellen jeweils für ihr Spezialgebiet, eine Epoche in der Geschichte Mesopotamiens, die Agrarstruktur des Zweistromlandes dar. Unter Vermeidung soziologischer Schemata werden die konkreten Verhältnisse analysiert und dargestellt. Es sind Resultate einer weltweiten Diskussion, die erstmals in deutscher Sprache vorgelegt werden. Behandelt werden Materialien aus sechs Jahrtausenden. Sie lassen die Geschichte der Gesellschaft im Kernland Vorderasiens seit dem späten 4. Jahrtausend v. u. Z. bis zum Ausgang der Osmanenzeit in ihrer sozialen Grundlage, der Verfügung über das wichtigste Produktionsmittel, den Boden, verfolgen.

Deutlich wird, daß die Entwicklung in Vorderasien sich nicht mit der Geschichte des Grundeigentums in Europa gleichsetzen läßt, da sich sehr unterschiedliche Formen des Eigentums an Grund und Boden einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, bedingt durch Besonderheiten der sozialen Strukturen und der mehrfachen Veränderungen der Umwelt. Der Band ist für Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Lehrer unentbehrlich.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden

Band 2: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1985. 489 Seiten, 122 Tabellen, 15 Abbildungen, 13 Karten, 153 Fotos - 20,5 cm × 27,0 cm
Leinen 48,- M

Bestell-Nr: 754 213 0

Bestellwort: Produktivkraefte 6739/2

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der „Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden“ geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1870 bis 1917/18) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapital über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte — im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben — erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes „Produktivkraft“ behandelt.

In Vorbereitung:

Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1987)

Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1988)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233